
UC-NRLF
$B 764 679

Diplomatische Verhandlungen

aus der Zeit

der französischen Revolution.

Von

Hermann Hüffer.

Dritter Band.

Der rastatter Congreß und die zweite Coalition.

Zweiter Theil.

Bonn,

bei Adolph Marcus.

1879.

Der rastatter Congreß

und

die zweite Coalition.

Vornehmlich

nach ungedruckten archivalischen Urkunden

von

Hermann Hüffer.

Zweiter Theil.



Bonn,
bei Adolph Marcus.
1879.

Vorwort.

Die folgenden Blätter geben Auskunft über den Abschluß der zweiten Coalition, über den Ausgang des Friedens-Congresses und über den Beginn eines neuen Krieges, der zur See und in Italien schon blutige Entscheidungen herbeiführt. Es sollte mich freuen, wenn die rastatter Verhandlungen einiges Interesse gewinnen könnten; sie scheinen mir lehrreicher und folgenreicher, als gewöhnlich angenommen wird. Für das Räthsel der Schluß-Katastrophe bieten die vorliegenden Hülfsmittel noch immer keine sichere Lösung; nur die Möglichkeit falscher Lösungen hat sich vermindert. In dem Abschluß der Coalition bleibt dagegen, da die bedeutenden Archive ohne Ausnahme geöffnet sind, kein erheblicher Punct im Dunkeln. Ich durfte nicht unterlassen, auch die preußisch-österreichische Unterhandlung und die Versuche, Preußen für die Coalition zu gewinnen, im Einzelnen darzustellen, obgleich es eine weder leichte noch erfreuliche Aufgabe ist, von so oft erneuerten Bemühungen zu reden, die niemals zu einem Erfolg gelangten. Das Geschick der Coalition hängt aber mit dieser Verhandlung wesentlich zusammen, und der Historiker wird immer wünschen müssen, auch die Gründe des Mißlingens deutlich vor Augen zu haben. Bei den Theilnehmern an der Coalition fehlt es dann um so weniger an raschen Entschlüssen und unerwarteten Wendungen, am wenigsten in Petersburg und Neapel. Zwei so leidenschaftliche Naturen, wie Paul I. und die Königin Caroline, bewegen sich recht eigentlich im Gegensatz zu den be-

dächtig abgemessenen Schritten diplomatischer Persönlichkeiten. Für den Charakter der Königin enthält der Briefwechsel mit ihrer Tochter, der Kaiserin, die werthvollsten Zeugnisse; mehr als alle diplomatischen Actenstücke macht er die sonst unbegreifliche Thorheit des neapolitanischen Krieges verständlich. Besonderen Werth legte ich darauf, das Eingreifen russischer Politik in die europäischen Händel deutlich hervorzuheben. Die reichste Quelle erschließt sich in den Berichten des englischen Gesandten Sir Charles Whitworth, sowie der österreichischen Bevollmächtigten Cobenzl und Dietrichstein. Daneben sind die archivalischen Publicationen in Rußland bereits von solcher Bedeutung, daß sie den Besuch russischer Archive, den die weite Entfernung doch nur Wenigen gestattet, einigermaßen ersetzen. Schon das große Werk von Danilewski und Miliutin über den Krieg von 1799 bringt im ersten Theile werthvolle Documente über die Bildung der zweiten Coalition. Vor Allem muß aber die umfangreiche Veröffentlichung aus dem Archiv des Fürsten Woronzow als eins der bedeutendsten Hülfsmittel für die Geschichte der Revolutionszeit gelten[1]). An Freimüthigkeit selbst in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des kaiserlichen Palastes läßt sie schwerlich etwas zu wünschen. Der große, liebenswürdige Charakter des Grafen Simon Woronzow, die scharfen Züge Rostoptschin's, daneben Besborodko, die Kurakins, Kotschubej, Panin und was sonst von bedeutenden Staatsmännern in Petersburg mit und gegen einander wirkte, Alles tritt uns mit der Anschaulichkeit entgegen, wie es eben nur in ganz vertrauten Briefen geschehen kann. Zahlreiche kaiserliche Rescripte und gesandtschaftliche Depeschen geben zudem eine Ausbeute an officiellen Documenten, wie sie selbst in manchem Staatsarchiv nicht reichlicher sich darbietet. Früher

---

1) АРХИВЪ КНЯЗЯ ВОРОНЦОВА (Archiv des Fürsten Woronzow) besonders Bd. VIII—XI: БУМАГИ ГРАФА СЕМЕНА РОМАНОВИЧА ВОРОНЦОВА (Papiere des Grafen Simon Romanowitsch Woronzow) Moskau 1876 und 1877.

hat man häufig in Werken, die für einen weiteren Kreis und das Ausland bestimmt waren, dem russischen Text eine französische Uebersetzung beigefügt. Die französische Sprache herrscht auch in manchen, ja gerade in den wichtigsten Correspondenzen des woronzow'schen Archivs; für andere und für alle Zugaben des Herausgebers, Peter Barteniew, ist aber ausschließlich die nationale Sprache zur Anwendung gekommen. Sicher giebt es zur Verbreitung des Russischen nicht leicht ein wirksameres Mittel als die Veröffentlichung solcher Bücher, welche den Wunsch, von ihrem Inhalt Kenntniß zu erlangen, unwiderstehlich anregen. Dem gelehrten Kenner der slavischen und vieler anderen Sprachen, Herrn Professor Dr. August Boltz, bin ich deßhalb zum wärmsten Danke verpflichtet; ohne seine Anleitung und Belehrung wäre ich gewiß nicht dazu gelangt, russische Urkunden für die vorliegende und hoffentlich für spätere Arbeiten verwerthen zu können. Auch muß ich gestehen, mein Interesse für ein Volk, das so manchem Gegensatze eben jetzt in so unerfreulicher Weise Ausdruck giebt, hat doch wesentlich gewonnen, seit ich in seiner Sprache die Grundzüge unserer eigenen und in seiner Vorstellungs-Weise bei aller Verschiedenheit die unzweideutigen Merkmale gleicher Abstammung und Entwicklung erkennen lernte.

Inhalt.

Der rastatter Congreß und die zweite Coalition.

Zweiter Theil.

Zweites Kapitel.

Die russische Vermittlung.

Drittes Kapitel.

Das russische Hülfscorps und die englischen Subsidien.

Viertes Kapitel.

Graubündten und Abukir.

Fünftes Kapitel.

Neapel.

Sechstes Kapitel.

Der rastatter Congreß im Sommer 1798.

Siebentes Kapitel.

Der rastatter Congreß bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. Dezember.

Achtes Kapitel.

Die Verträge der zweiten Coalition.

Neuntes Kapitel.

Die Auflösung des rastatter Congresses.

Zehntes Kapitel.

Der Gesandten-Mord.

Verbesserungen.

Im ersten Bande:

S. XXII Z. 22 v. o. statt Aymar lies Eymar.
„ 41 „ 20 „ „ „ dem Kurstaat Trier lies den Kurstaaten Mainz und Trier.
S. 62 Z. 14 v. u. statt setzte lies setzt.
„ 318 „ 12 „ „ „ welcher „ welche.
„ 385 „ 5 „ „ „ Graf „ Freiherr.

Im zweiten Bande:

zu S. 194, Anmerkung 1. Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. A. Wohlwill enthalten die Archive von Hamburg und Bremen zahlreiche Aufzeichnungen über die Verhandlungen mit der französischen Republik. Es ergibt sich daraus, daß die Hansestädte nur ungern und durch drohende Verwicklungen gezwungen zu ihren Zugeständnissen sich herbei ließen.

zu S. 314, Anmerkung 1. Nach einer den Acten des wiener Staats-Archivs entnommenen Mittheilung des Herrn V. Felgel gelangte das erzcanzlerische Archiv im Jahre 1818 von Aschaffenburg nach Frankfurt und von Frankfurt am 8. April 1852 nach Wien.



Zweites Buch.

Die zweite Coalition.

Erstes Kapitel.

Kaiser Paul I.

Das wesentliche, entscheidende Ergebniß der selzer Conferenzen lag gerade darin, daß sie erfolglos blieben, daß sie die Einigung als unmöglich, den Krieg als unvermeidlich zeigten. Auf den Krieg richten sich von jetzt an die Absichten des wiener Cabinets; es fragte sich nur noch, wo man die Mittel fände. Schon den Sommer und Herbst 1797 hatte Oesterreich benutzt, sich wieder wehrhaft zu machen, und die rasche Erneuerung seiner Streitkräfte hatte nicht wenig beigetragen, Bonaparte zum Frieden von Campo Formio zu bestimmen. Als dann die üblen Nachrichten aus Rastatt eintrafen, als das Ereigniß vom 13. April den Krieg in nächste Aussicht stellte, waren die Rüstungen mit neuem Eifer fortgesetzt. Wohl zeugte, was man zur Hand hatte, von den unerschöpflichen Hülfsquellen der österreichischen Länder, aber gegen die gewaltige Uebermacht der neuen Republik war es unzureichend. Man mußte suchen, die Contingente der mächtigen Reichsstände, die Hülfe oder wenigstens eine günstige Neutralität von Seiten Preußens, Geldunterstützung von England zu gewinnen; vor Allem kam es auf den Beistand des russischen Zaren an.

Indem wir aber zu dem Zeitpunkt gelangen, in welchem dieser Monarch entscheidend in die Geschicke Europas eingreift, scheint es unerläßlich, auch von seinen persönlichen Eigenschaften einen deutlichen Begriff zu geben. Denn, wenn die Thätigkeit eines Staatswesens, wenn sogar das Walten unbeschränkter Herrscher gewöhnlich durch große politische Gesichtspunkte bestimmt wird, so hat bei Paul I. Alles in persönlichen Motiven seinen Grund. Augenblickliche Neigung oder Ungunst, Zorn, Furcht, ja eine zufällige Gemüthsstimmung entscheiden, was sonst der reiflichsten Erwägung, der kältesten Berechnung vorbehalten wird. Aber so bedingt ist die menschliche Natur, daß selbst dieser Mann, von dessen wechselnder Laune das Geschick vieler Millionen abhing, doch seinem eigenen Schicksal gegenüber machtlos erscheint, daß er der entsetzlichen Katastrophe, der lange geahnten, gefürchteten, gemiedenen, willenlos, wie durch ein unbezwingliches Verhängniß zugetrieben wird.

Am 1. October 1754 geboren, stand er in der Zeit, in welcher wir ihm hier begegnen, noch im kräftigsten Alter. Acht Jahre zählte er an dem Schreckenstage, der seinem Vater Krone und Leben kostete, seine Mutter auf den Thron führte und auch seinem Leben die verhängnißvolle Wendung gab. Man kann nicht sagen, seine Erziehung sei vernachlässigt oder schlecht geleitet worden; sie war von dem einflußreichsten Minister Katharina's, Grafen Nikita Panin überwacht, der es in der That gut mit dem Prinzen meinte. Der Knabe lernte nicht weniger, eher mehr, als die meisten Prinzen in jener Zeit, auch edlen, hochstrebenden Gefühlen war er nicht unzugänglich, liebte die Musik und las mit Leidenschaft in Vertot's Geschichte des Malteser-Ordens von den Heldenthaten der Ritter[1]). Aber, wie er heranwuchs, erschien er der Mutter mehr und mehr als Mahner an den Mord des Vaters und an das Recht der Thronfolge, die ihm gebührte. Katharina wußte, sie war trotz

1) Graf Franz von Dietrichstein an Thugut, Petersburg 16. Dezember 1797. Wiener Staats-Archiv.

aller Bemühungen von dem russischen Volke niemals geliebt. Wenn sie recht im Herzen des Landes, in Moskau mit ihrem Sohne öffentlich sich zeigte, geschah es wohl, daß der acht- oder zwölfjährige Knabe mit den lautesten Zeichen der Liebe und Verehrung empfangen wurde, während für die Kaiserin alles stumm blieb. So trat mehr und mehr an die Stelle mütterlicher Liebe eine Kälte, ein Mißtrauen, das dann wieder auf den nicht unbegabten, aber schwachen, leicht empfänglichen Geist des Prinzen den übelsten Einfluß äußerte. Sehr früh, schon am 10. October 1773, wurde er mit der Prinzessin Wilhelmine von Darmstadt vermählt, als hätte die Kaiserin möglichst bald durch eine Reihe von Enkeln für das gestörte Verhältniß zu dem einzigen Sohne sich entschädigen wollen. Die Lage des Großfürsten war dadurch nicht verbessert, man hielt ihn in der früheren Abhängigkeit, und die Prinzessin, klug, energisch, von heftigen Leidenschaften, ertrug die Zurücksetzungen weniger leicht, als ihr Gemahl, den sie völlig beherrschte. Es scheint, daß wesentlich unter ihrem Einfluß der Prinz mit Personen des Hofes in vertrauter Unterredung Pläne erwog, die eine gewaltsame Aenderung seiner Stellung herbeiführen sollten. Aber das ungeschickte Gewebe wurde bald verrathen, Katharina ließ den Sohn vor sich kommen, zeigte ihm die Gewalt ihres Zornes, so daß er völlig vernichtet alles gestand, sogar die Liste seiner Vertrauten auslieferte. Gleichwohl soll die Prinzessin auf dem früheren Wege fortgegangen sein, als der Tod am 26. April 1776 mit ihrem Leben zugleich ihren Plänen ein Ziel setzte. Gerade damals befand sich am russischen Hofe der Bruder Friedrich's II., Prinz Heinrich, um die Verbindung zwischen Rußland und Preußen, zu welcher er schon so wirksam beigetragen hatte, noch fester zu knüpfen. Er stand dem tiefbetrübten Großfürsten in den schweren Tagen tröstend zur Seite, und wie in den Beziehungen der Großen dem rein menschlichen Gefühl gern ein politisches Interesse sich zu vermischen pflegt, so dachte er auch alsbald die veränderte Lage zum Vortheile Preußens zu benutzen. In Berlin lebte

unter der Obhut des Königs die Prinzessin Sophia Dorothea Auguste von Würtemberg, eine Großnichte Friedrich's, denn ihre Mutter war Friederike Dorothea Sophia, die Tochter der Markgräfin von Brandenburg-Schwedt, seit dem 29. November 1753 dem Herzog Friedrich Eugen von Würtemberg vermählt. Dieser Fürst, der jüngste von drei Brüdern, lebte in ziemlich beschränkten Verhältnissen in Mömpelgard, aber die Ehe war eine der glücklichsten und mit zahlreicher Nachkommenschaft gesegnet. Der Herzog Friedrich Eugen ist es, an welchen Rousseau am 10. November 1763 den berühmten Brief über Kindererziehung richtete, der mit den Worten anfängt: „Si j'avais le malheur d'être né prince". Von den Kindern des Herzogs hätte er aber gestehen müssen, daß sie wenigstens nicht so unglücklich seien, als die meisten ihrer Standesgenossen. Sie erhielten eine einfache, aber die sorgfältigste Erziehung, den Grundsätzen Rousseau's auch darin angemessen, daß man ihnen, wie dem Emil, erst spät eine bestimmte Dogmatik einprägte, so daß es eigener Wahl, oder muß man sagen? dem Zufall und den Umständen überlassen blieb, ob sie dem katholischen Vater oder der protestantischen Mutter folgen sollten. Friedrich der Große, schon durch politische Beziehungen mit Würtemberg verbunden, nahm sich dieser Kinder auch als seiner Verwandten an, zog mehrere der Söhne in seinen Dienst und die älteste Tochter, wie erwähnt, noch im jugendlichen Alter in seine Nähe. Diese Prinzessin trug Prinz Heinrich dem russischen Thronfolger als Ersatz für die verlorene Gemahlin an. Paul zeigte sich nicht abgeneigt; seiner Mutter war eine enge Verbindung zwischen Preußen und Rußland nicht weniger als Friedrich dem Großen genehm, und schon im Mai 1776 erfuhr man, der Großfürst würde mit dem Prinzen Heinrich nach Berlin kommen und dort mit seiner Braut zusammentreffen. Die Reise erfolgte im Juli; man that das Aeußerste, den Gast freundlich und prächtig zu empfangen. Friedrich der Große übte den ganzen Zauber seiner Persönlichkeit; mit dem preußischen Thronfolger beschwor der russische unter den Augen des

Königs ein ewiges Freundschafts-Bündniß[1]). Auch die Braut fand er, wie er sie wünschte, und so kehrte er voll Begeisterung für den König und das preußische Staatswesen nach Petersburg zurück, wo die Prinzessin am 18. October 1776 unter dem Namen Maria Feodorowna ihm vermählt wurde. Es war beinahe das einzige, gewiß das größte Glück, das seinem Leben zu Theil geworden ist. Die junge Frau wird von Allen, die über sie berichten, als das Muster einer treuen, liebevollen Gattin geschildert; sie wußte auch der Schwiegermutter zu gefallen, das Verhältniß zwischen Paul und Katharina gestaltete sich leidlicher, vor Allem war die Kaiserin erfreut, als am 23. Dezember 1777 Alexander und zwei Jahre später ein zweiter Enkel geboren wurde, dem man als Vorzeichen für die Herrschaft in Constantinopel sogleich den Namen Constantin beilegte. Daß im Hause des Großfürsten die Begeisterung für Preußen sich erhielt, wird aus mehr als einem Grunde begreiflich. Nicht ohne Sorgen machte auch Kaiser Joseph II. diese Bemerkung, als er im Sommer 1780 der Kaiserin den Besuch abstattete, welcher die entschiedene Wendung der russischen Politik von der preußischen auf österreichische Seite herbeiführte. Die Gegenwart schien ihm nicht sicher, so lange er die Zukunft fürchten mußte. Sehr befriedigt schreibt er über seine Erfolge seinem Bruder Leopold am 19. Februar 1781 nach Florenz; „aber", setzt er hinzu, „ich darf nicht darauf rechnen, etwas Ordentliches zu Stande gebracht zu haben, wenn ich nicht Mittel finde, den vorwiegenden Einfluß des Königs von Preußen auf den Geist des Großfürsten und der Großfürstin auszutilgen. Der erstere wird jetzt, und wird immer durch seine Frau geleitet werden, und was die letztere angeht,

1) Friedrich Wilhelm II. an Paul I. am 19. Dezember 1797. J'ai surtout encore presente à mes yeux cette scène intéressante, où guidés par les avis du respectable vieillard, qui avait si bien approfondi la convenance des systêmes de l'Europe, nous nous jurâmes une amitié éternelle. Preußisches Staats-Archiv.

so kann man ihre Freundschaft nur gewinnen, wenn man ihre Familie gewinnt, die sehr von ihr geliebt wird und der Unterstützung bedarf[1])."

Hatte die Heirath des Großfürsten ihn früher zu Gunsten von Preußen gestimmt, so sollte jetzt eine andere Heirath Oesterreich denselben Dienst leisten: der Kaiser dachte die jüngste Schwester der Großfürstin, die Prinzessin Elisabeth — sie war am 21. April 1767 geboren — mit seinem Neffen und Nachfolger, dem Erzherzog Franz von Toscana zu verbinden. Der Einwilligung seines Bruders versichert, ging er selbst im Sommer 1781 auf der Rückreise von Belgien nach Mömpelgard, um den Plan zur Reise zu bringen. Noch auf dem Wege vernahm er, was ihm als wesentliche Förderung seiner Absichten erschien, daß Paul im Herbste mit seiner Gemahlin nach Wien kommen würde. Diplomaten der damaligen Zeit haben die Ansicht ausgesprochen, die Reise sei durch den Kaiser veranlaßt worden; aber seine Briefe an Kaunitz beweisen, daß er sich selbst überrascht fand[2]). Es war Katharina, die den Sohn auf einige Zeit aus Petersburg zu entfernen und dem Kaiser zu nähern wünschte; auch bedurfte es mehr als einer Intrigue, zuletzt beinahe eines Machtspruches der Kaiserin, um den immer schwankenden Großfürsten von seiner Heimath, die Großfürstin von ihren Kindern zu scheiden. Die Reise führte im September nach Wien, im März des folgenden Jahres nach Toscana zum Großherzog Leopold, dann nach Neapel zu der Schwester des Kaisers, der Königin Marie Carolina. Eine andere Schwester, Marie Antoinette, begrüßte die Reisenden als Königin von Frankreich in Versailles. Also überall österreichischer Einfluß und die Familie des Kaisers; die berliner Verwandten erhielten keinen Besuch, wie sehr auch die Großfürstin

1) Arneth, Joseph II. und Leopold von Toscana, Wien 1872, S. 9.

2) Diaries and correspondence of James Harris, first Earl of Malmesbury, London 1845, I, 400. Kaunitz an Joseph II., 22. Juli, bei A. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, Wien 1873, S. 90.

früher darum gebeten hatte. Dagegen konnte sie im Sommer 1782 ihre Eltern und den Schauplatz ihrer jugendlichen Erinnerungen in Mömpelgard wiedersehen; die jüngste Schwester, schon die erklärte Braut des Erzherzogs, reiste mit nach Wien, wo sie unter der Aufsicht des Kaisers erzogen, sechs Jahre später dem Erzherzog vermählt wurde. Wie sich denken läßt, wurde aller Orten, vornehmlich in Wien bei dem zweimaligen Aufenthalt Alles aufgeboten, um den Großfürsten und seine Gemahlin zu gewinnen. Aber es scheint dem Kaiser nicht recht gelungen zu sein; man setzte ihm Kälte und Mißtrauen entgegen, und der Abschied an der mährischen Grenze im October 1782 war beinahe verletzend. Mit um so größerem Vergnügen vernahm er, daß zwischen König Friedrich und einem älteren Bruder der Großfürstin gerade wegen der österreichischen Verlobung ein Zwist ausgebrochen sei. Katharina beeilte sich, den Prinzen für die in Preußen verlorenen Hoffnungen zu entschädigen, zwei jüngere Brüder, die Prinzen Ferdinand und Alexander, zog Joseph in österreichischen Dienst[1].

Im nächsten Jahrzehnt kam es zudem auf Paul's Neigungen wenig an. Das Verhältniß zwischen Sohn und Mutter war durch die lange Abwesenheit nur auf kurze Zeit gebessert. Immer mehr vereinsamt saß er auf dem Schloß Gatschina; die Kaiserin sah er selten anders als umgeben von Hofleuten und anmaßend übermüthigen Günstlingen. An den Staatsgeschäften erhielt er keinen Antheil; für eingehende politische oder wissenschaftliche Studien reichte seine Fähigkeit nicht aus; seine Lieblingsbeschäftigung war, ein Bataillon Infanterie und einige Kanoniere nach preußischem Muster einzuüben. Selbst seine häuslichen Verhältnisse blieben nicht ungetrübt; die Kaiserin hatte die Erziehung ihrer Enkel an sich genommen und gestattete dem Vater nur geringen Einfluß. Den besten Trost

1) Die Einzelheiten in Katharina's Briefen an Paul und die Großfürstin aus den Jahren 1781 und 1782 in der Sammlung der russischen historischen Gesellschaft, IX, 105, 126, 135, 183, Petersburg 1872.

hätte die Treue und Anhänglichkeit seiner Gemahlin und mehrerer schön heranwachsender Töchter geben können. Aus den Briefen an seinen Schwager, den Herzog Peter von Oldenburg, ersieht man, daß sein Gemüth in der That für das Glück eines reinen Familienlebens durchaus empfänglich war. Aber die launische Heftigkeit des eigenwilligen Mannes wußte auch denen, die er liebte, das Leben zu verbittern, und als zu Anfang der neunziger Jahre leidenschaftliche Neigung zu Fräulein Nelidow, einer Hofdame der Kaiserin, ihn ganz und gar gefangen nahm, blieb seiner Gemahlin an häuslichen Kränkungen und Widerwärtigkeiten nichts erspart. Nur ihre Sanftmuth und Duldsamkeit und vielleicht nicht weniger die Klugheit und Mäßigung der Bevorzugten bewahrten den Großfürsten damals vor der völligen Zerrüttung seines Hauswesens[1]).

---

1) Panin (der spätere Vicecanzler) an den Grafen Simon Woronzow, 30. April 1799: „En 1791 je vins m'établir à Pétersbourg, pour y faire mon service de gentilhomme de la chambre. Je ne trouvai plus dans la famille impériale l'heureuse union et la concorde dont j'avais eu le bonheur d'être le témoin à mon retour de l'armée. La Nélidow régnait déjà; la grande-duchesse, aujourd'hui impératrice, était abandonnée, maltraitée, méprisée par tous ceux qui voulaient faire leur cour. Je ne suivis point cet exemple. Ma conduite devait déplaire. Le grand-duc employa d'abord les caresses, ensuite la froideur, puis les menaces pour me mettre dans le nombre des adorateurs de son idole. Les caresses ne me séduisirent pas, les menaces ne purent m'intimider. On se servit alors des discours insidieux et métaphoriques pour me faire comprendre que la bienveillance du prince serait le prix futur d'une obéissance aveugle à ce qu'on exigeait de moi, c'est-à-dire respect pour la Nélidow, mépris pour la grande-duchesse. Je répondis que je ne comprenais rien au langage mystique, et la colère redoubla. Comme toutes les insinuations me venaient par une voie indirecte et par l'entremise de gens très-méprisables, je demandai une explication au grand-duc. Elle me fut accordée, et elle me perdit entièrement dans son esprit. Il m'est impossible de confier à la plume tout ce qui s'est passé dans cette entrevue, qui eut lieu au mois d'Août 1791; mais il me suffira de vous dire que ma ré-

Mit den zunehmenden Jahren wuchs dann auch die Ungeduld zu herrschen und die Fehler seiner Mutter, die er mit scharfem Tadel nicht verschonte, durch ganz entgegengesetzte Maßregeln zu verbessern. Schon jene vertrautesten Mittheilungen an seinen Schwager äußern das tiefste Mißvergnügen, daß man ihn in so unwürdiger Stellung, wie er sich ausdrückt, zum Phantom gemacht habe[1]). Ja noch Schlimmeres, fürchtete er, könne man gegen ihn beabsichtigen. In frühester Jugend, während des Tumults, der seinen Vater vom Throne stürzte, war ihm der Glaube beigebracht, Peter III. wolle ihn ermorden lassen. Was er früher von dem Vater gefürchtet hatte, übertrug er nun auf die Mutter; immer schwebte ihm wie ein dunkeles Verhängniß ein gewaltsamer Tod vor Augen[2]). Er

---

sistance m'attira de la propre bouche de l'Empereur ces mots foudroyants: Le chemin que vous tenez, monsieur, ne peut vous conduire qu'à la fenêtre ou à la porte. Je répondis que je ne m'écarterais pas de celui de l'honneur, et je me retirai du cabinet sans attendre ce signe de tête des princes qui veut dire: allez-vous en." Die Stelle, so wie die sogleich anzuführende, findet sich in einer der wichtigsten Quellensammlungen für die Geschichte der Revolutionszeit, dem „Archiv des Fürsten Woronzow" XI, 70, Moskau 1877. Rostoptschin an Woronzow, 28. Mai/8. Juni 1794: „Le grand-duc est à Pawlovsky, continuellement de manvaise humeur, la tête pleine de visions, entouré par des gens, dont le plus honnête peut être roné sans être jugé. Il est beaucoup mieux avec sa femme qu'il n'a été, parce qu'elle a pris le parti de céder à m-elle Nélidow et de se mettre bien avec elle. . . . . Le grand-duc croit voir partout les branches de la révolution. Il trouve des Jacobins partout, et l'autre jour quatre pauvres officiers de ses bataillons ont été mis aux arrêts, parce que leurs queues étaient un peu courtes, — raison ponr leur supposer un esprit de rébellion." A. a. O. VIII, 93, vgl. auch VIII, 53, 67, 80, 84, 104.

1) Hennes, Friedrich Leopold Graf zu Stolberg und Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg. Aus ihren Briefen. Mainz 1870, S. 313 fg. Der Herzog hatte am 26. Juni 1781 die jüngere Schwester der Großfürstin: Friederike geheirathet. Sie starb schon 1785.

2) Ségur, Mémoires et Souvenirs, Paris 1826, III, 535.

hat in späterer Zeit Soldaten und Hofbeamte kaiserlich belohnt, weil er glaubte, daß sie den Auftrag ihn zu ermorden, zurückgewiesen hätten[1]). Würden der Kaiserin, wenn sie die Absicht hegte, die Werkzeuge gefehlt haben? Eher könnte man glauben, sie habe statt des ungeliebten, für unfähig erachteten Sohnes ihren Enkel Alexander zur Nachfolge berufen wollen. In den neunziger Jahren ist viel von einem solchen Plane gesprochen worden; es heißt, man habe die Urkunden schon entworfen, und den Tag bestimmt, an welchem ein Staatsact in gesetzlichen Formen die Ausschließung des Großfürsten aussprechen sollte. Aber auch für diese Absicht sind hinreichende Beweismittel nicht vorhanden. Gewiß ist nur, daß das Verhältniß zwischen Mutter und Sohn beinahe unerträglich geworden war, als plötzlich durch den Tod der Kaiserin (17. November 1796) Alles verändert, und der bedrohte, unterdrückte, schwer gekränkte Mann in jähem Wechsel in den unbeschränktesten Beherrscher der Erde verwandelt wurde.

Einer seiner Vertrauten, Graf Theodor Rostoptschin, hat uns geschildert, wie die Nachricht von Katharina's bevorstehendem Ende nach Gatschina gelangte, wie er mit dem Großfürsten in der sternhellen Nacht nach Petersburg fuhr und, von der Bedeutung des Augenblickes überwältigt, mit lebhaften Wünschen und Hoffnungen die Hand des künftigen Monarchen ergriff. „Warten Sie, warten Sie!" sagte Paul, „ich habe zwei und vierzig Jahre gelebt; Gott hat mich bewahrt, vielleicht gibt er mir auch in Zukunft Kraft und Verstand, um den Staat aufrecht zu halten, für den er mich bestimmt hat[2])." An dem Sterbebette seiner Mutter benahm er sich mit Würde, im Besitze der

1) Cobenzl an Thugut, 24. Juni 1797, 2. Apostille. Wiener Staats-Archiv.

2) Rostoptschin's Bericht „Ueber den letzten Tag Katharina's und den ersten Tag der Regierung Paul's I." findet sich in französischer Uebersetzung bei Ségur, Vie du comte Rostopschine, gouverneur de Moscou en 1812, Paris 1872, p. 25, und im russischen Original in dem „Archiv des Fürsten Woronzow", VIII, 158 fg., Moskau 1876.

Macht schien er durchaus das Gute zu wollen und die Befürchtungen zu widerlegen, die seiner Thronbesteigung vorhergegangen waren. Aber nur zu bald zeigte sich das Unzureichende seines Charakters so gewaltigen Verhältnissen gegenüber. Was man so oft bei den römischen Imperatoren wahrgenommen hat: daß das Uebermaß einer ungewohnten, unbeschränkten Machtfülle ihren Geist verwirrte, das wiederholte sich bei dem Czaren. Je mehr er sich gebunden und unterdrückt gefühlt hatte, um so weniger wollte er jetzt ein Band oder eine Schranke anerkennen. „Merken Sie sich," sagte er einmal dem General Dumouriez, der sich auf die Aeußerungen bedeutender Männer berief, „in meinem Reich ist außer mir nur ein Mann von Bedeutung: der Mann, mit welchem ich rede, und dieser Mann nur so lange, als ich mit ihm rede[1])." Er selbst war sich das einzige Gesetz; Handlungen sogar des Wohlwollens und der Gerechtigkeit erschienen bei ihm als Laune und willkürliches Spiel. Erwägt man nun, daß neben gutartigen Anlagen doch immer manches von den wilden Trieben einer halbbarbarischen Nation in ihm zurückgeblieben war, daß seine Fähigkeiten entfernt nicht ausreichten, den Organismus seines unermeßlichen Reiches auch nur zu überblicken, so kann man auf die Folgen schließen. Der Kaiser gab sich in erster Zeit mit unermüdlichem Eifer den Geschäften hin. Schon sechs Uhr Morgens war er bei der Arbeit; im Heer, in den Finanzen, in der inneren Verwaltung, überall sollte verändert und verbessert werden; die Zahl der Ukase wurde im ersten Jahre auf viertausend geschätzt. Man kann nur billigen, daß er den ermordeten Vater wieder zu Ehren bringen wollte, und es darf als sinnreiche Rache gelten, daß er bei dem erneuerten, prächtigen Leichenbegängniß Alexis Orlow, den Mörder, im Ehrengeleit des Sarges Platz nehmen ließ. Je mehr seine Abstammung von Peter III. bezweifelt werden konnte, um so begreiflicher wird der Wunsch, sich als treuen Sohn zu erweisen.

---

1) Ségur, Mémoires ou Souvenirs, III, 533.

Aber wie kleinlich sucht er das Andenken der Mutter zu verunglimpfen! Die von ihr gegründete Stadt in der Ukraine, selbst ihr Regiment mußten aufhören, ihren Namen zu führen; ihren Günstling Potemkin, der ihn freilich am übelsten behandelt hatte, ließ er barbarischer Weise aus dem Sarge reißen und die Gebeine in den Graben der Citadelle werfen. Im Uebrigen war er gegen die Günstlinge seiner Mutter nicht grausam. Subow, der nicht ohne Grund das Schlimmste erwartete, blieb im Besitz seiner Reichthümer und verlor nur den Einfluß auf die Geschäfte, den er lediglich Katharina's Gunst verdankte. Aus dem Ministerium des Auswärtigen wurde allein Graf Markow auf seine Güter verwiesen. Mit Besborodko söhnte sich Paul schon am Sterbebette seiner Mutter wieder aus. Ihm, dem fähigsten aller russischen Staatsmänner, übertrug er die Leitung der Geschäfte, wenn auch der alternde Vicekanzler, Graf Ostermann, mit der Kanzlerwürde ausgestattet wurde. Neben ihm erhielten noch, besonders auf den Wunsch der neuen Kaiserin, die beiden Brüder Alexander und Alexis Kurakin, der erstere als Vicekanzler, der andere als Generalprocurator des Senats bedeutenden Einfluß; endlich sind noch zwei jüngere Männer zu nennen, Araktschejew und Feodor Rostoptschin, beide schon früher dem engsten Kreise von Gatschina angehörig. Araktschejew, von niederer Herkunft, ohne hervorragendes Talent, hatte die Gunst seines Herrn gewonnen, indem er mit niemals fehlender Pünktlichkeit und unerbittlicher Strenge das militärische Spielzeug des Großfürsten nach preußischem Muster disciplinirte. Gleich nach dem Thronwechsel wird er mit Ehren und Titeln überhäuft, in wenigen Monaten, erst siebenundzwanzig Jahre alt, zum General-Quartiermeister befördert, um ähnliche Reformen nunmehr in der gesammten russischen Armee zur Ausführung zu bringen. Für die politischen, insbesondere die auswärtigen Angelegenheiten ist sein Einfluß unter Paul I. nicht von Bedeutung. Anders Rostoptschin. Der Charakter dieses Mannes ist wie die große That, welche sich an seinen

Namen knüpft, nicht leicht zu ergründen, selbst jetzt nicht, nachdem die Briefe an seinen Freund, den Grafen Simon Woronzow, weit besser als Alles, was Fremde über ihn schrieben, diese eigenthümliche Mischung von Hochsinn, Feinfühligkeit, rücksichtslosem Freimuth und zugleich von Unterwürfigkeit, Ehrgeiz und listiger Verschlagenheit zur Anschauung bringen. Er war 1765 geboren, der Sprößling einer vornehmen aber nicht eben reich begüterten tartarischen Familie. Früh wurde er in ein Garde-Regiment aufgenommen und nach dem Türkenkrieg 1792 als Kammerherr dem kleinen Hofe in Gatschina zugetheilt. Pflichttreue und aufmerksames Betragen zeichneten ihn vor seinen Genossen aus, die den Großfürsten oft genug empfinden ließen, daß es in den Augen der Kaiserin kein Verbrechen sei, seine Ungnade zu verdienen. Zuweilen fehlten sie ganz an Tagen, wo sie den Dienst leisten sollten, und Rostoptschin pflegte dann ihre Stelle zu versehen. Nach einem Vorfall dieser Art im Juni 1794 konnte er sich aber nicht enthalten, die Saumseligen in einem Briefe an den Groß-Kammerherrn mit beißender Schärfe an ihre Pflicht zu erinnern. Es kam zu heftigem Wortwechsel, Herausforderungen, und die Sache endigte damit, daß Rostoptschin für ein Jahr auf ein Gut seines Vaters verwiesen wurde. Natürlich rechnete ihm der Großfürst den Beweis seiner Ergebenheit um so höher an. Als Rostoptschin im folgenden Sommer in die alte Stellung zurückkehrte, erlaubte er ihm, als das höchste Zeichen der Gunst eine Uniform wie seine eigene zu tragen; selbst in häuslichen Dingen schenkte er ihm ein Vertrauen, das Rostoptschin lieber vermieden hätte, wie er denn überhaupt in seinen Briefen den Großfürsten keineswegs günstig, nicht einmal milde zu beurtheilen pflegt. Aber Paul's Neigung stand einmal fest. Bereits am Sterbebette Katharina's war Rostoptschin der eigentliche Vertrauensmann, wenige Tage später an der Spitze des Kriegsministeriums durch beständigen Verkehr mit dem Kaiser eine der einflußreichsten Persönlichkeiten des

neuen Hofes[1]). Schon seine Thätigkeit unter Paul I. müßte ihm eine dauernde Erinnerung sichern. Aber sie ist wenig beachtet worden; der Brand, den er in Moskau entzündete, hat Alles was er noch sonst gethan, in Schatten gestellt.

Blieb auch für das Auswärtige der leitende Minister im Amte, der Gang der großen Politik wurde gleichwohl völlig verändert. Denn es war der Kaiser selbst, der die Richtung bestimmte. Schon das Vorbild seines Vaters, nicht weniger die eigenen Erlebnisse wiesen ihn auf Preußen hin.

1) Rostoptschin an Woronzow $\frac{24. \text{ Februar}}{6. \text{ März}}$ 1792, $\frac{20.}{31.}$ Juli 1794, $\frac{20.}{31.}$ August 1795: „Depuis mon départ, le grand-duc n'a plus voulu voir aucun gentilhomme de la chambre, et aussitôt qu'il m'a su arrivé, il m'a fait dire de venir chez lui à Pawlovsky. Il m'a comblé de bontés et a exigé absolument que, sans me gêner, je vienne le voir partout où il sera et quand bon me semblera. Enfin, pour me donner encore une plus grande preuve de la manière distinguée dont il voulait me traiter, il m'a dit de porter chez lui son uniforme particulier, ce qu'il regarde comme la plus grande faveur, qu'il n'accorde presque à personne. Connaissant mieux que personne combien son caractère est porté au changement, je ne fais pas grand fond sur ses sentimens présens, et je ferai mon possible pour ne pas être trop en avant dans son intimité. Le moyen le plus sûr, c'est de ne se mêler de rien. D'ailleurs, ses secrets sont d'une nature repoussante pour moi, et j'aimerais mieux encourir une disgrâce signalée et mériter sa haine que de devenir méprisable par de lâches complaisances, que l'on regarde comme les moyens permis et nullement criminels. Le grand-duc est allé à Gatschino, où il reste jusqu'au 24 Novembre. On le traite plus mal que de coutume, et l'été passé on lui a fait dire, au sujet d'un voyage qu'il voulait faire à Pawlovsky, que cela coûtait trop d'argent et qu'il n'avait qu'à rester à la même place. Quand on est grand-duc de Russie, que l'on a 41 ans et que l'on est traité en polisson par ses sujets futurs, il est permis de sécher sur pied, et c'est ce que lui arrive. Je n'ai trouvé aucun changement dans sa conduite avec sa femme. Il est vrai qu'elle a pris le parti du silence et d'une résignation aux volontés de son mari, qui la laisse tranquille et qui veut l'être.“ $\frac{14.}{25.}$ September 1795, $\frac{25. \text{ Februar}}{8. \text{ März}}$ 1797, Woronzow'sches Archiv, III, 48, 98, 104, 111, 177.

Die Erinnerung an den früheren Aufenthalt in Berlin war nie erloschen. Sein Freund und Erzieher, Graf Nikita Panin, hatte die Neigung zu Preußen und einen heimlichen Briefwechsel mit Friedrich dem Großen mit dem Verlust seines Ministeriums büßen müssen. Aber stets hatte man von Berlin aus eine Verbindung mit dem Großfürsten zu erhalten gewußt, ihm auch für seine finanziellen Bedürfnisse nach und nach ungefähr eine Million Rubel an Vorschüssen zu Theil werden lassen. Den höchsten Stolz als Soldat setzte er darin, den Spuren Friedrich's des Großen nachzugehen. Kaum auf dem Throne, gab er denn auch seiner Neigung für Preußen freien Ausdruck. Graf Tauenzien wurde mit einem Male der Begünstigte des Hofes; Subow, der ihn früher kaum eines Blickes gewürdigt, die Höflinge, die ihn gemieden, kamen jetzt demüthig seinem Gruße zuvor[1]). Mit unbeschreiblicher Freude kehrte der Gesandte, wie er selbst am 22. November meldet, aus einer Conferenz mit den russischen Ministern zurück. Besborodko hatte die besten Versicherungen einer engen Verbindung zwischen Rußland und Preußen gegeben; bald wurden sie auch von dem Czaren bestätigt, der bei der ersten Audienz des diplomatischen Corps — am 26. November — Tauenzien vor allen auszeichnete und von diesem Tage die Epoche vollkommener Intimität zwischen den beiden Höfen datiren wollte.

Unterdessen konnte Tauenzien's College, Graf Cobenzl, den raschen Wechsel höfischer Gunst an sich erfahren. Ein besonders unglücklicher Stern schien den Tod Katharina's gerade in dem Augenblicke herbeigeführt zu haben, als sie endlich nach so langem Zögern sich entschlossen hatte, dem Kaiser ein Hülfsheer von 60,000 Mann zu senden. Daß seine Mutter die Hülfe leisten wollte, war für Paul beinahe ein genügender Grund, sie zu verweigern. Nicht als ob er weniger als die Kaiserin ein Feind der Revolution und der demokratischen

---

1) Tauenzien a. d. Ministerium, 1. Dezember 1796. Preußisches Staats-Archiv.

Grundsätze gewesen wäre. Er haßte sie gewiß weit uneigennütziger als Katharina; aber vorerst begnügte er sich, gegen die äußeren Zeichen nicht allein der Demokratie, sondern einer gleichgültigen französischen Mode den unbarmherzigsten Krieg zu eröffnen. Die runden Hüte, die kurzgeschnittenen Haare, die Schnallenschuhe und vor Allem die Bezeichnung „Club" wurden in einer Reihe von Ukasen mit einem Eifer verfolgt, welchen Cobenzl vergeblich auf ernstliche Maßregeln zu übertragen suchte. Die schon anbefohlene Aushebung für das von Katharina versprochene Hülfsheer unterblieb. Paul verweigerte sogar die 12000 Mann, die er nach den Bündnissen von 1781 und 1792 zu stellen verpflichtet war. Allen Mahnungen Cobenzl's setzte er die Antwort entgegen, er müsse vorerst Finanzen und Heer reorganisiren und die inneren Zustände seines Reiches beruhigen. Für die Finanzen geschah aber gar nichts. Im Gegentheil: durch unmäßige Schenkungen wurden sogar die Krondomänen und dadurch das sicherste Einkommen, woran von allen Monarchen bisher noch keiner gerührt hatte, in bedenklicher Weise angegriffen. Man sagte, Paul habe von 750,000 Bauern, die der Krone gehörten, in den ersten Wochen seiner Regierung 80000 den von ihm begünstigten Personen überlassen[1]). In der Armee kamen nicht ohne Erfolg neue Instructionen nach preußischem Muster zur Anwendung, aber, wie es scheint, nur in Nebendingen, und die übereilte rücksichtslose Strenge, mit welcher Araktschejew zu Werke ging, rief bald, besonders unter den verwöhnten Garderegimentern lebhafte Unzufriedenheit hervor[2]). Selbst Tauenzien, der

---

1) Cobenzl, 6. Januar 1797.

2) Rostoptschin an Woronzow $\frac{12.}{23.}$ November 1797. On ne peut es faire une idée, sans avoir vu, de notre infanterie, et cela dans l'espace d'un an. J'ai trouvé celle qui a couté tant de peine au feu roi de Prusse, et je vous assure, qu'elle aurait cedé à la notre. Je ne dirai pas cela de la cavallerie. Woronzow verurtheilt dagegen in einer Denkschrift, die er am $\frac{6.}{18.}$ März 1802 für Kaiser Alexander be-

Preuße, klagt schon im Dezember 1796 über diese verfehlte Art zu reformiren; Anfangs Januar schreibt er sogar über Gerüchte von einer Verschwörung im Semenowski'schen Regiment. Sie erwiesen sich freilich als Erfindung eines rachsüchtigen Bedienten, boten aber dem Kaiser Veranlassung, sich mit dem Thronfolger unter die Soldaten zu begeben und, wie er es liebte, eine rührende Scene zu veranstalten, die für den Augenblick ganz unnütz, höchstens die Gemüther auf ernstere Vorfälle vorbereiten konnte. Es ist durchaus charakteristisch, daß unmittelbar nach der Thronbesteigung, in Petersburg wie im Auslande das Gefühl hervortritt, diese Regierung könne nicht von Dauer sein; sie möge leicht an Kürze und noch in anderen Umständen der Regierung Peter's III. gleichen. Diplomaten der verschiedensten Richtung sprechen sich in diesem Sinne aus, setzen aber hinzu, die Russen seien an Dienstbarkeit gewöhnt, der Kaiser habe so lange nichts zu fürchten, als er mit seiner Familie und seiner nächsten Umgebung in gutem Vernehmen bleibe[1]). Die einzige unruhige Bewegung war in der That von Paul zwar veranlaßt, aber nicht gegen ihn gerichtet. Im Bewußtsein seines guten Rechts hatte er sich von den Leibeigenen des Reiches den Eid leisten lassen, was von Katharina, Peter und Elisabeth bei dem Regierungswechsel versäumt, oder für gefährlich erachtet war. Dadurch hatte er die Meinung hervorgerufen, sämmtliche Leibeigene sollten künftig als Bauern der Krone angesehen werden und in Folge dessen bedeutende Erleichterung der Lasten erhalten, die von Privatbesitzern ihnen auferlegt wurden. Als die Hoffnung sich nicht erfüllte, kam es zu Aufständen der Bauern gegen ihre Herren; besonders im alten Rußland gewannen sie solche Aus-

stimmte, die Neuerungen Paul's als ganz unzweckmäßig, und hebt ausdrücklich hervor: Suworow habe die großen Erfolge in Italien wesentlich dadurch erlangt, daß er die Anordnungen des Kaisers nicht zur Ausführung brachte. Archiv des Fürsten Woronzow VIII, 184; X, 465 fg., 492.

1) Tauenzien, 1. Dezember 1796, 7. Januar 1797.

dehnung, daß der Marschall Repnin nur mit Anwendung bedeutender Truppenmacht die Ruhe herstellen konnte[1]).

Unter solchen Verhältnissen hatte Cobenzl wenig Hoffnung. Einigen Trost fand er darin, daß auch die Vorliebe Paul's für Preußen von kurzer Dauer war. Verschiedenes, was Tauenzien sowie Staatsmänner und Zeitungen in Berlin über preußischen Einfluß auf den petersburger Hof geäußert haben sollten, hatte den Zaren verstimmt; daneben verbreiteten sich Gerüchte, daß Preußen weit enger, als seine Gesandten und Minister zugeständen, mit den Franzosen sich eingelassen habe. Als der preußische Krönungsgesandte Graf Brühl am 11. Januar in Petersburg eintraf, wurde er nicht so freundlich aufgenommen, als eine alte Bekanntschaft und lange Gunst erwarten ließen. Paul empfand besonders mißfällig, daß er in Chiffern an seinen Hof berichte; er warf ihm vor, er sei nicht mehr sein alter Brühl, sondern ganz zum Politiker geworden, und zeigte in mehr als einer Weise den Argwohn, daß Preußen ihn überlisten wolle[2]). Um den Zaren zu beschwichtigen, entschloß man sich in Berlin, die bis dahin streng verheimlichte Convention vom 5. August 1796 mitzutheilen[3]). Der König machte in einem eigenhändigen Briefe den Zaren mit den Bedingungen bekannt; den Ministern sollte Brühl eine ausführliche Denkschrift übergeben, welche die Entstehung und den wahren Charakter der Convention in das günstigste Licht setzte. Am 5. Februar ging diese wichtige Expedition nach Petersburg ab, hatte aber durchaus nicht den gewünschten Erfolg. Paul und seine Minister fanden den Inhalt des Vertrages früheren Versicherungen des preußischen Hofes widersprechend, gefährlich

---

1) Cobenzl, 17. Februar, Tauenzien 3. und 7. März 1797.

2) Brühl an das preußische Ministerium, 11., 18., 28. Januar, 7. und 16. Februar 1797.

3) Ueber Entstehung und Inhalt des Vertrages vgl. Bd. I dieses Werkes: Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution, S. 292 fg., 310, 325.

für Europa, verderblich für die Verfassung Deutschlands, und gaben dieser Gesinnung in der stärksten Weise Ausdruck. „Ich bin in Verzweiflung", meldet Tauenzien am 21. Februar, „die schönsten Hoffnungen sind vernichtet, und statt eines engen Einverständnisses wird die Entfremdung zwischen beiden Höfen noch stärker sein, als in früherer Zeit." „Es gibt Augenblicke", schreibt Brühl einige Tage später, „in denen das Dasein eine Last wird. So ist das meinige seit der Ankunft des letzten Couriers. Der Schleier ist gefallen, wir sehen nur zu klar, daß man von dem, was Ew. Majestät als Staatsgeheimniß dem Kaiser mittheilten, schon vorher unterrichtet war. Nur meine und des Grafen Tauenzien Versicherungen hatten bisher einen Eclat vermieden; man hatte daraufhin den Behauptungen des österreichischen und des englischen Gesandten widersprochen, ist aber jetzt doppelt gereizt. Der Kaiser meint, ich habe immer um die Sache gewußt, und ist wüthend gegen mich; Graf Dietrichstein — der österreichische Krönungsgesandte — wird dagegen mit der größten Auszeichnung behandelt[1])." Beinahe unmittelbar nach dem Empfang der berliner Nachrichten hatte Paul den Grafen am Abend des 18. Februar in sein Cabinet rufen lassen und, ohne im Geringsten auf das von Preußen geforderte Geheimniß zu achten, unter heftigen Aeußerungen des Unwillens von Allem Kenntniß gegeben. Dietrichstein, Cobenzl und mit ihnen der englische Gesandte Sir Charles Whitworth unterließen dann nichts, was den Zorn des Kaisers über diesen, wie sie es nannten, neuen preußischen Greuel noch höher steigern konnte[2]), und zu Anfang März erging an den russischen Gesandten in Berlin eine in starken, beinahe unhöflichen Ausdrücken abgefaßte, ostensible Depesche. Paul, hieß es, müsse das eigenhändige Schreiben des Königs ohne Antwort lassen. Kalitschew werde beim ersten

---

1) Brühl an das Ministerium, 24. Februar.

2) Dietrichstein, 2. März, Annex 6. Whitworth an Grenville, 23. und 28. Februar 1798. Public Record Office in London.

Blick erkennen, was der Kaiser von diesen verspäteten Vertraulichkeiten (confidences tardives) halten müsse. Mit den darin ausgesprochenen Gesinnungen stehe der Inhalt der Convention durchaus nicht im Einklang. Sie sei unvereinbar mit den Pflichten eines Reichsstandes, beunruhigend für alle Mächte, die sich für die Reichsintegrität interessirten, und für Europa, das mit allgemeinem Umsturz (désastre) bedroht werde. Nur, wenn Preußen wieder ernstlich die Integrität des Reiches im Auge behalte, könne es auf das Vertrauen und den Beistand Rußlands rechnen[1]). Auch Tauenzien und Brühl ergingen sich in den bittersten Klagen, daß man sie über so wichtige Verhandlungen in Unkenntniß gelassen habe. Aber das preußische Ministerium behauptete dem gegenüber eine feste Stellung. Die beiden Gesandten wurden auf ihre Instruction verwiesen. Nur der unbegründeten Annahme eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen Preußen und Frankreich hätten sie widersprechen sollen; es sei ihre Schuld, wenn sie jede Convention irgend einer Art in Abrede gestellt hätten[2]). Den Eröffnungen Kalitschew's antwortete in ganz entsprechender Weise eine ostensible Note an Brühl. Die blos eventuelle Convention vom 5. August, meinte man, sei kaum zu vergleichen mit dem österreichisch-russischen Vertrag vom 3. Januar und der Tripelallianz vom 28. September 1795, die auch ohne Wissen Preußens zum Abschluß gekommen seien. Der König müsse mit Bedauern die Hoffnung auf ein enges Zusammengehen mit Rußland aufgeben, werde aber fortfahren, das Directorium zur Mäßigung zu ermahnen und für einen billigen, dauerhaften Frieden zu wirken. Eben habe er in

1) Beilage 6 zu Cobenzl's Depesche vom 2. März 1797.

2) Das Ministerium an Brühl, 21. März. In der Instruction vom 19. Dezember 1796 ist in der That nur von einer Offensiv- und Defensivallianz die Rede; eine andere Frage ist, ob Haugwitz nicht mündlich dem Grafen Brühl, der die Sendung nach Petersburg nur ungern übernahm, stärker als in der schriftlichen Weisung seine Abneigung gegen Frankreich geäußert hat.

diesem Sinne den Oesterreichern und Engländern Vorschläge gemacht[1]).

Man erinnert sich: Preußen hatte eben damals allen Anträgen der Franzosen auf ein Bündniß gegen Oesterreich seine Zustimmung verweigert und selbst zu einer Vermittlung sich am 18. März nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß Frankreich die Reichsintegrität als Grundlage anerkenne[2]). Auch diese Clausel war nicht etwa Wirkung der russischen Note; schon bei den Verhandlungen im Februar tritt sie bestimmt hervor. Nur in so weit scheint die heftige Aeußerung Paul's nicht ohne Einfluß geblieben zu sein, als das Bekanntwerden der Convention vom 5. August gewiß nicht den einzigen, aber doch einen neuen Grund für Thugut bildete, die von Preußen angebotene Vermittlung zurückzuweisen.

Selbst in Petersburg war die Wirkung dieser Ereignisse nicht so nachhaltig, als die dortigen Diplomaten erwarteten. Mit Paul's Vorliebe für Preußen hatte es freilich für immer ein Ende; aber auch die österreichischen Wünsche wurden nicht erfüllt. Der Zar behandelte Cobenzl und Dietrichstein mit auszeichnendem Wohlwollen, aber zu thätigem Eingreifen in die deutschen Verhältnisse war er nicht zu bewegen; selbst nicht, als die Unglücksbotschaften aus Italien seit dem Anfange des Jahres 1797 eine der anderen folgten. Er berief sich nach wie vor auf die inneren Zustände seines Reiches; das Hülfscorps von 12000 Mann, behauptete er, sei nicht bedeutend genug, um eine Entscheidung herbeizuführen, würde auch in jedem Falle zu spät kommen. Mit sorgenvollem Herzen folgte Cobenzl im März dem Hofe nach Moskau, wo am 16. April die feierliche Krönung des Zaren stattfand. Hier konnte nun Paul seiner Lieblingsneigung Raum geben. Er wurde nicht müde, sich bei feierlichen Aufzügen in kaiserlichem Schmuck seinen Unterthanen darzustellen, und das Ceremoniell unter

1) Das Ministerium an Brühl, 21. März.

2) Vgl. Bd. I, Oesterreich und Preußen, S. 317 fg.

den Hofleuten mit derselben Strenge zu handhaben. wie das Exercier-Reglement unter den Soldaten. Der entthronte König Stanislaus, der schon früher von Grodno nach Petersburg hatte übersiedeln müssen, sah sich genöthigt, das Schauspiel durch seine Gegenwart zu verherrlichen und bei der Krönung die vordem von ihm regierten polnischen Provinzen verlesen zu hören, die nunmehr mit Rußland vereinigt waren. Als der alte Mann, durch die unmäßige Länge der Ceremonien ermüdet, sich zu setzen wagte, brachte ihm ein Kammerherr vor den Augen des ganzen Hofes die Anweisung, schleunig wieder aufzustehen [1]). Selbst die Kaiserin mit ihren Damen durfte trotz der empfindlichen Kälte in der Kirche und am offenen Fenster sich keines Pelzes bedienen. Dazwischen fehlte es nicht an Geschenken und andern Gunstbezeigungen. Ostermann erhielt in gnädigen Ausdrücken seine Entlassung und den Bezug seines ganzen Gehaltes, Besborodko an seiner Stelle die Kanzlerwürde, zugleich die Erhebung in den Fürstenstand und mehr als eine Million Rubel an Geschenken; den Kurakins wurden die einträglichen Fischereien in der Wolga überlassen. Außer den schon früher vergebenen, schenkte Paul allein bei der Krönung 101,480 Kronbauern an einzelne Personen und außerdem noch 50000 als Ausstattung an die vier großen russischen Orden der heiligen Andreas, Katharina, Alexander Newski und Anna [2]). Was für den Malteser-Orden geschah, muß später im Zusammenhange erwähnt werden.

Inmitten solcher Festlichkeiten erhielt Cobenzl am 22. April durch einen berliner Courier die Nachricht von den Unglücksfällen in Friaul und Kärnthen, und zwei Tage später Thugut's Depesche vom 9. April: Bonaparte stand in der Nähe Wiens, die Hauptstadt selbst war bedroht. Mit der steigenden Gefahr verdoppelte sich die Bemühung der beiden Gesandten, ausreichende, oder wenigstens die versprochene Hülfe

1) Cobenzl an Thugut, 4. Mai, Apostille 18.

2) Cobenzl, 4. Mai, Apostille 9.

von Rußland zu erlangen. Die Minister, besonders Besborodko, schienen durchaus geneigt; nur Paul blieb bei der Ansicht, er könne das Hülfscorps nicht geben. Oesterreich möge Frieden schließen, einige Opfer bringen und sich mit Preußen aussöhnen[1]). Umsonst stellte Cobenzl vor, der Friede müsse doch ein ehrenvoller sein; das Hülfscorps werde, wenn es nur die Grenze überschreite, bedeutenden Eindruck machen, besonders wenn der Zar den Franzosen erkläre, daß er die Herstellung des Zustandes vor dem Kriege fordere. Paul erwiederte, so lange die französische Republik von ihm nicht anerkannt sei, dürfe er in Rücksicht auf seine Würde mit dem Directorium nicht anders, als durch preußische Vermittlung unterhandeln. Er bestand auch darauf, daß zu den Conferenzen, die am folgenden Tage — dem 25. April — zwischen Besborodko, Cobenzl und Whitworth stattfinden sollten, der preußische Gesandte zugezogen würde. Weiter sprach er von einem Congreß der sämmtlichen betheiligten Mächte, den man in Leipzig abhalten könne, und ließ diesen Plan am nächsten Tage in der Conferenz durch Besborodko in Vorschlag bringen. Endlich, als die österreichischen Gesandten alle Mittel in Bewegung setzten, als die Kaiserin und der Großfürst Alexander sich zu ihren Gunsten erklärten, gab Paul am 26. April in einer vertraulichen Unterredung mit Dietrichstein die erste Hoffnung. Er wollte sechs Divisionen an der preußischen Grenze zusammenziehen und einen Mann von Gewicht nach Berlin schicken, um Preußen auf den rechten Weg zu weisen[2]). Am 2. Mai überreichte Besborodko Cobenzl eine eigenhändige Antwort Paul's an Kaiser Franz und theilte mit, man werde die Armee in Polen auf 80000 Mann bringen, Vorkehrungen gegen mögliche Angriffe der Türken und Schweden treffen und den Marschall Repnin sowie den Grafen Panin, einen ausgezeichneten, Oesterreich freundlich gesinnten Diplomaten, nach Berlin

1) Cobenzl, 24. April.

2) Dietrichstein an Thugut, Bericht vom 4. Mai, Annex 14.

senden. Sie sollten dort gemeinschaftlich erklären, dem Zaren sei die Schwächung Oesterreichs nicht gleichgültig; könne Preußen die Franzosen nicht zu verständigen Bedingungen bewegen, so würde Paul dem Kaiser die 60000 Mann zu Hülfe schicken, die schon von Katharina versprochen seien. Panin sollte an Kalitschew's Stelle in Berlin bleiben, Repnin weiter nach Wien gehen mit der Vollmacht, die in Polen versammelte Armee nach Maßgabe dessen, was er in Berlin und Wien vernehmen würde, in Bewegung zu setzen. An demselben Tage erhielt man aus Wien die Nachricht von den Erfolgen einzelner österreichischer Abtheilungen in Tyrol und Istrien, und von der begeisterten Erhebung der Bevölkerung. Auf den Zaren schien dies den vortheilhaftesten Eindruck zu machen. Er sagte Dietrichstein, er werde auf die beabsichtigte Reise nach Kasan verzichten und sich sobald als möglich nach Slonim an die preußische Grenze begeben, um die Truppen zu mustern und den Ereignissen näher zu sein. „Gleichwohl," schließt Cobenzl, „ist es leider nur zu wahr, daß unser Verbündeter keineswegs erfüllt, was der Drang der Umstände und die enge Verbindung im gegenwärtigen Augenblick gefordert hätten. Er beschränkt sich auf Demonstrationen, wo es so wichtig gewesen wäre, zu handeln. Es geschieht keineswegs aus Vorliebe für Preußen, sondern lediglich aus dem Mangel jener alten Thatkraft, welche mit der unsterblichen Katharina zu Grabe gegangen ist. Wie betrübend diese Lage der Dinge sein mag, da man sie nicht ändern kann, muß man wenigstens diese Demonstration benutzen, um unseren Feinden zu imponiren; deßhalb nehme ich auch den Schein an, als sei ich mit den Antworten, die ich erhalte, weit mehr zufrieden, als ich wirklich bin [1])."

Bald wurde die Lage Oesterreichs durch den Abschluß der Präliminarien (18. April) wesentlich verändert. Ein Courier Rasumowski's brachte am 8. Mai die erste Nachricht; am 12. folgte Thugut's ausführliche Mittheilung vom 30. April. Wie

1) Cobenzl an Thugut, 4. Mai, Schluß der Haupt-Depesche.

Paul bis dahin sich geäußert hatte, mußte man annehmen, der Abschluß eines Friedensvertrages und nicht weniger die Bedingungen von Leoben würden ihm erwünscht sein. Denn für die Abtretung Belgiens an Frankreich hatte er sich schon früher entschieden; daß die Reichsintegrität gesichert blieb, war mehr, als man hatte hoffen können, und der Erwerb des venetianischen Festlandes von Seiten Oesterreichs war bereits in den Verträgen zwischen Joseph und Katharina, und noch zuletzt in der geheimen Declaration von 1795 in Aussicht genommen. Noch ein besonderer Umstand kam hinzu, um alle Bedenken des Zaren gegen diesen letzten Artikel zu beseitigen. Kurz vorher hatte in Smyrna der Mord eines Türken, als die Auslieferung des Mörders verweigert wurde, zu einem gräuelvollen Blutbad geführt; fünfzehnhundert Christen sollten umgekommen sein. Der Mörder war nach übereinstimmenden Berichten Venetianer[1]), aber der venetianische Consul in Smyrna und der Bailli in Constantinopel hatten die Schuld den in Smyrna ansässigen Russen zugeschrieben. Paul gerieth auf diese Nachricht in Wuth, rief seinen Gesandten Morduinow aus Venedig zurück und verbot dem venetianischen Gesandten Venieri den Hof. Jede Gewaltthat gegen Venedig schien ihm nunmehr gerechtfertigt; er sowie die Kaiserin scherzten mit Dietrichstein im heitersten Tone, daß die venetianischen Perücken die Zeche bezahlen müßten. Als wenn die eigene Meinung auch von allen übrigen Mächten getheilt würde, dachten sie gar nicht daran, das von Thugut dringend geforderte Geheimniß zu bewahren. Cobenzl mußte bei Hofe ganz öffentlich davon reden hören. Wenig später wurde sogar in einer von Paul dictirten Depesche zum Bedauern seiner eigenen Minister der vierte Artikel der Präliminarien den Engländern wörtlich mitgetheilt. Dagegen fand der Zar durch einige Nebenbestimmungen sein Selbstgefühl beleidigt. Warum sollte er, dessen Vermittelung die

1) Bericht Haeften's aus Wien vom 19. April im niederländischen St.-A. Whitworth an Grenville, 3. Mai 1797. Public Record Office.

Reichsstände angerufen hatten, an dem Reichsfriedens-Congreß in Rastatt keinen Theil nehmen? Warum war zum Versammlungsort des allgemeinen Congresses Bern, und nicht, wie er selbst einige Tage früher vorgeschlagen hatte, Leipzig gewählt? Nur mit Mühe konnte ihm Dietrichstein begreiflich machen, daß man unmöglich in Leoben von jenem Vorschlage habe wissen können; Paul wünschte noch immer, man möge Leipzig wählen, und beide österreichische Gesandte sind der Ansicht, es sei für das künftige Verhalten des Zaren von großer Bedeutung, daß seinem Verlangen nachgegeben würde [1]).

Aber der Congreß kam, wie wir uns erinnern, nicht zu Stande. Thugut war unmittelbar nach den Präliminarien nicht abgeneigt, sich einzeln mit Frankreich zu verständigen, und wenn er auch im Juni die Forderung des Congresses wieder aufnahm, konnte er doch nicht so großen Werth darauf legen, um die Weigerung der Franzosen als Kriegsfall anzusehen. Russische Vermittlung war ihm, wie die Dinge lagen, nicht einmal erwünscht; denn nach den Aeußerungen Paul's mußte sich auch Preußen an den Friedensverhandlungen betheiligen. Schon deßhalb war der diplomatische Verkehr zwischen Wien und Petersburg im Sommer 1797 nicht lebhaft. Cobenzl, nach Wien berufen, dann zu den Verhandlungen mit Bonaparte nach Udine gesandt, hatte im Juli die russische Hauptstadt verlassen, wo Graf Dietrichstein ihn ersetzen sollte. Dieser junge Diplomat, der Liebling Thugut's, hatte bei seinem ersten Auftreten die Gunst, bald sogar das Vertrauen des Zaren gewonnen; die täglichen Aufzeichnungen, die er über seine Erlebnisse nach Wien schickt, lassen Paul im persönlichen Umgange durchaus nicht unbedeutend, sondern nicht selten wohlwollend, witzig, sogar von feinem Urtheil erscheinen. Paul selbst hatte in Moskau die Verlobung Dietrichstein's mit einer dem Hofe sehr nahestehenden Dame, der Gräfin Schuwalow, vermittelt und die Hochzeit, beinahe als wäre sie eine Familien-

1) **Cobenzl's Bericht aus Moskau vom 17. Mai; Dietrichstein, 16. Mai.**

angelegenheit, in seinem Palast am 16. Juli feiern lassen. Aber wenig später mußte auch Dietrichstein erfahren, wie wandelbar die Gunst an diesem Hofe sei. Als Krönungsgesandter ohne eigentlich diplomatischen Charakter wurde er bisher als Gast des Zaren behandelt, folgte ihm auf seine Schlösser und konnte in ungezwungenem täglichen Verkehr auch die politischen Interessen Oesterreichs am wirksamsten fördern. Denn Paul trug schon damals eine entschiedene Abneigung gegen Alles, was er Politik und Intrigue nannte, zur Schau. Scherzend, und wenn er recht guter Laune war, nannte er Dietrichstein den wenigst politischen Politiker, den die Politik hervorgebracht habe, und für den österreichischen Diplomaten konnte keine Lobeserhebung schmeichelhafter und willkommener sein. Alle diese Vortheile gingen verloren, wenn man ihm officiell einen diplomatischen Posten übertrug. Thugut, der dies zu vermeiden wünschte, hatte in Petersburg deßhalb anfragen lassen, ob Dietrichstein nicht fernerhin in der früheren Stellung bleiben könne; man würde dann den langjährigen Gesandtschaftsrath Freiherrn von Seddeler als Residenten neben ihm beglaubigen. Paul äußerte sich unbestimmt. Dietrichstein erhielt bei Cobenzl's Abreise den Rang eines bevollmächtigten Ministers, suchte nun aber gleichwohl, wie er glaubte, mit Zustimmung des Zaren in Pawlowski auf dem früheren Fuße zu verweilen. Aber dies nahm Paul sehr übel auf. Dietrichstein beging den Fehler, sich nicht rasch genug der veränderten Stimmung anzubequemen; er wurde mit sichtbarer Kälte kaum eines Wortes gewürdigt, und wenn auch die Kaiserin und der Thronfolger die Sache scheinbar beilegten, so blieb doch für lange Zeit bei Paul eine Mißstimmung zurück, die in den politischen Verhältnissen bald neue Nahrung fand[1]).

In der Abschiedsaudienz am 16. Juli hatte Cobenzl viel Schmeichelhaftes für seine Person, aber nichts von wirksamer

1) Cobenzl, 20. Juli, Apostille 12; Dietrichstein, 25. und 28. Juli, 1., 8., 13. August 1797.

Unterstützung für Oesterreich gehört. Paul erklärte bestimmt, er würde sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen. Zur Vermittlung war er bereit, wenn man ihn dazu aufforderе; „aber," fügte er hinzu, „können Sie ohnedem Frieden machen, so machen Sie ihn; je länger Sie zögern, je mehr haben Sie einen Bruch zu befürchten[1])." Im October konnte Dietrichstein allerdings von einer günstigeren Stimmung melden, aber diese Nachricht kam für die Unterhandlungen in Udine zu spät, und der Abschluß des Friedens wurde für Paul die Ursache neuen Mißvergnügens. Eingedenk der russischen Indiscretion in Bezug auf die Präliminarien, hatte Thugut einige Zeit verstreichen lassen, ehe er die Bedingungen mittheilte. Grund genug, sie dem Zaren zu verleiden, als sie am Abend des 20. November nach Petersburg gelangten. Er tadelte, daß man die Reichsintegrität nicht gewahrt habe, daß man ohne Zuziehung Rußlands den Reichsfrieden zu Rastatt schließen wolle, und vor Allem, daß mit den Inseln der Levante den Franzosen beständiger Anlaß zur Einmischung in die türkischen Angelegenheiten gegeben sei. Die Anfrage: ob Oesterreich für den Fall, daß die Ausführung des Friedens ein Hinderniß fände, auf russische Waffenhülfe rechnen könne, diese Anfrage wurde entschieden verneint; Paul klagte während der folgenden Monate auch bei fremden Gesandten in den bittersten Worten über die Schwäche und den Kleinmuth der österreichischen Politik[2]). Die Tripelallianz war damals, wie die russischen Minister wiederholt bemerkten, thatsächlich aufgelöst. England hatte, wenn auch ohne Erfolg, in Lille unterhandelt, Oesterreich seinen Frieden zu Campo Formio geschlossen; auch Rußland verschmähte dem gemeinsamen Feinde gegenüber wenigstens nicht jede Annäherung. Schon bald nach der Thronbesteigung hatte Paul, dem es sehr

1) Cobenzl, 20. Juli.

2) Dietrichstein an Thugut, 16. Dezember 1797; Gröben an das preußische Ministerium, 16. Januar 1798. Whitworth an Grenville, 23. November 1797. Public Record Office.

schmeichelte, daß die Republikaner ihn zu gewinnen suchten, dem österreichischen Botschafter erzählt, Frankreich rufe seine Vermittlung an. „Aber ich fiel aus den Wolken," schreibt Cobenzl, „als der ganze Beweis für diese friedliche Gesinnung darin bestand, daß ein Franzose den Kaiser um Erlaubniß bat, ihm ein Buch widmen zu dürfen und in dem Briefe ihm den Titel „„Sire"" und „„Kaiserliche Majestät"" nicht verweigerte[1])." Indessen den Franzosen war es in der That zu werthvoll, Rußland für sich, oder wenigstens nicht gegen sich zu haben, als daß sie nicht ernstlich eine Annäherung versucht hätten. Natürlich wandten sie sich an den berliner Hof, dessen Einfluß auf den petersburger damals für entscheidend galt. Am 27. Februar sprach Caillard die Bitte aus, der König möge zwischen Rußland und Frankreich die Vermittlung übernehmen, und das preußische Ministerium gab ohne Säumen dem Gesandten in Petersburg die verlangten Anweisungen. Aber nun kam der Lärm, den die Mittheilung des Vertrages von 1796 verursachte, darauf die Krönung, dann die Absicht des Zaren, entschiedener für Oesterreich einzutreten. Erst nach dem Abschluß der Präliminarien, auf wiederholte Anfrage erhielt Brühl mündlich, dann auch schriftlich von Besborodko und Panin die Antwort: Paul sei der Annäherung an Frankreich durchaus nicht abgeneigt; er befinde sich eigentlich gar nicht mit Frankreich im Kriege, und die russischen Gesandten im Auslande seien angewiesen, sich nicht mehr, wie bis dahin, von den französischen fern zu halten. Dies war in der That durch ein kaiserliches Rescript vom 30. Juni geschehen, und es fanden in Folge dessen zwischen Caillard und Kalitschew Conferenzen statt[2]).

1) Cobenzl's Expedition vom 8. Februar 1797, Apostille 8: Bericht über die Audienz vom 31. Januar.

2) Das preußische Ministerium an Sandoz, 27. Februar, an Brühl, 17. und 23. Juni; Brühl an das Ministerium, 17. und 27. Juni, 18. Juli. Der König aus Pyrmont am 3. Juli an Sandoz. Cobenzl, dem die russische Antwort von Besborodko mitgetheilt wurde, schreibt sehr unwillig darüber am 20. Juli.

Wenig später wurde aber Kalitschew, der dem preußischen Hofe verhaßt und bei seinem eigenen Ministerium wenig angesehen war, von Berlin abberufen; Panin, wie es schon im April bestimmt war, trat am 29. August an seine Stelle. Er sollte, wozu freilich jede Gelegenheit fehlte, Preußen von feindlichen Schritten gegen Oesterreich abhalten, gab auch mehrere Erklärungen ab, daß dem Zaren das Schicksal Oesterreichs und des deutschen Reiches nicht gleichgültig sei. Zur selben Zeit verhandelte er jedoch mit Caillard, die Franzosen übergaben schon einen Friedensentwurf, und es hätte nur von Rußland abgehangen, zu einem Abschluß zu kommen. Aber nun wurde Paul wieder unschlüssig. Einen Separatfrieden erlaubte denn doch das Verhältniß zu Oesterreich nicht, und als die Franzosen im Sommer bei Besitznahme der Insel Zante den russischen Consul gefangen nach Corfu geführt hatten, wies Paul am 28. September seinen Gesandten an, die Unterhandlung abzubrechen[1]).

Gerade rechtzeitig kam diese Stimmung für die französischen Ausgewanderten. Nach dem Abschluß der Präliminarien von Leoben war der Prinz von Condé bedeutet worden, daß Oesterreich das bisher besoldete Emigrantencorps nicht ferner unterhalten könne. Der Prinz, in großer Bedrängniß, bot in Petersburg seine Dienste an, und Paul, noch immer in dankbarer Erinnerung an die prächtigen Feste, die ihn fünfzehn Jahre früher in Chantilly entzückt hatten, ertheilte günstige Antwort. Noch vor Ende des Jahres befand sich das gesammte Corps auf dem Marsche nach Rußland, wo ihm in Podolien und Volhynien Standquartiere angewiesen wurden. Bald folgte auch das Haupt der vertriebenen Königsfamilie. Der Graf von Provence oder, wie er seit dem Tode seines Neffen sich zu nennen pflegte, König Ludwig XVIII., war im April 1796 aus Verona vertrieben. Unstet hatte er seitdem bald da bald

1) Danilewski-Miliutin, Geschichte des Krieges zwischen Rußland und Frankreich im Jahre 1799, übersetzt von Chr. Schmitt, München 1856, I, 323 fg., 328. Panin an Woronzow, 27. November 1797. Woronz. Archiv, XI, 12.

dort seinen Aufenthalt genommen, zuletzt zu Blankenburg im Harz. Aber auch hier war seines Bleibens nicht. Caillard drängte nicht ohne Erfolg in Berlin, Preußen möge den Herzog von Braunschweig zur Ausweisung veranlassen. Wohin? Der Machtbereich der Republik war damals schon in solchem Maße erweitert, daß mit Ausnahme Englands und Rußlands kein Staat in Europa dem Prätendenten Aufnahme gewähren konnte. Aber Paul ergriff mit Vergnügen die Gelegenheit, dem Unglück und der Legitimität in ihrem vornehmsten Vertreter sich als schützende Macht zu erweisen. Auf das erste Gesuch, noch im Dezember 1797, erhielt Ludwig die Einladung, nach Rußland zu kommen und im Schlosse zu Mitau Wohnung zu nehmen. Die Reisekosten wurden ihm vorausgezahlt, für seinen Unterhalt, nach der Ankunft im Februar, 200,000 Rubel jährlich ausgesetzt, auch für seine übrigen Bedürfnisse in der feinen Weise gesorgt, die dem Zaren eigen war, wenn die Regungen eines wohlwollenden Herzens nicht durch die alberne Laune des Despoten getrübt wurden[1]).

Die Einigung mit der französischen Republik hätte schon an dieser ersten Klippe scheitern können. Gleichwohl begegnet man noch im Dezember 1797 den Spuren einer Wiederaufnahme der Verhandlungen[2]). Daß sie ohne Ergebniß blieb, ist nicht der Rücksicht auf Oesterreich, sondern vornehmlich den Bemühungen Englands zuzuschreiben. England, schon seit den Präliminarien von Leoben mit Oesterreich überworfen, sah jetzt die ganze Gewalt der französischen Streitkräfte sich gegenüber. Wie man denken kann, ließ Whitworth in Petersburg nichts unversucht, um den letzten Bundesgenossen auf dem Festlande zu erhalten. Aber auch auf seine Wünsche ging Paul nur zum geringeren Theile ein. Bei den Conferenzen zu Moskau im April hatte er eine Anzahl russischer Kriegsschiffe versprochen, dann im Sommer, als er sich

1) Danilewski-Miliutin a. a. O. I, 39 fg., 331.

2) Woronzow'sches Archiv X, 12.

Frankreich näherte, das Versprochene wieder zurückgenommen[1]). Die russischen Schiffe, welche zur Unterstützung der englischen im Canal und an der holländischen Küste kreuzten, erhielten Befehl zur schleunigen Rückkehr, unter dem Vorwande, daß man jede Berührung mit den revolutionären Ländern vermeiden wolle. England befand sich gerade damals in der äußersten Verlegenheit. Ein Aufstand der Matrosen machte die in der Nähe befindlichen Flotten in den Häfen von Plymouth und Portsmouth so wie auf der Themse und in der Nordsee unbrauchbar gegen den Feind, ja gefährlich für das eigene Land. Nur zwei Linienschiffe hatte Admiral Duncan, der vor dem Texel die holländische Flotte beobachtete, im Gehorsam erhalten. Segelten die russischen Schiffe ab, so war mit jedem Tage das Auslaufen der Holländer, vielleicht eine Landung in England zu befürchten. In dieser Noth übernahm Graf Simon Woronzow, der langjährige Gesandte in London, eine gefährliche Verantwortung: er hielt das russische Geschwader im Widerspruch mit den Befehlen des Zaren noch drei Wochen zurück, bis die nächste Gefahr mit der Dämpfung des Aufstandes beseitigt war. „Seit zwei und dreißig Jahren, das heißt: so lange ich auf der Welt bin," schreibt Graf Rostoptschin dem Freunde, „habe ich keine so schreckliche Viertelstunde verlebt, als da ich dem Kaiser Ihre Depesche vorlesen mußte." Aber der Schrecken ging vorüber; Paul billigte, lobte sogar das Verfahren seines Gesandten[2]). Die Flotte kehrte dann freilich doch zurück, und im November, als der Abschluß des Friedens von Campo Formio die Gefahr für England mit jedem Tage verstärkte, wies Grenville den Gesandten in Petersburg an, er solle auf der Sendung von Schiffen, die für England wenig Nutzen hätten, nicht bestehen, dagegen um so dringender, mit Berufung auf das Bündniß vom 28. September 1795, ein Hülfscorps zur Vertheidigung Englands gegen

1) Whitworth, 23. Juni, 11. und 25. Juli 1797.

2) Woronzow'sches Archiv, VIII, 181; X, 19; XI, 180.

einen französischen Einfall verlangen[1]). Paul zeigte sich jetzt nicht ungeneigt, zwölf Schiffe zu stellen. Aber die Sendung von Truppen erklärte er für unnütz, weil die Franzosen ihre Drohung gegen England niemals zur Ausführung bringen würden, und für unmöglich, weil er seine Truppen wahrscheinlich bald zu eigener Vertheidigung werde verwenden müssen. Mit großer Lebhaftigkeit setzte er diese Ansicht am 7. Dezember dem englischen Gesandten auseinander; Whitworth, der vergebens seine Beredtsamkeit erschöpfte, konnte endlich die Bemerkung nicht zurückhalten: „wenn der Zar, so unwahrscheinlich es sei, einmal in die Lage kommen sollte, um die Unterstützung Englands zu bitten, so würde er gewiß nicht, wie jetzt England, eine Fehlbitte thun[2]).“ In London nahm man denn auch die Nachricht mit großem Mißfallen auf. Der Gesandte erhielt den Auftrag, sogleich in den dringendsten Ausdrücken das Verlangen zu erneuern. Niemals, schrieb man ihm, könne der in der Allianz von 1795 vorgesehene Fall entschiedener eintreten; wenn Rußland unter den vorliegenden Verhältnissen den versprochenen Beistand weigere, sei das Bündniß überhaupt illusorisch. Man ging aber einen Schritt weiter. In dem Augenblick, in welchem die frühere Verbindung sich aufzulösen schien, suchte man die Grundlage für eine neue, noch umfassendere Coalition. Man schlug dem Zaren ein Defensiv-Bündniß zwischen England, Rußland, Oesterreich und Preußen vor. Rußland und England würden gemeinschaftlich Oesterreich und Preußen zum Beitritt auffordern und zunächst dahin wirken, daß beide Staaten von der Alles hindernden Eifersucht gegen einander abließen[3]). Auf die Truppensendung ging Paul auch jetzt nicht ein; aber der Plan eines großen Defensiv-Bündnisses war gerade was er wünschte. Schon in der ersten Unterredung am 6. Februar versicherte Besborodko dem Gesandten, die

1) Grenville an Whitworth, 10. November.

2) Whitworth, 5. und 8. Dezember 1797.

3) Grenville an Whitworth, 14. Januar 1798.

Depesche Grenville's entspreche den Gesinnungen des Zaren so genau, als wenn sie von ihm selbst dictirt sei; er wolle einstehen, daß Rußland mit besten Kräften für die Einigkeit der vier Mächte wirken werde[1]). Es springt aber in die Augen, wie nahe es mit diesem großen Plane zusammenhing, zunächst die streitigen Ansprüche Oesterreichs und Preußens in Deutschland auszugleichen, wie sehr also durch diese vorbereitenden Schritte die Unterhandlung gefördert wurde, die wir im sechsten Capitel des vorigen Buches bis zu dem Punkte führten, wo wir sie jetzt wieder aufnehmen.

1) Whitworth an Grenville, 6. Februar 1798.

Zweites Kapitel.

Die russische Vermittlung.

Der Brief, in welchem Kaiser Franz die Vermittlung des Zaren für die Verhandlungen mit Preußen in Anspruch nahm, war am 24. März nach Petersburg gekommen. Bei der Stimmung Paul's und nach Allem, was eben mit England verhandelt war, konnte die Antwort nicht zweifelhaft sein. Schon am 26. erhielt Dietrichstein von Besborodko erwünschte Nachricht; das Schreiben, das der Zar am folgenden Tage an den Kaiser richtete, versichert und bezeugt durch seinen Inhalt, daß er mit voller Uebereinstimmung auf den österreichischen Vorschlag eingehe. Der Charakter des jungen Königs von Preußen, meint er, lasse hoffen, daß er bösen Einflüsterungen sein Ohr verschließen und aufrichtig mit dem Kaiser sich einigen werde. Ohne Eröffnungen von Berlin zu erwarten, habe Paul ihn schon dazu aufgefordert, die preußische Hauptstadt zum Sitz der Conferenzen vorgeschlagen und den König, so wie er jetzt den Kaiser bitte, ersucht, ihm in vollem Vertrauen sein Ultimatum mitzutheilen. Dann kommt er auf den Plan, der von England ausgegangen, von ihm selbst noch erweitert war: er wünscht ein Defensiv-Bündniß zwischen den beiden Kaiserhöfen und Preußen, zu welchem man dann auch England und Dänemark einladen würde[1]).

---

1) Vivenot, Zur Geschichte des rastadter Congresses, Wien 1871, S. 144. Der Brief wird von Miliutin oder seinem Uebersetzer a. a. O. I, 339 unrichtig vom 16. März datirt.

Um so wichtige Angelegenheiten zu fördern, sollte ein besonderer Gesandter zu dem berliner Congreß abgehen. Die Wahl fiel auf den Fürsten Repnin, der ja schon im April des vorhergehenden Jahres für eine Sendung dieser Art bestimmt gewesen war. Dietrichstein hätte lieber einen anderen vorgeschlagen, oder Panin mit der ganzen Aufgabe betraut gesehen, weil man seiner Vorliebe für Oesterreich sich versichert hielt, während Repnin als schwach und nachgiebig galt und im Gespräche mit Dietrichstein vor Allem seine Unparteilichkeit betonte. Aber Paul wollte in der That als unparteiischer, uneigennütziger Vermittler auftreten. Seine Abneigung gegen die preußischen Minister, insbesondere gegen Haugwitz war unverändert, ja durch einige Streitigkeiten zu Anfang des Jahres noch verstärkt. Aber er nannte es einen Act kleinlicher und hinterlistiger Politik, daß Oesterreich dem König von Preußen die für sich allein nicht haltbaren linksrheinischen Provinzen aufbürden wolle, um ihn dann von jeder Erwerbung in Deutschland auszuschließen. Er verlangte Entschädigung und sogar die kurfürstliche Würde für Oranien, für Hessen-Kassel und für seinen würtembergischen Schwiegervater, und volle Integrität für Baiern. Am meisten wünschte er, die beiden großen deutschen Staaten möchten auf Entschädigung in Deutschland verzichten und mit Rußland ein Defensiv-Bündniß zum Abschluß bringen, das ohne neuen Krieg durch das Gewicht der vereinigten Kräfte den Uebergriffen der Franzosen steuern könne. In diesem Sinne wurden am 19. April die Instructionen für Repnin ausgefertigt [1]).

Gerade bei seiner Abreise, am 28. April, erhielt man aber aus Wien Rasumowski's Bericht über den Tumult gegen den französischen Gesandten. Fiel schon in Berlin das Urtheil zu Ungunsten Bernadotte's aus, so noch weit mehr in der russischen Hauptstadt. Alle Diplomaten sind darüber einig, daß die Stimmung Paul's durch diesen Vorfall sich wesentlich

1) Abgedruckt bei Miliutin a. a. O. I, 342.

zum Vortheile Oesterreichs verändert habe[1]). Dazu kamen die Nachrichten aus der Schweiz und aus Italien; in Rom war Paul persönlich von den Commissaren des Directoriums beleidigt, die mit den Engländern auch alle Russen ausgewiesen hatten. Und nun hörte man sogar von einem Plane zur Wiederherstellung Polens, man wußte, daß Caillard in Berlin den Prinzen Heinrich dafür zu gewinnen suchte; die Polen in Bernadotte's Gefolge hatten ihrer Zunge nicht den geringsten Zwang auferlegt, in Wilna glaubte man bereits den Spuren einer von Bonaparte unterstützten Verschwörung zu begegnen[2]). Alles kam zusammen, den Zaren zu reizen. Selbst Kurakin, sonst ein eifriger Freund des Friedens, sagte dem österreichischen Gesandten, die alte Instruction für Repnin reiche nicht mehr aus, und am 2. Mai wurde dem Fürsten eine neue Instruction nachgesandt, welche ihm unter heftigen Klagen gegen die Franzosen eine recht entschiedene Sprache in Berlin zur Pflicht machte. Es folgte sogar die Drohung: wenn Preußen gegen solche Erklärungen taub bleibe, müsse man schließen, daß es für den gemeinsamen Feind Partei ergreifen wolle[3]).

Am 16. Mai kam der Fürst mit glänzendem Gefolge nach Berlin. Man hatte ihm absichtlich keinen diplomatischen Charakter gegeben, damit er desto zwangloser mit dem König und den Ministern verkehren könne[4]). Am 25. Mai berichtet er über seine erste Audienz bei Friedrich Wilhelm III. Der König vermied aber, seiner Gewohnheit nach, ein eingehendes Gespräch, antwortete einsilbig und unbestimmt, und reiste, ohne die Anwesenheit Repnin's zu beachten, beinahe unmittelbar nachher

1) Dietrichstein, 5. Mai, Whitworth, 4. Mai, Wegelin — der preußische Legationsrath — 8. Mai.

2) Panin, 24. Januar 1798 nach Petersburg bei Miliutin a. a. O. I, 346, an Woronzow, 19. November 1797. Woronz. Archiv XI, 6.

3) Miliutin, a. a. O. I, 52 fg., 346 fg.

4) Die folgenden Verhandlungen füllen einen beträchtlichen Theil zwei besonderer Actenhefte des preußischen Staats-Archivs mit der Aufschrift: Négociations de Berlin avec les deux cours Impériales 1798 et 1799.

auf mehrere Wochen in die östlichen Provinzen. Vermuthlich war es ihm nicht unlieb, sich auf solche Weise dem Andrängen der russischen Diplomaten zu entziehen. Denn man irrte sehr in Petersburg, wenn man lediglich Haugwitz als das Hinderniß kräftiger Maßregeln gegen Frankreich betrachtete. Der König war dazu noch weniger geneigt, als der Minister. Als Panin die Vorschläge Paul's vom 27. März am 14. April in Berlin zur Kenntniß brachte, hatten schon die Minister das angetragene Defensiv-Bündniß, weil es England umfassen sollte, bedenklich gefunden, jedoch nur für die Gegenwart und mit Bezug auf die eben vorliegenden Verhältnisse ablehnen wollen. Der König strich aber eigenhändig aus der Antwort an Panin jeden Ausdruck, der auch nur für die Zukunft Preußen den Schein einer Verpflichtung aufladen konnte[1]).

Unterdessen hatte Fürst Reuß schon Anfangs Mai seine Instructionen erhalten, so daß dem Beginn der Verhandlungen Nichts im Wege stand. Die Ansprüche des Kaisers glichen denjenigen, die Cobenzl einen Monat früher zu Rastatt in dem eventuellen Vertrags-Entwurf zum Ausdruck gebracht hatte[2]): Verzicht auf jede Entschädigung in Deutschland, wenn Preußen das Gleiche versprechen wollte. Andernfalls Hildesheim für Preußen, Paderborn für Oranien, zugleich aber Salzburg und Berchtesgaden für Modena, sodann für Oesterreich — abgesehen von den Enclaven Trient und Brixen, die zusammen nicht sechzigtausend Gulden eintrügen und ohnehin die Steuern an Oesterreich entrichten müßten — das Bisthum Passau und der baierische Distriet zwischen Inn und Salza, den man auf sechzigtausend Einwohner und fünfzigtausend Gulden Einkünfte anschlug. Der Kaiser würde dann den Kurfürsten durch den Breisgau, die Ortenau und einige kleinere Besitzungen entschädigen. Gerade als diese Instruction am 24. April ausgefertigt

1) Die Minister an den König am 14. April, an Panin am 20. April.

2) Thugut an Reuß, 24. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß S. 31 fg., 35 fg.

war, erhielt man aber aus Berlin die Nachricht, das preußische Cabinet sei mit den Bestimmungen des rastatter Aperçu nicht zufrieden, Haugwitz fordere außer Hildesheim auch Nürnberg nebst den Reunionen in Franken, und für Oranien die trierschen Balleien. In Folge dessen erhielt Reuß noch die Vollmacht, diese letzteren zuzugestehen; nur sollten die Schulden nicht, wie Haugwitz gleichfalls gefordert hatte, auf Würzburg und Bamberg übertragen werden, weil man auf diese Bisthümer das Kurfürstenthum Trier neu zu begründen wünschte. Für sich wollte der Kaiser äußersten Falles nur Passau und das Recht verlangen, Salzburg von Modena für andere österreichische Besitzungen einzutauschen. Vorbedingung jeder Vereinigung war aber das Versprechen, Preußen würde den Franzosen keine Erwerbung auf dem rechten Rheinufer gestatten, nöthigenfalls durch eine entschiedene Erklärung im Verein mit Oesterreich ihnen entgegentreten[1]).

Die beiden ersten Conferenzen am 21. und 23. Mai verliefen in freundlicher Weise. Reuß gab nach, daß man zuerst über die Entschädigungen verhandele, und hörte beinahe mit Ueberraschung, daß Preußen, wenn der Kaiser nichts verlange, auch seinerseits auf Entschädigung für die linksrheinischen Provinzen verzichten wolle. Nur trat in Berlin wie in Rastatt der Anspruch hervor, der Kaiser solle den Besitzstand in Franken anerkennen und für Anspach und Baireuth die Exemtion von den Reichsgerichten: das Privilegium de non appellando bewilligen. Ueber Oranien, Modena, die geistlichen Kurfürsten gingen die Ansichten wohl auseinander, doch nicht so weit, daß man nicht eine Vereinbarung hätte hoffen können. Aber freilich

1) Thugut an Reuß, 24. April, Nachtrag; Cobenzl an Dietrichstein, 27. April; Kaiser Franz an Paul I. am 27. April: Mon ultimatum se reduit à un seul mot: c'est votre Majesté Impériale, que j'en rends l'arbitre, et qui en décidera définitivement. Je m'en remets entièrement à ce qui lui sera dicté par son équité et sa sagesse et je souscris d'avance à ce qu'elle jugera convenable à cet égard. Vivenot, Rastadter Congreß, S. 321, 167 fg., 165.

der Hauptpunkt, die Stellung Preußens gegenüber Frankreich, war noch gar nicht zur eingehenden Berathung gekommen, und die Verhandlung stockte, weil Reuß über die preußischen Vorschläge vorerst nach Wien berichten mußte[1]).

Das Gerücht, Preußen wolle auf jede Erwerbung in Deutschland verzichten, verbreitete sich unterdessen und erregte besonders in Rastatt freudige Ueberraschung. Görtz verfehlte nicht, diesen Beweis der preußischen Uneigennützigkeit geltend zu machen; er nahm es sehr ärgerlich auf, als Cobenzl Zweifel äußerte, ob der Kaiser ein so bedeutendes Zugeständniß, wie die Exemtion der fränkischen Markgrafschaften und die Reunionen, ohne Gegenleistung bewilligen würde[2]).

Der österreichische Gesandte hatte aber damit genau die Ansicht seines Ministers ausgedrückt. Thugut wies in der neuen Instruction, die erst am 4. Juni für Reuß ausgefertigt wurde, die preußischen Forderungen nicht unbedingt zurück, bemerkte aber, der Kaiser müsse eine Bewilligung, die in solchem Maße dem Herkommen des Reiches widerspreche, davon abhängig machen, daß Preußen in den Verhandlungen mit Frankreich dem Reiche bedeutende Vortheile zu Theil werden ließe. So war man für die folgende Conferenz, die nach langer Unterbrechung erst am 14. Juni stattfand, durchaus auf die entscheidende Frage gewiesen. Nur Finkenstein und Alvensleben nahmen von preußischer Seite daran Theil, Haugwitz war dem Könige auf der Reise gefolgt. Die preußischen Minister, obwohl von Repnin schon vorbereitet, empfanden es nicht weniger unangenehm, als Reuß vor Allem Auskunft über die Stellung Preußens in Rastatt verlangte. Das, sagten sie, heiße die natürliche und bisher beobachtete Folge der Verhandlungen umkehren. Und eine noch unerfreulichere Wendung nahm das Gespräch, als sie nun ihrerseits von Reuß die Erklärung

1) Das preußische Ministerium an Keller, 25. Mai; Reuß an Thugut, 22. und 26. Mai. Wiener St.-A. Reuß an die preuß. Minister, 23. Mai: sehr dankbar für die Uneigennützigkeit des Königs. Preußisches St.-A.

2) Cobenzl an Thugut, 5. Juni.

forderten, daß Oesterreich auch in Italien auf jede neue Erwerbung verzichten und sich mit dem begnügen wolle, was es bereits durch den Frieden von Campo Formio erhalten habe. Das ganze System der österreichischen Politik beruhte darauf, für den Verzicht auf deutsche Erwerbungen sich in Italien zu entschädigen; eben jetzt waren Cobenzl's Bemühungen in Selz ganz und gar auf diesen Punkt gerichtet. Schon aus dem, was Reuß über die ersten Conferenzen mittheilte, hatte er Argwohn geschöpft und seinen Collegen warnend darauf aufmerksam gemacht, Preußen werde möglicherweise den österreichischen Absichten in Italien sich widersetzen. Jetzt kam die Bestätigung. Repnin suchte zu begütigen; er bemerkte, daß man über Deutschland, nicht über Italien unterhandle, daß es unbillig sei, von Oesterreich schon im Voraus einen Verzicht auf künftige, noch ganz unbekannte Erwerbungen zu verlangen[1]). Aber Reuß fuhr heftig auf; er bestritt Preußen jedes Recht, sich in die Ausführung des Friedens von Campo Formio zu mischen, und bestärkte dadurch den Argwohn seiner Gegner. Die Conferenz trennte sich in ausgesprochener Uneinigkeit, und die ganze Verhandlung schien dem Abbruch nahe. In dieser Lage hielt Repnin es an der Zeit, die Vermittlung in die Hand zu nehmen. Der russische Diplomat legte zuerst den preußischen Ministern einen Entwurf vor, der in acht Artikeln die beiderseitigen Wünsche zu vereinigen suchte[2]). Demgemäß sollten Oesterreich und Preußen auf jede Veränderung ihres Besitzstandes in Deutschland verzichten (Art. 1), Oranien und Modena durch einen besonderen Vertrag entschädigt werden (Art. 2), der Kaiser die

1) Die Minister an den König, 15. Juni: Ces paroles remarquables auraient pu se passer de commentaire, mais le prince de Reuss, moins adroit que son conégociateur Russe, poussa l'ingénuité jusqu'à nous déclarer, que sa cour ne consentirait jamais à confondre la paix de Campo Formio avec celle de l'Allemagne. Il ne faut pas d'avantage pour nous devoiler, Sire, le secret de l'Autriche.

2) Abgedruckt bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 346 fg. in den Anmerkungen, aber irrthümlich dem preußischen Ministerium zugeschrieben.

Exemtion der Markgrafschaften bewilligen (Art. 4), ferner sich als Reichsoberhaupt bei den Reichsständen für die Unterdrückung der fränkischen Processe verwenden (Art. 3). Andererseits sollten die beiden Mächte gleich nach Unterzeichnung des Vertrages den Rückzug der französischen Truppen auf das linke Rheinufer nach bestem Vermögen betreiben und in Rastatt die Erklärung abgeben, daß sie keinem Anspruch der Republik auf das rechte Rheinufer zustimmen würden (Art. 5). Bei einem neuen Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich sollten die Verhandlungen in Rastatt fortdauern (Art. 6), und wenn die Franzosen darauf nicht eingingen, Preußen für das Reich Neutralität oder langen Waffenstillstand zu erwirken suchen (Art. 7). Für den äußersten Fall, wenn die Franzosen auch das verweigerten, wollten beide Mächte über die geeigneten Mittel Rath pflegen, das gemeinsame Vaterland von dem fast unvermeidlichen Umsturz zu erretten (Art. 8).

„Wir haben eine letzte Anstrengung gemacht," schreibt Panin einige Tage später seinem Freunde Woronzow, „um die Absichten der beiden Mächte zu vereinigen. Die eine wünscht, wie Sie sehen, vor Allem eine wirksame Uebereinkunft, um der unersättlichen Habsucht der Republikaner Schranken zu setzen; die andere, weniger großmüthig, möchte zuerst der von ihr begehrten Vortheile sich versichern. Es blieb nur ein Mittel sie zu versöhnen. Wir mußten dem berliner Cabinet sagen: Verpflichtet Euch, Deutschland zu retten, und das Reichsoberhaupt wird Euch in demselben Act die verlangten Zugeständnisse bewilligen. Nach diesem Plane haben wir in unserer Eigenschaft als Vermittler gehandelt[1])."

Der repnin'sche Entwurf sucht in der That nicht ohne Geschick die streitigen Ansprüche auszugleichen. Jedenfalls bot er den Vortheil, daß er Preußen, wenn auch ohne eigentliche Verpflichtung, doch in einer Verbindung mit der neuen Coalition erhielt. Die beiden preußischen Minister, welche an der Conferenz sich be-

1) Panin an Woronzow, 19. Juni, Woronz. Archiv XI, 19.

theiligt hatten, waren nicht unzufrieden. Sie wünschten nur, wie in Rastatt, in dem ersten Artikel wieder eine Clausel zur Sicherung der Laienfürsten; im Uebrigen fanden sie die Uebereinkunft unverfänglich, da sie gewisse Vortheile sichere und im letzten Artikel freilich eine Verpflichtung auferlege, aber in so vieldeutigen Worten, daß der Inhalt lediglich von dem eigenen Willen abhängig sei. Weit geringeren Beifall fand der Entwurf im Cabinet und in der Umgebung des jungen Königs. Friedrich Wilhelm verschob die Entscheidung, bis er am 29. Juni nach Berlin zurückgekehrt war. Dann hatte Haugwitz eine eingehende Unterredung mit Repnin und gab am 7. Juli ein besonderes Votum, das von dem Entwurfe beinahe nichts bestehen ließ. Er verlangte in dem ersten Artikel ganz bestimmte Bürgschaft für Baiern — der Kurfürst sollte nicht einmal das Recht haben, Theile seines Besitzthums an Oesterreich zu vertauschen — und nicht weniger Beschränkung der österreichischen Erwerbungen in Italien. Die Erhaltung der drei geistlichen Kurfürsten, meinte er, sei hinreichender Ersatz für eine Entschädigung Oraniens; von Modena brauche dann keine Rede mehr zu sein. Auch die in den letzten Artikeln geforderten Erklärungen hielt er für bedenklich, weil der König in keinem Falle, auch nicht wenn der Krieg wieder ausbräche, von der Neutralität abgehen würde. In diesem Sinne wurde dann auch am 10. Juli den russischen Bevollmächtigten eine Denkschrift zugestellt. Als aber die Russen diese Forderungen zwei Tage später für ganz unbillig erklärten mit dem Zusatze, sie müßten unter solchen Voraussetzungen jede Hoffnung auf ein günstiges Ergebniß aufgeben, lenkte man von preußischer Seite ein. Man erklärte sich am 20. bereit, mit Oesterreich wegen Modenas zu unterhandeln, wollte gern bei den Franzosen gute Dienste für die Sicherheit Deutschlands eintreten lassen, billigte sogar in einer neuen Conferenz am 23. Juli eine von Panin neuentworfene Fassung des ersten Artikels, welche das Verfügungsrecht des Kurfürsten von Baiern nicht beschränkte und die österreichischen Erwerbungen in Italien unberührt ließ. Indessen

zu einem Ergebniß gelangte man doch nicht. Preußen wollte sich in keiner Weise zu den gewünschten Erklärungen in Rastatt verstehen. Der König, sagte man den Russen, werde im Falle eines neuen Krieges gern seine Verwendung für die Neutralität des Reiches eintreten lassen, aber garantiren könne er nur die Sicherheit Norddeutschlands, und es sei dann in der Billigkeit begründet, daß der Kaiser den Schutz des Südens übernehme[1]).

Noch viel weniger konnten, wie man leicht begreift, die repnin'schen Vorschläge in Wien gefallen. Thugut unterzog sie einer ausführlichen, schriftlichen Erörterung[2]). In den bittersten Worten klagt er, daß der Kaiser der preußischen Habgier gegen ganz leere Versprechungen so wichtige Vortheile in Franken, also ganz in der Nähe der österreichischen Grenze, bewilligen solle. Nur wenn Rußland einen bestimmten Schiedsspruch ergehen lasse, werde der Kaiser seiner Zusage gemäß sich fügen. Seine Depeschen nach Petersburg sind voll von Beschwerden über Repnin's Schwäche und Parteilichkeit; dem englischen Gesandten in Wien sagte er auch, was er den Russen nicht wohl sagen konnte: er werde sich hüten, daß man ihn, gleich seinem Vorgänger bei der polnischen Theilung im Jahre 1793, durch preußische Zusagen an der Nase führe. Die Lage Oesterreichs erscheint damals in keiner Weise hoffnungsvoll.

---

1) Repnin und Panin an die preußischen Minister, 12. Juli. Preuß. St.-A. Panin an Woronzow, 17. Juli, 31. Juli. Woronz. Archiv XI, 25, 27, 29. Reuß an Thugut, 24. Juli bei Vivenot, Rastadter Congreß S. 359 fg. Die preußischen Minister an die russischen Gesandten, 20. Juli, Vivenot a. a. O. S. 368; die preußischen Minister an den König, 24. Juli: Le prince Repnin se mit à proposer avec cette apparence de bonhommie, qui le caracterise, de nous occuper d'un plan de garantie générale pour l'Empire. Er erhielt die gewöhnliche Antwort. Panin's Formel für den ersten Artikel lautete: Il ne sera formé aucune prétention à la charge de l'Empire Germanique à titre d'indemnités des pertes que leur dites Majestés ont faites pendant la guerre contre la République Française. Die Minister an Repnin, 27. Juli.

2) Vivenot a. a. O., S. 346.

In Berlin war Einigung nicht erreichbar, in London seit den Präliminarien von Leoben dauernde Verstimmung, aus Selz meldete Cobenzl, daß den Franzosen sich nichts abgewinnen ließe, und selbst des Zaren war man nicht versichert; denn einer vielverheißenden Depesche Dietrichstein's vom 5. Mai 1798 war noch in keiner Weise Bethätigung gefolgt. Immer blieb aber Rußland für den Fall eines Krieges der unentbehrliche Helfer; sobald deßhalb Thugut die entscheidenden Depeschen aus Selz erhalten hatte, säumte er nicht, sie dem russischen Cabinet zum Beweise engsten Vertrauens mitzutheilen. Wieder gibt er ein Gemälde der Uebergriffe der Franzosen, denen bald die gigantische Expedition Bonaparte's neue Thaten des Schreckens hinzufügen werde. Der Kaiser wünsche nichts mehr, als muthig den Gefahren die Stirn zu bieten, aber er müsse dann auf Rußland zählen dürfen. Bis man über ausgedehntere Maßnahmen sich einige, fordere er wenigstens das vertragsmäßige, unentbehrliche Hülfscorps[1]).

Und jetzt, da Alles von der Entscheidung des Zaren abhing, war auch das Mittel nicht ungenutzt geblieben, das Kaiser Joseph beinahe zwanzig Jahre früher vorbereitet hatte. Seit dem Regierungsantritt des neuen Herrschers las man in zahlreichen Depeschen Cobenzl's und Dietrichstein's von dem Einfluß, den die Kaiserin gewonnen habe. Paul ließ die treue Gefährtin, deren Rath ihm so oft zum Heil gewesen war, auch an den Freuden, Planen und Sorgen seiner Regierung Antheil nehmen. Ein Kreis von einflußreichen Männern, insbesondere die altbefreundeten Fürsten Kurakin hatten sich an sie angeschlossen; völlig ausgesöhnt, als eine Dame ihres Hofes stand Fräulein Nelidow ihr zur Seite und zu dem Kaiser in einem eigenthüm-

1) Thugut an Dietrichstein, 7. Juli bei Vivenot a. a. O., S. 186, 189. Thugut fordert „in Gemäßheit des Bündnißvertrags" 12,000 Mann Fußvolk und 2000 Reiter, statt der letzteren wünscht er 4000 Fußgänger, also im Ganzen 16,000. In den Verträgen von 1781 und 1792 wird aber die Zahl der Hülfstruppen auf 2000 Reiter und auf 10,000 nicht auf 12,000 Fußgänger festgestellt.

lichen Verhältniß, das von verschiedenen Berichterstattern verschieden beurtheilt, jedenfalls nicht der Art war, daß es der Kaiserin mißfiel. Da Paul seine Vorliebe ausschließlich dem Militärwesen zuwendete, so war für die inneren Angelegenheiten der Wille der Kaiserin beinahe entscheidend; aber auch die Gesandten der auswärtigen Mächte hatten durchaus bei dem, was sie zu erreichen suchten, die beiden Frauen zu berücksichtigen[1]). Wir erinnern uns, daß die Kaiserin von jeher mit ganz besonderer Innigkeit ihrer Familie anhing. Gerade darauf beruhte die Hoffnung Kaiser Joseph's, als er seinen Neffen Franz mit ihrer jüngsten Schwester vermählte. Die Erzherzogin Elisabeth war freilich schon vor dem Kaiser — am 18. Februar 1790 — gestorben, und die russische Kaiserin konnte noch immer eine gewisse Empfindlichkeit nicht verbergen, wenn sie erwähnte, daß ihr Schwager so bald nach dem Tode der ersten Gemahlin sich mit seiner Cousine von Neapel wieder vermählt habe. Aber

1) Mit Fräulein Nelidow auch wohl zu rechnen. Bei dem Abschluß des Handelsvertrags mit England im Frühjahr 1797 zahlte ihr Whitworth dreißigtausend Rubel (Bericht vom 23. Februar 1797). Dem ist aber in Anbetracht der russischen Zustände keine zu große Bedeutung beizulegen. Die Lage zeichnet scharf, wenn auch mit zu schwarzen Schatten, der folgende Brief Rostoptschin's an Woronzow vom $\frac{18.}{29.}$ Juni 1797: L'Empereur se porte bien et se promène beaucoup, tant que le tems et les affaires lui permettent. C'est dommage qu'il est obsédé par N. N. [l'Impératrice] qui se mêle des affaires, tripote, fait des commérages, s'entoure des Allemands et se laisse tromper par des gueux. . . Elle s'est liguée, pour être plus sûre de son fait, avec m-elle Nélidow, qu'elle détestait avec raison et qui est son intime amie depuis le 6 [17.] de Novembre de l'année passée. Nous sommes, 3 ou 4 personnes, les bêtes noires de ces dames; car nous servons l'Empereur tout seul, et c'est ce que l'on n'aime et l'on ne veut pas. Elles voudraient mettre de côté le prince Bezborodko et le remplacer par le prince Alexandre K[ourakin], qui est une bête et un ivrogne, mettre à la tête de tout le militaire le prince Repnin et gouverner le tout par des créatures. C'est le plan du pr. K[ourakin] Alexis, le plus grand gueux, qui pille, embrouille tout et demande avec un front d'airain.“ Woronz. Archiv VIII, 182.

immer empfand sie noch eine verwandtschaftliche Beziehung, und wenn sie selbst, in der Fülle kaiserlicher Gewalt, Neigung und Abneigung ganz anders wie vordem bethätigen konnte, so hielt auch der frühere Schwager jetzt als deutscher Kaiser das Schicksal ihres Vaters vornehmlich in seiner Hand. Der Herzog Friedrich Eugen war am 20. Mai 1795 seinem Bruder Ludwig in der Regierung von Würtemberg gefolgt, aber als Reichsstand in Erfüllung seiner kriegerischen Pflichten nicht eben eifrig gewesen. Bei dem Einfall der Franzosen im Jahre 1796 hatte er unter den ersten seine Truppen von dem kaiserlichen Heere zurückgezogen und im Laufe des Sommers durch geheimes Abkommen sich mit dem Feinde abgefunden. Die Folge war, daß die österreichischen Truppen, als sie im Herbste wieder an den Rhein vordrangen, Würtemberg und den Herzog selbst keineswegs mit Rücksicht und Schonung behandelten. Die Kaiserin Catharina hatte nichts für den Schwiegervater ihres Sohnes gethan; aber kaum war Paul zur Regierung gelangt, als auch seine Gemahlin mit dem warmen Eifer einer dankbaren Tochter dem alten, bedrängten Fürsten Erleichterung zu verschaffen suchte. Sie hatte keine Unterredung mit den österreichischen Gesandten, ohne die würtembergischen Verhältnisse zu berühren; ja das Maß ihrer Gnade hing wesentlich von den Nachrichten ab, die sie über das Benehmen der kaiserlichen Truppen in Würtemberg erhielt. Neben dem Vater blieben ihre beiden Brüder, die im österreichischen Heere dienten, Gegenstand ihrer Sorge, besonders der Lieblingsbruder Ferdinand. Ohne vorzügliche Fähigkeiten war dieser Prinz gleichwohl nach österreichischer Sitte rasch befördert worden, aber in dem Feldzuge von 1796 warf man ihm arge Fehler vor; es hieß, er habe sich während eines Ballfestes vom Feinde überraschen lassen und dann nicht einmal persönlichen Muth gezeigt. Seine kaiserliche Schwester hatte sich mehrmals für ihn verwendet, sogar Thränen vergossen über die unverdiente Zurücksetzung, die ihr Bruder, wie sie glaubte, in Folge der Abneigung des Erzherzogs Karl zu erdulden habe. Indem man ihren

Wünschen entgegenkam, den Beschwerden ihres Vaters abhalf, auch dem Bruder wieder eine bedeutende Stellung gab, hatte man das wirksamste Mittel gefunden, die Kaiserin günstig zu stimmen. Gewiß mußte aber eine Begegnung, ein Zusammensein mit ihren Brüdern sie wesentlich in dieser Gesinnung bestärken; ein vertrauliches Wort der Nächstverwandten konnte vielleicht wirksamer sein, als die dringendsten diplomatischen Vorstellungen. Jedenfalls war die Lage der Art, daß an dem entscheidenden Punkte nichts versäumt werden durfte.

So war Prinz Ferdinand mit seinem Bruder Alexander Mitte Juni von Wien abgereist und am 4. Juli in Petersburg eingetroffen[1]). Noch an demselben Tage ging er nach Pawlowski, wo nicht weniger von Seiten des Schwagers als der Schwester der freundlichste Empfang seiner wartete. Ja er konnte mit Ueberraschung bemerken, daß die Absichten Paul's den österreichischen Wünschen in mancher Beziehung schon zuvoreilten. Whitworth hatte in den letzten Monaten unermüdlich gearbeitet, und alle Gründe, die den Zaren schon im Frühling gegen die Franzosen aufbrachten, hatten durch den bedrohlichen Charakter der großen Rüstung in Toulon noch wesentliche Kräftigung erhalten. Schon Anfangs Mai nahm er keinen Anstand mehr, den Engländern zehn Linienschiffe und eine Anzahl Fregatten zur Verstärkung ihrer nordischen Flotte zu versprechen. Man verhandelte sogar über Subsidien für eine Truppensendung nach England und für die Ausrüstung einer großen Armee, welche im Falle eines neuen Landkrieges die österreichische Grenze gegen Preußen decken, vielleicht bis zum Rheine vorgehen sollte. Denn der Zar wünschte schon nicht mehr als bloße Hülfsmacht, sondern als ein Hauptteilnehmer an der Coalition gegen Frankreich aufzutreten[2]). Gleichwohl hatte der Prinz in Pawlowski keinen leichten Stand. Der Kaiser, die

1) Dietrichstein an Thugut, 27. Juli.

2) Grenville an Whitworth, 4. April, Whitworth an Grenville, 4. Mai, 1. Juni 1798.

Kaiserin und Fräulein Nelidow hegten, oder schienen doch den Verdacht zu hegen, das wiener Cabinet wolle Rußland voreilig und mit eigennützigen Absichten in den Krieg verwickeln. Nicht ohne Besorgniß hatte man in Petersburg gehört, daß an Thugut's Stelle der Unterhändler des Friedens von Campo Formio getreten sei, und als dann Cobenzl abermals nach Rastatt und sogar nach Selz ging, erwachte mit neuer Stärke der Argwohn, Oesterreich suche vor Allem die Einigung mit Frankreich. Dazu kam noch die Sorge, die Franzosen könnten den Sultan auf ihre Seite bringen, um in Verbindung mit ihm die große Flotte gegen die Krim zu richten. Paul hatte mit der Pforte sich zu verständigen gesucht und die russischen Schiffe im schwarzen Meer zum Schutze gegen einen französischen Angriff angeboten, aber bisher keine Antwort erhalten. Zum Glück traf sie gerade rechtzeitig, wenig Tage nach der Ankunft des Prinzen ein und entfernte jede Besorgniß von der türkischen Seite. Auch der Prinz zeigte Geschick und Festigkeit. Er wußte die Kaiserin zu gewinnen, sodann den Kaiser durch eine gewisse soldatische Offenheit, die Paul beständig als die erste aller Tugenden pries, für sich einzunehmen. Er scheute sich nicht, ihm zu sagen: „Nach Allem, was geschehen, hinge es gar nicht mehr von ihm ab, ob er Krieg führen wolle, sondern nur, ob er mit Vortheil Krieg führen wolle; und als der Kaiser nach einer fruchtlosen Unterredung ihn einmal fragte, warum er ein so trauriges Gesicht mache, erwiederte der Prinz laut genug, um von den Umstehenden gehört zu werden, er trage Trauer um alle Souveräne und seit Kurzem auch um Kaiser Paul [1]). Am 8. Juli nach einer langen, lebhaften Unterredung lenkte der Kaiser ein; Tages darauf, nach Tische, dictirte er dem Prinzen aus dem Kopfe den Bestand einer Armee von 60—70000 Mann, die an der preußischen Grenze, wenn nicht am Rheine zur Verwendung kommen könne, und erlaubte ihm sogar, mit Besborodko und Dietrichstein darüber

1) Dietrichstein, 27. Juli.

zu reden. Vor ganz Europa, setzte er hinzu, werde er jetzt seine Gesinnungen zeigen. Mit unsäglicher Freude vernahm Dietrichstein von dieser Wendung. „Der gute Genius Oesterreichs," schreibt er dem Prinzen, „scheine die Züge Seiner Hoheit angenommen zu haben und sich in Pawlowski aufzuhalten." Nachdem der erste Schritt geschehen, ging der Kaiser in der That so rasch weiter, daß man schon daran denken mußte, ihn, statt zu drängen, zurückzuhalten. Die Vorgänge in Berlin reizten ihn auf das Aeußerste. Bereits am 27. Juni, bei der Nachricht von den ausweichenden Antworten der preußischen Minister in der Conferenz vom 14., hatte er ärgerlich an Repnin geschrieben, er solle bei dem von Haugwitz verleiteten Könige gar keinen Versuch mehr machen, sondern, sobald es füglich geschehen könne, über Wien nach Petersburg zurückkehren[1]). Jetzt dachte er in allem Ernst an einen Krieg gegen Preußen, entwarf einen Feldzugsplan und sogar eine Proclamation, die in dem Satze gipfelte: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Natürlich suchte ihn der Prinz von solchen Ideen abzulenken und statt dessen eine bestimmte Zusicherung des Hülfscorps für Oesterreich zu erlangen. Aber darüber kam Paul nicht aus dem Zweifel und der Unschlüssigkeit; selbst für den Fall, daß die Truppen abgehen sollten, fand er in den Marschbefehlen, in der Bestreitung der Unterhaltungskosten immer neue Schwierigkeiten. Endlich wagte der Prinz auf die Gefahr zu mißfallen eine sehr dringende Vorstellung. Er begreife nicht, sagte er, warum der Kaiser so lange zögere; er könne es nur den Rathschlägen von Leuten zuschreiben, die keineswegs den Ruhm ihres Herrn, sondern, ohne sich um die Zukunft zu kümmern, ihren augenblicklichen kleinen Vortheil im Auge hätten. Er gehöre nicht zu diesen Leuten, sondern als ein ehrlicher Kerl, wie der Kaiser ihn oftmals genannt, müsse er ihm die Wahrheit sagen. Er begreife auch nicht, wie der Kaiser, der seinen Günstlingen Millionen schenke, sich bei

1) Danilewski-Miliutin a. a. O. I, 53.

einigen hunderttausend Rubeln aufhalte, die das Hülfscorps jenseits der Grenze etwa mehr kosten könne. Paul habe doch oftmals gesagt, er wolle seine Truppen nicht verkaufen, wie der Landgraf von Hessen, und nicht mit ihnen Handel treiben, wie die verstorbene Kaiserin. Der Zar, bei seiner Ehre angegriffen — so erzählte wenigstens der Prinz — wurde erschüttert. „Nun denn, Sie sollen sie haben, Sie Bösewicht," rief er aus. Der Prinz rief scherzend dagegen: „Wollen Sie mir das schriftlich geben?" und als Paul fragte, ob er ihm denn nicht glaube, erwiederte er noch in demselben Tone, er wisse zu wohl, wie man sich gegen große Herren vorsehen müsse; sie seien immer zwei, einer, der spreche, ein anderer, der schreibe, und sicher sei nur, was man schwarz auf weiß habe. Der Kaiser ging auf den Scherz ein. Mit eigener Hand, aber ohne zu unterzeichnen, schrieb er auf ein kleines Papier, daß er den Oesterreichern das Hülfscorps gebe; er werde die Befehle ausfertigen und den General Rosenberg beauftragen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen. Tages darauf schien er aber doch wieder Reue zu empfinden; er sah den Prinzen an, als wenn er glaube, auch dieser sei unruhig. Aber der Prinz erklärte ihm, indem er die Hand auf seine Tasche legte, das Billet, das er hier trage, gebe ihm völlige Sicherheit, wenn es auch nicht unterzeichnet sei; er sei sogar bereit, es zurückzugeben, denn er wisse, daß der Kaiser sein Wort nicht widerrufen werde. Bald darauf kam die Nachricht von der Einnahme Maltas, von der Ausweisung des russischen Consuls und von anderen rücksichtslosen Maßnahmen Bonaparte's. Die Beschießung einer russischen Stadt hätte den Zaren nicht empfindlicher kränken können; wäre ein neuer Antrieb noch erforderlich gewesen, er hätte in diesem Ereigniß gelegen. Paul zeigte noch zuweilen Anwandlungen von Reue und einen Zweifel, ob er von seinen Truppen auch nur 16000 Mann den Oesterreichern überlassen könne; aber der Prinz antwortete wie früher, und mit einem Male — am 21. Juli — erklärte der Kaiser, Alles sei in Ordnung, und zeigte die Befehle für den General Rosenberg.

Außer dem Hülfscorps für Oesterreich sollte noch ein Beobachtungscorps an der preußischen Grenze, und endlich mit englischen Subsidien eine große Armee von 45—50000 Mann gerüstet werden, damit Rußland recht eigentlich als kriegführende Macht auftreten könne. Dietrichstein, der am 22. nach Peterhof, dem neuen Aufenthalt des Zaren, beschieden war, erhielt Erlaubniß, mit Whitworth darüber zu reden. „Sie sehen nun doch," sagte ihm Paul in Gegenwart des englischen Gesandten, „daß ich ein ehrlicher Mann bin, trotz alles Bösen, das Sie seit einem Jahre von mir gedacht haben. Ich habe den Schurken gespielt, um andere zu verhindern, es zu sein. Aber zuletzt habe ich gesehen, daß ich dabei Zeit und Mühe verlor; man muß es also anders anfangen." Zwei Tage später, als Dietrichstein mit dem Prinzen sich in dem Zimmer seiner Schwiegermutter, der Gräfin Schuwalow, befand, bemerkte ihn Paul, der durch den Garten ging, trat ein und zeigte ihm den Brief, den er für den Kaiser bestimmt hatte. „Jetzt sehe ich wieder das alte Gesicht," sagte er, als Dietrichstein in lebhaften Worten seinen Dank bezeigte[1]).

So schien Alles die beste Wendung zu nehmen; der Prinz hatte erreicht, was seit so vielen Jahren vergeblich gewünscht und versucht war. Er sagte Dietrichstein und durfte sich selber sagen, daß vor Allem der Beistand seiner Schwester ihm die Aufgabe erleichtert habe; sie selber freute sich ihres Einflusses, sprach gern von der Güte des besten Gemahls, und der Palast der Zaren, so lange Zeit der Schauplatz blutiger Gräuel und Ausschweifungen, schien jetzt das Bild glücklichsten Familienlebens zu bieten. Leider waren die Wolken schon im Heranziehen, die den heiteren Himmel trüben und sich endlich über dem Haupte des unglücklichen Mannes entladen sollten, der sie selbst heraufbeschworen hatte.

Der Kaiser war, wie er selbst wohl erzählte, als Groß-

---

1) Eine Expedition Dietrichstein's vom 27. Juli giebt von diesen Vorgängen ausführliche Nachricht.

fürst von der ehelichen Treue niemals abgewichen. Einmal hatte zwar seine Neigung für Fräulein Nelidow das Verhältniß zu seiner Gemahlin gefährdet, aber Dietrichstein berichtet, es sei allgemein bekannt, das Fräulein habe zwar zu Anfang der Großfürstin vielen Kummer verursacht, aber den Bewerbungen des Großfürsten immer widerstanden und gerade dadurch zuletzt die Achtung Paul's sowie die Freundschaft und das unbeschränkte Vertrauen der Kaiserin erworben. Aber schon bei den Krönungsfesten und noch mehr bei einer späteren Reise nach Moskau hatte die Kaiserin ungern bemerkt, daß Paul eine junge Dame aus dem vornehmen Geschlecht der Lapuchin besonders auszeichnete. Auch nach der Rückkehr hatte er sie nicht vergessen, und bald vernahm man, das Fräulein solle zum Besuch ihrer Schwester, der Frau von Demidow, nach Petersburg kommen und sogar am Hofe unter den Damen der Kaiserin eine Stelle finden [1]). Mit diesem Wunsche ihres Gemahls zeigte sich aber die Kaiserin keineswegs einverstanden; es kam zu unerfreulichen Erörterungen, und der Prinz war noch nicht lange am Hofe, als beide Theile ihn in den Streit hineinzogen. Denn auch Paul behauptete in seinem Rechte zu sein, weil die Kaiserin nach der schweren Geburt des Großfürsten Michael (8. Februar 1798), wie Paul meinte, in übergroßer Besorgniß, einer gleichen Gefahr sich nicht mehr aussetzen wollte [2]). Der Prinz beschränkte sich darauf, ihm vorzustellen, wie viel Nachtheil an den Fürstenhöfen durch Maitressen angestiftet sei, und der Kaiser erklärte ihm kurz darauf, seine Leidenschaft sei nur ein Strohfeuer gewesen, alles sei zu Ende. Auch seiner Gemahlin suchte er durch ein doppelt rücksichtsvolles Benehmen die erlittene Kränkung zu versüßen. Dietrichstein berichtet noch am 27. Juli, die wich-

1) Dietrichstein, 27. Juli, Apost. 5.

2) Whitworth, 21. August: The Empress having given to early credit to some medical people may drive the Emperor into that irregularity, from which, notwithstanding the public report, he has been hitherto conscientiously exemt.

tigsten Angelegenheiten würden in ihrer Gegenwart verhandelt, und ihre Schützlinge mit Gnaden überhäuft.

Aber die Leidenschaft des Kaisers war im Steigen; Hindernisse konnten einen Mann, der schon lange seinen Willen als das höchste, ja das einzige Gesetz betrachtete, nur heftiger reizen. Fürsten fehlt es in solchen Fällen selten an einem Vermittler. Paul fand ihn in seinem Kammerdiener Ivan Kutaisow, den er als ein türkisches Findelkind in seinen Schutz genommen und allmälich zu seinem Liebling gemacht hatte. In dem Zimmer dieses Vertrauten schrieb er die Briefe, die dann durch Eilboten nach Moskau befördert wurden, um die Ankunft der Geliebten zu beschleunigen. Als er in Erfahrung brachte, seine Gemahlin suche durch Drohbriefe die Nebenbuhlerin fern zu halten, erschien ihm das wie ein Frevel gegen seine Majestät; seiner gewöhnlichen Umgebung war er überdrüssig und that seiner üblen Laune keinen Zwang mehr an. „Ach wenn Sie wüßten, wie ich mich langweile," sagte er eines Tages in Gegenwart der Kaiserin zu Fräulein Nelidow. Die Dame erwiederte in dem halb scherzenden Tone, den sie sich sonst wohl gestatten durfte: „Ach, wenn Sie wüßten, wie Sie uns langweilen." Aber diesmal fuhr der Kaiser heftig auf, und die Folge war, daß die treue Freundin sich mehr und mehr vom Hofe entfernt hielt[1]). Die Ungnade einer so einflußreichen Persönlichkeit traf auch eine ganze Reihe derjenigen, die ihr nahe standen, ihren Bruder den Generaladjutanten, ihren Freund General Buxhövden, den Stadtcommandanten von Petersburg, der seine wichtige Stelle wenig später dem General Pahlen abtreten mußte[2]). Bald sah die Kaiserin den Kreis ihrer Freunde noch viel mehr gelichtet und sich selbst des früheren Einflusses völlig beraubt. Freilich sind auch befreundete Personen, wie Whitworth und Dietrichstein, der An-

1) Dietrichstein am 5. August, Apost. 4 und am 27. August bei Sybel, Geschichte der Revolutionszeit V, S. XLII. Wegelin an das preußische Ministerium, 21. August. Preußisches St. A.

2) Cobenzl, 9. September, Apostille 10; Whitworth, 21. August.

sicht, sie habe ihn nicht eben in förderlicher Weise zur Geltung gebracht. „Nicht alle Frauen können Maria Theresia oder Catharina II. sein," sagt Dietrichstein, wenn er über ihre Fähigkeiten urtheilt. Um nichts geringer war ihre Neigung, in die öffentlichen Angelegenheiten einzugreifen und auch vor aller Welt als Leiterin der Geschäfte zu erscheinen. Sie ging so weit, daß selbst ein so ehrfurchtsvoller Sohn wie der Großfürst Alexander daran Anstoß nahm und mit kaum verhohlenem Widerwillen sich von jeder Angelegenheit zurückzog, sobald er hörte, seine Mutter habe sich bereits hineingemischt.

So sehr die Kaiserin von Pflichtgefühl und Wohlwollen beseelt war, ihre Günstlinge wußten doch bald die vortheilhafte Stellung im eigenen Interesse auszubeuten; vor Allem hatte der General-Procurator Alexis Kurakin eine Menge von Aemtern und Einkünften mit schamloser Gewinnsucht sich angeeignet. Was aber auch dem Rufe der Kaiserin vor Allem schadete, war eine sehr zweideutige Finanzoperation. Ein holländischer Mäkler, Woot, hatte zu Anfang der neuen Regierung eine Bank ins Leben gerufen, begründet, wie so viele vorher und nachher, auf den unverwüstlichen Trieb der Menschen, sich plötzlich und ohne Mühe zu bereichern. Aber die Kaiserin war für das Project gewonnen; man sagte, daß sie selbst für ihre Wohlthätigkeitsanstalten vier Millionen sich habe schenken lassen. Als der Bankerott ausbrach, unzählige Menschen den Verlust ihres Vermögens beklagten, wurde denn auch die Kaiserin nicht geschont, die das neue Institut persönlich empfohlen, ja in der ersten Zeit unbegrenzter Hoffnung wohl geradezu als ihre Bank bezeichnet hatte[1]). Alles dies hätte unter anderen Verhältnissen die Stellung der Kaiserin nicht ernstlich gefährdet, aber jetzt bot es dem Kaiser willkommene Gelegenheit, an seiner Gemahlin und ihren Anhängern dafür Rache zu nehmen, daß sie seinen Wünschen sich zu widersetzen wagte. Noch dazu erfuhr er Alles aus dem gefährlichsten Munde. Um den Beförderer des Liebeshan-

1) Cobenzl, 9. September, Apost. 4.

dels, den Kammerdiener Kutaisow zu entfernen, suchte die Kaiserin den Beistand ihres Bruders nach, und trotz aller Abmahnungen Dietrichstein's mochte der Prinz einer so geliebten Schwester seine Vermittlung nicht versagen. Er nahm die Gelegenheit wahr, den Kaiser zur Vorsicht gegen seine Umgebung zu ermahnen, aber Paul, sobald er die Absicht bemerkte, wies ihn scharf zurück. Es folgte freilich zwischen den beiden Schwägern eine Scene der Rührung und Versöhnung, aber Paul wurde in seiner Vorliebe nur bestärkt[1]), und Kutaisow rächte sich, indem er dem Kaiser um so eifriger zutrug, was über die Kaiserin, ihre Bank, ihre Herrschsucht und ihre Günstlinge gesagt wurde. Von Tag zu Tage sah man deutlicher, daß die gekränkte Frau Liebe und Vertrauen ihres Gemahles verloren hatte; von ihren Freunden wurde einer nach dem anderen entfernt. Dem General-Procurator Alexis Kurakin nützte es nicht, daß er durch Bitten und Thränen den Kaiser und sogar den Kammerdiener zu erweichen trachtete; er mußte alle seine Aemter aufgeben. Selbst der Vicekanzler Alexander Kurakin, von Jugend auf zu den treuesten Freunden Paul's gehörig, erhielt so deutliche Zeichen der Unzufriedenheit, daß er nach vergeblichen Versuchen, Verzeihung zu erlangen, selbst um seine Entlassung bat. Der Kaiser weigerte sie aber vorerst mit den höhnischen Worten: „Wozu will er seinen Posten verlassen? er ist doch nichts, wenn er ihn auch behält[2])." Zum Glück für Oesterreich setzte sich bei dem Kaiser die Idee fest, seine Gemahlin habe ihn von der Theilnahme am Kriege abhalten und veranlassen wollen, sich mit Preußen oder gar mit Frankreich zu verständigen. Dies war jetzt ein Grund, seinen Eifer für die Coalition zu erhöhen. Der Prinz von Würtemberg blieb in Gunst, die Rüstungen wurden fortgesetzt, und als Cobenzl am 28. August nach Petersburg zurückkehrte, fand er die Wege geebnet und die Wünsche seines Herrn weiter gefördert, als er zu hoffen gewagt hatte.

1) Dietrichstein, 27. August, Apost. 7.

2) Dietrichstein, 27. August; Cobenzl, 3. October, Apost. 3.

Wir haben diesen Diplomaten verlassen, als er von Selz den Rückweg nach Wien nahm. Am 13. Juli war er wieder in der Hauptstadt. Man glaubte im Kreise der fremden Gesandten, er würde das im April interimistisch übertragene Ministerium jetzt wirklich antreten, und er selbst scheint wenigstens einige Ruhe in der Heimath gewünscht zu haben. Aber gerade die selzer Verhandlung hatte die Absichten Oesterreichs wieder auf den Krieg gewendet; Thugut konnte für diesen Fall nicht mehr an den Rücktritt denken, und von der anderen Seite war der Gesandtschafts-Posten in der russischen Hauptstadt eben jetzt von solcher Wichtigkeit, daß nur der erste Diplomat der Monarchie ihm gewachsen schien. So wurde Cobenzl's Rückkehr nach Petersburg, die man schon im Frühjahr in Aussicht genommen hatte, so sehr als möglich beschleunigt[1]); doch sollte er den Weg über Dresden und Berlin nehmen, um hier und dort zu versuchen, was sich für den Fall eines neuen Krieges und für die rastatter Verhandlung noch erreichen ließe. Am 24. Juli wurden die von ihm selbst entworfenen Instructionen ausgefertigt, mit denen er wenige Tage später die Reise antrat[2]).

1) Thugut an Colloredo, 16. Juli: Notre ami Cobenzl a bien du regret à partir et désirerait beaucoup rester quelque temps à Vienne; en attendant il est évident qu'il ne faut plus perdre un seul instant, pour voir s'il est possible de faire encore quelque chose en Saxe, à Berlin, et surtout à Petersbourg. Schon vom folgenden Tage datirt denn auch Cobenzl die Briefe an Besborodlo und Kuralin, in welchen er seine baldige Ankunft in Petersburg anzeigt. Vivenot, Vertraute Briefe, II, 110, Rastadter Congreß, S. 199 fg. Auch Eden schreibt am 21. Juli an Grenville, Cobenzl wünsche, die Reise zu verschieben, und berufe sich — nicht ohne Grund — auf seine angegriffene Gesundheit. Gewissermaßen als Schmerzensgeld erhielt er damals das goldene Vließ.

2) Nach Berichten Cäsar's vom 21., 25, und 28. Juli, denen Häußer. Deutsche Geschichte II, 183 zu folgen scheint, erregte seine Rücklehr nach Petersburg unter den wiener Diplomaten großes Aufsehen, wurde plötzlichen Entschlüssen des Kaisers und einer Intrigue Thugut's zugeschrieben; in Wahrheit war sie schon vor seiner Reise nach Selz beschlossene Sache, vgl. Cobenzl an Besborodlo und Kurakin, 27. April bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 178 fg.

Aber in Dresden erreichte er nichts. Der sächsische Hof war nicht zu bewegen, unabhängig von Preußen thätigen Beistand zu versprechen, und in Bezug auf Berlin zeugt schon die Instruction von sehr geringen Erwartungen. Ja, wenn man der russischen Hülfe versichert war und zugleich die Aeußerungen der preußischen Minister über die italienischen Angelegenheiten erwog, so mochte eine freundliche Neutralität des berliner Hofes beinahe wünschenswerther scheinen, als kriegerische Theilnahme, für welche dann auch entscheidender Einfluß auf die spätere Gestaltung der Dinge nicht verweigert werden konnte. Indessen schon die Rücksicht auf Rußland erforderte wenigstens noch einen Versuch. In diesem Sinne sprechen sich auch Cobenzl's Instructionen aus; er erhält sogar für den Fall, daß der russische Hof den Ansichten Repnin's beipflichten sollte, die Ermächtigung für einen Vertrag, der wesentlich auf dem von Repnin vorgeschlagenen Entwurfe beruht. Wieder wird für Oesterreich und Preußen gegenseitiger Verzicht auf jede Erwerbung vorgeschlagen, für Modena und Oranien gleichmäßige Entschädigung unter russischer Vermittlung. Die Verluste auf dem linken Rheinufer wünschte man vorzugsweise durch ein Aequivalent in Geld auszugleichen; sonst, namentlich für die drei geistlichen Kurfürsten, eine Entschädigung, die den Territorialbestand des Reiches so wenig als möglich veränderе. Der Kaiser erklärte sich bereit, die Exemption für die fränkischen Markgrafschaften zu bewilligen und sich beim Reichstage für die Niederschlagung der fränkischen Processe zu verwenden. Dafür wurde von Preußen nur begehrt, daß es im Falle eines neuen Krieges die Demarcationslinie sichere, und — allerdings mit einem friedlichen Verhältniß zu Frankreich schwer vereinbar — daß es die mächtigeren Reichsstände, namentlich Sachsen bewege, durch ihr Contingent den Kaiser im Reichskriege zu unterstützen[1]).

---

1) Cobenzl's Instructionen vom 24. Juli nebst dem Projet d'articles ou d'Acte éventuel, ferner die Briefe des Kaisers Franz an den Kurfürsten

Als aber Cobenzl am 6. August in Berlin ankam, fand er die Lage der Dinge wesentlich verändert. Am 24. Juli hatte man von Petersburg aus den russischen Bevollmächtigten von dem neuen Entschluß des Zaren Kenntniß gegeben. Repnin war angewiesen, von dem Versuche, Preußen für die Coalition zu gewinnen, so lange abzustehen, bis der König bessere Minister wähle. Er sollte ankündigen, daß sein Monarch Oesterreich durch ein Hülfscorps, England durch eine Flotte unterstützen würde, und sich dann von Berlin nach Wien begeben, um für den Fall des Krieges die nöthigen Verabredungen zu treffen[1]). Sobald Cobenzl alles dieses von Repnin erfuhr, konnte es ihm nicht mehr in den Sinn kommen, den wiener Vertragsentwurf zur Berathung zu bringen, der für die Zugeständnisse in Franken dem Kaiser gar keinen Vortheil bot. Denn der preußischen Neutralität war man durch das russische Beobachtungscorps jetzt ohnehin versichert, und die Neutralität des Reiches war eher Nachtheil als Vortheil, sobald man hoffen durfte, daß ein russisches Hülfsheer sich an den Rhein begeben würde. Was noch übrig blieb, war allein der Versuch, ob Preußen als thätiger Verbündeter für den Krieg sich gewinnen ließe. Gelang er, so mußte man, Alles in Allem gerechnet, noch immer einen Vortheil darin erkennen; gelang er nicht, so hatte man Gelegenheit, den Unwillen des Zaren um so nachhaltiger gegen Preußen zu reizen. Um diesen Punkt handelte es sich daher in einer Reihe von Conferenzen, die vom 7. bis zum 13. August in Berlin gehalten wurden. In Bezug auf die Entschädigungen war man von beiden Seiten entgegenkommend. Die preußischen Minister schienen sogar dem Grundsatz beizupflichten, daß die linksrheinischen Fürsten durch Geld, nicht durch Säcularisationen ihre Abfindung erhalten sollten. Dies konnte von Seiten Oesterreichs immer als Gewinn für künftige Verhandlungen betrachtet werden, aber nicht als Grund,

von Sachsen, den König von Preußen und den Kaiser und die Kaiserin von Rußland bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 203—225, 345 fg.

1) Miliutin a. a. O. I, 348.

einen bindenden Vertrag über Entschädigungen gerade in dem Augenblicke einzugehen, in welchem man der Nothwendigkeit, Entschädigungen zu leisten, durch den neuen Krieg ganz überhoben zu werden hoffte. In Bezug auf diesen Krieg blieben aber beide Mächte lediglich bei ihren früheren Erklärungen. Cobenzl wünschte eine gemeinschaftliche Aeußerung gegenüber den Franzosen in Rastatt; er wünschte, daß Preußen die Neutralität des Reiches fordern sollte, und stellte die Frage, was Preußen zu thun beabsichtige, wenn die Franzosen sie verweigerten. Haugwitz wiederholte, was er in den früheren Conferenzen und in der Note vom 20. Juli den Russen gesagt hatte: Preußen könne eine Garantie nur für die Demarcations-Linie übernehmen, auch an einer gemeinsamen Erklärung in Rastatt bei der verschiedenen Stellung Oesterreichs und Preußens schwerlich sich betheiligen [1]). Auf diese Antwort erklärten Cobenzl und die Russen, daß sie nicht weiter unterhandeln könnten; Cobenzl setzte am 14. seine Reise nach Petersburg fort, an demselben Tage schlug Repnin den Weg nach Wien ein [2]). Paul's Anweisungen gemäß hatte er Haugwitz gegenüber eine starke Sprache geführt; seine letzten Worte sollen gewesen sein, Rußland würde den Krieg führen mit Preußen, ohne Preußen, oder gegen Preußen.

1) Das preuß. Ministerium an Wegelin nach Petersburg, 13. August, und an Cäsar nach Wien, 10. August und 13. August: Voici le résultat final des négociations avec les deux cours Impériales. Les conférences précédentes n'ont abouti absolument à rien, et ce n'est qne depuis l'arrivée du Comte de Cobenzl, qu'on en est venu à des explications peremtoires, qni ont accéléré la conclusion. . . . Il s'ensuit de tout ce que je viens de vous mander, que la négociation de Berlin est terminée et dissoute. On n'est convenu absolument de rien, et le concert, qu'il était question d'établir pour les princes lésés de l'Empire et ponr l'arrangement des affaires intérieures de l'Allemagne, n'est par arrivé non plus à consistance. Beiliegend: Précis, que mon ministre [Haugwitz] à donné en mon nom dans la seconde conférence du 8. Panin an Woronzow, 11. und 21. August. Woronz. Archiv XI, 32, 34.

2) Nouvelles politiques de Leyde, 24. August.

Beim Schluß der Verhandlung schrieb der König eigenhändig an Paul und den Kaiser Franz [1]), um sein Verfahren zu rechtfertigen. Aber ohne Erfolg; in den wiener und petersburger Kreisen klagte man mehr als je über die Schwäche und Falschheit der preußischen Politik. „Bei der Thronbesteigung des jungen Königs," sagte Paul dem österreichischen Botschafter, „habe ich geglaubt, wir könnten ihn vielleicht an uns heranziehen; allein sobald ich erfuhr, daß er den nämlichen Minister beibehielt, habe ich gesagt, „dieser Mensch ist nicht mehr als das" — wobei er mit der Hand auf einen hölzernen Tisch schlug — „es ist nichts zu thun [2])." Trotz der Versicherungen des Königs argwohnte man sogar geheime Verpflichtungen zu Gunsten Frankreichs, welche Preußen mit der Coalition in feindliche Berührung bringen könnten; auch läßt sich nicht verkennen, daß in der That eine einflußreiche Partei am berliner Hofe zu engem Anschluß an die Republik geneigt war. Prinz Heinrich sprach, wo er Gelegenheit fand, diese Ansicht aus, im Ministerium wurde sie von Alvensleben unterstützt, und wenn Haugwitz sie bisher nicht zu der seinigen gemacht hatte, so war er dabei viel weniger durch bestimmte Grundsätze, als durch die eben vorliegenden Verhältnisse geleitet. In der Entwickelung Preußens trat seit mehr als fünfzig Jahren ein Gegensatz weit stärker gegen Oesterreich, als gegen Frankreich hervor, und wenn Oesterreich mehrere Jahrzehnte hindurch in dem monarchischen Frankreich eine Stütze gefunden hatte, so lag jetzt die Hoffnung nahe genug, das republikanische Frankreich könne dem aufstrebenden Preußen zur Obergewalt in Deutschland und über den langjährigen Widersacher verhelfen. Aber wie gefährlich war auch wieder ein Krieg gegen den Kaiser, wenn Oesterreich bei Rußland Unterstützung fand! Wie leicht konnte er Preußen, von französischem Beistand abhängig, vielleicht zum Spiel, zum

1) Die Antwort des Königs vom 10. August auf einen Brief des Kaisers vom 23. Juli im preußischen St.-A.

2) Cobenzl's Bericht vom 9 September über die erste Audienz vom 2.

Opfer einer Regierung machen, die bisher Alles eher als Vertrauen einflößte! Dieser Widerstreit der Interessen war es vornehmlich, was Preußen seit dem baseler Frieden in seiner neutralen Stellung hielt; auch von den kriegführenden Mächten konnte keine ernstlich daran denken, die Neutralität anzugreifen und den unsicheren Freund in einen sicheren Feind zu verwandeln. Aber wie es in solchen Fällen zu geschehen pflegt: von beiden Seiten wurde die Zurückhaltung Preußens als Schwäche beurtheilt, und wie die Coalition, so machten auch die Franzosen trotz Allem, was sie der norddeutschen Neutralität verdankten, immer neue Versuche, Preußen völlig für ihre Interessen und für ein offenes Bündniß zu gewinnen.

Wir haben gesehen, daß Preußen diese Anträge zurückwies, daß auch in Rastatt bei den schönsten Versicherungen das Verhältniß der beiderseitigen Gesandtschaften keineswegs ein vertrauliches war. Die Ereignisse in Wien, das Benehmen Bernadotte's gaben neuen Anlaß zum Mißvergnügen. Die Franzosen klagten, daß Graf Keller gar nichts für Bernadotte gethan habe, und die preußischen Depeschen reden mit unverhohlenem Mißfallen von der unbesonnenen Anmaßung des Generals. Nichts konnte ungelegener kommen, als daß eben jetzt der französische Gesandte in Berlin aufs Neue mit dem Antrag eines Bündnisses hervortrat, wie gewöhnlich, indem er Schmeichelei mit Drohungen vermischte. Denn nachdem er die Vortheile der Verbindung auseinander gesetzt hat, gelangt er zu dem Schluß: „Sie werden begreifen, daß, wenn Preußen, wie im vergangenen Jahre, uns jetzt abermals abwiese, die Würde der französischen Republik ihr nicht gestatten könnte, sich einer dritten Abweisung auszusetzen, und daß wir uns dann in die Nothwendigkeit versetzt sähen, durch andere Combinationen, in denen Preußen keine Stelle fände, nach einem Ziele zu streben, das wir mit seinem Beistande zu erreichen versucht haben[1])". Das Bündniß, behauptete er, solle nicht den Krieg,

1) Caillard an Haugwitz, 10. Mai, Pr. St.-A.

sondern den sicheren Frieden herbeiführen; aber wer konnte zweifeln, was von dieser Behauptung gerade damals, als die Zwistigkeit wegen der zerrissenen Fahne noch nicht ausgeglichen war, zu halten sei? Gleichwohl spricht sich Alvensleben in einem besonderen Votum am 11. Mai für den Antrag der Franzosen aus; denn in der kritischen Lage Europas müsse man sich doch für eine Partei entscheiden. Er wünscht nur, die Wirkungen des Bündnisses, wenn irgend möglich, bis zur Herstellung des allgemeinen Friedens auf dem Continente zu verschieben[1]). Finckenstein und Haugwitz sind aber anderer Meinung, und in ihrem Sinne ist der Bericht des Ministeriums abgefaßt, der, auch von Alvensleben unterzeichnet, am 13. Mai an den König abgeht. Es war eben die Zeit, in der man auch die Aufforderung Paul's zum Eintritt in das russische Defensiv-Bündniß zu beantworten hatte. Darauf, sagten die Minister, könne der König nicht eingehen; denn es würde unvermeidlich den Krieg zur Folge haben; aber ebenso wenig könnten sie zu einem Bündniß mit Frankreich rathen. Die Franzosen würden, wenn sie einen neuen Krieg anfingen, denselben jedenfalls für einen defensiven ausgeben, um Preußen darin zu verwickeln. Ein Krieg gegen die Kaiserhöfe wäre aber Polens wegen sehr gefährlich, und ein Bündniß mit der französischen Regierung würde immer unzuverlässig bleiben, während die Kaiserhöfe doch in Bezug auf die polnischen Angelegenheiten und die inneren Zustände ihrer Staaten mit Preußen gleiche Interessen hätten[2]).

1) Après tout ce qui a précédé je n'hésite pas à me prononcer pour une alliance avec la France, s'entend avec les modifications nécessaires, notamment celle, s'il est possible, que l'effet n'en saurait commencer qu'après la pacification générale sur le continent. Häusser a. a. O. II, 181 scheint das Votum von Alvensleben mit dem des Ministeriums zu verwechseln.

2) Les cours Impériales semblent du moins, pour peu qu'elles veuillent ouvrir les yeux, avoir un intérêt absolument identique avec votre Majesté tant sur les affaires de Pologne que particulièrement sur ce qui concerne la tranquillité intérieure et le maintien de la forme des anciens gouvernements.

Das beste sei, in der neutralen Stellung zu verharren; nur müsse man, um die Franzosen nicht den Oesterreichern zuzutreiben, die Ablehnung ihres Antrages in die mildesten Formen kleiden und andererseits Waffen und Geld in Bereitschaft halten, um Hannover gegen unerwarteten Angriff schützen zu können[1]). Die letztere Angelegenheit besprach der König, bevor er nach Schlesien abreiste, noch persönlich mit dem Herzog von Braunschweig und ermächtigte ihn, nöthigenfalls sofort, ohne vorgängige Anfrage in Berlin, die geeigneten Maßregeln zu treffen.

In Paris nahm man die abermalige Abweisung sehr übel auf: „Noch nie," schreibt Sandoz am 2. Juni, „habe Talleyrand so heftig und ärgerlich über eine Sache gesprochen. Es scheine, daß der ganze Plan von ihm ausgegangen sei. Frankreich," hatte er hinzugesetzt, „brauche einen Bundesgenossen; da Preußen nicht wolle, bleibe nichts übrig, als sich an Oesterreich zu wenden." Als der König dann sogar mit den Kaiserhöfen in Berlin unterhandelte, entlud sich der Unwille des Directoriums zuerst über Caillard, den man für die Abweisung verantwortlich machte. Ganz mit Unrecht; denn nicht leicht war Jemand mehr geeignet, die französischen Absichten zu fördern, als der Gesandte, der mit Eifer und Geschäftskenntniß noch die guten Formen der alten Diplomatie vereinigte. Aber was den preußischen Hof für ihn einnahm, wurde vom Directorium als Schwäche ausgelegt. Schon am 9. Mai hatte Talleyrand dem preußischen Gesandten mitgetheilt, man beabsichtige Caillard von seinem Posten abzurufen, und sein Nachfolger werde Sieyes sein. Nichts konnte in Berlin widerwärtiger berühren, als die Wahl dieses Mannes, den man als einen Haupturheber der Revolution für ihre ärgsten Gräuel verantwortlich machte. Noch dazu sollte er, angeblich um Preußen eine Ehre zu erweisen, wie Bernadotte als Botschafter auftreten; es war nahe Aussicht, daß die wiener Vorfälle sich in Berlin wiederholen könnten. Sogleich am 21. Mai und auf

1) Die Minister an den König, 13. Mai; Haugwitz an Caillard, 15. Mai, an den Herzog von Braunschweig, 17. Mai. Pr. St.-A.

besonderen Befehl des Königs nochmals am folgenden Tage erhielt Sandoz bestimmten Auftrag, die Ernennung Sieyes' rückgängig zu machen. In keinem Falle könne man ihn als Botschafter empfangen; denn mit Ausnahme des türkischen Botschafters, der aber die Rechte seiner Stellung nicht in Anspruch nehme, gäbe es in Berlin nur Gesandte zweiten Ranges. Zugleich wiederholte man den so oftmals ausgesprochenen Wunsch, daß Parandier, der Agent, den das Directorium neben Caillard in Berlin beschäftigte, endlich abberufen würde. Am 23. Mai, kurz vor der Abreise, schreibt der König mit Bezug auf die Vorgänge der letzten Wochen dem Ministerium: wenn etwa Caillard anfrage, ob er nach Bernadotte's Vorbild eine Fahne aufziehen dürfe, so müsse man die Erlaubniß weigern, und falls er eigenmächtig sich dergleichen unterfange, die Fahne mit aller Höflichkeit wieder abnehmen lassen. Als man aus einer späteren Mittheilung Sandoz' zu ersehen glaubte, Sieyes sei doch, und zwar mit dem Charakter eines Botschafters nach Berlin abgereist, erhielt der Gesandte einen starken Verweis, daß er nicht, um es zu hindern, größeren Eifer gezeigt habe. Sieyes, schrieb man, würde als Botschafter nicht empfangen werden, und wenn er auf den Antrag des Bündnisses zurückkomme, sei seine Mühe im Voraus verloren[1]). Der Vorwurf gegen Sandoz war jedoch unverdient und wurde bald in Lob verwandelt. Auf die bestimmte Anweisung seines Hofes hatte der Gesandte den Minister des Auswärtigen beinahe gezwungen, jetzt endlich, was er immer hinausschieben wollte, dem Directorium von der Stimmung in Berlin deutliche Kenntniß zu geben. Einer so festen Sprache gegenüber hatten die Franzosen auch jetzt sich gefügt; freilich nicht ohne daß Sieyes, Talleyrand und Rewbel auf das Bitterste über die preußische Unzugänglichkeit, über die Ablehnung der zugedachten Ehre geklagt hätten[2]). Am 20. Juni kam Sieyes nach Berlin. Aber

1) Das Ministerium an Sandoz, 15. Juni.

2) Sandoz, 7.—10. Juni. Je l'ai engagé [Talleyrand], à révoquer les empêchements et le refus, qu'il y avait mis, et à porter sérieuse-

hätte die Coalition in ihrem Interesse die Wahl des Gesandten bestimmen können, sie hätte nicht leicht eine mehr geeignete Persönlichkeit gefunden. Selten hat ein Mensch dem, was er fördern wollte, so sehr im Wege gestanden[1]). Auf das preußische Ministerium machte es sogleich den übelsten Eindruck, daß er nach Allem, was vorhergegangen, und trotz der bestimmten Zusage des Directoriums sich gleichwohl als Botschafter einzuführen suchte. Erst auf die bestimmte Erklärung, man würde ihn in dieser Eigenschaft nicht empfangen, zeigte er eine zweite Beglaubigung, die ihm den Rang eines bevollmächtigten Ministers beilegte. „Ich kann Ihnen nicht verhehlen," schreibt das Ministerium am 26. Juni an Sandoz, „daß diese Hinterlist durchaus kein Vorzeichen für ein offenes und ehrliches Benehmen ist." Am 5. Juli, als der König aus Schlesien zurückgekehrt war, hatte Sieyes die erste Audienz und

---

ment sous les yeux du Directoire la détermination de Votre Majesté. On ne saurait croire, combien cette instance de ma part à embarrassé et chagriné ce ministre. Il ne savait à quoi se déterminer. Cependant l'ayant prévenu, que cette affaire ne pouvait souffrir ni retard ni modification, il ma donné sa parole d'en parler le lendemain, qui est aujourd'hui, à la séance du Directoire. Sa grande crainte dans la décadance ministerielle, où il se trouve, est de présenter des objets désagréables, et de diminuer ses espérances d'obtenir quelque récompense. J'en attends maintenant le résultat. Le sieur Rewbel, que j'ai vu dans ces entrefaites, ne m'a montré que de l'humeur. Vous offre-t-on, m'a-t-il dit, deux ou trois fois une alliance, vous la rejettez autant de fois. Vous a-t-on proposé de concerter les arrangements de vos indemnités, de manière à compenser celles de l'Autriche, vous les déclinez aussitôt, et vous préférez de traiter avec les deux cours Impériales. Enfin vous envoye-t-on un ambassadeur extraordinaire, pour montrer, combien on honore la Prusse, vous déclarez que vous ne pouvez admettre, qu'un ministre du second rang. Que veut on, et que cherche-t-on avec de procédés semblables?

1) Eden an Grenville, 29. August: There is every reason to expect, that in a short time the machinations and insolence of the abbé Sieyes will effect what we desire.

verfehlte nicht, die Wichtigkeit seiner Sendung, die Weisheit und den Edelmuth seiner Absichten auseinander zu setzen, allerdings in einer Sprache, die sich sehr zu ihrem Vortheil von den gewöhnlichen Dissertationen seiner Collegen unterscheidet. Aber die allgemeine Stimmung war gegen ihn; nur bei dem Prinzen Heinrich fand er freundliche Unterstützung. Er bemerkte bald nicht ohne Mißvergnügen, wie anders die berliner Gesellschaft die Russen und den Grafen Cobenzl aufnahm. Als Caillard den Marschall Möllendorf fragte, ob er ihn mit seinem Nachfolger bekannt machen dürfte, soll der Marschall, die berufene Abstimmung gegen Ludwig XVI. parodirend, geantwortet haben: „Non monsieur et sans phrases [1].“ Die Minister waren höflich, aber kalt; besonders Haugwitz schien die französischen Absichten so wenig zu begünstigen, daß Sieyes eine Intrigue zu seinem Sturze zuerst mit Zastrow, und als dieser ihn abwies, mit Haugwitzen's Vorgänger, dem Grafen Schulenburg, anzuknüpfen suchte. Aber der Plan mißlang ganz und gar. Schulenburg vertraute Alles dem Könige, und die Folge war, daß Haugwitz an Gunst und Einfluß gewann, Sieyes bei allen Betheiligten im übelsten Lichte erschien und den Minister zum unversöhnlichen Gegner machte. Mit dem Antrag eines Bündnisses konnte er zunächst gar nicht hervortreten. Von irgend bedeutenden Verhandlungen bleibt für die folgenden Monate nur ganz Weniges zu melden, und das Wenige wurde von Sieyes meistens in der ungeschicktesten Weise angegriffen. „Sowohl was den Gegenstand als was die Form angeht,“ läßt der König am 24. September an Sandoz schreiben, „ist nichts schwieriger, als mit dem Minister zu verhandeln, welchen das Directorium mir auf den Hals zu laden für passend erachtet hat. Sie können mir kaum einen angenehmeren Dienst leisten, als wenn sie bei-

1) Mémoires tirés des papiers d'un homme d'Etat, VI, 143. Eine ähnliche Aeußerung legt von der Marwitz (Aus dem Nachlasse Fr. A. L. v. d. Marwitz, Berlin 1852, I, 101) dem Johanniter-Comthur Grafen Wartensleben in den Mund.

tragen, daß ich von ihm befreit werde. Auch die Geschäfte können ganz gewiß nur dabei gewinnen." Wir werden später sehen, daß auch in Rastatt der Verkehr zwischen preußischen und französischen Gesandten keineswegs freundlicher geworden war. Und so stand Preußen in der That, wie es gewollt hatte, neutral, aber auch ganz und gar vereinzelt in dem Streite, der alle europäischen Mächte zu den Waffen rief; eine Stellung, die für den Augenblick haltbar, rechtzeitig benutzt, sogar ihre Vortheile bieten konnte, aber in dem Maße schwieriger und gefährlicher wurde, als von den streitenden Gewalten, die sich jetzt noch gegenseitig in Schranken hielten, die eine das entscheidende Uebergewicht errang.

Drittes Kapitel.

Das russische Hülfscorps und die englischen Subsidien.

Auf eine Entscheidung drängte jetzt die politische Verwicklung unaufhaltsam. Allem, was Paul I. vornahm, drückte er auch den Stempel seines raschen, leidenschaftlichen Willens auf. An dem Tage, an welchem Dietrichstein von der Bewilligung des Hülfscorps Nachricht erhielt, am 24. Juli erging auch an den General Rosenberg nach Smolensk der Befehl, die bis dahin zum Schutze der Krim bestimmten Truppen nach Brest-Litowski an die Grenze von Galizien zu führen. Der Kaiser gab die erbetenen 16,000 Mann und außerdem 3000 Kosacken; bei der ersten Nachricht von dem wirklichen Ausbruch des Krieges sollten sie die Grenze überschreiten. Auch der österreichische Botschafter fand in der ersten Audienz am 2. September den freundlichsten Empfang. Auf alle Danksagungen erwiederte Paul, er habe nur seine Pflicht gethan. Er setzte seine ferneren Plane auseinander, und als Cobenzl den schon mehrmals von Thugut geäußerten Wunsch wiederholte, das Hülfscorps möge als Schreckmittel für Franzosen und Preußen ohne weiteren Aufenthalt in Galizien einrücken, fertigte Paul noch am selbigen Tage selbst einen Courier mit den nöthigen Befehlen an Rosenberg ab. Wie schwache Naturen die innere Unruhe bei einem Fehltritt gewöhnlich nicht verbergen können, so begann er auch bald von seinen häuslichen Zerwürfnissen zu reden. Cobenzl schilderte eben das Leid, das er bei den Verhandlungen mit den Franzosen ausgestanden habe; plötzlich fragte Paul, ob er

glaube, daß es auch in Rußland Jacobiner gebe. „Ich antwortete," schreibt Cobenzl, „sie drängen überall hin, aber ich hätte mit der größten Genugthuung von den weisen und scharfsinnigen Vorkehrungen gehört, die Seine Kaiserliche Majestät dagegen getroffen hätten. Ich dachte dabei, wie ich es später sagte, an die neue Ordnung des Paßwesens und an das Verbot, fremde Universitäten zu besuchen. Aber, ich gestehe, ich war wie aus den Wolken gefallen, als der Kaiser mir im Einzelnen auseinandersetzte, was er Alles gethan habe, um der Kaiserin den Antheil an den Geschäften, den er ihr eingeräumt, wieder abzunehmen und alle, welche er von ihr begünstigt glaubt, zu entfernen. Alle diese Maßregeln, sagte er, habe er ergriffen, um sich dem Joche der Jacobiner zu entziehen; so nannte er alle, die, wie er sich ausdrückte, jener Clique angehörten. Er behauptete sogar, diese seien es, die ihn bisher vom Kriege abgehalten hätten, während ich doch im Gegentheile weiß, wie sehr sie den Krieg herbeiwünschten. Es wäre nutzlos, ja schädlich für sie und für mich gewesen, dem Kaiser darin zu widersprechen; deßhalb beschränkte ich mich, ihn anzuhören, ohne mir irgend eine Bemerkung zu erlauben." Cobenzl durfte nicht einmal eine Audienz bei der Kaiserin verlangen, obgleich er ihr Briefe zu übergeben hatte. Der Kaiser ließ ihm durch Besborodko sagen, er möge sie nur in dem Augenblicke, wenn man sich zur Tafel begäbe, überreichen[1]). Ohne alle Rücksicht ging Paul in den folgenden Monaten auf diesem Wege voran. Wer der Gnade der Kaiserin verdächtig war, mußte die Ungnade des Kaisers, Amtsentsetzung, ja Verbannung gewärtigen. Fräulein Nelidow konnte nicht mehr am Hofe erscheinen; dagegen wurde Fräulein Lapuchin nach Petersburg gezogen, indem man den Vater zum General-Procurator des Senats erhob. Als einfacher Senator mußte Alexis Kurakin in der Versammlung erscheinen, in welcher er früher den Vorsitz geführt hatte; es wurde sogar eine Untersuchung wegen seiner

1) Cobenzl, 9. September 1798.

schlechten Finanzverwaltung gegen ihn eingeleitet [1]). Auch Alexander Kurakin, der Vicecanzler, erhielt am 22. September seine Entlassung. Sein Amt wurde dem Gesandten in London, Grafen Simon Woronzow angeboten und, als dieser ablehnte, Anfang November Besborodko's Neffen, Victor Kotschubej übertragen. Selbst Rostoptschin hatte die Laune des Gebieters, obgleich aus andern Gründen empfinden müssen. Weil er nicht allen Anordnungen Beifall zollte, zuweilen auch ein scharfes Wort nicht zurückhielt, wurde er im Mai 1798 plötzlich entlassen, freilich schon nach wenigen Monaten wieder zu Gnaden aufgenommen, und benutzte dann die Gelegenheit, um früheren Wünschen gemäß an Stelle des Grafen Sergius Romanzow zugleich und gleichen Ranges mit Kotschubej in das Ministerium des Aeußeren einzutreten [2]). Von den früheren Mitgliedern blieb jetzt nur noch Besborodko. Zum Glück für die österreichische Politik war der Einfluß dieses Mannes unerschüttert, wie denn überhaupt die kriegerischen Neigungen des Kaisers bei allem, was vorging, nichts von ihrer Stärke verloren. Deßhalb blieben auch die Oesterreicher in seiner Gunst. Dietrichstein wurde, als er Anfang Septembers die Heimreise antrat, mit gnädigen Worten und Geschenken entlassen; selbst der Prinz von Württemberg hatte zur Verwunderung des Hofes die nahen Beziehungen zu seiner Schwester beinahe einzig unter ihren Freunden nicht zu entgelten. Der Kaiser nöthigte ihn, in Petersburg zu verweilen, und behandelte ihn durchaus mit dem früheren Wohlwollen. Wie sehr aber diese freundlichen Aussichten dem Wechsel unterworfen waren, sollte Cobenzl bald genug erfahren.

In der Nacht vom 23. auf den 24. September kam Prinz Ferdinand von Gatschina nach Petersburg, mit der Nachricht, der Marsch des Hülfscorps sei unterbrochen, statt über

1) Cobenzl, 3. October, Apost. 3, 21. September, 6. November 1798.

2) Simon Woronzow an Rostoptschin, 1. Juni 1798, an seinen Bruder Alexander Woronzow, 23. October, 11. December 1798. Woronz. Archiv VIII, 513, X, 35, 36, 38.

die Grenze solle es in seine alten Standquartiere zurückmarschiren[1]). Was war der Grund dieses Befehls, der, wenn er zur Ausführung gelangte, alle Pläne für den Krieg zerrütten mußte? Als Rosenberg mit seinen Truppen in Brest eintraf, fand er dort den österreichischen Obersten Baron Vincent, um mit ihm über den Vormarsch und die Verpflegung der Russen das Nöthige zu vereinbaren. Aber schon bei den ersten Gesprächen trat ein Gegensatz hervor. Vincent hielt sich an dem 8. Artikel des Vertrages vom 14. Juli 1792, demgemäß die Russen in Oesterreich geradeso wie die österreichischen Soldaten verpflegt werden sollten. Rosenberg bemerkte dagegen, daß die russischen Soldaten in Rußland täglich nicht zwei sondern drei Pfund Brod, außerdem monatlich ein bestimmtes Maß anderer Lebensmittel erhielten. Er verlangte diese Lieferungen nun auch in Oesterreich, und als Vincent nach den Worten des Vertrages und besonders wegen der Eifersucht, die eine Bevorzugung der russischen Soldaten bei den österreichischen hervorrufen würde, auf Rosenberg's Forderung nicht einging, schrieb der russische General am 15. September einen Brief voller Klagen an den Zaren[2]). Paul, schon durch andere Umstände verstimmt, ergriff sogleich die Gelegenheit, in den heftigsten Zorn zu gerathen. „Ich kann nicht aussprechen," schreibt Cobenzl, „wie aufgebracht er wurde. Er sagte, er sei getäuscht, man breche ihm das gegebene Wort, das werde er nicht ertragen. Wenn man seinen Truppen das Nothwendige verweigere, möge man auch sehen, wie man ohne sie fertig werde." Sogleich schickte er den Befehl, dessen wir vorher gedachten, an Rosenberg ab und ließ auch seinem Schwager davon Mittheilung machen. Vergebens suchte der Prinz den österreichischen Commissar zu entschuldigen, der sich genau an den Vertrag gehalten und unmöglich Forderungen, die vorher gar nicht bekannt gewesen seien, habe bewilligen können. Paul hörte ihn kaum an, behandelte ihn Abends während des Hofballs

1) Das Folgende nach Cobenzl's Expedition vom 3. October.

2) Miliutin a. a. O. I, 86, 402 fg.

mit auffälliger Kälte und verwies ihn an Besborodko. Alles dieses erzählte der Prinz in großer Aufregung dem aus dem Schlafe gerüttelten Botschafter und verlangte Rath, was weiter zu thun sei. Cobenzl war sogleich entschieden, daß er, um einen so gefährlichen Bruch zu verhüten, bis an die äußerste Grenze seiner sehr ausgedehnten Vollmacht gehen müßte. Er ließ früh am Morgen den Prinzen mit Besborodko verhandeln und folgte ihm bald selbst dahin. Der Kanzler war den Wünschen der beiden Oesterreicher schon zuvorgekommen, indem er den Courier, der ihm in der Nacht die Botschaft aus Gatschina brachte, sogleich mit dringenden Vorstellungen, „wie sie kein Andrer gewagt haben würde," an den Kaiser zurückschickte. „Er ließ ihn fühlen," schreibt Cobenzl, „daß er sich im Angesichte von ganz Europa entehre, daß er für den allgemeinen Umsturz, der daraus erfolgen könne, die Verantwortung trage, daß es nicht die Oesterreicher seien, die in diesem Falle nicht Wort hielten." Besborodko hatte hinzugefügt, wenn er nur Erlaubniß erhielte, so würde er mit Cobenzl bald zu beiderseitiger Zufriedenheit die Sache ins Reine bringen. Auch dem Botschafter gegenüber gestand er freimüthig, daß der Wortlaut des Vertrages alles Unrecht auf die Seite Rußlands setze. „Aber," fügte er hinzu, „Sie kennen die Heftigkeit meines Herrn, seine Hast, sich zu entschließen. Sie wissen auch, daß er in der Abneigung wie in der Freundschaft immer zum Aeußersten schreitet. Wie beschränkt auch Ihre Finanzen sind, so können doch einige Kosten mehr nicht in Betracht kommen, wenn es sich darum handelt, den Kaiser von Rußland zum ersten Schritte gegen Frankreich zu bringen, der, einmal gethan, sicher andere nach sich ziehen wird." Während man noch verhandelte, kam aus Gatschina Paul's Erwiederung auf Besborodko's Vorstellungen. Sie enthielt nur die trockenen Worte: „Sie können Gründe gehabt haben, bei den Bemerkungen, die Sie mir zugehen ließen, auf gewisse Personen Rücksicht zu nehmen. Da ich mich aber nicht zu den nämlichen Rücksichten verpflichtet fühle, so habe ich Nichts gefunden, um meinen Beschluß

und die in Folge dessen getroffenen Maßregeln zu verändern.“ Der Kanzler, indem er Cobenzl diese Antwort mittheilte, setzte hinzu: sie bekräftige nur, was er auch von anderen Seiten höre, daß alles, was vorgehe, keinen anderen Grund habe, als die unseligen Zänkereien im kaiserlichen Hause. Der Kaiser habe zu bemerken geglaubt, daß er in dem, was er für Oesterreich thue, den Willen seiner Frau erfülle; dies habe genügt, ihn widerspenstig zu machen und die Bombe bei der ersten Gelegenheit zum Platzen zu bringen. Eine der ersten Maßregeln Cobenzl's war daher, die Kaiserin durch ihren Bruder bitten zu lassen, sie möge ja nicht das Gespräch über die vorliegenden Angelegenheiten zuerst anfangen, sondern nur, wenn der Kaiser von selbst darauf komme, den günstigen Augenblick benutzen. Alsdann beeilte man sich, eine schon vorbereitete Denkschrift nach Gatschina zu schicken. Cobenzl setzte darin auf das dringendste die Nachtheile, die der Rückmarsch der russischen Truppen nach sich ziehen müsse, auseinander und erbot sich, indem er auf den Umfang seiner Vollmachten hinwies, alle Mißverständnisse zur Zufriedenheit des Zaren auszugleichen. Diese Denkschrift hatte wirklich den gewünschten Erfolg; der Kaiser widerrief noch am Nachmittag des 25. Septembers den Befehl zur Auflösung des Hülfscorps. Rosenberg erhielt Anweisung, in Brest stehen zu bleiben, aber keinen Schritt vorwärts zu thun, bis seine ganze Forderung bewilligt, und auf vorgängigen Bericht nach Petersburg ihm von dorther der Befehl zum Weiterrücken zugekommen sei. Vergeblich suchte Besborodko durchzusetzen, daß dieser Befehl sogleich nach der Einigung mit Cobenzl erfolgen möchte; Paul gab eine abschlägige Antwort, und Cobenzl stand im Begriffe, am 27. einen Courier mit den unwillkommenen Nachrichten, die so großen Zeitverlust in Aussicht stellten, nach Wien abgehen zu lassen, als wieder unerwartet eine Wendung eintrat. Der Kaiser hatte in Gatschina dem Prinzen Ferdinand vorgeschlagen, er solle gleich zum Hülfscorps abreisen, die Schwierigkeiten beseitigen und in Brest den Marschbefehl aus Petersburg erwarten;

der Prinz sprach dagegen den Wunsch aus, daß er diesen Befehl selbst mitbringen könne. Es war dann zwischen den Schwägern wieder eine Scene der Rührung und Versöhnung gefolgt, nach welcher der Kaiser erklärte, wenn Cobenzl alle Forderungen zugestände, so solle der Marschbefehl gleich ausgefertigt werden; andernfalls würden die Truppen in ihre Quartiere zurückkehren, und der Kaiser am Landkriege keinen Theil nehmen. In Folge dessen kam es zwischen Besborodko und dem Botschafter am 29. September zu einem Vertrage. Cobenzl schreibt, er habe in einer Denkschrift fühlen lassen, daß Oesterreich zu dem, was er zugestanden, keineswegs verpflichtet sei. Er schlägt die Mehrausgaben nur auf einige hunderttausend Gulden jährlich an, während Thugut später eine Million berechnete[1]). In Wahrheit hatte man sich den Russen fügen müssen, und unter dieser Bedingung wurde dann der Marschbefehl wirklich ausgefertigt. Bis er aber an Rosenberg gelangte, waren kostbare Tage verloren; andere wurden durch Inspectionen in Anspruch genommen, zu deren Vornahme Paul seinen Günstling Araktschejew nach Brest geschickt hatte. Erst in der Zeit vom 26. October bis zum 10. November traten die russischen Truppen in verschiedenen Colonnen bei dem übelsten Wetter ihren Marsch nach der Donau an.

Und damit war erst eine der Bedingungen erfüllt, welche Thugut für den Anfang des Krieges gestellt hatte. Russische Soldaten waren nicht viel unentbehrlicher als englische Subsidien. Aber das Verhältniß Oesterreichs zu England war noch immer nicht freundschaftlich geworden. Die Präliminarien von Leoben schienen das alte Vertrauen von Grund aus zerstört zu haben. England erfuhr nichts von den Verhandlungen in

1) Thugut an Colloredo, 16. und 17. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe II, 127. Dem englischen Gesandten sagte er einige Tage später, der Streit sei nur dadurch entstanden, daß man vernachlässigt habe, die russischen und österreichischen Gewichte zu vergleichen. Nachdem dies geschehen, stelle sich der Unterschied dessen, was Rußland forderte und Oesterreich geben wollte, als ganz unbedeutend heraus. Eden an Grenville, 20. October.

Montebello und Udine, wies dann auch im Juli Thugut's Wunsch, die eigenen Verhandlungen bis zu einem allgemeinen Congreß zu verschieben, in schroffer Form zurück[1]). Dazu kam aber noch ein besonderer Grund des Zerwürfnisses. Das große Anlehen vom 4. Mai 1795, die 4,600,000 Pfund, hatten doch für die Kosten eines so langwierigen Krieges nicht ausgereicht. Schon im nächsten Jahre unterhandelte Oesterreich wegen einer neuen Geldunterstützung und erhielt auch eine Reihe von Vorschüssen. Doch mußte sich der kaiserliche Gesandte in London vorher im Allgemeinen und sogar bei jeder einzelnen Empfangsbescheinigung verpflichten, er werde später zur Deckung dieser Vorschüsse eine Anleihe auf den Betrag derselben unterzeichnen. Anfang des Jahres 1797 stand man im Begriff, eine neue große Anleihe im Betrage von 3,500,000 Pfund zum Abschluß zu bringen. Aber auf die Nachricht von den Präliminarien zu Leoben nahm das englische Ministerium sein Anerbieten zurück, und Starhemberg erbat sich aus Wien neue Anweisungen. Gleichwohl ließ er sich bestimmen, einen neuen Vertrag, anfänglich nur mit Vorbehalt der Genehmigung seines Hofes, dann sogar ohne diese Clausel, am 16. Mai 1797 zu unterzeichnen. Statt 3,500,000 Pfund sollte das Anlehen nur 1,620,000 betragen, nämlich gerade soviel, als für die bisher geleisteten Vorschüsse berechnet wurde. Es entsprach dies dem früher von Starhemberg gegebenen Versprechen, aber keineswegs den Interessen Oesterreichs, das in solcher Weise nur alte Schulden anerkannt, aber keinen finanziellen Vortheil erlangt hätte. Denn nicht einmal eine Summe von 600,000 Pfund, auf welche Thugut als rückständigen, vertragsmäßig zu leistenden Vorschuß und wegen österreichischer Gegenforderungen Anspruch erhob, hatte Starhemberg in das Anlehen einbegreifen können. Zudem schienen die Bedingungen von unerhörter Härte; „ein junger Verschwender in den Klauen seiner Gläubiger,"

1) Grenville an Eden, 22. Juli, an Starhemberg, 21. Juli. Eden an Grenville, 7. Juli, 16. August. Gerade in dieser Weigerung lag ein Grund, der auch Thugut im August auf den allgemeinen Congreß verzichten ließ.

schreibt Thugut, „würde sie nicht unterzeichnet haben". Es sollten Obligationen zum Rennwerthe von 100 Pfund zu drei Prozent verzinslich ausgegeben werden; dafür würde man etwa 43 Pfund wirklich erhalten, also in Wahrheit mehr als sechs Prozent an Zinsen gezahlt haben. Dazu kam noch die Verpflichtung, die Obligationen in bestimmten Zeiträumen zum Börsencurse wieder einzulösen. Man berechnete, daß sich dieser nach dem Frieden auf 70 oder 75 Prozent stellen würde, so daß also der Kaiser für jede Obligation, abgesehen von den hohen Zinsen, beinahe doppelt so viel, als sie ihm eintrug, hätte zahlen müssen. Außerdem trat für Thugut noch eine wichtige Erwägung in den Vordergrund. Kam der Vertrag zur Ausführung, so mußte er auch dem Parlamente zur Bestätigung vorgelegt, also öffentlich bekannt werden. Die neue Vermehrung der österreichischen Schuld, die Erschöpfung der letzten Hülfsquellen, welche einzig solche Bedingungen erklärlich machte, ja der unvermeidlich nahende Bankerott wurden aller Welt vor Augen gelegt; der Kaiser büßte den letzten Rest seines Credits ein, um sich von nun an willenlos, ohne augenblicklichen Vortheil, ohne Versicherung einer wirksamen Unterstützung den Engländern in die Arme zu werfen[1]. Alle diese Gründe bestimmten Thugut, die Genehmigung zu verweigern. In England erschien die Weigerung als Wortbruch, sie rief die bitterste Stimmung hervor, und die Minister fürchteten sogar, daß sie dem Parlament gegenüber ihre Stellung gefährden könne. Während des Sommers 1797 sind beinahe alle Depeschen Eden's und Grenville's mit solchen Klagen angefüllt; Note auf Note ergeht, um das österreichische Ministerium zur Bestätigung des Vertrages aufzufordern. Der Friede von Campo Formio konnte die Mißstimmung nur verstärken, besonders weil man in England den Inhalt für noch gefährlicher hielt, als er in Wirk-

1) Thugut an Cobenzl und an Starhemberg. 2. und 19. August 1798. W. St.-A. Kurze Auszüge aus diesen Depeschen bei Vivenot, Rastatter Congreß, S. LXII fg. Der Vertrag vom 16. Mai zuerst bei L. Neumann, Recueil des traités conclus par l'Autriche, I, 573, Wien 1855.

lichkeit war. Denn Thugut hatte in einer ersten Conferenz mit Eden am 22. October sich verschlossen gezeigt und sechs Tage später zwar die wichtigsten Bedingungen mitgetheilt, aber doch den Wortlaut nicht schriftlich geben wollen. Dagegen äußerte er den lebhaften Wunsch, sich mit England zu einigen, sprach über den baldigen Wiederausbruch des Krieges ganz ähnlich, wie Cobenzl darüber nach Petersburg geschrieben hatte, und unterließ nicht die Anfrage, ob Oesterreich für diesen Fall auf Geldunterstützung von Seiten Englands rechnen dürfe. Aber dies verneinte schon Eden, wenn nicht vorher der Wortlaut des Friedens mitgetheilt und der Vertrag vom 16. Mai genehmigt wäre[1]), und noch viel schroffer das englische Ministerium. Am 24. November wies Grenville den Gesandten an, nöthigenfalls im Namen des Königs eine Audienz beim Kaiser und darin auf das bestimmteste die Bezahlung der Zinsen für das Anlehen von 1795 sowie die Ratification des Mai-Vertrages zu verlangen. Die Audienz, obgleich für solche Angelegenheiten etwas Ungewöhnliches, wurde bewilligt; allein der Kaiser wiederholte nur, was Thugut mehrmals geäußert hatte: es solle geschehen, was irgend geschehen könne, für den Augenblick seien aber die Finanzen völlig erschöpft[2]). Eden ließ jedoch auch in den folgenden Monaten nichts unversucht; er wurde so dringlich, der Ton der Unterredungen so unerfreulich, daß Thugut am 4. März den Kaiser veranlaßte, die ganze Angelegenheit dem Ministerium des Auswärtigen abzunehmen und dem Finanz-Ministerium zu übertragen. Am 8. März schreibt der Gesandte, er sähe Thugut jetzt gar nicht mehr[3]). Selbst die Unruhen in Wien und die Abreise Bernadotte's, welche das persönliche Verhältniß zwischen Thugut und Eden wiederherstellten, konnten das große Hinderniß nicht beseitigen. Thugut

1) Eden an Grenville, 22. October und 1. November 1797.

2) Eden an Grenville, 3. Januar 1798.

3) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXVII. Correspondence of Lord Auckland, III, 389. Grenville an Eden, 20. und 27. April. Record Office.

und Cobenzl erklärten die Ratification für unmöglich, bis nicht die weiteren Absichten Englands zur Unterstützung Oesterreichs bekannt seien, und der englische Gesandte erklärte wieder, von diesen Absichten nicht einmal reden zu dürfen, so lange er nicht die Ratification in Händen habe[1]).

Wie schwer Coalitionen zu einem Erfolg gelangen, wird selten stärker bezeugt, als durch diesen leidigen Streit. Und er schädigte nicht allein das Verhältniß zwischen Oesterreich und England, sondern, weil von der Vereinigung dieser beiden Mächte die ganze Action wesentlich abhing, auch alles Uebrige: die Verhandlungen in Petersburg, die Maßregeln, welche den Gewaltthaten der Franzosen in der Schweiz, in Italien hätten begegnen sollen. Denn Thugut blieb noch immer bei dem Entschluß, den Krieg ohne englische Geldunterstützung nicht wieder anzufangen; nicht fünf Monate lang, erklärte er Eden, würde der Kaiser dazu im Stande sein[2]). Erst nach dem Abbruch der selzer Conferenzen, als der Krieg unvermeidlich schien, that er den Engländern einen Schritt entgegen. Er schlug vor, die ganze Angelegenheit auf den Punkt zurückzuführen, auf welchem sie vor dem Abschluß der Präliminarien von Leoben sich befunden hätte. Ein Brief Grenville's an Starhemberg hatte am 14. Mai 1797 noch anerkannt, daß England zur Bewilligung einer neuen Anleihe von 3,500,000 Pfund geneigt sei. Thugut wünschte eine Anleihe von diesem Betrage nunmehr abzuschließen, davon sollte der Betrag der starhemberg'schen Convention, also die Summe von 1,620,000 Pfund allmälig in Abzug kommen, dagegen eine Summe von 5—600,000 Pfund, die Oesterreich für die Unterhaltung des Condé'schen Corps und auf Grund englischer Requisitions-Scheine in Anspruch nahm, seinem Guthaben zugeschrieben werden. Das ganze Anlehen wollte er unter den Bedingungen, die gewöhnlich bei Anlehen der englischen Regierung zur Anwendung kamen, ver-

1) Eden, 7. Mai; Grenville, 13. Juli 1798.
2) Eden, 14. Juli.

zinsen, verlangte aber sogleich einen Vorschuß von 5—600,000 Pfund, um die Kriegsrüstung gegen Frankreich anfangen zu können[1]).

Aber weder Grenville noch Eden zeigten die geringste Neigung auf diesen Vorschlag einzugehen. Offenbar ließ sich ohne fremden Beistand von den Engländern nichts erreichen. Thugut's Hoffnung richtete sich deßhalb auf Rußland, besonders als die Nachrichten von der kriegerischen Stimmung Paul's nach Wien gelangten. Am 2. August ging an Cobenzl eine ausführliche Depesche ab, mit dem Auftrage, zuerst in Berlin den russischen Gesandten, dann in Petersburg dem Zaren die Gerechtigkeit der österreichischen Ansprüche auseinanderzusetzen und russische Verwendung bei England zu erbitten. Wenn irgend möglich, sollte Cobenzl gleich mit Whitworth einen neuen Vertrag zu Stande bringen; denn in Petersburg, meinte Thugut, werde der russische Einfluß wirksamer sein als in London, wo Woronzow, der früher dem Vertrag vom 16. Mai 1797 das Wort geredet habe, sich jetzt ungern dagegen aussprechen würde. Als Repnin in der zweiten Hälfte des Monats nach Wien kam, sprach er in der That mit Eden zu Gunsten der österreichischen Wünsche, und mit noch größerer Freude las Thugut in Cobenzl's Depeschen vom 9. September, daß auch die russischen Minister sich günstig aussprächen. Aber Eden blieb auch Repnin gegenüber unerbittlich. Vor Allem, sagte er, müsse die unbedingte Ratification in seinen Händen sein, erst dann werde er, und dies sei Thugut nicht unbekannt, gern zu einer Verhandlung über neue Subsidien die Hand bieten[2]).

Bald wurde selbst diese Aussicht wieder genommen. Am 24. Juli, als in Petersburg die Entscheidung für den Krieg und die Absendung des Hülfscorps erfolgte, hatte auch Whitworth darüber nach London geschrieben und um Anweisung wegen der von Rußland geforderten Subsidien gebeten. So-

1) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXII fg., LXVIII.

2) Eden, 5. September.

gleich suchte Grenville die Gesinnungen Paul's für seine Verhandlung mit Oesterreich zu benutzen. Auch Rußland gegenüber machte er die Bewilligung von Subsidien davon abhängig; daß vorerst die Convention vom 16. Mai 1797 ratificirt sei. Ja er wollte jetzt von neuen Subsidien an Oesterreich gar nicht mehr hören. Paul's Einfluß, meinte er, müsse hinreichen, die Oesterreicher zum Kriege zu bestimmen, und das Allernützlichste werde sein, wenn man ein russisches Hülfscorps, durch englische Subsidien ausgerüstet, unabhängig von Oesterreich im englischen Interesse verwenden könne. In diesem Sinne richtet er am 29. August eine merkwürdige Instruction an Whitworth. Zuerst bittere Klagen über die Wortbrüchigkeit der Oesterreicher und die zweideutige Stellung Thugut's; man wisse nicht einmal, ob er den Krieg ernstlich wolle, da er ihn ganz und gar von einem vorgängigen Angriff Seitens der Franzosen abhängig mache. England habe seit 1795 den Oesterreichern ungeheure Summen bezahlt, habe ihnen auch jetzt wieder im Falle eines neuen Krieges monatlich 500,000 Pfund anbieten wollen, unter der einzigen Bedingung, daß vorher die Mai-Convention ratificirt wäre. Da Oesterreich sich weigere, sei man bereit, dies Anerbieten auf Rußland, wenn es 60000 Mann aufstellen wolle, zu übertragen; daneben werde man für die Bewaffnung der Schweizer 500,000 Pfund bewilligen, die englische Flotte im Mittelmeere lassen und die Operationen in Deutschland unterstützen; aber alles dieses nur unter der Bedingung, daß vorerst der Mai-Vertrag ratificirt sei. Die Uebereinkunft, welche Whitworth abschließen könne, — Grenville legt schon einen Entwurf in acht Artikeln bei — dürfe deßhalb nur einen provisorischen Charakter tragen.

Man sieht, wenn Oesterreich bei seiner Weigerung verharrte, war der Entwurf unausführbar, und für diesen Fall hat Grenville noch einen andern Plan, von welchem er sagt, daß er ihn für alle Fälle der Cooperation mit österreichischen Truppen vorziehe. Nach dem Ausbruche des Krieges zwischen dem Kaiser und Frankreich sollte der Zar statt der Armee,

die gemeinschaftlich mit den Oesterreichern in Italien oder Deutschland vorzugehen bestimmt war, 50000 Mann oder eine andere passende Zahl nach England schicken, um sie im Verein mit britischen Streitkräften zur Befreiung von Holland, oder zu einem anderen Unternehmen gegen französische Besitzungen zu verwenden. Die Lage Hollands sei derart, die Unzufriedenheit des unterdrückten Volkes so groß, daß die 25000 Franzosen, welche jetzt die militärische Besatzung bildeten, einem gemeinschaftlichen Angriffe gewiß erliegen müßten. Für eine solche Operation würde sogar die preußische Neutralität sich nützlich erweisen, so nützlich, daß man hoffen könne, die Franzosen würden die Demarcations-Linie verletzen und dadurch Preußen mit in den Krieg hineinziehen. Ganz übereinstimmend mit dieser Depesche ging wenige Tage später, am 4. September, für Eden die Weisung ab, Vorschläge einer besonderen Convention mit Oesterreich und neuer Subsidien ganz von der Hand zu weisen, aber nicht weniger eifrig auf der Ratification des Mai-Vertrages zu bestehen. Mit bitterem Unwillen vernahm Thugut diese Mittheilungen; jetzt sehe man, schreibt er am 30. September an Cobenzl, wie gut es sei, daß man durch Eden's Vorspiegelungen sich nicht habe verleiten lassen. Man würde doch nur wenig oder gar nichts erlangt und nutzlos den Credit Oesterreichs geopfert haben. Das Verfahren Englands, indem es auch die Subsidien für Rußland durch die Ratification des Mai-Vertrages bedinge, erwecke den Verdacht, daß es gar keinen Krieg, sondern einen Separatfrieden mit Frankreich beabsichtige. Gerade so habe es 1796 den König von Neapel zu dem schmachvollen Frieden, den es öffentlich zu mißbilligen schien, heimlich genöthigt, um seine Schiffe aus dem Mittelmeer zurückzuziehen. Thugut wünscht, daß Cobenzl unter russischer Vermittlung die ganze Verhandlung weiter führe. Er soll nochmals ein Anlehen von 3,500,000 Pfund zu erhalten suchen, in der Weise, daß, um den offenen Bruch mit Frankreich noch hinauszuschieben, der Abschluß des Vertrages dem Parlamente erst beim wirklichen Beginn des Krieges vor-

gelegt, und einstweilen ein Vorschuß von 5—600,000 Pfund geleistet würde. Subsidien wünscht Thugut nicht, sondern eine Anleihe, zunächst aus einem Grunde, der wohl vornehmlich für die russischen Leser seiner Depesche berechnet war. Da das englische Ministerium, schreibt er, angeblich nur über einen genau abgegrenzten Subsidienfonds verfüge, so widerspreche es dem Zartgefühl und den dankbaren Gesinnungen des Kaisers, durch Annahme von Subsidien die Hülfsquellen zu vermindern, welche England dem Zaren zu Gebot stellen könne. Ferner seien auch Subsidien weit weniger sicher, als eine Anleihe, deren Auszahlung, wenn man einmal abgeschlossen, nicht unterbrochen werden könne, während die Auszahlung von Subsidien immer in der Gewalt des Gebers liege, also den Kaiser und die Operationen von den schwankenden, rücksichtslosen Forderungen Englands abhängig mache, wie denn die unmotivirte, plötzliche Unterbrechung der versprochenen Zahlungen zu Anfang des Jahres 1797 den Kaiser mehr als irgend etwas zum Abschluß der Präliminarien genöthigt habe. — Ob nicht dem österreichischen Minister der Gedanke vorschwebte, daß man schließlich die Anleihe wohl eben so wenig als die Subsidien zurückzahlen würde? In einem geheimen Artikel sollte sich Cobenzl versprechen lassen, der König von England würde, nach einem glücklichen Ausgange des Krieges, seinem Parlamente die Tilgung der Anleihe auf Rechnung Englands vorschlagen; doch wurde diese Bedingung nicht unumgänglich gefordert[1]).

Thugut's Wünsche begegneten diesmal den Wünschen des russischen Kaisers. Von Kriegslust erfüllt und im Bewußtsein, daß ohne Oesterreichs Mitwirkung sich nichts ausrichten lasse, war er schon aus diesem Grunde geneigt, was Thugut vorschlug als billig und ausführbar zu betrachten. Es war nicht immer so gewesen. England hatte noch früher als Oesterreich seine Klagen nach Petersburg gebracht, und Whitworth's De-

1) Thugut an Cobenzl, 30. September und 26. November 1798. W. St. A. Miliutin a. a. O. I, 353.

peschen enthalten noch im Frühjahr und Sommer 1798 nur den Ausdruck der Zufriedenheit, daß Paul und die russischen Minister ganz und gar seine Auffassung theilten. Noch im September, als Cobenzl schon auf Besborodko rechnete, schreibt Whitworth, der Minister stände durchaus auf Seiten Englands[1]). Offenbar sind aber Cobenzl's Vorstellungen nicht ohne Wirkung geblieben. Als die Vorschläge Grenville's vom 29. August am 18. September in Petersburg anlangten, ging Paul nicht darauf ein. Er erklärte, ähnlich wie Thugut und vielleicht mit größerer Aufrichtigkeit, es widerspreche seinem Zartgefühl, durch die Annahme von Subsidien England der Mittel zu berauben, Oesterreich zu unterstützen. Oesterreich würde sich mit dem, was man Rußland anbiete, wahrscheinlich zufrieden geben; bevor die Einigung mit Oesterreich erfolgt sei, könne sich auch Rußland auf provisorische Verträge und fernliegende Unternehmungen nicht einlassen. Die Stimmung schien Whitworth so wenig günstig, daß er von den Absichten auf Holland nicht einmal deutlich reden mochte[2]).

Freilich empfand der Zar dann mit doppeltem Aerger, daß die Oesterreicher gerade, als er sich zu ihren Gunsten ausgesprochen hatte, durch die Verweigerung der Ratification seinen

1) Grenville, 3. April; Whitworth, 4. Mai: Upon the subject of the unaccountable hesitation of the court of Vienna to ratify the engagements so formally entered into by count Starhemberg, I have only to say, that the Emperor as well as his ministers sees the conduct of the court of Vienna in the same ligth as Your Lordship and will by a courier, who sets out to morrow or the next day for Vienna, furnish connt Rosamowsky with such instructions, as will enable him to support with all the influence of this court His Majesty's just pretensions. I can not express in to strong terms the very friendly manner in which the Emperor undertook to employ himself in this business, and I am persuaded, he will do so to good effect. Darin liegt wohl der Grund, warum Eden in der Conferenz, von welcher er am 23. Mai berichtet, Thugut mit den Depeschen aus Petersburg so wenig zufrieden fand. Whitworth, 5. September. Record Office.

2) Whitworth an Grenville, 25. September.

Absichten ein Hinderniß in den Weg legten, und als eben jetzt aus Brest die Nachricht von den Streitigkeiten zwischen Rosenberg und Vincent anlangte, trug jenes englisch-österreichische Zerwürfniß nicht wenig bei, seinen Zorn gleich in so helle Flammen zu setzen[1]). Aber kaum waren die neuen Marschbefehle ausgefertigt, als er auch auf die Einigung seiner Bundesgenossen zurückkam. Woronzow wurde angewiesen, die österreichischen Vorschläge in Gemeinschaft mit Starhemberg zu unterstützen. Aber Alles vergebens. Grenville blieb kurz und hochfahrend bei der früheren Erklärung[2]). „Mit dem größten Bedauern," schreibt er am 2. November an Whitworth, „habe man die Eröffnungen Woronzow's empfangen; alle Hoffnungen, die der Erfüllung so nahe geschienen, seien vereitelt. Whitworth soll in den stärksten Ausdrücken erklären, daß England niemals von seiner Forderung abgehen werde."

Ehe aber diese Depesche, durch widriges Wetter aufgehalten, an ihren Bestimmungsort gelangte, war in Petersburg eine Wendung eingetreten. Nach Thugut's Anweisungen hatte Cobenzl Ende Octobers eine neue Unterhandlung mit Whitworth angefangen, jetzt mit ausgesprochener Unterstützung von Seiten der russischen Minister[3]). Als der englische Gesandte gleichwohl nicht nachgab, verfiel Cobenzl in einer Conferenz, die in den ersten Tagen des Dezember stattfand, auf einen neuen Ausweg. Er schlug vor, den Vertrag über die neue Anleihe von 3,600,000 Pfund, und die Ratification des Mai-Vertrages an demselben Tage zu unterzeichnen, aber die letztere zurückzudatiren, und in dem ersteren ausdrücklich zu erklären, in die neue Anleihe würden die 1,620,000 Pfund des „bereits ratificirten" Vertrages vom 16. Mai 1797 einbegriffen. So erhalte England die verlangte Genugthuung, und Oesterreich

1) So bemerkt auch Cobenzl richtig am 3. October.

2) Starhemberg an Grenville, 15. October; Grenville an Whitworth, 23. October, an Eden, 25. October.

3) Whitworth, 19. October, 26. November.

die Sicherheit, daß es seinen Credit nicht umsonst zerstöre. Whitworth blieb längere Zeit unzugänglich; in seinen Depeschen rühmt er sich wohl der starken Worte, deren er sich bedient habe. „Ich stellte vor," schreibt er, „wenn die Veröffentlichung des Vertrages von 1797 ein Unheil herbeiführen könne, so sei es schon herbeigeführt. Denn es gebe kein Handelshaus und keinen Capitalisten in Deutschland oder anderswo, der nicht darum wisse. Graf Cobenzl suchte dagegen durch ein Raisonnement, das mir besser für den Meridian von Rastatt oder Selz als für den von Petersburg geeignet schien, den Unterschied zwischen einer einfach anerkannten und einer förmlich ratificirten Schuld aufrecht zu halten. Aber," fährt Whitworth fort, „so schwach die Argumente, so hartnäckig war der Wille des österreichischen Gesandten." Dazu kamen die Verwendungen der russischen Minister, die Hoffnung, nach Unterzeichnung des Vertrages mit Oesterreich auch für die englischen Wünsche bei Paul ein geneigtes Ohr zu finden, und die Lage Europas, die mit jedem Tage mehr auf kriegerische Entscheidung drängte. Aus den Depeschen Whitworth's erkennt man deutlich, daß er selbst zur Einigung neigte, und in einer zweiten Conferenz am 6. Dezember gab er nach. Aber endgültig wollte er nicht abschließen, sondern die verabredeten Artikel nur als Entwurf seinem Ministerium übermitteln, ohne für die Ratification auch nur die geringste Verantwortung zu übernehmen. Das Versprechen eines Vorschusses wies er ganz zurück. Vorerst, sagte er, müsse Oesterreich den Beweis gegeben haben, daß das Geld wirklich für den Krieg, und nicht etwa für leere Demonstrationen zur Erreichung eines günstigen Friedens verwendet werden solle. Den geheimen Artikel: England würde nach einem günstigen Frieden die Tilgung der Anleihe übernehmen, ließ er beifügen, aber auch nur unter der Erklärung, daß er auf die Genehmigung nicht einmal Hoffnung machen könne[1]). „Der Artikel wird zwar," heißt es in dem Bericht,

1) Whitworth an Grenville, 4. und 13. Dezember 1798.

„mit den übrigen vorgelegt werden, aber die russischen Minister, wie Graf Woronzow Ew. Herrlichkeit mittheilen wird, und Graf Cobenzl selbst sind vollkommen einverstanden, daß er unzulässig und von den übrigen ganz unabhängig ist."

Nach all diesen Clauseln spricht aus Whitworth's Bericht noch immer die Besorgniß, er könne seine Instructionen überschritten und die Mißbilligung seines Vorgesetzten sich zugezogen haben. Und nur zu wohl begründet war die Besorgniß. Obwohl auch Paul den Vertrag auf das eindringlichste durch Woronzow befürworten ließ, entschied sich das englische Ministerium ohne Verzug dahin, die ganze Verhandlung als nicht geschehen zu betrachten. Am 22. Januar theilte Grenville dem russischen Gesandten diese Entscheidung mit[1]); drei Tage später schreibt er an Whitworth:

„Nach langer Unterbrechung unserer Verbindungen mit dem Festland sind endlich drei Paketboote mit Ihren Depeschen eingetroffen.

Ohne Zeitverlust habe ich diese Papiere Seiner Majestät dem Könige vorgelegt, welchem es gefallen hat, dieselben unverzüglich der Erwägung Seiner vertrauten Diener zu übergeben. Mit aufrichtigem Bedauern fühle ich mich verpflichtet, Ihnen mitzutheilen, daß nach dem einstimmigen Ergebniß dieser Berathung Seine Majestät mit Ihrem Vorgehen in hohem Grade unzufrieden sind. Ihr Verfahren in dieser Angelegenheit hat die Beurtheilung gefunden, es sei ganz und gar im Widerspruch

1) Grenville an Woronzow, 22. Januar 1799: Le roi doit absolument et en tout cas considérer la négociation du Chevalier Whitworth et du Comte de Cobenzel comme non avenue, parce qu'elle a été entamée sans aucune autorisation de sa part, et qu'elle est contraire à la résolution définitive, si souvent annoncée tant à Vienne qu'à Petersbourg, et dont Sa Majesté ne se departira jamais, de n'entrer dans aucune discussion pour de nouvelles conventions pécuniaires avec la cour de Vienne jusqu'à ce que les engagements antérieures n'aient été ratifiés. Paul I. an Woronzow, $\frac{3.}{14.}$ Dezember 1797; Grenville an Whitworth, 25. Januar 1798. Public Record Office.

mit den Absichten und Befehlen Seiner Majestät, und, wie zu fürchten, danach angethan, ernstliche Unzukömmlichkeiten und Nachtheile für den Dienst Seiner Majestät herbeizuführen."

„Ich befinde mich in der unangenehmen Nothwendigkeit, diese Bemerkung auf jeden Punkt der Unterhandlung auszudehnen."

Es folgte die Anweisung, unabänderlich auf den früheren Erklärungen zu bestehen.

Viertes Kapitel.

Graubündten und Abukir.

Für die Coalition läßt sich der Nachtheil des englisch-österreichischen Zerwürfnisses kaum hoch genug anschlagen. Denn nicht allein, daß es jeden kräftigen Entschluß verhinderte, es verhinderte ihn auch gerade in einem Zeitpunkte, wo ein kräftiger Entschluß einerseits dringend nöthig, andererseits des günstigsten Erfolges mehr als gewöhnlich versichert war. Als Repnin Mitte August von Berlin nach Wien kam, wurde er mit den größten Ehren empfangen. Alles sollte dem Zaren die Dankbarkeit für die endlich beschlossene Absendung des Hülfscorps beweisen. Bald kam auch ein vorläufiger Feldzugsplan zur Verhandlung, und am 6. September legte Thugut dem Fürsten eine Denkschrift vor, welche den Russen eine bedeutende Stelle zutheilte; denn Repnin hatte schon in Berlin und noch entschiedener in Wien geäußert, der Zar würde, wenn einmal der Krieg wirklich ausgebrochen sei, bei der Zahl des Hülfscorps nicht stehen bleiben. Für Deutschland war damals der Gedanke der Neutralität noch nicht aufgegeben; deßhalb und bei der günstigen Stellung der Franzosen wollte man dort nicht zum Angriff schreiten, sondern in Schwaben und Franken eine Armee von 90000 Mann zur Beobachtung zusammenziehen. Es zeigte sich gleich, wie sehr alle strategischen Combinationen sich verändern mußten, seitdem die Schweiz den Franzosen nach der deutschen wie nach der italienischen Seite eine herrschende Stellung gab. Gegen dies Land sollte deßhalb der Hauptstoß gerichtet, und wesentlich dafür, damit Nie-

mand den Oesterreichern Eroberungspläne zuschreiben könne, das russische Hülfscorps verwendet werden. Man hoffte, Paul würde es auf 30000 Mann vermehren. Dazu würden österreichische Truppen und schweizerische Ausgewanderte stoßen, die man durch englische Subsidien auf 20000 Mann zu bringen dachte. Mit solchen Kräften, im Einverständniß mit der im Innern herrschenden Unzufriedenheit konnte man hoffen, der beträchtlich verminderten französischen Streitkräfte Herr zu werden. Die eroberte Gebirgsfestung bot alsdann den Zugang zu den benachbarten französischen Provinzen, deren feindliche Stimmung gegen das Directorium eben damals offen hervortrat; wenn die Verhandlungen mit England dahin führten, daß Paul das Hülfscorps auf 60000 Mann verstärkte, dachte man sogar an einen Zug gegen Paris. Ueber Italien, heißt es in einem Zusatze, könne man erst reden, wenn man mit dem Könige von Neapel sich geeinigt habe. Der wahre Grund des Schweigens war wohl Thugut's Wunsch, nach dieser Seite freie Hand zu behalten und soviel als möglich jede Einrede der Russen zu vermeiden. Die Stärke der österreichischen Truppen berechnet er in Italien auf 55000, in Dalmatien auf 10000, in Tyrol auf 30000 Mann[1]). Blieb nun schon die eine Hälfte des Kriegsplanes im Ungewissen, so war auch die andere noch durchaus von der Anleihe und den Subsidien abhängig, die England dem wiener und dem petersburger Hofe bewilligen sollte. Ehe er darüber Sicherheit erhielt, wollte Thugut, wie wir sahen, den Krieg nicht wieder anfangen, und selbst, wenn England sich willig zeigte, wünschte er bis zum Frühling zu warten, um dann in günstiger Jahreszeit, wohl gerüstet, mit vereinten, überlegenen Kräften die entscheidenden Schläge zu führen. Aber dazu war er schon jetzt entschlossen: den Franzosen fest entgegen zu treten und ihnen keinen Schritt mehr zu gestatten, der eine Erweiterung ihres Machtgebietes zum Nachtheil der österreichischen Operationen herbeiführen könnte.

1) Thugut's Denkschrift vom 6. September im wiener St.-Archiv.

Nach diesen Grundsätzen handelte er zunächst in der Schweiz. Der Schultheiß Steiger, der Bischof von St.-Gallen, der aus Genf verbannte Advocat Durovrai und andere Häupter der schweizerischen Emigration hatten sich nach Deutschland gewandt. Da in Berlin nichts zu erreichen war, suchten sie um so eifriger den Kaiser und seinen Minister zu gewinnen. Thugut wies sie nicht gerade ab, aber noch weniger wollte er bestimmte Hoffnung geben. Es geschah gewiß nicht mit seiner Einwilligung, wenn die Landleute in den Urcantonen durch englisches Gold und die Hoffnung auf österreichische Unterstützung zum Aufstand gereizt wurden. Auch im September nach dem Blutbade in Stanz rührten sich die Oesterreicher nicht, obgleich mit der Niederwerfung des Aufstandes eine wichtige Hoffnung für den Erfolg des künftigen Feldzuges verloren ging[1]. Aber die

1) Eden an Grenville, 3. October: „The Avoyer Steiger arrived here on Saturday night from Berlin. He called on me the next day, but his language on the subject of his country conveyed no new information nor discovered the most distant hope of effective assistance being procured for it from the court of Prussia. I acquainted him with that part of my dispatch of Saturday last, which related to the proposed levy of Swiss troops, and which he also thought should be, at this moment, discouraged. He had an interview with the Austrian minister on Monday last, and has since informed me that he had strongly represented to him the impolitic natnre of such a measure, and had particularly stated the proposal made to M. de Wyss, as not only leading to the immediate and necessary result of awakening the distrust of the Swiss. with regard to the views of this country, but as not being even calculated to produce the advantage expected from it, since the French would certainly, upon discovering that the young men were leaving the country, render the person and property of the families to which they belonged, responsible for their conduct, which, of course, would deter them from coming forward in sufficient numbers to be of any service. He observed, that he should ill answer the confidence reposed in him by His Majesty, if he lent his aid or his counsel to forward that measure, and he partionlarly recommended that every step, which this court might judge advisable with respect to Switzerland, should be

Franzosen blieben dabei nicht stehen. An der Grenze von Graubündten angelangt, konnten sie den Versuch nicht unterlassen, sich jetzt des für einen Krieg unschätzbaren Gebirgslandes zu bemächtigen. Auch in Graubündten waren sie keineswegs ohne Anhänger. Schon seit dem Jahre 1790 stand der aristokratischen

---

concerted with the King, on whom, he added, the Swiss Cantons, and particularly the Protestant ones, had the most perfect reliance. Baron Thugut, the Avoyer said, appeared very cordially to agree with him in all that he had advanced, and readily desisted from the plan in question. M. de Steiger afterwards, as he informed me, dwelt long on the impolicy of the inaction of this court, which had allowed the little Cantons to become a prey to the devastation and power of the French, and represented with great force and earnestness that the only means now remaining of preventing in some degree the pernicious effects of this event, and still greater evils, would be for the Emperor immediately to occupy the Grisons; adding that unless this step was taken without delay, His Imperial Majesty would be anticipated by the French. The Austrian minister informed the Avoyer in answer, that the Government of the Grisons had very recently requested the Emperor's protection, and His assistance in case of attack, and his language upon the whole gave M. de Steiger room to believe, that the Austrian general upon the Grison frontier had orders instantly to march into that country, if the French should advance upon it." Eben an Grenville, 17. October: „In consequence of the late disastrous news from Switzerland Monsieur de Steiger has had two conferences with the Austrian minister for the purpose of urging anew the necessity of the immediate occupation of the Grisons by the troops of this country, preceded by a suitable proclamation. His instances however, have produced nothing different from what has already been said on the subject, except the precise assurances that Austrian troops, if called on by the Grison Government, or if the French advanced upon the Grisons, would immediately enter the country.

It is to be remarked that amidst the fatal irresolution of the Austrian Government that general Hotze should have authority (which I understand is the case) to arm a corps of Grison peasants, for the defence of the frontier against the French, the money to defray which expence he receives from the Office for Foreign Affairs."

Regierung und dem alten mächtigen Geschlecht der Salis eine demokratische Partei gegenüber; die italienischen Unterthanen in Bormio, Chiavenna und im veltliner Thal klagten, wie aller Orten, über Bedrückung und Zurücksetzung. Ihre Aufregung steigerte sich, als dicht an der Grenze die cisalpinische Republik gebildet wurde; französische Emissäre thaten das Uebrige, und am 20. Juni 1797 erklärten sich die unterworfenen Landschaften für unabhängig. Die herrschende Partei versäumte thörichter Weise den einzigen noch übrigen Ausweg: die Aufständischen als gleichberechtigtes Glied in den Bund aufzunehmen. Beide Theile wandten sich um Vermittlung an Bonaparte, und als die Regierung den für die Verhandlung bestimmten Zeitpunkt abermals versäumte, benutzte der französische General die erwünschte Gelegenheit, seine neue Schöpfung durch eine wichtige Erwerbung zu vergrößern. Wir haben früher erzählt, wie er kurz vor dem Abschluß des Friedens von Campo Formio das veltliner Thal — 60 Quadratmeilen und ungefähr 169,000 Einwohner — ohne Zustimmung der österreichischen Bevollmächtigten mit der cisalpinischen Republik vereinigte[1]). In einem Briefe, den er am 11. November an die Häupter der Bünde richtet, mißt er ausdrücklich den Intriguen der Aristokraten diesen Ausgang bei. Der Unwille im Lande war denn auch so groß, daß auf einem neu zusammenberufenen Landtage die Partei der Salis gestürzt, zum Theil in Anklage versetzt wurde, und an ihrer Stelle die demokratische, oder, wie sie sich auch hier nannte, die patriotische Partei zur Regierung gelangte[2]). Aber auch die Patrioten bemühten sich fruchtlos, von Bonaparte und dem Directorium die verlorenen Landschaften zurückzuerhalten, und die bald folgende Eroberung der Schweiz, die Mittheilungen aus den befreundeten Urcantonen zeigten deutlich genug, was von dem Fortschritt französischer Herrschaft zu erwarten sei. So gewann die Partei der Salis wieder Boden

1) Bd. I dieses Werkes: Oesterreich und Preußen, S. 444, 446, 467.
2) Bacher an Bonaparte, 2. Dezember 1797, Corresp. inédite IV, 463.

und konnte von dem kaiserlichen Residenten Freiherrn von Kronthal um so wirksamer unterstützt werden, als der Kaiser selbst in der Eigenschaft eines Freiherrn von Räzüns eine Stimme auf dem bündtener Landtage führte. Dagegen bemühte sich die patriotische Partei, das Land für den Anschluß an die helvetische Republik zu gewinnen. Das helvetische Directorium schickte die freundlichsten Einladungen, auch die französischen Agenten, Comeyras, den Bonaparte gesandt hatte, und sein Nachfolger Florent Guyot boten ihren Einfluß auf; neben ihnen entwickelte ein geborener Magdeburger, Heinrich Zschocke, welchem Verdienste um das Schulwesen das bündnerische Bürgerrecht erworben hatten, die eifrigste Thätigkeit[1]). Alles vergebens; am 29. Juli verwarf die übergroße Mehrheit der Landgemeinden den Anschluß an Helvetien. Die im Dezember 1797 eingesetzte Regierung fühlte sich so sehr erschüttert, daß sie Anfang August durch ihre Abdankung der alten Bundesbehörde wieder Platz machte. Es kam zu stürmischen Auftritten; ein Theil der Patrioten floh über die Grenze, andere wurden verhaftet. Zschocke, der im Auftrage der Gemeinden Mayenfeld und Malans in Aarau den Anschluß betreiben sollte, erhielt im gesetzgebenden Körper zwar den Bruderkuß und schöne Worte, aber von dem helvetischen Directorium keine wirksame Hülfe; denn die österreichischen Gesandten in Chur und am rastatter Congreß ließen keinen Zweifel, daß die Einverleibung Graubündtens einer Kriegserklärung gegen den Kaiser gleich komme. Die Nachricht von dem Blutbad in Stanz steigerte den Abscheu gegen französische Herrschaft und den Entschluß zu kräftigem Widerstande. Der am 12. September in Ilanz versammelte Bundestag berief ein Aufgebot von 6000 Mann und legte die Regierung in die Hände eines mit großen

1) Monnard, Geschichte der helvetischen Revolution, I, 193 fg. Zschocke, Denkwürdigkeiten der helvetischen Staatsumwälzung, Winterthur 1803—1805, I, 165. Ausführliche Nachricht über die Verhältnisse in Graubündten gibt Lehrbach am 1. September nach einem Briefe des Freiherrn Ulisses von Salis aus Zürich vom 19. August 1798.

Vollmachten ausgestatteten Kriegsrathes, der am 8. October Mayenfeld und Malans besetzen ließ. Guyot's Proteste und Proclamationen blieben unbeachtet, am 10. October verließ er das Land, und der Kriegsrath, welcher täglich den Einmarsch französischer Truppen befürchten mußte, wandte sich um Hülfe an die Oesterreicher. In der Nacht vom 18. auf den 19. October ertönten im oberen Rheinthal überall die Sturmglocken; es hieß, die Franzosen seien von Urseren aus gegen Dissentis vorgegangen. Aber schon am frühen Morgen entdeckte man den Irrthum. Kein Franzose hatte die Grenze überschritten, dagegen waren von der entgegengesetzten Seite zehn österreichische Bataillone unter Auffenberg eingerückt; sie besetzten den Lucien-Steig und verbreiteten sich gegen Chur[1]).

Weit geringere Vorfälle hatten dem Directorium zu anderer Zeit willkommene Gelegenheit zum Bruche gegeben. Allgemein war der Glaube, der Einmarsch der Oesterreicher würde Signal eines neuen Krieges sein. Auch Thugut schreibt am 23. October bei der ersten Nachricht an Cobenzl, an jedem Tage könne eine Explosion erfolgen. Aber das Unerwartete geschah: Schauenburg blieb in seiner Stellung, erklärte sogar ausdrücklich, die Besetzung Graubündtens vermöge die Einigkeit zwischen dem Kaiser und der Republik nicht zu stören[2]). Augenscheinlich wollte das Directorium den Krieg noch nicht. Die Rüstungen waren unzulänglich; mehr als 50000 Oesterreichern hatte man in der Schweiz etwa 30000 Franzosen entgegenzustellen. Die allgemeine Zerrüttung im Innern wurde noch vermehrt durch einen äußerst gefährlichen Aufstand in den kaum erworbenen belgischen Departements, wo Bedrückungen jeder Art und zuletzt eine schonungslose Aushebung die Unzufriedenheit zur Verzweiflung gesteigert hatten. Aber vor Allem wirkte wohl die Nachricht von dem großen, dem ersten großen Schlage,

---

1) Zschocke a. a. O. I, 250. Auffenberg's Proclamation in den Nouvelles politiques, 13. November, Supplém.

2) Nouvelles politiques, 16. November.

der die Republik getroffen hatte, der nicht allein die aufftrebende Seemacht, sondern eine Fülle der werthvollsten Hoffnungen und Aussichten vernichtete.

Während auf dem Festlande die Heere beobachtend sich gegenüberstanden, war der Krieg zur See schon zum Ausbruch, ja zur Entscheidung gekommen. Zwischen England und Frankreich hatte er niemals aufgehört, und bei allen Erfolgen, welche natürliche Begabung und unvergleichliche Ausbildung den Engländern zu Theil werden ließen, selbst nach den Siegen über die spanische und holländische Flotte war die Herrschaft der Meere noch nicht unbestritten. Die Blocade so vieler Häfen vom Texel bis nach Cadix, die immer wache Besorgniß vor einer Landung der Franzosen in England erforderten eine so große Zahl von Schiffen im Canal und im atlantischen Ocean, daß daneben das mittelländische Meer sich nicht behaupten ließ. Schon im Sommer 1796 hatte man die Flotte zurückgezogen, im Frühling des folgenden Jahres sogar Corsika wieder geräumt, dann auch die venetianischen Inseln den Franzosen ohne Widerstand überlassen. Aber nun kam, drohend nach Westen wie nach Osten, die große französische Rüstung in Toulon, und je weniger das Geheimniß sich durchdringen ließ, um so nöthiger war es, wenigstens ihren Fortgang, ihre Bewegungen zu überwachen. In den eben damals erneuerten Verhandlungen mit Rußland tritt denn auch bald der Wunsch hervor, Paul möge die englische Seemacht im Canal durch russische Schiffe verstärken, damit man für eine Entsendung nach dem Mittelmeer freie Hand gewinne. Eine dringende Depesche Grenville's vom 3. April fand in Petersburg günstige Aufnahme. Am 3. Mai erhielt Whitworth von Besborodko die Mittheilung, Paul sei geneigt, das englische Geschwader in der Nordsee durch zehn Linienschiffe und fünf Fregatten unter den Admiralen Makarow und Tate zu verstärken[1]). Diesmal blieb es nicht bei dem Versprechen. Schon am 2. Juni ging ein Geschwader

1) Whitworth an Grenville, 4. Mai.

unter Makarow nach England ab; einige Wochen später folgte ein zweites, im September noch ein drittes, so daß vor Anfang des Winters vierzehn Linienschiffe und vier Fregatten mit der englischen Flotte vereinigt waren[1]). Dienten sie auch zunächst nur zur Blocade der holländischen Häfen, so sind sie doch, indem sie englische Schiffe nach einer andern Seite verfügbar machten, auch auf die Ereignisse im Mittelmeer nicht ohne Einfluß geblieben.

Schon vor ihrer Ankunft am 9. April hatte das englische Ministerium den kühnsten, begabtesten Seemann, Sir Horatio Nelson, damals noch in der untergeordneten Stellung eines jüngeren Contre-Admirals, zu der großen Flotte abgehen lassen, die unter Lord St. Vincent die spanische Seemacht in Cadix eingeschlossen hielt. Kaum angelangt, erhielt er den weiteren Auftrag, mit drei Linienschiffen und einigen Fregatten in das Mittelmeer einzulaufen, um vor Toulon Ziel und Fortgang der französischen Rüstung zu überwachen. Am 17. Mai kreuzte er bei dem nahen Cap Cicié, nahm mehrere Fahrzeuge, die eben erst den Hafen verlassen hatten, hörte auch, daß Bonaparte nach Toulon gekommen sei, aber nichts von seinen Absichten. „In Frankreich halten sie ihre Sachen so gut in Ordnung," schreibt er seinem Chef noch am 18. Mai, „daß Alles geheim ist[2])." An den beiden folgenden Tagen lief sogar die gewaltige Flotte wirklich aus, ohne daß Nelson sie bemerkt hätte, und das Aergste war, daß ein heftiger Sturm in der Nacht vom 20. auf den 21. sein Schiff entmastete und in dem übelsten Zustande an die Küste von Sardinien trieb. Vier Tage — vom 23. bis zum 27. Mai — mußte er auf der Petersinsel für die nöthigsten Ausbesserungen verwenden. Mittlerweile konnte die französische Flotte auf der Ostseite der Insel ungestört und unbemerkt ihren Weg gegen Malta nehmen; als

1) Miliutin a. a. O. I, 57, 358.

2) Dispatches and Letters of Vice Admiral Lord Viscount Nelson by Sir Nicholas Harris Nicolas, London 1845, III, 16.

Nelson auf seinen Wachtposten vor Toulon zurückkehrte, fand er den Hafen leer.

Aber bald sah er sich selbst in einer andern Stellung. Noch am 20. April hatte das englische Ministerium auf eine österreichische Anfrage große Bedenken gegen die Absendung einer Flotte in das Mittelmeer geäußert. Aber unmittelbar nachher — wahrscheinlich durch den günstigen Fortgang der Verhandlungen mit Rußland und durch Bernadotte's Abreise von Wien herbeigeführt — muß eine Wendung eingetreten sein. Am 29. April wurde auf der Admiralität der Befehl ausgefertigt, es solle eine bedeutende Verstärkung an die Flotte vor Cadix abgehen, und Lord St. Vincent alsdann eilf der besten Linienschiffe zu denen, die unter Nelson schon abgegangen waren, in das Mittelmeer entsenden. Ueber Ziel und Absicht der französischen Rüstungen war man freilich noch gänzlich im Ungewissen; man nennt in der Depesche Sicilien, Portugal, Irland, Morea und das schwarze Meer. Für die Anführung wurde mit Uebergehung zweier älteren Contre-Admirale Nelson empfohlen. Es scheint, daß ein alter Freund, Lord Minto, vor Kurzem noch Vice-König von Corsica, sich lebhaft für ihn verwandt habe. Später nahm sogar König Georg selbst das Verdienst der glücklichen Wahl in Anspruch[1]).

Am 7. Juni traf diese gewaltige Flotte noch in der Nähe von Toulon ihren neuen Befehlshaber, der nun, durch die unerwartete Auszeichnung so gehoben wie verpflichtet, mit dem ganzen Eifer, ja mit der Leidenschaft, welche Haß, Vaterlandsliebe, Ehrgeiz einflößen können, an die Verfolgung seines Gegners ging. Napoleon hat so oft auf seinen Stern vertraut; niemals mit besserem Grunde als in jenen Tagen, da in der That Wind, Wetter und Gestirne mehr als die mächtigste Willenskraft sein Schicksal bestimmten. Ungünstige Winde und vergebliche Nachforschungen ließen Nelson erst am 12. Juni die Spitze von Corsica, erst am 17. den Busen von Neapel erreichen. Auch hier fand er weder genaue Auskunft noch Unter-

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 25 fg.

stützung. Erst am 20. hörte er in Messina von der Eroberung Maltas, und zwei Tage später, daß Bonaparte seinen Zug weiter fortgesetzt habe. Jetzt zuerst trat Aegypten als wahrscheinliches Ziel hervor, und bei der Langsamkeit, mit welcher eine Flotte von mehreren hundert Schiffen sich bewegte, schien es unzweifelhaft, daß man sie einholen würde. Am 25. waren die beiden Geschwader so nah, daß die französischen Wachtschiffe den Feind signalisirt haben sollen. Aber der Mangel an Fregatten, die Nothwendigkeit, seine Schiffe für einen bevorstehenden Kampf zusammen zu halten, bewirkten, daß der englische Admiral nur einen geringen Theil der Gewässer übersehen konnte. Die französische Flotte hielt sich dicht an der südlichen Seite von Creta, Nelson hatte näher der Nordküste von Africa seinen Weg genommen. So geschah es, daß er nochmals, jetzt zum dritten Male die französische Flotte vorbeifahren ließ, oder vielmehr an ihr vorbeifuhr und in raschem Laufe drei Tage vor ihr, am 28. Juni, nach Alexandrien gelangte. Aber zu äußerster Enttäuschung fand er den Hafen beinahe leer, von Kriegsschiffen nur eine türkische Caravele, Niemanden, der von einer französischen Flotte nur eine Ahnung gehabt hätte. Brennend vor Ungeduld eilt er, statt zu warten, weiter nach Syrien, dann zurück, Creta vorbei wieder nach Sicilien, in der Hoffnung, dort wenigstens Nachricht zu finden. Aber wieder hörte er nur, daß die Franzosen nicht nach Corfu gesegelt seien, und später, daß man sie bei Creta gesehen habe. So machte er sich, da nur zwischen Konstantinopel und Alexandria die Wahl blieb, am 22. Juli abermals nach dem Orient auf den Weg. Am 29., in der Bucht von Coron, erhielt er von zwei Seiten die Nachricht, die französische Flotte habe vier Wochen früher von Creta ihren Weg südöstlich genommen. Dadurch war bestimmt Aegypten bezeichnet; keine Stunde wurde mehr verloren, am 1. August vier Uhr Nachmittags gewann man den Leuchtthurm von Alexandrien in Sicht, und wenig später gab das vorderste Schiff die Signale, daß die französische Flotte in der nahen Bucht von Abukir vor Anker liege.

Bonaparte hatte, gleich nachdem die Ausschiffung der Armee am 3. Juli beendigt war, dem Admiral Brueys Befehl gegeben, in den Hafen von Alexandria einzulaufen. Die vormals venetianischen Schiffe gewannen den Eingang; die tiefer gehenden französischen fanden Hindernisse, die sich nicht sogleich bewältigen ließen. Am 7., als Bonaparte den Marsch nach Cairo antrat, ließ er abermals denselben Befehl zurück; wenn er unausführbar, und auch auf der Rhede von Abukir keine ganz sichere Stellung zu finden sei, sollte Brueys sobald als möglich in Corfu Schutz suchen. Der Admiral hatte sich bisher als tapferen, tüchtigen Seemann bewährt; aber, der höheren Leitung beraubt, war er den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen. Zwischen drei Wegen hatte er die Wahl; er konnte nicht über sich gewinnen, einen mit Entschlossenheit zu wählen. Er entschloß sich gar nicht, was im gewöhnlichen Leben häufig, im Kriege beinahe immer noch nachtheiliger wirkt, als der schlechteste Entschluß. Die Berichte der Marineoffiziere stellten die Einfahrt in den Hafen zwar als schwierig und gefährlich, aber keineswegs als unmöglich dar, alle Militärpersonen in Alexandrien waren dieser Meinung; aber Brueys verschob mit unbegreiflicher Lässigkeit, die Arbeiten zu beschleunigen, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Aus seinen Briefen an Bonaparte sieht man, daß es ihm in der That gar nicht darum zu thun war. Er fürchtete in dem Hafen wegen des schwierigen Ein- und Ausgangs von einer kleinen Zahl feindlicher Schiffe blokirt zu werden, meinte auch, daß er sich bei Abukir recht wohl gegen den Feind vertheidigen könne. Nach Corfu abzugehen, hinderte ihn eine berechtigte Abneigung, die Armee zu verlassen, bevor man von ihrem Schicksale bestimmte Nachricht hatte; auch klagte er über Mangel an Wasser und Proviant für die Reise[1]). Nach langer Erwartung und Sorge,

---

1) Selbst Marmont, sonst in dieser Angelegenheit nicht eben für Bonaparte gestimmt, nennt die Einfahrt in den Hafen „chose rigoureusement possible“ (Memoires I, 390). Kleber, der in Alexandria befehligte, schreibt

denn die Araber hatten alle Verbindungen unterbrochen, erhielt er endlich am 28. Juli die Nachricht von der Einnahme Cairos, am folgenden Tage auch große Vorräthe an Getreide, die Bonaparte, noch ehe er Cairo betrat, schon am 24. aus Gyzeh abgehen ließ[1]). Aber Brueys kam noch immer nicht zu einem Entschluß, und eben so wenig that er etwas, die bei Abukir eingenommene Stellung zu sichern. Umsonst warnten die Offiziere, daß die Kanonen des an der Spitze der Bai gelegenen Forts bei der weiten Entfernung von gar keinem Nutzen sein könnten. Er selbst klagte über die ungenügende Bemannung, wollte deßhalb, wenn der Feind herankäme, nicht unter Segel, sondern vor Anker liegend den Kampf erwarten, damit

einige Tage nach der Schlacht, am 10. August an Bonaparte (Corr. inéd. V, 447): Les Anglais entreront sans hésiter dans ces passes que notre marine trouvait dangereuses et impraticables. Brueys schreibt am 6. Juli, die Einfahrt sei schwierig und erfordere nach dem Urtheil aller erfahrenen Seeoffiziere viele Zeit (222). Untersuchungen des sehr tüchtigen Fregatten-Capitäns Barre gaben gleichwohl bessere Hoffnung. Aber auf Barre's Berichte vom 13. und 18. Juli antwortet Brueys erst am 20. (212, 214) zweifelnd, lässig, ohne irgendwie zur Eile anzuspornen. Eine neue Untersuchung hatte offenbar ein günstiges Ergebniß; denn Brueys schreibt am 27. Juli (404), die Offiziere würden den Plan alsbald überschicken, Bonaparte möge dann die Schiffe bestimmen, welche einlaufen sollten. Wie wenig er selbst dazu geneigt war, zeigt der Brief vom 7. Juli (237): Quand même on trouverait le moyen de faire entrer l'escadre dans le port d'Alexandrie, je serais bloqué par un seul vaisseau ennemi, et je deviendrais spectateur oisif de votre gloire, sans pouvoir y prendre la moindre part. Er wußte, daß vierzehn englische Linienschiffe ihm folgten, aber, schreibt er am 13. Juli (365): Le temps nous apprendra quelle route ils ont prise. En attendant je suis prêt à les recevoir. Die Klagen über fehlenden Proviant in den Briefen vom 20. und 26. Juli (300, 405) mögen nicht unbegründet sein; sonderbar bleibt aber, daß Villeneuve später unmittelbar aus der Schlacht, also ganz unvorbereitet, mit zwei Linienschiffen in See stechen und, ungehindert durch Proviantmangel, nach Malta gelangen konnte.

1) Brueys an Bonaparte, 29. Juli, Corr. ined. V, 424. Bonaparte an Berthier, 24. Juli.

die Schiffe nur von einer Seite eine Bedienung erforderten. Aber statt die schwache, schlecht disciplinirte Mannschaft zu üben und zu verstärken, ließ er sie in großen Haufen auf dem Lande verweilen[1]). Ja er benutzte nicht einmal die Fregatten und leichten Fahrzeuge, die ihm zahlreich zu Gebote standen, um sich von der Ankunft des Feindes einige Zeit vorher benachrichtigen zu lassen. So konnte es geschehen, daß er im ungünstigsten Augenblick von einem Feinde, der nichts mehr als den Mangel an leichten Fahrzeugen beklagte, doch noch überrascht wurde. Der Unterschied eines kräftigen, herrschgewohnten, von einem schlaffen nachlässigen Willen tritt selten deutlicher hervor, als wenn man die Briefe und Befehle Bonaparte's mit denen des Admirals vergleicht.

Nelson hätte den Vergleich nicht zu scheuen. Zwar die lange getäuschten Hoffnungen, die vergeblichen Fahrten hatten ihn in einen Zustand von Aufregung versetzt, der ihn kaum noch essen und schlafen ließ; aber mit der Nähe der Gefahr kehrte auch die kaltblütigste Besonnenheit zurück. Während man auf den Schiffen die Vorbereitungen zum Kampfe traf, setzte er sich zu Tische. „Bis morgen habe ich einen Pairstitel, oder ein Grab in Westminster," rief er seinen Offizieren zu, als sie sich von der Tafel an ihre Posten begaben. Er hatte schon während der Fahrt die Kapitäne häufig am Bord seines Admiralschiffes versammelt, seine Ansichten über die beste Art des Angriffes je nach der Lage, in welcher man den Feind treffen würde, auseinandergesetzt. So kommt es nicht so sehr auf die Frage an, ob er selbst die entscheidende Bewegung sogleich befohlen, oder ein entschlossener Kapitän aus eigenem Antriebe den gefährlichen Versuch gewagt habe[2]).

1) Brueys an Bonaparte, 13. Juli, Corresp. inéd. V, 266: Les garnisons de nos vaisseaux sont très faibles et composées de soldats valétudinaires, jeunes et insubordonnés. Il semble qu'on ait fait un choix dans votre armée pour nous donner ce qu'il y avait de plus mauvais. Von den Matrosen war eine große Zahl in Malta gepreßt.

2) Den genauesten Bericht über die Schlacht gibt Sir Edward Berry,

Die französische Flotte lag in einer langen Reihe auf der Rhede von Abukir, ungefähr gleichweit von Alexandria und Rosette entfernt. In der Mitte Brueys, auf dem Admiralschiff, dem „Orient", von 120 Kanonen, zu beiden Seiten je sechs Linienschiffe, hinter der Linie vier Fregatten und einzelne Bombenschiffe, die den Durchgang zwischen der Flotte und dem Lande, falls er versucht werden könnte, vertheidigen sollten. Umsonst hatte man dem Admiral gerathen, noch eine Anzahl von Fahrzeugen versenken zu lassen, er hielt den Durchgang ohnehin für unmöglich. „Aber Nelson," schreibt der Kapitain seines Flaggenschiffes, „erwog, daß, wo ein feindliches Schiff sich um den Anker wenden, auch eins von den unsrigen ankern könne." Ungesäumt, es war gegen sechs Uhr, gab er, indem man sich von Nord-Westen mit günstigem Wind dem linken Flügel des Feindes näherte, das Zeichen zum Angriff. Von den englischen Schiffen blieb das eine auf einem Riff hängen, das nach ihm bis auf den heutigen Tag Riff des „Culloden" genannt wird. Aber fünf andere gelangten glücklich in den Rücken der französischen Linie, während Nelson mit den acht übrigen, wie sie allmälich herankamen, sich denselben Schiffen vorn gegenüber stellte. Durch diese Bewegung war auch die Schlacht entschieden. Die französischen Schiffe, vor Anker liegend, nur für die Vertheidigung nach der Außenseite vorbereitet, konnten einander nicht unterstützen und ebensowenig gegen doppelte, zuweilen dreifache Uebermacht sich vertheidigen. Von der Bemannung befand sich ein großer Theil auf dem Lande, 1100 Matrosen wurden noch in der Nacht, als die Schlacht am heftigsten wüthete, aus Alexandria der Flotte wieder zugeschickt. Aber die Leute weigerten sich, in den gewissen Tod zu gehen; nur Gewalt konnte sie zwingen sich einzuschiffen[1]). Im Uebrigen

der Kapitän von Nelson's Flaggenschiff Vanguard, vgl. Nelson Dispatches and Letters. III, 48 fg.; ebenda S. 67 der Bericht des Contreadmirals Blanquet Duchaila, der zur Seite des Orient's den Franklin befehligte. Andere Berichte Blanquet's und Gantheaume's in der Corresp. inéd. V, 434 fg.

1) Kleber an Bonaparte, Alexandria 2. August. Le Citoyen Du-

fehlte es nicht an Tapferkeit. Unter den Offizieren waren wenige, die nicht das Aeußerste geleistet hätten. Brueys, der mit seinem Stabe und ungefähr vierzig Musketieren auf dem Vorderdeck seines Schiffes stand, wurde bald nach Beginn des Kampfes verwundet und gegen acht Uhr durch eine Kugel beinahe entzwei gerissen. Er erlaubte nicht, daß man ihn hinabtrüge, auf dem Deck that er den letzten Athemzug. Auch Nelson war schon gegen halb neun Uhr an der Stirn schwer verwundet. Im Krankenraum brachte man ihm die Nachricht, daß auf dem linken Flügel des Feindes ein Schiff nach dem andern die Flagge streiche. Bald rief ein Schauspiel schrecklicher Art ihn wieder auf's Verdeck. In der Cajüte des „Orient“ war Feuer ausgebrochen; die Pumpen, schon von Kugeln durchlöchert, die Eimer, von Trümmern verschüttet, boten kein Mittel zum Löschen, gegen halb elf Uhr flog das ungeheuere Schiff mit schrecklichem Getöse in die Luft. Eine Viertelstunde blieben beide Flotten unter dem Eindruck des Ereignisses. Dann begann die Schlacht von Neuem, jetzt gegen den noch wenig berührten rechten Flügel der Franzosen, und wieder ganz zum Vortheil der Engländer. Gegen fünf Uhr morgens waren nur noch zwei Linienschiffe und zwei Fregatten auf französischer Seite unverletzt; mit diesen suchte der Contre-Admiral Villeneuve gegen elf Uhr das Weite. Auch die Flotte der Engländer war so übel zugerichtet, daß sie die Flucht nicht hindern konnten. Den Rest des Tages und auch den folgenden Morgen

---

manoir a envoyé pendant la nuit environ 1100 matelots de renfort à l'escadre; 500 s'y sont rendu par terre, et je leur ai fourni une escorte. ... Ils étaient arrivés ce matin avec le jour, et nous avons vu des bateaux allant les chercher de bord à terre. Oberst Recco an Kleber, Fort d'Aboukir, 2. August: Il nous reste encore, je crois, cinq à six vaisseaux ou frégattes, qui bientôt seront au pouvoir de l'ennemi ou brûlés. Tous les matelots sont découragés et fuyaient à terre; ceux que nous avons conduits ne voulaient pas s'embarquer. Il m'a fallu employer la force pour les y contraindre. Corresp. inéd. V, 434.

verwandten sie, die auf den Strand gelaufenen französischen Schiffe theils sich anzueignen, theils zu verbrennen. Von der großen Flotte war nur die kleine Abtheilung Villeneuve's gerettet, neun Linienschiffe genommen, die beiden übrigen und zwei Fregatten verbrannt.

Mit Entsetzen hatten die französischen Offiziere von den Thürmen Alexandrias, mit Staunen und Frohlocken Araber und Mameluden von der Küste aus dem schrecklichen Schauspiel zugesehen. Bonaparte erhielt die Nachricht erst zwölf Tage später, am 13. August, als er von einem siegreichen Zuge gegen den Mameluden-Häuptling Ibrahim vom Rothen Meere nach Kairo zurückkehrte [1]). Mit dem ersten Blick übersah er, was geschehen war und was folgen würde, aber Niemand hat ein Gefühl der Schwäche an ihm bemerkt. „Der Verlust unserer Flotte", schreibt er an Kleber, „zwingt uns vielleicht, noch größere Dinge in diesem Lande zu thun, als wir vorhatten." Sogleich traf er Maßregeln, um einen dauernden Aufenthalt in Aegypten zu sichern und alle Hülfsquellen des Landes sich dienstbar zu machen. Niemals hat er sich stärker gezeigt, als nach diesem ersten großen Unfall. Später ist ihm oft der Vorwurf gemacht, er habe in seinem Bericht an das Directorium den von ihm selbst verschuldeten Verlust der Flotte den schlechten Anordnungen und dem Ungehorsam des Admiral Bruehs Schuld gegeben. Aber wenn er in so viel andern Fällen unbequeme Thatsachen zu seinen Gunsten entstellt hat, hier sind sie nicht minder ungerecht zu seinem Nachtheile verändert worden. Der Bericht vom 19. August enthält, wenn man nur einigermaßen die Erregung des Augenblicks in Anschlag bringt, nichts was der Wahrheit wesentlich widerspräche. Merkwürdig, daß er mehr besorgt ist, sein Glück als seinen Verstand zu rechtfertigen. Er mochte in solchen Augenblicken empfinden, wie sehr selbst die mächtigste Willenskraft von unerforschlichen, unwidersteh-

---

1) Bonaparte an Kleber, 15. August.

lichen Gewalten abhängig ist. „Das Schicksal," schreibt er, „hat uns bei dieser Gelegenheit wie bei so vielen anderen beweisen wollen, es habe, wenn es uns auf dem Festlande ein großes Uebergewicht zugesteht, die Herrschaft der Meere unseren Nebenbuhlern gegeben. Aber so groß auch dieser Unfall sein mag, man darf ihn nicht der Unbeständigkeit des Glückes beimessen. Das Glück verläßt uns noch nicht; im Gegentheil: es hat uns bei dieser Unternehmung länger gedient, als jemals früher. Als ich vor Alexandria anlangte und erfuhr, die Engländer seien wenige Tage zuvor mit überlegener Macht dagewesen, warf ich mich ans Land trotz des entsetzlichen Sturmes, der sich erhoben hatte, auf die Gefahr Schiffbruch zu leiden. Ich erinnere mich, daß man in dem Augenblick, als die Vorbereitungen zur Ausschiffung getroffen wurden, in der Ferne nach der Windseite ein Kriegsschiff signalisirte. Es war [unsere Fregatte] „la Justice", die von Malta kam. „„Glück"", rief ich aus, „„willst du mich verlassen? Wie? Nur fünf Tage!"" Ich marschirte die ganze Nacht, mit Tages-Anbruch griff ich Alexandria an, mit 3000 Mann, erschöpft, ohne Kanonen, beinah ohne Pulver, und in den fünf Tagen war ich Herr von Rosette, von Damanhur, das heißt, festen Fußes in Aegypten. In diesen fünf Tagen mußte die Flotte eine Zuflucht finden, gesichert vor den Engländern, und wären sie noch so zahlreich gewesen. Aber weit entfernt: sie bleibt in der ausgesetzten Lage während des ganzen Messidor; in den ersten Tagen [?] des Thermidor empfängt sie aus Rosette eine Lieferung von Reis für zwei Monate; die Engländer lassen sich zehn Tage hindurch in bedeutender Zahl in jenen Gewässern sehen; am 11. Thermidor [29. Juli] kommt die Nachricht von der vollständigen Einnahme Aegyptens und unserem Einzuge in Kairo; und erst als Fortuna sieht, daß alle ihre Gunstbezeugungen vergeblich sind, erst da überläßt sie unsere Flotte ihrem Schicksal."

Bedenkt man den unermeßlichen Nachtheil, den Bonaparte selbst durch die verkehrten Maßregeln des Admirals

erlitt, so muß man beinahe sich wundern, daß nicht stärkere Ausdrücke seiner Feder entschlüpften[1]).

1) Entgegengesetzte Ansichten sind noch in letzter Zeit, besonders in Frankreich lebhaft geäußert worden. Am 3. Juli schreibt Bonaparte an Brueys: L'admiral fera dans la journée de demain connaitre au général en chef par un rapport, si l'escadre peut entrer dans le port d'Alexandrie, ou si elle peut se défendre, embossée dans la rade d'Aboukir, contre une escadre ennemie supérieure, et dans le cas, où ni l'un ni l'autre ne pourraient s'exécuter, il devra partir pour Corfou. Am 19. August berichtet er dem Directorium: Le 18. Messidor [6. Juli, in Wahrheit ging er am 7. Juli], j'étais parti d'Alexandrie; j'écrivis à l'admiral d'entrer, sous vingt-quatre heures, dans le port, et, si son escadre ne pouvait pas y entrer, de décharger promptement . . . . et de se rendre à Corfou. Der Befehl vom 6. Juli ist leider nicht mehr vorhanden, wenigstens nicht gedruckt, wird aber von Brueys am 7. Juli (Corr. inéd. V, 237) erwähnt. Sehr wahrscheinlich wird darin auch die Möglichkeit, in Abukir zu verweilen, nicht unberührt geblieben sein, denn Bonaparte schreibt am 6. und 7. Juli an Caffarelli und Kleber, die Flotte würde bei Abukir vor Anker gehen, wenn sie dort durch Batterien vom Lande aus geschützt werden könne. Die Untersuchung ergab aber durchaus das Gegentheil, und in Folge dessen könnte Bonaparte, wenn er eilig Nachricht erhielt, noch vor dem Abmarsch einen Befehl, genau wie er angibt, erlassen haben. Wäre dies aber auch nicht geschehen, so könnte man dem Obergeneral daraus keinen Vorwurf machen, denn die Erlaubniß, in Abukir zu bleiben, war jederzeit an Bedingungen geknüpft, welche nicht zutrafen; auch lag der Fehler nicht eigentlich darin, daß Brueys in Abukir blieb, sondern daß er unter so ungünstigen Verhältnissen in Abukir blieb, daß er die Einfahrt in den sichern Hafen nicht beschleunigte und selbst, als er Nachrichten und Proviant erhielt, noch immer nicht zu einem Entschlusse kam. Aber dafür trifft die Schuld nicht Bonaparte. Einigen Spielraum mußte er doch dem Urtheil eines Admirals vergönnen. Höchstens könnte man verlangen, er habe die Abfahrt noch bestimmter vorschreiben sollen. Aber welche Veranlassung hatte er, wenn ihm wiederholt aus Alexandrien berichtet wurde, die Einfahrt in den Hafen sei möglich? Am 27. Juli schreibt er an Brueys: Je suis instruit d'Alexandrie, qu'enfin vous avez trouvé une passe . . . ., et qu'à l'heure qu'il est, vous êtez dans le port avec votre escadre. Am 30. Juli, als er nach langer Unterbrechung die Briefe und Klagen des Admirals erhalten hatte, heißt es: Il faut bien vite entrer dans le port, ou vous approvisionner

Denn wenn auch Bonaparte mit seinem unvergleichlichen Organisationstalent sich trotz aller Hindernisse in Aegypten behauptete, die Stellung der Armee war doch völlig verändert. Aller Zufuhr, aller Verstärkungen, ja beinahe jeder Nachricht aus Frankreich beraubt, war es unmöglich, weitergehende Unternehmungen noch zur Ausführung zu bringen. Die Pläne Bonaparte's waren in das Gegentheil ausgeschlagen. Auf dem mittelländischen Meer herrschten die Engländer; Corfu und Malta waren nicht mehr die Stützpunkte für eine weitreichende Seemacht, sondern bald ein Gefängniß für die Truppen, die man dorthin geschickt hatte. An die Landung in England war für lange Zeit nicht mehr zu denken, die beste Armee mit dem unersetzlichen Feldherrn für den Fall wieder ausbrechenden Krieges so gut wie unbrauchbar. Wie mußte alles dies auf die europäischen Verwickelungen zurückwirken! Welche Anregung zur Bildung der neuen Coalition! Wenn wohl von dem Einfluß der Minister und Diplomaten auf die kriegerischen Bewegungen Rede war, so übte bei Abukir ein Seemann auf die diplomatischen Verhandlungen einen Einfluß, dem sich kaum ein anderer vergleichen läßt. Schon aus diesem Grunde wird man entschuldigen, daß in einem Buche, welches vorzugsweise diplomatische Verhandlungen zur Darstellung bringen soll, auch jene Schlacht eingehendende Erwähnung gefunden hat.

Zu den ersten Wirkungen gehörte, daß sie das Verhältniß Frankreichs zur Pforte entschied. Bonaparte hatte bis dahin die Hoffnung nicht aufgegeben, das alternde Reich würde die Besetzung der fernen, nur unvollständig unterworfenen Provinz ruhig hinnehmen. „Ist Talleyrand in Con-

---

promptement de riz, de blé, que je vous envoye, et vous transporter dans le port de Corfou. Daß er bei der ersten Gelegenheit, noch ehe er Kairo erreicht hatte, Proviantschiffe abgehen ließ, ist früher bemerkt. Ich wüßte nicht, was er anders oder zweckmäßiger hätte thun oder anordnen können.

stantinopel?" fragt er in dem Bericht vom 19. August, den wir eben anführten. Der kluge, vorsichtige Minister hatte sich nicht bewogen gefunden, seinem früher gegebenen Versprechen nachzukommen; er überließ dem französischen Geschäftsträger Ruffin die schwierige Aufgabe, den Divan bei guter Stimmung zu erhalten. In der That noch am 10. Juli, als die Einnahme von Malta in Konstantinopel schon bekannt und das Ziel der Expedition nicht mehr zweifelhaft war, äußert sich der gewandte, in türkischen Angelegenheiten sehr erfahrene Mann wenigstens nicht hoffnungslos. Die Pforte, meint er, müsse alle Kräfte gegen den Rebellen Paswan Oglu verwenden, gegen Bonaparte würde man schwerlich etwas Feindseliges unternehmen[1]). Ein späteres türkisches Manifest versichert zwar, der Sultan habe auf die Nachricht von der Landung der Franzosen Thränen vergossen und seitdem weder Ruhe noch Schlaf gefunden; Selim III. hatte auch im Juli, wie wir sahen, die Anträge des Zaren nicht zurückgewiesen; aber noch im August ist Tamara, der russische Gesandte, durchaus nicht ohne Besorgniß, es könne den Franzosen und den mit ihnen verbundenen Spaniern gelingen, die Pforte umzustimmen. Erst nach der Schlacht bei Abukir schwand jedes Bedenken[2]). Am 30. August erfolgte in Constantinopel der Abschluß eines vorläufigen Vertrages über die gemeinsame Kriegsführung, und am 1. September das türkische Kriegsmanifest. Tages darauf wurde der französische Geschäftsträger in die sieben Thürme eingeschlossen, und am 3. September hatte man das nie gesehene Schauspiel, daß eine russische Flotte, mit Jubel empfangen, aus dem schwarzen Meer in den Bosporus einlief. Mit einer türkischen Flotte vereinigt, begann sie am 1. October ihren Zug gegen die von Bonaparte ein Jahr zuvor besetzten Inseln des Archipels und

1) Talleyrand an Ruffin, 11. Mai; Ruffin an das Directorium 1. Juli, 10. Juli. Archives nationales in Paris.

2) Whitworth an Grenville, 4. October.



der Levante. Am 11. October fiel Cerigo, am 24. Zante in ihre Gewalt, worauf dann am 4. November die Belagerung des wichtigen, stark befestigten Corfu ihren Anfang nahm[1]).

Sie dauerte noch, als auch auf dem Festlande der Kampf wieder begann, freilich ohne Vorwissen, ja gegen den Willen der beiden großen Mächte, die ihn als Hauptgegner zur Entscheidung bringen mußten. Es ist hier der Ort, auf die Verhältnisse und die Stellung Neapels einen Blick zu werfen.

1) Miliutin I, 74 fg., 373 fg.

Fünftes Kapitel.

Neapel.

Beim Ausbruch der französischen Revolution befand sich der bei weitem größere Theil des romanischen Europa's unter bourbonischer Herrschaft. Die Throne von Frankreich, Spanien, Neapel und Parma waren mit Prinzen dieses Hauses besetzt. Nur nach einem unglücklichen Krieg und mit dem äußersten Widerstreben hatte Kaiser Karl VI. den spanischen Infanten Don Carlos 1735 als König beider Sicilien anerkannt. Die alten, lange bekämpften Gegner seines Hauses schienen, wie zu Anfang des Jahrhunderts Spanien, jetzt auch Italien in Besitz zu nehmen. Aber die große Allianz zwischen Habsburg und Bourbon, welche seit 1756 der europäischen Politik eine neue Richtung gab, verwandelte die scheinbare Gefahr in entschiedenen Vortheil. Noch einmal bewährte sich das sprichwörtliche Glück des Hauses Oesterreich, wenn es anders ein Glück genannt werden kann, durch ausgebreitete Familienverbindungen rasch und mühelos eine Macht zu gewinnen, die andere Herrscherhäuser weniger glänzend, aber sicherer auf einem durch nationale Interessen enger begrenzten Felde allmälich sich erarbeiten mußten.

Die Verbindung des französischen Dauphins mit der Erzherzogin Maria Antonia am 16. Mai 1770 war keineswegs der einzige Ausdruck des großen Familienbundes. Zehn Jahre früher hatte Kaiser Joseph, damals noch Kronprinz, die Infantin von Parma geheirathet, und am 12. Mai 1768 König Ferdinand IV. von Neapel die erst fünfzehnjährige Tochter Maria Theresia's, die Erzherzogin Maria Carolina. Viele

und nicht unbedeutende Herrscher haben auf das Schicksal ihres Landes und ihres Hauses nicht entfernt einen Einfluß ausgeübt, wie diese Frau, und selbst ihre Schwester, die Königin von Frankreich, ist von verschiedenen Parteien nicht so verschieden beurtheilt worden. „Sie ist die liebenswürdigste junge Königin," schreibt Sir Horace Mann, der englische Gesandte in Florenz, als sie auf dem Wege nach Neapel ihren Bruder Leopold in Florenz besuchte: „zu fürchten ist nur, daß ihre überaus große Zartheit und ihr richtiger Verstand sie um so mehr den Mangel beider Eigenschaften bei ihrem Gatten empfinden lassen, einen Mangel, der so groß ist, daß Manche ihn einem organischen Fehler zuschreiben, der zuweilen an Blödsinn grenzt. Man versichert mir jedoch, daß er nur aus dem gänzlichen Mangel an Erziehung hervorgeht, und daß der König gegenwärtig — mit siebenzehn Jahren — nicht mehr entwickelt ist, als in England mancher Schulknabe mit zehn Jahren. Ist dem also, so kann diese schmachvolle Nachlässigkeit durch die ausgezeichnete Erziehung der Königin ersetzt werden, deren vortreffliches Benehmen in Verbindung mit ihren klugen Fragen und Antworten hier allgemeine Bewunderung erregt [1])."

So weit sie den König angeht, ist die Bemerkung und sogar die Voraussage zutreffend. Als Karl III. 1759 den ererbten Thron von Spanien bestieg, hatte er seinen dritten Sohn in dem für ihn bestimmten Königreich unter der Lei-

1) Horace Mann an Horace Walpole, bei Doran, „Mann" and Manners at the court of Florence, London 1876, II, 191. Abgesehen von den allgemeineren Darstellungen bei Botta, Colletta, Franchetti ist in neuester Zeit eine ganze Reihe von Schriften über die Königin Marie Caroline veröffentlicht, von Ulloa, Serieys, Palumbo, A. v. Reumont (Archivio storico italiano IV, II, 1878). Auf umfassenden archivalischen Untersuchungen beruht des Freiherrn von Helfert: Königin Carolina von Neapel und Sicilien im Kampfe gegen die französische Weltherrschaft 1790—1814, Wien 1878. Dazu kommt noch — leider erst nach dem Druck der folgenden Bogen — Zeugenverhör über Maria Carolina von Oesterreich Königin von Neapel und Sicilien aus der Zeit vor der großen französischen Revolution (1768—1790), im Archiv f. österreich. Geschichte, Bd. LVIII.

tung des allvermögenden Ministers Tanucci zurückgelassen. Der Minister, man sagte, um den jungen Fürsten für immer von sich abhängig zu machen, ließ sich seine Erziehung wenig angelegen sein. Körperliche Uebungen, Jagen und Fischen waren seine Beschäftigung; er klagte später dem Großfürsten Paul, man habe ihn wie einen Bären aufwachsen lassen[1]). Beinahe die erste Person, welche in diesen beschränkten Ideenkreis neue Gedanken einführte, war die junge Frau. Sie nahm sich des verwahrlosten Mannes an, suchte wenigstens die ärgsten Lücken seiner Bildung auszufüllen; gern und dankbar pflegte er noch viele Jahre später zu erzählen, seine Frau sei seine erste und einzige Lehrerin gewesen. Immer blieben die Spuren seiner Rohheit und Unwissenheit, aber er kam doch so weit, daß daneben ein natürlicher Verstand und eine oft gewinnende Herzensgüte sich zeigen konnten. In der späteren Königin Caroline wird man nicht leicht die feine junge Frau wiedererkennen, die der englische Gesandte beschreibt. Auch in späterer Zeit hat sie treu ergebene Freunde und Bewunderer gefunden, aber daneben das Aeußerste von Schmähungen erfahren müssen, das einer Königin und einer Frau geboten werden kann. Sie hatte etwas von dem Verstand, der Thätigkeit ihrer Mutter geerbt, auch eine gewisse wienerische Gutmüthigkeit, daneben aber den eigenthümlich lothringischen Leichtsinn, der seit Maria Stuart so viele Frauen dieses Hauses so interessant und so unglücklich gemacht hat. Unter einer klugen, strengen Leitung, an der Seite eines würdigen Gemahls wäre sie vielleicht eine Zierde ihres Geschlechtes geworden. Aber was fand sie unter dem südlichen Himmel, in der Gesellschaft von Nea-

1) Dietrichstein an Thugut, Bericht vom 2. März 1797, Annex. 13. Eine ähnliche Aeußerung bei Goethe, Philipp Hackert: „Der König sagte ihm mit einem großen Seufzer: Wie viel Tausende gäb ich, nur den zehnten Theil von dem zu wissen, was Ihr wißt. Man hat mich auch wollen zeichnen lehren, man hat es mich aber so gelehrt, wie alles Andere, so daß ich wenig weiß. Gott vergebe es denen, die meine Aufseher und Lehrer waren.“

pel? Es muß beinahe Wunder nehmen, daß sie nur so, wie es geschehen ist, sich entwickeln konnte.

Altem Herkommen gemäß durfte die Königin von Neapel nach der Geburt eines Sohnes an den Verhandlungen des Staatsrathes Theil nehmen. Maria Carolina hatte nicht blos einen, sondern eine ganze Schaar von Söhnen und Töchtern, denen sie die sorglichste Mutter war. Bald beherrschte sie, wie ihren Gemahl, auch das Königreich; Tanucci mußte 1776 sich zurückziehen, der spanische Einfluß verlor allmälich seine Kraft, und die Stimme der kaiserlichen Gesandten war nicht gerade entscheidend, aber doch von solchem Gewicht, daß Kaiser Joseph selten, und dann mehr über unvorsichtige Geschwätzigkeit oder Ausbrüche von Leidenschaft, als über ernste politische Maßregeln zu klagen hatte. Man reformirte in staatlichen und kirchlichen Dingen nicht mit der durchgreifenden, rücksichtslosen Strenge Joseph's und Leopold's, aber doch in ihrem Sinne. Das Heer folgte österreichischen, später französischen Vorbildern, für die Verbesserung der Marine war 1778 ein in Besançon geborener Engländer, Sir John Acton, herangezogen, der vorher in toscanischen Diensten gegen die Barbaresken sich ausgezeichnet hatte. Die rasche Gunst des Königs wie der Königin, einnehmendes Wesen, Schlauheit, einige Geschicklichkeit hoben ihn von Stufe zu Stufe, so daß er als der eigentliche Regent der Monarchie betrachtet wurde.

Sobald die Kinder heranwuchsen, dachte man auch die Familien-Verbindung zwischen Oesterreich und Neapel für lange Zukunft zu befestigen. Im Herbst 1790 gingen König und Königin zur Krönung Leopold's nach Deutschland; unter zahlreichen Festen feierte man auch die Hochzeiten des kaum verwittweten Erzherzogs Franz mit der Prinzessin Maria Theresia, und des zweitgeborenen Bruders Ferdinand — er folgte eben seinem Vater als Großherzog von Toscana — mit der Prinzessin Luise Amalia, während dem erst dreizehnjährigen Kronprinzen Franz von Neapel die Erzherzogin Marie Clementine verlobt wurde. Es war, als hätte man noch einmal zum gemeinsamen Widerstande

gegen die gewaltige Umwälzung sich rüsten wollen, die neben den Bourbonen vor allem dem Hause Habsburg gefährlich wurde.

Die Ansichten der französischen Revolution fanden auch in Neapel Anhänger, besonders unter den gebildeten Klassen, wie es nicht anders sein konnte in einem Lande, wo Filangeri sein großes Werk über die Wissenschaft der Gesetzgebung schrieb, während von den sechs Millionen Einwohnern die unendlich größere Zahl in Unwissenheit und Vorurtheilen unter dem Druck längst veralteter Einrichtungen dahinlebte. Die Königin war schon durch die Theilnahme für ihre Schwester in Frankreich, bald auch durch die Furcht vor ähnlichem Geschick heftig erregt. Jeder Gedanke an Reformen wurde zurückgedrängt, jeder Schein einer Neigung für Frankreich galt als Verbrechen. Die Kerker und die benachbarten Inseln füllten sich mit Verurtheilten, Verdächtigen und Verbannten, darunter Personen des ältesten Adels, Mitglieder der höchsten Behörden. Man sagte, daß der Vicekönig von Sicilien, Fürst Caramanico, Actons alter Gegner, nur durch raschen Tod der Absetzung und Verhaftung entgangen sei, einem Schicksale, das dem Ritter Medici, einem der ersten Beamten des Königreichs, durch eine Intrigue des Ministers wirklich bereitet wurde. Alle diese Maßregeln vermehrten nur die Unzufriedenheit im Innern, während von außen die Gefahr nah und näher heranzog.

Gleich nach der Rückkehr von Wien im Frühling 1791 und nochmals im folgenden Jahre hatte der neapolitanische Hof versucht, die italienischen Staaten zur Sicherung der Grenze zu vereinigen. Der furchtsame Eigennutz der Venetianer, später das Erscheinen einer französischen Flotte vor Neapel hatte die Ausführung des Planes gehindert [1]). Aber der großen Coalition trat Neapel im Sommer 1793 bei;

1) Franchetti, Storia d'Italia dal 1789 al 1799, Milano 1878, p. 60, 63.

Schiffe und Soldaten unterstützten die Engländer bei der Wegnahme und Vertheidigung von Toulon, und zwei Reiterregimenter fochten tapfer in der Lombardei gegen Bonaparte. Als aber die Oesterreicher geschlagen sich nach Tyrol zurückzogen, und das Directorium zu einem Rachezug gegen Neapel drängte, verlor auch die Königin den Muth, wie sie denn immer die unbeugsame Politik Thugut's getadelt und gehindert hatte[1]). Am 5. Juni 1796 wurde zu Brescia ein Waffenstillstand geschlossen, der die neapolitanischen Regimenter von der österreichischen Armee trennte und zur Rückkehr nach Neapel nöthigte. Als mit den Unfällen Wurmser's auch die Hoffnung auf eine rasche Wendung des Krieges geschwunden war, kam am 10. October der Friede zum Abschluß. Neapel trennte sich von der Coalition, versprach vollkommene Neutralität zu beobachten, in keinen Hafen mehr als vier Kriegsschiffe der kriegführenden Mächte zuzulassen und den Franzosen acht Millionen Franken zu bezahlen. Es war ein Vertrag, wie ihn damals so viele kleine Staaten mit den Franzosen abschlossen: kurze Frist des Daseins durch um so gewisseren Untergang erkauft. Thugut war außer sich vor Erbitterung; er hat nie aufgehört, die Engländer zu beschuldigen, sie hätten den Frieden, den sie öffentlich tadelten, heimlich selbst gefördert, um Anlaß zu erhalten, ihre Flotte aus dem Mittelmeer zurückzuziehen; sie seien es, die den Verlust des Feldzuges und die schmachvollen Bedingungen von Leoben und Campo Formio selbst verschuldet hätten[2]). Für Neapel war es mehr scheinbarer Erfolg als wirklicher Vortheil, daß der Kaiser bei diesen Verhandlungen einen neapolitanischen Diplomaten zu seinem Bevollmächtigten wählte. De Gallo erlangte nichts, als daß sowohl Cobenzl wie Bonaparte seine leichtgläubige Habgier für ihre Zwecke zu benutzen suchten. Bonaparte war den Neapoli-

1) Thugut an Colloredo, 24. Mai 1795, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe des Freiherrn v. Thugut, I, 217.

2) An Cobenzl, 30. September 1798. W. St.-A.

tanern so wenig günstig, daß er sogar im Herbst 1797 den französischen Gesandten Canclaux aus Neapel abberufen ließ, weil er dem Hofe gegenüber zu nachsichtig und milde aufzutreten schien[1]). Durch den Besitz Anconas gelangten die Franzosen schon in die unmittelbare Nähe der Grenze, und bald legte sich die neue römische Republik breit von einem zum andern Meere, jede Verbindung Neapels mit befreundeten Staaten durchschneidend.

Es ist uns aus dieser und der folgenden Zeit der Briefwechsel der Königin Caroline mit ihrer Tochter, der Kaiserin, erhalten. Nichts Anderes läßt so deutlich die Bewegungen des neapolitanischen Hofes, den Wechsel von Furcht, Hoffnung, Verzweifelung und den immer gleichen Haß gegen die fremden Bedränger erkennen[2]). Berthier hatte, wie wir uns erinnern, schon auf dem Zuge gegen Rom jede Einmischung Neapels mit einer Kriegserklärung bedroht; man durfte nicht einmal wagen, dem bedrängten Papste eine Zuflucht anzubieten. „Gallo," schreibt die Königin später, „war vor allen dieser Meinung; er schickte Boten auf Boten nach Rom an den Fürsten Belmonte Pignatelli, damit er,

1) Bonaparte an das Directorium, 1. October 1797, Correspondance de Napoléon, III, 355.

2) Die Briefe aus den Jahren 1798 und 1799 füllen zwei starke Quartbände auf dem wiener Staatsarchiv. Sie sind in kaum verständlichem Französisch zum Theil mit sehr gebleichter Tinte, zum größeren Theil, weil die Beförderung unsicher war, mit Citronensaft geschrieben, der erst durch Annäherung an das Feuer sichtbar wurde. Einen doch noch immer zu vortheilhaften Begriff von der Orthographie giebt der von Rafaello Palumbo nach dem Manuscript im britischen Museum veröffentlichte Carteggio di Maria Carolina, Regina delle due Sicilie, con Lady Emma Hamilton, Napoli 1877. Die wiener Briefe bilden durchaus die wichtigste Quelle für die Stimmung des neapolitanischen Hofes, um so werthvoller, als die Berichte des österreichischen Gesandten Grafen Franz Esterhazi meistens nur auf unbedeutende Privat-Angelegenheiten sich beziehen und für wenig Anderes als die Feststellung einiger Daten zu gebrauchen sind. Von dem wirklich Bedeutenden, was beinahe unter seinen Augen vorging, scheint er nichts erfahren, oder nichts verstanden zu haben.

ohne ein bestimmtes Nein auszusprechen, doch den Papst von der Flucht nach Neapel abhielte[1])." Es waren in der That vornehmlich die Nachrichten aus Neapel, die den Papst bewogen, die Franzosen in Rom zu erwarten. Bald hatte man ein französisches Lager in Terracina dicht an der Grenze; das adriatische wie das Mittelmeer wurde von französischen Flotten versperrt. Die Königin sah keinen Ausweg, sondern in ihrer lebhaften Phantasie sich selbst und ihre Töchter in der Macht, unter den Mißhandlungen der französischen Schreckensmänner. Am meisten schmerzte sie, daß ihr Schwiegersohn, der Kaiser, alle die neuen Gewaltthaten, den offenen Bruch des Friedens von Campo Formio ganz ohne Widerspruch, ohne ein Wort der Beschwerde hingehen ließ. Es hatte sich in Folge dessen, von den Franzosen gern unterstützt, die Meinung verbreitet, Oesterreich stehe mit dem Directorium in geheimem Einverständniß, und die Briefe der Königin zeigen deutlich genug, daß sie von diesem Argwohn keineswegs frei war. „Zuerst," schreibt sie nach der Einnahme von Rom, „haben die Franzosen in Paris, und Berthier in Mailand uns versichert, sie wollten nur Genugthuung fordern und nichts für sich in Besitz nehmen; denn sie fürchteten den Kaiser und seine Truppen. Aber kaum hatten sie aus Rastatt die kalte, trostlose Antwort, daß der Kaiser nur seine Vermittlung, also nur Worte, nicht Thaten entgegensetze, so schickten sie am 27. Januar Murat aus Paris, um alles zu revolutioniren, was denn auch sogleich geschehen ist. Jetzt ist der Papst vertrieben, und sie sind Herren von Allem; denn diese Demokratie besteht nur dem Namen nach, die Franzosen sind es, die sie mit ihren Kanonen und Bayonnetten machten und aufrecht halten. Wenn derselbe Ton von Gleichgültigkeit und Kälte fortdauert, werdet Ihr uns ganz gewiß zu Grunde richten: Vater, Mutter, Schwestern, Brüder, eine junge Frau, Schwester Deines Mannes, die unser Elend, unsern Untergang theilen wird. Denn wir sind entschlossen,

1) Die Königin an die Kaiserin, 23. Mai 1798.

uns aufs Aeußerste bis zum Untergang zu vertheidigen. Land und Volk sind in guter Fassung, aber nach der See haben wir keinen Schutz; während wir uns zu Lande schlagen, fallen sie von der See, wo sie wollen, über uns her, plündern und revolutioniren durch Gewalt und durch Verführung. Aber wir sind entschlossen mit den Waffen in der Hand zu fallen, meine unschuldigen Kinder mit mir, denn wir wollen nicht betteln gehen und Andern zur Last sein und uns über die Achsel ansehen lassen. Lieber, als das, die Guillotine. Sage Deinem lieben Mann, es sei kein Augenblick zu verlieren; er muß reden und handeln als der Herr, er muß den Franzosen erklären, daß diese neue Republik dem Frieden von Campo Formio entgegen ist. So muß man wenigstens glauben," setzt sie hinzu, „und ich glaube es auch, denn ich kenne die Redlichkeit Deines Mannes und kann nicht annehmen, daß er das Haupt der Kirche und seine Schwiegereltern geopfert hätte, um noch eine Erwerbung mehr zu machen. Aber ganz Europa erzeigt ihm nicht dieselbe Gerechtigkeit und glaubt, es sei wieder eine Polonisation. — Und doch könnte er viel mehr und mit Ruhm und Ehre gewinnen, wenn er reden und handeln wollte als Vertheidiger der Kirche und Italiens. Ganz Europa hat die Augen auf ihn gerichtet. Auf uns kann er rechnen, aber nur wenn er wirklich etwas thut. Sonst müssen wir uns auf die Vertheidigung beschränken und zu Grunde gehen. Unsere Lage ist entsetzlich, die Verführung wird ganz offen betrieben; täglich kommen Generale, Offiziere, Soldaten; in Benevent und Pontecorvo, im Herzen unserer Staaten will man Freiheitsbäume errichten, seit sechs Monaten haben Fregatten und Kutter alle Häfen am adriatischen Meere sondirt, täglich trifft man Ingenieure, die unsere Stellungen aufzeichnen, verkleidete Bettler durchziehen das Land. Ich habe lange geglaubt, man wolle uns nur erschrecken und eine Contribution fordern; aber jetzt nach allen ihren Zurüstungen zu Lande und zu Wasser sehe ich wohl, daß sie eine Invasion und eine Eroberung im Sinne haben. Dein Vater plagt sich

zu Tode, daß es mir ans Herz geht, nimmt selbst die Revüen ab. Man concentrirt alle Truppen an der Grenze, die Franzosen haben schon deswegen angefragt; wir antworten, Alles sei nur zur Vertheidigung. Sie errichten ein Lager in Terracina und sind jetzt weit näher bei uns, als sie in Leoben bei Wien waren. Gleichwohl nennen sie sich Freunde, und das ist das Schlimmste von Allem, weil es jede kräftige Maßregel hindert und uns der Gefahr aussetzt, sie unversehens im Königreich und in drei bis vier Tagemärschen in der Hauptstadt zu haben[1])."

Die Schwierigkeiten waren in der That nicht gering. Die Demagogen und die französischen Commissäre in Rom benutzten mit eifriger Freude jede Gelegenheit, an dem verhaßten Hofe von Neapel Rache zu nehmen. Man ging so weit, die Anerkennung der Lehnspflicht zu fordern, über welche Neapel schon so lange Zeit mit dem Papste gestritten hatte; als der König sie verweigerte, wurden seine Besitzungen in Rom mit Beschlag belegt. Dazu kam dann das Erscheinen der früher in Corfu befindlichen französischen Flotte und die unaufhörlichen Rüstungen in Genua und Toulon. Um so eifriger rüstete man auch in Neapel, und um so dringender war der Wunsch, durch eine neue Einigung mit Oesterreich Sicherung und Schutz zu erhalten. Gallo, der im Herbst 1797 aus Wien nach Neapel zurückgekehrt war, erhielt im März einen Nachfolger. Die Königin hätte am liebsten ihren Günstling, den Fürsten Belmonte Pignatelli, geschickt, denselben, der im Jahre 1796 die Verhandlungen mit den Franzosen geführt hatte; aber gerade darum und noch um anderer Gründe willen weigerte man sich in Wien, ihn anzunehmen. Die Wahl fiel dann auf einen Fürsten Campochiaro, weil, wie die Königin schreibt, kein besserer zu finden war, es scheint, einen ganz nichtigen, unbrauchbaren Menschen. Denn während die Königin am 27. März in die Klagen ausbricht: „Das Wasser steht uns bis an die Kehle, wir erwarten Nachrichten aus Wien,

1) Briefe der Königin vom 23. Februar.

wie den Messias," brauchte der Gesandte anderthalb Monate, um den Weg von Neapel in die österreichische Hauptstadt zurückzulegen, wo er erst am 21. April anlangte [1]). Es begann nun zwischen ihm und Thugut eine Unterhandlung, die am 19. Mai zur Unterzeichnung eines Vertrages führte. Die beiden Staaten schlossen ein Vertheidigungs-Bündniß gegen jeden feindlichen Angriff. Oesterreich verpflichtete sich, in Italien und Tyrol 60000 Mann, Neapel 30000 Mann unter Waffen zu halten, die bei dringender Gefahr auf 80000 und 40000 Mann vermehrt werden sollten [2]). Die Kaiserin, sehr erfreut über den Abschluß, schreibt ihrer Mutter einige Tage später, der Kaiser habe alles, was immer möglich, gethan, um die Interessen beider Staaten zu vereinigen. Aber in Neapel war man anderer Meinung. Das Directorium konnte, den bestimmten Erklärungen Oesterreichs gegenüber, Neapel noch nicht feindlich behandeln. Im April hatte Bernadotte der Kaiserin in Wien ausdrücklich eine beruhigende Versicherung gegeben. Zu derselben Zeit kam in Paris eine Art von Uebereinkunft zu Stande, welche dem König gestattete, gegen Zahlung einer bedeutenden Geldsumme die Enclaven des Kirchenstaates, Benevent und Pontecorvo, am 18. April in Besitz zu nehmen [3]). Die Hauptsache war, daß auch die große französische Flotte ohne Feindseligkeit an Sicilien vorüberfuhr. Die Königin athmete auf; es scheint wenigstens für den Augenblick eine friedliche Stimmung überwogen zu haben. Als Nelson wenig später in die Bucht von Neapel einlief, wurde er weder in den Hafen eingelassen, noch sonst, wie er forderte, unterstützt; dem englischen Gesandten in Neapel, so wie seinen Vorgesetzten in London schreibt er im bittersten Unmuth darüber. Der Vertrag mit Oesterreich, wie Thugut ihn entworfen

1) Keller an das preußische Ministerium, 25. April.

2) Martens, Recueil des traités, VII, 254. Die geheimen Artikel und die noch zu erwähnenden Zusatz-Artikel zuerst bei L. Neumann, Recueil de traités conclus par l'Autriche I, 596, Leipzig. 1855.

3) Esterhazi, 24. April.

hatte, enthielt in geheimen Artikeln die Bestimmung, daß Neapel auch beim Ausbruch des Krieges in Deutschland sofort zur Hülfe verpflichtet sei, und übernahm die Garantie der beiderseitigen Besitzungen nur gegen einen Angriff von Seiten Frankreichs und der neu errichteten Republiken. Die Königin wollte sich dagegen ausschließlich für den Fall verpflichten, daß es in Italien zum Kriege käme, und die Garantie verlangte sie nicht allein gegen Frankreich, sondern gegen jeden Feind, insbesondere gegen Spanien, das noch gefährlicher als Frankreich werden könne. „Denn," setzt sie hinzu, „es besteht ein nationaler Haß gegen die Franzosen, aber Zuneigung für die Spanier, die in der That, wovor Gott uns bewahren möge, begründete Ansprüche für sich und den Infanten von Parma erheben könnten." Sie klagt bitter über Thugut, der den unerfahrenen Campochiaro überrascht und zur Ueberschreitung seiner Instructionen genöthigt habe[1]). Auch die Kaiserin weiß dem Minister wenig Dank. „Mein lieber Mann," antwortet sie der Mutter am 16. Juli, „hätte die kleinen Veränderungen, die Sie wünschten, schon bewilligt; mit etwas Zeit und guten Worten wäre es gewiß gegangen. Aber Thugut, dessen Ehrgeiz und Eigenliebe, um die Wahrheit zu sagen, sich verletzt fühlten, hat durchaus nicht gewollt. Der einzige richtige Grund scheint mir der, daß die Franzosen im Falle eines Krieges uns sicher in Deutschland angreifen, wo wir schwach sind, während wir sie in Italien angreifen müssen, was ohne Unterstützung meines lieben Vaters nicht wohl geschehen kann[2])." In diesem Punkte mußte die Königin

1) Die Königin am 13. und 18. Juni.

2) Vgl. auch Thugut an Dietrichstein, 17 Juli, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. LXXVII. Journal and Correspondence of Lord Auckland III, 390, 425, IV, 23, 39: Morton Eden an Auckland 4. Juli: Besides the patent articles, which contained the ordinary stipulations, there were four secret ones, which confined the operation of the treaty to France and the new republics, its allies; and stated that the casus foederis should be deemed to exist if the Emperor be attacked on the side of Germany, since hostilities on that side must be ine-

sich fügen, die Garantie wurde ihr dagegen zugestanden. Auch sollte den Neapolitanern gestattet sein, den englischen Schiffen Aufnahme in die Häfen, Proviant und andere Erleichterungen zu gewähren. Wenn das Directorium darin einen Vorwand zum Kriege fände, wollte der Kaiser die versprochene Hülfe eintreten lassen. Am 17. Juli sendet Thugut an Colloredo zwei Artikel, die er eben den Wünschen des neapolitanischen Hofes gemäß entworfen habe. Sie seien dem Geiste des Vertrages und den Interessen Oesterreichs nicht entgegen, und er werde sie unterzeichnen, sobald der Kaiser, wie es noch am selbigen Tage geschieht, die Redaction genehmigt habe [1]).

Auch in Neapel war die Königin jetzt sehr erfreut, den Vertrag zu erhalten. Die friedlichen Hoffnungen und Wünsche waren von kurzer Dauer gewesen. Gerade als sie den Klagebrief an die Tochter schrieb, am 13. Juni, hörte man in Sicilien den Donner der französischen Kanonen gegen Malta; bald kam die Nachricht von der Einnahme der Insel, und dadurch waren auch die schlimmsten Befürchtungen der Königin, wenn nicht in Erfüllung gegangen, doch neu geweckt. „Wenn die

vitably and immediately followed by hostilities in Italy. The Neapolitan Government objects to these stipulations, and has sent back the treaty in a new form, suppressing the secret articles, and confining the casus foederis to an aggression in Italy. What the Empress's influence may effectuate I cannot determine; but M. de Thugut says, and very justly too, that in its new form the treaty would be exclusively to the advantage of Naples, since France will never be the aggressor on the side of Italy; and so meanly do I think of those who guide the counsels of the King of Naples, that I believe they would not scruple to show the treaty to France, if concluded in its new form, in order to deprecate the wrath of the Directory, who, of course, would take care to render its stipulations useless to this country.

1) Vortrag Thugut's an den Kaiser vom 17. Juli. Mit einem Vortrag vom 22. August unterbreitet er die beiden aus Wien vom 18. Juli datirten, in Neapel am 31. Juli ratificirten Zusatz-Artikel. Wahrscheinlich ist an demselben Tage auch die Ratification der früher verworfenen geheimen Artikel erfolgt, aber auf den 16. Juni zurückdatirt.

Franzosen," schreibt sie einige Tage später, „wie zu befürchten steht, in Lavaletta sind, so wird kein Mensch sie daraus vertreiben. Für uns ist es ein unberechenbares Unglück, denn in wenigen Stunden sind sie in Sicilien, wie und wo sie wollen; außerdem gehört Malta zu Sicilien, und dem König als Suzerain; er ernennt den Bischof, und die Tribunale appelliren an die sicilianischen. Wir haben in Wien, Paris, Madrid, London und Petersburg protestirt, aber ich weiß wohl, daß nichts sie von da vertreibt, als eine striete Blocade, die sie vor Hunger umkommen läßt. Es ist undenkbar, daß diese furchtbare, ungeheure Rüstung kein anderes Ziel als Malta gehabt haben sollte; ich meine, es stecken noch viele Entwürfe gegen uns dahinter. Sie erwarten nur den rechten Augenblick, um mit allen ihren Kräften über uns herzufallen. Sicilien kann angegriffen und aus Mangel an Vertheidigung zur Republik gemacht werden. Die Sicilianer werden sich niemals, wie die Cisalpiner und Römer, erniedrigen lassen, eher machen sie drei andere sicilianische Vespern; ich glaube auch nicht, daß sie sich jemals mit den Franzosen vermischen. Aber wenn man die Republik einführt, ist es für uns dasselbe. Sicilien verlieren heißt den besten Theil, die bessere Hälfte von unserem und unserer Kinder Eigenthum verlieren, für das nicht einmal ein Ersatz zu finden wäre: denn die Romagna ist von vorn bis hinten verwüstet, entvölkert, beraubt; aber Sicilien ist fruchtbar, bevölkert, reich an Erzeugnissen aller Art. In einer Woche hat man für eine Million Silbergeschirr in die Münze geliefert. Von einem Augenblick zum andern zittere ich zu hören, daß die verfluchten Franzosen dort sind. Wir schicken Offiziere, Waffen, Artillerie, entblößen uns aber dadurch nach der andern Seite[1])." Aus Allem zieht sie den Schluß: man müsse sobald als möglich eine neue Coalition zu Stande bringen und den Franzosen zu Leibe gehen. Noch jetzt sei der Augenblick günstig, wenn auch nicht mehr in dem Grade wie

1) Die Königin am 18. und 20. Juni.

vor zwei Monaten; bis zum Herbst könne sich alles verändert haben. Die Tochter theilt durchaus die Gesinnungen der Mutter. „Ihr Brief vom 20. Juni," antwortet sie am 16. Juli, „hat mich sehr betrübt, denn ich sehe die Sachen gerade wie Sie. Man behandelt hier die Einnahme von Malta wie eine Bagatelle; für mich ist sie eine sehr ernste Sache. Malta ist gewiß nicht ohne andere Absichten besetzt, und ich fürchte, sie gehen gegen Neapel und Sicilien. Für mich, Ihre aus Pflicht und Liebe ergebene Tochter, wäre es der Tod, und Gott gnade den Andern, wenn die beiden Königreiche genommen sind. Man sagt: wir werden es hindern. Aber wie? Bis unsere Truppen mit den Ihrigen sich vereinigen, werden die Schurken alles genommen haben: Schiffe, Geld, Menschen, Lebensmittel, und wer wird sie dann vertreiben? Ich betrachte den Krieg als durchaus unvermeidlich; aber die Verblendung des Jacobinismus, ich weiß nicht, wie ich es anders nennen soll, wird zur Strafe unserer Sünden bewirken, daß wir ihn erst anfangen, wenn er zu unserem Untergange führt. Jeder Tag für uns verloren, ist ein Jahrhundert für sie gewonnen. Ihre Grundsätze bereiten unter der Hand den Weg für ihre Waffen. Wenn wir noch ein Jahr warten, werden wir alle, einer nach dem andern verspeist. Diese Aussicht ist sehr traurig, besonders für eine Mutter; ich fühle es für Sie wie für mich und leide mehr, als ich es zeige."

Wir haben früher gesehen, welche Gründe damals in Wien entscheidend waren; ohne Oesterreich konnte Neapel aber nicht an einen Angriff denken. So verhielt man sich noch eine Zeitlang ruhig, um so mehr, als auch das Directorium fortfuhr, eine freundlichere Sprache zu führen, und eben eine Persönlichkeit aus Neapel abberufen hatte, deren Anwesenheit die Königin in ganz besonderer Weise peinlich berühren mußte.

Als Gesandter der Republik war im Frühling Dominicus Garat nach Neapel gekommen, der frühere Justizminister, der in dem Prozeß Ludwig's XVI. eine Rolle gespielt und dem König das Todesurtheil verkündigt hatte; auch dieser weder ein

böser Mensch, noch ohne Fähigkeiten, aber, wie Ginguené, einer jener halbwissenden Schöngeister, die damals unter den französischen Diplomaten durch Hochmuth und Pedanterie von Allen die unerträglichsten wurden. Schon vorläufig hatte er für seinen Empfang Forderungen gestellt, welche die Königin als impertinente bezeichnet[1]. Am 30. April langte er an und hielt es, wie zu denken, für seine erste Pflicht, sich durch eine große oratorische Production bei dem Könige einzuführen. Im Stil des Telemach oder vielmehr der Romane Florian's verbreitete er sich über die Segnungen der Freiheit und Tugend, und den Edelmuth der französischen Republik, gab dem Könige die weisesten Rathschläge für seine und seiner Völker Glückseligkeit, aber alles dies nur als Einleitung, um sich dann in dem Glanze seiner eigenen Vorzüge zu spiegeln. „Nicht deshalb," sagte er, „hat das Directorium seine Wahl auf mich gelenkt, weil es mich in den Hallen der Gunst und des Ehrgeizes hat herumirren sehen. Ich habe gelebt in ländlicher Stille, in den Lyceen und unter den Säulengängen der Philosophie. Wenn die Revolutionen und eine Republik mich mit Titel und Amt, die mehr als einem Volke nützlich werden können, an Ew. Majestät absenden, so ruft die Einbildungskraft jene Zeiten des Alterthums zurück, wo aus der Mitte der griechischen Republiken Philosophen, die nur deshalb einen Namen hatten, weil sie zu denken verstanden, an diese selbigen Gestade, auf diesen selbigen Continent, auf diese selbigen Inseln ihre Wünsche für das Heil der Menschheit hinübertrugen. Hier wo Sie herrschen, Sire, inmitten der erstaunlichsten Schauspiele des Himmels und der Erde, zur Seite dieser Vulkane, deren immer geöffnete, immer rauchende Schlünde an die feurige Lava erinnern, die sie ausgespien haben und ausspeien werden, hier scheint es mir, o König! muß jeder, unter welchem Namen er auch lebe, sei es als Republikaner oder als König, um so mehr den Drang empfinden, durch eine dauernde Wohlthat für die

1) Die Königin am 24. April; Esterhazi, 1. Mai.

Menschheit sein kurzes, flüchtiges Dasein zu verewigen." Von allem, was damals republikanische Redekunst zu leisten pflegte, lieferte dieser neue Pythagoras oder Cineas mit der dreifarbigen Schärpe das Meisterstück. Talleyrand sagte dem preußischen Gesandten in Paris, Garat habe wie ein Schulmeister gesprochen, ganz Europa würde in ein Gelächter ausbrechen[1]). Für den König, der am besten die Sprache der Fischer und Lazzaroni verstand, hätte er ebensowohl griechisch reden können. Die Königin hatte sich von dem Empfange fern gehalten, aber Garat ruhte nicht, bis er auch ihr am folgenden Tage eine Lection ertheilen konnte. „Diesen Morgen," schreibt sie am 9. Mai, „habe ich das Opfer gebracht, den Bösewicht Garat, unsern außerordentlichen Gesandten, zu sehen. Ich gestehe, meine Nerven haben einen schrecklichen Stoß erhalten, als ich den Justizminister sehen mußte, welcher der Hinrichtung seines Königs, des Gemahls meiner unglücklichen Schwester beigewohnt hat, ihn sehen mußte mit der Miene eines Eroberers, um mich einzuschüchtern. Ich denke selten in die Stadt zu kommen, so lange dieser Mensch da ist, um so weniger, als ich überzeugt bin, daß er nebst seiner Cohorte Streit suchen und irgend einen Volksauflauf anstiften wird. Er belustigt sich, von seinen Balconen Geld unter das Volk zu werfen. Mit seinen Satelliten sieht er aus, als wären sie maskirt: ein ungeheuerer Säbel, schwarze Haare, Uniform, Stiefel, eine ungeheuere dreifarbige Schärpe, das ist ihr Aeußeres. Unsere Botschafterin ist eine entlaufene Nonne[2])." Bei

1) Sandoz an das Ministerium, 16. Juni. Esterhazi war bei der Audienz am 7. Juni zugegen. Er berichtet am folgenden Tage, die Anrede habe über eine Viertelstunde gedauert und mit einer Predigt über den Vesuv geschlossen; der König habe dann kurz den Wunsch geäußert, mit der Republik in Frieden zu leben.

2) Die Königin am 9. und 19. Mai. Wie wenig sie ihre Gefühle verbarg, zeigt ein Brief Daunou's an La Revellière Lepeaux aus Rom vom 15. Juni, als er eben von einer Reise nach Neapel zurückkam: „Die Regierung ist nicht besser (aussi détestable), als die von Robespierre; es fehlt nur die

alledem war sie froh, daß er friedliche Versicherungen des Directoriums überbrachte und selbst für ein gutes Verhältniß zu wirken versprach. Aber es währte nicht lange. Am 18. Juni berichtet sie: „Der schändliche Garat, der täglich nicht Noten sondern Schmähschriften überschickt, hat eben wieder eine von seltener Unverschämtheit abgehen lassen. Er mischt sich in den Prozeß der Jacobiner und verlangt unter Drohungen, daß alle innerhalb dreier Tage in Freiheit gesetzt werden; zur Belohnung will Frankreich die neuen Republiken abhalten, uns zu beunruhigen. Leere Worte! Man wird es machen, wie in Piemont, wo der Adjutant des General Brune in den Reihen der Insurgenten getroffen wurde mit den Briefen des Generals in der Tasche. Wer kann diesen Schurken trauen?“ Eine wesentliche Erleichterung war es deshalb, daß um eben diese Zeit die Bemühungen des neapolitanischen Gesandten in Paris und wohl nicht weniger Garat's Ungeschicklichkeiten seine Abberufung herbeiführten. Am 30. Juni gibt er Bonaparte die letzten Nachrichten aus Neapel, das er Tages darauf zu verlassen denkt. Er schließt mit der Bitte, der General möge ihm doch eine oder zwei Inseln schenken. „Ich fordere sie,“ schreibt er, „so wie ein Maler, der Ideen im Kopfe und einen Pinsel in der Hand hat, Leinwand und Farben fordert. Durch langes Nachdenken glaube ich die Mittel gefunden zu haben, durch Macht und Gewalt ein ganz neues Menschengeschlecht zu schaffen, das von den Fehlern und Thorheiten der vergangenen Geschlechter beinahe frei sein würde[1].“ Man sieht, der Graf von Windischgrätz hatte bei seinen Weltverbesserungs-Plänen einen Nebenbuhler, der ihm bei dem rastatter Congreß hätte

Guillotine. La haine de la reine pour les Français va jusqu'à la frénesie. Le roi n'est guère que plus bête qu'elle, et n'est pas beaucoup moins malveillant. Garat denkt jetzt gerade wie Trouvé, der nicht, wie man früher glaubte, übertrieben hat. Man braucht nicht den Krieg zu erklären, muß aber eine feste Sprache führen.“ Mémoires de Larevellière-Lepeaux publiés par son fils, Paris 1873, III, 387.

1) Correspondance inédite de Napoléon, V, 186.

gefährlich werden können. Es fragt sich nur, ob einer von Beiden seine Inseln mit ebenso viel Verstand regiert haben würde, wie der Schildknappe des spanischen Ritters die Insel Barataria.

Der Prozeß, in welchen der französische Gesandte sich eingemischt hatte, war der große, noch immer nicht entschiedene Staatsprozeß, der, durch Acton's Intriguen gegen den Ritter Medici angezettelt, eine große Zahl angeblicher Verschwörer seit vier Jahren im Kerker hielt. Es wird der Königin nachgerühmt, sie habe auf die Bitte zweier vornehmen Mütter dahin gewirkt, daß man die Gefangenen wenigstens vor Gericht stellte[1]). Das Ende war, da sich nichts beweisen ließ: daß alle freigesprochen wurden. Der öffentliche Ankläger Vanni, der Justizminister Castelcicala wurden mit Schande bedeckt; selbst Acton zog sich aus Aerger über den Ausgang und zugleich, um den oft wiederholten Klagen der Franzosen einige Nachgiebigkeit zu zeigen, offiziell von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurück. An seine Stelle trat de Gallo und das Bestreben, den Krieg mit Frankreich, im Sinne des wiener Cabinets, zunächst noch zu vermeiden. Der König ließ sich nicht bewegen, den Aufständischen in der Romagna und im Kirchenstaat die so dringend erbetene Unterstützung zu gewähren, weigerte sogar jede Zuflucht über die von einem Cordon streng bewachte Gränze, und wenn die Franzosen in Malta sich beklagten, daß man sie verhindere, in Sicilien Proviant zu holen, so war Nelson kaum weniger erbittert, als man ihm bei der ersten Rückkehr aus Aegypten Aufnahme in den Hafen von Syrakus, ja sogar die nothwendigen Lebensmittel verweigerte. Sehr zur rechten Zeit kam ihm die Verwendung einer Frau zu Gute, die wir schon hätten nennen können, weil ihr Einfluß auf die Königin in den letzten Jahren mehr und mehr eine politische Bedeutung erlangt hatte. Goethe erwähnt in seinen Briefen aus Neapel öfters eines jungen Frauenzimmers,

1) Colletta, Storia del Reame di Napoli, lib. III, cap. 29.

das mit seltener Schönheit begabt, in dem Hause des englischen Gesandten Sir William Hamilton durch mimische Darstellungen die Zuschauer zu entzücken wußte[1]). Miß Emma Harte-Lyons wurde im September 1791 Lady Hamilton, Gattin des mehr als vierzig Jahre älteren Gesandten, und in die vornehme Gesellschaft von England und Neapel aufgenommen, ohne daß ihre zweideutige, wenn nicht schmachvolle Vergangenheit ein Hinderniß gebildet hätte. Auch bei Hofe gewann sie, nicht blos durch die Stellung ihres Gemahls, Ansehen und Einfluß. Nicht lange, und sie war die bevorzugte, unzertrennliche Freundin der leicht erregbaren Königin, ein Verhältniß, das in dem vor kurzem veröffentlichten Briefwechsel der beiden Frauen deutlichen Ausdruck gefunden hat. Nelson war schon im Jahre 1793, damals noch Capitän eines Linienschiffes, ihr nahe getreten. Ihrem Wunsche, die Sache Englands zu fördern, gesellte sich jetzt der Eifer, einem Freunde nützlich zu sein; und es scheint, daß wesentlich ihre persönliche Vermittlung bei der Königin den Befehl erwirkte, die englische Flotte mit Wasser und andern Lebensmitteln reichlich zu versorgen[2]). Freilich nur unter der Hand, weil man Beschwerden der Franzosen fürchten mußte. Wenig später trat aber eine Wendung ein. Am 31. Juli erhielt man aus Wien den von Thugut und Campochiaro am 18. unterzeichneten Zusatz zum Bündnißvertrage, und ohne

1) Italienische Reise, Caserta, 16. März 1787 und öfters.

2) Nelson an Sir William und Lady Hamilton, 22. Juli, Dispatches and Letters III, 47. Die Thatsache ist später in Zweifel gezogen, als die in das tiefste Elend gerathene Frau bei der britischen Regierung um eine Pension nachsuchte. Auch Nicolas, der Herausgeber der Dispatches and Letters, möchte den angeführten Brief, als zwei anderen an Hamilton vom 22. und 23 Juli widersprechend, für eine ungeschickte Fälschung erklären. Nach meiner Ansicht mit Unrecht. Denn in den letzteren redet Nelson von der Einfahrt in den Hafen, die verweigert wurde, in dem zuerst genannten von den Lebensmitteln, die man ihm zukommen ließ. Wäre der Brief auch unecht, so würde die eifrige Verwendung der Lady durch den Brief der Königin vom 28. Juli (Palumbo a. a. O. S. 175) außer Zweifel gesetzt.

Säumen erfolgte jetzt auch in Neapel die Ratification. Schon am 1. August schreibt Acton dem englischen Gesandten, der König befinde sich seit gestern in einer andern Lage; Nelson und jedes englische Geschwader könne der herzlichsten Aufnahme in den Häfen des Königreiches versichert sein. „Aber," setzt er hinzu, „wir sind nun Nelson's wegen direct dem Kriege mit Frankreich ausgesetzt. Sollen wir in dieser Lage verlassen werden? Wird der Admiral aufs neue, ohne die Stellung der Franzosen zu kennen, in die Levante zurückkehren und das Königreich ihren Angriffen preisgeben? Bonaparte hat sich verborgen, Gott weiß, wo er steckt, ob wir ihn nicht in wenigen Tagen wieder hier sehen [1])."

Es war gerade der Tag, an welchem Nelson den Franzosen bei Abukir begegnete; aber es dauerte noch geraume Zeit, bis die Kunde nach Europa gelangte, und bis dahin konnte Neapel auf eigene Hand nichts unternehmen. Freilich, wäre es auf die Königin angekommen, sie hätte schwerlich so lange gewartet. Sie sieht den Krieg nun einmal als unvermeidlich an. „Die jetzige Lage ist unerträglich," schreibt sie ihrer Tochter, „das Papiergeld um 25 Procent gesunken. Die Grenze ist der Hauptstadt so nahe! Ein einziger Unfall könnte die Feinde bis an die Thore führen, wo sie sogleich eine Revolution anstiften würden. Eine feste, gute Stellung findet man nur jenseits Rom bei Foligno und Perugia." Sie schildert den Aufstand in der Romagna und in Terracina. „Die Leute haben die neapolitanischen Fahnen aufgepflanzt und inständig gebeten, der König möge kommen und sie befreien; man muß weinen und wird ganz erschüttert, wenn man die Briefe liest. Wir haben sie nicht aufgeregt; ich muß gestehen, ich glaube, man hätte wohl daran gethan; aber wir üben noch die Redlichkeit der alten Ritter-Zeiten gegenüber diesen Schurken, den würdigen Nachkommen von Cartouche. Der König ist ärgerlich, daß allerlei Bedenklichkeiten ihn abgehalten haben, vor-

1) Nelson, Dispatches and Letters, III. 94.

zugehen. Welchen günstigeren Augenblick hätte man finden können, die Guten anzufeuern, die Völker zu gewinnen, der Revolution, den Greuelthaten ein Ziel zu setzen und eine gute Stellung zu nehmen? Das wäre der Wunsch des Königs und der meinige. Aber alle Minister sagen, es sei zu unvorsichtig, zu gewagt; Dein lieber Mann sei vielleicht noch nicht bereit oder nicht willens, den Krieg jetzt wirklich anzufangen; dann würde die ganze Macht der Franzosen auf uns fallen und uns zu Grunde richten. Man müsse auch auf die Escadre Bonaparte's Rücksicht nehmen. Kurz man hat das Vorgehen verschoben und vielleicht die beste Gelegenheit, die wir jemals haben werden, versäumt, um Deinen lieben Mann nicht voreilig zu verwickeln. Aber ich fürchte, die Franzosen werden das, was geschehen ist, als Vorwand benutzen, sich mit verstärkter Macht an der Grenze festzusetzen, und man lebt nicht mehr, wenn man täglich den Frechheiten dieser Taugenichtse ausgesetzt ist." Sie wünscht baldmöglichst einen österreichischen General herbei: Mack oder Hotze, und daß der Kaiser sich bestimmt über seine Absichten aussprechen möge[1]). Die Kaiserin war wieder ganz mit der Mutter einverstanden. Verschiedene Aeußerungen ihrer Briefe lassen schließen, daß sie bei dem Kaiser ihre Ansicht über seine Politik und den Widerspruch gegen Thugut hatte verlauten lassen, aber ohne Erfolg, vielleicht nicht ohne eine für sie schmerzliche Zurückweisung. „Was soll ich Ihnen sagen, liebe Mutter?" antwortet sie Anfangs September, „wir sind nicht wie sonst; ich muß schweigen. Aber so sehr ich meinem lieben Mann ergeben bin, zustimmen kann ich ihm nicht. Ich soll Ihnen in seinem Auftrage versichern: er hoffe, Sie würden, da Sie seine Redlichkeit kennen, überzeugt sein, daß er sich an den Vertrag halten würde. Werden Sie angegriffen, oder greifen Sie an, so wird er gewiß gleich handeln, aber für sich will er den Krieg noch nicht anfangen, sondern bis zum Frühjahr warten. Gott im Himmel! sechs

1) Aus Briefen der Königin vom 2. und 12. August.

Monate verloren! Die Franzosen verstärken sich nach Innen und nach Außen, die Verführung nimmt mit großen Schritten ihren Fortgang. Jetzt wo Bonaparte mit 40000 Mann in Aegypten, wo Italien, die Schweiz, die Niederlande im Aufstand sind, jetzt wäre der Zeitpunkt, Europa von diesen Scheusalen zu befreien. Warten wir bis zum Frühjahr, so wird ganz Rußland uns nichts mehr helfen. Ich will meinen lieben Mann nicht tadeln, er verdient es nicht, er ist gut, und die ihn umgeben, fassen ihn bei seiner schwachen Seite, die löblich ist, bei der Ehrlichkeit. Sie sagen, es sei Verrath und Treubruch, die Franzosen ohne Ursache anzugreifen. Darauf wage ich, eine unwissende Frau, zu erwidern: War es Wort halten, wenn man Rom, die Schweiz, Malta, den Rhein genommen hat? Liebe Mutter, ich höre und sehe so Vieles, daß ich nicht weiß, was ich denken oder sagen soll. Welchen Weg wird man nehmen, was wird man thun, wenn ganz Europa revolutionirt ist? Man sieht die drohende Gefahr und thut doch nichts, um sie abzuwenden. Ich muß aus Klugheit schweigen, aber heimlich seufze und weine ich, daß alles, was ich liebe, zu Grunde geht. Um alles Gold der Welt möchte ich Ihnen keinen Rath geben oder etwas vorschreiben, aber meine Ansicht ist die Ihrige und die meines lieben Vaters: er sollte vorgehen, handeln, den Römern beistehen, der Retter Italiens werden. Aber hier sage ich nichts. Ich höre und leide viel, nicht von meinem lieben Mann, dessen ich mich nur zu loben habe, da er mir alle Freundschaft, Vertrauen, Achtung, Rücksicht beweist; aber man thut das Mögliche, mir sein Vertrauen zu nehmen; sobald eine Sache in's Gespräch kommt, gleich will man durch tausend Andeutungen ihn glauben machen, daß ich dahinter stecke. Ich habe ein empfindliches Gemüth, und Alles greift mich an, aber es ist mir genug, daß Sie und mein lieber Mann mich lieben, und daß das Gute geschieht; dann will ich Alles ertragen. Setzen Sie nur, wenn der Krieg wieder ausbricht, Ihr kostbares Leben und das meiner lieben Schwestern in Neapel nicht auf's Spiel. Das Meer ist jetzt

frei; wenn Sie sich in Apulien einschiffen, sind sie sogleich bei uns in Dalmatien. Sie werden niemals einem Menschen zur Last fallen, wie viel weniger Ihren Kindern, die es sich als Gnade und Ehre schätzen, Ihnen in Allem zu Diensten zu sein. Der General Mack steht Ihnen zu Befehl; er kommt morgen hieher, da er am 15. nach Neapel abreisen will[1]). Mein lieber Mann wird bewirken, daß er noch früher abreist. Ich hoffe, er wird Ihnen gute Dienste leisten, da er nach meiner Meinung einer unserer besten Generale und mit allen Zweigen des Kriegswesens wohl vertraut ist."

Als dieser Brief nach Neapel gelangte war der Schleier gefallen, der die Ereignisse im Orient bedeckt hatte. Noch um die Mitte August wußte Niemand in Neapel, wohin die französische Expedition sich gewendet habe. „Es ist ganz unbegreiflich," schreibt die Königin, „wie eine solche Flotte sich so lange verbergen kann. Einer sagt, sie plünderten Algier, ein anderer, sie gingen nach Gibraltar, ein Dritter in den Archipel, um Constantinopel und dann die Krim und Polen zu revolutioniren. Dann sagt man, sie seien in Corfu, was für uns von Allem das Schlimmste wäre[2])." Worin lag der Grund dieser langen Ungewißheit? Nelson hatte sogleich nach der Schlacht bei Abukir zwei Schiffe als Boten abgesandt. Aber das eine, der Leander, ein kleines Linienschiff von fünfzig Kanonen, wurde von dem bei Abukir entkommenen französischen Linienschiff, le Généreux, in der Nähe von Creta genommen, das andere mußte den Umweg über Gibraltar einschlagen, um zuerst dem Admiral St. Vincent Nachricht zu geben; erst am 3. September langte der Kapitän Capel in Neapel an. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck seine Nachrichten hervorbrachten. „Wie soll ich Ihnen das Entzücken der Königin

1) Thugut schreibt am 8. September an Colloredo (Vivenot, Vertrauliche Briefe II, 120): Mack est venu me voir ce soir. Etwa vom 7. September wird also der Brief der Kaiserin zu datiren sein.

2) Briefe der Königin vom 2. und 12. August.

schildern," schreibt Lady Hamilton an Nelson? „Es ist unmöglich. Sie schrie laut auf, küßte ihren Gemahl und ihre Kinder, lief wie außer sich durch das Zimmer, schrie, küßte, umarmte jeden in ihrer Nähe mit dem Ausruf: O tapferer Nelson! Gott schütze und bewahre unsern tapfern Befreier! Was sind wir ihm schuldig! O! daß mein volles Herz ihm selbst sagen könnte, was wir ihm verdanken[1])." „Die große und glückliche Nachricht von der Zerstörung der französischen Flotte," schreibt die Königin selbst an ihre Tochter, „ist gestern gerade zur rechten Zeit gekommen, um die Gutgesinnten zu beleben und die Bösen einzuschüchtern. Unsere Zustände sind sehr bedenklich; es fehlt durchaus an klingender Münze, die jeder aus Furcht oder Bosheit verbirgt. Niemand will für Papiergeld etwas verkaufen, dadurch entsteht eine allgemeine Unzufriedenheit. Am 2. September hat man in allen Provinzen und Ortschaften die allgemeine Recrutirung vorgenommen; das Ergebniß wissen wir noch nicht, aber in der Nähe ist es an mehreren Orten zu Unruhen gekommen. In Portici hat man sich mit bewaffneter Hand widersetzt, in Resina ebenfalls; diese Nacht sind Grenadiere, Cavallerie und Kanonen abgegangen, sie zu zwingen; an andern Orten geht es ebenso. Der König nimmt es sehr zu Herzen, daß gerade die am meisten begünstigten Orte sich am schlechtesten aufführen. Man wird sie zwingen, denn man darf nicht nachgeben. Die Beispiele sind zu traurig. Alles dies machte uns gestern sehr unglücklich. Aber die vortreffliche Nachricht war ein großer Balsam für mein Uebel[2])."

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 125.

2) Die Königin am 4. September. Auch aus diesem Datum ergiebt sich, daß Capel am 3. September in Neapel ankam, nicht am 4., wie der Herausgeber der Dispatches and Letters, III, 71 angibt. Einige Daten über die Verbreitung der Nachricht mögen hier noch eine Stelle finden. Capel, der am 4. von Neapel weiter reiste, brachte sie mit damals ganz ungewöhnlicher Schnelligkeit am 15. September nach Wien, und über Cuxhaven am 2. October nach London. In Malta erhielt man sie am 28. August durch

Nichts glich denn auch dem Triumph, mit welchem Nelson empfangen wurde, als er am 22. September sein siegreiches Schiff in den Hafen von Neapel führte. „Ich muß versuchen, Dir etwas von dem, was hier vorgegangen ist, mitzutheilen," schreibt er am 25. September an seine Frau. „Aber wenn es schon so ergreifend war, für die, welche nur durch die Bande der Freundschaft mit mir vereinigt sind, was muß es sein für mein geliebtes Weib, mein Alles, das mir in dieser Welt das Theuerste ist. Sir William und Lady Hamilton kamen mir, umgeben von zahlreichen geschmückten Fahrzeugen, auf dem Meere entgegen. Diese meine sehr ehrenwerthen Freunde waren in Wahrheit ernstlich krank gewesen, zuerst vor Sorge, dann vor Freude. Man hatte Lady Hamilton unvorsichtiger Weise alles in einem Augenblick erzählt; es wirkte, wie ein Schuß; sie sank wie todt zusammen und ist noch nicht vollkommen hergestellt. Meine verehrten Freunde legten am Schiffe an. Lady Hamilton flog auf und mit dem Ausruf: O Gott, ist es möglich! sank sie mehr todt als lebendig mir in die Arme. Thränen gaben ihr Erleichterung, als auch der König anlegte. Die Scene war in ihrer Weise ebenso interessant. Er ergriff meine Hand und nannte mich seinen Befreier und Beschützer. Ganz Neapel nennt mich nostro liberatore; die Art, wie die niederen Klassen mich begrüßten, war wirklich ergreifend." Daß auch die höchsten Klassen an Geschenken und Auszeichnungen nichts fehlen ließen, braucht nicht bemerkt zu werden. Sein Geburtstag am 29. September wurde wie ein öffentliches Fest begangen. Alles, was er in den letzten fünf Monaten erlebt: zuerst die vergeblichen Fahrten, dann die Schlacht, die Wunde, der Sieg, dann wieder eine Krankheit, die ihn zwei Tage hindurch am Rand des Gra-

den Guilleaume Tell, das eine der geretteten Linienschiffe, in Toulon am 7. September, theilte aber die Privatbriefe erst vier Tage später aus. Nelson, Dispatches and Letters III, 73. Nouvelles politiques de Leyde, 2. October, 5. October Supplém.

des hielt, und jetzt in plötzlichem Wechsel unter dem Himmel von Neapel das Uebermaß der Schmeichelei und die bestrickenden Reize einer Frau, die mit allen Künsten der Verführung die Gewalt einer wirklichen Leidenschaft vereinigte — es war mehr als genug, um einen Menschen aus dem Gleichgewicht zu bringen, der wohl in Wind und Wellen zum Kampf gegen feindliche Schiffe geübt, aber gerade in seiner einfachen, arglosen, zugleich großsprecherischen und beinahe täppischen Weise am wenigsten gegen die Gefahren seiner jetzigen Umgebung gesichert war.

Trotz aller Ehren-Bezeugungen war er doch nicht befriedigt. Eben so eifrig, wie er früher der französischen Flotte nachjagte, trieb er jetzt die Neapolitaner zum Angriff gegen Frankreich. Die Königin fand er seinen Wünschen geneigt. Sie schreibt ihrer Tochter schon am 4. September, jetzt sei der rechte Augenblick, Italien zu befreien; man möge doch sobald als irgend möglich Mack herüberschicken[1]). „Sie ist die wahre Tochter Maria Theresia's," schreibt Nelson vier Wochen später, „sie denkt, wie wir. Aber die Minister, mit Ausnahme Acton's, wollen den Tag des Unheils verschieben, bis er kommt, sie zu verschlingen." Am meisten haßte er de Gallo. „Ich verabscheue diesen Mann," heißt es in demselben Briefe, „ich bin in offenem Streit mit ihm, ich habe gescholten, Aerger ist nöthig. Hamilton ist zu gut für sie; die starke Sprache eines englischen Admirals, der ihnen über ihr elendes System die volle Wahrheit sagt, mag gut thun." Am 3. October setzt er auch Lady Hamilton seine Wünsche auseinander in einem Briefe, der offenbar für die Königin berechnet ist; er schließt mit dem Satze Chatham's: „die kühnsten Maßregeln sind die sichersten[2])."

Um diese Lage und das Drängen Nelson's richtig aufzufassen, muß man sich an die lange fruchtlos gebliebenen Be-

---

1) In demselben Sinne schreibt sie zur selben Zeit an den Gesandten in London, Marchese di Circello. Nelson, Dispatches and Letters, III, 73.

2) Letters and Dispatches, III, 144, 137, 141.

mühungen Edens in Wien erinnern. Es war einmal Zielpunkt englischer Politik, Oesterreich wieder in den Krieg zu verwickeln. Was sich auf geradem Wege nicht erreichen ließ, hoffte man zu gewinnen, wenn man Neapel zum Losschlagen und dadurch den Kaiser in die Lage brachte, zwischen dem Untergang seiner Schwiegereltern und dem Krieg mit Frankreich zu wählen. Aber Thugut ließ sich nicht so leicht von seinem wohlerwogenen Plane abbringen. Allerdings bot ein Angriff auf die sehr verminderten französischen Truppen in Italien manche Vortheile, aber nicht weniger Gefahren, und wer kann es dem österreichischen Minister als Fehler anrechnen, daß er, ohne irgend eine Sicherheit von Seiten Rußlands, Englands oder Preußens sich nicht aufs neue in den furchtbarsten Krieg stürzen wollte? Als Eden im Mai mit der Nachricht, daß eine englische Flotte wieder in das Mittelmeer einlaufen würde, die Bitte um Aufnahme in die österreichischen Häfen verband, ging Thugut nicht darauf ein, weil dies einen offenen Bruch des Friedens von Campo Formio in sich schließe. Als dann der neapolitanische Geschäftsträger Baptist, es scheint von Eden angeregt, im August neue Vorstellungen machte, erwiederte Thugut: wenn Neapel den Zeitpunkt für so günstig halte, möge es doch selbst den Krieg anfangen, der Kaiser würde ihm dann alle Unterstützung leisten, die in seiner Macht stände[1]). Einige Tage später klagt der englische Gesandte, Bap-

1) Eden 11. August: I urged the expediency of the Emperors anticipating the intention of the French Directory, adding all the arguments that I have so often brought forward, and adding that the weakness of France which had been long manifest, was greatly increased by the expedition to Egypt, composed of its most distinguished officers and its best troops. But though Monsieur Thugut admitted the force of what I said, yet his language though less desponding than what it has been, conveyed nothing positive. A few days ago the Neapolitan Chargé-d'Affaires by order of his Court made to the Austrian Minister similar instances, and received for answer an exhortation for His Sicilian Majesty to renew himself hostilities, if he thought the mo-

tift erhalte von Thugut keine andere Antwort, als daß der Kaiser sich genau an den Vertrag halten werde; den ersten Schlag zu thun und die Aufstände im Kirchenstaat zu nutzen, sei er nicht zu bewegen[1]). Andererseits wollte man aber die Neapolitaner nicht entmuthigen. Thugut war gern bereit, ihnen einen österreichischen General zu schicken, und daß die Wahl auf Mack fiel, mochte ihm um so erwünschter sein, als er dadurch eines ihm persönlich immer widerwärtigen Intriganten sich entledigt sah. Er äußert sich sehr unzufrieden, als Mack Anfangs September über Privat-Angelegenheiten und der

ment to be so favourable, accompanied with an assurance that the Emperor would give him every assistance in his power. Diese Aeußerung erinnert an die früher (S. 132) angeführten, übrigens sich selbst widersprechenden Worte der Kaiserin vom 7. September: Mon cher mari m'a chargé de vous assurer, qu'il espère que, connaissant sa sincérité, vous soyez sûre qu'il se tiendra au traité. Vous attaquée ou vous attaquant, lui agira sûrement tout de suite, mais pour lui, il ne veut encore commencer la guerre, et attendre jusqu'au printemps la venue des Russes. Thugut's Aeußerung, wie Eden sie mittheilt, kann aber kaum anders als in höhnischem Sinne aufgefaßt werden. Hatte doch Neapel kurz vorher die Ratification des Vertrags vom 19. Mai aus Furcht vor einem Kriege verweigert.

1) Eden, 18. August: Monsieur Thugut whom I saw yesterday evening looks upon a war between the Court of Naples and the French Republic to be inevitable and at no great distance, and he says that the Emperor is determined scrupulously to fulfill his engagements with that Court. Still I cannot prevail npon the Austrian Minister to take advantage of the present circumstances particularly of the troubles in the Roman state to anticipate the blow; nor has he yet said anything decisive on the subject in answer to the Neapolitan Chargé d'Affaires, who by order of his Court has anew urged this advice; at the same time informing this Government that His Sicilian Majesty has obtained from the Pope, who, it appears is at length to be conveyed to Spain, a bull, declaring the war, should it take place, to be a war of religion; and that His Sicilian Majesty was not without hope that the King of Spain might be prevailed upon to renounce his connection with Frauce.

Sorge, sich möglichst hohe Belohnungen im Voraus zu erwirken, viele Zeit in Wien und Böhmen verlor[1]). Er war gar nicht entgegen, daß Neapel die englische Flotte begünstige und in die Häfen aufnehme, obgleich ein Bruch des Friedens von 1796 und für die Franzosen ein gerechter Grund zum Kriege darin gefunden werden konnte. Für einen solchen Fall, sagte er dem englischen Gesandten, würde der Kaiser auch über die Verpflichtungen des Vertrages hinausgehen und gegen einen Angriff der Franzosen Beistand leisten[2]). Aber den Krieg sogleich anzufangen, war er keineswegs gewillt. Manches, schreibt er in Erwiderung einer von Mack eingereichten Denkschrift, spreche dafür, aber noch unendlich mehr dagegen. „Vor allem," fährt er fort, „ist es nothwendig, sich den Neapolitanern gegenüber ganz bestimmt und kategorisch auszusprechen. Sonst steht zu befürchten, daß sie neue Dummheiten und tolle Streiche nach ihrer Weise begehen und dann Gelegenheit nehmen, uns des Treubruchs und der Unehrlichkeit anzuklagen und gegen uns zu schreien und zu jammern, wenn sie das Opfer ihrer Thorheiten geworden sind[3])."

Wenige Tage, nachdem diese prophetischen Worte geschrieben wurden, am 9. October, kam Mack in Caserta an. Er hat neun Monate später eine ausführliche Denkschrift über seine Thaten und Erlebnisse an Thugut gerichtet, wie sich denken läßt, vornehmlich, um jede Schuld und Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen[4]). Das darf man ihm glauben,

1) Thugut an Colloredo, 8. September, bei Vivenot, a. a. O. II, 119.

2) Eden an Grenville, 17. October.

3) Thugut an Colloredo, 3. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe, II, 121.

4) Abgedruckt nach der eigenhändigen Aufzeichnung Mack's im wiener Staatsarchiv, datirt: Dijon, 30. Juni 1799, bei Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. LXXXIII. Mack hat, wie es scheint, diese Denkschrift oder eine ähnliche auch veröffentlicht. In dem bekannten, nicht viel späteren Werke von Coco: Saggio storico sulla rivoluzione di Napoli (es scheint zuerst Paris 1800, dann Mailand) wird neben den Schriften Bo-

daß er schon bei der Ankunft Königin und König zum Kriege entschlossen fand. Acton sprach um diese Zeit ganz unverholen die Ansicht aus, man müsse vorgehen, ohne auf den Kaiser zu warten, und de Gallo mußte eben die Folgen eines Vorfalles tragen, welcher der Königin nicht viel weniger als eine verlorene Schlacht zu Herzen ging. Sie hatte die durch das Bündniß hergestellte engere Verbindung mit Oesterreich gleich dazu benutzen wollen, ihrem Günstling Belmonte dem alten Plane gemäß den Gesandtschafts-Posten in Wien zu verschaffen. Campochiaro wurde nach dem Haag versetzt; Belmonte sollte angeblich eine Verhandlung in London führen, aber den Weg über Wien einschlagen und unter irgend einem Vorwande sich dort festsetzen. Die Kaiserin, sobald sie von der Sache hört, bittet ihre Mutter in den dringendsten Ausdrücken, auf ihren Wunsch zu verzichten; Belmonte sei in Wien so übel berüchtigt, daß er gar nicht angenommen werden und in keinem Falle die Geschäfte führen könne[1]). Die Königin, die dergleichen vorhersehen mochte, hatte

---

namy's und Pignatelli's auch eine Memoria di Mack erwähnt. Ein deutscher Auszug aus der Schrift Coco's erschien in Archenholz' Minerva im März 1804 (I, 385; II, 10) unter dem Titel: Beitrag zu der neuesten Geschichte von Neapel. Dagegen richtete Mack's General-Adjutant, Graf Moritz von Dietrichstein, eine sehr heftige Entgegnung zur Vertheidigung seines Generals (Minerva 1805, I, 416; II, 11). Offenbar hat er dabei die Denkschrift Mack's zu Grunde gelegt, Einiges wörtlich ihr entnommen. Auch für den Aufsatz: die Ereignisse beim neapolitanischen Heere im Feldzuge von 1798—1799, in der Oesterreichischen militärischen Zeitschrift 1821, Bd. III, S. 243 ist sie benutzt. Coco bemerkt in einer späteren Auflage seines Werkes, er habe eben auf die Angriffe Dietrichstein's antworten wollen, als die Nachricht der Capitulation von Ulm ihm die Feder aus der Hand genommen habe.

1) Die Königin am 12. August. Die Kaiserin antwortet am 7. September. Als Probe für den Ton dieses Briefwechsels mag die hierher bezügliche Stelle dienen: A présent, chère mère, au risque d'encourir votre disgrace (qui m'est à mon coeur plus dure que la mort) je dois venir à un article ou personne ne vous parlera aussi sincèrement comme moi, mais c'est par vrai attachement, celui du P. de Belmonte. Chère mère pour le bien des affaires, pour la paix, union,

mit der Nachricht, daß er kommen würde, auch den Fürsten gleich abreisen lassen; am 18. September hörte man in Wien,

---

amitiée entre mon chèr père et mari, s'il est encore à Naples empechez, qu'il vienne ici, ou bien s'il est déja partie daignez le rappeller. Vous pouvez être sure, que nous n'avons rien, que nous craignions, qu'il voye, et vous sachiez, vue coment nous avons traitée Campo-Chiaro, mais Belmonte est hai ici generalement, c'est dans le public, que lui a conseillé au Pape de rester à Rome, et ainsi l'a livrée aux françois; le peuple lui fait une avanie, Thugut ne lui parlera jamais d'affaires, etant furieux contre lui, il dit l'Empereur Joseph, Leopold ont rappellée les Ministres que Naples ne vouloit point, et nous devons traiter avec cellui que tant de fois on a refusée. Je vous dirai plus chère mère avec toute ma sincerité; j'ai due bien travailler avec donceur à appaiser mon chèr mari, qui enfin m'a dit: Bien je le recevrai, comme un etranger, un voyageur, mais jamais en affaires je traiterai avec lui, et je ne comprends pourquoi vos parents me veulent faire la peine de m'envoyer Belmonte, je les respecte comme mes Parents, ainsi dois me taire de plus. Ici le bruit court qu'en Angleterre on l'a refusée aussy pour Ministre, les Russes aussy ne le penvent digerer, ainsi chère mère, vous, qui etes si clairvoyante, verrez par celà, que la Russie et Angleterre prendroient ombrage de sa venne ici, et cela pourroit être nuisible à mon chèr mary. Votre service n'y gagne rien, même si j'ose le dire y perd, car ici (je vons parle vrai et par attachement) on lui fera quelque affront, en lui faisant comprendre qu'il s'en aille, ne voulant traiter avec lui. Pour moi Therese je vous assure que je n'ai rien contre de lui, mais je vois les choses irrités à un point, que je crains sa venue ici pour le bien, et je vous assure, chère mère, que j'en souffre infiniment, mon seul bonheur et souhait est de voire mon chèr Père et mari liées de coeur, ame politiquement, et je serois au desespoir si une seule personne brouille cela. Je dois en conscience, chére mére, vous assurer, que ce n'est ni Gallo, ni Battiste qui fomento cette haine mais bien toute Vienne est contre lui, toute notre armée. Generaux, qui ont eté en Italie, les etrangers mêmes n'en parlent bien, moi je ne le connois. Pardonnez chère mère si peut être mon chèr mary vous a ecrit fort sur oet article, il est hitzig mais bon et a vous bien attachée, pour moi je vous supplie d'être persuadée que ce n'est que zele pour votre bien ser-

Belmonte sei schon in Gratz und im Begriffe, sich nach der Hauptstadt zu begeben. Aber Thugut war nicht der Mann, sich dergleichen bieten zu lassen. Im Widerspruch zu der Kaiserin setzte er durch, daß Baptist dem Gesandten sofort nach Gratz die Weisung überbrachte, Wien gar nicht zu berühren, und wenn er wirklich nach London gehen wolle, einen andern Weg einzuschlagen. Vorsichtig genug wies man sogar den Postmeister an, dem Fürsten, wenn er sich etwa nicht fügen würde, die Pferde zur Weiterreise nach Wien zu verweigern. Die Königin, außer sich vor Zorn über die ihr und ihrem Günstling widerfahrene Beleidigung, wollte statt sich selber, einer Intrigue Gallo's und des mit Thugut befreundeten Baptist die Schuld beimessen[1]). Baptist wurde aus Wien abberufen, und de Gallo, wenn man ihn nicht förmlich absetzte, war doch in ausgesprochener Ungnade, so daß er zu den entscheidenden Berathungen nicht einmal zugezogen wurde. „Alle Hoffnungen," schreibt Mack, „die ich bei meiner Abreise aus Wien auf seinen Einfluß gegründet hatte, waren im ersten Augenblick vereitelt; er hatte gar keinen, und weit entfernt mit ihm gemeine Sache machen zu können, mußte ich, um ihn nicht mehrerem Verdachte

vice; si vous êtes fachée, grondez moi, mais ne m'otez votre precieuse tendresse, bonté, qui fait mon bonheur et que j'ose dire meriter par mon attachement et respect sans bornes. Je vous baise mille fois les mains.

1) Thugut an Colloredo, 18. September; die Kaiserin an die Königin, 19. oder 21. September; Eden an Grenville, 8. September, 24. und 27. October: Monsieur de Baptiste received on thursday a letter from Prince Belmonte from Gratz, informing him that a Neapolitan frigate was arrived at Trieste to carry him home, and that it brought thither the Abbé Giansanti, the first Clerk of the office for foreign affairs, who was to proceed to this place to take charge of the affairs of the Court of Naples. Prince Belmonte, in this letter, mentions that he is to be employed at home, and uses many illiberal and unjust expressions against M. de Baptiste, who conducted himself, in the whole of this delicate and disagreeable business, with much prudence and propriety.

auszusetzen, ihn gänzlich vermeiden — besonders da mir gleich bei der ersten Audienz sehr bestimmt bedeutet worden war, mich ja gewiß an Acton und Ihre Majestäten selbst zu halten, so wie man mir auch gleich bedeutete und mein Ehrenwort forderte, ja gewiß an Niemanden als an Seine Majestät den Kaiser und nicht anders als durch die Hände Ihrer Majestät der Königin nach Wien zu schreiben." Daß solche Bedingungen gestellt und angenommen wurden, ist bezeichnend genug für den neapolitanischen Hof und für den General. Mack war auch gar nicht der Mann, einen festen Willen zu bewahren; in dem Getriebe dieser Intriguen scheint er sogleich den Kopf verloren und sich völlig dem herrschenden Einfluß der Königin und der Engländer hingegeben zu haben. Den deutlichsten Beweis liefern Nelson's Briefe. Zwei Tage nach der Ankunft des Generals, am 11. October, speiste er mit ihm in Caserta bei der Königin. „General," sagte sie, „seien Sie uns zu Lande, was unser Held Nelson zur See gewesen ist." Nelson hatte dem Oesterreicher eine sehr ungünstige Meinung entgegen gebracht. „Der General Mack," schreibt er kurz bevor er nach Caserta ging, „kann nicht ohne fünf Wagen vom Fleck kommen. Ich weiß, was ich von ihm denke; Gott gebe, daß ich mich irre." Aber gleich nach der Zusammenkunft zeigt er sich völlig befriedigt. „Mack," schreibt er am 13. October, „ist thätig, hat ein geistvolles Auge und wird, wie ich nicht zweifle, sich wacker halten. Der Kaiser hat den König von Neapel gebeten, anzufangen; er werde ihn unterstützen. Mack sagt, er wolle in zehn Tagen marschiren. Die Majestäten haben ihm ihr Vertrauen geschenkt, und ich fühle, daß ich selbst es in vollem Maße besitze. Diesen Abend erhalte ich Bericht über die gestrige „„Sitzung,"" so sagt die Königin, nicht „„Ministerrath,"" denn in diesem Falle hätte man Gallo zuziehen müssen. Aber er schwankt, und die Königin hat versprochen, er soll nicht der Minister für den Krieg sein. Acton war im Abnehmen, aber wir haben ihn wieder auf die Beine gebracht. General Mack

stimmt mit mir überein, daß er auf ihn und die Königin allein sein ganzes Vertrauen setzt[1]).“

Immer war doch einige Vorbereitung nöthig, und es mag dem General als Erleichterung erschienen sein, wenigstens des Hauptbedrängers für eine Weile entledigt zu werden. Nelson segelte am 15. October nach Malta, um die Blocade der Insel anzuordnen, oder vielmehr der Festung Lavaletta; denn auf die Nachricht von der Schlacht bei Abukir hatten die Landbewohner schon am 2. September sich zum Aufstand erhoben und die französische Besatzung bald auf die Hauptstadt beschränkt. Aber Wesentliches war durch Nelson's Entfernung nicht geändert. Die Rüstungen wurden mit athemloser Eile fortgesetzt, Mack gab über einige der älteren Regimenter, die man ihn sehen ließ, kein ungünstiges Urtheil. Die Lage bezeichnet am deutlichsten ein Brief der Königin vom 17. October, wie sie selbst angibt, inmitten eines schon fünf und zwanzig Tage anhaltenden Fiebers zu Papier gebracht. „Die Dringlichkeit des Augenblicks,“ schreibt sie, „zwingt Deinen lieben, achtungswerthen Vater, einen Courier zu schicken. In Paris ist der Befehl gegeben, uns unverzüglich anzugreifen; ganz Italien spricht davon. Der General Brüne macht schon Bewegungen; in vierzehn Tagen können wir eine feindliche Armee an der Grenze haben. Deshalb müssen wir zuvorkommen, ausmarschiren und die günstigen Stellungen vorwegnehmen. Dein Vater bittet seinen Schwiegersohn, Neffen und Verbündeten um Hülfe nach dem Vertrag und nach seiner Zusage und nach dem, was er und der Freiherr von Thugut dem General Mack vor der Abreise aufs neue versprochen haben. Ich danke Gott für die Erwerbung dieses würdigen Mannes; er ist im ganzen Lande beliebt, die Soldaten vertrauen ihm, und er ist sehr zufrieden mit dem Wenigen, was er gesehen hat. — — Meine Lage ist entsetzlich, sie ist haarsträubend; dächte ich nicht

1) Nelson an Spencer und St. Vincent, Dispatches and Letters III, 147, 148.

an meine Kinder, und vor Allem an meine drei erwachsenen Töchter, ich bäte Gott, meinem unglücklichen Leben ein Ende zu machen. Aber es ist vergebens, zu jammern; Gott kennt unser Leid, das ist genug. Ich kann Dich nicht dringend genug bitten, Deinem Mann vorzustellen, daß er uns, wenn er einen Augenblick zögert, für immer und unwiederbringlich zu Grunde richtet; denn wenn 60 oder 80000 Franzosen über uns herfallen, so wird unsere kleine, wenn auch vortrefflich gesinnte Armee erdrückt, Dein ehrenwerther Vater, ich wage kaum es auszusprechen, gefangen, getödtet, Gott weiß was, und wir alle sind verloren. Ich kann keine schönen Reden und Complimente machen, da die Sache so wichtig ist. Stelle alles Deinem Manne recht vor Augen; er mag glauben, daß es eine unbestreitbare Wahrheit ist." Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß den Hauptinhalt dieses Briefes bloße Hirngespinste bilden. Aber traurige Wahrheit ist, daß in die Hände einer überreizten, jedes ruhigen Urtheils beraubten Frau eine der für ganz Europa wichtigsten Entscheidungen gelegt war. Wie es Menschen gegeben hat, die aus Furcht vor dem Tode sich selbst das Leben nahmen, so trieb jetzt die Furcht vor dem Kriege das unglückliche Land in den Krieg. Weniger als je konnte das Directorium gerade im October an einen Angriff gegen Neapel denken. Die Schlacht bei Abukir hatte in Paris, wenn man es auch zu verhehlen suchte, gewaltigen Eindruck gemacht. Dazu kam die Unzufriedenheit im Innern, die Zerrüttung der Finanzen, die mangelhafte Rüstung. Alles dies führte, wie wir gesehen haben, dahin, daß man einen wesentlich sanfteren Ton als gewöhnlich anschlug. Aus Mailand wurde der revolutionäre Brüne abberufen, in Turin Ginguené durch den ruhigen Eymar ersetzt. Auch aus Neapel hatte man Garat entfernt und in der That Manches sich gefallen lassen, was selbst eine friedliebende Regierung nicht leicht würde ertragen haben. Der an Garat's Stelle bestimmte Botschafter Lacombe St. Michel mußte vorerst mit de Gallo über seine Zulassung verhandeln. Als er nach langem Warten am 26. September aus Rom die

Anzeige machte, er würde die Reise antreten und nur durch Gewalt sich abweisen lassen, hielt man ihn doch noch zwei Tage an der Grenze auf; erst am 28. September, gerade zur Feier von Nelson's Geburtstag langte er an[1]). Gleichwohl führte er eine friedliche Sprache und erklärte Angesichts alles dessen, was er sah, die Republik würde selbst dem Augenschein gegenüber nicht an feindliche Entwürfe glauben, wenn sie nicht als solche angekündigt würden. Aber er konnte nichts mehr ändern. Auf seine Beschwerden erhielt er kaum eine Antwort, sein Secretär Mangourit, allerdings aus dem Wallis als einer der berufensten Demagogen bekannt, wurde nicht einmal zur Audienz gelassen; beide unterhandelten dann statt mit dem Hofe um so eifriger mit den geheimen Gesellschaften. Natürlich erhielt ein so gespanntes Verhältniß auch in Paris einen Ausdruck. Gerade am Tage, als der Gesandte der Königin vorgestellt wurde, am 3. October, brachte der „Redacteur", das officielle Blatt des Directoriums, einen heftigen Artikel gegen Neapel, insbesondere gegen die Person der Königin; in einem von Chenier verfaßten Aufruf des gesetzgebenden Körpers war in offenbarer Anspielung auf Neapel die Rede von gekrönten Athleten, welche müde seien, zu regieren. Alles dies wurde noch überboten durch die Schmähungen, welche der französische Agent Bassal von den römischen Consuln unterzeichnen ließ[2]). Aber bei Worten blieb es auch; die Zahl der Truppen im Kirchenstaat war gering, kaum hinreichend, das immer aufgeregte Land in Ruhe zu halten, geschweige die, wie man annehmen mußte, stark und wohl gerüsteten Neapolitaner anzugreifen. Bassal sollte sogar wegen jener albernen Proclamation zurückgerufen werden, und erst Anfang November schickte das Directorium einen talentvollen jungen General, Championnet, nach Rom, um die seit St. Cyr's Abberufung noch nicht wieder besetzte Stelle des obersten Be-

---

1) Nelson, Dispatches and Letters III, 134. Nouvelles politiques, 30. October, 13. und 27. November.

2) Nouvelles politiques, 4. Dezember, Supplém.

fehlshabers zu übernehmen. Die Lage der Verhältnisse war also für Neapel durchaus nicht verzweifelt. Man hatte Zeit, die erst vor Kurzem und gewaltsam ausgehobenen Soldaten zu schulen, konnte den Abschluß der Unterhandlungen in London, Petersburg und Konstantinopel, die Fortschritte der Russen und Türken im adriatischen Meere abwarten und dann, aller dieser Bundesgenossen und des kaiserlichen Schutzes versichert, einem Angriff des Feindes ruhig entgegensehen, oder falls der Krieg in Oberitalien ausbrach, den Franzosen im Rücken äußerst gefährlich werden. Alle diese Vortheile gingen verloren, wenn man jetzt ohne irgend sichern Beistand, in der ungünstigsten Jahreszeit, mit den ungeübten Truppen einen Angriff unternahm. Es mußte die Verblendung der Königin, die Schwäche und Selbstüberschätzung Mack's mit der eigennützigen Rücksichtslosigkeit der Engländer sich vereinigen, um den Wahnsinn eines solchen Krieges möglich zu machen.

Nelson war in Folge eines Versprechens, das er der Königin und noch einer anderen Herrscherin gegeben hatte, am 5. November von Malta nach Neapel zurückgekehrt. Er führte, wie es scheint, auch die letzte Entscheidung herbei. Am 8. November ging der König mit der Königin, Mack und den Hamiltons in das Lager nach San Germano an der römischen Grenze, wo man über 30000 Mann der besten Truppen versammelt hatte — die schönste Armee in Europa, sagte Mack[1]). Am 12. wurde auch Nelson berufen, um gemeinsam den Kriegsplan festzustellen. Aber, als hätte das Schicksal noch eine letzte Warnung geben wollen, an demselben Tage brachte ein Courier, der von London über Wien gegangen war, aus London die Antwort, daß England die erbetenen, dringend nöthigen Subsidien nicht zahlen könne, aus Wien die Nachricht, daß man vom Kaiser keine Hülfe erwarten dürfe. Die Kaiserin, welche nie die Sprache einer liebenden, verehrungsvollen Tochter verleugnet, schreibt doch sehr bestimmt, der Kaiser sei

1) Nelson, Dispatches and Letters, III, 170.

bei aller Theilnahme für seine Schwiegereltern zuerst Souverain und Vater seiner Unterthanen und müsse sie schonen. Unvorbereitet und bei der ungünstigen Jahreszeit könne er den Feldzug nicht eröffnen, und den Neapolitanern wohl Munition und Kriegsbedarf, aber unmöglich Truppen überlassen[1]). Die Königin, in der äußersten Bestürzung, ließ durch Hamilton und Nelson neue Vorstellungen in England machen[2]); sie selbst setzt am selbigen Tage ihrer Tochter auseinander, wie sehr die

1) Wörtlich findet sich diese Anführung in einem Briefe ohne Datum, welcher „Copie" überschrieben und wahrscheinlich die Antwort auf einen Brief der Königin vom 11. Dezember ist. Doch muß der Brief, der am 12. November in San Germano ankam, nach der Antwort der Königin vom gleichen Tage und nach Nelson's Brief vom 13. November denselben Inhalt gehabt haben: Je ne puis vous assez dire, schreibt die Königin, combien vos lettres ont consterné à nous tous, en voyant le peu d'envie et d'apparence que Sa Majesté l'Empereur veuille faire la guerre, nous sommes actuellement dans la dure crise de ne plus pouvoir nous en dispenser, menacées de tous les parts par les françois jusque à l'avoir dit à notre Ministre à Paris, à avoir deja envoyé quatre Generaux à Rome, qui forment et attendent encore d'autres troupes, nous sommes à la veille d'être attaquée chez nous dans une frontière enorme sans place et à 5 postes de la capitale, ce qui mettroit la confusion et le desordre general; ainsi il faut sortir et avant la fin de Novembre nous serons à Rome surement, sauf qu'ensuite assuré du coté de l'Empereur, ne voyant aucune demarche pour être attaquée, toute la força françoise plombe sur nous et nous ecrase, nous avons une petite et non aguerie armée, quoique pleine de bonne volonté, si nous serons ecrasé, nos moyens et depouilles serviront à ruiner l'Empereur, qui ne s'echapera point; je vois bien noir, on a beaucoup tenus conseil, mais dans le (?) il faut mourir avec honeur, et c'est notre cas, ainsi contez et dites bien à votre mary que nous sortons, il faut conter sur la loyauté alliance secours, mais si nous avec toute notre inocente famille serons ecrasé, contez que vous le serez après nous.

2) Nelson an Carl Spencer, 15. und 18. November, a. a. O. III, 171. Ein für die gegenwärtige Lage wenig bedeutender Vertrag wurde am 1. Dezember von de Gallo und Hamilton unterzeichnet. Martens, Recueil VII, 307.

Gesinnungen ihres Schwiegersohnes, oder, wie sie ihn jetzt nennt, Sr. Majestät des Kaisers sie consternirt hätten. Indessen es war noch nichts Unwiderrufliches geschehen, man hatte den österreichischen Gesandten noch gar nichts wissen lassen[1]), den französischen durch friedliche Versicherungen hingehalten, also noch immer Zeit und mehr als jemals Veranlassung, sich nicht zu überstürzen. Aber oft zeigen gerade die beweglichsten, wankelmüthigsten Menschen zur Unzeit eigensinnige Hartnäckigkeit. So schließt auch die Königin ihre Klagen mit der Mittheilung, der Krieg sei unvermeidlich, man werde vorrücken, vor Ende des Monats in Rom sein, und dann, wenn der Kaiser nicht helfe, von der Uebermacht der Franzosen erdrückt werden. „Mit Ehren zu sterben," schreibt sie, „das ist, was uns übrig bleibt. Sage das Deinem Manne, und sage ihm auch, daß wenn wir verloren sind, dann die Reihe an Euch kommt. Wenn Du diesen Brief empfängst, wird unser Schicksal entschieden sein."

Und so geschah es in der That. Noch eine Woche verging unter Zurüstungen; am 24. November erließ der König das Kriegs-Manifest, aber nicht gegen Frankreich, sondern gegen die römische Republik[2]). Er sagt, die Revolutionirung des Kirchenstaates, die Einnahme Maltas, die Drohung eines Einfalles in seine Staaten bewögen ihn, seine Armee zur Wiederherstellung der Religion und der legitimen Herrschaft des Papstes vorrücken zu lassen. Er fordert die fremden Truppen zur Räumung des römischen Gebietes, die italienischen Völker, insbesondere die Einwohner des Kirchenstaates, zur Ruhe und zum Beistande auf, will aber gegen keine fremde Macht einen Krieg anfangen. Schon Tages vorher, am Morgen

1) Esterhazi, am 20. November, berichtet nur, er sei zu den militärischen Manövern in San Germano nicht eingeladen.

2) Das Manifest, vom König und Acton unterzeichnet, nebst andern hierher bezüglichen Schriftstücken in der Geheimen Geschichte des Rastadter Congresses V, Abth. II, Anhang S. 12.

des 23. Novembers, überschritten die neapolitanischen Truppen die Grenze[1]).

1) Mack erzählt in seiner Denkschrift ausführlich, wie er den Einmarsch, der schon auf den 20. November angesetzt gewesen, bis zum 24. verzögert habe, um noch Antwort auf die Mitte Octobers abgeschickten Depeschen zu erwarten. Am 23. seien sie eingetroffen. Acton habe ihm gesagt: „Man schreibt uns: „dépêchez-vous," und ein besonderes Schreiben von Baptist an Mack habe auf den gleichzeitigen Einmarsch der Franzosen und Oesterreicher in Graubündten als das sichere Vorzeichen des Krieges verwiesen. So habe er nicht mehr gezweifelt, daß die Vorrückung den Absichten des wiener Hofes vollkommen angemessen sei. In dieser Erzählung muß zunächst auffallen, daß Mack sich die sehnlich erwarteten Depeschen aus Wien nicht zeigen, sich nicht einmal daraus vorlesen ließ. Außerdem verschweigt er, daß man schon am 12. die Nachricht, Oesterreich wolle den Krieg nicht, erhalten hatte, und es muß Erstaunen erregen, daß der Obergeneral — nach ihm auch Dietrichstein in der Minerva 1805, I, 426 und die Oesterr. milit. Zeitschrift, 1821, III, 240 — nicht einmal das Datum des Einmarsches richtig angiebt. Der Einmarsch erfolgte nicht am 24. sondern am 23. So meldet Esterhazi ausdrücklich am 27., und die Königin schreibt am 22.: „Demain à l'aube du jour votre pére entrera en Romagne." Auch Championnet's Brief an Joubert vom 25. nennt den 23. (Nouvelles politiques, 18. Dezember). Die wiener Depeschen kamen nicht am 23., sondern am 22., wie der Brief der Königin von letzterem Tage unzweifelhaft beweist. Aus diesem Briefe ergiebt sich auch, daß man am 22. November in San Germano die wahre Lage der Dinge in Graubündten kennen mußte. Denn er erwähnt Briefe aus Wien vom 28. und 30. October. Schon am 25. October schreibt aber Thugut an Colloredo (a. a. O. II, 128), die Nachricht von dem Einmarsch der Franzosen in Graubündten erweise sich als ein leeres Gerücht. Die Wirkung, welche Mack der angeblichen Mittheilung Baptist's beilegen will, scheint weit übertrieben. Auch in dem Briefe der Königin vom 22. ist von dem Einmarsch der Oesterreicher, aber keineswegs von dem der Franzosen Rede, und gar keine Andeutung, daß man irgend ermunternde Nachrichten aus Wien empfangen habe. Er enthält, wie die früheren, nur Klagen und Beschwörungen, der Kaiser möge rasche Hülfe schicken. Von einer vor der Abreise erhaltenen mündlichen Erlaubniß, den Krieg anzufangen, oder von einem Versprechen, Oesterreich werde für einen Angriffskrieg Hülfe leisten, von diesem Umstande, der ihn allein und vollständig hätte rechtfertigen können, giebt Mack in seiner Denkschrift, soweit Vivenot sie mittheilt, nicht ein-

Wenn Mack schon den Vorwurf verdient, daß er sich blind dem Strome hingegeben und über die Kriegstüchtigkeit der Truppen sich nicht ausreichend unterrichtet habe, so zeigt auch die Art, wie er seine Kräfte verwandte, nur zu sehr alle die Fehler, welche vier Jahre früher in dem belgischen Feldzuge, und sechs Jahre später an der Donau für Oesterreich so verhängnißvoll geworden sind. Statt die jungen, des Krieges ganz ungewohnten Truppen zusammenzuhalten und ihnen in der großen Ueberzahl ein Gefühl der Stärke und Sicherheit zu geben, ließ er sie in kleinen Abtheilungen die schwierigsten strategischen Bewegungen ausführen. Die ganze Armee mochte nicht viel weniger als 60000 Mann zählen [1]). Gegen 11000 Mann sollten an der Küste des adriatischen Meeres über den Tronto gegen Fermo vorrücken, eine zweite kleinere Colonne bei Rieti und Terni die große Straße zwischen Rom und Bologna durchschneiden, eine dritte in ungefähr derselben Richtung sich nach Magliana wenden, die vierte, die Hauptcolonne, mehr als 30000 Mann, unter der persönlichen Führung Mack's und des Königs über Valmontone durch das Gebirge Frascati erreichen, um sich dort mit einer fünften Colonne in Verbindung zu setzen, welche unter der Führung eines Prinzen von Hessen-Philippsthal längs der Meeresküste durch die pontinischen Sümpfe nach Albano vordrang. Als sei es mit all' diesen Theilungen noch nicht genug, hatte Nelson sich erboten, 5000 Mann zur See nach Livorno zu führen, um den Großherzog von Toscana zu einer Erklärung gegen Frankreich zu bewegen und dann von Toscana aus den Franzosen in den Rücken zu fallen. Nur durch Regen, schlechte Wege und Mangel an Proviant gehindert, gelangten die beiden

mal eine Andeutung, ein beinahe sicheres Zeichen, daß die früher angeführten darauf bezüglichen Aeußerungen der Königin und Nelson's entweder auf Einbildung oder auf unberechtigten, zu weit gehenden Versprechungen Mack's beruhten.

1) Moritz von Dietrichstein in der Minerva 1805, I, 420 berechnet sie freilich auf nur 38000 Mann.

Colonnen unter Mack und dem Prinzen von Hessen nach dreitägigem Marsch an den Ort ihrer Bestimmung. Championnet, der am 18. November in Rom angekommen war, hatte wohl Vorkehrungen für den kaum noch zu vermeidenden Krieg getroffen[1]), aber so raschen Angriff nicht erwartet. Um das Gehässige ganz auf die Neapolitaner fallen zu lassen, richtete er an Mack die Anfrage, was das Vorrücken seiner Armee zu bedeuten habe[2]), und auf die hochfahrende Aufforderung, den Kirchenstaat zu räumen, gab er in ruhigem Tone, ganz verschieden von den meisten Proclamationen jener Tage, die Antwort, seine Instructionen geböten ihm, die römische Republik zu vertheidigen. Seine ganze Macht betrug wenig mehr als 15000 Mann. Die größere Zahl unter dem General Duhesme stand, auf Ancona gestützt, in den Marken; in Rom nur eine schwache Besatzung, zur Vertheidigung gegen so große Ueberzahl nicht ausreichend. Am 26. ging Championnet, begleitet von den Consuln, dem Tribunat, den Behörden und vielen, welche die Ankunft des feindlichen Heeres nicht erwarten mochten, nach Civita Castellana in eine trefflich gewählte Stellung zurück[3]); am 27. konnten die neapolitanischen Truppen in Rom einziehen. Zwei Tage später folgte der König; eine provisorische Regierung wurde eingesetzt, und an den Papst, der noch auf der Carthause bei Florenz weilte, die Aufforderung gerichtet, in seine Staaten zurückzukehren. Trotz aller guten Verheißungen begann nun in Rom ein Verfahren gegen die zurückgebliebenen Republikaner, das sogar manchen Feind der Republik die Rückkehr der Franzosen wünschen ließ. Man begreift, daß die Transtiberiner für die Blut-

1) Nouvelles politiques, 31. Dezember, aus Rom vom 24. November: Bildung einer römischen Armee, Anleihe von 8 Millionen auf die Nationalgüter, Bassal als außerordentlicher Commissär in die Provinzen geschickt.

2) Moniteur, 9. Dezember (19. Frimaire): Brief Championnet's an Mack vom 23. November (3. Frimaire, nicht 5., wie in mehreren Zeitungen des Jahres 1798 irrig gedruckt ist), nebst der Antwort Mack's.

3) Nouvelles politiques, 21. Dezember, Supplém.

thaten der vergangenen Monate Rache forderten; aber man traut seinen Augen kaum, wenn man den Namen eines deutschen oder schweizerischen Generals unter einem Actenstücke liest, welches an den Commandanten der in der Engelsburg zurückgebliebenen Besatzung die Drohung richtet, es solle für jeden Schuß aus dem Castell einer der in den Hospitälern zurückgebliebenen Franzosen der gerechten Rache des Volkes preisgegeben werden[1]). Und doch war das Ende dieser Herrschaft schon bestimmt, ehe sie nur ihren Anfang genommen hatte. Von den fünf Colonnen, in welche Mack die Armee getheilt hatte, wurde die erste in der Nähe des Tronto bei Porto Fermo von starken feindlichen Kräften unter Rusca angegriffen, über den Fluß zurückgeworfen, einige Tage später völlig geschlagen; die zweite, gegen Terni heranziehend, ließ sich am 27. vom General Lemoinne in der Nähe dieser Stadt überraschen und gefangen nehmen; die dritte, gegen Magliano bestimmte wurde von einer unbedeutenden feindlichen Abtheilung so übel zugerichtet, daß eiligst aus dem Hauptquartier der General Metsch mit drei Bataillonen und vier Escadrons zu Hülfe geschickt werden mußte, die dann in Calvi Stellung nahmen. Die Hauptmacht der Neapolitaner in Rom, durch den eiligen Marsch ermüdet, ohne den nöthigen Proviant, konnte erst am 4. Dezember gegen den französischen rechten Flügel vorgehen, der unter Macdonald bei Civita Castellana stand. Wieder machte Mack jetzt mit den ihm gebliebenen Truppen dieselben Fehler, die eben der ganzen Armee verderblich geworden waren. Während er auf der alten Straße längs des Tiber mit der Hauptmacht vorging, wurde eine kleinere Abtheilung, die links auf der neuen Straße ohne Verbindung sich vorwagte, überfallen und völlig zersprengt. Mack suchte dann rechts mit der unter Metsch nach Calvi vorgeschobenen Abtheilung sich zu vereini-

1) Das Schreiben des General Burcard an den Commandanten vom 28. November und die Antwort Macdonald's vom 29. in den Nouvelles politiques, 21. Dezember Supplém. Ebenda Berichte Championnet's an das Directorium über den Feldzug.

gen, um noch einen letzten Versuch zu wagen. Aber kaum war er mit unsäglicher Mühe am 8. über den Tiber nach Cantalupo gelangt, so hörte er am 9., daß der General Metsch angegriffen und mit seinem ganzen Corps gefangen sei. „Dieser Streich," sagt er selbst in seiner Denkschrift, sei „im eigentlichen Sinne ein tödtlicher" gewesen. Er hatte kaum noch 7000 Mann in der Nähe und sah sich in augenscheinlicher Gefahr, von einem jetzt auch an Zahl überlegenen Feinde abgeschnitten zu werden. Nur die Flucht konnte retten. Der König und Acton waren schon auf die erste Nachricht von den Unglücksfällen nach Neapel zurückgegangen, das Heer folgte in Eilmärschen, Rom vorbei, über die Grenze, bis in das Lager von Capua, wo Mack am 22. Dezember kaum mit dem vierten Theil der Truppen, die er über die Grenze geführt hatte, wieder anlangte. Das Corps des äußersten linken Flügels war noch hinter Rom sich selbst überlassen und fand den Rückweg verschlossen. Nach der Verwundung des Prinzen von Hessen stand es unter dem Grafen Roger Damas. Dieser Mann, ein französischer Emigrant, ist der einzige, von dem eine rühmliche Waffenthat sich melden läßt. Mit ermüdeten, geschlagenen Truppen, vom Feinde verfolgt, beinahe umzingelt, verliert er den Muth nicht und bahnt sich einen Weg zuerst nach Civita Vecchia, wo er einen Landsturm organisirt, der den Franzosen noch Monate lang zu schaffen machte. Er selbst zieht weiter und gelangt unter beständigen Kämpfen glücklich nach Orbetello, einer kleinen Festung, die Neapel an der toscanischen Küste noch besaß [1]). Wenn man sieht, was ein fähiger Anführer unter den ungünstigsten Verhältnissen mit denselben Truppen leistete, die Mack gar nicht zu gebrauchen wußte, so muß man billig zweifeln, ob wirklich, wie der österreichische General behauptet, Feigheit und Verrätherei die einzigen Ursachen des unerhörten, schmachvollen Rückzuges gewesen seien.

---

1) Nouvelles politiques, 15. Februar 1799, Vivenot, Rastadter Congreß, S. XCIX.

Für einen tüchtigen Feldherrn und eine kräftige Regierung wäre bei allem Mißgeschick immer noch Hoffnung geblieben. Aber in Neapel fehlten beide ungefähr in gleichem Maße. Wir haben gesehen, wie die Königin schon vor dem Beginn des Feldzuges gestimmt war; als die üblen Nachrichten eine nach der andern eintrafen, gab sie sich ganz der Verzweifelung hin. Sie sah die Hauptstadt schon in der Gewalt des Feindes, sich selbst, ihren Gemahl gefangen, ihre Töchter entehrt und als Bettlerinnen umherirrend. Mack scheint durch seine Berichte ihre Furcht noch gesteigert, Nelson — er war am 5. Dezember von Livorno nach Neapel zurückgekehrt — nichts gethan zu haben, ihr frischen Muth einzuflößen. Eine unruhige Stimmung, die sich in Neapel kund gab, vermehrte die Rathlosigkeit; Flucht auf die englischen Schiffe und weiter nach Sicilien schien das einzige Rettungsmittel. „Dieser Brief, mein liebes Kind, wird der letzte sein, den ich auf dem Festlande schreibe," sagt die Königin schon am 18. Dezember, als die Franzosen kaum die Grenze überschritten hatten. „Gott weiß, bald wird das Meer uns trennen. Ich bin in Verzweifelung; unser Unglück hat den Gipfel erreicht. Unsere schändliche Armee, verführt, verkauft, hat nichts gethan, als fliehen; dein ehrenwerther Vater ist wenigstens in Sicherheit, aber sein Herz voll Verzweifelung. Die Franzosen stehen bei Velletri und Cisterna, der Schrecken ist überall, und kein Mensch regt sich. Der Anblick von Neapel ist entsetzlich, und nirgends ein Rettungsmittel. Wir müssen beinahe unsere ganze Flotte verbrennen, um sie nicht dem Feinde zu überlassen; Matrosen sind nicht zu bekommen, sie fürchten für ihre Weiber und Kinder. Der Adel macht lange Gesichter und thut nichts, die Beamten verbergen sich, die Offiziere sind infame Feiglinge, das gemeine Volk ist noch am wenigsten schlecht, folgt aber der Eingebung der andern, kurz es giebt nichts als Verräther, Verführte oder elende Feiglinge. Wenn wir gerettet werden, wenn wir nicht ein zweites Varennes erleben, so haben wir es nur dem braven Nelson zu verdanken. Unser Loos

ist so entsetzlich, daß wir uns bemühen müssen, alle Welt zu täuschen, aus Furcht, aufgehalten zu werden. Mack, der kein Feigling ist und das Unmögliche gethan hat, schreibt Briefe über Briefe mit der Aufforderung, wir sollten die Stadt verlassen und nach Sicilien gehen. Die Macht der Franzosen ist zu unserer ewigen Schande sehr klein; 40—50000 Menschen, mit allem wohl versehen, haben in drei Wochen ein Königreich verloren."

Die Flucht schien in der That erschwert zu werden. Die Unruhe in der Stadt nahm zu, die Lazzaroni forderten Waffen, um den Feind zu bekämpfen, und wollten den König in ihrer Mitte sehen; schon fing man an, über den Verrath Mack's und seiner deutschen Offiziere zu schreien, ein österreichischer Courier wurde unter den Fenstern und unter den Augen des Königs ermordet. Dies bestimmte den noch immer schwankenden Entschluß. Schon seit dem 18. Dezember wurde auf Nelson's Admiralschiff Alles für den Empfang der königlichen Familie in Bereitschaft gesetzt; in den folgenden Tagen gelang es, auf verborgenen Wegen, unter dem thätigen Beistand der Lady Hamilton den ungeheuern Schatz des Königs, 2½ Millionen Pfund Sterling[1]), die Kostbarkeiten, die vornehmsten Kunstschätze auf die englischen Schiffe zu bringen; spät Abends am 21. holte Nelson selbst in mehreren Booten die königliche Familie ab. Keine Bitte seiner Unterthanen konnte den König zurückhalten. Als Mack am 23. von Capua nach Neapel kam, hatte er am Bord des Schiffes noch eine letzte Unterredung mit dem feigen Flüchtling. Nachmittags stach

1) Nelson an St. Vincent, 28. Dezember, Dispatches and Letters, III, 211, nennt ausdrücklich diesen Betrag. Man hat darunter aber den Staatsschatz, nicht Privatgelder der königlichen Familie zu verstehen. Letztere berechnet die Königin in einem Briefe an Lady Hamilton vom 17. Dezember (Palumbo a. a. O. S. 31) auf nur 60000 (wahrscheinlich) Ducaten. „Abbiamo mai tesorizato," setzt sie hinzu. Die Briefe an die Kaiserin vom 18. Dezember 1798 und 5. Januar 1799 enthalten bittere Klagen über Armuth und Geldverluste.

die englische Flotte, auf der auch die englische und österreichische Gesandtschaft, die bejahrte Tante Ludwigs XVI., viele Emigranten und englische Kaufleute Schutz gesucht hatten, in See, während die mit unmäßigen Kosten seit zehn Jahren erbauten neapolitanischen Schiffe großen Theils den Flammen übergeben wurden. Die Fahrt, von Stürmen aufgehalten, dauerte drei Tage. Die Königin sah einen ihrer Söhne vor ihren Augen sterben; mehr todt als lebend, wenn man ihrem eigenen Ausdrucke glauben darf, kamen die Flüchtlinge, mit Elend und Schande noch mehr als mit Schätzen beladen, am 26. Dezember in Palermo an.

War irgend etwas geeignet, der Sache der Monarchie den letzten Stoß zu geben, so war es diese schmachvolle Flucht. Der als Statthalter zurückgelassene Fürst Pignatelli-Strongoli, ein alter schlaffer Mann, zeigte sich ganz unfähig. Mack klagt viel, daß man seine Rathschläge und Anordnungen nicht beobachtet habe[1]); aber wenn sie in der That brauchbar waren, darf man sich wundern, daß ein Ausländer nach solchen Unfällen weder Vertrauen noch Gehorsam fand? Eine Unglücksbotschaft folgte der andern. Die in den Abruzzen zurückgelassenen Abtheilungen liefen bei dem ersten Angriff des Feindes auseinander; die Festung Gaeta, völlig ausgerüstet, mit ganz freier Zufuhr von der Seeseite, ergab sich dem General Rey, sobald er aus der einzigen Haubitze, die er besaß, einige Granaten in die Stadt geworfen hatte. Am 3. Januar kamen die Franzosen vor Capua an, und es fehlte wenig, daß Verrath oder Nachlässigkeit ihnen schon am ersten Tage den Zugang in das verschanzte Lager gestattet hätte. Mack's persönliches Eingreifen wies aber den Feind nicht ohne Verlust zurück, auch an dem folgenden Tage fielen einige Gefechte nicht günstig für die Franzosen aus, und da nun das Landvolk, durch grausame Plünderung gereizt, aller Orten gegen die verhaßten Feinde der Religion sich erhob, so wurde

1) Mack's Denkschrift bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. CIV fg.

Championnet's Lage bedenklich; er zeigte sich bereit, auf den von Mack und der Regierung angebotenen, früher von ihm verweigerten Waffenstillstand einzugehen. Freilich nur unter den drückendsten Bedingungen. Am 11. Januar sollte Capua mit Geschützen und Munition überliefert, die französische Linie bis nach Acerra, wenige Stunden von der Hauptstadt vorgeschoben, eine Kriegsentschädigung von zehn Millionen Franken gezahlt werden [1]). Mack meint gleichwohl, man hätte die gegebene Zeit der Ruhe nur zu benutzen gebraucht und Alles hätte noch zum Guten gewandt, die Armee auf 30000 Mann gebracht und neu formirt werden können. Aber bei der Verwirrung, die einmal eingetreten war, wurde der Waffenstillstand das Signal völliger Auflösung. Beim Abzug aus Capua am 12. Januar desertirte die Hälfte der Mannschaft, die noch übrigen Regimenter liefen gleichfalls auseinander. Die Lazzaroni schrieen Verrath, entwaffneten die aus Livorno und Orbetello zurückkehrenden Soldaten, bemächtigten sich der Castelle und stellten an ihre Spitze den Fürsten von Moliterno, einen Mann von sehr zweifelhaftem Charakter, den Mack und sein Adjutant, Graf Moritz von Dietrichstein, später offen des Verrathes bezichtigten. Zu jener Zeit wurde dagegen Mack mit seinen Offizieren in den wüthendsten Ausdrücken als Verräther ausgeschrieen. Von den Soldaten verlassen, mehrmals in Gefahr, von rasenden Volkshaufen erschlagen zu werden, fand er endlich keinen Ausweg, als sich am 16. Januar in das französische Lager zu retten. Championnet empfing ihn mit der bescheidenen Würde, die diesen General, man könnte sagen, vor Allen, deren die Kriegsgeschichte jener Zeit erwähnt, auszeichnete, bewilligte ihm sogar Pässe zur Rückkehr nach Oesterreich [2]). An demselben Tage floh Pignatelli mit der

1) Der Vertrag, vom 10. Januar datirt, bei Martens, Recueil VII, 335.

2) Mack's Denkschrift a. a. O. S. CXIV. Er wurde gleichwohl auf Befehl des Directoriums in Bologna verhaftet, und lange Zeit in Dijon, später in Paris zurückgehalten, bis er sich im April 1800 durch Flucht der

Convention nach Sicilien, wurde aber von seinem Monarchen nicht so freundlich aufgenommen, sondern sogleich als Staatsgefangener nach Girgenti abgeführt.

In Neapel waren indessen Verwirrung und Aufregung gestiegen. Moliterno wußte sich noch weniger als Pignatelli zu behaupten. Stadt und Land waren Schauplatz so arger Ausschweifungen, daß der Einzug der Franzosen von den besitzenden Klassen mehr ersehnt als gefürchtet wurde. Mit Recht konnte Championnet behaupten, der Waffenstillstand sei verletzt; er ließ sich auf keine Verhandlung weiter ein und zog, von Moliterno heimlich unterstützt, gegen die Hauptstadt. Aber noch stand ein wüthender Kampf bevor, der einzige, der bei dieser ganzen Umwälzung zu erwähnen ist. Und es kann wohl als etwas Außerordentliches gelten, daß in einem Lande, wo das Königthum, der Adel, die Armee, die Beamten in Feigheit und Nichtswürdigkeit sich überboten, eine unwissende Bettler-Bevölkerung allein mit Muth und Kraft dem Feinde sich gegenüberstellte. Drei Tage dauerte der Widerstand in den Straßen und Häusern; 10000 Lazzaroni, sagt man, aber nicht weniger als 1000 Franzosen waren gefallen, bis Championnet am 23. Januar Herr der Stadt wurde und dann am nächsten Tage die Errichtung einer neuen Republik proclamirte.

Gefangenschaft entzog. Vgl. F. C. Weidmann, Moritz Graf von Dietrichstein, Wien 1867, S. 27 fg.

Sechstes Kapitel.

Der rastatter Congreß im Sommer 1798.

Während der Krieg zu Wasser und zu Lande hier schon zum Ausbruch gelangt, dort in nächste Aussicht genommen war, setzten die rastatter Diplomaten ihre langsamen Verhandlungen fort, nicht unberührt durch die äußeren Ereignisse, aber unfähig, bestimmend auf sie einzuwirken. Diese Machtlosigkeit, dann das Scheitern aller Bemühungen, eben als sie dem Ziele nahe schienen, hat das Interesse beeinträchtigt, und so oft auch vom rastatter Congreß die Rede ist, hat doch, soviel mir bekannt, noch keiner sich zur Aufgabe gemacht, den Gang der Verhandlungen im Zusammenhange darzustellen. Gleichwohl sind sie zur Beurtheilung der damaligen Zustände, Stimmungen, Wünsche und Hoffnungen überaus charakteristisch, und wenn auch für den Augenblick ohne bestimmtes Ergebniß, doch als Vorarbeit und Grundlage vieler späteren Vereinbarungen für die richtige Auffassung derselben nicht wohl zu entbehren. Auch kann es, scheint mir, an sich einiges Interesse bieten, einmal genau zu überblicken, was Alles von persönlichen und socialen, von politischen und kirchlichen Beziehungen in Frage kam, wenn uralte, durch den herrlichen Strom bisher nicht getrennte, sondern verbundene Culturländer mit plötzlicher Gewalt von einander geschieden wurden.

Wir haben gesehen, wie die Deputation dem Drängen der Franzosen am 11. März die Rheingrenze überließ, freilich unter Zufügung von achtzehn Modificationen, welche die Größe

des Unheils mildern oder wenigstens genau begrenzen sollten. Die Franzosen fanden aber nicht in ihrem Interesse, sogleich darauf einzugehen; sie wollten vorerst Anerkennung des Princips der Säcularisationen, um bei dem Streit, den die Vertheilung des Raubes hervorrufen mußte, ihren Einfluß entscheidend, und jeden Widerstand gegen ihre eigenen Forderungen machtlos zu machen. Das Princip wurde am 4. April wirklich anerkannt, aber die Vertheilung sogleich vorzunehmen war denn doch unausführbar, weil Oesterreich und Preußen, eben damals in Berlin in Unterhandlung begriffen, keine voreilige Bestimmung gestatten wollten. So blieb nichts übrig, als zunächst auf den Friedensschluß mit Frankreich zurückzukommen. Auch darüber gingen die Ansichten noch weit auseinander. Hatte doch das Directorium, gleich nachdem die Rheinlinie zugestanden war, am 21. März Erwerbungen — un arrondissement convenable — auf dem rechten Ufer in Anspruch genommen[1]). Treilhard bittet den Minister drei Tage später, genau anzugeben, was man eigentlich begehre. Castel, meint er, sei als ein Theil von Mainz schon für Frankreich erworben, aber für Kehl fehle noch die Abtretung durch das Reich; vor Allem frage sich, was mit Ehrenbreitstein geschehen solle[2]). In Folge dessen macht dann Talleyrand am 6. April dem Directorium eine ausführliche Mittheilung über den Stand der Verhandlungen, und am 12. wird wesentlich nach seinen Vorschlägen eine Instruction für die Gesandten ausgefertigt, die am 17. nach Rastatt gelangt. Aber beinahe gleichzeitig kamen aus Wien die Nachrichten über Bernadotte. Die Gesandten zögerten, suchten vorerst den Weg zu ebnen und in der Deputation außer den badischen Gesandten auch Albini und sogar Löben für ihre Absichten zu gewinnen, während der Umgang mit den Oesterreichern in Folge der wiener Ereignisse so gut wie aufgehört hatte. Endlich auf

1) Vgl. S. 203 des vorigen Bandes.

2) Treilhard, 30. März, 1. April.

erneuerte Mahnung des kaiserlichen Plenipotentiars erfolgte am 3. Mai die französische Erklärung, aber in einer Weise, die absichtlich jede Einigung auszuschließen schien. Man verlangte nicht allein das linke Rheinufer, sondern auch sämmtliche Rheininseln; dafür würde die Republik auf der rechten Seite nur Kehl mit seinem Gebiete behalten, es versteht sich, nicht aus Vergrößerungssucht, sondern nur um sich sicher zu stellen und jede Veranlassung neuer Zerwürfnisse aus dem Wege zu räumen. „Ein nicht weniger gebieterisches Motiv," fährt die Note fort, „erfordert die Schleifung der Festung Ehrenbreitstein, deren Existenz gewissermaßen mit der von Coblenz unvereinbar ist. Man redet nicht von Castel und seiner Umgebung; dieser Posten kann nur als ein Theil der Befestigungen von Mainz betrachtet, also nicht davon getrennt werden [1])." Außerdem fordert die Republik die Herstellung der Handelsbrücke zwischen Alt- und Neu-Breisach, und fünfzig Morgen Land gegenüber der Brücke von Hüningen mit den nöthigen Wegen, dorthin zu gelangen. Alle Zölle für die Schifffahrt nicht nur auf dem Rheine, sondern auch auf seinen Nebenflüssen, ja sogar auf sämmtlichen großen Flüssen Deutschlands, insbesondere auf der Donau, sollten wegfallen, dagegen Eingangszölle bei der Landung der Waaren bezahlt werden, aber auf dem einen Ufer nicht höher als auf dem andern. Unter die abzutretenden linksrheinischen Gebiete der Reichsstände begriff man jetzt auch die Besitzungen der Reichsritterschaft, die also gleichfalls auf dem rechten Ufer Entschädigung suchen mußte [2]);

1) Ganz nach Talleyrand's Bericht vom 6. April: „Man muß den ganzen Lauf des Rheines, also die sämmtlichen Inseln fordern, Ehrenbreitstein einnehmen und behalten, oder, wenn man es aus Gnade zurückgiebt, demoliren. Mainz und Kehl sind die wichtigsten Puncte, parcequ'ils nous assurent les moyens de pénétrer à volonté dans la haute et dans la basse Allemagne. Mehr darf man nicht fordern, um das Reich nicht für immer mißtrauisch zu machen, redet deßhalb nicht von Mannheim und Philippsburg. Nur Wesel wäre erwünscht und vielleicht zu erhalten."

2) In seinem Bericht vom 29. April hebt Treilhard hervor, daß die

außerdem sollten alle Schulden der linksrheinischen Gebiete auf die Entschädigungs-Lande der rechten Seite übertragen werden. Die dringenden Bitten der Deputation, die französischen Truppen möchten vom rechten auf das linke Ufer zurückgehen, erhielten nur die trockene Erwiderung: das solle geschehen, wenn der Friede abgeschlossen und ratificirt sei[1]). Lehrbach nennt die Note nicht mit Unrecht eine „wahre Derision und advocatische Verflechtung, ganz im Widerspruch mit den frühern Verträgen und Forderungen.“ Bei der jetzigen Stimmung der Deputation, meint er, dürfe man auf die Ablehnung rechnen; in der Folge lasse sich freilich für nichts einstehen[2]). In der Sitzung vom 11. Mai sprachen sich in der That alle Stimmen verneinend aus, mit einziger Ausnahme Badens, das durch den Separatvertrag vom 22. August 1796 schon im Voraus an die französischen Forderungen gebunden war. Die einzelnen meistens sehr weitläufigen Abstimmungen enthalten viel Treffendes und Gründliches, und Albini stellte sie so geschickt zusammen, daß man gerne zustimmt, wenn man in dem Protokoll vom 14. Mai der Bemerkung begegnet: „D. D. Subdelegati fänden bei dem verlesenen Project conclusi, so wie solches in Sessione ajustirt worden, unter Abstattung ihres verbindlichsten Dankes für den mit so vieler Müh-Anwendung, Geschicklichkeit und Pünctlichkeit vom Directorio abgefaßten Aufsatz nichts zu erinnern[3]).“ Man theilte den Franzosen aus ihren eigenen Noten die Stellen mit, in welchen sie bisher nur das jenseitige Rheinufer oder den Lauf des Rheines als die für beide Theile sichere Grenze begehrt

---

Reichsritter nicht Reichsstände seien, daß ferner, wenn man die geistlichen Kurfürsten erhalten wolle, die Entschädigungs-Masse ohnehin schon bedeutend verringert werde. Talleyrand macht eigenhändig die Randbemerkung: L'Empereur est leur souverain, ils sont indépendants, on ne peut pas leur laisser leurs possessions.

1) Protokoll, V, 5.

2) Lehrbach an Thugut, 4. Mai.

3) Protokoll der Reichsfriedensdeputation in Rastatt, II, 91.

hätten. Die Rheininseln, zum größten Theile bebaut und im Privatbesitz, seien ein sehr bedeutendes Objekt; sie erzeugten allein die für den Uferbau nöthigen Faschinen, so daß mit ihrem Verlust der Handel sich ganz vom rechten Ufer zurückziehen müsse. Man könne nur, wie in frühern Tractaten, den Thalweg des Flusses, oder eine ideale Linie in der Mitte als Grenze annehmen, müsse auch auf den an Frankreich fallenden Inseln der linken Seite das Privateigenthum der rechtsrheinischen Besitzer vorbehalten. Noch weniger könne man die von den Franzosen verlangten Festungen am rechten Rheinufer und die Schleifung von Ehrenbreitstein zugestehen, dadurch den von den Franzosen beständig proclamirten Grundsatz der Rheingrenze wieder aufheben und Deutschland ohnmächtig einer fremden Macht überliefern. Die Bestimmungen über den Leinpfad und die Zölle wünschte man auf einen künftigen Handelsvertrag zu verschieben, hob aber schon hervor, daß es schwer sein würde, für die verschiedenen rechtsrheinischen Gebiete einen einzigen und zugleich mit dem französischen übereinstimmenden Mauth-Tarif zu finden; die Befreiung aller deutschen Flüsse von Zöllen überschreite durchaus die Competenz der Deputation. Weiter folgte im Anschluß an Albini's Votum eine Erörterung über die Lage der Reichsritterschaft. Diese ehemals so bedeutende Corporation hatte zwar in dem letzten Jahrhundert an Gütern und Ansehen eingebüßt, aber noch immer, auch auf dem linken Rheinufer, sehr beträchtlichen Grundbesitz bewahrt. Auf dem Reichstag führte sie keine Stimme, zählte deshalb auch nicht zu den Reichsständen; ihre Besitzungen waren Privatgut, also schon nach den Bestimmungen des Friedens von Campo Formio der Einziehung nicht unterworfen. Weil man aber in Aussicht der Säcularisationen auf dem rechten Rheinufer nicht allein Entschädigung sondern Vortheil erwartete, gab es sogar Reichsritter, welche die Einziehung ihrer Güter auf dem linken Rheinufer bei den Franzosen beförderten. Vor allen wirkte in diesem Sinne ein Graf Franz von Sickingen, der auf dem

rastatter Congreß ein wenig beneidenswerthes Aufsehen gemacht hat. Er war, wie im 16. Jahrhundert sein berühmter Ahne, eigentlich Reichsritter; aber eine an sich unbedeutende Besitzung auf dem rechten Rheinufer hatte ihm die Mitgliedschaft auf der schwäbischen Grafenbank verschafft, als deren Vertreter er auch auf dem Congreß erscheint. Seinen wirklichen Reichthum bildete die Herrschaft Landstuhl nebst andern reichsritterschaftlichen Besitzungen auf dem linken Ufer. Für diese hoffte er mit Hülfe der Franzosen, denen er sich ganz als Späher und Werkzeug hingegeben hatte, weit werthvollere Entschädigung auf dem rechten Ufer zu erlangen. Wegen gleicher Absichten beargwohnt Lehrbach auch die Gesandten der Ritterschaft: Gemmingen und Gagern. Aber Gagern verwahrt sich ausdrücklich dagegen bei dem Haupte seines Cantons, dem Freiherrn von Dalberg: „Ich hatte die Ehre zu melden," schreibt er am 4. Mai, „daß man mir indirect den Gedanken beigebracht hatte, ob es nicht räthlich wäre, gleich den betheiligten Ständen nach Entschädigungen für den ganzen Complex der ritterschaftlichen Besitzungen zu haschen und dadurch den beiden [auf dem linken Ufer] verloren gehenden Cantonen durch die erworbene Gunst des französischen Gouvernements den Weg zu einer Existenz auf dem rechten Rheinufer zu bahnen. Ich habe den Gedanken nie verfolgt und so wenig als Ew. Hochwohlgeboren goutirt; und darüber bin ich in der dermaligen Lage der Sachen doppelt froh, indem wir uns dadurch als redliche deutsche Männer erwiesen haben, die sich nach nichts Anderem sehnen, als was ihnen das natürlichste Gesetz der Billigkeit nicht versagen konnte." Gleichwohl wurde ihm der Vorwurf gemacht, den Artikel über die Reichsritterschaft in der französischen Note veranlaßt zu haben. „Ich unterließ aber nicht," schreibt er, „Freunde und Gegner zu desabusiren und zu erklären, daß meine Denkungsart dahin gehe, daß mir der ruhige Besitz meines wohlerworbenen Eigenthums viel lieber, als der dreifache Ersatz aus anderm Gute wäre; ich würde dabei stets die traurige Erinnerung

haben, daß man mir auf Kosten des deutschen Vaterlandes etwas gegeben hätte, welches man einem Andern nehmen müsse, und eines solchen Genusses könnte ein ehrlicher Mann nie froh sein. Man schien über diese pathetische Erklärung sehr verwundert, allein ich sagte, was ich dachte."

Die Deputation wies ihrerseits den Franzosen nach, daß die ritterschaftlichen Besitzungen als Privateigenthum nach der eigenen Erklärung der Franzosen vom 8. April ihren Eigenthümern verbleiben müßten. Es sei um so nöthiger, als etwanige Vergütung auf dem rechten Rheinufer jede anzunehmende Entschädigungsmasse erschöpfen helfen, mithin den Zweck der Entschädigungen größtentheils vereiteln würde. Noch weniger könne man aber die verarmten rechtsrheinischen Gebiete mit den Schulden der linksrheinischen belasten, selbst wenn darunter, wie anzunehmen, von den Franzosen nur die Staatsschulden, nicht die Gemeindeschulden verstanden würden. Zum Schluß erinnerte man von Neuem an eine Reihe der in den achtzehn Modificationen aufgestellten Punete, insbesondere an die Emigranten-Gesetze und die Versorgung der linksrheinischen geistlichen und weltlichen Beamten, und verlangte darüber endlich eine Erklärung [1]).

Aber Wochen verflossen, ehe sie erfolgte. Das Directorium, mit der Expedition Bonaparte's beschäftigt und neue besondere Verhandlungen mit Oesterreich erwartend, schob die Entscheidung in Rastatt noch hinaus. Die Abberufung Treilhard's, der am 19. Mai als Mitglied des Directoriums nach Paris ging, und Bonnier's anhaltende Kränklichkeit gaben dafür den Vorwand und mehr als einen Vorwand. Denn Treilhard war durchaus die Seele der Gesandtschaft. Man erkennt es, weit mehr als aus den deutschen, aus den französischen Correspondenzen. Das Wichtigste darunter sind nicht die Gesammtberichte der Gesandtschaft, meistens von Rosenstiel geschrieben und wohl auch entworfen, sondern Treil-

1) Protokoll II, 91—105, V, 8.

hard's besonderer Briefwechsel mit Talleyrand. Mag sein Benehmen als Diplomat manchen Vorwurf verdienen, Niemand, der diese Briefe liest, kann zweifeln, daß sie von einem thätigen, scharfsinnigen, kenntnißreichen Manne herrühren. Bonnier tritt im Vergleich mit ihm ganz in den Schatten, obgleich er nach Bonaparte's Abgang das Haupt der Gesandtschaft war. Treilhard, mit der zweiten Stelle wenig zufrieden, stand auch persönlich zu seinem Collegen nicht in dem besten Verhältniß. Mehrmals wendet er sich an Talleyrand mit dem Wunsche, man möge doch der Gesandtschaft ein drittes Mitglied und ihm einen Gehülfen geben, der mit ihm die Arbeit theilen könne, ohne beständig durch Gesundheits-Rücksichten und üble Laune gehindert zu sein. „Wenn Reinhard noch derselbe ist," schreibt er am 18. März, „so wäre er der Mann, den wir hier brauchen." Er meint einen jungen Pfarrerssohn aus Schwaben, Karl Friedrich Reinhard, den Jugendgenossen Schiller's, den späteren Minister, Grafen, Gesandten und was mehr ist, den Freund Goethe's, der kurz vor der Revolution als Hofmeister nach Bordeaux und durch seine Verbindung mit den Girondisten in das Ministerium des Auswärtigen, dann als Minister-Resident nach Hamburg gekommen war. Aber Reinhard war bereits für Toscana bestimmt, und das Directorium ohne Veranlassung, den Verlauf in Rastatt zu beeilen. Die Truppen konnten inzwischen auf Kosten der besetzten deutschen Länder sich unterhalten, die Organisation des linken Rheinufers nahm ihren Fortgang, und wo ein augenblicklicher Vortheil durchzusetzen war, griff man ungescheut zur Gewalt.

Wir haben hier von der Festung Ehrenbreitstein zu reden.

Als nach den Präliminarien von Leoben das Reich in den Waffenstillstand eingeschlossen wurde, hatte man am 24. April 1797 eine Demarcationslinie zwischen deutschen und französischen Truppen festgestellt, darauf am 10. Juni die Anordnung getroffen, daß der Verkehr mit Ehrenbreitstein zu Wasser wie zu Lande frei bleiben, und die Festung von acht

zu acht Tagen Proviant erhalten sollte. Während des Sommers war dieser Vertrag beobachtet. Als aber nach dem Frieden von Campo Formio die österreichischen Truppen bei dem Rückzug in die Erblande am 15. Dezember auch Ehrenbreitstein geräumt hatten, begann gegen die zurückgebliebene trierische Besatzung alsbald eine Quälerei von Seiten der Franzosen unter dem Vorwande, jene Verträge seien nur mit den österreichischen, nicht mit den Reichstruppen geschlossen. Transporte wurden angehalten, Thal Ehrenbreitstein zeitweilig besetzt, im März 1798 die fliegende Brücke und der Verkehr zwischen Coblenz und der Festung ganz aufgehoben. Die kurtrierischen Gesandten blieben dagegen in Rastatt nicht müßig. Am 6. Februar melden sie der Deputation, die Garnison müsse, wenn sie nicht Unterstützung erhalte, aus Mangel an Sold sich auflösen[1]). Am 17. März legen sie gegen die Gewaltschritte der Franzosen Verwahrung ein; die Deputation wendet sich an den Reichstag, und Metternich erläßt am 15. und 17. März Beschwerden an die französischen Gesandten. Aber diese gaben Tages darauf nur die kurze Antwort, sie hätten beide Noten nach Paris geschickt und benutzten die Gelegenheit, den Plenipotentiar und die Deputation abermals zu ersuchen, durch Annahme der französischen Forderungen jeden Vorwand zu weiteren Beschwerden ein für alle Mal abzuthun. Auch die Schreiben des General Staader an Hatry blieben ohne Wirkung; im Juni wurde die Einschließung noch enger gezogen, die Zufuhr beinahe gänzlich abgeschnitten, und als der brave Commandant, der kurtrierische Oberst Faber, zur Vergeltung die Schifffahrt auf dem Rheine zu untersagen drohte, erhielt er von dem in Coblenz befehligenden General Hardy die Antwort, bei der ersten Störung des Verkehrs werde man die Festung angreifen und die Garnison nach der Strenge

---

1) Die bezüglichen Correspondenzen im Protokoll IV, 403 fg., 410, 413, 416, 424, 430, 432.

der Kriegsgesetze behandeln[1]). Wirksame Hülfe ließ sich nur erwarten, wenn die Vorstellungen durch eine starke bewaffnete Hand unterstützt wurden. Aber die Oesterreicher standen noch hinter dem Lech, und wir haben gesehen, wie sorgfältig Preußen Alles vermied, was zu einem Bruch mit Frankreich führen konnte.

Mit der Note vom 3. Mai waren freilich die preußischen Gesandten keineswegs zufrieden. Die Schleifung von Ehrenbreitstein mußte auch für das nördliche Deutschland und die preußischen Provinzen bedenklich scheinen; dazu kam der andauernde Streit wegen Cleve, der schon im vergangenen Jahre in so bitteren Gegensätzen hervorgetreten war[2]). Immer hatte Preußen an dem Grundsatz festgehalten, die Abtretung im baseler Frieden sei nur eine eventuelle gewesen; noch am 4. Juni 1797 waren die clevischen Stände mit dem General Hoche einen Vertrag eingegangen, demgemäß alle Contributionen und Abgaben an die französischen Generale gegen eine monatliche Zahlung von 80000 Franken aufhören sollten. Gleichwohl hatte Rudler am 23. Januar die preußischen Behörden aufgehoben, seit dem 10. Februar alle Abgaben in die französischen Kassen geleitet, die Acten nach Köln bringen lassen, und gegen die Güter der Abwesenden den Sequester angeordnet[3]). Wenig später war auch das von holländischem Gebiet eingeschlossene preußische Amt Huissen förmlich in Besitz genommen. Nach der Abtretung des linken Rheinufers durch die Deputation hatten auch die preußischen Gesandten den

1) Protokoll V, 141. Stramberg, Rheinischer Antiquarius II, I, 712 fg. 730. Bleibtreu, Denkwürdigkeiten aus den Kriegsbegebenheiten bei Neuwied, Bonn 1834, S. 357 fg.

2) Bd. I, Oesterreich und Preußen, S. 315 fg., 365.

3) Das preußische Ministerium an Sandoz, 16. Juli 1798. Am 27. Juli klagt man, daß die neue Municipalität in Cleve durch Verfügung vom 18. Juli 74 Personen für Emigranten erklärt und ihre Güter in Widerspruch zu Artikel 8 des baseler Friedens sequestrirt habe.

Entwurf eines Cessions-Vertrages für Cleve vorgelegt[1]); die Franzosen wiesen ihn jedoch zurück, weil sie einer theilweisen Abtretung gar nicht bedürften. Am 29. Mai machte Sandoz in Paris denselben Vorschlag, aber am 20. Juni muß er berichten, Talleyrand habe seine Note dem Directorium nicht einmal vorgelegt. „Was nützt es, den Minister zu drängen", schreibt er am 12. Juli, „er verspricht, vergißt und endigt nichts." Aber auch Preußen blieb nun auf seinem alten Standpunct. Noch im März erklärte eine preußische Proclamation den Verkauf clevischer Domänen für nichtig; auch die preußischen Gesandten in Rastatt überreichten am 19. Juni den Franzosen eine Note, in welcher sie gegen die Besitznahme von Huissen und die rudlersche Organisation protestirten. Fünf Tage früher hatten sie in einer Denkschrift an die Deputation die verschiedenen Interessen geltend gemacht, die bei der Abtretung des linken Rheinufers für Preußen die wesentlichsten waren[2]); vor Allem zwei:

Der Rhein, wo er das Herzogthum Cleve und Deutschland verläßt, theilt sich in zwei Arme: die Waal, welche westlich sich nach Nimwegen, der Rhein, welcher mehr nördlich sich nach Arnheim wendet. Preußen wünschte, daß die Waal, der bei weitem beträchtlichere Arm, als der eigentliche Rhein und als französische Grenze anerkannt würde, vornehmlich, weil

---

1) Das Ministerium an die Gesandten, 13. April. Es verdient Erwähnung, daß dieser Entwurf von einem sonst nicht gerade freundlichen Beurtheiler preußischer Schriftstücke als musterhaft bezeichnet wird: „Ew. Excellenz." schreibt Thugut am 24. Mai an Lehrbach, „bin ich für das abschriftlich eingeschickte preußische Project einer Convention wegen Abtretung der preußischen Besitzungen auf dem linken Rheinufer sehr verbunden, auch bin ich ganz mit Deroselben einverstanden, daß dasselbe mit vieler Vorsicht und Rücksicht auf das preußische Interesse und auch der abgetretenen Unterthanen verfaßt ist, in welcher Hinsicht ich dann der Meinung bin, daß seiner Zeit bei dem Entwurf einer Reichsfriedens-Instruction dieser Aufsatz in seiner Art zum Beispiel von Genauigkeit dienen könnte."

2) Protokoll V, 224, 26.

dann die Enclave Huissen auf der linken Seite des sogenannten Rheines gegen französische Ansprüche gesichert war. Ferner wünschte man, daß bei Wesel nicht der eigentliche Thalweg die Grenze bilde, sondern ein im Jahre 1784 angelegter Kanal, der die in der Nähe der Festung liegende, für ihre Sicherheit äußerst wichtige büdericher Insel durchschneidet und, als Thalweg angenommen, den größeren Theil derselben für die Monarchie erhalten hätte. An eifrigen Erörterungen ließen es die preußischen Gesandten weder bei der Deputation noch bei den Franzosen fehlen. Leider wurde Allem, was sie anführten, dadurch die Spitze abgebrochen, daß man zum Voraus wußte, es seien eben nur Worte, denen eine kräftige That unter keiner Bedingung folgen würde.

Kurz bevor die preußischen Noten eingereicht wurden, am 12. Juni, traf Treilhard's Nachfolger Jean Debry in Rastatt ein. Einen Monat später wurde durch Roberjot's Ankunft auch die Dreizahl der französischen Gesandten wieder hergestellt. Lehrbach schreibt am 18. Juni nach dem ersten Besuche, Debry habe bessere Formen als Treilhard und Bonnier, sei ungefähr sechsunddreißig Jahre alt — er war 1760 zu Vervins geboren — und verspreche Vertrauen und Mäßigung. Talleyrand meinte freilich, er sei völlig unfähig für einen so wichtigen Posten[1]. Seine Vorgeschichte konnte in der That kein großes Vertrauen einflößen. Vormals Advocat, gehörte er bald nach dem Ausbruch der Revolution zu ihren heftigsten Anhängern. Am 26. August 1792 stellte er in der gesetzgebenden Versammlung den Antrag, eine Legion von 1200 freiwilligen Tyrannen-

1) Biographische Notizen über Debry und Roberjot bei Michaud, Biographie universelle, und bei Helfert, Der rastatter Gesandtenmord, Wien 1874, S. 52. Sandoz 27. Mai: Jean Debry est au dire de Talleyrand un homme absolument inepte pour un poste de cette importance. „Seine Instructionen," setzt Sandoz hinzu, „werden eben ausgefertigt, nicht im Cabinet des Ministers, sondern des Directoriums." Das Ernennungsdecret vom 29. Floreal (18. Mai) im Protokoll V, 9; Annahme Debry's vom 25. Mai im Minist. d. Ausw.

mördern gegen die Souveräne Europas auszuschicken, ein Antrag, den er am 8. October im Convent dahin verstärkte, daß derjenige, welcher den Kopf des Kaisers oder des Königs von Preußen oder des Herzogs von Braunschweig oder des Herzogs von Sachsen-Teschen oder eines ähnlichen „Raubthiers“ herbeibrächte, zur Belohnung 100,000 Franken erhalten solle. Später als Girondist und Thermidorianer hatte er mildere Formen angenommen, wie denn auch seine Bildung nicht vernachlässigt, sein Geschmack durch eifrige Lesung der alten Schriftsteller gebildet, freilich immer mit einer Neigung zu süßlicher Schönthuerei behaftet war. Als Diplomat gefällt er sich besonders in der Abfassung wort- und phrasenreicher Denkschriften; auch scheint mir nicht, daß man in Paris seinen Ansichten besonderen Werth beigelegt hätte. Der billigste, rechtlichste aller französischen Gesandten in Rastatt war ohne Zweifel Roberjot[1]). Am 4. April 1752 zu Macon geboren, war er Priester, Pfarrer in seiner Vaterstadt, Anhänger der Revolution, Ehemann und Mitglied des Convents geworden, aber erst im Sommer 1793, daher nicht in die Nothwendigkeit versetzt, für den Tod Ludwig's XVI. zu stimmen. Im Jahre darauf begleitete er als Commissar des Convents Pichegrü's Armee nach Belgien und Holland, wirkte nach der Rückkehr eifrig für die Einverleibung des linken Rheinufers und übte auf die Neugestaltung der dortigen Verhältnisse nicht unbedeutenden Einfluß. Nur für kurze Zeit wurde er Reinhard's Nachfolger in Hamburg, dann zum Gesandten im Haag ernannt, fand aber, als er dort anlangte,

1) So unterzeichnet er selbst. Debry schreibt gewöhnlich Roberjeot, muß sich dafür von Andern gefallen lassen, als de Bry in den Verdacht adeliger Abstammung gebracht zu werden, ein Verdacht, den er selbst vordem durch die Behauptung bekräftigt hatte, daß seine Familie mit den englischen Grafen von Derby verwandt sei. Nicht selten findet man in jener Zeit den Namen eines Mannes von seiner eigenen Hand verschieden geschrieben. — Roberjot's Ernennungsdecret vom 10. Juni im Protokoll V, 57. Erster Bericht aus Rastatt: er sei vorgestern angekommen, vom 12. Juli im Minist. d. Auswärtigen.

schon seine Bestallung für Rastatt. Seine Berichte sind, ganz im Gegensatz zu Debry's Declamationen, einfach, verständig, an der Sache haltend; auch war er offenbar Talleyrand's Vertrauensmann, zugleich im engsten Verkehr mit seinem alten Freunde, dem Director Merlin, und durch wiederholte Berufungen nach Paris von der Regierung in einer Weise ausgezeichnet, die sogar die Eifersucht seiner Collegen erregte.

Auf den Geschäftsgang übte der Wechsel der Personen zunächst geringen Einfluß. Die französische Note, welche am 22. Juni endlich das Deputations-Conclusum vom 14. Mai beantwortete, ist wesentlich in dem Tone der früheren abgefaßt. Bonnier und Debry äußern ihr Erstaunen, daß die Deputation die Mäßigung und Nachgiebigkeit der siegreichen Republik nicht anerkennen, ihre in Allem billigen Forderungen nicht zugestehen wolle. „Wenn aber auch," fahren sie fort, „die Schwäche der entgegengestellten Einwendungen kein Opfer von Seiten der Unterzeichneten rechtfertigt, so finden sie gleichwohl die Beweggründe in der wohlthuenden Politik der französischen Regierung, in ihrer Achtung vor der Menschheit und ihrer Friedensliebe. Sie bewilligen deßhalb, aber nur unter der Voraussetzung, daß Alles, was sie sonst fordern, ihnen zugestanden wird, folgende Modificationen:

Kehl hat zu häufig zum französischen Gebiete gehört, als daß die Republik eine so alte französische Besitzung jetzt aufgeben könnte; aber sie wird versprechen, auf dem abzutretenden Territorium weder eine Stadt noch ein regelmäßiges Fort aufzuführen, und nur den Brückenkopf mit den dazu nöthigen Schanzen im Stande zu halten. Auch verzichtet sie auf die fünfzig Morgen Land gegenüber der frühern Brücke von Hüningen, und begnügt sich mit der Forderung, daß dort nach dem Belieben der Uferbesitzer eine Handelsbrücke hergestellt werde. Weiter ist Frankreich zufrieden, daß die reichsritterschaftlichen Besitzungen derjenigen, die nicht — wie z. B. der Graf von Sickingen und noch viele Prälaten und Grafen, ja

selbst Fürsten, wie Kurpfalz, Baden, Zweibrücken[1]) — zugleich Reichsstände sind, als Privateigenthum betrachtet werden; aber sie können für die Feudalrechte und die bis zum Abschluß des Friedens verlorenen Einkünfte nicht die geringste Entschädigung erhalten. Endlich gestattet man viertens, daß wie von den geistlichen Instituten der rechten Rheinseite die linksrheinischen Dependenzen an Frankreich fallen, so von den Instituten des linken Ufers die rechtsrheinischen Dependenzen Deutschland verbleiben: eine Compensation, die freilich bei Weitem zum Vortheile Frankreichs sich berechnen ließ.

„Die Note," schreibt Lehrbach am 23. Juni, „vereitelt alle Hoffnungen auf die zugesicherte Mäßigung und Nachgiebigkeit der französischen Forderungen. Es scheint, man will noch immer Zeit gewinnen, um den Ausgang der Verhandlungen zu Berlin und Selz, hauptsächlich aber der bonapartischen Expedition abzuwarten." In der That waren selbst die wenigen Zugeständnisse nur scheinbar; denn der befestigte Brückenkopf, den man bei Kehl, die Handelsbrücke, die man bei Hüningen errichten wollte, waren eben die wesentlichen Puncte. „Es ist gerade," setzt Lehrbach hinzu, „als wenn man mit Kindern spielte." Die Entrüstung war allgemein, „selbst der preußische Minister Graf Görtz," fährt Lehrbach in seiner Weise fort, „will mich heuchlerisch glauben machen, er sei über die jüngste französische Note so aufgebracht, daß er die ganze Nacht nicht habe schlafen können[2])."

In der Sitzung am 2. Juli entschieden sich denn auch alle Stimmen mit Ausnahme Badens für eine ablehnende Antwort. Man hob namentlich hervor, daß jetzt, nachdem das Reich alle Puncte auf dem linken Rheinufer verloren habe, der Besitz von Kehl für Frankreich etwas ganz Anderes bedeute, als in früherer Zeit. Nur Albini und sogar Reden ließen doch schon die Absicht durchblicken, äußersten Falles,

1) Lehrbach, 23. Juni.
2) Lehrbach, 23. Juni, Nachschrift.

wenn die Franzosen in den andern Puncten sich nachgiebig zeigten, die Schleifung von Ehrenbreitstein zu bewilligen[1]). Albini suchte auch in der Sitzung vom 6. Juli bei Ajustirung des Conclusums die Ausdrücke, wie es seine Art war, wieder abzuschwächen, gerieth deßhalb mit Lehrbach in heftigen Streit, und die Erbitterung des österreichischen Bevollmächtigten war so groß, daß er im Namen Cobenzl's dem Gesandten in Aschaffenburg, Grafen Schlick, den Auftrag ertheilte, über Albini's Benehmen Klage zu führen. Der Kurfürst erwiderte jedoch, die österreichischen Minister hätten durch ihre Verschlossenheit Albini's Benehmen selbst veranlaßt, und Schlick setzt hinzu, Albini stehe bei seinem Herrn höher als jemals in Credit[2]).

In Paris war der Unwille über die ablehnende Antwort der Deputation nicht gering. Sandoz schreibt am 14. Juli, das Directorium habe ernstlich über Krieg und Frieden berathen. Larevellière Lepeaux stimmte für den Krieg, Merlin blieb unentschieden, Treilhard und Barras wollten vorher alle Mittel der Ausgleichung versuchen; auch Rewbel, noch immer krank, gab sein Votum schriftlich für den Frieden und wies besonders auf die unfertigen Rüstungen Frankreichs hin. Wir erinnern uns, das auch François von Neufchateau nach dem Abbruch der selzer Conferenzen durchaus nicht mit Krieg drohte. Unmittelbar nach Cobenzl's Abreise von Rastatt, am Morgen des 10. Juli, kam Debry zu Lehrbach und versicherte ihn seiner freundlichen und friedlichen Gesinnung. Selbst die französische Gegennote vom 19. Juli enthielt nach längeren Declamationen wenigstens ein wirkliches Zugeständniß: sie erkannte den Thalweg des Rheines als Grenze an, verzichtete also auf die Inseln der rechten Seite, freilich mit Ausnahme derjenigen, die am Oberrhein den Franzosen schon gehörten,

1) Protokoll II, 146, Lehrbach 26. Juni.

2) Lehrbach 28. Juni, 7. und 11. Juli, beiliegend Schreiben des Grafen Schlick vom 6. Juli.

und der wichtigsten von allen, der Petersau bei Mainz. Die übrigen Forderungen vom 3. Mai wurden dagegen sämmtlich wiederholt und sogar eine neue hinzugefügt. Im sechsten der geheimen Artikel von Campo Formio wird das Frickthal erwähnt, eine österreichische Besitzung auf dem linken Rheinufer, in der Nähe von Basel, von schweizerischem Gebiete umschlossen. Oesterreich hatte für den Fall, daß der Reichsfriede zu Stande käme, die Abtretung zugesagt, hielt aber an der Ansicht fest, das Reich, also auch die Deputation seien nicht berechtigt, diese österreichische Besitzung einseitig abzutreten. Bei den früheren Verhandlungen war sie in der That niemals erwähnt worden, und die Deputation hatte am 11. März den Lauf des Rheines nur zwischen Frankreich und Deutschland als Grenze anerkannt, ohne die Verhältnisse gegenüber der Schweiz zu berühren. Für Lehrbach war es deßhalb nicht wenig ärgerlich, als jetzt unversehens „die Abtretung des Frickthals und aller Rechte, die das Reich auf diesem Territorium ansprechen könnte," gefordert wurde. Er hatte darüber eine lange Correspondenz mit Thugut, lebhafte Erörterungen mit Bonnier und Roberjot, und erklärte schon in der vorläufigen Sitzung vom 21. Juli ganz bestimmt, daß eine solche Entscheidung gar nicht zur Competenz der Deputation gehöre [1]). Dagegen erhob sich kein Widerspruch, im Uebrigen hatte aber jene erste Nachgiebigkeit der Franzosen mehrere Delegirte so hoffnungsvoll gestimmt, daß Albini schon den Plan faßte, einen Friedensentwurf auszuarbeiten und nach vorgängiger Berathung in der Deputation den Franzosen vorzulegen. Er hoffte sie auf diesem Wege zur Antwort auf so manche noch gar nicht erörterte Fragen zu veranlassen. In einer vertraulichen Conferenz am 28. Juli trat er in der That mit einem Entwurf in 34 Artikeln hervor, deren Berathung beschlossen

---

1) Lehrbach an Cobenzl, 22. Juli (deutsch und französisch), 30. Juli (französisch); Thugut an Lehrbach (französisch), 30. Juli, 26. August, W. St.-A. Protokoll II, 202.

wurde[1]). Aber kaum war den Franzosen durch ihre gewöhnlichen Zuträger, die badischen Gesandten, von diesen Vorgängen Meldung gemacht, als sie auch das unwillkommene Project im Keime erstickten. Noch am selbigen Abend erschienen sie alle drei bei Albini mit der Erklärung: sie müßten ungesäumte Antwort auf ihre letzte Note fordern. Erst dann, wenn man sich vollständig geeinigt habe, sei es an der Zeit, den Entwurf, von dem sie gehört hätten, anzufertigen; vorher könnten sie sich durchaus nicht darauf einlassen. „Wollen die Besiegten den Siegern Gesetze vorschreiben?" fuhr Debry in seiner heftigen Weise heraus[2]). Albini, nicht wenig erschrocken, seine mächtigen Gönner erzürnt zu haben, suchte sogleich Alles rückgängig zu machen. Aber ein zweiter Fehler setzte ihn dabei mit Metternich und Lehrbach in Conflict. Obgleich die Franzosen nur vermittelst der Plenipotenz mit der Deputation verhandeln durften, betrachtete er doch die ihm geschehene Erklärung als eine officielle und ließ zu ihrer Berathung eine förmliche Sitzung auf den 30. Juli ansagen. Hier fielen nun harte Worte, besonders von Seiten Löben's und Lehrbach's gegen die unerlaubte Geschwätzigkeit der Badenser und das Verfahren Albini's; man faßte keinen neuen Beschluß, sondern dachte einfach bei dem frühern stehen zu bleiben. „Baron Albini," schreibt Lehrbach, „der sich überall nur durch seine Begierde, Alles zu thun und vorzustellen, hinreißen läßt, ist bei dieser Sache ziemlich compromittirt worden. Es wird ihm und auch den Franzosen zur Warnung dienen, die Deputation auf diese Weise zu behandeln und ihr gleichsam über den modus agendi Gesetze vorzuschreiben." In Wahrheit wird aber der Friedens-Entwurf seit dieser Zeit nicht mehr erwähnt, und es blieb nichts übrig, als zunächst den Franzosen auf ihre Note vom 19. Juli zu antworten.

Diese waren unterdessen nicht müßig gewesen. Durch

1) Protokoll II, 206.

2) Mainzer Diarium vom 28. Juli; Roberjot an Talleyrand, 29. Juli; Lehrbach, 1. August; Protokoll II, 212.

unablässiges Drohen und Zureden gelang es ihnen, die Mehrheit der Deputation zu dem wichtigen Zugeständniß zu bewegen, welches Albini, der bremische und die badischen Deputirten schon am 2. Juli in Aussicht gestellt hatten. Mit ihnen erklärten sich Baiern, Darmstadt und die beiden Städte in der Sitzung vom 3. August für die Schleifung von Ehrenbreitstein, freilich nur unter der unverbrüchlichen Bedingung (sub conditione sine qua non et resolutiva), daß kein Punct auf dem rechten Rheinufer den Franzosen verbleiben dürfe; Albini, der die Clausel bei Ajustirung des Conclusums am 7. August wieder abschwächen wollte, wurde von Lehrbach daran gehindert[1]). Die Franzosen, dadurch nicht befriedigt, setzten aufs neue ihren ganzen Anhang in Bewegung. Vornehmlich suchten sie die Deputations-Mitglieder untereinander oder mit Metternich in Zwist zu bringen, und die Ungeschicklichkeit des Plenipotentiars und seiner Kanzlei erleichterte ihre Absichten.

Metternich hatte im März der Abtretung des linken Rheinufers die Genehmigung verweigert und sich darauf beschränkt, den Deputations-Beschluß ohne den gewöhnlichen Ausdruck seiner Zustimmung den Franzosen zu übersenden. Erst am 22. April war er nach vorgängigen Weisungen aus Wien „vorbehaltlich der schließlichen kaiserlichen und Reichs-Ratification" dem Conclusum beigetreten. Jetzt, da sogar eine Einwirkung der Franzosen auf das rechte Rheinufer in Frage kam, stellten sich dieselben Bedenklichkeiten ein. Lehrbach ertheilte den verständigen Rath, Metternich solle das Conclusum den Franzosen in der gewöhnlichen Form übergeben, mit dem Zusatze, rücksichtlich des dritten Punctes über die Schleifung

1) Lehrbach, 3. und 8. August. Die französischen Gesandten am 12. August. Es war ihnen unterdessen ein Gutachten des General Joubert aus Mainz vom 9. August zugekommen: Ehrenbreitstein müsse, wenn man es nicht behalten könne, demolirt werden, Kehl und Castel dürfe man nicht aus der Hand geben. Bonaparte habe den Oesterreichern in Italien nur deßhalb Verona und den rechts von der Etsch gelegenen Theil von Legnago gelassen, um größere Vortheile am Rheine zu gewinnen. Minist. d. Ausw.

von Ehrenbreitstein behalte sich die Plenipotenz vor, ihre Meinung nachzutragen. „Aber," setzt er seinem Bericht hinzu, „die Subalternen der Plenipotenz haben es wahrscheinlich anders gut gefunden, und mir ist die neue Fassung vorher nicht gezeigt worden." Diese Fassung lautete: „Ueber den dritten Punct behält man" — also die Deputation und die Plenipotenz — „die Erklärung vor." Unter den Deputirten wurde mit Recht Klage geführt, daß nun der Schein entstände, als habe die Deputation gar nichts über Ehrenbreitstein beschlossen. Selbst Lehrbach war ungehalten; er schreibt, er habe Metternich vertraulich seine Ansichten mitgetheilt und ihn auf das den Geschäften nachtheilige Benehmen seiner Subalternen aufsichtig gemacht." In Folge dessen hatte Metternich einen Tag nach Absendung des Conclusums, am 11. August, mit den französischen Gesandten eine Conferenz, worin er den Sachverhalt mittheilte[1]). Aber eine derartige, nicht officielle Anzeige wollten die Franzosen nicht gelten lassen. Am 13. August übergaben sie eine Note, welche, die wohlbekannten Thatsachen ignorirend, Beschwerde erhob, daß die Deputation auf die Forderung: Ehrenbreitstein müsse geschleist werden, nicht geantwortet habe. Gleich Tages darauf wurde dessentwillen eine Sitzung gehalten. „Albini," schreibt Lehrbach, „hätte die Sache gerne so gewendet, daß die Deputation ihr Conclusum direct mit Umgehung der Plenipotenz und Schädigung des kaiserlichen Ansehens den Franzosen mitgetheilt hätte." Aber Löben als Vermittler erwirkte den Beschluß, „die Plenipotenz solle durch Albini mündlich ersucht werden, den Franzosen über die eigentliche Bewandtniß des Conclusums eine vollständige Aufklärung in beliebiger Art baldigst zu ertheilen." „Metternich," fährt Lehrbach fort, „hatte auch seine Gründe. Er sagt: wenn ich den Franzosen die andere — von Lehrbach vorgeschlagene — Fassung übergeben hätte, so würden sie sagen: die Deputation hat dies beschlossen, wir brauchen

1) Lehrbach 12. August. **Précis d'un entretien entre le Comte de Metternich et les citoyens Bonnier et Jean de Bry, Protokoll II, 297.**

die Plenipotenz und ihren Beitritt nicht. Allein nach meinem und anderer, besonders des Grafen Löben Erachten kommt es nicht darauf an: Was sagen die Franzosen? sondern es kommt darauf an: Was ist Recht, der Reichsverfassung angemessen, und ununterbrochen ohne Widerspruch im Reiche und in Verhandlungen mit Auswärtigen, selbst mit Franzosen beobachtet worden? Ohne Beitritt der kaiserlichen Plenipotenz ist kein Deputations-Conclusum vollgültig oder verbindlich. Dieses würde auch die Deputation den Franzosen auf eine solche Sprache jederzeit erwidern[1])." Metternich blieb aber bei seiner Ansicht und erklärte Albini, er würde den Franzosen von dem Conclusum keine officielle Mittheilung machen. Seine Absicht war, neue Weisungen aus Wien zu erwarten, wie es ihm allerdings für einen solchen Fall vom Reichsvicecanzler vorgeschrieben war[2]). Albini, voll Aerger, berief gleich auf den 15. August eine neue Sitzung, die nach Lehrbach's Bericht sehr stürmisch ausfiel. Mehrere Stimmen, darunter Baden und Baiern, kamen auf den Antrag zurück, sich direct an die Franzosen zu wenden; andere wollten, daß die Deputation in ihrer Gesammtheit sich förmlich bei Metternich beschwere. Aber nochmals trat Löben als Vermittler ein. Man erneuerte nur den Beschluß, die Plenipotenz zu ersuchen, den Franzosen auf eine ihr gefällige Weise Nachricht zu geben, und Lehrbach stellte Metternich vor, daß er den Beschluß der Deputation doch wenigstens historisch den Franzosen mittheilen könne. Der Plenipotentiar bat sich Bedenkzeit aus, erklärte später, daß er in Folge des wiederholten Andringens der Deputation den Franzosen die Mittheilung machen würde, und begab sich wirklich zu diesem Zwecke noch am selbigen Abend zu Bonnier. Als aber der Gesandte ihn fragte, ob nun diese Erklärung officiell geschehe, antwortete Metternich mit einem bestimmten Nein[3]). Die

1) Lehrbach, 14. August.

2) Vortrag Cobenzl's an den Kaiser vom 20. Juli und darauf folgende Weisung an Metternich bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. XLIX.

3) Lehrbach 16. August.

Sache stand also wieder gerade, wie vier Tage früher, und vielleicht gerade, wie die Franzosen wünschten. Gleich am folgenden Morgen kam zuerst Rosenstiel, dann Bonnier zu Albini, um Beschwerde zu führen. Der Canzler war zu einem auffallenden Schritt ganz geneigt, und Lehrbach nicht wenig besorgt wegen der möglichen Folgen. Er beklagt seine schwierige Stellung, in welcher er nicht allein die Interessen Oesterreichs, sondern auch das Ansehen des Kaisers oder vielmehr der Plenipotenz und sogar gegen ihren Willen vertheidigen müsse. „Metternich," fährt er fort, „beruft sich darauf, daß er nach dem gestrigen Conclusum die Franzosen auf eine ihm beliebige Art in Kenntniß setzen könne. Allein das Wort, „„auf beliebige Art"" wollte aus Rücksicht sagen, „„schriftlich oder mündlich,"" die Sache aber, die bei der Deputation förmlich beschlossen, und deren Ausführung von dem Herrn Plenipotentiar also übernommen war, konnte nie anders als officiell sein[1])."

Indessen durch Löben's geschickte Vermittelung wurde der Sturm zum dritten Male beschwichtigt. In der Sitzung vom 17. August beschloß man, den Franzosen nur zu erwiedern, daß auf ihre Note vom 19. Juli schon in allen Puncten geantwortet sei. Da dies Conclusum vorerst an die Plenipotenz gelangen mußte, so hing es von dieser ab, nunmehr durch eine deutliche Erklärung sowohl die Deputation als die Franzosen zu befriedigen. Aber noch immer wartete Metternich auf den wiener Courier. Erst als die Franzosen am 20. August Nachmittags eine neue Mahnung schickten, als zugleich die Particular-Gesandten eigenmächtige Schritte vorbereiteten, und die bei Löben versammelten Deputations-Mitglieder beriethen, was bei längerer Weigerung am nächsten Tage vorzunehmen sei, erst da entschloß sich der Plenipotentiar nach erneuerter Berathung mit Lehrbach, am folgenden Morgen zu thun, was er gleich anfangs hätte thun sollen. Er theilte den Wortlaut

1) Lehrbach, 16. August, Nachschrift.

des Conclusums über Ehrenbreitstein den Franzosen mit, behielt sich aber vor, seine auf diesen Punct bezügliche Erklärung ehestens nachzubringen[1]).

In Wien hatte unterdessen diese Angelegenheit auch dem Reichsvicecanzler nicht wenig Sorge gemacht. Es erfolgten Vorträge an den Kaiser, weitläufige Verhandlungen mit der Staatscanzlei. Aber eben damals waren die Conferenzen in Berlin erfolglos zu Ende gegangen; die Hoffnung, Preußen zu einer gemeinschaftlichen Erklärung gegen Frankreich zu vermögen, war vereitelt. So konnte man auch in Wien nicht daran denken, den Congreß an dem einen Punkte scheitern zu lassen, oder die Plenipotenz in offene Zwistigkeit mit der Deputation zu versetzen. Ein sehr verständiger Vortrag vom 24. August, von Daiser in Thugut's Namen entworfen, spricht die Ansicht aus: „es wäre erwünschlicher gewesen, wenn die Reichshofcanzlei nach den von der Staatscanzlei öfters gemachten Bemerkungen dem Begnemigungs-Recht der kaiserlichen Plenipotenz keine so große Wichtigkeit beigelegt und widrige Deputations-Schlüsse mit stillschweigender Begnemigung den französischen Bevollmächtigten zugestellt hätte, unbeschadet des förmlichen kaiserlichen Ratifications-Rechts für den Fall, wenn das ganze Operatum der Reichsdeputation dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reiche vorgelegt werden müsse, wo es dann dem Reichsoberhaupt ebenso unbenommen bleibe, den Reichsfriedens-Schluß nicht zu genehmigen, als andere Reichsstände durch Stimmenmehrheit etwas anderes beschließen könnten[2])." In diesem Sinne ging die Weisung an Metternich ab, und dieser beeilte sich, am 3. September der Deputation seinen Beitritt zum Conclusum vom 7. August nunmehr anzuzeigen[3]). „Endlich ist nun die Wirrung zwischen der Plenipotenz und der Deputation beseitigt," schreibt Lehrbach; „man muß erwarten, was die Franzosen thun werden."

1) Lehrbach 17., 20., 21., 25., 27. August; Metternich 16., 17., 21., 24. August; Protokoll V, 88—96.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. LII fg.

3) Protokoll V, 114.

Diese waren mit der Entwickelung der Angelegenheiten schon lange nicht mehr zufrieden. Ihre Hoffnung, die Plenipotenz mit der Deputation zu verfeinden, erfüllte sich nicht, und die versprochene Schleifung Ehrenbreitsteins hatte durch die damit verbundene „unverbrüchliche" Bedingung wesentlich von ihrem Werthe eingebüßt. Darum sollten einmal wieder die Particular-Gesandten helfen, vor allen Sickingen, der, wie früher den Adjutanten Bonaparte's, nach Debry's Ankunft diesem Bevollmächtigten sich angeschlossen hatte, so daß er bald in auffälliger Weise seiner Gunst sich rühmen konnte. Wurde dieser Mann durch Ehrgeiz und Gewinnsucht, so wurden andere Reichsstände durch noch stärkere Beweggründe den Franzosen zugeführt. Schon Anfang August hatte der General Joubert, um auf den Congreß zu wirken, am rechten Rheinufer neue Contributionen ausgeschrieben; die kleine Grafschaft Solms-Laubach sollte allein 10000 Franken zahlen. Der Graf begab sich selbst zu Joubert nach Mainz, erhielt aber die Antwort: an der Contribution könne gar nichts nachgelassen werden. Das Reich scheine nicht Frieden, sondern Krieg zu wollen, und nöthige dadurch die Republik, mehr Truppen auf das rechte Rheinufer zu ziehen; die besetzten Reichslande müßten die Kosten tragen. Diese waren so bedeutend, daß neun der zunächst betheiligten Stände eine Zusammenkunft zu Wiesbaden abhielten und am 20. August mit einer kläglichen Schilderung ihrer Leiden die flehentliche Bitte verbanden, die Reichs-Deputation möge in ihrer Weisheit den Abschluß des so lange erwarteten Friedens schleunigst herbeiführen. Auch Debry erklärte ganz offen, daß jeder, der auf Entschädigung oder auf französische Protection Anspruch mache, nunmehr bei der Deputation auf Beschleunigung des Friedens dringen müsse. Für die Abgeordneten der Ritterschaft fügte er im Namen der französischen Regierung die Drohung bei, man würde im Weigerungsfalle die in der Note vom 22. Juni versprochene Erhaltung ihres Besitzes zurücknehmen und ihr Loos dem der geistlichen Reichsstände gleichstellen. Durch solche Mittel wurde

mancher gewonnen; man dachte daran, die Deputation bei längerer Zögerung öffentlich vor dem Reiche für verantwortlich zu erklären, oder, falls Metternich die Uebersendung des Conclusums über Ehrenbreitstein verweigere, directe Verhandlungen mit den Franzosen zu verlangen. Indessen gerade der aufdringliche Ungestüm Sickingen's erregte den Unwillen der Deputation und der mächtigeren Reichsstände. Sogar der zweibrückische Gesandte, Graf Rechberg, erklärte seine Mißbilligung; auch der Gedanke, preußische Vermittelung anzurufen, fand zwar bei Jacobi, aber weder bei Dohm noch bei Görtz Unterstützung. Die geistlichen Reichsstände waren schon durch die heftigen Reden Debry's vorsichtig gemacht; dazu kam, daß die Uebersendung des Conclusums die Einigkeit zwischen Metternich und der Deputation wiederherstellte. Selbst die Urheber der Demonstration mußten auf ihre weitgehenden Pläne verzichten. Von Allem, was sie mit so großem Aufsehen in Scene gesetzt hatten, blieb nichts übrig, als daß Sickingen für die schwäbischen, Solms-Laubach für die wetterauischen und protestantisch-westphälischen Grafen, Gagern im Namen der oberrheinischen Ritterschaft, ferner Zweibrücken, Nassau und mit ihnen die Particular-Gesandten von Darmstadt und Baden an die Deputation das Gesuch richteten, den Frieden möglichst zu beschleunigen. Die vier letztgenannten und Solms thaten den gleichen Schritt, um ihn des gehässigen Charakters zu entkleiden, auch bei der französischen Gesandtschaft [1]).

1) Die verschiedenen Eingaben im Protokoll, V, 102—109. Metternich, 24. und 27. August; Lehrbach, 1. und 4. September; Roberjot an Talleyrand 23. und 25. August; die französischen Gesandten, 24. August: Bittere Klagen über die Deputation, die sich von Oesterreich und Preußen beherrschen und benutzen lasse: Que peut faire dans cet état de froissement continuel un corps essentiellement faible, composé de parties différentes, et qui a le pli de la servitude? — Nous devons exprimer notre désir, que vous puissiez nous transmettre des instructions analogues, propres à ramener la négociation à sa véritable nature,

Die verschiedenen Eingaben wurden gleichzeitig mit einer dringenden französischen Note in der Sitzung vom 26. August verlesen[1]). Aber die Deputation blieb, ohne sich beirren zu lassen, bei den früheren Erklärungen; selbst die Delegirten von Darmstadt und Baden, deren Particular-Gesandte die Eingabe für die Beschleunigung des Friedens unterzeichnet hatten, schlossen sich der Mehrheit an. Nur zeigten sie doch schon Neigung, den Franzosen die Petersau abzutreten, und wenn in der vorigen Note dem Zugeständniß der Schleifung Ehrenbreitsteins eine „unverbrüchliche Bedingung" beigefügt war, so wußte Albini den unbequemen Ausdruck in dem am 29. August ajustirten Conclusum zu beseitigen. Vergebens machte Lehrbach auf die Gefahr aufmerksam[2]); wie richtig er gesehen hatte, zeigte sich nur zu bald. Die Franzosen benutzten sofort die abgeschwächte Fassung, um das, wie sie jetzt sagten, einfache und bedingungslose Zugeständniß der Schleifung Ehrenbreitsteins anzunehmen. Zum Dank bestanden sie auf allen andern Ansprüchen und forderten in dem kurzen schroffen Ton der Noten aus dem Frühjahr eine kategorische Erklärung. Dies sei das letzte Mal, sagten sie; die Antwort der Deputation würde über ihr ferneres Verfahren entscheiden. Die Note machte um so größeres Aufsehen, als Bonnier vorher Albini und Dohm versichert hatte, man würde mit der französischen Antwort zufrieden sein. „Albini," schreibt Lehrbach, „ist bis in sein Innerstes beschämt, und es scheint, daß wenigstens in diesem Augenblicke sein voriger Eifer wieder aufgeweckt ist. Auch hat er, wie er mir heute sagte, dem Grafen Görtz die schnöde und herabwürdigende Handlungsweise der Franzosen gegen die preußischen Minister nachdrücklich dargelegt. Selbst

qui est, d'être en apparence avec la Députation de l'Empire, et en vérité avec les deux états prépondérants de l'Allemagne.

1) Protokoll II, 337. Französische Note vom 22. August im Protokoll, V, 100.

2) Lehrbach, 30. August.

die preußischen Minister, besonders der von Dohm finden sich beschämt, welches bei diesen Männern viel gesagt ist. Indessen machen die Franzosen ihr Spiel; die mehreren Reichsstände handeln niederträchtig, geben in Allem nach, sehen kurzsichtig nur auf den gegenwärtigen Augenblick; die meisten weltlichen wollen den Zeitpunkt zur Vergrößerung benutzen; Preußen als einer der mächtigsten Reichsstände und eine vorzüglich europäische Macht erklärt, daß es nicht werkthätig einschreiten wolle; mithin haben die Franzosen das beste Spiel[1]."

Um es zu verstärken, ließen sie durch Sickingen, Solms und die badischen Gesandten ausbreiten, sie würden nicht vierzehn Tage mehr in Rastatt bleiben, und die Feindseligkeiten dann sofort wieder beginnen. Dann wollten sie wieder einlenken, wenn man ihnen nur die Petersau abträte[2]). Und so geschah es, daß in der Sitzung vom 7. September alle Stimmen mit Ausnahme von Oesterreich und Sachsen, freilich wieder unter den gewöhnlichen Bedingungen, zu diesem neuen Zugeständniß sich herbeiließen[3]). Die Franzosen antworteten diesmal — am 14. September — in einem andern Tone, versöhnlich, als stände der Friede in naher Aussicht. Sie versprachen, Kehl und Castel nicht zu befestigen, die Gemeinde- und Provinzialschulden mit Ausnahme derer, die bei Gelegenheit oder für die Kosten des Krieges bewilligt seien, auf dem linken Ufer zu lassen und die Emigranten-Gesetze nur auf die mit Frankreich gesetzlich schon vereinigten Länder anzuwenden. Leider war von diesen Zugeständnissen das erste nur scheinbar, bei dem zweiten die Ausnahme wichtiger als die Regel, das dritte

1) Franz. Note vom 1. September, Prot. V, 115. Lehrbach 2. September; die franz. Gesandten 2. September: Sie haben die Freude, le consentement pur et simple der Deputation anzuzeigen. Nous avançons à grands pas, setzt Roberjot am 4. September hinzu.

2) Lehrbach 30. August, 4. September.

3) Conclusum 10. September, Protokoll II, 381; Lehrbach, 7. und 11. September.

in keiner Weise zureichend [1]). Gleichwohl berichten sie am 17. September, ihre Note habe ungeheuren Eindruck gemacht und dem Directorium die öffentliche Meinung in Deutschland gewonnen. Alle Gesichter seien glänzend vor Freude, selbst die Oesterreicher suchten sich wieder zu nähern. „Wir werden nicht unerbittlich sein," setzen sie hinzu, „aber es scheint uns passend, daß wir uns bitten lassen. Die Preußen wollen sich selber das Verdienst zuschreiben; bald werden sie so kühn sein, öffentlich zu behaupten, sie hätten den Frieden, fertig redigirt, schon in der Tasche."

So weit war man doch noch nicht. Die Deputation zeigte sogar mehr Festigkeit als gewöhnlich. Sie nahm die französischen Anerbieten an, erklärte sie aber für ungenügend. Deutschland, hieß es, müsse auf den Territorien von Kehl und Castel bestehen, die ohne Befestigung ja doch für Frankreich keinen Werth besäßen. Die Gemeinde-Schulden könnten als reine Privatschulden gar nicht zur Erörterung kommen, und wenn etwa bei den Provinzial- oder eigentlichen Landesschulden die französische Ausnahme zugelassen würde, dürfe sie doch nur diejenigen Kriegsschulden umfassen, deren Betrag gegen die Republik, nicht aber für oder zum Besten der französischen Armeen verwendet sei. Endlich müsse die Aufhebung der Emigranten-Gesetze in den cedirten, noch nicht reunirten Ländern auch auf Elsaß und Lothringen erstreckt und in bestimmten Ausdrücken abgefaßt werden. Zu der letzten Mahnung gaben eben die Franzosen dringende Veranlassung. In der willkürlichsten Weise waren im Departement des Niederrheins mehrere Reichsritter für Emigranten erklärt, ihre Güter zum Verkauf ausgeboten, selbst zwei Frauen dieser sogenannten Emigrirten verhaftet und nach Mainz geschleppt, und es dauerte lange, bis die Verwendung Metternich's und Gagern's Gehör fand [2]). Im Uebrigen suchte die Deputation

1) Lehrbach 15. Sept.; Franz. Note v. 14. Sept. im Protokoll V, 147.

2) Metternich's Note an die französ. Gesandten vom 11. September, französische Antwort vom 14. September im Protokoll V, 144, 151. Die

die versöhnliche Sprache der Franzosen durch reichliche Zugabe freundlich-hoffnungsvoller Worte zu vergelten. Lehrbach meint, selbst Löben habe „milder oder vielmehr matter als gewöhnlich gestimmt, weil die Franzosen ihm gedroht hätten, beim Wiederausbruch des Krieges würden die bei Fulda stehenden Truppen den Weg nach Sachsen finden[1])." In Wahrheit hatte Lehrbach's Mißvergnügen wohl einen andern Grund.

Die preußische Denkschrift vom 14. Juni legte, wie erwähnt, besonderen Werth auf die Erhaltung der Büderichs-Insel bei Wesel[2]). Auf den Wunsch der preußischen Gesandten hatte Reden in der Sitzung vom 3. August den Vorschlag gemacht, die von den Franzosen verlangte, zum rechten Ufer gehörige Petersau gegen eine auf der linken Seite gelegene dem deutschen Reich etwa nöthige Insel auszutauschen. Das Conclusum vom 7. August fordert auch im Einklang mit der preußischen Denkschrift die Waal und den Canal der Büderichs-Insel als Grenze. Am 26. August war die Sache von Darmstadt und Baden abermals angeregt[3]), dann aber liegen geblieben und bei der Abtretung der Petersau nicht wieder erwähnt. Dies machte die preußischen Minister besorgt. Jacobi kam am Abend des 19. September zu Albini mit dem Anliegen, als Bedingung für die Schleifung von Ehrenbreitstein und die Abtretung der Petersau den Austausch dieser letzteren gegen die büdericher Insel einfließen zu lassen, und in der Sitzung des nächsten Tages gab Reden mit Bezug auf die früheren Verhandlungen denselben Wunsch zu Protokoll. „Dies erregte," schreibt Lehrbach, „im Grunde kein Verwundern, weil der von Reden allhier der preußische Miethling ist, ganz von den preußischen Ministern, besonders aber von Dohm geführt wird,

franz. Gesandten an Talleyrand, 9. September; Talleyrand an die Gesandten 19. September. Minist. des Auswärtigen.

1) Conclusum vom 20. September, Protokoll, II, 391, übersendet von Metternich am 23. September, Protokoll V, 177; Lehrbach 21. September.

2) Vgl. oben S. 171.

3) Protokoll II, 254, 289, 347, 349.

und unter allen Subdelegirten das ungleicheste Benehmen hat. Was aber Jedermann wunderte, war, daß der kursächsische Gesandte diesen Antrag eben auch zu Protokoll gab, nachdem er mir vorher selbst öfters gesagt hat, daß er die Sache unbillig und unschicklich fände. Der von Albini setzte sich standhaft mündlich gegen diesen Antrag, äußernd, daß er dermalen nicht in Betracht kommen könne, um das Ganze und besonders die Puncte auf dem rechten Rheinufer nicht zu verderben. Auch ich äußerte mich mündlich dagegen, bemerkend, daß ich den Besitz der büdericher Insel dem preußischen Hofe gern gönnte, zudem es auch zum Besten des Reiches sei. Ich könnte aber nicht einstimmen, daß diese beiden Inseln gegeneinander aufgehoben würden, und dadurch die Franzosen Gelegenheit erhielten, auf der Beibehaltung der Puncte auf dem rechten Rheinufer zu bestehen. Von diesen habe die Deputation diese ganze Zeit gehandelt. Wenn die preußischen Minister die Sache selbst durch Negotiation von den Franzosen erhalten könnten, würde es mir lieb, und dem Reiche besonders der Vertheidigung des nördlichen Deutschlands ersprießlich sein. Ich wollte auch, wenn die Deputation besonders deßhalb berathschlagen und an die Franzosen gehen wollte, gern von wegen Oesterreichs mit beiwirken; aber dermal könne deßhalb nichts davon ins Conclusum kommen. Darmstadt äußerte sich sodann auf Anstiften des bremischen Subdelegirten auch zum Protokoll, hängte aber gegen die Erwartung des von Reden an, daß von dieser Büderichsau erst die Rede sein könne, wenn das, was das rechte Rheinufer angehe, berichtigt sei. Baiern, Würzburg, Baden schwiegen still und erklärten sich nicht beifällig. Auf diese Art," setzt Lehrbach nicht ohne Schadenfreude hinzu, „scheiterte diese preußische Negotiation, welche für die büdericher Insel Alles auf dem rechten Rheinufer aufgeopfert hätte." Er hatte übrigens den Aerger, bald von Löben zu hören, daß Metternich sich vorher im Sinne der preußischen Wünsche ausgesprochen habe, und mochte nicht ohne Grund erwarten, daß sein eigenes Benehmen die preußischen Gesandten

in Rastatt, sowie das berliner Ministerium nicht freundlicher gegen ihn stimmen würde[1]). Nichts desto weniger war er um diese Zeit sehr guten Muthes; die preußischen Gesandten schreiben am 22. September, er trage den Kopf hoch und versichere Allen: wenn die Deputation nur einen Punkt am rechten Ufer bewillige, so werde Metternich Rastatt verlassen, und er selbst ihm folgen. Der Grund lag in den günstigen Nachrichten aus Wien über die von Rußland versprochene Hülfe, und über die Vernichtung der französischen Flotte bei Abukir[2]). Schon mehr als einmal hatte ein ähnliches Gerücht, den Ereignissen vorgreifend, die Runde in Europa gemacht. Debry berichtet, die Freude in Rastatt äußere sich jetzt nicht in so scandalöser Weise wie vier Wochen früher, als man die falsche Nachricht in der Augsburger Zeitung gelesen habe. Er selbst mit seinen Collegen suchte, nach Lehrbach's Ausdruck, seine Niedergeschlagenheit unter einer doppelten Lustigkeit zu verbergen. Man wird aber nicht irren, wenn man den Einfluß des großen Ereignisses in der Note erkennt, welche zu Anfange des nächsten Monats noch einmal die französischen Forderungen zusammenfaßte.

1) Lehrbach, 21. und 24. September. Albini nennt in dem mainzer Diarium vom 24. September Lehrbach's Auftreten sehr laut und bestimmt. Er habe Gatzert, der schon im Begriffe stand dem redenschen Antrage zuzustimmen, eingeschüchtert und dadurch bewogen, seiner Adhäsion, so gut es sich noch thun ließ, die entgegengesetzte Wendung zu geben, woraus dann das ohne diese Details ganz unerklärliche darmstädtische Votum entsprungen sei.

2) Lehrbach 21. und 26. September. Am 20. hatte eine Depesche Thugut's vom 15. die Nachricht nach Rastatt gebracht. Am 15. schickt auch Talleyrand dem Gesandten eine Nummer des Redacteur mit der Nachricht über die Schlacht. „Das Ereigniß ist unbegreiflich," setzt er hinzu. „La flotte est fusillée. Villeneuve ist, ohne einen Schuß erhalten, ohne einen Mann verloren zu haben, in Malta angekommen. Quelle confiance avoir dans ce qui est raconté par ceux qui paraissent avoir fui?" Debry, 24. September. Minist. des Auswärtigen.

Siebentes Kapitel.

Der rastatter Congreß bis zur Annahme des französischen Ultimatums vom 6. Dezember.

Die französische Note vom 3. October beginnt mit einem wirklichen Zugeständniß. Schon am 12. August hatte Talleyrand den Gesandten geschrieben, Frankreich wünsche Kehl und Castel zu behalten, wolle aber keinen Krieg deßhalb anfangen. Die Instruction vom 2. September, im Entwurf von allen Directoren unterzeichnet und vielfach verbessert, sagt bestimmter: in Rücksicht auf die öffentliche Meinung, welche in Deutschland eine Macht vorstelle, wolle man auf die beiden Plätze verzichten. Aber die Gesandten, damals voll großer Hoffnungen, machten in ihrer Note vom 14. von diesem Zugeständniß noch keinen Gebrauch. Erst jetzt, Anfangs October, — es war indessen viel correspondirt, und Roberjot noch einmal nach Paris berufen — hielten sie die Zeit für gekommen. „Als letzten und größten Beweis seiner Friedensliebe," erklärt die Note, „will das Directorium dem deutschen Reiche die so oft verlangte Rückgabe von Kehl und Castel zusichern, und dies in einem Augenblick, in welchem ein vorübergehender Unfall dazu gedient hat, die Energie und die Kräfte der Nation zu verhundertfachen. Aber ein so wichtiges Zugeständniß in einem solchen Augenblick muß auch jeden Zweifel, jede Schwierigkeit von der Gegenseite aufheben; es ist der Preis des raschen Zutritts zu den folgenden Artikeln, welchen das Wohl der Menschheit gebieterisch fordert." In diesen Artikeln werden dann

mit wörtlicher Benutzung mehrerer Instructionen Talleyrand's[1]) zehn der wichtigsten Puncte nicht ohne Geschick behandelt. Sie hätten, schreiben die Gesandten[2]), Alles hineingesetzt, was bei einem Friedensvertrag zur Sprache kommen müsse; auch kann die Note vom 3. October im Gegensatze zu dem früher zurückgewiesenen Project der Deputation in der That als erster Entwurf eines Friedens gelten. Es ist unerläßlich, den wesentlichen Inhalt mitzutheilen:

1. Der Thalweg des Rheines wird als Grenze genommen, und auf diesen Grund das Verlangen der preußischen Gesandten in Bezug auf die Waal und die büdericher Insel ohne weitere Erörterung zurückgewiesen. Für Frankreich fordert man aber nicht allein die Petersau, sondern auch das Eigenthum aller auf der rechten Seite des Thalwegs gelegenen Inseln, welche schon in früherer Zeit zu Frankreich gehörten, während die deutschen Besitzer alle Inseln auf der linken Seite ohne Ausnahme abtreten müssen.

Die Schifffahrt auf dem Rheine soll frei sein für die Franzosen und die deutsche Nation. Ausdehnung der Freiheit auf Holland und die Schweiz kann zur Zeit noch nicht bewilligt werden.

Der Leinpfad muß frei bleiben und in gutem Stande gehalten werden. Die zur Ausbesserung nöthigen, auf der rechten Seite mangelnden Materialien dürfen auf der linken Seite zu annehmlichen Preisen gekauft werden, aber nur in Gemäßheit mit den innern Anordnungen der Republik. Für die Aufhebung der Rheinzölle werden statt der von der Deputation geforderten Frist von zwei Jahren nur sechs Monate nach Abschluß des Friedens bewilligt.

2. Die freie Schifffahrt auf den übrigen deutschen Flüssen

1) Schreiben Talleyrand's an die Gesandten vom 12. August, 2. September, 19. September, und ein ausführlicher Aufsatz vom Ende des Jahres VI (21. September 1798).

2) Die Gesandten an Talleyrand, 4. October.

wird nicht unumgänglich verlangt, sondern nur gerathen; aber die Gesandten fordern ausdrücklich für die französische Republik die Aufhebung des elsflether Zolles auf der Weser als einer Beeinträchtigung des französischen Handels mit Bremen. Sie fordern ferner, daß die Hansestädte Bremen und Hamburg und die freie Stadt Frankfurt ihre politische Existenz und volle Unabhängigkeit bewahren. — Diese auffallende Forderung wird nur durch die eigenthümliche Stellung der Hansestädte verständlich. Im Besitz eines bedeutenden Seehandels, der doch von Seiten des Reiches nicht des geringsten Schutzes genoß, waren sie früh darauf hingewiesen, sich im Falle eines Reichskrieges, also besonders Frankreich gegenüber, eine neutrale Stellung zu verschaffen. Bestimmungen dieser Art hatte man in der That in die Handelsverträge mit Frankreich vom Jahre 1716, 1769 und 1789 aufgenommen [1]). Bei dem Reichskriege von 1792 war aber eine so große Zahl von Waaren als Kriegscontrebande erklärt, daß die Wirkung einem absoluten Handels-Verbote gleichkam, von welchem die Hansestädte keine Ausnahme erlangen konnten; auch der französische Geschäftsträger im niedersächsischen Kreise, Lehoc, hatte am 18. Februar 1793 Hamburg verlassen müssen. Sobald als möglich, schon im November 1794, suchte man aber die Beziehungen wieder anzuknüpfen, vornehmlich in Basel mit Barthelemy durch Vermittlung des oft genannten Peter Ochs, der mit dem hamburger Syndicus Doormann persönlich befreundet war. Auch in Paris unterhielt Hamburg einen Agenten, und ebenso hatte die französische Regierung, wie wir uns erinnern, den Freund Treilhard's, Karl Reinhard, im Herbst 1795 nach Hamburg geschickt, wo er nach dem Abschluß der Präliminarien von Leoben förmlich als französischer Resident anerkannt wurde. Bereits im Sommer vorher gelang es dem hamburger Kauf-

1) Adolf Wohlwill, Reinhard als französischer Gesandter in Hamburg und die Neutralitätsbestrebungen der Hansestädte in den Jahren 1795—1797, Hansische Geschichtsblätter, Jahrgang 1875, S. 53—121.

mann Sieveking, durch bedeutende Geldzahlungen in Paris die Aufhebung des Embargo auf die in französischen Häfen befindlichen Schiffe zu erwirken. Seitdem stand Hamburg, bald auch Bremen in freundlichem Verkehr mit der Republik, und in den Unterhandlungen taucht mehrmals der Wunsch hervor, daß durch Frankreich der politische Fortbestand der Hansestädte, zugleich die Freiheit des Handels und der Schifffahrt sowohl auf der See, als auf der Elbe, Weser und Trave gesichert würde. Um diese Wünsche auch auf dem Congreß zu vertreten, war von Hamburg der Syndikus Doormann, von Bremen der spätere Bürgermeister Gröning nach Rastatt geschickt [1]), und Lehrbach vermuthet nicht ohne Grund, die „französische Forderung sei durch den jüngst in Paris gewesenen bremischen Deputirten, Senator Gröning, allda negotiirt und wahrscheinlich gut bezahlt worden, sowie Hamburg, Bremen und Frankfurt, nicht aber Lübeck, den Franzosen viel Geld, auch Anlehen auf holländische Rescriptionen — also gerade, was von den americanischen Gesandten verweigert war — gegeben hätten. Deßhalb sei auch nur von diesen Dreien und nicht von Lübeck die Rede [2]). — Der elsflether Zoll, eine Hauptschädigung des bremischen und deutschen Handels, konnte bekanntlich erst zwei und zwanzig Jahre später beseitigt werden, und es ist keine erfreuliche Erscheinung, wenn eine an sich so wohl begründete Forderung von Fremden gestellt wird, in deren Munde sie freilich als Einmischung in die innern Angelegenheiten Deutschlands erscheinen mußte. Lehrbach bemerkt, der Herzog von Holstein, Bischof von Lübeck, ziehe dermalen aus

1) C. H. Gildemeister, Aus der Lebensbeschreibung Dr. Georg Gröning's, bremisches Jahrbuch, V, 215 fg., Bremen 1870. Leider sind die Berichte aus Rastatt nicht mitgetheilt. Vom März bis August 1798 verweilte Gröning in Paris.

2) Lehrbach, 4. October. Talleyrand schreibt den Gesandten in Rastatt am 24. Mai: Die Hansestädte bereuen ihre Sünden, wollen sich unter die Protection der Republik begeben und einige Millionen batavischer Schuldscheine übernehmen; sie hoffen, daß der elsflether Zoll abgeschafft wird.

dem elsflether Zoll jährlich 150,000 Gulden und könne, wenn man ihm den Zoll entzöge, nach früheren Verträgen unter Anrufung russischen Schutzes von Dänemark Entschädigung fordern.

3. Das Reich sollte der Anlegung oder Erhaltung neuer oder schon bestehender Commercial-Brücken nach Belieben der Uferstaaten sich nicht widersetzen. Lehrbach bemerkt: Altbreisach gegenüber, wo Oesterreich Besitzer des deutschen Ufers sei, habe dies nichts zu bedeuten, aber Hüningen gegenüber werde Baden gutwillig oder gezwungen sich nicht weigern können.

Es folgt dann 4. die schon erwähnte verständige Bestimmung, daß die auf dem linken Ufer gelegenen Dependenzen geistlicher Institute des rechten Ufers bei Frankreich verbleiben, die rechtsrheinischen Besitzungen der linksrheinischen Institute dem Reiche zufallen sollen, und

5. daß an den frühern Vorschlägen über die reichsritterschaftlichen Besitzungen nichts geändert werde.

6. Die Communalschulden und die Provinzialschulden, d. h. diejenigen, welche von einer einzelnen Gemeinde oder von einem ganzen Lande wirklich zum öffentlichen Nutzen gemacht seien, wollte man für die abgetretenen Länder übernehmen, indessen mit Ausschluß derjenigen, welche bei Gelegenheit oder für die Kosten des Krieges gemacht seien, also insbesondere zur Bezahlung der von den Franzosen eingeforderten Contributionen. „Denn," argumentirt die Note, „das Reich hat den Krieg angefangen, muß daher auch alle Ausgaben ersetzen, welche die rechtmäßige Vertheidigung Frankreichs erforderlich machte."

Noch weniger entgegenkommend war die Note

7. in Bezug auf die Emigranten. Sie äußert ein Erstaunen, daß die Deputation auf einen schon abgemachten Gegenstand nochmals zurückkomme. Es sei ganz unmöglich, die französischen Gesetze in den schon reunirten Ländern wieder aufzuheben; nur für Mainz habe man eine Ausnahme zugelassen,

weil das Reunions-Decret dort gar nicht veröffentlicht worden sei, die Einwohner also auch die für die Rückkehr gewährte Frist von drei Monaten nicht hätten benutzen können. Dies Princip könne vielleicht noch anderswo Anwendung finden; im Uebrigen hoffe man, die Deputation werde nicht ferner von Menschen reden, welche die Fackel des Krieges gewesen seien.

Ebenso wird 8. die Forderung des Rückzuges der Truppen abgelehnt: es hängt nur von der Deputation ab, durch Abschließung des Friedens allen Beschwernissen der rechtsrheinischen Länder ein Ziel zu setzen.

Der 9. Artikel fordert den Verzicht des Reiches auf alle Ansprüche und Rechte in den jetzt der Republik abgetretenen Territorien, ferner auf die Rechte, welche der König von Sardinien mit Savoyen, oder welche Oesterreich zu Campo Formio mit dem burgundischen Kreise abgetreten hat. Das Reich soll gleichfalls in die Abtretung des Frickthals willigen und auf alle Rechte, die es etwa darauf haben könnte, verzichten.

Endlich folgt noch 10. die Forderung, daß die Befestigungen von Kehl und Castel demolirt bleiben, und daß kein Fort oder befestigtes Lager in der Entfernung von 3000 Klaftern vom rechten Ufer des Rheines errichtet werden darf[1]).

Man sieht, aus dieser Note spricht noch ganz die Stimme des Siegers. „Wer sie auch nur flüchtig, ohne strenge diplomatische Analysirung durchgeht," schreibt Lehrbach am 4. October, „wird finden, daß die Franzosen immer einen Brocken hinwerfen, diesen wieder einschränken und bedingen; daß es ihnen nicht Ernst ist, mit dem Reiche Frieden zu schließen, sondern daß sie von der Verwirrung, Mattigkeit und Furcht der Deputation Nutzen ziehen, sich darauf verlassen und ihre Forderungen danach bemessen. Ich werde in der nächsten österreichischen Abstimmung nach den neuen Weisungen fernerhin in nichts nachgeben und mit Mäßigung, aber standhaft fortschreiten."

1) Protokoll, V, 182 fg.

Der Verkehr zwischen den kaiserlichen und französischen Gesandten war denn auch seit dem Abbruch der selzer Conferenzen immer kälter und schroffer geworden. Rosenstiel beklagte sich bei Lehrbach bitter über den Anmarsch russischer Hülfstruppen und die feindselige Stellung des neapolitanischen Hofes; Debry, der heftigste, sagte öffentlich, Oesterreich wolle den Krieg, es werde ihn haben und seinen Untergang dazu. Als Metternich am 4. October den Namenstag des Kaisers festlich beging, erwiederten die Franzosen auf seine Einladung kurz, sie seien verhindert: eine Weigerung um so auffälliger, als Bonaparte ein Jahr früher, noch vor dem Abschluß des Friedens, mit seinem ganzen Stabe zu Cobenzl nach Udine gekommen war[1]). Indessen die französische Note bot immer eine Grundlage, auf welcher sich unterhandeln ließ. Metternich legte dem Verzicht auf Kehl und Castel solche Wichtigkeit bei, daß er die Note durch seinen Sohn nach Wien schicken wollte, was aber Lehrbach wegen des Aufsehens einer solchen Sendung widerrieth. Am 11. October traten die Deputirten zur Berathung zusammen. Sie war, wie Lehrbach am folgenden Tage berichtet, die längste und merkwürdigste bei diesem ganzen Friedensgeschäft, und dauerte von elf Uhr Morgens

1) Lehrbach, 5. October; Mainzer Diarium, 4. October. Die Festlichkeiten bestanden in einem Tedeum, Mittagessen und Freiball auf dem Schlosse. Als Muster der dabei unentbehrlichen Poesien kann der folgende Anfang des Festgedichtes dienen:

Peuples réjouissez vous dans vos chants d'allegresse,
Du juste Metternich célébrez la noblesse.
La fête, qu'il vous donne en l'honneur de François,
Est un tribut, qu'il paye au plus digne des rois, etc.

Roberjot berichtet spöttisch am 7. (oder 10.) October, die Adligen hätten dem mit Lorbeern geschmückten Portrait des Kaisers ihre Huldigung dargebracht, die Einwohner von Rastatt gar keinen Theil genommen, Sickingen, Leyen, Pappenheim keine Einladung erhalten: „Jamais fête n'a été plus triste et plus isolée." Gleichwohl sollen 200 Gäste 1400 Flaschen Champagner geleert haben.

bis nach vier Uhr Nachmittags; leicht begreiflich, wenn man sieht, daß die dabei verlesenen Abstimmungen nicht weniger als 93 Quartseiten füllen. Gerade Tages vorher hatte Lehrbach neue Instructionen Thugut's vom 5. October und darin die unbedingte Billigung seines Benehmens erhalten. „Ich ersuche Ew. Excellenz," fährt Thugut fort, „auf diesen Grundsätzen unabweichlich zu beharren, indem es durchaus die Gesinnung Seiner Majestät ist, nicht in dem geringsten Puncte weder einer Nachgiebigkeit selbst Statt zu geben, noch, wenn andere hierzu gestimmt sein sollten, solche zu billigen." Besonders soll sich Lehrbach gegen die Uebertragung von irgend was für Schulden von dem rechten auf das linke Rheinufer standhaft setzen, dies Ansinnen als ungerecht, schimpflich und für das Reich höchst verderblich darstellen. „Denn wer das Land besitzt, die reichen Einkünfte zieht, muß der Natur der Sache nach auch die auf dem Lande haftenden Kosten tragen; ohne Unterschied, da nach allen Rechtsbegriffen die Sache mit ihren Lasten in die Hände des neuen Besitzers übergeht, und eins von dem andern nicht getrennt werden kann." Demgemäß trat auch Lehrbach in der Sitzung sehr entschieden auf. Gegenüber den Drohungen, welche die Franzosen ihrer letzten Note beigefügt hatten, ließ er einfließen, daß das Kriegsglück zu allen Zeiten wandelbar gewesen sei. Auch die übrigen Mitglieder blieben fest; nur Baden stimmte wieder, wie die Franzosen wünschten, und Gatzert konnte nicht stimmen, wie er selber wünschte, weil er, bemerkt Lehrbach, „nach Ankunft des darmstädtischen Particular-Gesandten, Obersten von Pappenheim, nicht mehr Meister seiner Handlungen ist[1]."

Das Conclusum geht auf alle zehn Puncte der französischen Note im Einzelnen ein[2].

1. Das Anerbieten des Thalwegs wird angenommen, von der Grenze der Waal nicht geredet, auch der andere preußische

1) Lehrbach, 18. October.

2) Protokoll, II, 554 fg.

Wunsch in Bezug auf die Büderichs-Insel nur empfohlen. Abgelehnt wird dagegen die Forderung der Franzosen, daß sie selbst die aus früherer Zeit in ihrem Besitz befindlichen Inseln der rechten Seite behalten, dagegen alle auf der linken Seite ohne Ausnahme erwerben wollten. Oberhalb Germersheim, verlangt das Conclusum, solle Alles bleiben, wie es durch frühere Verträge bestimmt worden sei. Die Freiheit der Rheinschifffahrt wünschte man auf Holland auszudehnen. Sei dies unmöglich, so könne auch den Holländern die Aufhebung der Rheinzölle noch nicht zu Gute kommen. Der unbehinderte Erwerb der Baumaterialien wurde nicht allein für den Leinpfad, sondern auch für den Uferbau gefordert; für die Aufhebung der Zölle jetzt die Frist eines Jahres verlangt.

2. Ueber den elsflether Zoll mag die französische Republik mit dem Hause Holstein-Oldenburg selbst ein Abkommen treffen. Die Deputation hat nicht das Recht, ihn aufzuheben. Die drei von den Franzosen empfohlenen Städte wird man wie alle übrigen Reichsstädte bestehen lassen, so daß es keiner besonderen Erwähnung bedarf.

3. Die alte bei Mainz bestehende Handelsbrücke soll von den beiden Uferstaaten unterhalten werden; für neue Brücken läßt sich die Einwilligung nicht zum Voraus zusichern.

4. Der Grundsatz für die Dependenzen der geistlichen Stiftungen wird angenommen und noch im Einzelnen ausgeführt.

5. In Bezug auf die Reichsritter hofft man auf das schon früher gewünschte Zugeständniß, daß auch die Reichsstände ihre ritterschaftlichen Besitzungen als Privateigenthum behalten können. Man verbindet damit den Wunsch, daß auch der gesammte landsässige Adel, die apanagirten Herren, weibliche Angehörige, Wittwen reichsständischer Häuser rücksichtlich ihrer Privatbesitzungen als Privatpersonen anerkannt werden.

6. Rücksichtlich der Schulden konnte Lehrbach seine Ansicht, daß man gar keine Schulden auf das rechte Ufer übernehmen dürfe, nicht durchsetzen. Albini hatte sogleich, als er

die Instruction Thugut's las, voll Schrecken ausgerufen, das sei der Krieg. Selbst in Campo Formio habe man doch nur die Schulden, welche vor dem Kriege in den abgetretenen Ländern hypothekarisch aufgenommen seien, den Franzosen zur Last gelegt [1]. Die Deputation acceptirte das französische Anerbieten, daß alle wirklich zum Vortheil des Landes contrahirten Landesschulden auf dem linken Rheinufer bleiben sollten, war dagegen bereit, die zum Vortheil und im Dienste der Reichsstände, auch insbesondere zur Führung des Reichskrieges — also nicht zur Zahlung der Contributionen — gemachten Landesschulden auf das rechte Ufer zu übertragen. Die communalen, auch die Communal-Kriegsschulden, müßten dagegen schon als Privat-Schulden den Gemeinden, die sie aufgenommen hätten, verbleiben.

7. Zu Gunsten der Emigranten werden die früheren Vorstellungen wiederholt. Man zeigt ausführlich, daß die französischen Reunions-Gesetze für deutsche Unterthanen nicht eher Wirkung haben könnten, bis die reunirten Länder auch vom Reiche abgetreten seien. Nicht Störer des Friedens, sondern Unschuldige, vor allem reichsritterschaftliche Personen, Beamte und Diener von Reichsständen würden dadurch gerettet werden, denen billig auch die von den Franzosen schon am 8. April versprochene Amnestie zu Gute komme.

8. Man verlangt nochmals Erleichterung der Contributionen, Rückzug der Truppen und die conventionsmäßige Ravitaillirung von Ehrenbreitstein.

9. Man ist bereit allen Rechten und Ansprüchen des Reiches auf die im Friedensschluß abzutretenden Länder zu entsagen, diese Entsagung auch auf Savoyen und die zu Campo Formio abgetretenen österreichischen Niederlande zu erstrecken; auch einem Vertrage zwischen Frankreich und Oesterreich über das Frickthal die Bestätigung zu ertheilen [2]; endlich in Italien

---

1) Lehrbach, 12. October.

2) Man gab dadurch dem zweideutigen Ausdruck der französischen Note:

auf diejenigen Lehen zu verzichten, welche nach dem Frieden von Campo Formio der cisalpinischen Republik zufallen sollten. Rücksichtlich der übrigen italienischen Lehen erbat man eine bestimmtere Bezeichnung. Lehrbach hatte hervorgehoben, daß bei ganz allgemeinem Verzicht die römische Republik vielleicht einmal das Aufgeben des römischen Kaisertitels fordern könne.

10. Dreitausend Klafter, nicht vom Rhein, wie die französische Note zweideutig sich ausgedrückt hatte, sondern von Kehl und Castel verspricht man kein Fort oder verschanztes Lager anzulegen. Andere Puncte, schließt das Conclusum, harren noch der Erledigung, werden aber ihren schicklichen Platz in dem Friedens-Entwurfe finden; man will sie daher dermalen nicht weitläufiger berühren.

Von allen diesen Wünschen und Ansprüchen bedurfte keiner so dringend der Erledigung, als die Verproviantirung von Ehrenbreitstein. Die Besatzung war durch Entbehrungen jeder Art zum Aeußersten gebracht. Der Commandant schrieb an Staader, an die Plenipotenz, an die kurtrierische Gesandtschaft, es sei ihm unmöglich, sich über den nächsten Monat hinaus zu halten; auch Metternich erschien die Angelegenheit so wichtig, daß er am 14. October eine Conferenz mit den Franzosen forderte[1]). Als Bonnier wieder unter nichtssagenden Redensarten eine Ausflucht suchte, zudem die Antwort auf das am 17. übersandte Conclusum länger als gewöhnlich sich erwarten ließ, ermannte sich sogar die Deputation am 23. zu einem besonderen Gesuch: die Franzosen möchten, wenn sie die übrigen Puncte nicht sogleich beantworten könnten, wenigstens in Bezug auf Ehrenbreitstein unverzüglich eine Erklärung geben[2]). Aber die Franzosen schwiegen, gaben nur

L'Empire consentira à la cession du Frickthal, die von Lehrbach gewünschte Auslegung.

1) Précis d'un entretien entre le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur et ceux de la République française du 14. Octobre, Protokoll, V, 238. Roberjot an Talleyrand, 14. October.

2) Protokoll, II, 574; V, 243.

mündlich ihre Unzufriedenheit kund, drohten wohl mit einem Ultimatum; es schien, daß sie neue Instructionen aus Paris erwarteten. Durch die Antwort der Deputation waren sie keineswegs zufrieden gestellt. „Sie werden bemerken," schreiben sie am 18. October an Talleyrand, „daß dies Conclusum das gewundenste, wenigst klare, wenigst befriedigende von allen ist, welche die Deputation bisher erlassen hat. Nach dem, was von Albini und Andern versprochen war, hätte man so etwas nicht erwarten dürfen." Aber zum Aeußersten mochten sie doch nicht schreiten. „Man konnte," fahren sie fort, entweder sogleich „zur Erwiederung das Ultimatum einreichen, oder eine Antwort des Directoriums erwarten und einstweilen die Mitglieder der Deputation ihr verkehrtes Benehmen empfinden lassen." Die Gesandten haben den letzteren Weg vorgezogen und kein Ultimatum eingereicht, weil sie der Wirkung nicht versichert waren, und weil es den Mächten, die den Krieg wollen, Vorwand zu Anschuldigungen hätte bieten können. Inzwischen erhielt man die Nachricht von dem Einrücken der Oesterreicher in Graubündten. Die politischen Verhältnisse wurden mit jedem Tage mehr gespannt. Endlich am 27. October kam der Courier aus Paris[1]), und am nächsten Tage erfolgte die französische Antwort, in einem Tone, der selbst die ähnlichen Vorgängerinnen im Frühjahre noch übertraf. Nicht mit Unrecht nennt sie Metternich „die unverdaulichste aller bisher erschienenen französischen Erklärungen[2])." „Die unterzeichneten Minister," hieß es, „haben die Note der Deputation vom 26. Vendemiaire [17. October] erhalten. Es ist schwer nach dem Lesen dieser erstaunlichen Erklärung den Ausdruck der schmerzlichsten Empfindungen zu mäßigen. Bei den unbegründeten Schwierigkeiten, von denen sie erfüllt ist, bei dem Bestreben, das, was schon festgesetzt wurde, ohne Unterlaß wieder in Frage zu stellen, bei der Zweideutigkeit sogar der zugestandenen Ar-

1) Nouvelles politiques, 30. October, Supplém., 13. November.
2) Metternich, 5. November.

tikel, bei dieser Reihe ungegründeter oder geradezu unpassender Weitläufigkeiten, welche ganze Seiten füllen, kann man nicht umhin, eine vorsätzliche Verschleppung zu erkennen und über die wahren Absichten der Deputation ernstliche Zweifel zu hegen. Die französische Republik will nicht den Krieg, aber sie fürchtet ihn nicht. Sie will den Frieden schließen; will die Deputation immer nur davon reden? Die Großmuth der französischen Regierung ist über alle Hoffnungen hinausgegangen, man darf kein neues Zugeständniß von ihrer Seite erwarten. Die Unterzeichneten beharren bei dem gesammten Inhalt ihrer Note vom 12. Vendemiaire [3. October]."

Zu derselben Zeit, als die Franzosen der Deputation und den Oesterreichern so schroff entgegentraten, waren sie noch in einen andern Streit verwickelt. Die schnöde Art, in welcher die Note vom 3. October die preußischen Forderungen nicht einmal der Erwähnung würdigte, mußte die preußischen Gesandten sehr unangenehm berühren [1]). Sie begnügten sich nicht, der Deputation ihre Wünsche aufs neue zu empfehlen; auch den Franzosen reichten sie am 8. October eine besondere Note ein [2]), mit der Bitte, die Gesandtschaft möge, wenn sie selbst rücksichtlich der Waal und der Büderichs-Insel nicht genügende Vollmacht besäße, die Entscheidung des Directoriums einholen. Den Erfolg kann man vorhersehen, wenn man sich erinnert, daß die Franzosen gleich nach der Erwerbung des linken Rheinufers ihre Augen sogar auf Wesel gerichtet hatten. Immer tauchte in Paris der Wunsch und sogar die Hoffnung wieder auf, Preußen zu einem Tausch der westlich von der Weser gelegenen Besitzungen gegen Mecklenburg zu vermögen, so bestimmt auch Friedrich Wilhelm II. im Sommer 1796 diesen Gedanken zurückgewiesen hatte [3]). Jedenfalls wollte

1) Die preußischen Gesandten, 6. October; das Ministerium, 12. October.

2) Protokoll, V, 226, 232.

3) Diplomatische Verhandlungen I, 301. Talleyrand am 6. April 1798 beruft sich sonderbarer Weise auf einen Brief Caillard's vom 24. September 1796, der zu dem Tausche Hoffnung gebe.

man Preußen soweit als möglich von der französischen Grenze entfernen, deßhalb nicht einmal eine Vergrößerung in Franken, noch viel weniger am Rheine zugestehen. Während des Sommers blieben die rastatter Gesandtschaften in äußerlich freundlichem Verkehr, aber von der Waal und der Büderichs-Insel wollten die Franzosen nichts hören [1]), überhaupt, nach Talleyrand's Anweisung, in Rastatt noch kein bestimmtes Anerbieten machen, bis Sieyes über das Ergebniß der berliner Verhandlungen Nachricht gegeben hätte. Mit Vergnügen bemerkten sie Lehrbach's Widerstand gegen die preußischen Anträge in den Sitzungen der Deputation [2]); auch Albini war unzweifelhaft durch die Franzosen zum Widerspruche angeregt. „Die Preußen," schreibt Roberjot am 26. September, „wollen uns glauben machen, daß man nur durch ihre Vermittlung von der Deputation etwas erlangen könne. Sie versprechen die volle unbedingte Bewilligung unserer Forderungen, wenn ihnen nur die Büderichs-Insel zugestanden würde. Da sie uns aufmerksam machten, haben wir ihnen bei der Deputation entgegen gewirkt, und die Deputation hat begriffen, daß es nicht gerade das Interesse des Reiches ist, was die Preußen im Auge haben." Danach und nach der französischen Erklärung vom 3. October mochten die preußischen Gesandten ihre eigene Note nicht eben mit den besten Hoffnungen übergeben. Aber sie wurden doch überrascht, als sie auf eine erneuerte Anfrage am 13. October vernehmen mußten, diese Angelegenheit sei durch die französische Erwiederung auf die preußische Note vom 19. Juni — in welcher nur von der Waal, keineswegs von der Büderichs-Insel Rede war — bereits erledigt; die französischen Bevollmächtigten fänden sich nicht in der Lage, die zuletzt empfangene Note dem Directorium auch nur vorlegen zu können. Umsonst beklagten sich die preußischen Gesandten am 16. October, daß ein solches Verfahren allen Regeln des diploma-

1) Roberjot, 23. August.

2) Debry an Talleyrand, 24. September.

tischen Verkehres widerspreche[1]); sie erhielten keine Antwort, und Sandoz schrieb ihnen aus Paris, den französischen Bevollmächtigten sei verboten, über die Sache weiter zu verhandeln. Die Franzosen schienen es sich zur Aufgabe zu machen, bei jeder Gelegenheit, bei Lehrbach, bei Albini, bei Löben sich in den wenigst gewählten Ausdrücken gegen die preußische Politik und ihre Vertreter zu ergehen[2]). Den mißliebigen Inhalt des Conclusums vom 17. October legten sie vor Allem preußischen Einflüsterungen zur Last, ihr Bericht an Talleyrand vom 18. erklärt den jungen Herrscher von Preußen[3]) „in seiner königlichen Verruchtheit und Heuchelei" für einen schlimmeren Feind als Paul I., und ihre üble Laune führte sogar einen öffentlichen Auftritt herbei, der, an polnische Vorgänge erinnernd, nicht allein unter den rastatter Diplomaten, sondern überall, wo er in Deutschland bekannt werden durfte, peinliches Aufsehen erregte.

Die verwittwete Königin von Preußen war zu einem Besuche nach Karlsruhe und von da nach Rastatt gekommen. „Vorgestern," schreibt Metternich am 19. October, „kam Ihre Majestät nach dem hiesigen Schauspielhause, der Vorstellung zweier für Sie ersehenen Stücke in Gesellschaft des Markgräflich Badenschen Hofes beizuwohnen. Dieses war auf den Anschlagzetteln desselben und sogar des vorhergehenden Tages dem gesammten Publicum angekündet. Die sämmtlichen hier anwesenden Bevollmächtigten und Abgeordneten waren hiervon ohnehin unterrichtet. Ich, alle Mitglieder der Deputation, die meisten Particular-Bevollmächtigten, und die Damen erschienen im Theater in großem Anzuge. Die französischen Bevollmächtigten fanden

1) Protokoll, V, 233. Die preußischen Gesandten an das Ministerium, 17., 24., 29. October; das Ministerium, 19. October, 5. November.

2) Lehrbach 12. October.

3) Le roi de Prusse n'est plus le roi qui ne désirait que la paix; il n'a cessé d'être de la coalition; il a cru cacher ses intentions sous un voile hypocrite, mais sa rage contre la République est aussi grande que celle de Paul I. Sa scélératesse royale wird durch seine Rüstungen offenbar.

sich nebst ihren Frauen ebenfalls auf ihrem gewöhnlichen Platze ein. Keiner von ihnen hatte der Königin in Karlsruhe aufgewartet; es würde also auch nicht sehr schicklich gewesen sein, sich der Königin in ihrer Loge vorstellen zu lassen, obwohl, wenn sie dieses anders gewollt hätten, sich noch immer eine Entschuldigung jener Unterlassung gefunden haben würde."

„Indem nun die Ankunft Ihrer Majestät etwas über die gewöhnliche Stunde sich verzog, beschickten die französischen Bevollmächtigten den Unternehmer (oder Schauspiel-Direktor) Demery und verlangten die Eröffnung des ersten Stückes. Dieser entschuldigte sich mit der Erwartung der Königin, welche nicht mehr ferne sein könne. Jene wiederholten nun ihre Beschickung zum zweiten, und da dieses nicht wirkte, zum dritten Male mit dem Befehle, unverzüglich anzufangen. Aber der Director des Orchesters, ein Deutscher, zog ihn aus dieser Verlegenheit; statt die dem Stücke vorhergehende Simphonie zu eröffnen, ging er mit dem gesammten Orchester unvermuthet ab, und alle, sobald er sie von dem Bewandnisse der Sache unterrichtet hatte, gaben ihm ihr Wort, daß sie um keinen Preis eher anfangen würden, bis die Königin eintreten werde."

„Hierdurch nun ward diese unbegreifliche erste Unhöflichkeit gebeugt und vereitelt. Endlich trat die Königin, unter allgemeiner Bewillkommung des Parterres und der Logen, in den Saal ein und verbeugte sich nach allen Seiten. Jedermann war bei Ihrem Eintritte aufgestanden, und die Damen setzten sich nicht eher, als eine kurze Weile, nachdem die Königin sich niedergelassen hatte. Nur in der Loge der französischen Bevollmächtigten blieben Frauen und Männer unbeweglich und zu Jedermanns Aergernisse sitzen, und das Parterre war gutmüthig genug, diese nie gesehene Rohheit, diesen vorsätzlichen Mangel der in jeder guten Gesellschaft, auch außer der Anwesenheit einer Königin, schon der Gesellschaft selbst schuldigen Aufmerksamkeit ungeahndet zu lassen."

„Während des Entre-Actes wartete ich, nebst allen Herren und Damen, der Königin in ihrer Loge auf."

„Auch hieran, wie nach jenen auffallenden Vorgängen nun wohl zu vermuthen war, nahm die französische Loge keinen Theil. Die preußischen Bevollmächtigten konnten über dieses ganze Betragen ihre gerechte Empfindlichkeit nicht unterdrücken; das gesammte Publikum theilt sie mit ihnen, und Niemand kann die Politik dieses albernen Benehmens der französischen Bevollmächtigten einsehen [1]."

In der That war das Benehmen der Franzosen, eben nachdem sie zur See einen so gewaltigen Schlag erhalten hatten, ihren Interessen in keiner Weise förderlich. Oesterreichischer und preußischer Einfluß wirkten zusammen, die Deputation zur Festigkeit zu bestimmen. Albini war allerdings in großer Aufregung, er meinte, der Krieg sei vor der Thür, erklärte aber: wenn die Franzosen alles übertrieben, so müsse die Reichsarmee vorrücken und am rechten und linken Ufer die Völker aufrufen [2]). In der Abstimmung am 3. November verharrte die Deputation im Wesentlichen bei ihren Beschlüssen vom 17. und 23. October, besonders in Bezug auf die beiden Hauptdifferenzen: die Emigranten und die Schulden.

Schon Thugut hatte in der Depesche vom 5. October darauf hingewiesen, daß die Uebertragung der Schulden vom linken auf das rechte Ufer dem deutschen Reich unter einem anderen Titel gleichsam einen ewigen Tribut auferlege, weil mit keiner Wahrscheinlichkeit sich der Zeitpunkt würde bestimmen lassen, wo die rechtsrheinischen Reichsstände und Gemeinden, durch Kriegsunglück theils verarmt, theils mit Schulden beladen, sich dieser neuen Bürde entledigen könnten. Das reden'sche Votum, wahrscheinlich von Martens verfaßt, führt diesen Gedanken scharfsinnig weiter aus. Es zeigt, daß die

1) Auch Lehrbach's Bericht vom 18. October setzt den Vorfall auf den gestrigen Tag. Nach dem Schreiben der preußischen Gesandten vom 20. October hätte er am vorhergehenden Dienstag stattgefunden, der 1798 auf den 16. October fiel. Merkwürdig, daß sie weder en clair noch in Chiffern die französische Unhöflichkeit zur Erwähnung bringen.

2) Lehrbach, 29. October.

zum Zwecke oder seit dem Ausbruch des Krieges gemachten Schulden den bei Weitem beträchtlichsten Theil der Communal-Schulden bildeten, daß also die Uebertragung dieser Schulden, wie sie die Franzosen am 3. October gefordert hatten, eine unerschwingliche Last auf das rechte Rheinufer werfe. „Diese Schulden,“ heißt es weiter, „sind mit deutschem Gelde, aber recht eigentlich zum Vortheil der französischen Republik gemacht, weil sie die jetzt an Frankreich fallenden Länder vor Verheerungen und vom Verderben gerettet haben. Die Capitalien sind den Gemeinden meistens durch die frommen Stiftungen vorgeschossen; da die Republik diese Stiftungen eingezogen hat und dadurch ihre Rechtsnachfolgerin geworden ist, so ist sie zugleich Hauptgläubigerin ihrer eigenen Gemeinden geworden. Werden nun diese Schulden auf Gemeinden des rechten Ufers übertragen, so gewinnt die Republik den Vortheil, ihre eigenen Gemeinden stärker besteuern, oder die verpfändeten Gemeindegüter noch anderweitig benutzen zu können. Aber welche Ungerechtigkeit, daß die deutsche Nation zu diesem Zwecke die unerschwinglichen Summen der Communal-Schulden des linken Ufers bezahlen, oder mit andern Worten einen Tribut entrichten soll, mit welchem Frankreich die Unterjochung Deutschlands um so leichter bewirken könnte, als es durch die Einziehung solcher Summen den deutschen Unterthanen die Erwerbsmittel rauben und dadurch im Voraus alle Staatskräfte vernichten würde! Unmöglich kann man an dieser Stelle ein Begehren bewilligen, welches den Ruin der deutschen Staatsbürger aller Klassen nach sich ziehen, die politische Existenz Deutschlands in die größte Gefahr bringen und die Nationalehre compromittiren würde.“ In diesem Sinne erhielten denn auch die Ausfälle der französischen Note eine kräftige Erwiederung. Selbst Albini äußerte, die Deputation dürfe den Krieg so sehr nicht fürchten, daß sie, um ihn abzuwenden, sich zu Bedingungen verstände, die schwerer seien als der Krieg [1]).

1) Protokoll II, 595. 606. Die französische Auffassung begründen Roberjot's Berichte vom 4. und 6. November.

Bei der Feststellung des Conclusums am 6. November wollte er freilich in Folge einer Unterredung mit Bonnier die Ausdrücke wieder abschwächen, wurde jedoch von Lehrbach daran verhindert. „Immer aber," schreibt der österreichische Bevollmächtigte am 7. November, „bleibt das Conclusum milder als die Abstimmungen, und als es auf die französischen, die Deputation herabwürdigenden Noten hätte lauten sollen. Alle Conclusa enthalten die schwachen, schwankenden Ausdrücke: die Deputation hoffe, wünsche, vermeine, ersuche, setze das Vertrauen und dergleichen, wo die Franzosen dieselbe lächerlich machen, bittere, ungegründete Vorwürfe einmengen, man kann sagen, niederträchtige Ausdrücke gebrauchen. Allein was ist mit einem Körper, wie die Deputation ist, mit solchen theils interessirten, theils schwachen, in der wahren Politik fast durchgehends kurzsichtigen Menschen zu machen, die noch dazu als große Pedanten für die französischen Intriguen so empfänglich sind?"

Aber selbst die Franzosen mußten fühlen, sie seien zu weit gegangen. Nach ihrer letzten Note blieb ihnen kaum etwas übrig, als die Verhandlung abzubrechen. Talleyrand hatte ihnen aber am 24. October vorgeschrieben, zwar kein ferneres Zugeständniß zu machen, es sei denn in Betreff der Gemeinde-Schulden, ein Ultimatum dagegen noch nicht, und überhaupt erst dann einzureichen, wenn das Directorium den Zeitpunkt bestimme. Wider Erwarten antworteten sie schon am 11. November in ruhigem, gemäßigtem Tone. Ernstliche Schwierigkeiten, heißt es, verursachen eigentlich nur der erste, zweite und sechste Punct. In Bezug auf die beiden ersten Puncte — Rheingrenze, freie Schifffahrt, elsflether Zoll, Hansestädte — bleiben sie bei ihren Ansprüchen. Die Verwendung zu Gunsten der Emigranten fertigen sie beiläufig durch die Bemerkung ab, es verstehe sich von selbst, daß französische Emigrations-Gesetze sich nicht auf die deutsche Nation beziehen könnten; ebenso werden auch die Reclamationen in Bezug auf Ehrenbreitstein als eine militärische, der Competenz der Gesandten

entzogene Angelegenheit in einer eigenen Note abgelehnt[1]). Nur in Bezug auf den 6. Punct erfolgt ein Zugeständniß: die Kriegsschulden, welche seit der französischen Occupation, also zur Bezahlung der französischen Contributionen von den Gemeinden eingegangen sind, sollen dem linken Rheinufer verbleiben. Dafür, hoffen die Gesandten, wird nun auch der nur zu sehr verlängerte Streit zum Austrag, und das schon vereinbarte Princip der Säcularisationen endlich zur Verhandlung kommen. „Ein thätiger Beobachter," schreibt Lehrbach am 12. November, „wird aus dem ganzen Gang der Friedens-Unterhandlungen bemerken, daß die Franzosen immer den Kunstgriff anwenden, bald stark, bald, wenn man es noch also nennen kann, milder zu sprechen, und immer etwas zu gewinnen, wie es auch geschieht, da die Deputation es zwar bemerkt, aber nicht danach handelt." Die französischen Gesandten hielten es dagegen für nöthig, dem Directorium gegenüber ihr mildes Auftreten zu rechtfertigen. Die zur Schau getragene Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen, bemerken sie, habe es nothwendig gemacht, einstweilen weniger strenge Formen anzunehmen. Die Note bringe die österreichischen Gesandten und die katholische Partei aus der Fassung, belebe die Hoffnung der Frankreich ergebenen Fürsten, erfülle Alle mit Freude, welche ein Recht auf Entschädigung besäßen, und werde auch die öffentliche Meinung in Deutschland zu Gunsten Frankreichs stimmen[2]).

---

1) Protokoll V, 256, 258. Schon am 25. October schreiben die Gesandten: Notre réponse déroutera les membres de la Députation et leur fera oublier cette petite question qui au fond n'intéresse que l'Autriche et la Prusse.

2) Die Gesandten an Talleyrand, 13. November; Roberjot an Talleyrand 13. November: Elle consterne les ministres impériaux et déroute et afflige le parti catholique, elle a ranimé l'espoir des princes qui nous restent attachés, elle a comblé de joie les individus, qui ont droit aux indemnités, elle remplit le voeu des amis de la paix et

In der Sitzung vom 17. November blieb die Deputation gleichwohl bei ihren früheren Ansichten. Manches war geschehen, sie darin zu bestärken. Der Fürstbischof von Lübeck hatte seinen gewöhnlich in Regensburg bevollmächtigten Conferenzrath von Koch eigens nach Rastatt geschickt, um gegen die Aufhebung des elsflether Zolles zu wirken. Auch die preußischen Gesandten richteten deßhalb und wegen der Büderichs-Insel am 15. November wieder eine Denkschrift an die Deputation und erklärten Tags darauf den Franzosen, daß der König innerhalb der Demarcationslinie durchaus keine Forderung einer fremden Macht gestatten könne. Die aus dem Elsaß geflohenen Beamten und Ritter baten in den dringendsten Worten um Schutz gegen die Willkür der Emigrations-Gesetze [1]). Die Deputation nahm sich einmal das Vorgehen ihrer Gegner zum Muster. Wenn die französische Note bei den Puncten 3—5 und 7—10 keine Schwierigkeit finden wollte, so acceptirte man den zweideutigen Ausdruck in dem Sinne, daß Frankreich der deutschen Auffassung dieser Puncte beipflichte. Ferner bemerkte man: wenn die Emigrations-Gesetze sich nicht auf die deutsche Nation beziehen sollten, so würden auch diejenigen Deutschen nicht dadurch getroffen, welche in den von Frankreich reunirten, aber von Deutschland vor der Cession noch nicht als französisch anerkannten Landen, nämlich im Elsaß und in Lothringen sich befunden hätten. Die preußischen Wünsche wegen der Büderichs-Insel wurden nochmals empfohlen, die Aufhebung des elsflether Zolles einer besondern zwischen Frankreich und dem Hause Holstein-Oldenburg abzuschließenden Convention überlassen, die besondere Garantie der drei Städte wiederum abgelehnt, endlich nach dem Vorgange Löbens bestimmt gefordert, daß sämmtliche Communal-Schulden dem linken Ufer verbleiben, und auch von den

---

elle déterminera l'opinion de l'Allemagne à se prononcer en faveur de la France.

1) Protokoll II, 623; V, 274, 278, 281 fg.

Landesschulden nur ausnahmsweise die zum Zwecke des Reichskrieges, nicht zur Bezahlung der Contributionen contrahirten auf das rechte Ufer übergehen sollten. Uebrigens kommt in dem Conclusum wieder die friedensselige und hoffende Gesinnung der meisten Deputirten zum Ausdruck. Baiern, Baden, Darmstadt und, zum größten Aerger Lehrbach's, sogar Augsburg [1]) wollten schon die dankbare Hoffnung aussprechen, daß nach Erledigung der ersten Friedensbasis bald auch die zweite, die Säcularisation, zur Verhandlung kommen könnte. „Die Deputation taugt nichts mehr," sagte Löben beim Weggehen aus der Sitzung, „es ist später noch weniger Gutes zu er-

1) Schon am 12. November hebt Lehrbach den Widersinn hervor, daß die Deputirten von Augsburg und Frankfurt bei so wichtigen Fragen, wie vordem die Abtretung des linken Rheinufers, den Ausschlag geben könnten, da doch auf dem Reichstage die Städte nur zuträten, wenn die beiden andern Collegien sich geeinigt hätten. Der erste augsburgische Deputirte, Herr v. Pflummern, sei von Treilhard, man sage, durch eine Tänzerin und, als leidenschaftlicher Spieler, noch durch andere Mittel gewonnen, der zweite Deputirte, Herr Schmid, ein wohldenkender Mann, schon seit längerer Zeit geflissentlich abwesend. Lehrbach wünscht, der kaiserliche Gesandte, Graf Fugger, möge sich in Augsburg bemühen, daß Pflummern seine Abberufung, oder wenigstens bestimmte Instructionen und Schmid wieder an die Seite erhielte, sonst würde er ohne Umstände auch für Säcularisationen stimmen. Lehrbach's Ansicht wird nicht widerlegt durch folgende Mittheilung Roberjot's vom 7. October: „Seitdem es verlautet, daß Frankreich die Hansestädte beschütze, hat auch Augsburg sich beworben. Cette ville renferme un grand nombre de protestants, qui sont attachés à la nation française, et qui éprouvent par l'influence du Chapitre et de l'Evêque d'Augsburg de vexations d'autant plus grandes, qu'ils manifestent une opinion d'indépendance plus prononcée. Le député qui est venu nous faire cette déclaration nous a promis son vote dans toutes les occasions. Nous connaissons ses principes; s'il n'a agi dans toutes les occasions comme nous le désirions, c'est qu'il a été contrarié par son collègue catholique qui a toujours exigé impérieusement, que son avis prévalut. Si on accorde cette protection à cette ville, Monsieur de Pflummeren sera entièrement pour nous."

warten; nach Beendigung der ersten Basis sollte man sie nach Hause schicken." Lehrbach war damit einverstanden[1]).

Gerade als Metternich das am 20. November festgestellte Conclusum folgenden Tages den Franzosen übersandte, hatten diese durch einen Courier neue Anweisung erhalten. Die politischen Verhältnisse drängten nach allen Seiten zur Entscheidung. Um sie zunächst in Rastatt herbeizuführen, erlaubte Talleyrand, rücksichtlich der Gemeinde-Schulden nachzugeben und alle ohne Unterschied für die Gemeinden des linken Ufers zu übernehmen. Die Gesandten beeilten sich, am 23. der Deputation von diesem Zugeständniß Nachricht zu geben, verbanden aber damit die unverbrüchliche Bedingung (conditio sine qua non et resolutiva), daß die Deputation allen übrigen Puncten beiträte, die in der Note vom 3. October aufgestellt und in der späteren vom 11. November modificirt worden seien. Sie wiederholten die Forderung der oberrheinischen Inseln, die auf der rechten Seite des Thalweges Frankreich schon früher gehört hatten. Sie verlangten ferner, die Deputation solle, wenn sie den elsflether Zoll nicht aufheben könne, wenigstens auf alle Rechte, die dem Reiche dabei zustehen könnten, Verzicht leisten und für die Aufhebung im Voraus eine Entschädigung in Aussicht stellen. Endlich wiesen sie die Interpretation des letzten Conclusums in Bezug auf die Emigranten zurück. Mit der wirklichen Reunion, sagten sie, habe die deutsche Nationalität aufgehört, also die Wirksamkeit der Emigranten-Gesetze begonnen[2]). Sie versprachen jedoch, gerechte Ausnahmen in solcher Zahl zuzulassen, daß die Deputation sich nicht zu beunruhigen brauche.

Ueberblicken wir die Forderungen der Franzosen. Sie

1) Lehrbach, 18. November. Protokoll II, 646 fg., 656.

2) Lehrbach hatte es wohl vorausgesehen. „Bei dem Emigrationspunct," schreibt er am 12. November, „gebrauchen die Franzosen den zweifelhaften Ausdruck: à la nation allemande. Sie verstehen ganz sicher die sog. reunirten Länder nicht darunter und werfen es unter diesen Zweifeln hin, um immer, wie man sagt, damit chicaniren zu können."

gestatteten sich noch immer mehrere Uebergriffe auf das rechte Ufer; sie hatten die Schleifung von Ehrenbreitstein, von Kehl und Castel und die Abtretung der Petersau erlangt, sie forderten noch einige oberrheinische Inseln, die Aufhebung des elsflether Zolles und die Uebertragung eines Theiles der Landesschulden. Immer war aber von dem, was sie im April und Mai gefordert hatten, manches aufgegeben. Die jetzigen Bedingungen ließen sich nicht mehr als Dictate eines rücksichtslosen Siegers bezeichnen. Gleichwohl war die Deputation nicht geneigt, in so vielen Puncten sich zu fügen. Um ihren Widerstand zu befestigen, wirkte jetzt besonders preußischer Einfluß. Die Art, wie die Franzosen die preußischen Wünsche abschlugen, hatte in Berlin den äußersten Unwillen hervorgerufen[1]). Die Gesandten erhielten Anweisung, ihre Bemühungen fortzusetzen, und es lag gewiß nicht an ihnen, wenn die Deputation nicht alle der Republik bewilligten Zugeständnisse durch die Rückgabe der Büderichs-Insel bedingte. Lehrbach, welcher mit herzlicher Schadenfreude dem Hader zwischen Preußen und Franzosen zusah, findet nicht Worte genug für die „Aufdringlichkeit und den Eigennutz" der preußischen Gesandten. „Früher," schreibt er, „haben die Preußen das linke Rheinufer den Franzosen gleichsam aufgedrungen, jetzt halten sie nur die Büderichs-Insel im Auge und würden Alles, was die Deputation erlangt hat, gern wieder für diesen einen Punct aufgeben. Sie haben sich nicht getraut, deßhalb neuerdings an die Franzosen sich zu wenden, auch scheint ihr Credit durch Sandoz bei dem Directorium wenig zu gelten. Es muß also wieder für diesen großen Staat von Preußen und trotz der Görtzischen Ministerialhoheit die arme Deputation herhalten. Die preußischen Minister haben ein Promemoria übergeben; dabei sind sie von Haus zu Haus gegangen und haben das

1) Das preuß. Ministerium an die Gesandten, 12. und 19. October. Selbst Roberjot räth am 21. November einige Nachgiebigkeit, um Preußen von der Coalition zurückzuhalten.

von Berlin ihnen zugekommene Rescript verlesen. . . . Sie hetzen damit Alle aneinander, halten das Friedensgeschäft auf und veranlassen, daß weder auf Ehrenbreitstein, weder auf den Truppenrückzug vom rechten Rheinufer, weder auf andere noch unberichtigte Gegenstände gedacht wird. Wo man hinkommt, heißt es Büderichs-Insel, wo man einen preußischen Minister erblickt, wird von nichts, als dieser Insel gesprochen, die doch im Grunde auf der linken Rheinseite außer dem als Grenze bestimmten Thalweg liegt." Lehrbach hatte eine heftige Unterredung mit Görtz, weil er bei seiner früheren Ansicht blieb [1]). Die preußischen Gesandten reichten am 28. November abermals eine Denkschrift ein [2]), und die Delegirten von Sachsen und Bremen zeigten sich geneigt, in ihrem Sinne zu wirken.

In der Sitzung vom 1. Dezember gaben denn auch diese beiden den Franzosen am wenigsten nach. Sie wollten die in den letzten Noten nicht ausdrücklich erörterten Forderungen in Betreff der Commercial-Brücken, der ritterschaftlichen Besitzungen, des Leinpfads, der Rheinzölle durchaus nicht als zugestanden ansehen, sie verweigerten die Aufhebung des elsflether Zolles und forderten in den reunirten Ländern bestimmte Sicherheit für die Emigranten. Selbst das Zugeständniß in Bezug auf die Communal-Schulden befriedigte sie nicht; sie wollten auch von den Landes-Schulden nur die für den Reichskrieg, nicht alle bei Gelegenheit des Reichskrieges eingegangenen auf das rechte Ufer übernehmen. Endlich verweigerten sie die oberrheinischen Inseln und stellten den bestimmten Antrag, die Büderichs-Insel für Preußen zu verlangen. In dem letzten Puncte war es dies Mal Lehrbach, der den Franzosen am meisten entgegenkam; er wollte die ganze Angelegenheit von der Deputation fern halten und durch eine besondere, zwischen der preußischen und französischen Gesandtschaft abzuschließende Uebereinkunft entscheiden lassen.

---

1) Lehrbach, 18. November, 2. Dezember.

2) Protokoll VI, 16.

Im Uebrigen stimmte er wesentlich wie Sachsen und Hannover; sein Votum enthält aber neben den gewöhnlichen prahlerischen Aeußerungen über österreichische Verdienste so viele bei ihm ganz ungewohnte verbindliche Redensarten für die Franzosen, daß man glauben könnte, er habe recht im Gegensatz zu Preußen sich um ihre Gunst beworben. Die übrigen Stimmen zeigten sich geneigt, die preußischen Wünsche zu empfehlen; Baden führte noch aus, daß die französische Forderung in Bezug auf die oberrheinischen Inseln ganz unbedeutend sei. Die Deputation habe den Franzosen die rechtsrheinischen bisher von ihnen besessenen Inseln bereits in der Sitzung vom 3. August überlassen wollen, wenn dagegen die früher von Deutschland besessenen Inseln auf der linken Seite dem Reiche verblieben. Auf der rechten Seite stehe aber nur eine einzige Insel, nämlich Thalhunden bei Greffern im Badischen, unter französischer, und auf der linken Seite keine einzige Insel unter deutscher Hoheit; dagegen seien auf der linken Seite allerdings einige Inseln im Privatbesitz theils von Reichsständen, theils von Reichsrittern, theils von Gemeinden. Den beiden letzten Klassen verspreche Frankreich ihr Eigenthum zu erhalten, nur die Reichsstände — wie Albini später ausführte: allein Hessen-Darmstadt — würden es verlieren und auf dem rechten Ufer Entschädigung erhalten müssen. Dieser Nachtheil sei aber nicht bedeutend genug, um deßhalb den Frieden zu verzögern [1]. In Bezug auf die Emigranten traten Baden und Darmstadt, vielleicht nicht ohne Anregung Lehrbach's, mit einem neuen Gedanken hervor. Die französische und die deutsche Ansicht, sagten sie, ständen sich in Bezug auf die Geltung der Emigranten-Gesetze so schroff gegenüber, daß man am besten gar nicht darauf einginge. Der 9. Artikel des Friedens von Campo Formio verspreche dagegen in den abgetretenen und ausgewechselten Ländern allen Einwohnern und Eigenthümern die Aufhebung des in Folge des Kriegs auf ihre Güter und Einkünfte gelegten

1) Protokoll III, 40, 50; II, 262, 290.

Sequesters, zudem, wenn sie auswandern wollten, einen Zeitraum von drei Jahren, um ihre Güter zu verkaufen. In diesem Artikel könne man die gewünschte Auskunft finden[1]). Die Mehrheit schien dieser Auffassung beizupflichten, und Lehrbach schreibt am 2. Dezember, das bevorstehende Conclusum würde die Rückgabe der Büderichs-Insel nur empfehlen und rücksichtlich der Emigranten auf den Frieden von Campo Formio verweisen. Aber schon in der Sitzung hatten Löben und Reden es für bedenklich erachtet, daß die Reichs-Deputation sich auf einen österreichischen Particular-Frieden berufe; sie gewannen auch Albini für diese Meinung und konnten sich wieder zum großen Aerger Lehrbach's auf Metternich berufen, der die Bestimmungen von Campo Formio dunkel und unzureichend genannt hatte. Ferner war den preußischen Gesandten mit einer bloßen Empfehlung ihres Wunsches keineswegs gedient, und es gelang ihnen, durch Löben's Vermittlung Albini und noch einige Deputirte umzustimmen. So geschah es, daß das Conclusum, wie es am 4. Dezember festgestellt wurde, die Rückgabe der so oft genannten Insel nicht bloß empfahl, sondern beantragte, und in Bezug auf die Emigranten den Frieden von Campo Formio gar nicht erwähnte, sondern statt seiner wieder eine lange Auseinandersetzung zu Gunsten der Emigranten wiederholte. Im Uebrigen wurde die Aufhebung des elsflether Zolles auf eine, nach den oldenburgischen, dänischen und preußischen Erklärungen[2]) völlig aussichtslose besondere Unterhandlung verwiesen, in Bezug auf die oberrheinischen Inseln den Franzosen nachgegeben, schließlich die Hoffnung ausgesprochen, daß über die Schulden und die übrigen nicht völlig zum Abschluß gelangten Gegenstände eine vergnügliche Einigung bald erfolgen würde[3]).

---

1) Protokoll III, 37.

2) Protokoll VI, 15 fg.

3) Protokoll VI, 20. Roberjot, 3., 4., 5. Dezember: Das „Conclusum ist durch die Preußen noch mehr als durch die Oesterreicher verdorben. Elle

Aber durch bloße Hoffnungen ließen sich die Franzosen nicht länger befriedigen. Die politischen Ereignisse gestatteten keinen Aufschub mehr. Oesterreichische Truppen standen in Graubündten, die russischen setzten ihren Marsch nach Deutschland fort, in Italien konnte der Krieg mit jedem Tage seinen Anfang nehmen. Das Directorium mußte wünschen, mit der Deputation zum Abschluß zu kommen, wo möglich das Reich von dem Kaiser zu trennen und für den Fall eines neuen Krieges die Uneinigkeit der deutschen Fürsten in der Weise zu benutzen, wie es sechs Jahre später wirklich geschehen ist. Unmittelbar nachdem das am 4. Dezember festgestellte Conclusum am 6. Dezember den Franzosen übergeben war, erfolgte ihre Antwort. Was sie im October mehrmals gedroht hatten, brachten sie jetzt zur Ausführung. Wieder wurde alles Zögern der Deputation Schuld gegeben, und die Großmuth des Directoriums in das hellste Licht gestellt. „Aber," heißt es dann, „die Nachgiebigkeit der französischen Gesandten würde zum Verbrechen werden, nachdem der Widerspruch von Seiten des Reiches zum System geworden ist. Wenn ein ganzes Jahr nicht hingereicht hat, den Frieden zu Stande zu bringen, so ergibt sich unzweifelhaft, daß Deutschland anderen Absichten, als friedlichen, dienen soll. Die Zukunft wird bald die Deputation und das deutsche Volk ihre wahren Freunde kennen lehren. Einstweilen bedarf es aber eines bestimmten Abschlusses. Die Unterzeichneten erklären deßhalb ihre Note vom 13. Vendemiaire (3. October) in der Auslegung, welche sie durch die Noten vom 21. und 23. Brumaire und 3. Frimaire (11., 13. und 23. November) erhalten hat, für das Ultimatum der französischen Regierung; sie erklären zu gleicher Zeit, daß, wofern die Deputation nicht innerhalb sechs Tagen eine bestimmte und genugthuende Erklärung über alle noch streitigen

---

est bien précieuse cette réponse; elle nous fournit des preuves bien convaincantes, que la République française est la seule des puissances qui fut disposée à la paix.

Puncte gegeben hat, ihre Vollmachten zu Ende gehen." „Die Schnelligkeit der französischen Antwort," schreibt Lehrbach am 7. Dezember, „beweist deutlich, daß sie schon im Voraus vorbereitet war." Er hat ganz richtig gesehen. Die Note ist nur die Ausführung dessen, was Talleyrand schon am 17. November den Gesandten für den Fall vorgezeichnet hatte, daß sie auf ihre Erklärung über die Communal-Schulden keine vollkommen und unbedingt zustimmende Antwort erhielten[1]). Um so mehr fanden sich die Mitglieder der Deputation überrascht; und jetzt, wie sie glaubten, unmittelbar vor die Wahl zwischen Krieg und Frieden gestellt, verloren die Meisten und die zumeist Bedrohten den Muth. Albini berief gleich auf den folgenden Tag eine Sitzung und redete nach seiner heftigen Weise über die traurige Lage der rheinischen Gebiete. Er fragte, ob Norddeutschland den Süden vertheidigen werde; in diesem Falle könne Mainz noch sein letztes Schloß verbrennen lassen; aber wenn Niemand helfen wolle, müsse man sich selbst helfen. Löben und Reden hatten nichts zu erwiedern; Lehrbach ermahnte seinen Instructionen gemäß zur Festigkeit. Er stellte vor, die Deputation dürfe sich keinen Termin setzen lassen, die

1) Talleyrand, 17. November: Le Directoire vous autorise à présenter alors sans délai votre ultimatum . . . Vous fixerez un délai de cinq jours dans lequel vous réclamerez une réponse catégorique et satisfaisante. Le cinquième jour en effet, si la réponse n'est pas obtenue, vous présenterez une dernière note, dans laquelle vous déclarerez simplement que vos pouvoirs ont cessé, et que vous avez ordre de vous retirer, en annonçant toutefois, que le gouvernement français reste toujours disposé à conclure la paix avec l'Empire aux conditions proposées par vous. Ce qui n'empêche pas, que vous ne receviez en même temps les communications confidentielles, qu'on pourra vous faire, et que vous nous les transmettiez. Am 23. November schreiben die Gesandten, das Ultimatum würde ausgearbeitet, am 25. meinen sie, in Folge ihrer Note vom 23. November sei das Ultimatum vielleicht nicht einmal nöthig; am 1. Dezember heißt es, die Deputation berathe noch. „Le plus petit article rejetté ou présenté avec des modifications, nous fera prendre le parti de donner l'ultimatum."

Drohung der Franzosen sei wahrscheinlich nur ein Schreckmittel: sie hätten noch gar nicht vom Kriege, nicht einmal von der Abreise, sondern nur von der Endigung ihrer Vollmachten gesprochen. Aber schon in der Sitzung konnte er bemerken, daß die Mehrheit nachgeben würde. „Da es offenbar ist," setzt er hinzu „daß das nördliche Deutschland, insbesondere Preußen, einschließlich Sachsen und Bremen, nur bellen und nicht beißen, so ist keine Beredsamkeit der Welt im Stande, die Mehrheit allhier aufzurichten oder systematisch handeln zu machen. . . . Wenn die preußischen Gesandten nur ein einziges Mal äußerten, die Armee der Demarcationslinie würde vorrücken, so bin ich versichert, daß die Franzosen ihren Ton nicht allein herabstimmen, sondern selbst Nachgiebigkeit würden eintreten lassen [1])."

Die Abstimmung wurde von Albini, um die Frist nicht zu versäumen, schon auf den 9. Dezember festgesetzt. Bis dahin entwickelten die Franzosen noch die eifrigste Thätigkeit. Sie zeigten eine, angeblich durch den Telegraphen erhaltene Anweisung, nach Ablauf der Frist sofort den Congreß-Ort zu verlassen. Roberjot fragte den Baron Jacobi, ob er schon zur Abreise gerüstet sei, mit dem Beifügen, auf der französischen Gesandtschaft sei Alles gepackt. Debry schickte seinem Freunde Sickingen eine Einladung, noch einmal vor der Abreise bei ihm zu speisen. Die französischen Gesandten machten sogar allen Mitgliedern der Deputation, mit Ausnahme von Lehrbach, Löben und Reden, einen Besuch, um sie zur Annahme und zwar zur unbedingten Annahme des Ultimatums aufzufordern. Die Anrufung des Vertrages von Campo Formio, an welche Albini noch als Ausweg dachte, wiesen sie zurück; dem Deputirten von Frankfurt drohten sie mit unverzüglicher Besetzung der Stadt und Aufhebung der mit Frankreich abgeschlossenen Uebereinkunft [2]). Wessen man sich zu versehen

1) Lehrbach, 9. Dezember; die französischen Gesandten, 7. Dezember.
2) Lehrbach, 10. Dezember; Metternich, 12. Dezember.

habe, zeigte nur zu deutlich eine klägliche Eingabe des nassauischen Particular-Gesandten von Kruse. Die Kriegscommissäre in Mainz hatten eben wieder für die besetzten Länder am rechten Ufer neue Lieferungen und eine Contribution von monatlich 150,000 Gulden, zunächst für den 25. Dezember ausgeschrieben[1]). Auch die so oft von den Franzosen vorgeschobenen Particular-Gesandten von Zweibrücken, Würtemberg und Darmstadt, natürlich auch Solms, Noel und Sickingen mußten am 7. Dezember der Deputation eine Denkschrift einreichen, mit dem Gesuch, durch einen baldigen Frieden die beruhigendsten Mittel zur Sicherung des deutschen Vaterlandes zu ergreifen[2]). Noch am 8. Dezember hatte Albini, ohne Lehrbach, Löben und Reden einzuladen, bei Morawitzky eine vertrauliche Besprechung veranlaßt und dort für die Sitzung Alles verabredet. Umsonst bemühte sich Lehrbach, ihn noch in letzter Stunde zu anderen Gesinnungen zu bringen, er blieb dabei: wenn die preußischen, sächsischen und hannöverischen Truppen sich mit dem österreichischen Contingent vereinigen und thätig eingreifen wollten, werde er festhalten; sonst müsse man der Gewalt weichen und könne es nicht auf einen Krieg ankommen lassen. Das Ergebniß der Sitzung stand danach im Voraus fest. Lehrbach, Löben und Reden blieben bei ihren ablehnenden Voten, sechs Stimmen nahmen das französische Ultimatum an, und Stadion erklärte, daß er der Majorität beitreten müsse[3]). Das Conclusum, wie es

1) Protokoll, VI, 29.

2) Protokoll, VI, 36.

3) Roberjot, 9. December: Monsieur de Stadion, qui craint en cas de rupture de voir quelques militaires prendre possession de son canonicat et le dévoluter dans les règles du droit canon, aussi fin que le renard de la fable, s'est joint aux six autres députés et a donné sa parole d'honneur, qu'il voterait comme eux. Les autres nous paraissent déterminés. Nous nous sommes principalement attachés à décider Monsieur Albini, qui est toujours chargé de la rédaction, d'éviter toute ambiguité, de parler dans les termes les plus clairs

Tages darauf am 10. Dezember in der 84. Sitzung festgestellt wurde, führte aus, man habe in allen wesentlichen Puncten mit den Franzosen sich bereits geeinigt. Nur über die Emigranten sei die Einigung nicht gelungen; man dürfe aber zu der Gerechtigkeit der französischen Regierung vertrauen, daß sie nach der wiederholten Versicherung der Gesandten zur Rettung und zum Schutze dieser Unglücklichen zweckdienliche Vorkehrungen treffen würde. Alle übrigen Artikel der französischen Note vom 3. October mit ihren späteren Erläuterungen lasse man sich sofort gefallen; die hin und wieder noch erforderlichen Bestimmungen könnten bei der Redaction des Friedens-Instrumentes nachgeholt werden. Um so zuversichtlicher hoffe man nun über den Einhalt der neuerlich verlangten, unerschwinglichen Contributionen und Requisitionen und das Ravitaillement von Ehrenbreitstein bald befriedigende Nachricht zu erhalten [1]).

Gerade ein Jahr war seit Eröffnung des Congresses vergangen, als die Franzosen diesen Erfolg erreichten. Sie feierten ihn durch ein Gelage am Abend des 9. December, zu welchem die im Voraus bekannte Majorität der Deputation eine Einladung erhalten und anzunehmen sich nicht geschämt hatte [2]). Dem seit August beobachteten Verfahren gemäß nahm Metternich keinen Anstand, das Conclusum schon am 11. December, also noch vor Ablauf der gesetzten Frist den Franzosen zuzusenden. Der Deputation theilte er aber gleichzeitig mit, „er wolle zwar die schweren Schritte nicht aufhalten,

et de donner dans cette occasion la preuve de la pureté de ses intentions pour la paix. .. „Vous avez à tenir deux chances dans ce moment: celle de vous voir disparaître du collège des Electeurs, et celle de vous voir conservé.“ Il nous à promis de se conformer à nos désirs. „En rendant justice à Monsieur d'Albini,“ schreibt Roberjot am 11. Dezember nach der Abstimmung, „on peut dire, que ce fut lui, qui prépara la majorité en faveur de la paix.“

1) Protokoll, III, 107.

2) Lehrbach, 20. December.

durch welche die Deputation sich endlich des Friedens versichern zu können erachte; man würde aber die wahren Gründe seiner Entschließung ganz mißkennen, wenn man sie nicht einzig in dem schon mehrmal bethätigten Verlangen erblicke, bei großer Verschiedenheit der Ansichten einer Trennung mit der vortrefflichen Reichs-Friedens-Deputation vorzubeugen[1]). Viel höflicher erwiederten dieses Mal die Franzosen schon am 12. December, „sie müßten unverzüglich das angenehme Gefühl zum Ausdruck bringen, daß ihr Vertrauen auf die Klugheit und Menschlichkeit der Deputation nicht getäuscht worden sei. Durch den förmlichen und vollständigen Beitritt zum Ultimatum sei nun die erste Basis der Unterhandlungen endgültig festgestellt: es handle sich nur noch um die Anwendung des schon anerkannten Princips der Säcularisationen. Ueber diesen integrirenden und untrennbaren Theil des Friedens würden sie der Deputation sofort ihre Vorschläge zukommen lassen.“ Man sieht: alle Wünsche und Modificationen der Deputation werden wieder als nicht vorhanden betrachtet; nur versprachen die Franzosen in einer zweiten Note, die Wünsche wegen Ehrenbreitsteins und der Contributionen der besonderen Aufmerksamkeit ihrer Regierung zu empfehlen[2]).

Wieder traten nun wie im April die Säcularisationen in den Vordergrund, und vor Allem die Frage, ob die Vertheilung nach Wunsch und Vortheil der Franzosen geschehen sollte. Niemand hatte den fremden Einfluß mehr zu fürchten, als die Oesterreicher; war doch ihre Politik wesentlich dahin gerichtet, Säcularisationen, wenn nicht ganz auszuschließen, wenigstens soviel als möglich zu beschränken. Am 5. October hatte Thugut auch darüber ausführliche Instructionen erlassen. Er beruft sich auf die in den berliner Conferenzen von Haugwitz gegebene Zusage, Preußen würde nicht ungern sehen, wenn die Reichsstände auf Entschädigung ganz verzichteten. „Auch

1) Protokoll, VI, 39. Metternich an Colloredo, 12. December.
2) Protokoll, VI, 43, 44.

die geistlichen Kurfürsten," meint er, werden sich dazu entschließen, „denn es kann ihnen selbst nicht entgehen, daß in der Folge ohne Säcularisationen durch Einziehung von Mediatstiftern, oder Incorporation eines oder des anderen bequem gelegenen Bisthums für die Erhaltung des kurfürstlichen Ansehens ohne große Schwierigkeit gesorgt werden könnte. Dringen sie dagegen dermal auf Entschädigungen, so ist es ganz sicher, daß die Franzosen, von der durch die Mehrheit der Deputation bewilligten Säcularisations-Basis ausgehend, mit einer großen Entschädigungs-Liste hervortreten, durch welche die ganze Gestalt des Reiches geändert, besonders aber das Verhältniß der geistlichen Reichsstände zu den weltlichen protestantischen Ständen zerstört würde." Gerade das war die Absicht der Franzosen. Auf wiederholte Anfragen hatte sich Talleyrand immer dahin ausgesprochen, man müsse sogleich einen allgemeinen Friedens-Vertrag, der auch die Säcularisationen in sich fasse, zum Abschluß bringen, sonst habe man immer nur Präliminarien[1]). Jetzt nach der Annahme des Ultimatums

1) Vgl. Bd. II dieses Werkes: Der rastatter Congreß I, 203; ferner Talleyrand, 6. April, 21. September, 16. October; Roberjot, 7. October: „Es fragt sich, soll man vorerst einen Vertrag über die Rheingrenze abschließen und renvoyer par un travail particulier et secondaire l'opération rélative à l'application des indemnités. Für diese Meinung sind Metternich, Albini, Lehrbach, Löben, Stadion, Reden und die Preußen; dagegen Baiern, Baden und Würtemberg. Die Städte sind gleichgültig. Die Gesandten möchten sofort nach Feststellung der Friedens-Basen einen Säcularisations-Plan vorlegen." Das preuß. Ministerium an Keller 3. December: „Nach Briefen aus Rastatt wird die französische Gesandtschaft eine Eröffnung über Säcularisationen machen: ce serait une nouvelle pierre d'achoppement pour la paix de l'Empire, la députation paraissant décidée à écarter la république Française de ces arrangements, comme appartenant aux affaires intérieures de l'Allemagne, qui ne sont pas du ressort d'une puissance étrangère. Telle est du moins l'instruction des subdélégués d'Hannovre, et ils prétendent, qu'elle est le résultat d'un conseil préalable, arrêté entre le ministère électoral et la cour de Vienne.

weist er die Gesandten an, den Säcularisations-Plan, sobald er fertig werde, nach Paris zu schicken; sie würden ihn dann nach wenigen Tagen zurück erhalten. Wahrscheinlich, setzt er hinzu, werde man ihnen in Rastatt das Recht bestreiten, die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu ordnen; sie könnten sich aber auf den westphälischen Frieden und andere Verträge berufen und mit geschickter Benutzung der Umstände gewiß das Meiste durchsetzen [1]).

Die Deputation würde es schwerlich verhindert haben. In Thugut's Sinne suchte Lehrbach gleich in der Sitzung vom 14. Dezember dahin zu wirken, daß man noch nicht mit den Säcularisationen sich befasse, sondern zunächst die erste Friedensbasis durch ein Präliminar-Instrument berichtige. Aber nur Sachsen, Bremen und Würzburg zeigten sich einverstanden. Albini und die Mehrheit wollten vor Allem die Vorlage der Franzosen rücksichtlich der Säcularisationen erwarten [2]), Baden und Darmstadt für die in der letzten französischen Note zugesagte Verwendung sogleich den verbindlichsten Dank abstatten. Lehrbach übersah vollkommen die Lage. „Die Stimmung der Deputation," schreibt er am 11. Dezember, „ist äußerst gefährlich. Albini ist mit den französischen Ministern im geheimsten Einverständniß; dadurch hat er in der Deputation diejenigen Mitglieder angezogen, die gleicher Gesinnung sind und wegen ihres Entschädigungs-Interesses den Franzosen anhangen. Dahin gehören Baiern, Darmstadt und Baden. Frankfurt und Augsburg sind nicht minder in französischer Abhängigkeit; also wenn Albini aus verschiedenen Beweggründen sich auch dahin begiebt, oder darin verbleibt, so sind immer sechs Stimmen gegen vier. Wenn die Franzosen Albini Entschädigung für Mainz versprechen, so ist zu vermuthen, daß er den übrigen geistlichen Stand mehr oder weniger preisgebe; er will Alles noch in Rastatt abmachen, und hat

1) Talleyrand, 25. Dezember.

2) Lehrbach, 15. Dezember 1798.

geäußert, man dürfe sich die Sache nicht wieder aus der Hand nehmen lassen."

In der That, die Lockspeise der Säcularisationen hatte auf den Congreß volle Wirkung geäußert. Unermeßliche Beute schien der Vertheilung zu harren, und die Begehrlichkeit, schon lange in geheimen Berathungen angeregt, trat jetzt mit einem Male unverhüllt zu Tage. „Seit der letzten Note," schreibt Lehrbach am 17. Dezember, „gleicht der Congreß einer Handlungsbörse. Die Franzosen rufen jeden auf, ihnen anzuzeigen, was er wünsche, und ihm am gelegensten sei. Man vermuthet, daß sie in zehn Tagen mit ihrem Plan hervortreten und ihn wieder als Ultimatum stellen werden. Der Minister Roberjot hat sein ganzes Arbeitszimmer mit Landkarten von Deutschland behängt, auf welchen Alles mit kleinen Zetteln numerirt ist, und jenen, die zu ihm kommen, sagt er: Dieses Land, dieses Bisthum, diese Abtei geben wir diesem, jene dem und dem, so daß schon Alles ausgetheilt ist, besonders in Schwaben. Selbst über die Mediatklöster in Baiern sollen Bestimmungen im Plane sein. So weit haben es die deutschen Fürsten und Stände kommen lassen, und so ist das Geschick der Völker, daß ein vorhinniger französischer Pfarrer nunmehro ganz Deutschland nach seiner Willkür vertheilen will [1])." Von allen Seiten wurden die Franzosen wie die Deputation mit Entschädigungs-Forderungen angegangen. Pfalzbaiern und Zweibrücken allein berechneten ihren Verlust auf 201 Quadratmeilen, 566,157 Einwohner und 4,036,618 Gulden jährlicher Einkünfte [2]), Hessen Darmstadt auf den Werth von 90 Millionen Gulden Kapital [3]). Selbst Debry nannte, wie Metternich schreibt, die erste Berechnung ungemessen, die letztere unsinnig. Als einen der Unbescheidensten muß man auch Sickingen erwähnen, der seine am linken Ufer verlorenen Einkünfte auf

1) Lehrbach, 1. Januar 1799.

2) Lehrbach, 30. Dezember.

3) Lehrbach, 4. Januar; Metternich, 14. Januar.

131,458 Gulden anschlug[1]). Er hatte die Frechheit, sich eigens bei Metternich's Gemahlin melden zu lassen und ihr bei den Franzosen zum Zwecke einer vortheilhaften Entschädigung seine guten Dienste anzubieten, welche natürlich abgewiesen wurden. Dagegen verfehlte auch Metternich nicht, dem Reichs-Viceccanzler seine Entschädigungs-Ansprüche für einen Verlust von 3,376,414 Gulden mitzutheilen und um seine Verwendung zu bitten[2]). Sickingen, Solms und Noel waren in beständiger Bewegung und in der engsten Verbindung mit Debry. Diese drei und daneben Rechberg, Albini und Dohm nennt Lehrbach als die Haupt-Mitarbeiter an dem von Roberjot schon seit längerer Zeit entworfenen und jetzt festgestellten Entschädigungsplan[3]). Man sagte, der Gesandte würde mit Anfang des neuen Jahres auf fünf oder sechs Tage selbst nach Paris gehen, um die Entscheidung des Directoriums einzuholen[4]).

Einer so bedenklichen Bewegung gegenüber dachte der Kurfürst von Köln einen Verein der mächtigeren geistlichen Stände und eine gemeinschaftliche Erklärung an die Deputation hervorzurufen; er hatte deßhalb schon Ende Novembers Unterhandlungen zunächst mit den beiden geistlichen Kurfürsten angeknüpft. Aber Albini, im Vertrauen auf seine französischen Gönner, ließ die Sache damals nicht zu Stande kommen, und bei der neuen Wendung in Rastatt schrieb auch der Kurfürst von Köln seinem Gesandten, er müsse jetzt für den eigenen Kurstaat sorgen und, da die Basis der Säcularisationen einmal angenommen sei, vor Allem abwarten, was deßhalb in

1) Lehrbach, 9. Januar.

2) Metternich, 2. Januar.

3) Vgl. Bd. II dieses Werkes, Rastatter Congreß I, 197. Seit dem ersten Säcularisations-Plan vom 4. November 1797 sind zahlreiche französische Depeschen mit neuen Entwürfen gefüllt, auf die wir nicht eingehen, weil sie Entwürfe geblieben sind: Talleyrand, 23. März; Treilhard, 30. März, 1. April, 29. April; Talleyrand an das Directorium, 21. September; Roberjot, 7. October, 14. Dezember 1798.

4) Lehrbach, 20. und 30. Dezember.

Antrag komme. „Auch bei diesem Gegenstande," bemerkt Lehrbach, „sind Betrachtungen überflüssig und machen sich von selbst. Egoisterei ist in Deutschland der Grund aller Handlungen. Damit geht Alles zu Grunde, und tritt das Sprüchwort ein: Wenn man Pfaffen vertilgen will, muß man Pfaffen dazu nehmen. Es ist unbegreiflich, wie ein Stand im Reiche glauben kann, daß er sich allein erhalten könne, da doch die Erhaltung in einem föderativen Staate blos vom Verbande abhängt [1])."

Wenn die Interessen Frankreichs und Oesterreichs in allen diesen Fragen sich scharf widersprachen, so konnte es um so mehr befremden, daß die persönlichen Beziehungen der Gesandten nicht schlechter, sondern eher freundlicher erschienen. Im November war es der Haß gegen Preußen und der Streit wegen der Büderichs-Insel, der die Franzosen Lehrbach gegenüber zuvorkommend machte. Görtz äußerte einmal mit Recht: „So lange man uns in solcher Weise behandelt, wird man sicher mit Ihnen keinen Krieg anfangen [2])." Aber selbst das Ultimatum und kurz darauf die kriegerischen Nachrichten aus Italien bewirkten keine Veränderung. Gerade am Abend des 9. Dezember kam Bonnier im Theater in Lehrbach's Loge, um in freundlicher Weise über das Vorgefallene zu sprechen. „Er scheint," sagt Lehrbach, „einen doppelten Zweck gehabt zu haben, einmal, das Publicum glauben zu machen, wir befänden uns im besten Einverständniß, dann den Grafen Metternich und vor Allem die preußischen Gesandten — denen noch niemals die gleiche Ehre zu Theil geworden war — zu ärgern [3]). Am 11. erwiderte Lehrbach den Besuch. Eben hatte der Telegraph die Nachricht von den ersten Unfällen der neapolitanischen Armee gebracht; aber Bonnier und Debry ver-

1) Lehrbach den 20. und 26. Dezember. Dem ersteren Schreiben ist die Correspondenz der drei Kurfürsten beigelegt, vgl. auch Metternich, 27. Dezember 1798, 2. Januar 1799.

2) Lehrbach, 13., 19. und 21. November, 6. Dezember (französisch).

3) Lehrbach, 11. Dezember (französisch).

sicherten, daß Frankreich in den alten Gesinnungen gegen Oesterreich verharre und sogar für das Benehmen des Kaisers sehr erkenntlich sei[1]). Der Zweck ist deutlich genug. So lange der Erfolg gegen Neapel nicht entschieden war, wollte das Directorium keinen Krieg mit Oesterreich; andererseits wünschte Thugut den Anfang der Feindseligkeiten auf den Frühling zu verschieben. Im beiderseitigen Interesse lag es also, den thatsächlichen Bruch vorerst unter höflichen Formen zu verstecken; den Gesinnungen nach konnte er freilich jeden Augenblick hervortreten.

Wir haben den Gang der österreichischen Politik im nächsten Kapitel eingehend darzustellen. Für den rastatter Congreß bezeichnet eine Depesche Thugut's vom 13. Dezember nicht gerade einen Wendepunct, aber die entschiedene Richtung. „Unter den jetzt veränderten Umständen," schreibt der Minister, „kann dem Kaiser an dem Reichsfrieden oder einer allgemeinen Reichs-Neutralität nicht mehr gelegen sein. Ew. Excellenz belieben demnach, Sich diesem Grundsatz gemäß dergestalt zu benehmen, daß uns zwar nicht der Vorwurf gemacht werden kann, als suchten wir durch Erregung unnützer Anstände die Abschließung eines Reichsfriedens oder Neutralität zu verhindern; anbei aber wollen Ew. Excellenz sich auch nicht mehr, als streng nothwendig ist, an den Laden legen, daß der Frieden oder die Neutralität abgeschlossen werde. Bei dieser Gelegenheit muß ich auch vertraulich bemerken, daß Seine Majestät durchaus nicht gesinnt sind, einer Indemnisations-Leistung durch Säcularisationen Statt zu geben." Lehrbach's Widerstand gegen das französische Ultimatum wird, wie sich denken läßt, vollkommen gebilligt; er soll auch ferner nicht die geringste Nachgiebigkeit zeigen, was immer die Folgen sein mögen. Man dachte schon an eine Erklärung, welche Metternich bei etwanigem Abbruch der Verhandlungen nach vorgängiger Be-

1) Lehrbach, 12. Dezember (französisch); Metternich, 11. Dezember. Noch am 30. Dezember gab Bonnier freundliche Versicherungen.

rathung mit Lehrbach erlassen sollte. Auf die Nachricht, das Ultimatum sei angenommen, äußert Thugut sein stärkstes Mißfallen über das der deutschen Nation ebenso zum wesentlichen Nachtheil als zur Unehre gereichende Conclusum. „Dies ist aber," setzt er hinzu, „für dermalen als eine geschehene Sache zu betrachten; Vorstellungen würden nichts Weiteres mehr vermögen, und Vorwürfe das Unwürdige dieses Benehmens nur mehr an's Licht stellen und die Deputation in den Augen der Welt und selbst in jenen der Franzosen nur noch tiefer herabsetzen. Es kann nur noch darauf ankommen, für dieses große Opfer wenigstens das rechte Rheinufer schnell vom Kriegsdrangsale zu befreien." Lehrbach soll deßhalb zu bewirken suchen, daß die Deputation sich auf keine Verhandlung weiter einlasse, bis die französischen Truppen das rechte Rheinufer ganz geräumt und hiemit die ausgeschriebenen Contributionen, sowie die Blocade von Ehrenbreitstein aufgegeben haben[1]).

Dieser letzte Punct wurde eben damals in Rastatt noch einmal Gegenstand der Erörterung. Die Franzosen hatten die zuletzt ausgeschriebenen Contributionen nachgelassen, auch einige Truppen, deren man anderswo bedurfte, auf das linke Rheinufer zurückgezogen; aber an den Maßregeln gegen Ehrenbreitstein änderten sie nicht das Geringste. Der Commandant schrieb, und man wußte in Wien wie in Rastatt, daß er sich nicht bis über den 25. Januar würde halten können. Am 21. Dezember stellte der kurtrierische Gesandte, Graf von Kesselstadt, das Begehren, die Deputation möge den Kaiser ersuchen, den Conventionen über Ehrenbreitstein Folge zu verschaffen; der Kaiser selbst habe den Waffenstillstand abgeschlossen, könne daher gegen seine Verletzung nicht gleichgültig sein[2]). Es geschah dies in Uebereinstimmung mit den österreichischen Bevollmächtigten, denn man wünschte in Wien eine durchgreifende Maßregel. Schon am 3. November hatte Thugut an Lehr-

1) Thugut, 23. und 31. Dezember.

2) Protokoll VI, 46.

bach geschrieben: nach so vielen Verletzungen der Convention könne man dem Commandanten einen Act der Selbsthülfe nicht verübeln. Das Beste scheine, daß ein hinreichender Vorrath von Lebensmitteln in die Nähe der Festung gebracht und durch schnellen Ausfall der Garnison eingeführt würde. Die Depesche vom 13. Dezember kommt dringend auf die Sache zurück. Die Deputation, heißt es, könne den Franzosen anzeigen, daß sie die so oft verletzte Convention als aufgehoben betrachte und den Commandanten für berechtigt halte, die Rheinschifffahrt zu sperren, oder Coblenz zu beschießen. Wenn die Franzosen nicht sogleich befriedigend antworteten, so müsse der Kaiser ersucht werden, geeignete Maßregeln zur Rettung der Festung zu ergreifen. Aeußersten Falles war man nicht ungeneigt, den Erzherzog vorgehen zu lassen. Im November hatte auch Albini sich lebhaft für einen solchen Plan ausgesprochen, aber jetzt, wo er wieder Alles von den Franzosen erwartete, war auch Alles, was ihnen mißfallen konnte, ihm unbequem. Kesselstadt hatte deßhalb seine Denkschrift gleichzeitig an Metternich gegeben mit der Bitte, die Deputation nöthigenfalls von Amtswegen zur Berathung aufzufordern[1]). Schon wegen dieser doppelten Eingabe fand es Albini, wie er sagte, „allerdings den Umständen angemessen, einen Antrag der kaiserlichen Plenipotenz zu erwarten[2]).“ So gingen, da doch auch Metternich, um mahnen zu können, erst eine Zögerung erwarten mußte, wieder sechs Tage verloren, bis man am 29. Dezember zu einer Sitzung sich versammelte. Gewissermaßen als Vorbereitung hatten Pappenheim, Solms und Kruse der Deputation Tages vorher für den thätigen und patriotischen Eifer, mit welchem sich hochdieselbe für die Verminderung der französischen Truppen interessirt habe, die Gesinnungen ihrer ausgezeichneten Dankbarkeit erklärt[3]). Lehrbach wünschte seiner Instruction gemäß,

1) Protokoll VI, 48.
2) Protokoll III, 118.
3) Protokoll VI, 49.

daß der Kaiser um Ergreifung wirksamer Maßregeln ersucht würde. Aber selbst Sachsen und Bremen wollten dem Kaiser höchstens die Ergreifung zweckdienlicher Mittel anheimstellen, die Mehrheit nach so viel früheren, vorerst noch ein Gesuch an die Franzosen richten. Baden und Darmstadt konnten sogar nicht unterlassen, den französischen Gesandten für die dem rechten Rheinufer schon zu Theil gewordene Erleichterung, Baden den innigsten, Darmstadt den geziemenden Dank zu erstatten[1]). Auch damit zeigte die Mehrheit sich einverstanden, obgleich Lehrbach, Löben und Reden bemerkten, es sei niederträchtig, sich für eine Sache zu bedanken, die schon längst hätte geschehen sollen und auch jetzt nur deßhalb geschehen sei, weil das Directorium die zurückgezogenen Truppen in Belgien und für den italienischen Krieg nicht entbehren könne. Der Zweck des trierischen Antrages war damit vereitelt, die Rettung der Festung so gut wie aufgegeben, und Lehrbach bemerkt mit Recht, die mehr als Oesterreich bei dem Falle betheiligten Reichsstände müßten sich die Folgen selbst zuschreiben[2]).

Aber alle Schwäche und Nachgiebigkeit befreiten die Deputation doch nicht von dem, was sie vermeiden wollte. In Paris war unterdessen die Wendung eingetreten, der Krieg beschlossen. Als Erwiderung auf das Gesuch für Ehrenbreitstein erhielt die Deputation am zweiten Tage des neuen Jahres die Erklärung: Wenn die Reichsversammlung in Regensburg den Einmarsch russischer Truppen in das Reichsgebiet gestatte, oder nicht wirksam verhindere, so würde derselbe als eine Verletzung der Neutralität betrachtet und die Unterhandlung in Rastatt abgebrochen werden. Die Republik und das Reich würden sich dann wieder auf dem Fuße befinden, auf welchem sie vor Unterzeichnung der Präliminarien von Leoben und vor dem Abschluß des Waffenstillstandes sich befunden hätten.

---

1) Protokoll III, 124, 125.

2) Lehrbach, 30. Dezember.

Achtes Kapitel.

Die Verträge der zweiten Coalition.

Die großen europäischen Ereignisse hatten ihren Fortgang genommen. Wir sahen, wie Paul I. trotz vielfach wechselnder Launen das Hülfscorps die Grenze überschreiten ließ, wie er die Zwistigkeiten zwischen England und Oesterreich auszugleichen suchte und mit großen Plänen einer neuen Coalition sich beschäftigte. Diese Pläne begegneten den Absichten Englands, und es war gerade der Wunsch, den Zaren auch im Einzelnen für die englischen Entwürfe geneigt zu machen, was Whitworth in der Conferenz vom 6. Dezember zur Einigung mit Cobenzl bewogen hatte. Um so mehr drängte er nun, daß auch zwischen England und Rußland Alles zum Abschluß komme. Gerade in jenen Tagen waren wichtige Depeschen Grenville's vom 16. November eingetroffen. Der englische Minister nahm den Plan der Quadrupel-Allianz wieder auf. Niemals, meint er, sei die Hoffnung, Preußen zu gewinnen, größer gewesen. Paul möge nur in Wien und Berlin dafür und zugleich für die Aussöhnung der beiden Höfe wirken; zu demselben Zweck werde ein englischer Agent in besonderer Sendung nach Berlin gehen. Es folgen auch schon Pläne, wie nach einem glücklichen Ausgang des Krieges die europäischen Angelegenheiten zu ordnen wären. Oesterreich soll in Italien, außer den venetianischen, seine früheren Besitzungen zurück erhalten und sich damit begnügen. Die belgischen Niederlande kann man mit Holland vereinigen, um eine starke Grenze gegen Frankreich zu gewin-

nen. Vielleicht wird Preußen schon darin so bedeutenden Vortheil erkennen, daß es am Kriege Theil nimmt, andernfalls muß man erforschen, was es an Entschädigungen fordert. Vor Allem wünscht Grenville, Paul möge Neapel unterstützen, das zum Angriff entschlossen sei[1]).

Es war aber damals noch immer nicht leicht, dem Zaren für den Landkrieg ein bestimmtes Versprechen abzugewinnen. Whitworth klagt, von allen Seiten träten ihm Hindernisse entgegen, nicht zum wenigsten die ärgerlichen Vorgänge im Palast und in der Familie des Kaisers. Fräulein Lapuchin war im October nach Petersburg gekommen; Paul gab sich so unbedingt seiner Leidenschaft hin, daß der vormals so arbeitsame Mann die Geschäfte vernachlässigte, die gottesdienstlichen Ceremonien verkürzen, sogar die Paraden und militärischen Uebungen ausfallen ließ, um so viel länger bei der Geliebten zu verweilen. Der Vater, zum Präsidenten des Senats ernannt, wurde bald in den Fürstenstand erhoben und mit Gütern und Orden überhäuft. Auch seine Freunde erhielten Beförderung, die Geliebte selbst bei Hofe den Rang unmittelbar nach den Großfürstinnen, bei der Tafel dem Kaiser gegenüber einen Ehrenplatz und sogar im Malteser Orden eine Stelle[2]). Weil Fräulein Lapuchin karmoisinroth zur Lieblingsfarbe gewählt hatte, mußten die alten Fahnen der Armee neuen von dieser Farbe weichen. Die Offiziere der Garde, die Aufseher des Palastes, Hoffouriere, Köche und Kammerdiener wurden in neue karmoisinrothe Uniformen gesteckt, auch der Uniform des Malteser Ordens wenigstens eine Schärpe von dieser Farbe zugefügt. Als die Geliebte im Januar erkrankte, wich der Kaiser kaum von ihrer Seite; sobald er in den Morgenstunden die nöthigsten Geschäfte rasch erledigt hatte, war sein erster

---

1) Grenville an Whitworth, 16. November und 15. Dezember; Whitworth an Grenville, 13. Dezember.

2) Cobenzl, 18. Dezember 1798.

Gang zu ihr[1]). Der Fürst Dolgoruki gelangte nur deshalb wieder zu Gnaden, weil seine Tochter mit Fräulein Lapuchin befreundet war; der Arzt, der sie behandelte, erhielt einen der höchsten Orden. Der Großfürst Alexander, sonst von dem Kaiser auf das zärtlichste geliebt, wurde plötzlich, allerdings nur auf einige Stunden, seines Postens als Commandant von Petersburg entsetzt, weil der Kaiser nicht bemerkt hatte, daß er auf einem Hofballe mit Fräulein Lapuchin getanzt habe. Dagegen kam es auch vor, daß junge Offiziere plötzlich verwiesen wurden, weil man zu bemerken glaubte, daß das Fräulein gern mit ihnen tanze[2]). Selbst Besborodko, obgleich mit den Lapuchin's nahe befreundet und allen Hofintrigen grundsätzlich fern, konnte ihrem Einfluß nicht entgehen. Der Kaiser hatte ihn mehrmals ersucht, zwischen ihm und seiner Familie zu vermitteln, aber der Minister antwortete stolz: er bitte Seine Majestät, ihn immer auf dem Fuße, wie unter der früheren Regierung, zu behandeln, das heißt: als einzig mit den Geschäften beauftragt, ohne daß er in die inneren Angelegenheiten des Hofes sich zu mischen brauche. Paul, schon durch die Weigerung gereizt, wurde doppelt erbittert, als man seine eigene Häuslichkeit mit dem Favoritenwesen seiner Mutter zu vergleichen wagte[3]). Es folgte eine dauernde Kälte zwischen dem Kaiser und seinem Minister, und wenn auch der unentbehrliche Mann auf seinem Posten blieb, so hatte er doch oft genug die Verstimmung des Kaisers zu empfinden. Unzufrieden mit dem Gange der Geschäfte, durch körperliche Leiden erschöpft, sah er sich auch von persönlichen Gegnern behelligt, insbesondere von Rostoptschin und dem wenig später zum Baron erhobenen Kammerdiener Kutaisow. Wiederholt sprach er den Wunsch aus, sich zurückzuziehen, forderte

1) Cobenzl, 25. und 29. Januar; Groeben — der neue preußische Gesandte — an das Ministerium, 15. Februar 1799.

2) Groeben, 23. Dezember 1798; Cobenzl, 4. März 1799.

3) Cobenzl, 3. October 1798.

im Dezember längeren Urlaub für eine Reise nach Moskau, und der englische Gesandte klagt am 21. Dezember, er habe jetzt seit einer Woche den Canzler gar nicht mehr sehen können, eben so wenig den Vicecanzler Kotschubej, der den Mißmuth und die Ungnade seines Onkels theile[1]). Einige Tage vorher war die Nachricht von dem bevorstehenden Angriff der Neapolitaner nach Petersburg gelangt. Eine Entscheidung wurde danach so nothwendig, daß Whitworth sich entschloß, am 23.

1) Whitworth, 21. Dezember: It is with grief and reluctance that I declare to your Lordship that for this week past neither myself or any other foreign miuister have been able even to see Prince Besborodko who partly from indisposition and still more from ill humour has totally secluded himself from society as well as from business. I will not enter at this moment into any long detail of the motives which have given rise to this nnfavourable state of affairs which must of course have the effect retarding the regular progress of business and that at a moment, when energy and dispatch are most necessary. Notwithstanding the influence which the long experience of Prince Besborodko and his aptness for business have established in the councils of this Court it is certain that a party, composed of those nearest to the person of the Emperor, of people who owe every thing to M. Besborodko, who have risen to the degree of power they now possess, by no means but by his, are now uniting and caballing to undermine him. At the head of this may be placed Monsieur de Rostopchin, third member of the College of foreign affairs and whose duty places him constantly near the Emperor. There is but too much reason to fear that this person, stimulated by principles of vanity and ambition, may presume to suppose himself capable of managing exclusively the reins of government and that supported by the favour of the Valet de Chambre — who — I have had occasion to mention more than once to Yonr Lordship, — now become a more considerable personage from the orders and places of honour which have been conferred extends in proportion as the means of gratification encrease — Monsieur de Rostopchin is using his endeavours in private to indispose the Emperor against the first minister. To what degree he may be able to succeed, a short time will shew. Vgl. dagegen Rostoptschin an Woronzow, 2. Januar 1799. Woronz. Archiv VIII, 188.

eine besondere Audienz bei dem Zaren nachzusuchen. Wie groß war seine Ueberraschung, als er fand, daß Paul seinen Wünschen schon zuvorgekommen war. Es scheint: der wirkliche Ausbruch des italienischen Krieges hatte bestimmend eingewirkt: vielleicht der einzig glückliche Erfolg des neapolitanischen Unternehmens. Während Whitworth noch am 13. klagt, man zeige in Petersburg wenig Neigung, den Neapolitanern beizustehen, ließ Paul schon am 17. an Woronzow nach London schreiben, er werde zum Schutz des Königs ein Bündniß mit ihm abschließen. Die am 24. bewilligte Audienz verlief denn auch weit leichter und freundlicher als Whitworth erwartet hatte. Paul versprach eine Armee von 45000 Mann, sobald der König von Preußen sich entschließen würde, die Franzosen in Holland oder in den Niederlanden anzugreifen. Dafür forderte er jährlich 900,000, oder monatlich 75000 Pfund und 225,000 für die erste Ausrüstung. Aber selbst wenn Preußen unthätig bliebe, erklärte er sich bereit, die Armee für eine andere den Engländern nützliche Unternehmung, etwa gegen Holland zu verwenden. Er billigte den Plan, die Niederlande mit Holland zu vereinigen, und versprach die kräftigste Verwendung in Wien und Berlin. Preußen hoffte er durch das, wie die Russen sagten, auch von Oesterreich gebilligte Anerbieten zu gewinnen, daß alle deutschen Länder, die man am linken Rheinufer den Franzosen wieder entreiße, mit Ausnahme der drei geistlichen Kurfürstenthümer dem Könige zufallen sollten[1]). Ohne

1) Besborodko an Woronzow, $\frac{6.}{17.}$ Dezember: „Je m'empresse de vous informer que j'ai reçu ce matin des ordres de S. M. J. sur cette matière: 1° de conclure avec le chevalier Whitworth le traité de subsides déjà commencé, en vertu duquel 45 mille hommes de la division de la Livonie et Lithuanie marcheront contre les Français, aussitôt que le roi de Prusse se résoudra d'attaquer la Hollande et d'oter aux Français ce qu'ils se sont aproprié du côté des Pays-Bas et en général au délà du Rhin, où nous ne sommes pas disposés à nous opposer à son agrandissement. Nous avons même l'assurance du comte Cobenzl qu'excepté les trois Electorats

Bedenken versprach Whitworth die geforderten Subsidien, die Minister legten mit allem Fleiße Hand an's Werk, und noch vor Besborodko's Abreise, am 29. Dezember, wurde der Vertrag unterzeichnet [1]).

An demselben Tage kam auch das Bündniß mit Neapel zum Abschluß. Paul versprach Unterstützung durch seine Flotte, außerdem ein Hülfscorps von etwa 10,000 Mann — neun Bataillone und 200 Kosacken, — das sogleich nach Zara in Dalmatien sich auf den Weg machen und von da auf neapolitanischen Schiffen nach Italien übergesetzt werden sollte [2]).

Der Coalition war ein wichtiger Schritt gelungen; aber nur zu bald traten wieder die gewöhnlichen Hindernisse her-

Eclesiastiques, ils [les Autrichiens] ne s'opposeront pas à ce que le Roi de Prusse gardera les pays qu'il pourra conquerir de ceux que les Français se sont apropriés par le traité de Campo Formio." Public Record Office. Die letzte Behauptung findet Bestätigung in dem Schreiben Panin's vom 31. Juli an Woronzow über die berliner Conferenz vom 23. Juli. „La Prusse, ajoutions nous, serait toujours libre d'employer tous les moyens en son pouvoir pour s'étendre dans les pays limitrophes, tels que la Hollande, qui gémit sous le joug des anarchistes. Monsieur le prince de Reuss déclara que sa cour verrait un pareil événement non seulement sans jalousie, mais avec une vive satisfaction; vgl. auch Rescript Paul's an Panin vom $\frac{3.}{14.}$ October, Woronz. Archiv XI, 28, 267.

1) Miliutin a. a. O. I, 412. Whitworth, 24. Dezember 1798, 2. Januar 1799.

2) Seitdem dieser Vertrag in den Zeitungen des Jahres 1799, dann bei Martens, Recueil VII, 303, Göttingen 1801, veröffentlicht wurde, trägt er, soviel ich weiß, ohne Ausnahme das Datum des 29. Novembers. Selbst Miliutin a. a. O. I, 416, hat dies Datum mit Berufung auf das Archiv des Ministeriums des Auswärtigen wiederholt. Schon der Gang der Verhandlungen, dann das von Miliutin I. 419 mitgetheilte Rescript Pauls I. an Rasumowski und verschiedene Aeußerungen in Whitworth' Depeschen ließen vermuthen, daß der Abschluß des Vertrages einen Monat später erfolgt sei, und Herr Professor F. Martens in Petersburg hatte die Güte, mir mitzutheilen, daß das Original im Archiv des auswärtigen Ministeriums zu Moskau in der That das Datum des $\frac{18.}{29.}$ Dezembers zeigt. Vgl. auch Rescript Paul's an Panin vom $\frac{19.}{30.}$ Dezember, Woronz. Archiv XI, 272.

vor. Auf den Beitritt Preußens zu rechnen, hätten schon die Verhandlungen des Sommers widerrathen müssen; auch England zeigte in seinen eigenen Angelegenheiten keineswegs die Versöhnlichkeit, welche es den Höfen von Berlin und Wien so dringend anempfahl. Freilich den Vertrag mit Rußland nahm man in London freudig an, aber wir haben gesehen, wie die zwischen Cobenzl und Whitworth abgeschlossene Uebereinkunft trotz der dringenden Verwendung des Zaren in den schroffsten Formen verworfen wurde. Paul selbst war es, der die erste Nachricht erhielt und dem englischen Gesandten zur Kenntniß brachte. „Ich war nicht wenig betroffen," schreibt Whitworth seinem Minister am 12. Februar, „als Seine Majestät mit allen Ausdrücken des Wohlwollens und, ich muß hinzufügen, der Freundschaft, gerade als hätte er mich trösten wollen, mir mittheilte, daß mein Betragen bei dieser Gelegenheit nicht ohne Tadel geblieben sei." Man konnte mit Grund besorgen, Paul würde die abschlägige Antwort, die geringe Rücksicht auf seine Wünsche, auf seine Vermittlung, auf die Vortheile der Coalition übel aufnehmen. Aber schon wenige Tage später, am 19. Februar, kann Whitworth mittheilen, die Gesinnungen des Zaren seien nicht verändert; er habe zwar die Einigung zwischen England und Oesterreich gewünscht, aber niemals dem Könige eine Maßregel empfehlen wollen, welche dieser mit seiner Würde für unvereinbar halte. Das Entscheidende war, daß Paul eben bei Cobenzl sich versichert hatte, Oesterreich sei zum Kriege entschlossen, auch wenn England die Subsidien weigere; nöthig sei nur, daß Rußland das Hülfsheer von 45000 Mann ins Feld führe[1]).

Als Cobenzl diese Erklärung abgab, war das Verhältniß zwischen den Kaiserhöfen wieder sehr freundlich geworden. Aber erst seit kurzer Zeit. Gerade in den letzten Monaten hatte der österreichische Botschafter selten eine Depesche abgehen lassen, ohne von dem Argwohn, den Klagen und Vorwürfen des Zaren berichten zu müssen. Wir kennen die Pläne des wiener

1) Whitworth, 19. Februar; Cobenzl, 12. Februar.

Cabinets. Erst wenn Alles vorbereitet, und der Erfolg gesichert war, in der günstigen Jahreszeit, mit vereinten Kräften wollte man den Krieg anfangen. Das war die Ansicht Thugut's und zugleich der hervorragenden Generale, insbesondere des Erzherzogs Karl [1]). In diesem Sinne suchte man die Neapolitaner von unvorsichtigen Schritten abzuhalten, bat auch den russischen Hof, dahin zu wirken [2]), und es war gewiß die unangenehmste Ueberraschung, als im November und Dezember zuerst die vorläufige, dann die bestimmte Nachricht eintraf, der König sei zum Kriege entschlossen und werde in nächster Zeit die Grenze überschreiten. Eden und der neue Gesandte für Neapel, Abbé Giansante, bestürmten, wie man denken kann, den österreichischen Hof mit Bitten und Vorstellungen, aber vergebens. Thugut erklärte bestimmt: wenn die Franzosen, sei es wegen Aufnahme der englischen Schiffe, oder aus einem anderen Grunde, angriffen, so würde der Kaiser seinem Schwiegervater mit aller Macht zu Hülfe kommen; schreite aber der König ohne Zustimmung Oesterreichs eigenwillig zum Angriff, so müsse der Kaiser ihn seinen eigenen Mitteln überlassen. General Wallis, der in Italien commandirte, erhielt Befehl, auf Anrufen der Neapolitaner nicht die geringste Bewegung vorzunehmen [3]). In Folge des unterbrochenen Verkehrs empfing der neapolitanische Gesandte erst am

1) Eden, 7. November: As to immediate renewal of hostility against France, and the unfortunate delay that has hitherto prevailed, Mr. Thugut admitted the weakness of the enemy, both in Switzerland, and in Italy, but said, the preparations of this country were not in sufficient forwardness to enable them to avail themselves of it, and that the Arch-duke Charles before his departure had strongly remonstrated against the beginning of the war at this advanced season of the year.

2) Thugut an Cobenzl, 11. November, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 244.

3) Eden, 10. November, 8. Dezember, Record Office. Thugut an Colloredo, 9. October, bei Vivenot, Vertrauliche Briefe, II, 125.

20. Dezember die Briefe vom 23. November mit der Nachricht von dem unmittelbar bevorstehenden Vorrücken, und erbat in großer Aufregung eine Audienz. Aber auch der Kaiser erklärte nicht ohne Unwillen, er könne auf den neapolitanischen Hof kein Vertrauen setzen; England habe den König zum Krieg verführt, um auch Oesterreich vorschnell hineinzuziehen und dann die beiden Staaten von sich abhängig zu machen; er könne das Wohl seiner Unterthanen nicht auf's Spiel setzen und sei für das bevorstehende Unheil nicht verantwortlich[1]).

Groß genug war schon das gegenwärtige Unheil. Das Directorium, weniger bedenklich, erließ bei der ersten Nachricht von dem Vorrücken Mack's sogleich am 6. Dezember nicht allein gegen Neapel, sondern auch gegen Sardinien eine Kriegserklärung. Schon seit Monaten war Alles vorbereitet, daß sie in Turin eher ausgeführt als in Paris erlassen wurde. Nichts ist trauriger als in jener letzten Zeit die Lage des Königs von Sardinien, der, den Untergang vor Augen, überall Hülfe suchte und nirgends fand. Oesterreich hatte ihn aufgegeben, Preußen war allenfalls zu einer Verwendung bereit, nur durfte sie niemals über Worte hinausgehen. An Worten und an freundlichen Worten ließ es Haugwitz in Berlin nicht fehlen, in Paris wagte Sandoz sogar zuweilen eine Vorstellung, und berichtete dann nach Berlin zur Weiterbeförderung nach Turin, was ihm Talleyrand vertraute: daß österreichische Intriguen das feindliche Benehmen Brüne's, die Besetzung der Citadelle von Turin und alles übrige Unheil verschuldet hätten[2]).

---

1) Eden, 22. December.

2) Sandoz an das preußische Ministerium, 12. Juli. Pr. St. A. Bericht des sardinischen Gesandten in Berlin, Marchese Parella, an Priocca vom 7. August: Il conte Haugwitz mi ha detto d'aver ricevuto da Parigi dei dispacci importantissimi, e di non volermi nascondere la vera causa per la quale secondo l'opinione del signor Talleyrand Perigord, gli agenti francesi in Italia ci trattavano in modo sì severo e sì inaudito. — Quel ministro degli affari esteri pretende che ogni cosa provenga dalle insinuazioni degli Austriaci, che il pasticcio sia stato

Wenn das Directorium den Schatten einer Herrschaft noch eine Weile fortbestehen ließ, so geschah es nur in dem Bewußtsein, daß man in jedem Augenblick zugreifen und ein Ende machen könne. Brach aber der Krieg gegen Neapel aus, so wollte man nicht ferner im Rücken einen König dulden, den man so schwer beleidigt hatte. Wahrscheinlich hatte Joubert, als er Ende Octobers vom Rheine nach Mailand kam, für einen solchen Fall Instructionen mitgebracht. Schon am 28. November, ungefähr gleichzeitig mit dem Einzug der Neapolitaner in Rom, schickte er an Menard's Stelle den General Grouchy nach Turin, mit dem geheimen Auftrag, den König zur Abdankung zu nöthigen und zu diesem Zweck sogar den Beichtvater ins Mittel zu ziehen[1]). Am 2. Dezember forderte dann Eymar auf Grund des Bündnisses von 1797 9000 Mann Hülfstruppen gegen Neapel und die Auslieferung des Arsenals. Die Truppen versprach der König; aber wegen Auslieferung des Arsenals wollte er vorher mit dem Directorium unterhandeln, und schickte deßhalb einen Vertrauten nach Paris. Grund genug für Joubert, die Maske abzuwerfen. Am 5. De-

ordito a Seltz tra Francesco de Neuchateau e il Cobentzel, che questo Direttore, conservando molta influenza, tuttochè privo del suo posto, avea operato in guisa che gli ordini vennero impartiti al generale Brune, senza passare per le autorità costituite. Crede infine che il comandante generale delle truppe francesi al di là delle Alpi non abbia avuto parte alcuna nella domanda per la cittadella di Torino se non nel pretesto, sotto il quale egli ha colorito la risoluzione presa sul Reno, e confidata, per l'eseguimento, alle sue cure. Vgl. Bazzoni, Relazioni diplomatiche tra la casa di Savoia e la Prussia, Archivio storico Italiano, Firenze 1872, III, XV, 386. Thugut schreibt am 17. Juli an Colloredo (a. a. O. II, 111). Le roi de Sardaigne est entièrement effacé du nombre des souverains, et quoique nous n'ayons nullement des motifs de nous louer des Piémontais, l'on n'en est pas moins tenté de pleurer de rage à l'aspect des tristes proclamations que le gouvernement de Turin a été obligé de faire.

1) Die Einzelheiten aus den Quellen bei Franchetti, Storia d'Italia, S. 335.

zember erließ er eine wüthende Proclamation gegen den treulosen Hof von Turin, der das Blut der französischen und piemontesischen Republikaner in Strömen vergossen und Verbrechen auf Verbrechen gehäuft habe, bis endlich das Maß voll geworden sei. Die französische Regierung in ihrer Friedensliebe und Versöhnlichkeit habe aufrichtig gewünscht, das Bündniß zu befestigen. Aber schmählicher Verrath sei ihr Lohn gewesen; jetzt gebiete sie ihrem General, die Ehre der großen Nation zu rächen und dem piemontesischen Volke Frieden und Glück zu bringen. Gleichzeitig überfielen französische Truppen Novara und Vercelli, entwaffneten die Besatzung und zogen gegen Turin. Priocca erließ in den würdigsten Formen eine Protestation; aber Grouchy wußte durch Drohung und Ueberredung zu bewirken, daß Karl Emanuel in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember sich zur Abdankung bereit erklärte. Der Herzog von Aosta, Bruder des Königs, mußte als Thronfolger seinen Namen unter die Urkunde setzen; man wollte ihn sogar als Geißel behalten, weil er den Franzosen entschiedener als der König entgegen getreten war. Aber der General-Adjudant Clauzel, der nach Joubert's Ankunft die Verhandlung führte, ließ diese Forderung fallen, und der König schenkte ihm zum Danke das Gemälde der Wassersüchtigen von Gerhard Dow, das man jetzt in der Gallerie des Louvre bewundert. Priocca mußte zur Strafe für die Protestation als Gefangener in der Citadelle bleiben; dem Könige war gestattet, sich auf die Insel, die ihm den königlichen Titel gab, zurückzuziehen[1]). Es heißt, das Directorium habe die Absicht gehabt, ihn nach Frankreich führen zu lassen; in Paris war der sardinische Gesandte Graf Balbo gleich am Abend des 6. Dezembers verhaftet worden. „Ich beschwöre Sie," schreibt er an Sandoz, „lassen Sie nichts unversucht, das Leben des Königs und der königlichen Familie

1) Die Abdankungs-Urkunde, vom 9. Dezember 1798 datirt, bei Martens, Recueil VII, 312.

zu retten[1])!" Aber es hat der Verwendung Sandoz' schwerlich bedurft. Jedenfalls wäre ein Haftbefehl aus Paris zu spät gekommen. Karl Emanuel war am 9. Dezember nach Parma abgereist, um von da seinen Weg nach Toscana zu nehmen. Am 28. Dezember ließ er sich von dem Großherzog zum Papste führen, der noch immer auf der Carthause bei Florenz verweilte. Welche Begegnung! Von den drei Fürsten zwei vertrieben, der dritte jeden Tag eines gleichen Schicksals gewärtig. Wohin man blickte, Alles verändert und zerstört. Nach dreijähriger Umwälzung von allen italienischen Herrschern nur noch der Herzog von Parma im Besitz seines Gebietes. Ein großer Dichter hat diesen Wechsel empfunden. Vittorio Alfieri, der Republikaner, stellte sich in diesen Tagen dem Landesherrn seiner Heimath vor, die er zwei und dreißig Jahre früher zürnend verlassen hatte. „Ich ging zu ihm," erzählt er in seinen Denkwürdigkeiten, „in dem Gefühl einer doppelten Pflicht: weil er mein König gewesen war und jetzt so unglücklich. Er em-

1) Sandoz, 7. Dezember: Der sardinische Gesandte erhielt Befehl, Paris nicht zu verlassen, „qu'il n'eut répondu à plusieurs interrogations qui devaient lui être addressées de la part du Directoire. Cet ambassadeur m'a écrit dans la nuit même ces mots que je transcris ici: „„Je vous conjure d'employer tous vos moyens pour sauver la vie au roi et à la famille royale. Je suis en arrestation depuis hier au soir."" Aujourd'hui de grand matin j'ai voulu chercher le directeur Rewbel, que je n'ai pas pu voir. De là je me suis rendu chez Talleyrand, que j'ai tronvé consterné de l'événement et qui ignorait les ordres donnés au Comte de Balbo. J'én ai pris occasion de lui faire sentir, combien cet oubli des bienséances et du droit des gens pour une personne, revêtue d'un caractère public, produirait une mauvaise impression en Europe, et combien j'étais intéressée de faire à cet égard les plus fortes représentations au Directoire. Le ministre applaudit à mes observations et me pressa d'effectuer cette démarche. Faite par moi, disait il, elle n'aurait ni effet ni réussite. Se suis bien trompé, si le renvoy de Talleyrand et du ministre do la guerre ne sera pas une suite do ces óvénements.

pfing mich recht gut, sein Anblick rührte mich nicht wenig, und ich empfand damals, was ich noch niemals empfunden hatte: ein gewisses Verlangen ihm zu dienen, da ich ihn so verlassen sah, und die Wenigen, die ihm blieben, so unfähig. Ich hätte mich ihm angeboten, hätte ich geglaubt, ihm nützlich sein zu können. Aber meine Geschicklichkeit war nichts in solchen Dingen, und in jeder Weise war es zu spät."

Zu spät! mußten auch die Oesterreicher sich zurufen. Thugut's Absicht war dahin gegangen, gleich beim Ausbruch des Krieges durch raschen Einfall von Graubündten her Piemont zu befreien und vielleicht mit einem Schlage die Franzosen aus Italien zu verjagen. Das Gegentheil war nun eingetreten. Das Directorium hatte die Vorhand gewonnen und verfügte unbeschränkt über die militärischen Kräfte und die sämmtlichen Hülfsquellen des noch unerschöpften Landes. Man mochte in Wien beklagen, dem Unglück nicht zuvorgekommen zu sein; aber einmal eingetreten, bot es einen neuen Grund, jetzt noch länger bis zum Frühjahr zu warten und dem mächtig verstärkten Feinde nur mit den vereinten Kräften der Coalition entgegen zu treten.

Darüber ging auch Neapel verloren. Und so verdient die Strafe des eigenwilligen, vorzeitigen Losbrechens erscheinen mag, so sehr vermehrte sie doch die Klagen und Vorwürfe gegen Thugut. Wir kennen den Ton, in welchem die Königin von Neapel ihrer Tochter schrieb; man kann danach beurtheilen, welche Sprache sie an andern Höfen führte. Eden's Depeschen enthalten um diese Zeit seitenlange Invectiven gegen die Wortbrüchigkeit, die Unschlüssigkeit, die Unfähigkeit des österreichischen Cabinets, das den König von Neapel ins Unglück gestürzt, dann treulos verlassen habe und wahrscheinlich gar nicht zum Kriege geneigt, sondern in heimlichen Unterhandlungen mit dem Directorium begriffen sei.

Vermuthungen dieser letzteren Art bilden einen immer wiederkehrenden Gegenstand in dem Depeschenwechsel jener Tage, besonders in dem preußischen. Man argwöhnte, Thugut habe

durch den madrider Hof, dann über Florenz den Franzosen friedliche Eröffnungen gemacht, ja der cisalpinische Botschafter in Wien, Marescalchi, sei nur deßhalb zum Director der Republik gewählt, um zahlreiche Couriere im Auftrage der französischen Regierung zwischen Wien und Mailand hin und her senden zu können. Im November sollte Bottot, der Secretär des Directors Barras — derselbe, der im September 1797 an Bonaparte nach Passariano gesandt wurde[1]) — selbst über Rastatt nach Wien gegangen sein. Auch in den rastatter Verhandlungen, besonders in dem freundlichen Verkehr der kaiserlichen und der französischen Gesandten glaubte man Spuren eines geheimen Einverständnisses zu gewahren, erzählte sogar von geheimen Emissären, die von Constanz gekommen seien, um Nachts im rastatter Schlosse mit Lehrbach Unterhandlungen zu pflegen[2]). Alle diese Gerüchte scheinen, wenn nicht ganz leere Erfindungen, in ihrer Bedeutung weit überschätzt. Die preußischen Gesandten schreiben aus Rastatt, Lehrbach würde von ihnen zu genau beobachtet, als daß er ohne ihr Wissen derartige Verhandlungen führen könnte; die Sage von den Emissären sei im höchsten Grade unwahrscheinlich[3]). Wir haben gesehen, was wirklich in Rastatt verhandelt wurde, und wie wenig die scheinbare Freundlichkeit im November und Dezember aus wirklicher Uebereinstimmung hervorging. Bottot war allerdings einen Tag, nämlich den 27. November, in Rastatt; aber Lehrbach versicherte den preußischen Gesandten, er habe ihn gar nicht gesehen[4]), und wenn diese Versicherung nicht aus-

1) Vgl. Band I, Oesterreich und Preußen, S. 409 fg., 440 fg.

2) Das Ministerium an die Gesandten in Rastatt, 12. und 19. November, an Keller, 14. Dezember.

3) Die preußischen Gesandten, 24. November, 1. Dezember.

4) Die preußischen Gesandten am 1. und 5. Dezember. Auch Talleyrand schreibt den französischen Gesandten, freilich in etwas späterer Zeit, am 5. Februar 1799: Eine Zeitung behauptet, es sei ein besonderer Agent nach Rastatt geschickt. Es gibt in Rastatt keinen andern Agenten als die drei Gesandten.

reicht, so ist es um so entscheidender, daß Lehrbach's Berichte, so weit ich mich erinnere, den französischen Unterhändler gar nicht erwähnen. Gewiß ist, daß der spanische Hof und die spanische Diplomatie sich für die Erhaltung des Friedens bemühten. Im October, als nach der Schlacht bei Abukir im Directorium eine friedlichere Stimmung überwog, als die Verhandlung mit Preußen aussichtslos, das persönliche Verhältniß zwischen Sieyes und Haugwitz beinahe unleidlich geworden war, konnte der spanische Gesandte in Berlin, Herr von Musquiz, dem Fürsten Reuß in Sieyes' Namen eröffnen, das Directorium sei zu einer freundlichen Verständigung mit Oesterreich erbötig. Reuß berichtet auch darüber nach Wien. Aber Thugut war nicht geneigt, auf unbestimmte Andeutungen hin seine Beziehungen zu Rußland zu gefährden. Das Directorium, antwortet er am 6. November, verfolge bei seinen versöhnlichen Aeußerungen vermuthlich nur den Zweck, den ihm bedrohlich scheinenden Eifer der verbündeten Souveräne zu mindern und zwischen ihnen Zwietracht zu säen. Reuß soll dem spanischen Gesandten antworten: wie sehr auch der Kaiser seinen Völkern den Frieden zu verschaffen wünsche, so müßten dahin zielende Vereinbarungen doch eine sichere Grundlage haben. Nach der Verletzung der Verträge von Leoben und Campo Formio, nach dem Abbruch der selzer Conferenzen könne Oesterreich nur noch auf die ausführlichen Erklärungen Bezug nehmen, welche Graf Cobenzl in Selz dem französischen Bevollmächtigten gegeben habe. Die österreichischen Diplomaten wurden sogar angewiesen, den Verkehr mit den Spaniern, „den Satelliten der französischen Gesandschaften," möglichst zu beschränken [1]). Die spanischen Gesandten, Campo Alanche in Wien und Azara in Paris, setzten gleichwohl ihre Bemühungen fort. Durch Azzara erfuhr auch Sandoz Einiges von ihren Anträgen, Anderes

1) Reuß an Thugut, 24. October; Thugut an Reuß, 6. November. Wiener St. A., nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Dr. A. Fournier. Panin an Woronzow, 26. November. Woronz. Archiv, XI, 50.

wurde ihm von den Franzosen vorgespiegelt, um ihn in der früher so oft gelungenen Weise zu erschrecken. Nachdem er aber in zahlreichen Depeschen dergleichen Gerüchten weit übertriebene Bedeutung beigelegt hat, meldet er am 19. Februar, Talleyrand sage jetzt, seit einem Jahre hätten zwischen Paris und Wien nur ganz kurze, unbestimmte Andeutungen stattgefunden, ohne jemals zu einem Puncte zu gelangen, an welchen eine regelmäßige Unterhandlung sich hätte anknüpfen lassen[1]). „Es würde daraus folgen," setzt Sandoz hinzu, „daß alle Vermuthungen, alle Gerüchte, die man mit so geheimnißvoller Miene ausgestreut hat, aus der Luft gegriffen sind[2])." Warum hätte auch Thugut von dem in Rastatt gebotenen Wege sich entfernen, oder die im Frühling und Sommer so bestimmt gestellten Ansprüche aufgeben sollen? Auf annehmbare Bedingungen würde er vielleicht noch im November und Dezember eingegangen sein, aber zu allen früheren Streitpunkten kam jetzt noch die Einverleibung Piemonts, die Eroberung von Neapel. Es ist nicht abzusehen, wie man auf friedlichem Wege sich hätte einigen können.

Gerade deßhalb wurde aber Oesterreichs fortdauernde Zögerung da, wo die wahre Lage nicht bekannt war, ein neuer Grund des Argwohns. Keller spricht ihn aus, und Eden säumte nicht, die heftigsten Klagen auch in Petersburg vorzubringen, wo sie keineswegs ohne Wirkung blieben[3]). „Der Ba=

1) Sandoz, 16. September, 4., 8., 12., 22., 26. November, 2., 6., 26. Dezember 1798, 15. Februar, 20. März 1799; Keller, 5. September 1798, 13. März 1799; das Ministerium an Sandoz, 20. November, an Keller, 3., 10. Dezember 1798, 22. März 1799.

2) De l'aveu de Talleyrand il n'a existé depuis une année que des pourparlers vagues et concis entre Vienne et Paris, et qui n'ont jamais pris assez de consistance pour mener à une négociation en règle. Il en résulterait, que toutes les conjectures d'une connivence pour le Piémont, tous les soupçons d'arrangemens en Allemagne et toutes les autres notions, débitées avec tant de mystère, n'ont eu aucune existence. Dois-je y croire?

3) Keller, 22. Dezember: La contenance calme et la bonne humeur

rometer in Petersburg zeigt immer auf veränderlich," schreibt Thugut an Colloredo, und der eine Gegenstand, welchem Paul in der That unveränderliche Vorliebe zuwandte, ließ auch schon Verwicklungen und Mißstimmung nur zu deutlich voraussehen. In seinem Eifer für den Malteser-Orden hatte der Zar durch die in Petersburg befindlichen Ritter den Großmeister Hompesch als Verräther absetzen und sich selbst an seine Stelle erwählen lassen. Schon der Verdacht, daß Oesterreich den schwachen, unfähigen Mann, der in Triest wieder mit den Zeichen seiner Würde erschien, noch anerkenne, versetzte Paul in sehr gereizte Stimmung. Sie steigerte sich, als die Neapolitaner ihm zutrugen, Oesterreich suche die Bewohner der jonischen Inseln zu freiwilliger Unterwerfung zu bewegen[1]), und als ein anderer Zwischenträger dem Grafen Rasumowski mitgetheilt hatte, Oesterreich rege die Neapolitaner zur Aneignung von Malta an. Thugut widerlegte beide Behauptungen auf das Bestimmteste, zeigte sich auch geneigt, den Wünschen Paul's gemäß die jonischen Inseln in eine unabhängige, aristokratische Republik zu verwandeln. Nur kann er ein Befremden nicht unterdrücken, daß der Zar, der den Oesterreichern nach dem Frieden von Campo Formio den Verzicht auf die jonischen Inseln als Verbrechen angerechnet hatte, ihnen jetzt angebliche Absichten auf den Besitz dieser Inseln zum Vorwurf mache[2]).

---

de ce ministre dans une époque, qui paraît généralement aussi critique, frappe tous ceux qui l'ont approché depuis peu. Quoiqu'il n'ait approuvé les négociations do Leoben et d'Udine, et qu'il rappells hautement, que ce n'est pas lui qui a fait la paix, on commence à croire assez généralement à son désir de la conserver, et comme il passe d'ailleurs avec raison pour savoir bien composer ses dehors, quand il croit, que la circonstance l'exige, on est tenté de croire aujourd'hui, qu'il ne pense plus avoir besoin de cacher la sécurité, que lui donnent ses négociations mystérieuses avec le gouvernement Français.

1) Cobenzl, 14. November, 6. Dezember; Thugut an Rasumowski, 6. Dezember, an Cobenzl, 7. Dezember. Wiener Staats-Archiv.

2) Thugut an Cobenzl, 26. November.

Mehrmals hieß es bei solcher Gelegenheit in Petersburg, man werde das Hülfscorps zurück rufen. Aber Cobenzl's geschickte Nachgiebigkeit und Besborodko's Ansehen wußten ernste Zerwürfnisse zu verhüten; die Truppen setzten ihren Marsch fort, gelangten am 6. Dezember nach Olmütz, am 16. nach Brünn[1]). Der Kaiser, um seinem erhabenen Verbündeten gegenüber keine Höflichkeit zu versäumen, begab sich selbst zur Heerschau, und Thugut setzte seine feinste Feder an, um Namens des Kaisers der Bewunderung Ausdruck zu geben, welche diese unvergleichlichen, durch Paul's eigenste Sorgfalt ausgebildeten Truppen hervorriefen[1]). Aber selbst in dem Antwortschreiben an Franz II. kann Paul seine Ungeduld nicht verbergen. „Früher", schreibt Cobenzl am 4. Januar, „stimmte der Kaiser in Bezug auf Neapel mit uns überein, aber seit der König den Krieg erklärt hat, ist er Feuer und Flamme für ihn." Er hätte seine Truppen gern schon vor dem Feinde gesehen, und es schien ihm unerträglich, daß, nachdem er selbst sich entschieden, ein anderer noch schwanken und zögern könne. Am 31. Dezember, dem Tage vor Besborodko's Abreise, ging an Rasumowski eine starke, beinahe drohende Depesche ab. Man gibt von dem Bündniß mit Neapel Nachricht, unter tiefem Bedauern, daß der kaiserliche Hof sich weigere, den König zu unterstützen. „Wir können nicht verhehlen," heißt es weiter, „längeres Zögern würde uns und unseren übrigen Verbündeten Grund zu starkem Verdachte geben, daß der wiener Hof vermittelst seiner kriegerischen Demonstrationen von den Franzosen nur für sich selbst irgend welche Vortheile zu erlangen sucht. Erklären Sie offen, daß wir bei längerer Fortdauer ähnlicher Zweideutigkeit unwiderruflich die für unsere eigene Würde und Sicherheit erforderlichen Maßregeln ergreifen und ohne Zeitverlust unsere Truppen zurückrufen

1) Miliutin a. a. O. I, 89, 409. Franz II. an Paul, 6. [9.?] Januar 1799 bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 266. Das Antwortschreiben Paul's ist bei Miliutin a. a. O. I, 419 vom $\frac{4.}{15.}$ Januar datirt, aber wahrscheinlicher vom $\frac{15.}{26.}$ Januar zu datiren.

werden, die wir in Erwartung eines festen Entschlusses dem wiener Hofe zu Hülfe gesendet haben[1])." Noch übler wurde die Stimmung bei den rasch sich folgenden Unglücksposten aus Neapel. Alles Unheil sollte dem Zaudern Oesterreichs zur Last fallen; Cobenzl selbst spricht die Ansicht aus, wenn man einmal Krieg führen wolle, so werde man ihn je eher desto besser anfangen[2]). Er athmete auf, als er in der ersten Hälfte des Februar zwei Depeschen aus Wien erhielt, welche mit der Rechtfertigung der bisher befolgten Politik bestimmte Versprechungen für die künftige verbanden. Seit den Conferenzen in Selz, versichert Thugut, habe keine Friedensverhandlung zwischen Oesterreich und Frankreich stattgefunden; die auf indirectem Wege zugegangenen Eröffnungen habe man beständig abgewiesen. Alles, was über angebliche Sendungen von Courieren zwischen Paris und Wien, so wie von geheimnißvollen Besprechungen im Publikum verlaute, sei erfunden[3]) und vom Directorium oder von dem berliner Cabinet in böser Absicht ausgestreut. Selbst wenn Frankreich Beweise einer aufrichtigen Friedensliebe gegeben hätte, würde der Kaiser auf keine Vereinbarung eingegangen sein, die nicht eine für Europa beruhigende Grundlage geboten hätte: nämlich die vollständige Räumung Italiens und der Schweiz, die Auflösung der seit dem Frieden von Campo Formio errichteten Republiken, die Ausschließung des Directoriums von allem Einfluß auf die inneren Angelegenheiten des Reiches, also Bedingungen, welche auch die volle Billigung Rußlands würden gefunden haben. Unter

1) Miliutin a. a. O. I, 419.

2) Cobenzl an Thugut, 25. Januar 1799.

3) Ganz dasselbe erklärt er schon in einer Depesche an Cobenzl vom 23. October. Eine Sendung Bellegarde's, von welcher im Dezember viel gesprochen wurde, scheint sich nur auf militärische Angelegenheiten zu beziehen. Panin, 8. Februar, bei Miliutin a. a. O. I, 466. Thugut an Colloredo, 1., 13., 21. Dezember und 2. Januar bei Vivenot, vertrauliche Briefe, II, 133, 136, 138, 141. Talleyrand schreibt den Gesandten in Rastatt am 3. Februar: Marquez moi, si vous avez appris quelque chose de tout ceci.

den gegenwärtigen Verhältnissen sei aber der Krieg ganz unvermeidlich. Thugut hat dem Grafen Rasumowski offiziell erklärt, der Kaiser sei fest entschlossen, die Feindseligkeiten wieder anzufangen, sobald die Jahreszeit es erlaube, und zwischen den Verbündeten ein bestimmter Operationsplan festgestellt sei. Der Kaiser bittet aber, das Geheimniß strenge zu bewahren, denn man muß die eigennützige Indiscretion der Engländer fürchten, die, um den König von Neapel in's Unglück zu treiben, sich nicht scheuten, öffentlich im Parlament von der bevorstehenden Schilderhebung zu sprechen. Das Richtige ist, das Directorium so lange als irgend möglich in Ungewißheit zu lassen. Warum soll man in einem Augenblick, wo militärische Operationen durch die Jahreszeit unmöglich werden, den Feind auf die beabsichtigten Schläge aufmerksam machen, ihn zu verdoppelter Thätigkeit anreizen, und die öffentliche Meinung in Frankreich elektrisiren, die jetzt durch ihre Abneigung gegen den Krieg dem Directorium die größten Schwierigkeiten in den Weg legt? Nach diesen Grundsätzen hat Oesterreich gehandelt und deßhalb auch die Auflösung des rastatter Congresses schon von weitem vorbereitet, aber ohne dem Directorium über seine Absichten völlige Sicherheit zu geben. Gewiß muß der Kaiser unter der Last so ungeheurer Ausgaben den Beginn des Krieges zu beschleunigen wünschen, aber vor allem ist ein wohlüberlegter Kriegsplan nöthig. Die großen Fehler der ersten Coalition und eine, durch fünf oder sechs Feldzüge theuer erkaufte Erfahrung haben unwidersprechlich bewiesen, daß nur die vereinigten Kräfte durch eine gleichzeitige, wohlberechnete Anstrengung den durch das Anwachsen seiner Hülfsquellen immer furchtbareren Feind zu Boden werfen können. Thugut bittet deßhalb, der Zar möge eine bestimmte Entscheidung Preußens herbeiführen, von dessen Zutritt zur Coalition der ganze Operationsplan in Deutschland abhänge; er bittet weiter, in England die Ratification des provisorischen Uebereinkommens zu befürworten, wenn auch Oesterreich die Theilnahme am Kriege nicht mehr davon abhängig macht. Durchaus müssen aber, beson-

ders wenn die Ratification nicht erfolgt, die den Engländern zugesagten 45,000 Mann sich unverzüglich in Bewegung setzen [1]). Wenige Tage später in einer ausführlichen Expedition vom 31. Januar werden diesen Ansichten und Wünschen neue, wichtige Vorschläge für den Krieg noch beigefügt. Das russische Hülfscorps sollte ursprünglich am Rhein oder in der Schweiz verwendet werden. Von Brünn waren die Truppen, oft gehindert durch den unerhört strengen Winter, nach St. Pölten in die Quartiere gezogen. Unterdessen trafen aber aus Italien Schlag auf Schlag die Unglücks-Nachrichten ein. Thugut hielt die bei Verona befindlichen Streitkräfte nicht mehr für ausreichend. Er setzt Cobenzl auseinander, die staunenswerthe Thätigkeit der Franzosen und der neu errichteten Republiken, die neapolitanische Beute, die Besetzung der piemontesischen Festungen und die Einverleibung der piemontesischen Armee habe die Macht der Franzosen in Italien in gar nicht vorauszusehender Weise verstärkt. Am Rhein und in Tyrol ständen unter dem Erzherzog Karl gegen 92,000 Oesterreicher. Die letzten verfügbaren Truppen habe man nach Italien geschickt; aber um mit dem Machtzuwachs der französischen Streitkräfte im Verhältniß zu bleiben, sei es wünschenswerth, daß das russische Hülfscorps unter Rosenberg statt nach dem Rhein nach Italien marschiere. Ferner sei die Lage in Neapel derart, daß ein vereinzeltes Corps auch bei der größten Tapferkeit dort schwerlich etwas ausrichten könne; am besten, auch für Neapel am vortheilhaftesten, würden die 10,000 Mann, welche General Hermann nach Neapel führen sollte, mit dem Hülfscorps unter Rosenberg und den österreichischen Truppen bei Verona sich vereinigen [2]).

---

1) Thugut an Cobenzl, 10. Januar, 24. Januar bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 275, 277. Rasumowski begleitet die letztere Depesche mit einer ganz zustimmenden Erörterung; Miliutin a. a. O. I, 470.

2) Thugut an Cobenzl, 31. Januar 1799, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 289.

Zu diesen Wünschen kam noch eine Bitte ganz eigener Art. Den Oberbefehl des italienischen Heeres hatte im October Prinz Friedrich von Oranien erhalten, noch in jugendlichen Jahren, aber bereits zu den schönsten Hoffnungen berechtigend. Gerade als man seiner am nöthigsten bedurfte, am 6. Januar 1799, wurde er von einem tödtlichen Fieber hingerafft[1]). Man hatte einstweilen den Erzherzog Joseph, den Palatin von Ungarn, an seine Stelle gesetzt, aber nur dem Namen nach, denn er hatte nie im Felde gestanden, bedurfte also eines Leiters, der für ihn handeln konnte. Von den österreichischen Generalen hatte keiner in den früheren Feldzügen besonderen Ruhm geärndtet, mit einziger Ausnahme des Erzherzogs Karl, der durch den Oberbefehl am Rheine schon beschäftigt war. In dieser Verlegenheit lenkte vornehmlich Thugut die Augen auf einen Feldherrn, dessen kühne, rücksichtslose Thatkraft zu der bedächtigen Strategie des Hofkriegsrathes den schärfsten Gegensatz bildete. Die Depesche vom 31. Januar spricht den Wunsch aus, Paul möge erlauben, daß der Marschall Suworow den Erzherzog Joseph zur Armee begleite und dort mit seiner Erfahrung unterstütze. Dieser General, hoch berühmt durch seine Waffenthaten, besaß noch den besonderen Vorzug, daß er häufig an der Seite der Oesterreicher gekämpft und gemeinschaftlich mit dem Prinzen von Coburg die Siege von Fokschani und Rimnick erfochten hatte. Katharina ehrte ihn stets mit ihrem höchsten Vertrauen, ebenso Paul beim Antritt seiner Regierung. Aber Suworow war der neuen Organisation des Heeres und dem preußischen Vorbild abgeneigt, und bei dem Charakter des Zaren genügten einige, in der That unpassende Spottreden, um die kaiserliche Gunst in Ungnade zu verwandeln. Weil er den neuen Dienstvorschriften entgegen Offiziere statt der Feldjäger zu Courierdiensten gebraucht und einen Adjudanten in Privat-Angelegenheiten nach Petersburg geschickt hatte, wurde der Sieger in so vielen Schlachten strengem Tadel

1) Keller, 12. Januar 1799.

unterworfen und im Februar 1797 ungnädig entlassen. In völliger Zurückgezogenheit lebte Suworow beinahe anderthalb Jahre auf seinem Dorfe Kantschansk, und als der Zar im October 1798 in Aussicht des neuen Krieges den erfahrensten Feldherrn seines Reiches nach Petersburg berief, erbat Suworow einzig die Gnade, in sein Dorf zurückkehren zu dürfen[1]). Es konnte zweifelhaft scheinen, ob Paul einen solchen Mann den Oesterreichern überlassen, ob Suworow selbst die angebotene Ehre annehmen wollte; aber der Versuch wurde gemacht.

Selten hat eine diplomatische Auseinandersetzung bessere Wirkung erzielt, als die Depeschen Thugut's, die man in der That nach Form und Inhalt als meisterhaft bezeichnen darf. Der Zar, schreibt Cobenzl, zeigte sich nach ihrem Empfange ebenso befriedigt, als er vorher verstimmt gewesen war. Seine Zufriedenheit erhöhte sich bei der Nachricht, daß das Bündniß mit den Türken, ganz wie er wünschte, am 2. Januar in Constantinopel unterzeichnet und drei Tage später durch den Beitritt Englands bekräftigt worden sei[2]). Selbst die Vorgänge in Neapel sah er wieder mit anderen Augen an[3]). Er war einverstanden, daß General Rosenberg das Hülfscorps nach Italien führe, wollte auch dem General Hermann die von Oesterreich gewünschte veränderte Richtung geben, nur mit der Bedingung, daß man möglichst bald dem König von Neapel zu Hülfe eile. Zu der Wahl Suworow's schüttelte er den Kopf. Der Marschall war wegen seiner Sonderbarkeiten beinahe nicht weniger berufen, als wegen seiner Siege. Paul konnte ihm noch immer seinen Eigenwillen nicht verzeihen, fürchtete sogar, daß er durch seine Hitze und Verwegenheit die ihm anvertrauten Truppen gefährden könne. „Ich wasche meine

1) Miliutin a. a. O. I, 112, 448, Cobenzl, 29. Januar, Apost. 6; 8. Februar, Apost. 14; 11. Februar, Apost. 16; 2. März 1797, Apost. 16; 29. Januar 1798, Apost. 3.

2) Miliutin a. a. O. I, 92, 413, 415.

3) Cobenzl, 7. Februar, 17. Februar, Apost. 6; 16. März 1799, Hauptdepesche und Apost. 2.

Hände," wiederholte er mehrmals, um jede Verantwortung von sich abzuweisen. Aber wie schmeichelhaft war es doch, den eigenen Feldherrn an der Spitze der vereinigten Heere zu wissen. Auch konnte in der That kein anderer als Suworow einer solchen Stellung genügen. So ging noch am 15. Februar, an dem Tage, an welchem Thugut's Depesche angekommen war, ein kaiserlicher Adjudant mit einem eigenhändigen Schreiben Paul's nach Kantschansk[1]).

Um die geneigte Stimmung des Zaren zu befestigen, diente vor Allem eine Familien-Angelegenheit. Schon seit dem Jahre 1797 hatte man die Verbindung eines Erzherzogs mit der Großfürstin Alexandra, der Lieblingstochter Paul's, in's Auge gefaßt und nach Cobenzl's Rückkehr im Sommer des folgenden Jahres dem Plane bestimmtere Gestalt gegeben. Die russischen Wünsche richteten sich zuerst auf den Erzherzog Karl, auch Thugut hielt diese Wahl für die vortheilhafteste; aber der Erzherzog, einem andauernden körperlichen Leiden unterworfen, erklärte, er wolle sich nicht verehelichen[2]). Die Wahl fiel dann auf den jüngeren Bruder, den Erzherzog Joseph; nicht zum wenigsten aus diesem Grunde war dem jungen Prinzen der Oberbefehl in Italien übertragen. Vorher sollte er aber der Braut und dem künftigen Schwiegervater sich vorstellen. Am 19. Februar traf er in Petersburg ein[3]) und war so glücklich dem Zaren zu gefallen, der dann an Ehren und Geschenken nichts fehlen ließ. Am 3. März fand die Verlobung statt, und zum besonderen Zeichen seiner Gunst erlaubte Paul, daß der

1) Miliutin a. a. O. I, 452; Cobenzl, 15. Februar 1799 Graf Zawadowski an den Grafen Alexander Woronzow, $\frac{7.}{18.}$ Februar. Woronzowsches Archiv XII, 217.

2) Cobenzl, 14. November 1798, Apost. 6.

3) Cobenzl, 20. Februar 1799; Rostoptschin, $\frac{9.}{20.}$ Februar. Auch dieser den Oesterreichern sonst wenig günstige Mann schreibt am 27. Februar: „Der Erzherzog macht sich überall sehr beliebt, sowohl durch seinen Verstand als durch seine Kenntnisse. Er ist schüchtern und linkisch, hat aber eine angenehme Gestalt." Woronz. Archiv VIII, 193, 194, 195.

Großfürst Constantin seinen künftigen Schwager auf dem Feldzug in Italien begleiten sollte[1]). Gleichzeitig mit diesem Waffengefährten sah der Erzherzog auch den andern, den man von Wien aus für ihn erbeten hatte. Suworow hatte sich diesmal nicht geweigert; er war an den Hof gekommen, in alle Ehren und Aemter wieder eingesetzt und mit dem Oberbefehl über die zwei russischen Hülfsheere betraut. Am 1. März trat er die Reise nach Wien an. Beim Abschied sagte ihm Paul sehr gnädig, er sei zum Retter der Könige bestimmt[2]). Daß er ihm gleichwohl nicht völlig traute, beweist das kaiserliche Schreiben, welches kurz vorher an den General Hermann erging. „Sie werden," heißt es darin, „während der Zeit seines Oberbefehls wohl auf die Unternehmungen Acht haben, die er zum Schaden der Truppen und der guten Sache versuchen könnte, wenn er von seinen Phantasien, die ihn Alles in der Welt vergessen lassen, sich fortreißen läßt. Er ist zwar zu alt, ein Telemach zu sein, aber seien Sie nicht weniger ein Mentor, um die wilde Verwegenheit dieses unter Lorbeern ergrauten Kriegers in Schranken zu halten[3])."

Während beinahe sämmtliche Staaten Europas in dem bevorstehenden Kampfe ihre Stellung genommen hatten, blieb Deutschland, also gerade das Land, wo die letzte Entscheidung auszufechten war, noch immer unschlüssig und getheilt. Was die Zögerungen Thugut's verursachte, war neben dem Wankelmuth des Zaren und dem Eigenwillen der Engländer die Verworrenheit deutscher Verhältnisse. Nur zu viel haben wir darüber schon mittheilen müssen und was noch zu sagen bleibt, macht das Bild nicht erfreulicher.

---

1) Cobenzl, 17. Februar, Apost. 3; 23. Februar, Apost. 2.

2) Cobenzl, 23. Februar, Apost. 1; 4. März, Apost. 5.

3) Miliutin a. a. O. I, 452. Das Schreiben fällt zwischen den 15. und 22. Februar; denn es ist verfaßt vor Suworow's Ankunft in Petersburg, die nach Cobenzl's Angabe am 22. Februar, nach Rostoptschin's Angabe schon am 20. Februar erfolgte. Woronz. Archiv VIII, 292.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und der Coalition hatten auch nach dem Schluß der berliner Conferenzen und Repnin's Abreise nicht ganz aufgehört; aber Preußen blieb in seiner abwehrenden Haltung. In Petersburg war der Verkehr auf die nöthigsten und gewöhnlich die wenigst bedeutenden Mittheilungen beschränkt. In richtiger Würdigung des Monarchen, mit dem man sich abfinden mußte, hatte Preußen an Tauenzien's Stelle im Sommer 1797 den General von Gröben geschickt, einen braven Soldaten, der aber, ganz wie Paul immer forderte, nicht das Geringste von einem Politiker in sich trug. Es war beinahe unmöglich, mit ihm eine Verhandlung zu führen; Paul konnte sich nicht einmal über ihn ereifern, der sich immer in den kurzen, strengen Formen militärischen Dienstes hielt. Seine Berichte, die, wie Finkenstein sich ausdrückt, nach Schrift und Sprache zuweilen den Dienst einer Chiffre erfüllen, sind beinahe ganz ohne Interesse, und er fühlte sich nicht wenig erleichtert, als das Ministerium im October erlaubte, daß der Gesandschafts-Secretär Wegelin für ihn die Correspondenz übernehmen dürfe. So erklärt es sich, daß die Verhandlungen zum großen Vortheil des preußischen Hofes ausschließlich in Berlin geführt wurden. Hier war Panin zurückgeblieben, ein fähiger Diplomat, auch so eifrig und guten Willens, daß Thugut nicht selten über seine Leichtgläubigkeit und Preußenliebe sich ereiferte[1]). Es wurde denn auch bis zu Ende des Jahres eine Anzahl von Noten gewechselt, aber ohne irgend einen Erfolg. Ebenso wenig konnte aber Sieyes eine Kundgebung zum Nachtheile des Kaisers herauslocken. Er hatte noch während der Conferenzen eine Erklärung vorgeschlagen: „Oesterreich und Preußen verzichten auf Entschädigung, und nur die auf dem linken Rheinufer vordem angesessenen Erbfürsten sollen Entschädigung erhalten.“ In einer Zusammenkunft mit dem General Zastrow am 12. August gab er die

1) Thugut an Cobenzl, 26. November, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 249.

Erläuterung, das Prinzip solle auch für Italien gelten, und Oesterreich mit dem, was der Friede von Campo Formio ihm zuweise, sich befriedigen. Bevor man aber die Erklärung erlasse, frage es sich, durch welche Mittel Preußen den Kaiser zur Einwilligung bringen wolle[1]). Das berliner Cabinet erkannte leicht die Absicht. Am 17. August schreibt der König eigenhändig den Ministern, man könne antworten, Preußen sei bereit, sich in Bezug auf Italien bei Oesterreich zu verwenden, und Oesterreich würde gewiß mit seinen jetzigen Besitzungen zufrieden sein, wenn Frankreich auf jede Erwerbung am rechten Rheinufer verzichten, sodann über die Schweiz und Italien eine beruhigende Versicherung geben wolle. Sieyes erwidert am 22., die Verwendung bei Oesterreich sei etwas ganz Neues; er müsse darüber an seine Regierung berichten. Im September kam er auf seinen Vorschlag zurück und wollte den Grundsatz sogar als einen Artikel des rastatter Friedens aufgestellt wissen[2]). Die preußischen Minister hielten es aber auch jetzt nicht für vortheilhaft, daß der König einseitig derartige Erklärungen abgäbe[3]). Sie ließen vorerst in Wien von den französischen Eröffnungen und der preußischen Antwort Mittheilung machen, mit dem Beifügen: wenn Oesterreich einverstanden sei, sollten die preußischen Gesandten in diesem Sinne instruirt werden[4]). Selbst nach dem unglücklichsten Kriege würde sich Thugut nicht leicht zu einer solchen Erklärung verstanden haben; es läßt sich denken, wie er das preußische Anerbieten beurtheilte. Aber seiner Gewohnheit nach gab er dem preußischen Gesandten am 25. September nur die kurze Antwort, er werde die Entscheidung seines Monarchen einholen[5]). Einige Zeit darauf übermittelte Reuß in Berlin den Dank des Kaisers,

1) Berichte Zastrow's vom 3. und 12. August, Preuß. St. A.

2) Sieyes, 20. September, an das preußische Ministerium.

3) Finkenstein's Votum, 21. September.

4) Das preußische Ministerium an Cäsar und Keller, 14. September.

5) Keller, 26. September, 6. October.

daß der König sich mit ihm wegen des Reichsfriedens einigen wolle. Für die italienischen Angelegenheiten verspreche dagegen die preußische Intervention keinen Vortheil[1]), eine Wiederholung der Verzichtserklärung sei überflüssig, desgleichen ein Versprechen für die Erbfürsten, um so mehr, als die preußischen Minister auf den Conferenzen den Grundsatz ausgesprochen hätten, eine Entschädigung solle nur in Geld geleistet werden. Sehr wünschenswerth sei dagegen eine gemeinsame Erklärung: die Franzosen sollten das rechte Rheinufer räumen und im Falle eines Krieges die Neutralität des Reiches anerkennen. Darauf wollte man, obgleich in der Sache einverstanden, wieder in Berlin nicht eingehen. Man bemerkte Keller am 15. October, die Partie sei nicht gleich. Preußen habe Norddeutschland wirksam vertheidigt, Oesterreich durch seine Ungeschicklichkeit den Süden gegen feindliche Einfälle wehrlos gemacht. Die geforderte Garantie der Neutralität sei nur ein Versuch, Preußen in die Coalition hineinzuziehen. Auch bestritt man, wie es scheint, mit Recht, daß die bei den Conferenzen hingeworfene Aeußerung: Entschädigungen sollten in Geld geleistet werden, gleich als unwiderrufliche Feststellung eines Grundsatzes gelten dürfe. Die Folge von Allem war, daß wieder in Rastatt gar nichts geschah, und daß Preußen der Coalition wie den Franzosen in demselben Maße fremd gegenüber stand.

Gleichwohl knüpften Rußland und England wieder an. Allgemeine Aeußerungen, die Panin von Haugwitz erhalten und dem englischen Geschäftsträger Garlick in Berlin zugetragen hatte, erregten in London aufs neue die Hoffnung, deren Ausdruck wir in der Depesche Grenville's an Whitworth vom 16.

---

1) Das Ministerium an Keller, 12. October: Je n'ai pas besoin de vous dire, que cette réponse signifie en d'autres termes, que la cour de Vienne décline poliment mon intervention, soit dans les arrangements qui derivent de la paix de Campo Formio rélativement à l'Italie, soit dans les discussions qui ont fait de depuis l'objet de ses négociations particulières. Das Ministerium an Keller, 2. November.

November gelesen haben[1]). Man entschloß sich, einen außerordentlichen Gesandten und sogar Sir Thomas Grenville, den Bruder des Ministers, nach Berlin zu schicken, obgleich Haugwitz das Auffällige einer solchen Gesandtschaft zu vermeiden wünschte[2]). Und so wurde denn auch der petersburger Vertrag vom 29. Dezember wesentlich auf den Beitritt Preußens berechnet.

In der ersten Woche des neuen Jahres machte Kotschubej dem preußischen Gesandten die Eröffnung: wenn der König dem Bündniß gegen Frankreich beitrete, so stelle Paul 45,000 Mann unter dem General Galizin zur Verfügung und verspreche Beihülfe für eine ausreichende Entschädigung Preußens

1) Vgl. oben S. 234.

2) Panin an Woronzow, 18. October, 25. Dezember: Le ministère prussien, croyant savoir qne celui de Londres voulait envoyer ici un négociateur par commission extraordinaire, m'en a témoigné quelqu'inquiètude. Ce n'est pas qn'on soit éloigné d'entrer dans des discussions sur nne coopération active de la Prusse dans la guerre présente; bien au contraire, on ne demanderait pas mieux que de se concerter à ce sujet, et de savoir quels sont les seconrs qu'on peut espérer de l'Angleterre; mais avant qu'on sache quel parti prendra la cour de Vienne, et avant qu'on soit en mesure de reprendre les armes, on ne voudrait négocier que dans le plus profond secret, pour ne pas s'exposer à une brusque attaque des Français, ou en d'autres termes, dans la orainte de les avoir sur les bras, lorsqu'on ne serait pas encore assuré de l'appui des cours de Vienne et de Londres. Par ces seules considérations on préférerait de traiter avec m-r Garlick ou (si mylord Elgin doit être remplacé) avec celui qui aura le poste permanent. Votre excellence jugera s'il ne serait pas utile de ménager les scrupules de cette cour, afin de profiter de ses bonnes dispositions; il me paraît au moins que l'exemple du prince Repnin est un grand motif pour écarter toute démarche qui pourrait effaroucher, et je vons avoue qu'en voyant arriver de Londres un personnage marquant avec une commission temporaire, j'aurais les plus vives appréhensions que le roi ne reculât, en oraignant d'inspirer de l'ombrage et d'éventer le secret de la négociation avant qu'elle ne soit conclue. Woronz. Archiv, XI, 47, 55.

und Oraniens[1]); dieselbe Erklärung gab wenig später Panin in der preußischen Hauptstadt. Der Krieg schien damals schon unvermeidlich, die Lage wurde täglich ernster, und zahlreiche noch erhaltene Papiere, Denkschriften von Haugwitz, Berathungen der Minister, lassen erkennen, wie sorgfältig die zu ergreifenden Maßregeln erwogen wurden[2]). Zum Entschluß kam man aber nicht; man antwortete Panin, die Sache erheische reifliche Ueberlegung, auch wünsche man, vorerst den englischen Gesandten Sir Thomas Grenville zu erwarten. Panin, durch seine Instructionen gedrängt, wollte sich damit nicht begnügen; er forderte am 28. eine Audienz beim Könige. Aber seine Ungeduld brachte nur Schaden. Die Minister fanden gerade in seinem Benehmen den Beweis, daß Rußland Preußen compromittiren wolle; der König weigerte die Audienz am 30. Januar und, als Panin unter bittern Beschwerden sein Ansuchen wiederholte, noch einmal am 2. Februar[3]). Drei Wochen vergingen ungenutzt, denn bei dem unerhört strengen Winter war die Schifffahrt und jeder Verkehr mit England unterbrochen. Thomas Grenville, der schon am 6. Dezember seine Beglaubigung erhalten hatte, konnte erst im Februar die Reise antreten. Nur

---

1) Gröben, 8. Januar 1799, Pr. St. A.; Rescript Paul's an Panin vom $\frac{19.}{30.}$ Dezember 1798, Woronz. Archiv XI, 267.

2) Haugwitz an das Ministerium, 16. Januar; Denkschriften von Haugwitz aus der ersten Hälfte Januars und vom 23. Januar.

3) Panin, Note vom 20. Januar, Audienzgesuche, an Finkenstein gerichtet, vom 28. und 31. Januar, das letztere mit bittern Beschwerden: „man verweigere in Petersburg niemals eine Audienz; er habe bereits seinem Hofe geschrieben, daß er eine solche erbeten habe." Finkenstein stimmt für die Bewilligung, Alvensleben dagegen; in letzterem Sinne schreibt das Ministerium dem Könige am 25. und 28. Januar und 1. Februar. Der König an das Ministerium, 30. Januar, 2. Februar. Denkschriften des Minist.-Secretärs Claproth und des Geh.-Raths Renfner vom 6. und 9. Februar über Audienzen, die man in Petersburg den preußischen Gesandten, insbesondere dem Grafen Tauenzien verweigert habe. Négociations avec les deux cours Impériales im Preuß. St. A.

mit Lebensgefahr, indem er mehrere Stunden über die mit Eis bedeckte See sich zu Fuß einen Weg bahnte, kam er nach Kuxhaven und am 17. Februar nach Berlin. Wie Rußland Truppen, so bot der Engländer Subsidien, wenn Preußen der Coalition sich anschließen und zu Gunsten der naheverwandten Oranier die Befreiung Hollands unternehmen wolle. Finkenstein meinte, man solle das Anerbieten nicht von der Hand weisen, aber immer einen Ausweg offen halten; Alvensleben will es nicht einmal in Ueberlegung nehmen[1]), und Haugwitz, der zwischen dem königlichen Cabinet und dem Ministerium zu vermitteln hatte, entscheidet im Auftrage des Königs am 28. Februar gleichfalls ablehnend. Die Unzuverlässigkeit der Oesterreicher in Italien, votirt er, habe Alles verdorben; der König hoffe der europäischen Wohlfahrt am besten durch eine imposante Neutralität zu nützen. Doch war dies schon damals nicht mehr seine eigene Meinung. Paul und Thugut pflegten zwar noch immer den Minister für die preußische Neutralität verantwortlich zu machen; aber die erhaltenen Aufzeichnungen beweisen unzweifelhaft: es war vor Allem das königliche Cabinet und die persönliche Ansicht des Königs, was Preußen auf dem früheren Wege festhielt. Sei es, daß die fortschreitenden Gewaltthaten des Directoriums, oder daß, wie nahe betheiligte Personen versichern, die von Sieyes angesponnenen Intriguen den Minister unversöhnlich erbittert hatten, gewiß ist: er hätte der Coalition gern ein Zugeständniß gemacht. Er scheint es denn auch gewesen zu sein, der bei dem Könige durchsetzte, daß man mit Grenville und Panin wenigstens in Unterhandlung trat. Man antwortete am 7. März, Preußen könne zwar für jetzt seine neutrale Stellung nicht verlassen, werde sich aber gern mit beiden Mächten vereinigen, wenn die Franzosen Nord-Deutschland behelligten, oder sich größere Uebergriffe erlaubten. Für einen solchen Fall könne man immerhin vorläufige Verabredungen treffen. Grenville, mit dieser Ant-

---

1) Vota Finkenstein's und Alvensleben's vom 25. Februar.

wort wenig zufrieden, wollte sogleich abbrechen, weil seiner Regierung nicht mit defensiven, sondern nur mit offensiven Maßregeln gedient sei. Panin, geschmeidiger, nahm die dargebotene Handhabe an; er bat in einer neuen Note am 10. März, Preußen möge nur deutlicher die Fälle angeben, in welchen es zum Kriege sich entschließen würde[1]). Aber sogleich erwachte auch das Mißtrauen des Königs. Unwillig schreibt er am 12. März, Panin suche Preußen hinterlistig zu verwickeln; mit solchen Leuten müsse man sehr vorsichtig sein und mehr conferiren als schreiben, weil sie sich an jeden Ausdruck hingen.

Oesterreich hatte sich an diesen Verhandlungen beinahe gar nicht betheiligt, schon deßhalb, weil der Gesandte, Fürst Reuß, am 12. Februar einem längeren Leiden erlegen war[2]), ein Mann von mäßigen Fähigkeiten, aber von offenem, wohlwollendem Charakter und nach besten Kräften für die Einigung der beiden Höfe bemüht. Thugut, welcher mehr Schärfe und Energie verlangte, war einige Male geneigt, ihn abzurufen, und eben hatte Keller Fürbitte eingelegt, daß man einen in Berlin so nützlichen und geschätzten Vertreter nicht entfernen möge, als der Tod plötzlich die Entscheidung gab. Unter so gespannten Verhältnissen mußte sein Verlust doppelt nachtheilig wirken. Hudelist, der Geschäftsträger, welcher einstweilen für ihn eintrat, konnte ihn nicht ersetzen, und Graf Dietrichstein, der in außerordentlicher Mission nach Berlin kam, war weit mehr befähigt, rasche Entscheidung als freundliches Einvernehmen herbeizuführen.

1) Finkenstein an das Ministerium, 7. März; die Minister an den König, 10. März.

2) Hudelist an Thugut, 12. Februar, redet von dem „heute erfolgten Abscheiden" des Gesandten. Gütige Mittheilung des Herrn V. Felgel. Reuß trug den Vornamen Heinrich XIV., war Feldmarschall-Lieutenant und nicht lange vor seinem Tode in heimlicher Ehe vermählt mit Marianne Meier, welche, in den berliner literarischen Kreisen viel genannt, auch in diplomatischen Depeschen ein und anderes Mal Erwähnung findet. In dem biographischen Wörterbuch des Kaiserthums Oesterreich von C. Wurzbach hätte er wohl eine Stelle verdient.

Als er am 19. März in Berlin anlangte[1]), fand er die Conferenzen wieder aufgenommen. Grenville hatte sich bereit erklärt, auch über den eventuellen Beitritt Preußens zu unterhandeln, und der König erlaubte, daß man die Kriegsfälle einzeln aufzähle. Als solche nannte man Ueberschreitung der Demarcations-Linie, Besetzung der fränkischen Fürstenthümer, Angriff gegen Hamburg, gegen die Mündung der Elbe, gegen Hannover, oder gegen Sachsen. Es wurde darüber in einer Conferenz am 26. verhandelt, und die Minister erbitten dann vom Könige Anweisung über die Zahl der aufzustellenden Truppen und die Höhe der dafür zu fordernden Subsidien. Der König antwortet am 30., er sei bereit, seiner defensiven Stellung größere Ausdehnung zu geben und außer den Truppen an der Demarcations-Linie noch 35,000 Mann aufzustellen. Für die Mobilmachung verlangt er im Voraus 130,000 und monatlich 80,000 Pfund, im wirklichen Kriegsfalle wird er im Ganzen 100,000 Mann stellen und dafür monatlich 200,000 Pfund verlangen. Dadurch war aber Grenville nicht befriedigt. In einer neuen Conferenz am 2. April erklärte er, seine Instructionen bezögen sich allein auf eine eventuelle Offensive; über die preußischen Vorschläge könne er für jetzt nur an seinen Hof berichten[2]).

So war wieder Alles ins Ungewisse gestellt, und es läßt sich ermessen, wie sehr alle Maßregeln der Coalition durch diese endlose Verhandlung gehindert wurden. Thugut's Depeschen nach Petersburg sind voll von Klagen über die unerträgliche Ungewißheit, und voll von Beschwerden über die preußische Hinterlist, welche die Verbündeten nur hinhalten und den Franzosen dienen wolle. Alles, was Oesterreich verlange, sei bestimmte Antwort; auch mit einer ehrlichen Neutralität werde es sich gern begnügen, wenn nur diese Alles lähmende Unge-

1) Das Ministerium an Keller, 22. März, an den König, 20. März.

2) Die Minister an den König, 22., 27., 30. März, 3. April. Négociations avec les deux cours Impériales im Preuß. St. A.

wißheit ein Ende nähme. Vollkommen begründet sind die Klagen, aber nicht im geringsten die Beschwerden. Denn es war sicher nicht der König, der diese ihm so überaus lästigen Verhandlungen hervorgerufen oder im Gange erhalten hatte. Aber wie mußten solche Zögerungen auf einen Mann wie Paul I. wirken, der nun seit dem 7. Januar Antwort erwartete, wohin er seine Soldaten schicken sollte! Am 22. März ließ Besborodko den preußischen Gesandten zu sich einladen und verhehlte nicht, daß das Mißvergnügen des Zaren den höchsten Punct erreicht habe. Immer gebe er aber die Hoffnung noch nicht auf; Gröben möge doch so bald als möglich die Gesinnungen seines Herrn in Erfahrung bringen. Wenige Stunden nach der Conferenz kam ein Billet Besborodko's mit dem Ansuchen, unverzüglich durch Courier in Berlin das preußische Ultimatum zu erfragen. Die Worte waren so dringend, daß Gröben wirklich seinen Secretär Scholz abgehen ließ, der in größter Eile am 2. April nach Berlin gelangte. Aber um den König zum Entschluß zu bringen, war kein Mittel weniger geeignet. Statt gleich zu antworten, ließ man in Berlin vier Tage verstreichen. Erst am 6. April geht ein Brief an Gröben ab, nicht etwa durch Courier, sondern mit der gewöhnlichen Post und ganz mit Buchstaben geschrieben. Daraus mochten die Russen lesen, der König habe seinen früheren Mittheilungen für jetzt nichts hinzuzufügen; er behalte sich Weiteres vor, wenn ein von Grenville erwarteter Courier erst eingetroffen sei[1]).

Gerade am 6. April erhielt aber Thomas Grenville durch einen Courier seines Bruders bestimmte Anweisung, nur dann Subsidien zu bewilligen, wenn der König sogleich die Feind-

1) Gröben, 23. März; das Ministerium an Gröben, 6. April. Rostoptschin an Woronzow, $\frac{19.}{30.}$ April: Je suis fâché que m-r Graben [Groeben], moitié par esprit de conciliation, moitié par bêtise, n'a pas rendu compte de la manière dont on lui avait demandé l'ultimatum: car cela aurait pu produire quelque chose de plus que l'agrandissement du système défensif.

seligkeiten gegen Frankreich beginnen wolle[1]). Damit war auch die Stellung Preußens entschieden. Am 15. April erklärte man Dietrichstein auf erneuerte Anfrage in einer Conferenz und durch eine Verbalnote, der König könne nicht über die bisherige Neutralität hinausgehen. Dietrichstein, der Anderes nicht erwartet, vielleicht nicht einmal gewünscht hatte, erklärte dagegen, er müsse als treuer Diener, als Deutscher und im Interesse Preußens diese Antwort schmerzlich bedauern. Die Verschiedenheit der Grundsätze werde die gute Harmonie zwischen beiden Höfen nicht stören, aber er müsse seine Mission als beendigt ansehen. Am 23. hatte er seine Abschieds-Audienz. Der Plan, Preußen für die Coalition zu gewinnen, war vorerst gänzlich mißlungen[2]).

1) Grenville an Whitworth, 22. März: The project of a defensive alliance for the protection of the north of Europe which has been proposed by the Prussian ministers, is so vague in its import, and so little calculated to promote the objects which the king, and his allies have in view, that His Majesty cannot be induced, by any consideration whatsoever to acquiesce in it, or to divest for its accomplishment any portion of those pecuniary resources which have been set apart, either for encrease military exertions in the country, or for the assistance of those Powers who may be prepared to engage in the contest with France, upon the same principles as those by which His Majesty and his ally the emperor of Russia are actuated. Under this impression the king has been pleased to direct, that instructions should be transmitted to Mr. Grenville this evening, directing him to signify to the Prussian ministers, His Majesty's entire disapprobation of the plan which they have proposed, and his fixed determination not to enter into any concert with the court of Berlin which has not for its object the immediate commencement of offensive hostilities against France.

2) Die Minister an den König, 7. April; der König an die Minister, 13. April; preußische Note an Dietrichstein, 15. April; das Ministerium an Keller, 19. April.

Neuntes Kapitel.

Die Auflösung des rastatter Congresses.

Es läßt sich denken, daß der Verlauf dieser Unterhandlungen auf den rastatter Congreß und den Reichstag in Regensburg zurückwirkte. Seit der französischen Note vom 2. Januar konnte kein Scharfblickender über das heraufziehende Unwetter sich länger täuschen. Wer durfte erwarten, daß die Franzosen eine so gefährliche Drohung, wie den Anmarsch russischer Truppen, ruhig hinnehmen, oder daß der Kaiser die schwer erlangte Hülfe wieder zurückweisen würde[1])? Unmittel-

1) Die französische Auffassung bezeichnet der folgende Auszug aus Talleyrand's Instruction für die Gesandten vom 24. Dezember 1798: Der Marsch der Russen ist nach Berichten aus Tarnow unzweifelhaft, wenn auch ihre Bestimmung noch verschieden angegeben wird. Frankreich und Rußland sind im Krieg; die Aufnahme der Russen innerhalb der deutschen Grenzen wäre eine Feindseligkeit, welche den Zustand vor Leoben herstellen würde. 24,000 Russen können nicht aus eigenem Willen einrücken. Wenn das Reich, oder die Majorität seiner Glieder den Eintritt erlaubt, oder nicht hindert, erscheint es als Verbündeter der fremden Macht, die sein Territorium überschreitet, um Frankreich zu bekämpfen. Die Neutralität wird dadurch eine Chimäre, und die rastatter Verhandlung aufgehoben. Die Gesandten sollen eine ausdrückliche Erklärung in diesem Sinne abgeben. Nur die Stände, welche mit Frankreich besondere Verträge abgeschlossen und in keiner Weise Rußland zugestimmt haben, würden sich „individuellement“ im Zustand des Friedens befinden. Die Gesandten sollen dieser Erklärung die stärksten Versicherungen der Friedensliebe beifügen und alle Schuld auf die Gegner werfen. Gleichzeitig sollen sie Lehrbach als dem Vertreter einer befreundeten Macht die Mittheilung machen: Der Zug der Russen in österreichisches Gebiet involvire einen Bruch der Freundschaft. Das Directorium hoffe, que

bar drängte also die Frage: wo wird das Reich in dem großen europäischen Conflict seine Stellung nehmen? Schon im Sommer war darüber zwischen Preußen und Oesterreich verhandelt. Damals wünschte Oesterreich, ganz auf sich selber angewiesen, die Neutralität des Reiches, um alle Kräfte in Tyrol und Italien zu vereinigen. Aber jetzt bei den großen Mitteln der Coalition war die Lage verändert. Der Kriegsplan ging gegen den Rhein, gegen die Schweiz; der Kaiser wollte nicht mehr Neutralität, sondern kriegerischen Beistand. Neutralität wünschte aber Preußen und mit ihm die Mehrheit der süddeutschen Reichsstände, besonders der weltlichen, die beim Kriege den ersten Anfall der Franzosen und zugleich die Vereitlung ihrer Säcularisations-Pläne fürchten mußten. Auch Mainz gehörte hierher, weil Albini durch seine Verbindung mit Bonnier die Entschädigung seines Herrn noch immer für gesichert hielt. Allen diesen lag die Fortdauer des Congresses nicht weniger am Herzen, wie den Oesterreichern seine schleunige Auflösung.

Gleich als man am 4. Januar über die französische Note berieth, traten die Parteien sich entgegen. Sachsen, Oesterreich, Bremen und Würzburg wollten der Reichsversammlung und dem Kaiser die Note einfach zur Kenntniß bringen und von diesem Schritt den Franzosen Mittheilung machen. Dies war so sehr der gewiesene Weg, daß auch Baiern sich anschloß, und die beiden Städte nicht widerstrebten. Baden und Darmstadt wollten dagegen der Reichsversammlung gleich mit der Anzeige die Hoffnung aussprechen, „man werde in Regensburg solche Entschließungen fassen, welche den so nahen Anschein des sehnlich gewünschten Friedens nicht entfernen, sondern in jedem Falle den unglücklichen vorderen Reichskreisen Frieden und Neutralität verschaffen könnten." Aber Loeben und Lehrbach

---

Sa Majesté le Roi d'Hongrie et de Bohême, l'Archiduc de l'Autriche, donnera une explication franche et loyale sur cet objet et prendra des déterminations, qui pourraient rassurer tous les amis de la paix et de l'humanité.

verwiesen nachdrücklich auf die Competenz der Deputation, sie hoben hervor, daß von dem Marsche der Russen auf das Reichsgebiet noch gar keine offizielle Mittheilung gekommen sei, mithin eine Verhandlung darüber in Regensburg nicht einmal in sicherer Aussicht stehe. Es unterblieb denn auch sowohl der Rath für die Reichsversammlung, als der Dank, den außer Baden und Darmstadt auch Mainz und die beiden Städte den Franzosen für die in der letzten Note geäußerten friedlichen Gesinnungen abzustatten wünschten[1]).

Um so mehr drängte Albini den kurmainzischen Directorialgesandten in Regensburg, schleunigst eine Entschließung der Reichsversammlung herbei zu führen[2]). Wirklich wurde schon am 10. Januar eine außerordentliche Sitzung berufen; aber nach dem unveränderlichen Geschäftsgang konnte der Deputation nur die Antwort ertheilt werden: alle drei Collegien würden von ihren Committenten Instructionen einholen[3]). Die Entscheidung war also in die Ferne gerückt, und dem Streit der Parteien ein weites Feld überlassen. Kurmainz, Baiern, Würtemberg, Baden und die mit ihnen gingen, wollten der französischen Note Gehör geben; Preußen hätte gleichfalls die russischen Truppen am liebsten jenseits der Grenze gesehen. Oesterreich dagegen, zum Kriege entschlossen, wünschte recht entschiedene Abweisung der Franzosen, oder wenigstens ein Conclusum, das jede unfreundliche Aeußerung gegen die Russen vermied. Thugut war deßhalb mit dem nichtsbedeutenden Beschluß vom 10. Januar ganz zufrieden; „er entspricht unserer Absicht," schreibt er, „Zeit zu gewinnen und die Einwirkung des russischen Hofes zu ermöglichen[4])." Schon am 10. Januar

1) Protokoll, III, 137; Lehrbach, 4. Januar 1799.

2) Briefe des Kurfürsten von Mainz an den Freiherrn von Steigentesch vom 4. und 6. Januar; Thugut an Lehrbach, 16. Januar; Lehrbach an Thugut, 17. Januar (französisch).

3) Protokoll, VI, 58.

4) Thugut an Lehrbach, 16. Januar, Wiener Staats-Archiv. Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 21. April bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 101, 114.

hatte er nach Petersburg die dringende Aufforderung gerichtet, man möge die russischen Gesandten in Berlin, Dresden und Regensburg in diesem Sinne anweisen[1]). Dagegen blieben auch die französischen Diplomaten, Alquier in München und Bacher, der sich seit dem Frühjahr am Sitze des Reichstages aufhielt, nicht müßig. In Berlin hatte Sieyes schon am 7. Januar, es läßt sich denken mit welchem Erfolg, eine Note eingereicht, Preußen solle dem russischen Truppenmarsch sich widersetzen[2]).

Die folgende Verhandlung ist in so fern von Bedeutung, als sie beweist, wie unwillkommen der Krieg dem Reiche war. Nur Oesterreich und die von der Säcularisation bedrohten geistlichen Stände betrachteten ihn als letztes Rettungsmittel; den meisten weltlichen Fürsten, sogar Köln und Mainz, kam die vormals begehrte russische Hülfe jetzt sehr ungelegen. Dem Drängen von Kurmainz gegenüber konnte der kaiserliche Concommissar nicht hindern, daß zuerst im Kurfürsten-Collegium am 18. Februar das Protokoll eröffnet wurde. Steigentesch war angewiesen, in jedem Falle, selbst wenn kein anderer instruirt sei, sein Votum abzugeben und darin den von Albini zu Rastatt ausgesprochenen Wunsch zu wiederholen: Der Kaiser möge Alles abwenden, was das Reich in eine Kriegsgefahr bringen könne, also vor Allem den russischen Truppenmarsch. Außer Mainz hatte nur Brandenburg seinen Gesandten rechtzeitig dahin instruirt, zunächst die Entfernung der französischen Truppen vom rechten Rheinufer zu verlangen. Erst wenn diese Forderung erfüllt sei, könne die vollkommene Neutralisirung des Reiches zugestanden und die Einleitung dem Kaiser anheim gegeben werden[3]). Dem gegenüber erklärte Böhmen, es

1) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 268.

2) Sieyes an die preußischen Minister, 7. Januar; die Minister an Sandoz, 14. Januar.

3) Die Minister an den König, 12. Februar: Panin hat wieder einen Antrag gemacht, Preußen möge mit Rußland und Oesterreich in Regensburg dahin wirken, daß der Reichstag nichts gegen den Marsch der russischen Truppen beschließe. Die preuß. Gesandtschaft in Regensburg ist schon am 27. Januar

sei der Würde des Reiches widersprechend, sich auf unberechtigte, in so anmaßlichem Tone gestellte Fragen einer fremden Macht auch nur einzulassen; aber allein Trier stimmte nach längerem Schwanken in ähnlichem Sinne. Kurbraunschweig hatte zuerst protestirt, daß man über eine so wichtige Sache voreilig die Berathung eröffne; später erhielt der Freiherr von Ompteda ein Rescript aus Hannover, welches, statt sich gegen die Franzosen zu wenden, die ganze Verantwortung dem Kaiser zuschob und die kleinen Reichsstände unentschlossen und zaghaft machen mußte. Thugut bemerkt nicht mit Unrecht, Seine britische Majestät mache als Kurfürst von Hannover wieder rückgängig, was der König von England gefördert habe. Selbst Sachsen und Köln näherten sich mehr dem mainzischen als dem böhmischen Votum. Auch im Fürsten-Collegium wollten bedeutende Stimmen, wie Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt den Kaiser ersuchen, Alles dem Reichsfrieden Nachtheilige zu entfernen[1]), doch war hier, wo der Kaiser größeren Einfluß besaß, das Gesammtergebniß günstiger. Salzburg wies in einem von Thugut besonders belobten Votum nachdrücklich auf die andauernden Drangsale des rechten Rheinufers, das vertragswidrige Verfahren gegen Ehrenbreitstein, die Uebergriffe der Franzosen in Italien und der Schweiz, endlich auf die unzweideutigen Kriegsrüstungen hin. Welche Unbilligkeit, daß dem gegenüber das Reich nach so vielen vergeblichen Opfern, ehe nur der Friede wirklich abgeschlossen sei, den vielleicht sehr nöthigen, vordem von mehreren Kreisen ausdrücklich erbetenen Beistand eines mächtigen Hofes voreilig zurückweisen solle! Der österreichische Gesandte wiederholte und bekräftigte diese Auffassung und brachte sie im Wesentlichen zur Annahme. Das

angewiesen, zu bewirken, daß die rastatter Deputation mit der Erklärung an die Franzosen beauftragt werde, eine Neutralisirung des Reiches könne erst in Frage kommen, wenn auch die französischen Truppen das Reichsgebiet geräumt hätten. Die Minister wünschen, Panin diese Instruction mitzutheilen.

1) Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 10. März, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 100, 102, 104, 107, 109.

Kurfürsten-Collegium hatte sich am 1. April für die Erhaltung des Waffenstillstandes und Erlangung eines baldigen Friedens ausgesprochen und damit den Wunsch verbunden, der Kaiser möge den Ständen des rechten Rheinufers von feindlicher Bedrückung endlich Erleichterung verschaffen. Das Fürsten-Collegium erklärte dagegen am 12. April: so lange die Bedrückung der Reichslande durch französische Truppen nicht aufhöre, würde Deutschland den Vorwurf der Sorglosigkeit verdienen, wenn es für die Abwendung des ihm bis jetzt noch unbekannten russischen Truppen-Marsches schon im Voraus einschreiten und dadurch die Aussicht auf einen mächtigen Schutz, uneingedenk künftig möglicher Fälle, sich selbst entziehen wolle[1]). Die Reichsstädte hatten am 4. April ohne weiteren Zusatz die ganze Angelegenheit der Leitung des Kaisers überlassen[2]). In Folge dieser verschiedenen Abstimmungen kam gar kein eigentliches Reichs-Gutachten zu Stande. Die drei verschiedenen Beschlüsse wurden dem Kaiser mitgetheilt, dem sonach, den österreichischen Wünschen gemäß, ganz freie Hand gelassen, aber auch von Reichswegen nicht die geringste Unterstützung geleistet wurde[3]).

Auf das Nächste hing diese Verhandlung des Reichstags mit der Stellung des Congresses zusammen. In Rastatt wie in Regensburg finden wir dieselben Parteien, und hier wie dort Kurmainz an der Spitze derjenigen, welche um jeden Preis den Frieden wollten. Diese setzten denn, selbst nach der Note

---

1) Allgemeine Zeitung 1799, S. 244, 252, 290, 295, 298, 351, 359, 404, 411, 419, 425.

2) Bacher schreibt Ende Februar an Trouvé, den französischen Gesandten in Stuttgart: Oesterreich habe am 18. Februar die Eröffnung des Protokolls im Collegium der Reichsstädte verhindert, sonst würden sie sicher wie Mainz gestimmt haben. Aber die kaiserlichen Gesandten hätten gedroht, man würde die Städte als Entschädigungsmittel preisgeben, wenn sie nicht bessere Instructionen einschickten. Reichsarchiv im Haag.

3) Thugut an Cobenzl, 21. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 114, die Gutachten der drei Reichscollegien in der Geheimen Geschichte des rastatter Congresses, V, Abth. II, Anhang S. 113.

vom 2. Januar, die Verhandlung über die Entschädigungen eifrig fort. Roberjot war indessen mit seinem Plane zu Stande gekommen; das bekannte geographische Handbuch von Büsching und zahlreiche Eingaben deutscher Reichsstände hatten als Grundlage der Berechnungen gedient. Der Entwurf, wie er zu Anfang des neuen Jahres, größtentheils von Roberjot's Hand geschrieben, nach Paris geht, würde ein kleines Buch füllen; den Inhalt kann man nicht gerade unbillig nennen. Die drei geistlichen Kurfürsten werden erhalten, Baiern und Zweibrücken mäßig abgefunden, innerhalb der preußischen Demarcations-Linie Säcularisationen so viel als möglich vermieden[1]). Mancher österreichische Minister möchte in späteren Jahren gewünscht haben, diese Vorschläge wären zur Ausführung gelangt. Roberjot meint, sie müßten vortrefflich wirken; mit der Liebe eines Autors scheint er an seinem Werk zu hängen. Noch am 21. Januar verwendet er sich lebhaft, das Directorium möge auch die von ihm vorgenommene neue Eintheilung der Kreise und der Stimmen auf dem Reichstag genehmigen und Sorge tragen, daß die Reichsstädte endlich in den vollen Besitz der durch den westphälischen Frieden ihnen zugesagten Collegial-Rechte gelangten. Man sieht, der „vorhinnige Pfarrer" hat neben der Vertheilung geistlicher Besitzungen sogleich auch für Deutschland eine neue Verfassung ausgearbeitet. Die Deputation würde ihm schwerlich widersprochen haben. Die Mehrheit zeigte sich den Franzosen gegenüber noch schüchterner als früher. Die Bedrückung des rechten Rheinufers, die verzweifelte Lage von Ehrenbreitstein konnten ihr kein Zeichen der Theilnahme mehr abgewinnen. Nur der kaiserliche Plenipotentiar forderte am 13. Januar in einer Conferenz von den französischen Gesandten Aufklärung, „in wie weit die am 12. Dezember ertheilten Zusicherungen einem wirklichen Erfolge näher gekommen seien". Er erhielt aber die höhnische, oder, wie er sich selbst ausdrückt, „die äußerst ungenügliche" Erwi-

1) Roberjot, 28. und 31. Dezember 1798, 3. und 14. Januar 1799.

derung, das Versprechen sei erfüllt, und der Gegenstand dem Directorium empfohlen, aber noch keine Antwort eingetroffen[1]). Einige Tage später übergab der kurkölnische Gesandte, Graf Erbach, der Deputation eine Reihe der kläglichsten Beschwerden über das Elend im Herzogthum Westfalen und in den Gebieten des Deutschen Ordens. Lehrbach hatte ihn veranlaßt, darin auch des Dankes zu erwähnen, welchen die Deputation im Dezember den Franzosen ausgesprochen hatte. Aber Albini, der sich getroffen fühlte, nannte die Eingaben überflüssig und unzeitig[2]), und erwirkte in der Sitzung vom 26. Januar den schmählichen Beschluß: es sei die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß den französischen Zusagen Genüge geschehen werde; deßhalb wolle man vor der Hand Anstand nehmen, in diesem Betreffe etwas an die französische Gesandtschaft zu richten[3]).

Gerade in diesen Tagen erhielt die Deputation einen neuen Beweis, was den Franzosen gegenüber die Geduld für Früchte trage. Für die tapfere Besatzung von Ehrenbreitstein war das Unvermeidliche, längst Erwartete endlich eingetreten: der Gewalt des Hungers konnte sie nicht mehr widerstehen. Am 24. Januar knüpfte Oberst Faber mit dem General Dallemagne Unterhandlungen an. Eine eigentliche Kapitulation wollte er nicht unterzeichnen; er erhob einen Protest „gegen die vertragswidrige Wegnahme des Platzes und die offenbare Verletzung der einfachsten Grundsätze öffentlicher Treue und Redlichkeit." Am 27. Januar zog die Besatzung aus. Die Franzosen erklärten, daß sie die Festung bis zum Frieden in Besitz nähmen, daß die früher ausbedungene Schleifung dann aber unfehlbar erfolgen würde[4]). Die Deputation wagte noch immer kein Wort der Beschwerde.

1) Metternich an die Deputation, 16. Januar, Protokoll VI, 60.

2) Lehrbach, 22. Januar.

3) Eingaben Erbach's vom 19., 23., 24. Januar, Protokoll VI, 61 fg., III, 144.

4) Talleyrand an die Gesandten, 3. Februar. Protokoll VI, 104 fg.

Aber bloßes Stillschweigen genügte den Franzosen schon nicht mehr; sie verlangten offenen Widerstand gegen Oesterreich. Wesentlich deßhalb hatten sie die Note vom 2. Januar an die Deputation gerichtet und mit großem Mißvergnügen vernommen, daß der drohende Inhalt dem Reichstag lediglich zur Kenntniß gebracht sei[1]). Als nun aus Wien der Bescheid einging, die Deputation habe richtig gehandelt, die Angelegenheit des russischen Truppen-Marsches liege ganz außerhalb ihrer Competenz[2]), machten sie einen neuen Versuch, eine bestimmte Aeußerung zu erzwingen. Am 31. Januar erfolgte die Erklärung, sie würden über keinen Punct der Verhandlung eine Note ferner abgeben, noch annehmen, bis auf ihre Note vom 2. Januar in kategorischer und befriedigender Art geantwortet sei[3]). Und wie es denn nicht die Art des Directoriums war, einem Feinde den Vorsprung zu gönnen, so hatte ein Tags vorher eingetroffener Courier auch eine Mittheilung für Lehrbach überbracht, welche jeden Zweifel über die Lage beseitigen mußte. Die Franzosen hatten schon am 2. Januar den kaiserlichen Bevollmächtigten erklärt, die Aufnahme der russischen Truppen in die österreichischen Erblande habe die bisher bestandenen freundlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und der Republik gelöst; im mündlichen Gespräche waren gleichwohl noch immer friedliche Versicherungen ausgetauscht[4]). Jetzt verlangten die Franzosen plötzlich eine bestimmte Zusage, daß die russischen Truppen die kaiserlichen Staaten räumen würden. Wenn die Zusage nicht in vierzehn Tagen erfolge, so müsse die Republik darin den offenen Beitritt des Kaisers zu den

---

1) Roberjot an Talleyrand, 2. und 5. Februar; Lehrbach, 17. und 25. Januar (französisch). Selbst Albini zürnten die Franzosen, weil er nicht eifrig genug gewesen sei.

2) Lehrbach, 22. Januar; Roberjot, 22. Januar; Protokoll der Sitzung vom 26. Januar, III, 140; VI, 66, 68.

3) Protokoll, VI, 69.

4) Lehrbach, 2. und 7. Januar (französisch).

Unternehmungen der Russen und einen Act der Feindseligkeit erkennen [1]).

Die Franzosen kamen, indem sie die Fortsetzung der Verhandlungen weigerten, nur den Absichten der Oesterreicher entgegen. Sobald durch die Annahme des französischen Ultimatums eine dem Kaiser feindliche Mehrheit hervorgetreten war, hegte man auch in Wien den von Lehrbach und Loeben wiederholt geäußerten Wunsch, die Thätigkeit der Deputation zu beschränken, wo möglich den Congreß ganz aufzulösen. In Folge eines Vortrags des Reichs-Vicecanzlers erließ der Kaiser am 31. Dezember eine von Thugut vorgeschlagene Resolution: die Plenipotenz habe sich so zu benehmen, daß der Kaiser das französische Ultimatum, wenn es zur endlichen Berichtigung gebracht würde, verwerfen oder modificiren könne. Sie soll sich über keinen Punct, nicht einmal über die Redaction der

1) Talleyrand, 26., 27. Januar an die Gesandten; Lagarde, der Generalsecretär des Directoriums, an Talleyrand, 27. Januar; die Gesandten an Talleyrand, 31. Januar. Die Note findet sich schon, allerdings fehlerhaft, in den Nouvelles politiques vom 15. Februar 1799, dann in der Geh. Geschichte des rastatter Congresses VI, 262. Nach Rastatt gelangte sie nicht blos durch einen, sondern durch zwei Couriere, die, der eine wenig Stunden nach dem andern, am 30. Januar eintrafen. Die in Folge der doppelten Sendung aufs höchste gespannte Neugier würde aber getäuscht worden sein, hätten die Diplomaten erfahren, daß es sich dabei lediglich um eine stilistische Verbesserung handelte. In dem ersten Entwurf heißt es nicht eben passend: le silence de l'Empereur sera regardé comme une agression; die verbesserte Form sagt dagegen: la marche des Russes sera regardée comme agressive et le silence ou le défaut de l'assurance demandée par la présente note, étant une preuve manifeste de l'accession de l'Empereur aux entreprises des Russes, seront regardés forcément par le Gouvernement français comme un acte d'hostilité." „Les expressions de cette lettre sont celles que vous employerez dans votre note," bemerkt Talleyrand zu dem neuen Entwurfe, den er am 26. ganz eigenhändig anfertigt. Wäre die erste Fassung schon übergeben, so sollen die Gesandten ein Versehen des Abschreibers vorschützen und eine zweite Note einreichen.

im Allgemeinen schon bestimmten Puncte weiter einlassen, bis die französischen Truppen das rechte Rheinufer geräumt und die Blocade von Ehrenbreitstein aufgehoben haben. Uebrigens soll man trachten, zur Vereitelung des widrigen Einflusses der übelgestimmten Majorität das Geschäft entweder ganz an die Reichs-Versammlung zu ziehen, oder doch von dortigen Entschließungen mehr abhängig zu machen[1]).

Die Auflösung des Congresses lag sogar weit entschiedener in den Wünschen der Oesterreicher als der Franzosen. Diese hatten, wie so oft, auch jetzt wieder mit der Abreise gedroht, wenn bis zum 15. Februar keine genügende Erklärung eingelaufen sei; sie hatten auch zum Scheine bereits gepackt und zum Aerger Lehrbach's ihre „über alles Maß insolente Note," die er selbst sorgfältig zu verheimlichen dachte, in Rastatt verbreitet, wo sie in allen Caffee-Häusern angeschlagen war. Als sie aber bemerkten, daß man ihre Drohung ernst nahm, daß eine große Zahl von Gesandten sich gleichfalls zur Abreise rüstete, änderten sie ihre Sprache. „Warum packen denn diese Leute," rief Bonnier ärgerlich, als er in dem decker'schen Magazin den Reisewagen Erbach's stehen sah, „wir denken noch nicht an die Abreise." Sie äußerten auch wohl vertraulich, der Bruch mit Oesterreich sei noch gar nicht sicher, und Roberjot sagte Jacobi: selbst wenn der Krieg mit Oesterreich ausbräche, so folge noch nicht, daß er auch mit dem Reiche anfangen müsse[2]). Nichts Angenehmeres hätte man Albini sagen können. „Er geht Allen voran," schreibt Lehrbach am 5. Februar, „sucht Particular-Conventionen zu Gunsten der Neutralität zu veranlassen und befindet sich mit den französischen Ministern in ununterbrochenem, engstem Verkehr[3])." Aber auch die Gegen-

---

1) Der Reichsvicekanzler, Fürst Gundacker Colloredo, an Metternich, 31. Dezember; Thugut an Lehrbach, 31. Dezember.

2) Lehrbach, 8., 9., und 12. Februar.

3) Vgl. auch Metternich, 14. und 28. Januar, 10. Februar: Albini hatte schon 1795 bei dem Rückzuge Clerfayt's ähnliche Pläne verfolgt. „Jetzt

seite blieb nicht müßig. Dem Zaren, der so ungeduldig den Krieg erwartete, war die Fortdauer von Friedens-Verhandlungen noch widerwärtiger als den Oesterreichern; in jener drohenden Note an Rasumowski vom 31. Dezember drängt er wiederholt auf entschiedene Maßregeln gegen den rastatter Congreß. Thugut antwortet durchaus zustimmend am 24. Januar: Man habe in Rastatt und Berlin schon lange in diesem Sinne gewirkt, und deßhalb auch die von Preußen gewünschte Verhandlung über die Entschädigungen nicht weiter geführt. Denn gerade diese hätten die Gier der Reichsfürsten nach der Beraubung ihrer Mitstände, mithin ihre Neigung zum Frieden und zur Neutralität immer mehr gesteigert. Der Congreß könne aber nur mit Zustimmung Preußens aufgelöst werden. Wolle der Kaiser aus eigener Macht sich dazu entschließen, so würde er einen inneren Zwist in Deutschland hervorrufen und viele Fürsten zum offenen Bündniß mit Frankreich treiben[1]). Schon am 7. Januar hatte in der That Reuß in Berlin den Antrag gestellt, Preußen möge die rastatter Deputation zu der Erklärung veranlassen, sie würde vor der Räumung des rechten Rheinufers auf keine Verhandlungen länger eingehen[2]). Nach dem Eintreffen der russischen Note erhielt Reuß am 19. Januar bestimmte Anweisung, die Auflösung des Congresses zu betreiben. Sobald sich Preußen bei den von ihm abhängigen Reichsständen, nämlich Hessen-Cassel, Zweibrücken, Würtemberg und Baden gegen die Fortsetzung der Unterhandlungen ausgesprochen habe, werde der Kaiser allen Reichsständen, auf die er Einfluß besitze, dieselbe Erklärung machen[3]). Je sicherer Thugut dabei auf die Mit-

---

hat er sich," schreibt der Plenipotentiar, „an die kölnischen und trierischen Gesandten, und besonders an Jacobi gewendet, der den Gedanken, preußische Vermittlung anzurufen, am meisten begünstigt."

1) Thugut an Cobenzl, 24. Januar, bei Vivenot, Rastadter Congreß. S. 284 fg.

2) Das preußische Ministerium an Keller, 7. Januar.

3) Thugut an Reuß, 19. Januar, 6. Februar, Vivenot a. a. O. S. 90, 92.

wirkung des russischen Gesandten rechnete, um so größer war seine Enttäuschung, als er von Hudelist vernahm, Panin habe, den Versprechungen Rasumowski's entgegen, die Frage nach der Auflösung des Congresses als gar nicht zu seiner Mission gehörig von sich abgewiesen. Erst am 28. Februar entschloß sich der russische Gesandte, gemeinsam mit Hudelist einen dahin gehenden Antrag zu stellen[1]). Aber die preußischen Minister waren mit dem Könige ganz derselben Meinung, daß man nicht darauf eingehen könne und zunächst Aufklärung fordern müsse, was der Kaiser zur Sicherung der bei Auflösung des Congresses schwer bedrohten süddeutschen Länder gethan habe. Nur darin stimmten Oesterreich und Preußen überein, daß sie die Franzosen gern vom rechten Rheinufer entfernt hätten. Diesen Wunsch hatte Preußen immer gehegt und hegte ihn besonders in einem Augenblicke, wo die revolutionären Umtriebe auf dem rechten Rheinufer wieder begannen, französische Emissäre an mehreren Orten sich gezeigt hatten, und sogar eine Constitution für die bevorstehende schwäbische Republik schon gedruckt worden war[2]). Die preußischen Gesandten waren deßhalb

1) Thugut an Cobenzl, 27. Februar, 22. März, Vivenot a. a. O. S. 302, 305.

2) Dem Berichte Metternich's vom 20. März liegt bei der „Entwurf einer republikanischen Verfassungs-Urkunde, wie sie für Deutschland taugen möchte. Im VII. Jahre der Mutterrepublik," 111 Seiten, ohne Angabe des Druckortes. Das preußische Ministerium an Keller, 8. Februar, 15. Februar: Es ist im Plan, einen Theil des schwäbischen Kreises mit Frankreich, einen andern mit der Schweiz zu vereinigen als Entschädigung für die Verluste, mit welchen sie noch bedroht ist. Bien plus, on attribue aux Français le dessin diabolique, de vouloir entreprendre ce qu'ils appellent la régénération de l'Empire. Elle porterait sur l'anéantissement des Ecclésiastiques et des petits états et on formerait ensuite une confédération de huit à dix princes sous un chef commun, qui serait relevé tous les cinq ans. Pr. St. A. Interessante Nachrichten über die damaligen Verhältnisse in Schwaben, insbesondere in Würtemberg, giebt nach Familienpapieren und Correspondenzen des haager Reichs-Archivs Professor G. G. Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, Utrecht, 1879.

im Januar wirklich angewiesen, im Verein mit den Oesterreichern dahin zu wirken, daß die Deputation fernere Verhandlungen von der Räumung des rechten Rheinufers abhängig mache.

Aber zwischen den deutschen Mächten sollte einmal nichts Gemeinsames zu Stande kommen. Die Depeschen jener Tage sind noch immer gefüllt mit gegenseitigen Anklagen und Verdächtigungen. Keiner wollte dem Anderen die erste Eröffnung machen. Erst am 31. Januar, wahrscheinlich in Folge der eben eingetroffenen französischen Note, bequemte sich Lehrbach, das Schweigen zu brechen, verlangte aber nun, wie es scheint, weit mehr, als er nach seinen eigenen und den Instructionen der preußischen Gesandten verlangen konnte: nicht allein den Antrag auf Räumung des rechten Rheinufers, sondern weiter die Erklärung, daß nach dem übereinstimmenden Willen von Oesterreich und Preußen Entschädigung durch Säcularisationen gar nicht stattfinden, und daß Frankreich der Entschädigungs-Angelegenheit als einer rein deutschen fern bleiben sollte. Für die Räumung des rechten Rheinufers wollten die Preußen sich aussprechen, aber auch nicht, wie Lehrbach verlangte, den Franzosen gegenüber, sondern nur in Form eines Rathes an die Deputation; die beiden anderen Erklärungen wiesen sie zurück. Bis nun darüber hin und her berichtet, die gegenseitigen Beschuldigungen erörtert waren, ging die Zeit vorbei, in welcher auch die Erklärung des ersten Punctes noch Werth haben, in welcher überhaupt etwas durch Erklärungen bewirkt werden konnte[1]).

Thugut's Erwiderung auf die französische Sommation bestand in einem Befehl an den Erzherzog, gegen die Mitte Februars über den Lech in Franken und Schwaben einzurücken[2]).

---

1) Thugut an Lehrbach, 5. Februar; Lehrbach an Thugut, 1. Februar, 23. Februar; das preußische Ministerium an Keller, 15. Februar; Keller an das Ministerium, 27. Februar.

2) Thugut an Cobenzl, 13. Februar, bei Vivenot, a. a. O. S. 299.

Die Franzosen würdigte er gar keiner Antwort. Lehrbach erhielt Anweisung, er könne als Privatmeinung äußern, schon der Ton der französischen Note müsse den Kaiser abhalten, etwas darauf zu erwidern. Der kaiserliche Hof sei nicht in dem Falle, wie unmächtige Reichsstände sich peremptorische Fristen und Maßregeln für seine Geschäfts-Behandlung von was immer für einer Macht vorschreiben zu lassen[1]). Umsonst erwartete man in Paris wie in Rastatt die österreichische Antwort. Es macht einen sonderbaren Eindruck, wenn kleine deutsche Reichsstände auf dem Congreß, wenn sogar Sandoz und Azara in Paris immer neue Gründe suchen für das, was sie als Thugut's Unschlüssigkeit bezeichnen[2]). Als um Mitternacht vom 14. auf den 15. Februar noch keine Antwort eingetroffen war, ging ein Adjudant Jourdan's, der seit mehreren Tagen in Rastatt wartete, um zwei Uhr Morgens mit dieser Nachricht nach Straßburg ab[3]). Lehrbach berechnet: da das Directorium durch den Telegraphen noch am selbigen Tage die Nachricht erhalten und Befehle ertheilen könne, so würde der Einmarsch der Franzosen vielleicht schon am 16. bevorstehen[4]). Mangel der nöthigen Vorbereitungen und der strenge Winter verzögerten aber das Vorgehen der französischen wie der österreichischen Truppen. Erst am 28. Februar setzte Jourdan bei Basel über den Fluß.

In einer Proclamation vom 20. Februar hatte das Directorium sich darüber beklagt, daß im Widerspruch mit einer zu Rastatt am 1. Dezember 1797 abgeschlossenen Uebereinkunft der Inn von den kaiserlichen Truppen überschritten, und daß diese Bewegung mit den in den kaiserlichen Staaten aufgenommenen Russen verabredet sei. Die französische Regierung habe

1) Thugut an Lehrbach, 9. Februar.

2) Sandoz, 25. Februar.

3) Die Einzelheiten bei Helfert, Rastadter Gesandtenmord, Wien 1874, S. 69. Nouvelles politiques, 5. März.

4) Lehrbach, 15. Februar; Nouvelles politiques, 5. März.

auf eine Anfrage keine Antwort erhalten, müsse deßhalb ihre Truppen gleichfalls vorgehen und die geeigneten Stellungen einnehmen lassen. Aber ihre Friedensliebe sei unveränderlich. Sobald die kaiserlichen Staaten von den Russen geräumt, und die kaiserlichen Truppen hinter den Inn zurückgegangen seien, würden auch die französischen Heere in ihre alten Stellungen zurückkehren. Dieselbe Versicherung wiederholte Jourdan, als er den Rhein überschritt, nicht weniger die französische Gesandtschaft, als sie am 1. März der Deputation die beiden Actenstücke zustellte[1]). Wie die Verhältnisse lagen, konnte auch kein anderes Verfahren den Franzosen vortheilhafter sein. Die militärischen Anordnungen ließ man nicht dadurch behindern; man kam den preußischen Wünschen entgegen und durfte hoffen, die süddeutschen Staaten, wenn nicht zum Bunde mit Frankreich, doch mehr und mehr in einen Gegensatz zum Kaiser zu bringen. Deßhalb blieben auch neben den rastatter Bevollmächtigten die Gesandten in Süddeutschland, Bacher in Regensburg, Alquier in München, Trouvé in Stuttgart auf ihren Posten.

Unterdessen war ein Ereigniß eingetreten, das, den französischen Absichten förderlich, die Stellung der kaiserlichen Gesandten wesentlich erschwerte. Karl Theodor, der Kurfürst von der Pfalz, war am 16. Februar einem Schlagfluß erlegen. Jede Hoffnung, durch gütliche Uebereinkunft in den Besitz bairischer Landestheile zu gelangen, war damit für Oesterreich verschwunden. Max Joseph von Zweibrücken, von jeher der eifrigste Widersacher des bairischen Tausches, trat unverzüglich, freudig empfangen, die Nachfolge an; Montgelas, der Freund oder, wie man in Wien sagte, der Spion, das erkaufte Werkzeug der Franzosen, wurde sein Alles vermögender Minister. Unvermeidlich schärfte sich dadurch auch der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen. Thugut gab zwar, sobald die Nachricht eintraf, dem preußischen Gesandten die Versicherung,

1) Protokoll III, 151; VI, 72.

Oesterreich würde den neuen Kurfürsten nicht beunruhigen[1]); aber in Berlin betrachtete man diese Uneigennützigkeit nur als durch die Umstände erzwungen und gab den Verdacht nicht auf, daß in den Wechselfällen des Krieges einmal die Gewalt sich aneignen könnte, was durch gütliche Uebereinkunft nicht zu erreichen war[2]). In Rastatt konnte Görtz sein Vergnügen kaum verbergen; er bedauerte nur, daß er nicht in München sei, wo er seinem Herrn jetzt die ersprießlichsten Dienste leisten könne[3]). Sein Einfluß gewann in der That ganz wesentlich, indem Morawitzky nach München in das Ministerium berufen wurde, und Graf Rechberg, bis dahin Gesandter für Zweibrücken, nunmehr die bairische Stimme in der Deputation erhielt[4]). Kaum weniger unangenehm als diese Ernennung war für Lehrbach die Abberufung seines treuesten Bundesgenossen, des Grafen Loeben, der in Dresden einen Ministerposten übernahm. An seine Stelle trat am 28. Februar Graf Hohenthal, bis dahin sächsischer Gesandter beim Reichstag[5]), an ehrenhaften Gesinnungen seinem Vorgänger gleich, aber nicht an Geschäfts-Kenntniß und persönlichem Ansehen, die gerade in den bevorstehenden stürmischen Tagen weniger als jemals entbehrlich schienen.

Denn die französische Note vom 1. März, welche thatsächlich die Kriegserklärung gegen Oesterreich in sich schloß, reizte auch die Mehrheit der Deputation, mit ihren Friedenswünschen offen hervorzutreten. Albini wollte die Note nicht wieder, wie ihre Vorgängerin, ohne weiteren Rath und Zusatz dem Reichstag übersenden, sondern sogleich die Hoffnung aussprechen: man werde die Deputation in den Stand setzen, der französischen Gesandtschaft eine Antwort auf die Note vom 2. Januar zu übermachen, um die schon so lange stockenden

1) Keller, 21. Februar.

2) Das Ministerium an Keller, 4. März.

3) Lehrbach, 17. Februar.

4) Lehrbach, 19. und 21. Februar (französisch).

5) Lehrbach, 15. Februar (französisch), 3. März; Metternich, 28. Februar.

Friedens-Unterhandlungen wieder in Gang zu bringen [1]). Es war die kaum verhüllte Aufforderung, der Reichstag möge sich gegen den Marsch der Russen erklären. Dies wollte man auch in der Antwort an die Franzosen andeuten und beifügen, daß die Deputation trotz des Vorgehens der französischen Heere von dem lebhaften Verlangen nach einem baldigen, dauerhaften Frieden beseelt sei. Baden, Hessen-Darmstadt und die beiden Städte — Graf Rechberg hatte sich noch nicht legitimirt — schlossen sich in der Sitzung vom 2. März Albini an, Lehrbach erhob den Einwand, daß ein solcher Beschluß die Competenz der Deputation überschreiten und ihren eigenen früheren Beschlüssen widersprechen würde. „Directorialis," berichtet das Mainzer Diarium, „mußte allen möglichen Nachdruck anwenden, um die Majorität gegen die lauten Aeußerungen des Grafen Lehrbach und des mit ihm verbundenen Bremensis aufrecht zu halten [2])." Als Albini auf die Nothwendigkeit hinwies, den Franzosen höflich zu sein, erwiderte Lehrbach: die Majorität möge doch lieber dem General Jourdan gleich eine Deputation entgegen schicken, um ihn beim Rhein-Uebergange zu bewillkommnen [3]). Das Conclusum wurde gleichwohl nach Albini's Wunsch mit fünf gegen vier Stimmen angenommen, aber Metternich weigerte jetzt ganz bestimmt seinen Beitritt. Das Schreiben an den Reichstag konnte er nicht verhindern; dagegen an die Franzosen wollte er nur die einfache Mittheilung dieser Thatsache gestatten, weil Aeußerungen über den Marsch der Russen und der französischen Armeen gar nicht zur Competenz der Deputation gehörten [4]). Von einer Auflösung des Congresses sprach er jedoch noch immer nicht; selbst Lehrbach sah den Rheinübergang Jourdan's nicht als eine Kriegserklärung an. Noch am 5. und 6. März tauschte er mit Debry freundschaftliche Be-

1) Protokoll III, 155.

2) Mainzer Diarium, 2. März.

3) Lehrbach, 3. März.

4) Lehrbach, 6. März; Protokoll, VI, 79.

suche und friedliche Hoffnungen aus[1]); seine Instructionen schrieben ihm vor, bis zur ersten wirklichen Feindseligkeit in Rastatt zu verweilen[2]). Am 9. März erhielt er von dem Präsidenten Summerau aus Freiburg die Nachricht, daß französische Truppen die österreichische Ortenau besetzt und Contributionen ausgeschrieben hätten. Aber auch jetzt noch vermied er den Anschein, als wolle er dem Congreß ein Ende machen. Er stattete keine Abschieds-Besuche ab und beschränkte sich Debry gegenüber auf die Mittheilung, daß er sich auf einige Zeit nach Augsburg begeben müsse. Selbst Albini erhielt nur — Tags vor der Abreise, am 10. März — in einer Verbalnote die Erklärung: bei dem Einrücken französischer Truppen in die Ortenau und den Breisgau, bei der Unsicherheit des Congreßortes, so wie der Correspondenzen könne der österreichische Bevollmächtigte sich in Rastatt vor der Hand nicht länger aufhalten[3]). Aber schon diese Erklärung schien Albini bedenklich; er ließ sich von Bonnier bestimmen, sie gar nicht, wie Lehrbach gewünscht hatte, in das Protokoll der nächsten Sitzung aufzunehmen, sondern den österreichischen Deputirten ohne weiteren Zusatz als abwesend aufzuführen. Metternich sagte er zur Entschuldigung, er habe kein Aufsehen erregen wollen[4]).

Den Vorwand, daß die Sicherheit des Congresses und der Correspondenz gestört sei, hatten die Franzosen selbst geboten. Eine Stafette Metternich's war in der Nähe von Bruchsal bei dem Dorfe Krombach von einer französischen Streifwache angehalten, der Briefsack geöffnet, das Schreiben der Plenipotenz herausgenommen, dann aber, weil die Adresse an einen eben in Bruchsal weilenden Congreß-Gesandten lautete, wieder zurückgegeben[5]). Um dieselbe Zeit wurden dreizehn mainzische und einige darmstädtische Husaren, die den Brief-

1) Lehrbach, 8. März (französisch).

2) Thugut an Lehrbach, 20. Februar; Lehrbach, 4. März.

3) Lehrbach, 9. und 10. März; Roberjot, 9. und 10. März.

4) Mainzer Diarium, 8. März, 11. März; Metternich, 12. März.

5) Helfert, der Rastadter Gesandtenmord, S. 76.

wechsel zwischen Aschaffenburg, Darmstadt und Rastatt vermittelten, auf Befehl Bernadotte's aufgehoben. Dieser General hatte gleichzeitig mit Jourdan ganz ungehindert bei Mannheim den Rhein überschritten und, ohne Rücksicht auf die Friedensversicherungen der Franzosen, die Stadt zu einer Capitulation genöthigt. Er machte sich bald, weniger durch seine Waffenthaten als durch seine Reden und sein Benehmen, den deutschen Gesandten in Rastatt, ja sogar den Franzosen unbequem [1]). Einige Monate früher, bei einem Besuche in Gießen, war er von der Universität zum Doctor der Philosophie ernannt; jetzt documentirte er seine gelehrte Bildung durch eine Proclamation, welche die freien Deutschen aufrief, sich gegen den gemeinsamen Feind, das Haus Habsburg, zu erheben. Die Verbrechen dieses Hauses wurden bis auf seinen Gründer, Rudolph von Habsburg zurückgeführt, der als ein abgefallener Sclave gegen Ottokar, seinen rechtmäßigen Herrn, sich empört habe [2]). In ähnlichem Stile forderte eine Proclamation am 3. März den Commandanten der Reichsfestung Philippsburg, den Prinzen von Salm, zur Uebergabe auf, auch dies in offenem Widerspruch mit dem Vorgeben, daß Frankreich nach wie vor sich in Frieden und Freundschaft mit dem Reiche befände. Gleichwohl wiederholten die französischen Gesandten diese Versicherung, als sie am 9. März der Deputation eine Proclamation mittheilten, die der General Massena drei Tage früher bei dem Einrücken in Graubündten erlassen hatte [3]). Als die kaiserlichen Gesandten fortfuhren, die Existenz der Convention vom 1. Dezember 1797, auf welche sich das Directorium und Jourdan berufen hatten, als zweifelhaft hinzustellen, nahmen die Franzosen jetzt keinen

---

1) Die französischen Gesandten schreiben am 11. März: Die Observations-Armee thut durch ihr Benehmen der Republik großen Schaden, entfremdet die Deutschen, die schon halb gewonnen waren.

2) Allgemeine Zeitung vom 26. Dezember 1798; die Proclamation vom 20. März bei Eggers, Briefe über den Rastadter Kongreß, Braunschweig 1809, I, 326.

3) Protokoll, VI, 80.

Anstand mehr, den Wortlaut trotz des versprochenen Geheimnisses ins Oeffentliche zu bringen. Lehrbach hatte noch gerade vor seiner Abreise die Annehmlichkeit, seinem Minister mittheilen zu müssen, daß die von ihm so lange verleugnete, so sorgfältig verborgene Convention sich in Aller Händen befinde. „Ich habe sogar gegründeten Verdacht," setzt er hinzu, „daß man auch die geheimen Artikel von Campo Formio mittheilt; wenigstens hat mir jemand, der mit den Franzosen in Verbindung steht, schon davon gesprochen, und man muß sich darauf gefaßt machen, daß alle diese Stipulationen alsobald in die Oeffentlichkeit gelangen[1])." Er hat auch jetzt wieder seine Gegner ganz richtig beurtheilt. Vier Tage später, am 12. März, schreibt Roberjot: „Es wäre sehr nützlich, Bürger Minister, daß der Vertrag von Campo Formio bekannt würde. Seine Veröffentlichung würde allgemeine Erbitterung gegen Oesterreich hervorrufen und das Verlangen des Königs von Preußen abkühlen, sich mit diesem Hause zu verbinden. Autorisiren Sie uns, und, ohne daß man weiß auf welchem Wege, wird Deutschland ihn kennen[2])." In den folgenden Wochen erschienen dann theils einzelne Artikel, theils vollständige Abschriften des geheimen Vertrags, Echtes mit Falschem vermischend, einen oder anderen Artikel auslassend, andere zusetzend[3]).

1) Lehrbach, 8. März (französisch).

2) Roberjot, 11. März: Il est très important de retenir le roi de Prusse [de la coalition] et de l'amuser... Il vaudrait bien, Citoyen Ministre, que le traité secret de Campo Formio fut répandu; il produirait par sa publicité un soulèvement général contre l'Autriche et refroidirait le roi de Prusse pour se joindre à cette maison. Autorisez nous, et sans que cela paraisse, l'Allemagne le connaîtra. N'en doutez pas, j'ai déjà aperçu plusieurs fois que la Prusse ne l'ignorait pas. On le connaît même en Allemagne. Plusieurs individus m'ont assuré en connaître la teneur.

3) Sandoz schickt am 20. März nach Berlin zwei Artikel, die er für echt hält. Der König läßt am 12. April antworten, was Sandoz mittheile, sei eine Fälschung, aber „j'ai reçu connaissance de ces articles par un

Selbst über die Verhandlungen in Selz, über welche man den preußischen Gesandten gleich nach dem Schlusse abenteuerliche Erfindungen vorgespiegelt hatte, wurde jetzt eine vollständige Relation verbreitet, voll von Unwahrheiten, aber bis vor wenigen Jahren unwiderlegt[1]). Der Schaden für Oesterreich läßt sich ermessen. Die geheimen Artikel und die Convention vom 1. Dezember waren freilich in den wesentlichsten Theilen schon durch die Ausführung bekannt, und es hätte nur günstig wirken können, wären sie rechtzeitig mit Darlegung der zwingenden Gründe, die zum Abschluß drängten, veröffentlicht worden. Aber gerade die lange Verheimlichung hatte das eigene Schuldbewußtsein verrathen; jetzt in dem ungünstigsten Augenblick traten sie ans Licht, immer noch nicht so öffentlich, daß man das Falsche officiell hätte widerlegen können, aber deutlich genug, um jedem, der ihn suchte, einen Vorwand zu geben, sich gegen den Kaiser und das Haus Oesterreich zu ereifern.

Man kann denken, daß die Stellung des kaiserlichen Plenipotentiars dadurch nicht angenehmer wurde. Aber freilich, um die Mehrheit der Deputation und der Particular-Gesandten in der Opposition gegen Oesterreich zu erhalten, hätte es dieses Mittels gar nicht bedurft. Ein Abgrund öffnet sich, wenn man auf das politische Treiben jener Tage einen Blick wirft. Deutsche Reichsstände schienen die Rolle polnischer Parteihäupter übernehmen zu wollen, unbelehrt durch die Geschichte, die leider so selten von denen, die der Lehre am meisten bedürften, als Lehrerin angenommen wird. Der neue Kurfürst von der Pfalz

canal non suspect". Die Franzosen fanden gleichwohl ihre Rechnung nicht; denn der König zeigt sich zwar erstaunt über die Art, wie Oesterreich mit den wichtigsten Rechten des Reiches Handel getrieben habe, aber nicht weniger „de l'oubli total au plutôt de la violation manifeste" der aus dem Vertrag vom 5. August 1796 entspringenden Verpflichtungen. — Albini schickt die Artikel am 12. April nach Aschaffenburg. Vgl. auch Sandoz, 28. April.

1) Abgedruckt von Häberlin in seinem Staats-Archiv, 1799, IV, 102. Bei allen Unrichtigkeiten erkennt man doch, daß es sich nicht um eine bloße Erfindung handelt.

hatte gleich bei der Thronbesteigung durch seinen Gesandten, Herrn von Cetto, in Paris versichern lassen, seine Ergebenheit für die französische Republik sei unveränderlich; nichts könne sie abschwächen, wenn er auch durch die Zeitumstände gezwungen würde, sich vorsichtig zu benehmen; er werde sich gern für die Neutralität des Reiches bemühen, rechne dagegen auf die Unterstützung des Directoriums für seine Entschädigung in Deutschland [1]). Hessen-Darmstadt, uneingedenk der alten Verbindung mit dem kaiserlichen Hause [2]), war dem Baiern sogar noch zuvorgekommen. Unmittelbar nach der drohenden Note vom 2. Februar erhielt der Particular-Gesandte in Rastatt, Freiherr von Pappenheim, den Auftrag, in Paris den Schutz des Directoriums nachzusuchen, mit der Erklärung: sein Herr würde den Drohungen des Hauses Oesterreich Trotz bieten, seinen Versprechungen treu bleiben und nöthigenfalls seine schwachen Mittel mit den gewaltigen Kräften der französischen Republik gegen alle die vereinigen, welche das Reich in die wieder ausbrechenden Feindseligkeiten verwickeln wollten. „Ich habe," setzt Roberjot dieser Mittheilung hinzu, „einem solchen Entschluß nur Beifall spenden können. Es gehört in der That Muth dazu, sich vor dem Bruche auszusprechen; ein solches Benehmen läßt auf die ehrlichen Gesinnungen dieses Fürsten schließen... Ich muß ihm und seinen Bevollmächtigten, sowohl dem in der Deputation als dem Particular-Gesandten, das Zeugniß geben, daß sie die französische Gesandtschaft bei jeder Gelegenheit gefördert haben [3])." Auch Albini unterließ nicht, in der Recla-

1) Sandoz, 2. März: Der Kurfürst läßt versichern, „qu'il ne varierait point dans son attachement qu'il avait voué à la République française, et que, s'il était forcé par les circonstances du temps de composer sa conduite, rien ne serait capable de l'affaiblir.

2) In Metternich's Instruction für den Congreß vom 13. November 1797, §. 30 wird unter den treuen Reichsständen einzig der Landgraf von Hessen namentlich hervorgehoben, als derjenige, welchem der kaiserliche Schutz ganz vorzüglich zu Theil werden müsse.

3) Roberjot, 4. Februar: Pappenheim soll im Namen des Landgrafen

mation der von Bernadotte aufgehobenen Husaren die Reinheit seiner Gesinnungen für die Republik geltend zu machen. Die Gesandten, die ihn jetzt weniger als jemals entbehren konnten, gaben ihm die schönsten Versicherungen, schrieben auch sogleich wegen dieser Angelegenheit an Bernadotte und Talleyrand. In ihren Briefen, die sie dem mainzischen Minister vorlegten, war Albini mit Lobsprüchen überhäuft. Er habe, hieß es, als Director der Deputation nach Anweisung des Kurfürsten die besten Dienste geleistet, sei auch noch in der Lage, solche leisten zu können. Auch der mainzische Gesandte in Regensburg handle ganz im Sinne der französischen Regierung[1]).

---

erklären: qu'il voulait braver les menaces de la maison d'Autriche, rester fidèle à ses promesses, et unir, s'il le fallait, ses faibles moyens aux grandes forces de la République française contre tous ceux, qui voulaient entrainer l'Empire dans la reprise des hostilités qui sont sur le point d'avoir lieu. Je n'ai pu, Citoyen Ministre, qu'applaudir à cette détermination; il y a du courage sans doute, de se prononcer avant la rupture, et cette conduite fait juger de la sincérité des sentiments de ce prince. Je dois au prince et à ses députés, tant du congrès que particuliers, le témoignage, qu'ils ont secondé en toute occasion la légation française pendant le cours de la négociation.

1) Albini an die französischen Gesandten, 8. März: Son Altesse se flatte d'avoir suffisamment manifesté la pureté de ses intentions vis-à-vis de la République Francaise. Die Schreiben der Gesandten an Bernadotte vom 9. März und an Talleyrand vom 9. März sind dem mainzer Diarium vom 12. März beigelegt. Die von Metternich seinem Bericht vom 12. März beigegebene, darnach von Helfert a. a. O. S. 311 mitgetheilte Fassung ist unächt, auch müßte am letzteren Orte nicht ami de la députation, sondern du Gouvernement français gelesen werden. Die echte Fassung nach dem Original im Ministerium des Auswärtigen lautet: Nous devons vous rappeller à cette occasion tous les services que nous a rendus ce ministre Electoral par l'ordre de l'Electeur dans la marche des négociations, et qu'il est encore dans le cas de nous rendre. La conduite du ministre de l'Electeur comme directeur de la Diète de Ratisbonne est également dans le sens du gouvernement français;

Gleich in den nächsten Tagen zeigte sich Albini dieses Lobes würdig. Die Deputation berieth am 11. März über die Weigerung Metternich's, das Conclusum vom 2. März den französischen Gesandten mitzutheilen. In scharfen Worten führte Albini aus, daß die Deputation weder durch ihre friedlichen Anträge bei dem Reichstag, noch durch die Mittheilung an die Franzosen ihre Competenz überschritten habe, und die Versammlung beschloß — da Lehrbach abgereist und der bairische Gesandte der Mehrheit beigetreten war — mit sechs gegen drei Stimmen, eine erneute Aufforderung an den Plenipotentiar zu richten[1]). Aber Metternich, der jetzt eine bestimmtere Stellung einnahm, antwortete am 14. März kurz, ohne Angabe von Gründen, er bestehe auf dem Inhalt seines Decrets vom 4. März[2]). Darüber große Entrüstung der Deputation. Am 15. März ließ Albini viel spitze Reden fallen über die Art des Plenipotentiars, „auf einen Deputations-Beschluß, sogar ohne Anführung des mindesten Grundes, abschläglich zu decretiren," und die Deputation ertheilte ihm den Auftrag, dem Plenipotentiar nochmals mündliche Vorstellungen zu machen[3]). In Folge dessen begab sich Albini am 21. März zu Metternich, mit der Drohung, er würde bei längerem Weigern des Plenipotentiars in der nächsten Sitzung darauf antragen, daß ihm als Directorialen der Auftrag geschehe, das Conclusum vom 2. März den Franzosen selber mitzutheilen. „Metternich," schreibt Albini, „gab die besten Versicherungen, behielt sich aber schließlich doch seine Antwort vor[4])." Wenn es mit den Versicherungen seine Richtigkeit hat, so wurde der mainzische Kanzler nicht wenig enttäuscht, als ihm am nächsten Tage eine schrift-

il en fait preuve au collège Electoral et dans celui des Princes dans la discussion sur notre note.

1) Protokoll, III, 166.

2) Protokoll, VI, 85.

3) Protokoll, III, 176.

4) Mainzer Diarium, 21. März.

liche Antwort zuging. Mit einer Schärfe und einem Scharfsinn, die man von Seiten der Plenipotenz nicht gewohnt war, stellte Schraut das Vorgehen der Deputation und die Gründe, die den Plenipotentiar bestimmten, gegenüber. „Diese Gründe," schloß er, „liegen so vollkommen am Tage, daß es unnöthig sein würde, sie durch weitere Bemerkungen in größeres Licht zu setzen. Sie sind zugleich von einer solchen Beschaffenheit, daß die kaiserliche Commission es der Mehrheit der vortrefflichen Reichs-Friedens-Deputation und ihrer Selbsteinsicht billig zutrauen mußte, sie würde dieselbe mit eigenem Blicke auffassen. Es geschah also aus Rücksicht für die Mehrheit, und im Vertrauen auf ihre stille Ueberzeugung, wenn die kaiserliche Commission die Unannehmlichkeit umging, diese Gründe in dem Commissions-Decrete vom 14. dieses offen zu legen[1]". Man kann denken, daß Albini sich nicht dabei beruhigte. Am nächsten Tage, dem 23. März, verlas er in der Sitzung eine lange, mehr spitzfindige, als treffende Deduction, von welcher er selbst behauptet, sie sei „sogar von Sachsen und Bremen als richtig anerkannt und beiden Parteien ein Vergnügen" gewesen, während sie Metternich als „ein trauriges Beispiel des Hartsinns und der Herausforderung" bezeichnet[2]). So unbedeutend und zwecklos dies Wortgefecht an sich erscheint, es enthielt doch für die kaiserliche Sache eine große Gefahr. Es war die bestimmte Einleitung zu dem von Albini gewünschten, offenen Bruch zwischen der Plenipotenz und der Mehrheit der Deputation, die dann auf eigene Hand mit den Franzosen die Unterhandlungen fortzuführen dachte. An Gesetz und Herkommen würde man sich schwerlich gekehrt haben. Talleyrand bemerkt schon im Sommer einmal, die Reichsverfassung sei wie das Evangelium; jeder finde darin, was er suche, und die deutschen Publizisten würden nöthigenfalls schon beweisen, daß man die Zustimmung

1) Protokoll, VI, 89.

2) Protokoll, III, 181; Mainzer Diarium, 23. März; Metternich, 25. März.

des Kaisers auch entbehren könne[1]). Dies würde auch unzweifelhaft geschehen sein, wäre die Entscheidung der Waffen, wie man damals voraussetzte, den Franzosen günstig, oder nur zweifelhaft geblieben. Aber das Gegentheil trat ein, und ehe die Deputation zu einem neuen Beschluß gelangte, hatte die Lage sich völlig verändert.

Ich muß mir vorbehalten, den Krieg, der eben begonnen hatte, im nächsten Bande ausführlicher darzustellen. Nur einige Hauptdaten sind zum Verständniß des Folgenden hier einzuschalten. Jourdan war, ohne Widerstand zu finden, durch Schwaben gegen den Bodensee vorgedrungen; Massena hatte in Graubündten den Oesterreichern schwere Verluste beigebracht. Durch Frost und schlechte Wege aufgehalten konnte der Erzherzog erst am 4. März den Lech überschreiten, und bewegte sich, nicht ohne Besorgniß für die Stellungen in Tyrol, langsam den Franzosen entgegen. Aber am 23. wurde ein Angriff Massena's gegen Feldkirch mit großem Verluste zurückgeschlagen, schon zwei Tage vorher — am 21. — hatte der Erzherzog die Vorhut seines Gegners bei Ostrach zurückgedrängt und am 26. erfocht er bei Stockach einen entscheidenden Sieg. Die Uebermacht der Oesterreicher war so augenscheinlich, daß Jourdan seine Armee ohne ferneren Widerstand den Rückzug antreten ließ und, um selbst nach Paris zu eilen, dem General Ernouf den Oberbefehl übergab. Dieser führte dann am 3. April das Heer über den Rhein zurück, nur in Kleinbasel, Kehl und Altbreisach blieben kleine Besatzungen.

Die Wirkung dieser Ereignisse zeigte sich alsobald in Rastatt. Schon am 18. März bei der Nachricht von dem Vormarsch

1) Talleyrand, 30. August: La constitution germanique est comme l'Evangile; on y trouve ce qu'on y cherche, et je ne doute point que la grande partie des publicistes allemands ne soient en état de démontrer, que les intérêts de l'Empire ne pouvant être essentiellement compromis par ceux de l'Empereur, il y a moyen de vaincre ses refus ou de se passer de son consentement.

des Erzherzogs, hatte der in Straßburg befehligende General Chateauneuf-Randon vier Gendarmen, und fünf Tage später eine Anzahl berittener National-Gardisten unter Anführung eines Offiziers in Begleitung eines Trompeters nach Rastatt geschickt. Aus seinem Briefwechsel mit den Gesandten ergibt sich, daß Besorgniß, die Stadt könne rasch in die Gewalt der Oesterreicher gerathen, die Maßregel veranlaßt hatte, aber äußerlich trugen diese Leute, wie Alles, was den Franzosen anhing, die volle Zuversicht des Siegers zur Schau. Ohne die Neutralität des Congreß-Ortes zu beachten, stellten sie sich in Parade vor dem Schlosse auf, belästigten die Bürger auf den Straßen und konnten nur durch dringende Beschwerden Edelsheim's zum Abzug bewogen werden[1]). Plötzlich hörte man von den Erfolgen des Erzherzogs, und Alles war verändert. „Bonnier," schreibt Metternich am 29. März, „kann seine Furcht nicht verbergen, obwohl er vorgestern bei einem der Mehrheit der Deputation gegebenen Mittagessen den Schein der Heiterkeit anzunehmen suchte. Von der Mehrheit freuen sich einige im Stillen, andere, so Albini, zeigen eine Haltung, als seien sie selbst geschlagen. Desto herzlicher ist die Theilnahme aller Gutgesinnten." Mit besonderer Genugthuung konnte der Plenipotentiar einige Tage später auch über den Ausgang seines Streites mit Albini berichten. Die Mitglieder der Deputation, nicht ohne Besorgniß vor dem siegreich vorrückenden Erzherzog, hatten Hohenthal ersucht, das gute Verhältniß zu Metternich wieder herzustellen und Albini, der sie zu den mit der Verfassung nicht übereinstimmenden Beschlüssen verleitet habe, zu einer Aenderung seines Benehmens zu bewegen. Hohenthal hielt ihnen, wie Metternich berichtet, in eindringlichen Worten ihr Unrecht vor und hörte bald auch

1) Helfert a. a. O., S. 81. Metternich, 27. März; die französischen Gesandten an Talleyrand, 18. März. Der Brief des Generals, der zur Vorsicht mahnt, wurde auch an Trouvé nach Stuttgart geschickt. Mémoires de La Revellière-Lepeaux, III, 348 fg.

von Albini, daß er den Gegenstand, der so viel Streit erregt, niemals wieder zur Berathung bringen würde. Sogar die Franzosen hatten erklärt, sie drängen gar nicht mehr auf eine weitere Antwort der Deputation, sondern wollten ruhig den von Kaiser und Reich über die Sache zu fassenden Beschluß erwarten. „Ich weiß nunmehr auf die zuverlässigste Art," setzt Metternich hinzu, „daß der Freiherr von Albini um jeden Preis seine berüchtigte Abstimmung zurücknehmen und verschlucken würde, wenn dadurch das Geschehene ungeschehen gemacht werden könnte. Hierdurch wäre also dieser Zwist beschlossen, und ich würde es mir nie verzeihen, wenn ich dem Getöse der Mehrheit, oder dem unbeugsamen Starrsinn des Deputations-Directorii etwas nachgegeben hätte[1])."

Noch bedeutender als in Rastatt wirkten die Siege des Erzherzogs in Wien. Oesterreich wollte und konnte jetzt eine entschiedene Sprache führen, und am 1. April fertigte der Reichs-Vicecanzler das Schreiben aus, welches den kaiserlichen Plenipotentiar vom Congreßort abrief. Den Gewaltthätigkeiten der Franzosen stellt er „die friedfertige Beharrlichkeit und Sehnsucht der Deputation gegenüber, die jede neue Eigenmächtigkeit gegen das Reich durch ein neues Friedensopfer ausgesöhnt habe. Gleichwohl habe die Alles verwirrende Politik des Directoriums die Verhandlungen unterbrochen, die Wiederaufnahme von einer, gar nicht in der Competenz der Deputation liegenden Bedingung abhängig gemacht und endlich unter Versicherungen der Friedensliebe Deutschland mit Krieg überzogen. Der Kaiser dürfe die natürliche Gutmüthigkeit des biederen, deutschen Volkes nicht länger mißhandeln, nicht länger der freien Würde und Unabhängigkeit des deutschen Reiches Hohn sprechen lassen. Da der Waffenstillstand nicht mehr beobachtet, die Sicherheit der Correspondenz wie des Congreß-Ortes gefährdet, die Freiheit der Abstimmung durch gewaltsame Bedrohungen beeinträchtigt werde, so könne der kaiserliche Bevoll-

1) Metternich, 31. März.

mächtigte nicht länger an den Verhandlungen Theil nehmen. Metternich soll der Deputation diese Entschließung und zugleich im Namen des Kaisers die Erklärung zugehen lassen, daß allen während des Congresses gemachten, ohnehin nur salva ratificatione Caesaris et imperii verbindlichen Zusicherungen die bisherige Rechtskraft entzogen, mithin der rechtliche Zustand vor Eröffnung des Congresses wieder hergestellt sei.

Am 7. April brachte Metternich diesen Erlaß zur Kenntniß der Deputation. Tages darauf zeigte er auch den Franzosen seine Abberufung an; denn der Waffenstillstand, schrieb er, sei gebrochen, der Krieg thatsächlich erklärt, die Sicherheit der Correspondenzen wie des Congreß-Ortes bedroht. Eine französische Note erklärte alle diese Angaben, insbesondere die letzte, für ganz und gar aus der Luft gegriffen, und Lehrbach hätte schwerlich die Gelegenheit versäumt, seinen Gegnern noch einmal in derben Worten seine Meinung zu sagen. Aber Metternich ließ sich auf keine Erörterung ein; er begnügte sich, den Franzosen ihre Note zurückzuschicken, mit dem Bemerken, daß er seit Aufkündigung seiner bisherigen Eigenschaft keinen Beruf mehr habe, irgend eine öffentliche Erklärung von ihnen zu empfangen oder zu erwiedern[1]). Am Morgen des 13. reiste er von Rastatt ab.

Was sollte die Deputation weiter beginnen? Mit Metternich's Entfernung verlor sie die Befugniß, den Franzosen Eröffnungen zu machen, weil dies nur durch Vermittlung des kaiserlichen Plenipotentiars geschehen konnte. Schon als Lehrbach abreiste, äußerten die Delegirten von Sachsen, Bremen und Würzburg, daß sie schwerlich noch lange in Rastatt verweilen würden[2]). Nur Metternich's Anwesenheit hatte zahlreiche Particular-Gesandte noch zurück gehalten. Der trierische Gesandte von Kesselstadt folgte ihm unmittelbar, ebenso der kölnische, dann auch der schwedische; sogar Albini ließ schon am 15. April

1) Protokoll, VI, 99, 100, 102.

2) Lehrbach, 9. März.

einen Theil seiner Canzlei, als nunmehr überflüssig, nach Aschaffenburg zurückgehen[1]). Aber vor Allem fragte es sich, wie der vorrückende Erzherzog über die Fortdauer des Congresses denken würde. Gerade als Metternich sich zur Abreise anschickte, am 10. April, waren die ersten österreichischen Husaren von den Regimentern Kaiser, Sachsen und Szekler in das Murgthal eingerückt. Ihre Patrouillen gingen bis in die nahen Dörfer; in der Nacht wurden von sämmtlichen Bäckern in Rastatt mehrere tausend Brode für sie angefertigt. „Und diese Annäherung unserer Truppen," schreibt Metternich, „macht den verschiedenen Bevollmächtigten in- und außerhalb der Deputation, die ehemals von Fortsetzung der Verhandlungen in Abwesenheit der kaiserlichen Plenipotenz sprachen, mit jedem Augenblick begreiflicher, daß dieses wohl seine ganz eigenthümlichen Bedenklichkeiten und vielleicht gar militärische Folgen haben möchte. Auch vermuthen Einige, der Erzherzog Karl K. H. dürften nicht sehr geneigt sein, die französischen Bevollmächtigten hier länger ihr Wesen ungestört treiben zu lassen. Und wirklich hört durch Abberufung der kaiserlichen Plenipotenz der Reichsfriedens-Congreß der That sowohl, als dem Rechte nach gänzlich auf[2])."

Kein Feldherr wird leicht gestatten, daß hinter den Linien seiner Armee Unterhändler einer feindlichen Macht ihren Aufenthalt nehmen, mit der Gegenseite ohne Aufsicht Briefe wechseln, Nachricht ertheilen und die sonst mit Mühe und Gefahr verbundenen Dienste eines Kundschafters mit öffentlicher Berechtigung leisten können. Man weiß, und wir brauchen nur an die Schweiz, an Rom und Neapel zu erinnern, wie die französischen Diplomaten ihre Stellung benutzten. Für den bevorstehenden Krieg in Süd-Deutschland wurde Großes von ihnen erwartet. Alquier sollte in München einen neuen Fürstenbund unter bairischer Führung ins Leben rufen[3]), Bacher

1) Mainzer Diarium, 15. und 16. April

2) Metternich, 11. April.

3) Talleyrand an die Gesandten, 17. März; die Gesandten, 28. und

und die rastatter Gesandtschaft den Reichstag und die Deputation zum Widerstande gegen den Kaiser reizen, Trouvé in Stuttgart den andauernden Streit des Herzogs mit den Ständen zum Vortheil republikanischer Bestrebungen ausbeuten. Allen lag als gemeinschaftliche Aufgabe die militärische Kundschaft ob. Am 11. März schreibt Talleyrand den Congreß-Gesandten: Alquier und Bacher sammelten mit dem größten Eifer Nachrichten über die kaiserlichen Truppen, und gäben davon, wie er höre, auch nach Rastatt Kenntniß. Die Gesandten sollen Alles, was sie aus dieser Quelle erfahren, dem General Jourdan mittheilen, daneben aber eigene Nachforschungen ja nicht unterlassen; denn Jourdan, dem noch Manches fehlt, hat einen Generalstabs-Offizier an Alquier geschickt, diesen aber nicht sonderlich unterrichtet gefunden. Die Gesandten erwiedern am 16., sie hätten Alles, was ihnen aus Regensburg, München und Stuttgart zugekommen sei, getreulich an Jourdan übermittelt und würden darin fortfahren. Einige Tage später schreiben sie von interessanten militärischen Nachrichten, die sie von Trouvé erhalten hätten. Wir kennen diesen Diplomaten aus Mailand, wo er während des vergangenen Jahres cisalpinische Staatsstreiche mit mehr Eifer als Talent in Scene gesetzt hatte. Im Januar 1799 war er nach Stuttgart gekommen, und sein Briefwechsel mit dem Directorium zeigt deutlich genug, wie er seine Aufgabe auffaßte. Wäre das Kriegsglück den Franzosen günstig gewesen, so würde der Herzog ohne Zweifel das Schicksal des Königs von Sardinien getheilt haben. Trouvé schreibt am 19. März, die Revolution würde sicher erfolgen; er unterstütze sie aber nur, indem er die Achtung und Liebe für die französische Republik vermehre. Bei diesen und nicht weniger bei seinen militärischen Bestrebungen fand er Unterstützung bei zwei Collegen, dem dänischen Gesandten von Wächter und dem batavischen Gesandten Strick

29. März. Sie vermuthen richtig, die bairische Liga würde schon an dem Widerstande Preußens scheitern.

van Linschoten, einem durchtriebenen Ränkeschmied, von dessen unruhiger Thätigkeit gewaltige Actenbündel des haager Archivs noch heute Zeugniß geben. Bei den österreichischen Offizieren hatte die Ahnung von diesem Treiben schon längst eine heftige Erbitterung hervorgerufen. Sie wurde getheilt und bestärkt durch den kurtrierschen Hofrath Faßbender, der ohne eigentliche Anstellung schon im Jahre 1797 als Vertrauensperson in das Hauptquartier berufen war, die geheimen Geschäfte und das, was sich auf die Civil-Angelegenheiten der Armee bezog, hauptsächlich leitete und auf die Generale, insbesondere auf den Commandirenden der Reichsarmee, General Staader, beinahe unbedingten Einfluß besaß[1]). Von seinem hitzigen Eifer zeugt ein Brief Staader's an Metternich vom 16. Februar mit dem Vorschlage, die französischen Gesandten in Regensburg und München nicht etwa auszuweisen, sondern als Kundschafter und Aufruhrstifter gleich zu verhaften; denn als bloße Emissäre ohne anerkannten diplomatischen Charakter könnten sie nach Völkerrechts-Grundsätzen und raison de guerre auf die einem Gesandten zustehende Unverletzlichkeit keinen Anspruch machen. Nur mit Mühe ließ er sich von Lehrbach und Metternich überzeugen, daß die beiden Franzosen, wenn nicht officiell, doch thatsächlich ihren diplomatischen Charakter dargethan hätten und daher zu entlassen seien[2]). Als der Erzherzog bald darauf den Oberbefehl übernahm, gab er den diplomatischen Grundsätzen vor den militärischen den Vorzug. Aber so bald als möglich wollte er sich der unbequemen Kundschafter entledigen. Kurz nach dem Uebergang über den Lech, am 10. März, erschien in Regensburg ein österreichischer Rittmeister mit dem Auftrag, den französischen Gesandten innerhalb vier und zwanzig

---

1) Staader an Lehrbach, 31. August, Beilage zu Lehrbach's Bericht vom 4. September 1798; Thugut an den Kaiser, 27. April 1800, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. CXXXII.

2) Metternich an Colloredo, 20. und 28. Februar, an Staader 25. Februar 1799.

Stunden zur Abreise anzuhalten und selbst an die französischen Vorposten zu begleiten. Bacher wich der Gewalt, reichte aber einen Protest ein; auch die französischen Gesandten in Rastatt erhoben Beschwerde, und die Deputation ließ ihre Note nach Regensburg gelangen [1]). Der Reichstag begnügte sich jedoch am 27. März mit der Erklärung, daß er der Sache ganz fremd sei, zum Aerger der Franzosen, die eben einen Streitpunkt zwischen den Anhängern der Neutralität und dem Kaiser zu finden glaubten. Gleichzeitig mit Bacher mußte auch Alquier seinen Posten aufgeben; am 11. März trat er, begleitet von einem österreichischen Offizier, die Reise von München zu den französischen Vorposten an [2]). Zur Vergeltung ließ dann Bernadotte gegen Ende des Monats österreichische und russische Diplomaten aus Frankfurt verjagen [3]). Bei dem siegreichen Vorrücken der Oesterreicher kam die Reihe an Trouvé, der auf dem weitest vorgeschobenen Posten damals ganz besonders ein Gegenstand des Aergernisses war. Die Art, wie gegen ihn verfahren wurde, bietet manche Aehnlichkeit mit dem, was wenig später den rastatter Gesandten widerfuhr. Es scheint nicht überflüssig, etwas ausführlicher darauf einzugehen [4]).

Am 9. April erläßt der Erzherzog aus Engen die bezüglichen Befehle an den General Kospoth, der in Abwesenheit des Generals Sztaray die Avantgarde befehligte. Trouvé, heißt es, muß Stuttgart verlassen; deßhalb soll Kospoth einen geschickten, bescheidenen, der französischen Sprache kundigen Offizier nach Stuttgart schicken mit Briefen für den Herzog von Würtemberg und den

1) Französische Note vom 14. März; Erlaß der Deputation an den Reichstag vom 15. März, Protokoll VI, 84 fg.

2) Helfert a. a. O. S. 77. Die französischen Gesandten an Talleyrand, 19. März. Bacher war am 19. selbst in Rastatt, Alquier seit dem 17. in Straßburg.

3) Bernadotte's Schreiben an den frankfurter Senat vom 29. März, Allgemeine Zeitung, Tübingen in der Johann Georg Cotta'schen Buchhandlung, 1799, S. 450.

4) Die im Folgenden angeführten Documente finden sich sämmtlich im Archiv des österreichischen Kriegsministeriums.

kaiserlichen Gesandten, Grafen Fugger. Der Offizier erhält eine „Geheime Instruction" und zugleich eine „Offene Ordre," von welcher letzteren nur nach Maßgabe des in der Instruction bestimmten Falles Gebrauch zu machen ist. Die Umstände, heißt es weiter, erfordern Vorsichtsmaßregeln. Es ist gedenkbar, daß der Herzog von Würtemberg das auf die Entfernung Trouvé's gestellte Ansinnen ablehnt, oder daß Trouvé es auf das Aeußerste ankommen läßt. Deßhalb werden Truppen in die Nähe von Stuttgart beordert, um etwa nöthig werdende Unterstützung abzugeben. Der Offizier soll nur bei offener Weigerung militärische Gewalt anwenden, aber ebenso wie Fugger schon bei seinen Einschreitungen darauf hinweisen, daß sich ringsum kaiserliches Militär befinde. Es lautet dann die „Offene Ordre: Hauptmann Rothkirch erhält Ordre dem Bürger Trouvé zu erklären, daß er in vier und zwanzig Stunden Stuttgart zu verlassen habe. Rothkirch soll Trouvé und sein Gefolge zu dessen eigener und persönlicher Sicherheit über Pforzheim bis über die diesseitigen Vorposten begleiten." Laut der „Geheimen Instruction" soll Rothkirch die Briefe an den Herzog und Fugger abgeben. Sollte der Herzog das Ansinnen ablehnen, so hat Rothkirch die offene Ordre vorzuzeigen. Nach Umlauf der darin bemerkten Frist soll er Trouvé über die Vorposten begleiten, demselben aber durchgängig höflich und anständig begegnen, „wie ich," schließt der Erzherzog, „dem Herrn Hauptmann mündlich bemerklich machen ließ." Am 17. April berichtet denn auch der Oberst Wolfskehl an Kospoth, die Ausweisung Trouvé's sei Tages vorher erfolgt. Der Herzog hatte jede Mitwirkung verweigert, Trouvé gegen die Verletzung des Völkerrechtes protestirt, aber dem Hinweis auf die kaiserliche Truppenmacht sich fügen müssen[1]). Wolfskehl bemerkt jedoch,

---

1) Das Entschuldigungsschreiben des würtembergischen Gesandten in Paris, Conrad von Abel, an Talleyrand vom 22. April bei Vreede, La Souabe après la paix de Bâle, S. 106. Beiliegend ein ausführliches Exposé des faits qui ont motivé le départ du Citoyen Trouvé.

die Lage sei um Nichts verbessert, so lange Strick und Wächter nicht entfernt worden seien. Diese beiden Leute beschäftigten das Armee-Commando unausgesetzt; soweit man nach dem Vorliegenden urtheilen kann, nicht viel weniger als die Gesandten in Rastatt. Am 13. erläßt der Erzherzog an Kospoth eine eigene Instruction gegen sie. Man soll ihre Correspondenz überwachen und, wenn man Beweise gegen Wächter findet, ihn ohne Rücksicht auf seinen diplomatischen Charakter verhaften.

Für den Congreß war alles dieses eine wenig günstige Vorbedeutung. Aber die Mehrheit der Deputation und manche von den übrigen Gesandten blieben gleichwohl noch immer geneigt, die Verhandlungen fortzusetzen. Kein Zweifel, daß die Furcht an diesem Wunsche großen Antheil hatte. Die Franzosen waren zur Zeit noch Herren des Landes. Trotz aller friedlichen Versicherungen schrieben sie Contributionen aus, führten säumige Beamte als Geißeln fort, scheuten auch nicht vor der Plünderung einer widerspenstigen Ortschaft. Albini machte dann dringliche Vorstellungen, und Bonnier, sein alter Gönner, versprach Verwendung und Abhülfe wie in früherer Zeit. Doch dauerte es lange, bis auch nur die in Haft genommenen dreizehn Husaren ohne Pferde wieder in Freiheit gesetzt wurden, und sicher mußte es selbst Albini als weit wirksamere Abhülfe erscheinen, als er am 10. April die Nachricht erhielt, daß kaiserliche Husaren mit Unterstützung der odenwälder Bauern das französische Executions-Commando in Heppenheim aufgehoben hätten[1]). Ja ein Vorfall in nächster Nähe setzte die Mitglieder der Deputation auch persönlich in Aufregung. Ein Bedienter des Herrn von Reden wurde bei Achern von einer französischen Patrouille verhaftet, in Massena's Haupt-

1) Das mainzer Diarium ist voll von solchen Klagen, besonders aus den pfälzischen Landestheilen, vgl. 28. März, 4. April, 5. April, 9. April, 10. April, 15. April, 19. April, 25. April. Die französischen Gesandten äußern am 22. April den Verdacht, Albini habe die Bewaffnung der odenwälder Bauern selbst veranlaßt.

quartier nach Basel abgeführt und sollte als Spion erschossen werden. Nur die rasche Verwendung Roberjot's und eine doppelte Reise, welche Solms, Martens und der sächsische Gesandtschafts-Cavalier von Senft in das französische Hauptquartier unternahmen, konnte den, wie es scheint, ganz unschuldigen Menschen vom Tode, aber nicht so bald aus der Gefangenschaft befreien[1]). Immer legte jedoch ein Verhältniß dieser Art den französischen Generalen einige Rücksicht auf, und man begreift, daß es von den so lange geplagten süddeutschen Ständen dem Schreckniß eines offenen Krieges vorgezogen wurde. Die französischen Gesandten erklärten ihrerseits, sie hätten Weisung, so lange in Rastatt zu bleiben, bis sie mit Gewalt vertrieben würden, oder die Deputation den Congreß-Ort verließe. Im ersteren Falle seien sie noch immer bereit, mit der Deputation, oder mit einzelnen Bevollmächtigten die Verhandlungen in Straßburg fortzusetzen[2]). Albini war durchaus damit einverstanden. Für die Berechtigung der Deputation machte man geltend, daß sie, von Kaiser und Reich ernannt und bevollmächtigt, auch nur von Kaiser und Reich, aber nicht einseitig durch den Kaiser aufgelöst werden könne. Es blieb freilich die Schwierigkeit, daß die Deputation nur durch Vermittlung des kaiserlichen Plenipotentiars den Franzosen Eröffnungen zu machen berechtigt war, ferner, daß der Kaiser, wie er den Ort des Congresses bestimmt und die Deputation dahin berufen hatte, sie auch von da wieder abberufen konnte. Dies letztere war aber noch nicht geschehen, Metternich hatte in der letzten Eröffnung an die Deputation nur von seiner eigenen Abberufung, nicht von der Abberufung der Delegirten und der Auflösung des Congresses gesprochen, und es kann nur als ein schwerer politischer Verstoß bezeichnet werden, daß man die rastatter Diplomaten erst durch österreichische Husaren belehren ließ: Rastatt werde von Seiten des Kaisers nicht mehr als Congreßort anerkannt[3]).

1) Mainzer Diarium, 11., 12., 19. April.

2) Mainzer Diarium, 15. April.

3) Mehrere Schriftsteller, auch Helfert a. a. O. S. 82, erwähnen

Die Husaren hatten sich indessen im Murg-Thale festgesetzt, Barbaczy, der Oberst des Szekler-Regiments, wenige Stunden von Rastatt in Gernsbach Quartier genommen. Er erhielt seine Weisungen aus Freudenstatt durch den General Görger, der selbst wieder mit dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Kospoth in Rothweil und durch ihn mit dem Hauptquartier des Erzherzogs in Verbindung stand. In dem Hauptquartier herrschte, wie wir bemerkten, heftige Erbitterung gegen die französischen Diplomaten. Wie rasch war man gegen Bacher, gegen Alquier und Trouvé vorgegangen! Es müßte befremden, hätte man die Gesandten in Rastatt nach der Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars ungestört noch länger gewähren lassen. Aus einem Schreiben Barbaczy's an den General Görger vom 18. April ergibt sich, daß er in der That einige Tage früher Befehle, „einen geheimen Auftrag" in Bezug auf die Abreise der französischen Gesandten erhalten hatte, Befehle, welche möglicherweise zu Thätlichkeiten gegen die den Gesandten beistehenden badischen Soldaten führen konnten. Was diese Befehle im Einzelnen vorschrieben, läßt sich aus den bisher allein bekannten Auszügen in den Protokoll-Büchern des österreichischen Kriegs-Ministeriums nicht mit Sicherheit entnehmen. Jedenfalls muß man aber schließen: Was Barbaczy am nächsten Tage vornahm, geschah auf Veranlassung dieser Befehle. Am nächsten Tage, am Morgen des 19. April, rückte eine Patrouille von Szekler Husaren nach der nahen, am Rhein gelegenen Ortschaft Plit-

Metternich habe in der karlsruher Zeitung vom 17. April eine Erklärung erlassen, daß die Neutralität des Congreß-Orts von da ab aufhöre. Dies müßte schon nach der letzten Aeußerung des Plenipotentiars an die französischen Gesandten sehr auffällig sein. Nach einer gütigen Mittheilung des Archivdirectors Freiherrn Roth von Schreckenstein enthält die karlsruher Zeitung vom 17. nichts dergleichen, dagegen in der Nummer 42 vom 10. April Metternich's Abschiedsnote an die französischen Gesandten vom 8. April mit dem Zusatze: „Da nun die Neutralität des Congreß-Orts aufhört, so werden auch die französischen Minister sich wahrscheinlich nicht mehr lange hier verweilen." Am 15. April wird dann Metternich's Abreise gemeldet.

tersdorf vor, zerschnitt die Stricke der Rheinfähre, auf welcher die Correspondenz zwischen Selz und Rastatt befördert wurde, nahm einige in der Nähe befindliche Schiffer in Haft und führte einen mit Wein beladenen Wagen, den man für französisches Gut ansah, in das Stabsquartier nach Gernsbach[1]). Zu derselben Zeit blieb auch die nächste Nähe von Rastatt nicht mehr ungestört. Graf Stadion, der mit dem würzburgischen Hofrath von Reichersberg aus Neugierde in der Richtung nach Plittersdorf hinausgeritten war, wurde von Husaren angehalten und um seinen Stand befragt. Als er zu seiner Beglaubigung Briefe vorzeigte, erklärte der Corporal, daß er sie mit nach Gernsbach nehmen müsse. Auch der Freiherr von Jacobi, der dänische Gesandte, Herr von Rosenkranz, und sogar Albini hatten nahe am Thor eine Begegnung mit einigen Szeklern, die aber zu keiner Klage Veranlassung gaben. Eine Sperrung des Verkehrs war noch nicht vorgenommen; noch am Nachmittag begab sich der französische Commandant von Selz selbst nach Plittersdorf, und am Abend kamen sechs wohl bewaffnete Franzosen in einem Wagen nach Rastatt, um den französischen Gesandten Depeschen und ein Fäßchen mit Geld zu überbringen[2]). Natürlich setzten diese Vorfälle den Congreß in heftige Bewegung. Schon am Nachmittag kam Rosenstiel mit bitteren Klagen zu Albini, und am Abend forderte eine französische Note für die beinahe unter den Augen des Congresses begangene Verletzung des Völkerrechts Genugthuung. Albini hatte für den folgenden Tag, den 20., eine Conferenz der noch anwesenden Delegirten angesagt. Nach ihrem Beschluß schickte er Nachmittags seinen Secretär, den Freiherrn von Münch, an Barbaczy ab. Münch traf den Obersten in Baden und erhielt eine durchaus zufriedenstellende Antwort: Die Schiffer und der Wein seien zurückgegeben, ebenso die Briefe Stadion's; Rosen-

1) Amtlicher Bericht des Assessors Bordolo vom 20. März im Protokoll, VI, 113.

2) Mainzer Diarium, 19. April.

kranz und Jacobi seien — was diese auch selbst bestätigten — nach Angabe ihres Standes nicht weiter belästigt. Seinerseits habe er keinen Befehl, irgend eine gesandtschaftliche Person, zu welcher Nation sie auch gehöre, in- oder außerhalb Rastatt zu incommodiren oder anzuhalten, oder einen Courier in seinem Wege zu hemmen oder aufzuheben, oder sonstige Correspondenz zu hindern; er werde aber sofort Albini's Schreiben an seinen Vorgesetzten, den General Görger, nach Freudenstadt schicken, um es sodann mit mehr Verläßlichkeit beantworten zu können. Keine gesandtschaftliche Person, die außerhalb der Stadt auf eine Patrouille stoße, werde irgend etwas zu befahren haben; doch sei es der Vorsicht halber immer besser, sich mit guten Pässen oder mit einer kaiserlichen Escorte zu versehen, die er jedoch selbst, ohne höheren Ortes dazu angewiesen zu sein, nicht geben könne[1]).

Weit weniger beruhigend lautete eine Mittheilung, die zwei Tage darauf, offenbar in Folge von Görger's Weisungen[2]), übergeben wurde. Der Oberst schrieb, daß er unter den gegenwärtigen Kriegs-Umständen, wo des Militärs eigene Sicherheit das Patrouilliren in und um Rastatt erheische, keine beruhigende Aufklärung über die ungestörte Sicherheit des diplomatischen Corps ertheilen könne, da Rastatt nach Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars nicht mehr als Congreß-Ort angesehen werde; übrigens werde dem österreichischen Militär außer einem Kriegs-Nothfalle die Pflicht der persönlichen Unverletzbarkeit stets heilig bleiben[3]). Als Ueberbringer dieses Schreibens ritt am Mittag ein Husaren-Offizier, begleitet von einem Trompeter und drei Gemeinen, gerades Weges in den

1) Französische Beschwerde vom 19. April; Albini an Barbaczy, 20. April; Bericht des Freiherrn von Münch, 21. April, Protokoll, VI, 112, 115, 116.

2) Die Protokoll-Bücher im österreichischen Kriegs-Ministerium erwähnen zum 21. April: „Görger an Merfeld. Note: die dem Herrn von Albini durch den Obersten Barbaczy zu gebende Antwort betreffend."

3) Barbaczy an Albini, 22. April, Protokoll, VI, 117.

rastatter Schloßhof, zum großen Erstaunen der Menge und zum Schrecken der französischen Bedienten, die zum Theil eiligst ihre republikanischen Cocarden abrissen[1]). Albini's Vorhaben, den Congreß zu verlassen, wurde durch den Inhalt des Schreibens bestimmt. Es kam hinzu, daß schon Tages vorher die Delegirten von Sachsen, Bremen und Würzburg ihre baldige Abreise angezeigt hatten, wodurch dann für die Deputation auch die zur Beschluß-Fassung nöthigen zwei Drittel der Stimmen verloren gingen. Aber die französischen Gesandten, welche am Abend um eine Unterredung ersuchten, blieben bei dem Entschluß, sich nur mit Gewalt von Rastatt vertreiben zu lassen. Wäre es auf sie allein angekommen, sie hätten schwerlich so lange verweilt. Schon am 5. April setzen sie Talleyrand das Mißliche ihrer Lage auseinander: Rastatt komme wahrscheinlich in feindliche Gewalt; auf Niemanden, nicht einmal auf Albini, dürften sie sich verlassen. Sie bitten dringend um neue Anweisungen. Aber der Minister antwortet gleich am 8. April durch den Telegraphen, und zwei Tage später durch eine ausführliche Depesche, sie sollten bleiben. Frankreich erkenne dem Kaiser nicht das Recht zu, den Congreß und die Deputation einseitig aufzuheben. Käme es zu Beleidigungen, wie in München und Regensburg, so falle die Schande auf den Beleidiger zurück. „Ich wiederhole," schließt er, „halten Sie bis zum Aeußersten in Rastatt aus, und verlassen Sie es nur unter einem Protest[2])." Man begreift danach die früheren Aeußerungen der Gesandten. Auch jetzt wollten sie eigentliche Gewalt in dem Schreiben Barbaczy's noch nicht erkennen; sie wünschten, daß man sich wegen der Sicherheit des Congreß-Ortes an den Erzherzog wende. Albini suchte ihnen jedoch begreiflich zu machen, daß eine Abänderung der an Barbaczy ertheilten Weisungen nicht zu erwarten sei, und daß

1) Mainzer Diarium, 22. April.

2) Talleyrand, 10. April: Je le repète, Citoyens, demeurez à Rastadt jusqu'à la dernière extrémité.

es gegen die Würde der französischen Gesandtschaft gehe, sich persönlichen Unannehmlichkeiten auszusetzen. Die Gesandten, besonders Bonnier, schienen dies zu fühlen, ohne gleichwohl bestimmte Antwort zu ertheilen[1]). In der Sitzung des folgenden Tages erklärten aber Hohenthal, Reden und Stadion ihren Austritt und dadurch diese 97. Sitzung des Congresses als die letzte. Baiern wiederholte zwar die Verwahrung, daß die Reichs-Deputation nur durch Kaiser und Reich gesetzmäßig aufgelöst werden könne, auch Baden und Darmstadt wollten den Wünschen der Franzosen gemäß sich vorerst an den Erzherzog wenden; allein Albini erklärte bestimmt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten die Gesandten nicht länger mit Anstand und Sicherheit in Rastatt verweilen; er habe Weisung, bald thunlichst nach Hause zurückzukehren. Seinem Antrage gemäß beschloß man, den französischen Gesandten mitzutheilen, die Friedens-Deputation könne die Unterhandlungen vor der Hand mit ihnen nicht mehr fortsetzen[2]).

Aber die französischen Gesandten zögerten noch immer. Schon Abends vorher hatten sie freilich an Talleyrand geschrieben: der Congreß löse sich selbst auf; dies sei ein Fall, den die letzte Instruction nicht vorgesehen habe. Um nicht allein zurückzubleiben, müßten sie sich entschließen, nach Straßburg abzureisen. Graf Solms, die Gesandten von Darmstadt, Salm und Leyen würden sie dahin begleiten. Fest entschlossen waren sie jedoch noch immer nicht. So weit die französischen Acten erkennen lassen, muß ich glauben, daß der Brief einige Tage liegen blieb. Ob sie noch eine Instruetion erwarteten, oder eine sichere Beförderung vermißten? Albini erhielt auf seine Mittheilung am 23. keine bestimmte Antwort, auch der folgende Tag verstrich; erst am 25. kam eine letzte französische Note: ein erneuerter Protest gegen den Bruch des Völkerrechts, zum Schlusse die Anzeige, sie würden in drei Tagen

1) Mainzer Diarium, 22. April.

2) Protokoll, III, 211.

Rastatt verlassen, aber um einen letzten, leuchtenden Beweis von der Langmuth und Friedensliebe der französischen Regierung zu geben, in Straßburg den Wiederanfang der Unterhandlungen und etwanige Friedens-Anträge erwarten. Die noch anwesenden Mitglieder der Deputation beschlossen in einer letzten Zusammenkunft an demselben Tage, die französische Note dem Reichstage zu übersenden, um dadurch, bemerkt Albini, den französischen Ministern ihre Achtung zu beweisen und Alles förmlich zu beschließen [1]). Er stellte die gewünschten Päße aus; Bonnier versprach nochmals seine kräftigste Verwendung bei dem Directorium zu Gunsten der mainzischen Lande. Die deutschen Gesandten rüsteten sich gleichfalls zur Abreise, und so wäre der Congreß friedlich zu Ende gegangen, vielleicht bald in Vergessenheit gerathen, hätte nicht ein blutiges Ereigniß plötzlich die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Rastatt gelenkt und dem Congreß für alle Zeiten ein freilich wenig beneidenswerthes Andenken gesichert.

1) Mainzer Diarium, 25. April; Protokoll III, 213; VI, 118.

Zehntes Kapitel.

Der Gesandten-Mord.

Am Abend desselben Tages, an welchem die französischen Gesandten ihre letzte Note der Deputation übergaben, wurde der Courier Lemaire, welcher ihre Depeschen über Plittersdorf nach Straßburg befördern sollte, von österreichischen Husaren angehalten, seiner Papiere beraubt und in das Stabsquartier nach Gernsbach abgeführt. Sogleich benachrichtigten sie den Freiherrn von Edelsheim, baten auch um die Vermittelung Albini's und der preußischen Gesandtschaft. Albini richtete noch in der Nacht ein Schreiben an Barbaczy, erhielt aber von dem Obersten nur die kurze Antwort, daß er über den Vorfall an seine vorgesetzte Behörde berichten werde[1]). Am nächsten Morgen fuhr Edelsheim, begleitet von dem preußischen Legationsrath von Bernstorff, selbst nach Gernsbach hinaus. Indessen auch er erhielt auf alle Vorstellungen keine andere Antwort, und als Bernstorff sich weiter erkundigte, ob wenigstens bis zum Eintreffen der Befehle aus dem Hauptquartier für die Correspondenz und die Personen der französischen Gesandtschaft Sicherheit zu erwarten sei, erwiderte der Oberst, wie Bernstorff schreibt, mit sichtbarer Laune, er könne und werde auf Nichts antworten, sondern bloß den Brief der preußischen Minister an die Behörde einschicken[2]).

1) Mainzer Diarium, 26. April; die französischen Gesandten, 26. April; die preußischen Gesandten, 27. April.

2) Authentischer Bericht von dem an der französischen Friedensgesandtschaft bei ihrer Rückreise von dem Congreß in der Nähe von Rastatt verübten Meuchelmord. Nebst einigen weiteren Actenstücken und Zusätzen des Herausgebers [Egger's] 1799. Neuer Abdruck Carlsruhe 1869, S. 2 und 23.

Gleichwohl beschlossen die Gesandten am festgesetzten Tage, dem 28., nach Selz abzureisen. Die Wagen standen seit frühem Morgen völlig gepackt im Hofe des Schlosses. Barbaczy sollte geäußert haben, es sei ein Unglimpf für ihn, zu glauben, seine Husaren könnten die französischen Gesandten bei ihrer Abreise beunruhigen. Albini wollte sogar wissen, die österreichischen Vorposten seien für zwei Tage aus der Umgebung von Rastatt zurückgezogen. „Gleichwohl," bemerken die preußischen Gesandten am 28., „haben wir es nicht auf uns nehmen wollen, die französischen Bevollmächtigten zur Abreise zu ermuthigen; wir haben im Gegentheil ihnen und Albini erklärt, ohne bestimmte Antwort von Barbaczy für ihre Sicherheit nicht einstehen zu können." Die französischen Gesandten drückten ihre Dankbarkeit aus und versprachen, keinen Falls ohne solche Versicherung abzureisen[1]). Als gegen elf Uhr Morgens noch immer keine Nachricht gekommen war, schrieb Albini abermals nach Gernsbach, ob die französischen Gesandten, wenn sie von ihm mit Pässen versehen wären, irgend ein Hinderniß zu besorgen hätten. Man hoffte, die mit diesem Schreiben abgesandte badische Ordonnanz würde gegen drei oder vier Uhr Nachmittags mit der Antwort zurückkommen; allein Stunde auf Stunde verging unter vergeblichem Warten. Endlich Abends zwischen sieben und acht Uhr erschien ein österreichischer Husaren-Offizier mit einem Trompeter und zwei Gemeinen, begab sich auf das Schloß zum kurmainzischen und darauf zu den französischen Ministern. „Dem Directorialen," erzählt Albini selbst in dem mainzer Tagebuch, „machte er Entschuldigungen, daß der Oberst überhäufter Geschäfte wegen nicht schriftlich antworten könne, daß er sich aber sehr habe verwundern müssen, daß die französischen Gesandten nur daran hätten zweifeln können, sie würden, sobald sie mit kurmainzischen Pässen sich legitimiren könnten, auf ihrer Reise bis über das Wasser beunruhigt werden. Uebrigens wünschte der Offizier von dem

1) Die preußischen Gesandten, 28. April.

Directorialen zu vernehmen, wie er es anzustellen habe, um eine von dem Obersten an die französische Legation habende Depesche derselben zu übergeben. Directorialis erwiederte dem gedachten Offizier, daß er den französischen Ministern ohnehin die erhaltene mündliche Antwort auf sein heutiges Schreiben an den Herrn Obersten sogleich hinterbringen müsse, wobei er dieselben schicklich präveniren wolle, daß der Offizier an sie selbst etwas zu übergeben habe. Bonnier versammelte hierauf sogleich die französische Legation bei Jean Debry. Der Offizier begab sich dahin, contestirte zuerst mündlich, wie wehe es dem Obersten gethan habe, zu vernehmen, daß die französische Gesandtschaft so viel Mißtrauen darüber bezeigt habe, ob die persönliche Unverletzlichkeit der Gesandten in ihnen würde respectirt werden. Er übergab den französischen Ministern hierauf das Schreiben des Obersten, in welchem ihnen vierundzwanzig Stunden anberaumt werden, um Rastatt und den Bezirk der Armee zu verlassen[1])."

Der Oberst handelte, wie man jetzt weiß, nur nach den Befehlen seiner Vorgesetzten. Am 25. April hatte der Erzherzog aus Stockach an Kospoth die Weisung gegeben, „den Obersten Barbaczy weiter vorgehen zu lassen. Nachdem derselbe in Rastatt selbst posto gefaßt haben würde, so könne er alsdann gegen die dort befindlichen französischen Minister mit der Erklärung vorangehen, daß man in dem Bezirke der diesseitigen Armee keine französischen Bürger dulden könne,

1) Mainzer Diarium, 28. April, §. 584. Der Bericht ist zum Theil noch am 28. April in Rastatt, zum größeren Theil am folgenden Tage in Heilbronn von Albini dictirt und mit Zusätzen von seiner Hand versehen. Er hat besondere Bedeutung als unmittelbare, nicht für die Oeffentlichkeit berechnete Erinnerung eines einzelnen Mannes, und unterscheidet sich dadurch, mehrmals nicht zu seinem Nachtheile, von dem „Gemeinschaftlichen Bericht der Gesandtschaften." Das Mainzer Diarium gehört wie die im vorigen Bande benutzten Briefe Albini's und das Journal des Secretärs Rau zu den Ueberresten des „Erzkanzlerischen Archivs," welches während der Revolutions-Zeit in die Keller des aschaffenburger Schlosses versenkt, später nach Frankfurt und in den sechsziger Jahren nach Wien übertragen wurde.

diese sich also innerhalb einer kurzen Frist (etwa von vier und zwanzig Stunden) von dort zu entfernen hätten. Der Herr Feldmarschall-Lieutenant," schließt der Erzherzog, „wollen jedoch dem Herrn Obristen alle mögliche Vorsicht und Klugheit bei der Ausführung dieser Sache empfehlen."

Man sieht, es wiederholt sich genau das Verfahren, welches früher gegen Bacher und Trouvé zur Anwendung gekommen war. Es fehlt nur die Bestimmung, daß ein kaiserlicher Offizier die Congreß-Gesandten bis zu den französischen Vorposten begleiten solle, was aber auf dem kurzen Wege von Rastatt nach Plittersdorf nicht einmal nothwendig erscheinen mochte. Hätte man ihn nur bei hellem Tage zurücklegen können! Mittlerweile war aber die Nacht hereingebrochen. Man rieth den Gesandten dringend, um ihrer Sicherheit willen den nächsten Morgen in Rastatt zu erwarten. Dies schien um so gerathener, als gleichzeitig mit dem Ueberbringer des barbaczy-schen Briefes eine Abtheilung von sechszig Szekler-Husaren die Stadtthore zugleich mit den auf ihren Posten bleibenden badischen Soldaten besetzt hatte, mit dem Befehl, keine der zum Congreß gehörigen Personen heraus oder herein zu lassen. Der dänische Gesandte war auf die Anfrage, ob er reisen könne, von dem commandirenden Offizier, dem Rittmeister Burkhard, barsch zurückgewiesen. Es war Debry, der leider diesmal durchsetzte, daß die Reise sogleich angetreten wurde. Ein übel angebrachtes Ehrgefühl, erzählt er später, ließ ihn wünschen, innerhalb des von den Gesandten selbst gesetzten Termins, nicht innerhalb der Frist, die Barbaczy bestimmt hatte, Rastatt zu verlassen. Die Pferde wurden angespannt, was noch von Gepäck zurückgeblieben war, eiligst in die Wagen geworfen, und der Zug setzte sich in Bewegung. Aber gleich am Thor ein Hinderniß: die Husaren verweigerten die Durchfahrt. Die drei Gesandten stiegen aus, kehrten ins Schloß zu Albini zurück, welcher durch den Legations-Secretär von Münch den Rittmeister um Aufklärung ersuchen ließ. Die Antwort lautete: bei Besetzung der Thore sei Befehl ertheilt, Niemanden

herauszulassen, die Ausnahme wegen der französischen Gesandtschaft aber zuzusetzen vergessen. Dies, versicherte Münch, sei nunmehr geschehen, die Abreise könne ohne Hinderniß erfolgen. Die Gesandten beschlossen jetzt, um nicht auf dem Wege nach Plittersdorf abermals angehalten zu werden, eine militärische Escorte zu erbitten. Münch begab sich mit diesem Auftrage nochmals zum Rittmeister, und die Gesandten fuhren in einem markgräflichen Wagen wieder nach dem Thore zu den Ihrigen. Lange mußten sie hier vergeblich warten, endlich überbrachte der badische Stadt-Commandant, Major von Harrant, von Seiten Burkhard's die Antwort: die französischen Gesandten würden in ihrem Wege kein Obstakel finden; eine Escorte könne er jedoch nicht geben, weil er dazu keinen Befehl habe.

Abermals versuchte man, die Gesandten zum Aufschub ihrer Reise zu bewegen. Die Frauen, auch Roberjot wären dazu geneigt gewesen; indessen bei den beiden Uebrigen überwog der schon angedeutete Ehrenpunct, und der Zug bewegte sich durch das geöffnete Thor, das gleich hinter ihnen wieder geschlossen wurde. Es waren acht Wagen: in dem ersten Debry mit seiner Frau und zwei Töchtern, im zweiten sein Secretär und Kammerdiener, im dritten Bonnier, im vierten der Gesandtschafts-Secretär Rosenstiel, im fünften Roberjot mit seiner Frau, im sechsten der ligurische Gesandte Boccardi mit seinem Bruder, endlich noch zwei Wagen mit Dienerschaft und Gepäck. Es war neun Uhr vorüber, die Nacht völlig finster, Regen, Sturm und Hagel tobten durcheinander, ein Fackelträger leuchtete voran[1]).

Kaum zweihundert Schritte von der Georgi-Vorstadt, unfern der Brücke an der Rheinau, stürzten plötzlich aus einem

1) Eggers, Briefe über den Rastadter Congreß, Braunschweig, 1809, I, 364; Debry, Narré fidèle du forfait, commis à Rastadt d'après les ordres de l'Autriche, in der Sammlung französischer Zeugnisse über den Gesandtenmord bei Häberlin, Staatsarchiv VII, 123, Helmstedt, 1802. Mendelssohn, der rastatter Gesandtenmord, Heidelberg 1869, S. 25.

Gebüsch zur Rechten der Chaussee, die längs der Murg hinführt, eine Anzahl von Szeklern mit wildem Geschrei auf den ersten Wagen los. Debry reichte seinen Paß aus dem Fenster; er wurde zerrissen, der Minister aus dem Wagen gezogen, seiner Uhr und seines Geldes beraubt. In diesem Augenblicke sprengte, wenn man Debry glauben darf, ein Szekler zu Pferde, den Säbel schwingend, heran. Es tu le ministre Jean Debry? rief er in schlechtem Französisch, und kaum hatte der Gesandte bejahend geantwortet, als er mehrere Hiebe über den Kopf erhielt, die ihn zu Falle brachten. Er ließ sich in den Graben neben dem Wege rollen und hatte den glücklichen Gedanken, sich todt zu stellen. Er erhielt noch einige Hiebe und einen Stich in den Schenkel, seine Taschen wurden geleert, dann ließ man ihn für todt liegen, um zu den anderen Opfern zu eilen. Debry's Secretär Belin, im zweiten Wagen, wurde gleichfalls geplündert und mißhandelt, der Kammerdiener in die Murg gestoßen. Dann kamen die Mörder zu dem dritten Wagen. „Bonnier, steig heraus!" hörte man in einem der hinteren Wagen rufen. Als der Gesandte sitzen blieb, wurden die Scheiben eingeschlagen, Bonnier heraus gerissen und, indem er vergeblich um Pardon flehte, mit Säbelhieben getödtet[1]). Während dessen war Rosenstiel, von seinem Diener gewarnt, aus dem Wagen gesprungen; er sah die Husaren noch auf Bonnier einhauen, eilte so schnell als möglich durch den Graben über die Wiesen, und es gelang ihm, auf Seitenwegen durch den Schloßgarten in die Stadt zu kommen[2]).

Auch Roberjot war durch das Geschrei, das von der Spitze des Zuges herüberdrang, aufmerksam geworden. „Mein Mann," erzählte die Frau später, „ließ sogleich die Thür öffnen. Wir stiegen aus dem Wagen; unser erster Gedanke war, zu versuchen, uns durch die Flucht zu retten. Wir kamen bis zu

1) Debry a. a. O., S. 128; Mendelssohn a. a. O., S. 26; Eggers a. a. O. I, 367.

2) Die Zeugnisse Belin's und Rosenstiel's bei Häberlin a. a. O. VII, 146, 142.

dem Wagen des Bürgers Boccardi, der uns folgte. Da wir Niemand mehr darin sahen, so glaubte mein Gemahl, der Bürger Boccardi sei mit seinem Bruder ausgestiegen, um ihr Recht, der französischen Gesandtschaft zu folgen, zu behaupten, und befinde sich deßhalb mit einigen Patrouillen im Streit. Wir kehrten zurück, und kaum sind wir wieder an die Thüre unseres Wagens gelangt, als die Szekler über uns herfallen. Sie fragen meinen Mann, ob er Roberjot sei. Er antwortet mit ja, ich wiederhole es ihnen gleichfalls. Auf diese Antwort fangen sie an, ihn zu berauben, sie nehmen ihm Uhr, Brieftasche und Geldbeutel. Ein anderer Husar von großem Wuchs und etwas verschiedenem Benehmen — es schien ein Offizier zu sein — versetzte meinem Mann zuerst einen Säbelhieb, dem noch mehrere folgten, während andere Husaren mich verhinderten, mich auf ihn zu werfen und ihn mit meinem Körper zu decken. Sie hielten mich fest und zwangen mich, Zeugin dieses entsetzlichen Gemetzels zu sein. Mein unglücklicher Gemahl fällt unter ihren Schlägen. Die Barbaren lassen ihn noch lebend liegen und stürzen auf den Wagen des Bürgers Boccardi. Als sie dort Niemand finden, kehren sie zu uns zurück. Mein Kammerdiener hatte mich wieder in den Wagen gehoben. Da ich bemerkte, daß mein Gatte sich noch bewegte, sagte ich dem Diener: Ach, wenn wir ihn noch retten könnten. In demselben Augenblick fielen die Mörder wieder über ihn her und verstümmelten ihn in entsetzlicher Weise. Alles was unter der Hand im Wagen war, wurde gleichzeitig geraubt, die Papiere, die man eingepackt hatte, auf die Erde und zum großen Theile in den Fluß geworfen. Endlich ließ man den Wagen mit ausgelöschten Lichtern auf der Straße stehen[1])." Der Kammerdiener hatte treu mit seiner Herrin die Gefahr getheilt und ihr während des Mordens die Ohren zugehalten, damit sie das Todesröcheln des Sterbenden nicht höre. Sie fiel

1) Déclaration de la veuve Roberjot bei Häberlin a. a. O. VII, 135; Eggers a. a. O. I, 384.

später aus einer Ohnmacht in die andere und wiederholte weinend die Worte: On l'a hâché devant mes yeux.

Ungefähr eine Viertelstunde nach diesen Ereignissen verbreitete sich in der Stadt ein dumpfes Gerücht über die Störung der Reise. „Auf die erste Meldung," erzählt das mainzer Diarium, „welche Directorialis von diesem schauderhaften Ereigniß erhielt, lief er sogleich selbst zur Stadt hinaus auf das Feld, wo der commandirende Rittmeister mit seinen Leuten campirte. Unter Angebung seines Namens drang er durch bis zum Rittmeister, informirte denselben von diesem schrecklichen Vorfall und brachte es durch nachdrückliche Vorstellung dahin, daß dieser seinen Oberlieutenant mit einigen Husaren den Unglücklichen zu Hülfe schickte. Als Directorialis zurückging, kam ihm beinahe das ganze noch hier befindliche Corps diplomatique mit Flambeaux entgegen." Die meisten diplomatischen Personen hatten sich nämlich in dem Gesellschafts-Casino befunden, als der Bruder des ligurischen Gesandten athemlos hereinstürzte und von dem Ueberfalle die erste bestimmte Kunde brachte. Man beschloß, insgesammt sofort zu dem Rittmeister zu gehen, von ihm Auskunft und vor Allem schleunige Hülfe zu begehren. Er bewohnte etwa zwanzig Schritte vor dem Ettlinger Thor ein Wirthshaus: Die Laterne. Aber es kostete große Mühe, bis die Gesandten nach halbstündigem Warten endlich durch das Thor und auf das Feld gelangten, wo Albini ihnen begegnete. „Directorialis," erzählt das Diarium weiter, „gab ihnen von dem, was er bereits gethan, Nachricht, und als der Rittmeister selbst hinzukam, disponirte Directorialis mit den übrigen Gesandtschaften noch weiter, daß derselbe den badischen Major und Stadt-Commandanten ebenfalls mit einer Escorte nachreiten ließ." Andere Berichte stellen den Vorgang in weit ungünstigeres Licht. Der Rittmeister erschien den Gesandten kalt und unwillig, als sie ihn bei Allem, was ihm theuer war, beschworen, den etwa noch in Gefahr Befindlichen schleunige Hülfe zu senden. „Es sei ein unglückliches Mißverständniß," sagte er; „bei der Nacht schweiften die Patrouillen umher, da könne der-

gleichen leicht geschehen; die französischen Minister hätten nicht bei der Nacht reisen sollen.“ Man hielt ihm vor, daß er die Escorte abgeschlagen und dem Major von Harrant gesagt, es sei für die Gesandten Nichts zu befürchten. Er versetzte, er habe keinen Befehl gehabt, die Escorte zu geben; man hätte sie bei dem commandirenden Obersten nachsuchen müssen. Herr von Bernstorff bemerkte, er selbst habe Barbaczy bei seiner Sendung an demselben Tage gefragt, ob er eine Escorte geben wolle. Hat er sie Ihnen zugesagt? war die Antwort des Rittmeisters. Als der dänische Gesandte ihm eine frühere Unterredung vorhielt, erwiederte er barsch: Wollen Sie mit mir eine Inquisition anstellen? Nur auf die dringendsten Vorstellungen erlangte man endlich, daß er einen Wachtmeister mit sechs Husaren zugleich mit dem Major von Harrant und zwei badischen Husaren auf die Landstraße nach Plittersdorf abgehen ließ [1]).

Der Major von Harrant fand die Wagen noch auf dem Platze der Mordthaten, von etwa fünfzig Szekler Husaren, die mit Fackeln versehen waren, umringt, ohne daß er einen Offizier bemerkt hätte. Sie wollten die Wagen mit den darin befindlichen, meistens betäubt liegenden Menschen um die Stadt herum abführen. Nicht ohne Mühe brachte es Harrant mit Hinweisung, daß er in Ermangelung eines anderen Offiziers commandire, dahin, daß sie die Wagen in die Stadt zurückgeleiteten. Die Leichname Bonnier's und Roberjot's sah er schrecklich mißhandelt auf der Erde liegen. Von Debry war keine Spur zu finden.

In der Stadt angelangt hielten die Wagen vor dem Schlosse. Niemand darin fand sich verletzt. Mehrere waren zwar des bei sich getragenen Geldes, ihrer Uhren und Kostbarkeiten beraubt, aber in mörderischer Absicht nur die drei Minister angefallen [2]). Alles drängte sich, um den unglücklichen

1) Authentischer Bericht a. a. O., S. 10.
2) Authentischer Bericht a. a. O., S. 11.

Frauen zu Hülfe zu kommen, aber Niemand, auch nicht die ansehnlichsten Gesandten, wurde zugelassen, weil in Ermangelung eines Offiziers nun erst militärische Befehle eingeholt werden mußten. Endlich gelangte man dazu, die in ihrem Wagen ohne Besinnung liegende Gattin Roberjot's in das Haus Jacobi's tragen zu dürfen, vor welchem der Wagen hielt. Frau Debry mußte auf der Straße aussteigen, weil schlechterdings nicht erlaubt wurde, daß man die Wagen in das Schloß führe. Diese mußten vielmehr den Weg nach der Wache am ettlinger Thor einschlagen, um, wie ein herbei eilender Husaren-Offizier angab, folgenden Tages untersucht zu werden. Zu diesem Acte wurde der badische Oberbeamte requirirt, aber nur als Zeuge, daß alle vorhandenen Papiere in die Bewahrung des Rittmeisters übergingen [1]).

Rosenstiel war, wie bemerkt, durch die Gärten in die Stadt zurückgekommen. Er fand sich in der Pflege seines Schwagers, des weimarschen Legations-Rathes Weiland, aber durch die Aufregung dem Wahnsinn nahe. Von Debry fehlte noch immer jede Nachricht. Der Major Harrant erbot sich, mit einigen badischen Husaren hinaus zu reiten, um Nachforschungen anzustellen, und der Graf Solms wünschte ihn zu begleiten. Man eilte noch in der Nacht zum Rittmeister, der nach langem Widerstreben eine Escorte bewilligte. Gegen Tages-Anbruch wurde die ganze Gegend bis nach Plittersdorf durchsucht, aber von Debry fand sich keine Spur, obgleich Graf Solms, dessen Stimme dem französischen Gesandten bekannt war, oftmals laut nach ihm gerufen hatte. Dagegen hörte Harrant, als er sich bei dem Schulzen des Dorfes Rheinau erkundigte, daß schon kaiserliche Husaren dieselbe Erkundigung nach einem verwundeten Franzosen, an dessen Einbringung ihnen Alles gelegen, angestellt hätten, mit dem ausdrücklichen Verlan-

1) Authentischer Bericht, S. 12. Eggers a. a. O., I, 372, fügt aus eigener Erinnerung noch viele Einzelheiten bei.

gen, man solle ihn, wenn er sich fände, ja nicht nach Rastatt, sondern um die Stadt herum nach Muggensturm bringen, oder nur sicher verwahren, damit sie ihn von dort abholen könnten [1]). Endlich gegen sechs Uhr Morgens trat unerwartet der Gesuchte in das Zimmer des Grafen Görtz. Er war, als die Husaren sich entfernten, aus dem Graben in das nahe gelegene Gehölz gelangt. Dichte Kleidung, welche ihn gegen die Kälte der Nacht vorsorglich schützen sollte, hatte die Kraft der Schläge gebrochen. Ohne Hut, ohne Halstuch irrte er eine Zeit lang im Regen umher; endlich, um nicht auf der nassen Erde zu liegen, kletterte er trotz des verwundeten linken Armes auf einen Baum. Als es anfing, hell zu werden, verbarg er sich im Dickicht; Husaren streiften dicht an ihm vorbei, aber ohne ihn zu bemerken. Endlich faßte er sich ein Herz, und wagte sich ins Freie. Ein Bürger von Rastatt, der ihm begegnete, lieh ihm Jacke und Mütze; so mischte er sich unter Landleute, die am Wege versammelt waren. Schaudernd ging er an den Leichen seiner ermordeten Collegen vorüber, gelangte, unerkannt von den Wachen, durch das Thor und lief dann unwillkürlich mit einer Schnelligkeit, die ihn leicht hätte verrathen können, in die Wohnung des Grafen Görtz. Als man ihm sagte, Frau und Kinder seien in Sicherheit, fiel der Mann, der, wie man behauptete, seit Jahren den Namen Gottes nicht angerufen hatte, mit den Worten auf die Kniee: Göttliche Vorsehung, du bist es, die sie gerettet hat; verzeihe, wenn ich deine Wohlthaten bisher verkannte! Albini, der ihn bald nachher aufsuchte und zwischen mehreren der noch anwesenden Diplomaten auf dem Sopha sitzend fand, erzählt, er habe nicht sowohl über sein eigenes als seiner Collegen schreckliches Schicksal lamentirt. „Er war im Gesicht verwundet, voll geronnenen Blutes auf Nase und Wangen, und durch einen starken Hieb am Arme verletzt, den er, um sich nicht zu verbluten, verbunden hatte. Doch fand der herbeigerufene Arzt

1) Authentischer Bericht, S. 13. fg.; Eggers a. a. O. I, 381.

von den Wunden nur diese eine bedeutend und keine so gefährlich, daß sie die Abreise hätte verzögern müssen[1]).

Diese lag, wie man denken kann, in Aller Wünschen. Schon um vier Uhr Morgens war der preußische Legations-Secretär von Jordan nach Gernsbach hinausgeritten, um für die Geretteten sichere Abreise und eine Escorte bis an den Rhein zu erwirken. Er wurde aber nicht vorgelassen, obgleich er sich im Auftrage sämmtlicher in Rastatt befindlichen Gesandten anmelden ließ. Man erwiederte ihm, selbst wenn er von Gott dem Vater und dem Sohne käme, könne der Oberst ihn nicht sprechen. Jordan hatte sogar alle Mühe, den Rittmeister, den er in Rothenfels traf, zu bewegen, das Schreiben der Gesandten an Barbaczy gelangen zu lassen, da derselbe, wie Burkhard sagte, schon Couriere und Estafetten genug diese Nacht bekommen habe. Sowohl in dem Benehmen der Offiziere, als in der Erzählung Jordan's wird man aber die Mißstimmung erkennen müssen, die überall, wo Preußen und Oesterreicher damals sich begegneten, zu Tage tritt. Aus dem mainzer Diarium ergiebt sich, daß Burkhard selber bei der ersten Nachricht von dem Ereigniß einen Boten an den Obersten gesandt und noch in der Nacht eine höchst unwillige Rückäußerung erhalten hatte. „Betroffen und unruhig ließ er in der Frühe den Directorialen angelegentlich ersuchen, mit dem Baron Edelsheim zu ihm zu kommen, indem er sein Quartier nicht verlassen dürfe. Directorialis warf sich nur in die Kleider, um mit dem Baron Edelsheim, der ihn abholte, zum Rittmeister zu fahren. Der Rittmeister gab dem Directorialis zu erkennen, wie sehr der Oberst über den Vorfall betreten sei, versprach, den unglücklichen Frauen der Gesandten und dem übrigen französischen Gesandtschafts-Personale ihre Wagen zu restituiren und sie mit einer hinlänglichen Bedeckung sicher fortbringen zu lassen, auch die

1) Debry bei Häberlin a. a. O., VII, 130. Mendelssohn, Gesandtenmord, S. 31, hat nach mündlicher Ueberlieferung noch einige Umstände hinzugefügt. Im Einzelnen weichen alle diese Erzählungen, obgleich meistens von Augenzeugen herrührend, vielfach von einander ab.

deutschen Gesandtschaften an ihrer Abreise nicht weiter zu hindern." Auch das Antwort-Schreiben Barbaczy's, welches Jordan gegen elf Uhr nach Rastatt überbringen konnte, war in ungeschickten aber in würdigen Ausdrücken abgefaßt: „Seien Ew. Excellenzen überzeugt," schrieb der Oberst, „daß in meinem, ungeachtet durch manche mitgemachte Schlacht abgehärteten Busen dennoch ein Herz sich reget, welches über alle derlei Gräuelthaten sich entsetzet und zu eben so unnatürlicher Rache, wie das Verbrechen jener Raubsüchtigen war, im höchsten Grade gereizt wird. Ich gebe in dem Augenblicke den Befehl, daß ein Offizier mit einem Commando der sich glücklich geretteten französischen Gesandtschaft bis an den Rhein Sicherheits-Geleit leiste, sowie ich unverzüglich jene Verbrecher gefänglich einziehen lasse, die ich unter meinem Commando jemals gehabt zu haben Zeit meines Lebens mit innigster Wehmuth fühlen muß[1])."

Der Rittmeister, welchem gleichzeitig die nöthigen Befehle zugingen, zeigte sich nicht weniger willfährig. Nur sei ihm, wie er sagte, ausdrücklich aufgegeben, keine Begleitung von diplomatischen Personen zu gestatten, da die deutschen Gesandten ihre Rückreise antreten, nicht aber an den Rhein gehen könnten. Einzig zu Gunsten des Herrn von Jordan, der durch seine Sendungen nach Gernsbach dem österreichischen Militär bereits bekannt war, wurde eine Ausnahme zugelassen. Außer ihm sollte der Major von Harrant mit sechs badischen Husaren und ein österreichischer Offizier mit acht Szeklern die Wagen begleiten. Gegen ein Uhr setzte sich der Zug, jetzt zum dritten Male, in Bewegung, nicht ohne bange Besorgniß, die von Seiten der Franzosen nur zu begreiflich ist. Erschien doch die Mehrzahl der Escorte in derselben Uniform, wie die Mörder des gestrigen Abends. Doch alle Befürchtungen erwiesen sich unbegründet. Der Zug, dem auf dem Wege noch gegen zwanzig Szekler sich zugesellten, gelangte ungehindert an den Rhein. Das Ueberfahrts-Schiff ward von dem französischen Ufer durch

1) Schreiben der Gesandten an Barbaczy und Barbaczy's Antwort vom 29. April, Authentischer Bericht, Anhang, S. 25 fg.

den mitgenommenen Trompeter herbeigerufen, und mit den Aeußerungen des lebhaftesten Dankes nahmen die Geretteten von Jordan und Harrant Abschied[1]).

Sobald man in Rastatt sich versichert hatte, daß Alles glücklich abgelaufen sei, hielt die Gesandten Nichts mehr zurück. Albini, in Voraussicht, daß längeres Verweilen keinen Gewinn, wohl aber Verlegenheiten und Verdruß herbeiführen könnte, fand es, wie er schreibt, nicht räthlich, sich ferner in etwas zu mischen. Er hatte die weitere Sorge dem Minister von Edelsheim anheim gegeben und, mehr klug als menschenfreundlich, schon um sieben Uhr Morgens den Congreß-Ort verlassen. Der dänische Legationsrath Eggers sprach sich lebhaft dafür aus, man solle noch einige Tage in Rastatt verweilen, um eine genauere Untersuchung des Verbrechens vorzunehmen. Aber nur Dohm zeigte für diesen Vorschlag einige Neigung; bei allen Uebrigen überwog der Wunsch, bald abzureisen, und die Einsicht, daß eine derartige Untersuchung gar nicht zu den Befugnissen weder der Deputation noch der Particular-Gesandten gehöre. Dagegen brachte Dohm die Mehrzahl der noch Anwesenden zu dem Entschluß, einen Bericht über die letzten Ereignisse gemeinschaftlich festzustellen und zu diesem Zwecke einen Tag in Karlsruhe zu verweilen. Dohm, der schon früher im Namen des diplomatischen Corps die Briefe an Barbaczy entworfen hatte, wurde auch mit Abfassung dieses Berichtes betraut und brachte ihn schon am folgenden Tage zum Abschluß, so daß er am 1. Mai erörtert und unterzeichnet werden konnte[2]). Dieser

1) Die preußischen Gesandten, 29. April; Authentischer Bericht, S. 18 fg.

2) Eggers a. a. O. I, 390 fg. Die Unterzeichner waren Görtz, Jacobi, Dohm, Rosenkranz, Rechberg, Reden, Gatzert, Solms-Laubach, Otto von Gemmingen, Cruse und Graf Taube (für Hessen-Cassel). Otto von Gemmingen ist nicht der zu Anfang des Congresses genannte Bevollmächtigte der Reichs-Ritterschaft, sondern ein Vetter, der sich unbefugter Weise zur Unterschrift gedrängt hatte und dadurch die Ritterschaft und seinen Verwandten in mancherlei Unannehmlichkeiten verwickelte. Der Gagern-Dalberg'sche Briefwechsel beschäftigt sich angelegentlich mit dieser Sache.

Bericht, welcher immer eine bedeutende Quelle für den Thatbestand des Verbrechens bleiben wird, enthält sich, oder scheint sich wenigstens des Urtheils über Motive und Urheber des Verbrechens zu enthalten. Dohm schreibt am 2. Mai aus Karlsruhe, er habe die äußerste Sorgfalt angewendet, um keine Anklage zu schreiben, sondern nur die Thatsachen gegen eine leidenschaftliche Entstellung durch die Parteien zu sichern[1]).

1) Die preußischen Gesandten an das Ministerium, Karlsruhe, 2. Mai: Die rastatter Diplomaten sind unter Escorte badischer Husaren nach Karlsruhe gereist. Den gestrigen Tag verwandte man, um den Thatbestand in einem Schriftstück festzustellen. C'est moi, Dohm, qui en a été le rédacteur, pour me conformer aux voeux que tout le corps diplomatique m'a exprimés pour cet effet. Sans cette pièce authentique, rédigée avec un soin très pénible pour ne pas en faire un plaidoyer d'accusation, la malignité des gens, poussés par des vues et passions individuelles, n'aurait pas manqué d'altérer plus ou moins les circonstances du fait, et toute l'Europe aurait été plus ou moins induite en erreur sur un événement, dont les suites sont tant à craindre pour l'humanité toute entière. ... Était-ce le simple effet de la rapacité et de la barbarie d'une patrouille des houssards Autrichiens? Était-ce un complot, tramé par la vengeance et la haine pour immoler à la fureur de quelques individus les trois ministres français? Der „Gemeinschaftliche Bericht" erschien in der Allgemeinen Zeitung vom 23. Mai 1799 und in zahlreichen anderen Blättern. Dohm's Mitarbeiter war der ihm nahe befreundete Eggers. In den eggerschen Briefen stimmen lange Stellen mit dem Bericht, den sie im Einzelnen vielfach weiter ausführen, wörtlich überein. Eggers besorgte auch die Herausgabe des Berichts unter dem oben S. 312 angegebenen Titel, fügte achtzehn Zusätze, so wie das Protokoll der Verhöre der Kutscher, und der Inspection der Leichen hinzu. Von den Zusätzen wird der damals vielbesprochene achtzehnte über den weinenden, seine Schuld gestehenden Husaren bereits von Dohm in einem Briefe aus Anspach vom 8. Mai vollständiger mitgetheilt, mit dem Bemerken, der Markgraf von Baden selber habe diese Thatsache Görtz und Dohm erzählt. Der sechste Zusatz über Rosenstiel stimmt wörtlich mit Eggers Brief vom 29. April, I, 373 überein. Helfert a. a. O. S. 316 bezweifelt, daß Eggers der Herausgeber sei, aus dem an sich richtigen Grunde, weil die Gesinnung in den Briefen bei weitem unbefangener und gerechter sei, als die Tendenz des anonymen Herausgebers. Aber die Briefe sind 1799 gewiß

Um so weniger hat es später an Vermuthungen und offenen Anklagen gefehlt, und man muß gestehen, daß sie durch das Benehmen der österreichischen Regierung beinahe ebenso sehr, als durch die That selbst herausgefordert wurden.

Nach Allem, was geschehen war, nach einer so offenbaren, unerhörten Verletzung des Völkerrechts durfte die österreichische Regierung keine eifrigere Sorge haben, als durch genaue Untersuchung und strenge Bestrafung des Verbrechens von jedem Verdacht der Mitschuld sich zu reinigen. In der That schreibt Barbaczy schon am 29. April, er werde unverzüglich die Verbrecher gefänglich einziehen lassen. Aber was er that, stimmte wenig mit dieser Zusage überein. Der Rittmeister Burkhard konnte, wenn man einem Briefe Dohm's glauben darf, eigenmächtig im rastatter Schloß Quartier nehmen. Von dem geraubten Gelde wurde zwar Einiges, aber nicht Alles den Franzosen zurückerstattet[1]). Zu gleicher Zeit hörte man die Husaren in Rastatt ungescheut ihrer That sich rühmen, sah sie mit geraubten Kleidungsstücken umherziehen, Uhren und Stöcke sogar öffentlich versteigern[2]); auch die geraubten Papiere wurden trotz aller Reclamationen vorerst nicht zurück gegeben. Der erste, welcher sich entschieden aussprach, war der Erzherzog. Kaum hatte er durch Kospoth von der „unglücklichen Begebenheit, die sich mit den französischen Gesandten zugetragen," Kenntniß erhalten, so gab er am 1. Mai einen strengen Befehl. „Mit äußerstem Mißvergnügen," heißt es, „hat der Erzherzog die

---

nicht so geschrieben, wie sie zehn Jahre später gedruckt wurden. Ein in Paris befindlicher Brief von Dohm an Rosenstiel aus Weimar vom 10. Juni 1799 nennt bei Uebersendung des Authentischen Berichts ausdrücklich Eggers als Herausgeber.

1) Déclaration du citoyen Venon, homme de confiance du citoyen Roberjot bei Häberlin, Staats-Archiv VII, 156: Le lendemain matin, le sous-officier qui m'avait pris le soir au collet m'a remis un sac de 2400 fr. et 43 louis en argent. Victoire Debry gibt in einem Briefe an, es seien ihnen 9000 Frs. geraubt. Moniteur vom 11. Mai.

2) Dohm an das preußische Ministerium, Anspach, 8. Mai.

gewaltthätigen Mordthaten vernommen, welche wider alles Völkerrecht an den französischen Gesandten vor Rastatt durch die dortigen Vorposten verübt wurden. Die Sache soll auf das allerstrengste untersucht und durch eine Commission unter dem Vorsitz des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Spork in Villingen nach den Kriegsgesetzen behandelt werden. Kospoth wird zuvörderst den Obersten Barbaczy, welcher der französischen Gesandtschaft die Escorte versagt haben soll, sodann den Rittmeister Burkhard, von dessen Mannschaft die Mordthaten verübt sein sollen, nebst allen Thätern, so weit sie bekannt sind, allsogleich in Verhaft nehmen und nach Villingen abführen lassen[1])." Am folgenden Tage schrieb der Erzherzog selbst an Massena, drückte sein Bedauern aus und versprach vollständige Genugthuung. Ganz ähnliche Versicherungen machte er dem dänischen Legations-Attaché, Herrn von Eyben, welcher ihm am 4. Mai Namens der rastatter Diplomaten den Gemeinschaftlichen Bericht überbrachte. „Sagen Sie den Gesandten," setzte er hinzu, „das sei ich ihnen, Europa und meiner eigenen Ehre schuldig. Aber," bemerkte er noch, indem er mit der Hand über die Augen strich, „daß mein wiederholter Befehl wegen der Sicherheit der französischen Minister nicht befolgt wurde, das muß einen Grund haben."

Mit Faßbender, der die frühere Vertrauens-Stelle auch bei dem Erzherzog einnahm, hatte Eyben gleichfalls eine Unterredung. Faßbender äußerte sich in etwas verschiedenem Sinne. Die Berichte Barbaczy's, sagte er, widersprächen sich. In dem ersten habe er selbst angegeben, einige seiner Husaren, durch Raublust verblendet, hätten das Verbrechen begangen; in dem folgenden spreche er die Vermuthung aus, daß Emigrirte Theil daran gehabt. Denn einer der Mörder habe auf französisch gerufen: Es-tu le ministre Jean Debry? Keiner der Szekler verstehe

1) Kospoth an den Erzherzog Karl aus Rothweil, 30. April; die General-Adjudantur des Erzherzogs an Kospoth aus Stockach, 1. Mai, bei Vivenot, Rastadter Congreß, 117 fg.

französisch, wenigstens sei es nicht glaubhaft, da das Regiment gar keine Fremde zähle. Man müsse daher vermuthen, daß Emigrirte sich eingeschlichen und das Verbrechen begangen hätten. Faßbender schien dieser Meinung Bedeutung beizulegen, versprach aber gleichfalls, daß die Untersuchung volle Oeffentlichkeit erhalten solle[1]). Dieselbe Absicht herrschte anfangs in Wien. In einem Briefe an den Grafen Colloredo vom 5. Mai nennt Thugut das rastatter Ereigniß „ein in jedem Anbetracht verhängnißvolles; es werde dem Directorium und allen Uebelgesinnten zum Vorwand dienen, gegen Oesterreich zu declamiren und die abentheuerlichsten Beschuldigungen ihm aufzubürden. Denn allem Anscheine nach," fährt er fort, „waren es doch unsere Husaren, welche die vom ganzen Reiche anerkannten französischen Gesandten, mit denen man so lange Zeit hindurch unterhandelt hatte, niedergemetzelt haben. Ueberhaupt begreife ich nicht, wie der Erzherzog es auf sich nehmen konnte, Rastatt zu besetzen und die daselbst noch versammelten Deputirten zu beunruhigen, es sei denn, daß er einen Befehl Seiner Majestät hatte, der mir unbekannt geblieben ist. Die Sache, d. h. die Besetzung von Rastatt, war an sich in mancherlei Betracht in Widerspruch mit dem Verfahren, das wir sonst beobachtet haben. Das ist auch wieder einer der schönen Streiche des Faßbender! Jedenfalls," schließt er, „muß eine genaue Untersuchung und eine eclatante Bestrafung der Schuldigen uns in den Augen von ganz Europa rechtfertigen. Am besten würde man den Erzherzog Karl verständigen, er solle sich darauf beschränken, alle, auf welche nur der geringste Verdacht von thätiger Theilnahme oder Nachlässigkeit fällt, in Haft zu nehmen, ohne aber ein Urtheil zu sprechen, weil ihr Prozeß in allen Formen Rechtens mit aller möglichen Oeffentlichkeit betrieben werden muß. Vielleicht könnte der Kaiser diese Angelegenheit Lehrbach zuweisen[2])." Der Brief zeugt deutlich von der Ueber-

1) Bericht Eyben's als Beilage zu einer Depesche des Grafen Görtz aus München vom 8. Mai, im preußischen Staats-Archiv.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 311.

raschung und Bestürzung, die das Ereigniß in Wien hervorrief. Der Reichs-Viecekanzler, Fürst Gundacker Colloredo, stellte sogar den Antrag: der Erzherzog möge Massena einladen, einige rechtliche Männer von seinem eigenen Generalstab oder von seinen Auditoren als Zeugen der Untersuchung beiwohnen zu lassen. Dagegen erklärt sich Thugut am 13. Mai; denn die Franzosen, meint er, würden voraussichtlich nicht rechtliche und unparteiische Männer hierzu beordern, sondern geflissentlich Leute ihrer Art, die dann mit Insolenz Alles, was man bei der Untersuchung vorkehre, tadeln und erschweren würden. Thugut meint, es genüge, nach geendigter Untersuchung dem französischen Commandirenden die Protocolle mitzutheilen. Ferner könne man die kurmainzischen, preußischen und dänischen Minister, welche zur Zeit des Ereignisses noch in Rastatt sich aufgehalten hätten, einladen, der Untersuchung beizuwohnen, oder die Commission durch schriftliche Mittheilungen zu unterstützen. Hudelist brachte diesen Wunsch in Berlin zur Sprache, und das preußische Ministerium beeilte sich, dem Grafen Görtz die nöthigen Anweisungen zu ertheilen. Der Gesandte berichtet freilich am 27. Mai aus Regensburg, man höre noch nichts von einer Untersuchung; der kaiserliche Concommissar, Herr von Hügel, suche seinen Vertrauten einzureden, die Szekler seien nicht so schuldig, als man früher angenommen habe. Gerade an demselben Tage macht aber Thugut dem Kaiser den Vorschlag, in Anbetracht der gräulichen Lästerungen gegen den Allerhöchsten Hof die Reichsversammlung zur Theilnahme an den Prozeßverhandlungen aufzufordern, und am 6. Juni ergeht das entsprechende Hofdecret. „Seine Kaiserliche Majestät," heißt es darin, „wollen, daß bei der Untersuchung dieses leidigen Vorfalls, den Sie als eine deutsche National-Angelegenheit betrach-

1) Thugut an den Kaiser, 13. April, an Hudelist, 15. April, bei Vivenot, Rastadter Congreß, S. 119. Das preußische Ministerium an Görtz, 26. Mai; Görtz an das Ministerium, 27. Mai, Pr. St. A. Die Reichstags-Verhandlungen bei Helfert a. a. O., S. 143 fg., 347.

ten, selbst der möglichste Verdacht irgend einer Connivenz entfernt werde. Daher ergeht an die Reichs-Versammlung der Antrag, sowohl einige Deputirte aus ihrem Mittel der eröffneten Untersuchung beiwohnen zu lassen, als auch in dem hierüber baldmöglichst zu erstattenden Gutachten mit patriotischer Offenheit Alles an Handen zu geben, was die Wichtigkeit eines so unerhörten und verabscheuungswürdigen Vorfalls erheischen dürfte." Friedrich Gentz pries damals in seinem historischen Journal überlaut diesen Schritt der österreichischen Regierung; ein guter Genius, meint er, habe dem kaiserlichen Hofe diesen glücklichen Gedanken eingegeben. Wer aber mit dem Gange der regensburger Verhandlungen vertraut war, konnte den Erfolg allenfalls vorhersehen. Nach längeren Verhandlungen begnügte sich der Reichstag am 9. August, die ganze Angelegenheit vertrauensvoll der Weisheit des Kaisers zu überlassen, und der „reichs-oberhauptliche Justiz-Eifer," auf welchen einige geistliche Reichsstände mit besonderem Vertrauen verwiesen hatten, fand wenigstens öffentlich keine Gelegenheit mehr, sich in dieser Angelegenheit hervor zu thun. Die vom Erzherzog angeordnete Untersuchung war von Wien aus sistirt worden, weil sie als eine blos militärische nicht hinreichend erscheine. Von der Commission, welche an ihrer Stelle eintrat, erfuhr man, daß sie im October ihre Arbeiten beschlossen und die Acten nach Wien gesandt habe, allein von ihren Ergebnissen, von der Bestrafung auch nur eines der Betheiligten nicht das Geringste.

Ein solches Verfahren forderte Anklagen heraus, und sie sind nicht ausgeblieben.

Zunächst von Seiten des französischen Directoriums. Hier wirkte neben der Rachgier zugleich die Absicht, das Verbrechen für politische Zwecke auszubeuten. Frankreich war des Krieges müde. Was konnte wirksamer die nationalen Leidenschaften wieder anfachen, als wenn das Gehässige einer solchen That sich auf die österreichische Regierung wälzen ließ? Maudissez l'Autriche! schließt Debry seinen officiellen Bericht. „Die

öffentliche Meinung in Rastatt," erzählt er, „war nicht zweifelhaft über dies Verbrechen. Sie verfluchte es und schrieb es öffentlich Oesterreich zu. Wenn ich dem, was man mir in dieser Rücksicht sagte, glauben darf, so war der Civil-Commissar bei der Armee des Erzherzogs, derselbe Lehrbach, dem wir alle Pässe, die er von uns forderte, gegeben hatten, dem Plane nicht fremd, die drei Minister ermorden zu lassen, die Gesandtschafts-Papiere wegzunehmen und den Räubern als Lohn die Plünderung zu gestatten[1])." Alle Maßregeln des Directoriums wie der unteren Behörden waren darauf berechnet, diesen Glauben zu erhalten. In Mainz wurde die That im Theater von der Bühne verkündet und mit dem Ruf: Rache! Rache! Tod den Deutschen! beantwortet. Bei Straßburg verbanden sich die Soldaten, den Szeklern ferner kein Quartier zu geben. Am 6. Mai erging eine Proclamation des Directoriums an alle Departements, und am folgenden Tage ein Manifest an alle Völker und Regierungen, um den allgemeinen Fluch gegen Oesterreich herauf zu beschwören[2]). Im Gesetzgebenden Körper wurden die Sitze Bonnier's und Roberjot's mit zerrissenen, blutbefleckten Kleidern verhüllt; beim namentlichen Aufruf antwortete der Präsident: Ermordet beim rastatter Congreß! und die Secretäre erhoben sich mit dem Ausrufe: Ihr Blut komme über ihre Mörder! Am 20. Mai hatten die neu gewählten Deputirten den Eid auf die Verfassung abzulegen. Debry befand sich unter ihnen. „Beim Aufruf seines Namens," erzählt der Moniteur, „richten sich alle Blicke auf ihn. Er trägt den linken Arm in einer Binde. Sein Gesicht ist bleich und entstellt. Seine Stimme zittert[3])."

1) Debry, Narré fidèle, Straßburg, 6. Mai bei Häberlin, Staats-Archiv, VII, 132.

2) Moniteur, 9. Mai.

3) Moniteur, 22. Mai. Ernst Moritz Arndt, der sich damals in Paris befand, schildert die Sitzung als Augenzeuge (Reisen durch einen Theil Deutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs, Leipzig 1804, II, 209). Debry's Bericht, schreibt er, habe ihn an die Erzählung Falstaff's von seinen nächt-

Er leistet den Eid, erzählt was ihm widerfahren, was man ihm in Rastatt gesagt: nicht die Deutschen, sondern die Oesterreicher hätten ihre Hände mit Blut befleckt. Die Wahl zum Präsidenten konnte danach nur auf den Geretteten fallen. Zum Andenken der beiden Todten hatte der Gesetzgebende Körper schon am 10. Mai in allen Cantonen der Republik, bei allen Armeen zu Wasser und zu Lande eine Todtenfeier angeordnet. In elf Artikeln wird bis ins Einzelne Alles vorgeschrieben, was die Leidenschaft und Rachgier der Menge aufstacheln sollte. François von Neufchateau, jetzt Minister des Innern, ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt, seine poetisch-oratorische Begabung zu verwerthen[1]). Laut dem vierten Artikel wird an der hervortretendsten Stelle der Regierungs-Collegien, der Tribunale, der öffentlichen- und Privat-Schulen folgende Inschrift angeheftet: Am 9. Floreal des Jahres VII gegen neun Uhr Abends hat die österreichische Regierung durch ihre Truppen die französischen Minister ermorden lassen, welche in Rastatt über den Frieden unterhandeln sollten. Rache! „Diese Worte," befiehlt der Minister, „müssen von jetzt an mit lauter Stimme bei allen Dekaden-Festen wiederholt werden. Sie sind eine geheiligte Formel, welche der Präsident den Volksversammlungen vorspricht, und deren letztes Wort das Volk mit einem schrecklichen Ausdruck wiederholt. Vernachlässigen Sie Nichts, heißt es weiter, was dem Pomp des Festes einen düsteren, begeisternden Charakter geben kann. Künstler, legt zu

---

lichen Heldenthaten erinnert. Die Behauptung des Franzosen, „er sei von 24 Wunden durchbohrt, halbtodt von ein Paar Bauern nach Rastatt gebracht," habe den Spott seiner eigenen Collegen erregt. Aber die Uebertreibung ist hier auf Seiten des Deutschen. Debry's Rede, wie der Moniteur sie mittheilt, ist in Anbetracht seiner Erlebnisse nicht einmal besonders leidenschaftlich zu nennen, von nächtlichen Heldenthaten erzählt sie gar nichts. Debry konnte auch gar nicht sagen, was Arndt ihn sagen läßt, wenn er sich nicht mit seinen officiellen Berichten in Widerspruch setzen wollte, die über seine Wunden nichts enthalten, was nicht durch deutsche Gesandte bestätigt würde.

1) Moniteur, 12. Mai und 29. Mai.

Füßen dieser Urnen, dieser Mausoleen, dieser Pyramiden den Oelzweig zerrissen und blutig, zeigt die Natur verhüllt, die Menschheit in Thränen, die Fackeln der Philosophie und Beredsamkeit erloschen und zertreten, den Genius der Politik, wie er die verbündeten Nationen zu den Waffen ruft! Stellt auf Basreliefs oder Friesen diese blutigen Scenen in all' ihren Schrecken dar! Zeigt den Despotismus, wie er das Blut aus einer Schale trinkt, malt die Republikaner, wie sie zu den Waffen greifen und das Ungeheuer zu Boden werfen! Fehlt es an Zeit, so bedient euch kurzer und beredter Inschriften. Laßt auf den öffentlichen Plätzen blutige Figuren, von Dolchstichen durchbohrt, umhertragen. Den klagenden Tönen einer herzzerreißenden Musik folge ein hehres Stillschweigen, plötzlich unterbrochen durch den Schrei nach Rache. Barden der Freiheit, ergreift die Leyer! Wie Tyrtäus ruft die hochherzigen Schatten wieder auf! Zeigt sie in Mitten unserer Soldaten, vor den Fahnen herziehend und zum Siege führend; mit den Tönen Eurer Leyer möge der Klang geschwungener Waffen sich vermischen, so daß es scheint, als wenn zahlreiche Phalangen wüthend aus der Erde emporstiegen! Es gab im Alterthume," schließt das Circularschreiben, „eine düstere Sitte, die man mit Vortheil wieder erneuern könnte. Bei den Alten weihte man den Furien den Namen und das Gedächtniß der Vatermörder und anderer Verbrecher, welche die Natur durch neue Frevel schaudern ließen. So weihten die Griechen Orestes, die Römer Nero den Furien. Ein Magistrat des Volkes könnte zu Ende der Ceremonie folgende hehre und schreckliche Beschwörung ertönen lassen: Das französische Volk weiht den Tyrannen Oesterreichs den Furien, es verkündet seine Verbrechen der empörten Welt, es appellirt an alle Völker, an seine getreuen Verbündeten, an seinen eigenen Muth, es beauftragt die Republikaner mit seiner Rache. Krieg gegen Oesterreich! Rache! Rache! Rache!" Alles dieses galt aber nur für die Provinzen. In Paris verordnete ein besonderes Programm für den 8. Juni eine Feierlichkeit, die an pomphaften Reden, Ceremonien und

Gesängen das, was man bisher gelesen, noch bei weitem überbot[1]).

Trotz so vieler Anstrengungen erreichte man doch nicht was man wollte. Gleich der erste Plan Talleyrand's mißlang. Das Manifest des Directoriums an die Völker und Regierungen spricht von der Entrüstung, welche alle Botschafter und Bevollmächtigte der befreundeten und neutralen Mächte energisch ausgedrückt hätten. Talleyrand suchte in der That die sämmtlichen Diplomaten in Paris zur Unterzeichnung einer für Oesterreich beleidigenden Erklärung zu bewegen. Die Vertreter der kleineren und abhängigen Mächte, darunter auch Deutsche, durften sich nicht weigern; aber Talleyrand erhielt doch kein Document das er öffentlich gebrauchen konnte. Denn gerade der, auf den es am meisten ankam, Sandoz, war klug genug, in diese Falle nicht hinein zu gehen, auch nicht, als Talleyrand seinetwegen eine andere Fassung vorlegte. „Ich würde die Erklärung nach dem Vorgange des Ritters Azara unterzeichnet haben," schreibt der preußische Gesandte — in Buchstaben, also zunächst für Talleyrand — „hätte ich nicht eine freilich indirecte aber unzweideutige Anschuldigung gegen den Wiener Hof als Mitschuldigen dieses Verbrechens darin gefunden. Ich habe gefühlt, daß ich einen solchen Verdacht, wenn ich ihn als Privatmann nicht habe, auch als Minister nicht haben dürfte. Weiter habe ich gefühlt, daß der neutrale Standpunct, welchen Ew. Majestät eingenommen haben, von Seiten Ihrer Minister ein in jeder Weise entsprechendes Benehmen erfordere[2])."

---

1) Moniteur, 3. Juni, 10. Juni fg.

2) Sandoz, 6. und 9. Mai; Talleyrand an Abel, 10. Mai: Vous serez sûrement empressé de manifester spontanément l'indignation dont vous aurez été saisi. Vreede, La Suabe après la paix de Bâle, S. 116. Im Ministerium des Auswärtigen zu Paris findet sich Sandoz' ablehnende Antwort an Talleyrand vom 6. Mai und eine Erklärung contre la perfide Autriche, qui à trempé ses mains dans le sang républicain, unterzeichnet von den Schweizern Zeltner und Jenner und Anderen.

Auch die Wirkung auf das französische Volk war den Hoffnungen des Directoriums nicht entsprechend. Der ersten Nachricht folgte allerdings eine nur zu begreifliche Erbitterung. „Das Ereigniß," fährt Sandoz fort, „ist dem Directorium weit nützlicher als seinen Urhebern. Es hat schon gedient, den gesetzgebenden Körper willfährig zu machen und den geschwächt darniederliegenden National-Sinn wieder zu wecken. Das Geld, das heißt die neue Personal-Steuer, wird viel leichter erhoben, und der Krieg mit weit größerer Energie betrieben werden." Aber Sandoz setzt schon hinzu, es sei doch sehr ungeschickt, mit der Ankündigung des Gesandten-Mordes sogleich eine Geldforderung zu verbinden; man habe das Gegentheil von dem, was man wollte, dadurch herbeigeführt. Auch das aufdringliche Rachegeschrei erregte mehr Spott und Hohn als nachhaltigen Zorn. Man darf dem jungen Wanderer Ernst Moritz Arndt wohl glauben, was er als Augenzeuge von dem so pomphaft angekündigten Todtenfest des 8. Juni berichtet. „Die verschiedenen Vive la république!" erzählt er, „wurden ohne Theilnahme nur von Wenigen aus der Menge wiederholt; desto eifriger und lustiger aber machte man Glossen über Alles, erzählte sich ärgerliche Anekdoten von den Gesandten; ja mancher meinte, es sei ihnen Recht geschehen, und eben so sollte es der Regierung gehen, weil sie dem Volke nicht habe den Frieden geben wollen, als es in ihrer Macht stand." Schon am 18. Mai kannte man in Berlin ein Spottlied[1]) gegen die Ermordeten. Den überlebenden Jean Debry nannte man höhnisch l'homme à quarante

---

1) Einem Document vom 18. Mai im preußischen Staats-Archiv liegt bei: Extrait d'une lettre de Strassbourg: On chante à Paris sur l'air: Elle est morte la vache du Pannier:

Ils sont morts, Roberjot et Bonnier,
Ils sont morts, il n'en faut plus parler.
Qui les vengera?
Qui les pleurera?
Ils sont morts, pourquoi les regretter?
Ils sont morts, il faut les oublier.

blessures, weil sein Secretär Belin in einem ersten, aufgeregten Briefe ihm zwar nicht vierzig aber doch dreizehn Wunden in Folge von vierzig Säbelhieben angedichtet hatte[1]). Und noch weit Schlimmeres sagte man der Regierung nach. Die Art, wie das Verbrechen vom Directorium ausgebeutet wurde, legte Jedem den Gedanken nahe, daß es im Grunde einzig dem Directorium zum Vortheil gereiche. Für Feinde war dann nicht weit bis zu der Folgerung, die im Criminal-Proceß die ersten Maßnahmen des Untersuchungs-Richters zu bestimmen pflegt. „Is fecit, cui prodest" war das Motto einer Flugschrift, welche im Sommer 1799 im französischen Original und in deutscher Uebersetzung zahlreiche Leser fand[2]). Derselben Beweisführung folgen noch zwei Flugschriften, beide offenbar von Emigranten verfaßt, die eine: Lettre d'un habitant de Paris à son ami à Berlin, kurz, oberflächlich, mehr leidenschaftlich als treffend, die andere: Réflexions sur la catastrophe des ministres de la république francaise à Rastadt, eingehend, schneidend, in ihrer Art scharfsinnig, so daß sie einem vormals königlichen Procurator nicht eben zur Unehre gereichte. Alle kommen zu dem Schluß: nicht die österreichische Regierung, sondern das Directorium habe in eigenem Interesse die Gesandten umbringen lassen. Aber das sind Aeußerungen von Feinden, von politischen Gegnern aus der Ferne; wichtiger ist was in Frankreich selbst, im Heere, in den Provinzen, ja in maßgebenden Kreisen der Hauptstadt gesprochen wurde. Eggers berichtet in seinen Reisebriefen: französische Offiziere, denen er in Zürich begegnet sei, hätten die ganze Sache sehr leicht genommen, aber endlich hinzugefügt: Nur ihre eigene Regierung, das Directorium, könne man einer solchen Schlechtigkeit für fähig

1) Belin an den Repräsentanten Roblet, Straßburg, 1. Mai; Moniteur, 4. Mai.

2) Auteurs de l'affreux assassinat des ministres de la république Française à Rastadt, Helfert a. a. O. S. 137, 326. Ganz ohne Grund hat man Gentz als Verfechter derselben Ansicht aufgeführt.

halten[1]). Debry selbst scheint durch unvorsichtige Reden solche Gerüchte befördert zu haben. „Es war ihm," schreibt Sandoz am 2. Juni, „die Aeußerung entfallen, das Directorium könne sich glücklich preisen, Bonnier's und Roberjot's entledigt zu sein. Denn Beide, insbesondere Bonnier, hätten in der letzten Zeit des Congresses ihre Entrüstung gegen die Regierung nicht verborgen. Nach ihrer Rückkehr hätten sie das Directorium öffentlich für die Verhinderung des Friedens und den Ausbruch des neuen Krieges verantwortlich machen wollen." Daraus bildete dann der Parteihaß ausführliche Historien: das Directorium, oder einige seiner Mitglieder hätten im Bewußtsein ihrer Schuld, aus Furcht vor unbequemen Enthüllungen den Mord durch verkleidete, von Straßburg abgesandte französische Soldaten, oder durch bestochene Oesterreicher vollziehen lassen. Als Instrument des Frevels nannte man den Courier Lemaire, oder da dieser gerade zur Zeit des Ereignisses sich in österreichischer Haft befand, keinen geringeren als den überlebenden Gesandten. Debry sollte die vielbesprochenen Scheinwunden sich selber beigebracht, in der That den Ueberfall geleitet haben. So albern diese Anschuldigung klingt, sie fand sogar in Paris Gläubige und Vertreter. Auch der Wittwe Roberjot's kamen, wie es scheint, solche Reden zu Ohren, um die erschreckte, aufgeregte Frau vollends zu verwirren. Sandoz schreibt am 12. Juni: „Madame Roberjot hat die Einladung des Directoriums zu der Leichenfeier vom 8. Juni mit Entrüstung zurückgewiesen. Sie will auch Debry nicht empfangen und beschuldigt ihn, er habe als Instrument bei der Ausführung des Complottes gegen ihren Gemahl und Bonnier gedient. Sie redet so laut und rücksichtslos von dem Haß der Directoren gegen die zwei ermordeten Gesandten, daß ihre Freunde sich in der äußersten Verlegenheit befinden. Die Parteigänger des Directoriums möchten sie für wahnsinnig ausgeben, aber sie werden im

1) Eggers aus Regensburg, 21. Juni 1799, Briefe über den Rastadter Congreß II, 250.

Publikum für diesen angeblichen Wahnsinn schwerlich Glauben finden." Wie weit doch die Leichtgläubigkeit gehen kann, zeigt Sandoz selbst, wenn er, jenen Albernheiten beipflichtend, fortfährt: „Ich habe an Jean Debry nichts bemerkt, was den Mann von vierzig Wunden ankündigte. Er trägt allerdings, freilich mit vieler Grazie, den Arm in einer Binde und hat an der Nase eine leichte Schramme. Das ist aber auch der einzige Schaden, den er erlitten oder zu erleiden eingewilligt hat[1])."

Ich denke in dem folgenden Bande das Parteiwesen in Frankreich eingehender darzustellen. So viel ergiebt sich schon aus dem früher Gesagten: Den Anhängern Bonaparte's mußte es höchst erwünscht sein, Anklagen solcher Art gegen das Directorium in Umlauf zu setzen. Bemerkenswerth ist deßhalb was Sandoz nachträglich meldet: „jene unvorsichtigen Aeußerungen Debry's seien an Joseph Bonaparte gerichtet worden. Dieser gehöre zu den erbittertsten, gefährlichsten Gegnern der Regierung, habe auch seinen Bruder bald nach der Abreise vor den Umtrieben des Directoriums gewarnt und ihn gebeten, den Schmeicheleien Talleyrand's und Merlin's ja nicht zu trauen[2])." Danach kann es nicht Wunder nehmen, daß Napoleon später die Anklagen gegen das Di-

1) Sandoz, 12. Juni: Madame Roberjot a rejetté avec indignation l'invitation que le Directoire lui avait addressée, qu'elle assistât à la pompe funèbre célébrée le 20. Prairial. Elle ne veut pas voir Jean Debry, qu'elle accuse, d'avoir servi d'instrument à l'exécution du complot, tramé contre son mari et Bonnier. Elle parle si haut et avec si peu de ménagement de la haine des directeurs contre les deux plénipotentiaires assassinés, que ses amis sont dans une peine extrême. Le parti directorial voudrait la faire passer pour folle, mais il convaincra difficilement le public de cette prétendue folie. Je n'ai rien apperçu dans Jean Debry, qui annoncât l'homme aux quarante blessures. Il porte à la vérité, mais avec beaucoup de graçe, son bras en écharpe; une legère égratignure au nez, voilà le seul échec, qu'il ait souffert, ou qu'il a consenti d'essujer.

2) Sandoz, 7. Juni.

rectorium geglaubt, oder doch zu glauben sich den Schein gegeben hat. Bekanntlich hat er ihnen noch in St. Helena in seinen Denkwürdigkeiten Worte geliehen [1]). Für den Richter wäre ein Zeugniß aus seinem Munde werthlos, aber für den Geschichtsschreiber bleibt es immer von Wichtigkeit. Denn es erklärt, warum später, nach dem Siege Frankreichs, gar keine Genugthuung für die schreiende Verletzung des Völkerrechts gefordert wurde. Der erste Consul nahm es schon übel auf, als Debry zu Anfang des Jahres 1800 im Tribunat an den Oelzweig des Friedens erinnerte, der in Rastatt von Husaren-Säbeln zerstückt sei. In den lüneviller Verhandlungen finde ich den Mord nur einmal erwähnt. Cobenzl schreibt am 27. Januar 1801, Joseph Bonaparte habe in sehr heftigen Ausdrücken von dem Tode Bonnier's und Roberjot's gesprochen, jedoch ohne ihn Oesterreich beizumessen; er habe vielmehr die Albernheit begangen, England die Schuld zu geben [2]). Beim Abschluß des Friedens schrieb Joseph an Debry: das rastatter Ereigniß sei Ursache, daß man die Friedens-Verhandlungen nicht wieder in Teutschland angeknüpft, sondern in eine französische Stadt verlegt habe [3]). Weitere Genugthuung, wie sie Debry mit Recht erwarten mochte, wurde von französischer Seite nicht einmal angeregt. Auch bei dem neuen Imperator hatte Debry sich niemals irgend einer Gunst zu erfreuen. Seine

1) Montholon, Mémoires de Napoléon, VI, 32 fg., Paris 1825.

2) Cobenzl an Colloredo, Lüneville 27. Jan. 1801: Il fit mention en termes très insultants du malheureux événement, qui mit fin aux jours de Roberjot et Bonnier. sans aller cependant jusqu'à nous en accuser, mais ayant l'absurdité de l'imputer à l'Angleterre. Am 1. November 1800 meldet er, er habe Tages vorher einen anonymen Brief erhalten, dans laquelle la catastrophe de Bonnier et Roberjot est attribuée à des personnes en place ou à des membres même du gouvernement. Le gouvernement actuel a gardé jusqu'à présent vis à vis de moi silence sur cet objet.

3) Thibaudeau, Mémoire sur le congrès de Rastadt, bei Martens, Nouvelles causes célèbres, II, 166, Leipzig 1843.

Entfernung von Paris nach Besançon als Departements-Präfect wurde nicht mit Unrecht als ein Beweis von Ungnade angesehen.

Ist es nöthig hinzuzufügen, daß dem Verdacht nicht allein gegen Debry, sondern auch gegen das Directorium jeder Schatten einer Begründung fehlt? Von einem tiefer gehenden Zwiespalt zwischen dem Directorium und den Gesandten zeigt die Correspondenz keine Spur, mag auch Bonnier zuweilen in seiner bitteren, grämlichen Weise sich geäußert, oder Roberjot die Einwendungen gegen seinen Säcularisations-Plan unwillig aufgenommen haben. Nicht etwa Debry, sondern Roberjot war der Bevorzugte seiner Regierung, der Vertraute Talleyrand's, der langjährige Freund Merlin's. Bonnier stand wieder dem Director Barras nahe. Also gerade die entgegengesetzten Parteien des Directoriums hätten jede ihren besonderen Anhänger ermorden lassen? Man denke von den Directoren wie man will, aber nichts berechtigt uns, auch nur einen unter ihnen einer so gemeinen Nichtswürdigkeit für fähig zu halten. Und selbst wenn sie wollten, fehlten sogar die Mittel. Wir werden sehen, daß der Mord, worauf es doch dem Directorium einzig ankommen konnte, sich nicht aus der Ferne vorbereiten, sondern nur durch rasche Benutzung des Augenblicks zur Ausführung bringen ließ. Und würde wohl die österreichische Regierung, wenn die Untersuchung nur den geringsten Anhaltspunkt gegen das Directorium ergeben hätte, ihn der Oeffentlichkeit vorenthalten haben? Es hieße Zeit verschwenden, eine Beschuldigung solcher Art noch ausführlicher zu widerlegen. Wenn die Partei Bonaparte's dergleichen verbreitet hat, so verdiente sie, daß Jemand von der Gegenseite dem Obergeneral in Aegypten den Mordplan Schuld gegeben hätte, um eine Thorheit durch die andere wett zu machen.

Ueberboten wird sie nur durch die Leichtfertigkeit, mit welcher man die Königin Caroline von Neapel als Anstifterin genannt hat, eine Frau, die damals in Sicilien nicht viel weniger als Bonaparte von dem europäischen Verkehr ausgeschlos-



sen war. „Keine Nachricht von meinem lieben Kinde" schreibt sie am 21. Februar ihrer Tochter aus Palermo, „von keinem Menschen auf dem Festland! Wir sind wie aus der Welt." Gerade am Tage der Mordthat erhielt sie aber nach mehr als viermonatlicher Unterbrechung durch sieben Couriere einunddreißig Briefe der Kaiserin auf einmal, den ältesten vom 14. Dezember, den jüngsten vom 4. März. Gewiß die passendste Gelegenheit, die Mörder bei Rastatt noch in Bewegung zu setzen! Daß in der Fluth französischer Memoiren zu Anfange dieses Jahrhunderts solche Hirngespinste auftauchen, mag nicht befremden; aber um so mehr, daß sie bis in die neueste Zeit von ernsten Forschern ernstlicher Begründung werth geachtet wurden [1]).

Nach übereinstimmenden Aussagen der betheiligten Franzosen wie der am nächsten Tage gerichtlich vernommenen Kutscher ist die That von österreichischen Husaren ausgeübt. Aber dadurch verliert sie keineswegs den geheimnißvollen Charakter. Handelten die Husaren aus eigenem Antriebe, oder auf Befehl ihrer Oberen? Waren noch andere Personen als Anstifter, oder gar bei der Ausübung des Verbrechens betheiligt? Auf alle diese Fragen giebt es noch keine bestimmte Antwort. Man kann ohne Uebertreibung sagen: das Geheimniß dieser That findet in der Geschichte aller Zeiten nicht leicht seines Gleichen. Es fehlt nicht an unerklärlichen Verbrechen; allein sie sind dann regelmäßig in tiefer Verborgenheit zur Ausführung gelangt und von Anfang an auf die kleinste Zahl von Betheiligten und Mitwissern beschränkt gewesen. Aber wo wäre jemals sonst eine solche Gewaltthat offen von so Vielen gegen so Viele verübt worden, hätte unmittelbar nachher die Auf-

1) Man müßte neben manchen Andern den französischen Director Gohier (Mémoires, Paris 1824, I, 59) und die Herzogin von Abrantes (Mémoires II, 66) nennen, aber noch in neuester Zeit Georg Müller's Inaugural-Dissertation: der Rastadter Gesandten-Mord, Leipzig 1873. Helfert a. a. O. S. 183—185, 248 fg. hat darüber alles Nöthige gesagt.

merksamkeit der Welt, die Thätigkeit gerichtlicher Untersuchungen und den unermüdlichen Eifer wissenschaftlicher Forschung in Anspruch genommen, und wäre doch ein Geheimniß geblieben? Denn über den eigentlichen Mord wissen wir noch heute nicht viel mehr, als vor achtzig Jahren, und selbst der Ueberfall der Gesandten, die Wegnahme der Papiere und das Verhältniß der verschiedenen Theile des Ereignisses zu einander stehen noch keineswegs in klarem Licht. In den früheren Abschnitten habe ich mich bemüht, eine sicher beglaubigte Erzählung den ursprünglichen Quellen zu entnehmen. Die Leser dieses Buches werden entschuldigen, wenn ich zum Schlusse doch noch auf Vermuthungen, Möglichkeiten und verschiedene Meinungen mich einlassen muß.

Da österreichische Husaren als die Thäter erschienen, und die österreichische Regierung gleichwohl in unverbrüchlichem Schweigen verharrte, so kann es nicht Wunder nehmen, daß sie zunächst vom Verdacht getroffen wurde. Nicht allein in Frankreich, sondern auch in Deutschland. Der gemeinschaftliche Bericht der Gesandten vermeidet zwar bestimmte Anklagen, neigt aber unverkennbar dieser Auffassung zu. Schon in den ersten Tagen nannte man Thugut und Lehrbach, ganz besonders den letzteren. Dohm, der Verfasser des Berichtes, nahm, wo er immer konnte, die Gelegenheit wahr, seinen alten Gegner in der gehässigsten Weise zu verunglimpfen. Debry beruft sich, wie wir sahen, in seinen ersten Berichten auf das, was man ihm in Rastatt gegen Lehrbach gesagt habe. Und Sandoz schreibt am 6. Mai: man behaupte, die kaiserliche Gesandtschaft, voll Argwohn, daß die französischen Gesandten den preußischen die geheimen Artikel von Campo-Formio bekannt gemacht hätten, und daß irgend eine geheime Uebereinkunft zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossen oder im Werke sei, habe diesen Mord angestiftet, um sich der Papiere, die darüber Auskunft geben könnten, zu bemächtigen [1]). Hormayr,

1) Sandoz, 6. Mai: Qui a médité et consommé ce crime? Que

freilich der unzuverläßigste Schwätzer, hat dann die Absichten Lehrbach's auf baierische Papiere mit der Miene des völlig Eingeweihten auseinander gesetzt[1]). Selbst ein so wohlwollender, verständiger Mann, wie Hans von Gagern, der Sohn des Congreß-Gesandten, ist der Meinung, „Lehrbach's rohem Charakter sei die That wohl zuzutrauen[2]).“

Und doch ist von Allen, die unter den Verdächtigen genannt wurden, Niemand freier von Schuld als Lehrbach, ja keines Anderen Schuldlosigkeit mit solcher Sicherheit erweisbar. Schon die Depeschen aus Rastatt könnten darüber belehren. Sein Verhältniß zu den französischen Gesandten war nicht feindseliger, als die politische Lage eben mit sich brachte. Aber wäre er auch persönlich weit mehr gereizt worden, ein Mann von so scharfem, richtigem Verstande, so ängstlich besorgt, den Franzosen nur ja keinen Anlaß zu öffentlicher Beschwerde zu geben, hätte einer so schreienden Verletzung des Völkerrechts sicher niemals zugestimmt. Dafür zeugen auch Lehrbach's spätere Briefe über das Ereigniß[3]), aber vor Allem gerade das Document, in

est ce donc que la politique du temps, si tels en sont les résultats? On dit, que la légation Impériale, soupçonnant celle de France d'avoir livré aux plénipotentiaires de votre Majesté les articles secrets du traité de Campo Formio, en a été l'auteur. On dit surtout, que cette même légation, soupçonnant l'existence de quelque arrangement secret ou de quelques liaisons formées ou à former entre la Prusse et la France a prémédité cet assassinat, pour s'emparer des papiers qui pouvaient fournir des éclaircissements à ce sujet. On dit surtout, que l'Angleterre a fait acheter par des émigrés Français l'exécution de cet attentat, afin d'écarter tout moyen de retour à la paix et d'éterniser la guerre. Que ne dira-t-on pas encore, et dans quel dédale de conjectures ne s'égarera-t-on pas?

1) Lebensbilder aus dem Befreiungs-Kriege, Jena 1841, I, 158, III, 138.

2) Mein Antheil an der Politik, Stuttgart 1823, I, 91.

3) Lehrbach an Thugut aus München am 13. und 14. Mai 1799 bei Helfert a. a. O., S. 392.

welchem man lange Zeit ein Geständniß der Schuld aus seinem eigenen Munde zu finden dachte. Der französische Akademiker Arnault gibt in seinen Memoiren einen roman-artigen Bericht. Ein bairischer Legations-Secretär sollte zu München im Gasthof zum goldenen Hirsch ein Gespräch zwischen Lehrbach und dem Secretär Hoppe durch die schlecht verschlossene Thür eines Nebenzimmers belauscht und für seinen Minister aufgezeichnet haben. Es ergab sich daraus, daß Lehrbach auf Befehl Thugut's den Obersten Barbaczy beauftragt hatte, die Papiere der französischen Gesandtschaft wegzunehmen. Am folgenden Tage belauschte derselbe Diplomat, wie Lehrbach Depeschen über das Attentat in Empfang nahm, heftig zürnte, daß man die Gesandten, statt sie seiner Anweisung gemäß etwas zu zausen, getödtet habe, und sich endlich mit der Erwägung tröstete, Oesterreich werde nun seine Feinde kennen lernen [1]). Diese oft wiederholte Erzählung hat in der Literatur eine breite Stelle eingenommen, oftmals Zustimmung, oftmals auch Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit und deßhalb an der Existenz der Aufzeichnung hervorgerufen, die sich in einem münchener Archiv befinden sollte. Den Bemühungen des Herrn von Sybel und des Freiherrn von Helfert verdanken wir, daß die baierische Archiv-Verwaltung das Document im Herbst 1876 beiden Historikern abschriftlich mittheilte. Es wurde mir durch die Güte des Freiherrn von Helfert bald nachher bekannt, und in Erinnerung an die unglaublichen Dinge, die es enthalten sollte, erwartete ich nichts anders, als eine der zahlreichen Fälschungen über diese Angelegenheit lesen zu müssen. Aber die ersten Seiten gaben den Beweis einer alten, echten Aufzeichnung. Die Sinnesart, ja die Ausdrucksweise Lehrbach's treten in den belauschten Reden so richtig und scharf zu Tage, Umstände, die nur die genaueste Kenntniß archivalischer Documente

1) Arnault, Souvenirs d'un sexagénaire bei Martens, Nouvelles causes célèbres, II. 159. Martens gibt noch zahlreiche literarische Notizen, andere finden sich bei Miliutin a. a. O., I. 507.

geben könnte, werden mit solcher Sicherheit, oft nur beiläufig erwähnt, daß unmöglich ein Fremder dergleichen hätte erfinden können. Das Ergebniß der langen Mittheilung ist denn auch das gerade Gegentheil der früheren Behauptungen und die unzweideutige Bestätigung dessen, was man ohnehin vermuthen konnte: Lehrbach war dem rastatter Ereigniß vollkommen fremd, durch die Nachricht wurde er nicht allein überrascht, sondern auch in Voraussicht der Nachtheile, die es mit sich bringen mußte, in die äußerste Bestürzung versetzt[1]).

Von Thugut kann man ungefähr dasselbe sagen; der Brief vom 5. Mai an Colloredo bezeichnet seine Stimmung deutlich genug. Nur eine Aeußerung seines Nachfolgers ist hier zu erwähnen. Wir haben einen Brief Cobenzl's, damals Minister des Auswärtigen, an Colloredo vom 4. October 1804. „Aus guter Quelle," schreibt Cobenzl, „erfahre er, daß verschiedene Offiziere des Generalstabs, welche mit militärischen Denkschriften über den Revolutionskrieg beschäftigt seien, Papiere in Händen hätten, aus welchen Alles, was zu dem traurigen Ereigniß in Rastatt Veranlassung gegeben habe, sich bis in's Einzelne erkennen lasse." Seine Folgerung geht dann freilich nicht dahin, über das Ereigniß öffentliche Auskunft zu geben, er meint gerade umgekehrt: „Papiere, aus denen man erkenne, was diese unglückliche Angelegenheit eigentlich gewesen sei, dürften nicht von so vielen Leuten gekannt werden. Es würde möglich und nothwendig sein, dieselben aus den Acten, welche für die fraglichen Denkschriften bestimmt wären, auszuscheiden[2])." Dabei läßt er einfließen, „man sage sogar, unter diesen Papieren be-

1) Sybel hat in dem Aufsatz: Graf Lehrbach und der rastatter Gesandten-Mord (Historische Zeitschrift, XXXIX. 46) die Protokolle des Lauschers, freilich nicht ganz vollständig, mitgetheilt. Die Ansicht, daß Lehrbach von der beabsichtigten Wegnahme des Gesandtschafts-Archivs vorher Kenntniß gehabt habe (S. 68), beruht auf einem Mißverständniß seiner Aeußerungen in dem vierten Procès-Verbal, S. 54.

2) Vivenot, Rastadter Congreß, S. 371.

finde sich ein Billet Thugut's, das ihn in die Angelegenheit verwickele. Aber dieser Umstand," setzt er sogleich hinzu, „scheint mir eine verläumderische Erfindung der Bosheit." Mag das Billet existirt haben oder nicht, Cobenzl's Auffassung scheint mir in jedem Falle berechtigt. Man kann es nicht unmöglich nennen, daß Thugut irgendwo seinen Unwillen gegen die Gesandten, oder den Wunsch geäußert hätte, von den Gesandtschafts-Papieren etwas im Besitz zu haben, das Preußen oder Baiern in Petersburg compromittiren könnte. Aber um zu glauben, ein so vorsichtiger Diplomat hätte solche Beweismittel durch eine völkerrechtswidrige Gewaltthat erkaufen wollen, müßte man seine Art zu handeln vergessen und zugleich die Geschicklichkeit des schwarzen Cabinets in Wien sehr gering anschlagen.

Von Soldaten läßt sich eine so sorgfältige Beachtung der diplomatischen Gesetze nicht mit gleicher Sicherheit erwarten, am wenigsten zur Kriegszeit und bei der Erbitterung, welche die Spionen-Dienste der französischen Gesandten hervorgerufen hatten. Auch kam in der That ein zweifelhafter Fall in Frage. Von österreichischer Seite betrachtete man den Congreß durch die Abberufung des kaiserlichen Plenipotentiars als aufgelöst. Nicht mit Unrecht; der Fehler lag nur darin, daß Metternich bei seinem Abgange sich nicht deutlich ausgesprochen hatte. Keine Regierung wird fremden Gesandten nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten das Recht zugestehen, ihren Aufenthalt willkürlich zu verlängern und ihre Correspondenzen in der bisherigen Weise fortzuführen. Man kann die Verhaftung des Couriers Lemaire am 25. April nach Barbaczy's Erklärung vom 22. nicht unbedingt als rechtswidrigen Act bezeichnen. Weit davon verschieden ist allerdings die Wegnahme eines Gesandtschafts-Archivs, also solcher Papiere, welche die Gesandten bereits besitzen, welche sie unter dem Schutz des Völkerrechts erhalten haben. Aber wäre es ein Wunder, wenn die Urheber des früher mitgetheilten staaderschen Briefes an Metternich

einen Unterschied vergessen hätten, den selbst die neuesten Erörterungen wohl ganz und gar in Abrede stellten?

Es ist früher bemerkt: wir haben sichere Spuren, daß um die Mitte April's ein Befehl, ein geheimer Auftrag in Bezug auf die französischen Gesandten für Barbaczy ausgefertigt wurde. Herr von Sybel hat das Verdienst, zuerst auf mehrere darauf bezügliche Excerpte in den überaus genauen, chronologisch geordneten Registern oder Protokoll-Büchern des österreichischen Kriegs-Archivs aufmerksam gemacht zu haben. „Ich fand," erzählt er, „in den Feldacten der deutschen Armee vom April 1799 ein eingelegtes, offenbar altes Blatt mit der Notiz, daß die Nummern 118, 135, 138, 140, 145, 156 der Serie aus den Acten entfernt und in Verwahrung zuerst eines andern Officiers und dann des Major Egger gegeben worden seien. Es ergab sich, daß ein Major dieses Namens in den Armeelisten seit 1815 nicht vorkomme, und so lag der Schluß nahe, eben diese Acten seien es, welche auf Veranlassung des Ministers Cobenzl im Jahre 1804 den Blicken der Generalstabsofficiere entzogen worden seien. Ob und wo sie noch existiren, war ich nicht in der Lage zu ermitteln. Einigen Ersatz aber lieferten die von Vivenot und Helfert offenbar nicht beachteten Protokoll-Bücher, in welchen der Inhalt der secretirten Briefe in gewohnter Weise angegeben war[1])." Jedenfalls sind die von Sybel mitgetheilten Excerpte interessant und dankenswerth; daß sie aber den Inhalt der im Jahre 1804 ausgeschiedenen Papiere anzeigten, ist wenig wahrscheinlich. Ueber den Major Egger von Eggstein, der unzweifelhaft hier gemeint ist, kann der erste beste Militärkalender aus den dreißiger Jahren Auskunft geben. Er war Vorstand des Kriegs-Archivs und wurde 1834 zum Major befördert; offenbar hat er also **nach** diesem Zeitpunkt die Papiere in Verwahrung genommen. Aber noch in viel späterer Zeit läßt ihr Vorhandensein auf dem Kriegs-

1) Sybel, Urkundliches über den Rastadter Gesandtenmord in der deutschen Rundschau, October 1876, Jahrgang III, S. 61.

Archiv sich nachweisen. Denn zwei der bezeichneten Documente und zwei der wichtigsten, nämlich in der Nummer 156: das Schreiben Kospoth's an den Erzherzog „über die unglückliche Begebenheit" und die Antwort des Erzherzogs vom 1. Mai, sind von Vivenot in seinem Buche über den rastatter Congreß dem ganzen Wortlaute nach bereits abgedruckt[1]). Man darf danach schließen, daß wenigstens zwei Nummern der geheimen Papiere im Jahre 1869, als Vivenot auf dem Kriegs-Archiv seine Studien machte, dort noch vorhanden waren. Ich schließe es aber auch für die übrigen aus einer Stelle seiner Einleitung. Sybel bemerkt einmal, Vivenot habe „eine Ordre des Armee-Commando's auf Aufhebung der französischen Couriere und Depeschen publicirt." Aber Vivenot hat diese Ordre gerade nicht publicirt; er sagt nur S. CXXXIII: „Die österreichischen Acten beweisen, daß vom Armee-Commando im allgemeinen der Befehl gegeben war, sämmtliche französische Couriere und alle Briefschaften und Depeschen der französischen Gesandtschaft aufzuheben; auch war den Vorposten-Commandanten insbesondere aufgetragen, die Straße von Rastatt nach Selz zu beauf-

1) Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. 117, 119. Das erste Document ist von Sybel wahrscheinlich deßhalb übersehen, weil er sein Excerpt aus dem Protokoll-Buch vom 29. April datirt, während es im Protokoll-Buch und im Original bei Vivenot richtig den 30. April als Datum zeigt. Die Wichtigkeit der Documente wird übrigens weit überschätzt, wenn Sybel (a. a. O., S. 50) meint, ihre Kenntniß „würde den Herren von Vivenot und von Helfert viele Mühe und Arbeit erspart, nämlich ihre Schriften über den Gesandten-Mord von vorn herein unmöglich gemacht haben". Das Helfert'sche Buch wird schon durch die überaus sorgfältige Sammlung des schwer zugänglichen Materials für den Historiker immer unentbehrlich bleiben, und Vivenot hat vielleicht nicht die Auszüge des Protokoll-Buchs, aber aller Wahrscheinlichkeit nach die Originale, welchen diese Auszüge entnommen sind, vor Augen gehabt. Schon vor zehn Jahren hat er im Wesentlichen gerade die Ansicht ausgesprochen, welcher Sybel in seinem letzten Aufsatz (historische Zeitschrift XXXIX, 76) sich anschließt. Sogar der Vivenot'sche Ausdruck: das rastatter Attentat sei ein Act militärischer Lynch-Justiz, wird in diesem Aufsatz als berechtigt anerkannt.

sichtigen.“ Wenn Vivenot nun so wichtige Actenstücke, die ihm offenbar vorlagen, gleichwohl nicht publicirt hat, so glaube ich mit großer Wahrscheinlichkeit schließen zu können, daß er sie nicht publiciren durfte, daß sie zu den bezeichneten, jetzt nicht mehr zugänglichen Papieren gehören. Immer wird man ungern die Hoffnung aufgeben, sie einmal veröffentlicht zu sehen; aber schwerlich werden sie in dem Maße, wie etwa die im Jahre 1804 secretirten Papiere, die Lösung des Räthsels — wenigstens was den Mord angeht — enthalten. Offenbar ist eine bedeutende Anzahl von Documenten in sehr früher Zeit, noch vor Anfertigung der Protokoll-Bücher, dem Kriegs-Archiv entzogen. Nicht einmal die Ordre des Erzherzogs vom 25. April zur Besetzung Rastatt's wird darin angeführt. Nur aus diesen Documenten und aus den Prozeß-Acten, von denen bis jetzt noch jede Spur verloren ist, kann man wahrscheinlich, auch nicht mit Sicherheit, den gewünschten Aufschluß erwarten.

Für jetzt sind es zwei Urkunden, welche hier zunächst in Betracht kommen. Die erste, im Original nicht bekannt, lautet in dem Excerpt der Protokoll-Bücher folgendermaßen:

„18. April, Oberst Barbaczy an General Görger. Berichtet, was er in Folge eines geheimen Auftrags hinsichtlich der zur Abreise sich vorbereitenden französischen Gesandten bereits eingeleitet hat und noch ferner veranlassen wird. Zugleich fragt er an, ob die aus badischen Truppen bestehende Escorte dieser Gesandten feindlich zu behandeln sei.“

Die zweite ist im Original in den Acten noch vorhanden: „18. April. General-Major v. Merveldt [er stand in Hornberg südlich von Görger] an F. M. L. Kospoth [in Rothweil. Zuerst von der Hand des Secretärs ein Bericht über Streifzüge des Leutenant Scheibler. Es genügt dafür der Auszug des Protokoll-Buchs:] Unterlegt den Bericht des Leutenant Scheibler von Merveldt-Uhlanen mit Nachrichten über die Bewegungen und Anstalten des Feindes im Rheinthale und obengenannten Leutenants Gefecht mit einem feindlichen Cavallerie-Posten bei Ichenheim. [Dann macht Merveldt eigenhändig die Nachschrift:]

Herr General Görger hat in Rücksicht auf das gestern durch Courier erhaltene Schreiben des Obristlеutenant Mayer die Anstalten so getroffen, daß, wenn die Szekler Husaren das Nest nicht lehr finden, die Sache wohl nicht fehlen wird. Hätte man nur ein Paar Tage früher diesen Wunsch geäußert."

Beim ersten Blick könnte man glauben, die Lösung des Räthsels wenigstens in wichtigen Punkten schon vor Augen zu haben. Barbaczy erhält einen geheimen, also mit besonderen Umständen verknüpften Auftrag. Der Auftrag bezieht sich auf die zur Abreise sich vorbereitenden französischen Gesandten und kann zu Feindseligkeiten gegen ihre aus badischen Truppen bestehende Escorte führen. Was liegt näher als der Gedanke: Man will die Gesandten auf dem Rückwege anhalten und — da die Absicht eines Mordes aus vielen Gründen ausgeschlossen ist — man will sie ihrer Papiere berauben? Dieser Schluß liegt nicht allein nahe, sondern man muß ihn auch, nach dem was bis jetzt bekannt ist, als berechtigt, wenigstens als zumeist berechtigt anerkennen. Einer genaueren Prüfung werden aber gleichwohl die Schwierigkeiten, die ihm entgegen stehen, nicht verborgen bleiben.

Denn Barbaczy versichert auf die Anfrage Albini's am 20. April ausdrücklich, er habe bisher keinen Befehl erhalten, die Person oder die Correspondenz irgend eines der Congreß-Mitglieder zu incommodiren. Warum giebt er noch am 20. diese Versicherung, da er doch am 22., sobald die neue Weisung von Görger eingetroffen ist, jede Verantwortung für die Correspondenz wie für die persönliche Sicherheit ablehnt? Noch mehr! wie kann der Erzherzog nach einem solchen Befehle später dem Obersten zum Vorwurf, ja zum Gegenstand der Anklage machen, daß er den Gesandten die Escorte verweigert habe? Man konnte doch unmöglich die Gesandten durch die eigene Escorte, die man ihnen mitgab, berauben wollen. Dann betrachte man noch einmal den Befehl vom 25. zur Besetzung Rastatt's. Dieser Befehl mußte nothwendig auch die Ausführung des früheren, also den Ueberfall der Gesandten zur

Folge haben. Ist es wahrscheinlich, daß man so kurz, ohne jeden Bezug auf den früheren Befehl sich ausgedrückt hätte, wenn er in der angegebenen Form bestanden hätte? Dazu kommt, daß ein Plan, die Gesandten auf der Rückreise anzufallen, Mitte April den Verhältnissen wenig entsprach. Denn die Gesandten bereiteten sich keineswegs, wie es in dem Excerpt heißt, zur Abreise vor; sie erklärten im Gegentheile, sie würden so lange als irgend andere Gesandte in Rastatt verweilen. Es handelte sich damals gar nicht darum, ihnen den Rückweg zu verlegen, sondern vielmehr sie aus dem Congreßort wegzutreiben, welchen Metternich erst unmittelbar vorher, am 13. April, verlassen hatte. Endlich scheinen selbst die Maßregeln Barbaczy's wohl auf eine Hinderung der Correspondenz, aber wenig auf eine Gewaltmaßregel gegen rückreisende Gesandte berechnet. Es läßt sich, wenigstens nach dem, was wir jetzt wissen, gar nicht absehen, wer die Gesandten hätte hindern können, wenn sie noch am Morgen des 28. unter dem Schutz einer badischen Escorte den kurzen Weg von Rastatt nach Plittersdorf zurücklegen wollten [1]).

Fragt man, was Mitte April der Lage am meisten entsprach, so ist es offenbar ein Verfahren, wie es gegen Trouvé zu derselben Zeit oder wenige Tage früher zur Anwendung

1) Erst am Nachmittag des 28. ließ Barbaczy zwei Offiziere und eine Anzahl Husaren von Gernsbach nach Rastatt aufbrechen. Mit Unrecht erklärt Helfert a. a. O. S. 321 das Zeugniß des gefangenen Schiffers „Zabern" über seine Erlebnisse in Gernsbach für ganz unglaubwürdig. Der Schiffer sagt nicht „den Unsinn, daß er am 4. April in Gernsbach österreichische Husaren getroffen habe," sondern daß er am 4. April von Mainz abgefahren sei, und der neunte Floreal ist nicht der 25., sondern der 28. April. Man kann freilich nicht wissen, ob nicht Burkhard und andere Offiziere bereits in einem Hinterhalte lauerten. Aber Albini erklärte den preußischen Gesandten am 28. Morgens, die österreichischen Patrouillen seien auf zwei Tage aus der Nähe von Rastatt zurückgezogen, und man sollte denken: wenn Szekler in irgend beträchtlicher Anzahl sich in dem Wäldchen bei Rheinau oder in der Nähe der Stadt aufgehalten hätten, so wäre es in Rastatt nicht unbekannt geblieben.

kam. Wir haben gesehen, der Offizier, welcher mit der Ausweisung beauftragt wird, erhält gleichfalls einen geheimen Auftrag. „Geheim" bedeutet aber keineswegs so viel als geheimnißvoll, sondern nur den Gegensatz zum Oeffentlichen. So braucht man auch in dem geheimen Auftrag für Barbaczy nicht nothwendig ein Geheimniß, sondern nur den Gegensatz zu der am 25. ausgestellten offenen Ordre, zu dem Ausweisungs-Befehl zu erkennen. Dem Verfahren gegen Trouvé entsprechend hätte die geheime Instruction Barbaczy anweisen müssen, sich der Umgebung von Rastatt zu versichern, so daß, wenn etwa die französische Gesandtschaft sich nicht fügen, und die badische Besatzung ihr Beistand leisten wollte, militärische Gewalt den Ausschlag geben könnte. Sollte vielleicht das Excerpt durch den Ausdruck „badische Escorte" die badische Besatzung von Rastatt bezeichnen? Dieser Auffassung steht freilich entgegen, daß in dem Excerpt von den „zur Abreise sich vorbereitenden Gesandten" Rede ist, und daß „Escorte" gewöhnlich soviel als Reisebegleitung bedeutet. Man muß aber in Erwägung ziehen, daß man in den Protokoll-Büchern unvollkommene, häufig ungenaue Inhalts-Angaben vor sich hat, die manches von unserm Sprachgebrauch Abweichende enthalten. Wer würde, um nur das Nächstliegende zu nennen, das, was in Stuttgart geschah, als „Aufhebung eines Gesandten" bezeichnen? Gleichwohl reden die Protokoll-Bücher beständig „von der Aufhebung des Bürgers Trouvé." Ich möchte aber diese Auffassung, obgleich sie den Verhältnissen am meisten entspricht, nur andeuten, ohne irgend eine Bürgschaft für die Richtigkeit. Denn man muß auch das zweite Document vom 18. April in Betracht ziehen: die Nachschrift Merveldt's, welche allerdings auf einen plötzlichen, gewaltsamen Ueberfall hinzudeuten scheint. Es ist zwar nicht mit Gewißheit zu erweisen, daß sie sich auf Rastatt bezieht; bemerkenswerth bleibt aber, daß der darin erwähnte Oberstleutnant Meyer von Heldensfeld nach Hormayr's Angabe in späterem Alter oft zu erzählen pflegte, er habe auf geheimen Befehl, ohne zu wissen, warum es sich handle, die Oberleitung des

Ueberfalles übernehmen müssen. So wenig zuverlässig Hormayr's Erzählungen sind, man kann sie doch nicht außer Acht lassen, wenn sie mit sicher beglaubigten Angaben übereinstimmen.

Mag man die eine oder die andere Auffassung vorziehen, mag man annehmen, das Armee-Commando habe Mitte April schon die gewaltsame Wegnahme der Gesandtschafts-Papiere, oder es habe nur militärische Vorkehrungen angeordnet, um die französischen Gesandten mit Gewalt von Rastatt zu entfernen, immer bleibt es glaublich, daß neben den unmittelbar vom Erzherzog ausgehenden noch andre Anweisungen für Barbaczy erlassen wurden, sei es aus dem Hauptquartier, sei es aus den Mittelstationen bei der Avantgarde in Rothweil oder Freudenstadt. Noch dazu war der Erzherzog um jene Zeit heftigen Anfällen seines epileptischen Leidens unterworfen. Am 14. April, gerade als die geheime Instruction für Barbaczy vermuthlich in Frage stand, meldet er dem Hofkriegsrath, er habe sich genöthigt gesehen, wegen zerrütteter Gesundheit den Oberbefehl dem Feldzeugmeister Grafen Wallis zu übergeben. Erst am 26. April trat er das Commando wieder an, war also die ganze Zeit, die hier in Betracht kommt, eigentlich nicht im Amte[1]). Daß Befehle des Erzherzogs gefälscht seien, dafür giebt es keinen Anhaltspunct; aber daß neben den Befehlen des Erzherzogs andere, wenn nicht gerade widersprechende, so doch weiter gehende Absichten sich Geltung verschafft hätten, läßt sich schon eher annehmen[2]). Wenn der Oberstleutnant

1) Der Erzherzog Karl an den Hofkriegsrath am 14. und 26. April. Feldzeugmeister Wallis an den Hofkriegsrath, 21. April „auf Befehl des Erzherzogs." Der Hofkriegsrath erwiedert am 19. April, daß in Folge Allerhöchster Verfügung der Erzherzog Joseph zur Rhein-Armee abgehen werde. Kriegs-Archiv.

2) Dohm schreibt am 8. Mai, Barbaczy habe von wiederholten Befehlen des Erzherzogs zur Sicherung der Gesandten nichts wissen wollen. Dagegen versicherte der Erzherzog dem Herrn von Eyben, er habe zweimal dem Commandanten der Vorposten einen solchen Befehl gegeben: einmal bei der ersten Gelegenheit, die Vorposten bis Rastatt zu poussiren, das andere Mal später. Es ist in der That durchaus wahrscheinlich, daß die erste Instruction

Meyer wirklich den Ueberfall der Gesandten vorbereitet hat, so bleibt es noch sehr zweifelhaft, ob ihm der Auftrag vom Erzherzog zugekommen ist. Meyer war nicht, wie öfters angegeben wird, im großen Generalstab, sondern Generalstabs-Chef der Avantgarde unter Sztaray und Kospoth. Im Hauptquartier könnte der Verdacht eigenmächtigen Handelns am ersten auf Faßbender fallen. Wir kennen seine excentrischen Ansichten in Betreff der französischen Diplomaten aus Stader's Briefen an Metternich, und Thugut macht ihn im ersten Augenblick für die Besetzung von Rastatt verantwortlich. Man muß aber hinzufügen: wir besitzen kein Actenstück, das auch nur den Schein eines wirklichen Beweises gegen ihn enthielte. Dagegen erwähnen die Protokolle zum 25. ein Schreiben Kospoth's an Merveldt: „Bescheid auf verschiedene Anfragen und zugleich Instructionen wegen der zu Rastatt zur Abreise sich anschickenden Gesandten." Das Schreiben, bisher ganz übersehen, hat möglicherweise nur die Befehle des Erzherzogs von demselben Tage weiter befördert, könnte aber auch unabhängig von denselben erlassen sein und vielleicht, wenn es einmal bekannt wird, den Schlüssel der folgenden Ereignisse enthalten. Der Erzherzog selbst billigt am 28. April eine vorgängige also selbstständige Weisung Kospoth's an Barbaczy [1]).

für Barbaczy Mitte April Vorsichts-Maßregeln für die Gesandten angeordnet hat. Es beruht auf einem Mißverständniß, wenn Sybel (Histor. Zeitschr. XXXIX, 67 fg.) den Tadel Lehrbach's auf diesen älteren Befehl bezieht, welchen Lehrbach allem Anschein nach gar nicht kannte. Wenn Lehrbach (a. a. O. S. 53, 58) von Befehlen redet, die von großen Herren eilig ohne vorgängige Durchsicht unterschrieben würden, so hat er den Befehl vom 25. im Sinne, der ihm nicht mit Unrecht der nöthigen Bestimmtheit zu entbehren schien, während der Erzherzog glauben mochte, durch die Empfehlung aller möglichen Vorsicht und Klugheit auch die persönliche Sicherheit der Gesandten hinreichend empfohlen zu haben.

1) Das Schreiben des Erzherzogs, nicht unwichtig, obgleich es nicht rechtzeitig nach Rastatt gelangen konnte, wurde von Sybel in der historischen Zeitschrift, XXXIX, 68 zuerst veröffentlicht. „Der Herr Oberst," lautet der Schluß, „kann auf die Fragen, welche allenfalls an denselben gestellt werden

Von Interesse ist auch die folgende, freilich nur indirecte Spur eines Befehls, der schon der Zeit nach nicht wohl von dem Erzherzog ausgehen konnte. In der Erzählung der rastatter Ereignisse fällt es auf, daß den deutschen Congreß-Mitgliedern die Rückreise nach der deutschen Seite gestattet, dagegen nach der französischen Seite, nach dem Rheine zu, strenge untersagt wird, selbst am Tage nach der Mordthat, als einige von ihnen den verwundeten Debry und die Wittwe Roberjot's bis Plittersdorf begleiten wollen. Wozu dieser sonderbare Befehl? Ich glaube darin die Rückwirkung der am 25. aufgefangenen französischen Depeschen zu erkennen, nämlich der Nachricht, daß die Vertreter von Darmstadt, Solms, Leyen, Salm, der französischen Gesandtschaft nach Straßburg folgen würden, um dort die Verhandlungen fortzusetzen. Aber wie hat dann die ungeschickte Ausführung einen an sich verständigen Befehl entstellt! Gewiß war es angemessen, die Bildung eines neuen Congresses in Straßburg zu hindern, aber welchen Sinn hat es, die Begleitung eines verwundeten Mannes und erschreckter Frauen zu verbieten?

Und dies führt zu der Thatsache, die bei der Beurtheilung des ganzen Ereignisses nicht leicht überschätzt werden kann: daß die wichtigsten Entschlüsse zuletzt von ganz untergeordneten Personen abhängen. Noch bis unter Barbaczy muß man hinabsteigen. Die Protokoll-Bücher erwähnen zum 29. April einen Brief Kospoth's aus Rothweil an den Erz-

---

sollten, die Antwort geben, daß die Rückkehr der französischen Gesandten nach Frankreich ungehindert und sicher geschehen werde; nur könne man diesseits kein längeres Verweilen in dem Bezirke der diesseitigen Armee dulden. In Hinsicht der Korrespondenz der französischen Minister darf keineswegs eine beruhigende Zusicherung gegeben werden; vielmehr ist aller Bedacht darauf zu nehmen, sich der Paketen habhaft zu machen, und dieselben, so wie gestern geschehen, hierhin einzuschicken." Was für Pakete hier gemeint sind, ob im Allgemeinen von der Correspondenz die Rede ist, oder von bestimmten, etwa Wächter und Strick compromittirenden, schon im Besitz der Gesandtschaft befindlichen Paketen, läßt sich auch wieder dem Briefe nicht entnehmen.

herzog: „Meldet, daß nach dem Berichte des Obersten Barbaczy die französischen Gesandten heute als am 29. dieses Monats von Rastatt abgehen werden.“ Barbaczy war also der Meinung, die Abreise würde erst im Laufe des 29. erfolgen. Wer konnte auch denken, die Gesandten, denen noch ein Zeitraum von vierundzwanzig Stunden, also der ganze folgende Tag frei blieb, würden plötzlich unter so gefährlichen Umständen in die dunkle Nacht hinein fahren? Wahrscheinlich hat Barbaczy gewünscht und erwartet, an dem folgenden Tage selbst genauere Instructionen zu erhalten, vielleicht hat er dann selbst nach Rastatt kommen wollen, und aus allen diesen Gründen den Rittmeister nur unvollkommen und durchaus nicht für den Fall der plötzlichen Abreise instruirt. Nun denke man, daß ein so wenig befähigter Mensch, wie Burkhard, unter solchen Verhältnissen nach Rastatt kommt. Er läßt die Botschaft an Albini und an die französischen Gesandten ausrichten, besetzt die Thore, weigert deutschen Gesandten die Erlaubniß hinauszugehen. Gegen alle Erwartung wollen die Franzosen noch am Abend abreisen. Der mainzische Legationsrath drängt im Auftrage Albini's, das Thor müsse geöffnet werden. Die französischen Gesandten festzuhalten, hat der Rittmeister keinen Befehl. In der Verlegenheit und Ueberraschung erlaubt er ihnen die Abreise. Gleich hinterher fällt ihm ein: er soll noch Papiere in Beschlag nehmen. Wie leicht konnten in einem solchen Augenblick der Uebereilung verkehrte Befehle ertheilt und von Untergebenen noch wieder mißverstanden und überschritten werden. Man bringe noch in Anschlag, daß Barbaczy schon einige Tage früher den Vortheil der Operationen als das einzig Maßgebende hinstellte, und daß das Benehmen der französischen Gesandten so wie einige militärische Vorfälle ein mehr als gewöhnliches Maß soldatischer Erbitterung bei den Oesterreichern hervorgerufen hatten. Unter diesen Voraussetzungen lassen sich die Ereignisse, die dem Morde vorhergingen und folgten, allenfalls erklären, selbst die an sich sonderbaren, ja widersprechenden Thatsachen, daß Husaren,

welche einen langen Wagenzug räuberisch anfallen, doch ausschließlich und nicht ohne Vorbedacht die drei Gesandten niederschlagen, daß dieselben Husaren, denen doch sehr wahrscheinlich die Wegnahme der Gesandtschafts-Papiere aufgetragen war, einen so beträchtlichen Theil dieser Papiere in die Murg werfen, daß bedeutende Bruchstücke erst mehrere Tage später im Rheine wieder aufgefangen wurden [1]). Selbst zur Erklärung der Mordthaten braucht man nicht nothwendig fremde Einmischung zur Hülfe zu nehmen. Freilich, in Abrede stellen kann man sie auch nicht. Die ältesten österreichischen Berichte Burkhard's, Barbaczy's, Kospoth's, des Erzherzogs reden nur von österreichischen Husaren. Schon einige Tage später tritt aber das Gerücht auf, daß Emigranten am Morde thätigen Antheil genommen, oder durch Geldspenden die Soldaten angereizt hätten. Begreiflich genug, daß man von österreichischer Seite diesen Gedanken begünstigte. Will man fremden Einfluß annehmen, so müßte in der That der nächste Verdacht auf die Emigranten

1) Am 16. Mai nahm Rosenstiel in Straßburg die von den Oesterreichern zurückgegebenen Gesandtschafts-Papiere wieder in Besitz in einem gerichtlichen Act, der das noch Vorhandene wie das Fehlende genau constatirte. Rosenstiel schreibt darüber am 19. Mai an Talleyrand: Der General Klein hat an den in Straßburg commandirenden Brigade-General Laroche einen Koffer, eine Cassette und einen Sack mit zwei Portefeuilles geschickt, welche der Feind ihm hatte zugehen lassen, unter dem Vorgeben, sie seien an dem Ort der Mordthaten gefunden worden. Rosenstiel erkannte seinen eigenen Koffer, in welchem er die wichtigsten gesandtschaftlichen und einige ihn persönlich angehende Papiere verpackt hatte. Die Schlösser waren gewaltsam geöffnet, Alles lag in Unordnung, Manches fehlte, z. B. 1) Die Stücke 1, 4, 6, der Instruction. 2) Die Briefe Talleyrand's Nr. 73—89. 3) Die Briefe der Gesandten an Talleyrand Nr. 101—149. Man hatte die Papiere 16 Tage behalten. Der sehr genaue procès-verbal nennt unter den zurückgegebenen Papieren verschiedene Documente, welche sich auf die Gesandtschaft Bernadotte's beziehen. Dagegen bemerkt Rosenstiel: Quant aux autres papiers de la légation, moins nécessaires à l'usage journalier, je les avais renvoyés quinze jours auparavant à Strassbourg, avec les papiers de l'Ambassadeur de Vienne que vous m'aviez ordonné de prendre en dépôt.

fallen. Denn sie waren es, die einzig außer dem Directorium in einer auf's höchste gesteigerten Erbitterung der Streitenden politischen Vortheil, die in dem Morde der Königsmörder eine gerechte Vergeltung und die Befriedigung der eigenen Rachgier finden konnten. Daß sie die Möglichkeit gehabt hätten, in den letzten Stunden auf die Soldaten oder gar auf einige der unteren Officiere einzuwirken, oder selbst thatsächlich einzugreifen, läßt sich nicht bestreiten. Kurz vorher waren sie allerdings durch eine badische Verfügung aus der Umgebung von Rastatt verwiesen. Aber zwischen dem Erlaß und der Befolgung solcher Anordnungen liegt ein weiter Zwischenraum; keinesfalls wirkten sie auf Emigranten, die sich im Bereich der österreichischen Linien aufhielten, mit dem österreichischen Militär in Verbindung standen — General Görger war selbst ein elsasser Emigrant — und mit den Szeklern nach Rastatt kommen konnten. Aber wer wird deshalb, weil jemand ein Verbrechen begehen **konnte**, ihn des Verbrechens zu beschuldigen wagen? Ein irgend beweisendes Document besitzt man auch gegen die Emigranten nicht, und wieder müssen wir gestehen, daß wir uns auf dem Boden nicht einmal der Vermuthungen, sondern nur der Möglichkeiten befinden.

Ich erkenne nur zu sehr, wie wenig das Ergebniß so langer Erörterungen befriedigt, wenn ich es noch einmal kurz zusammen fasse. Der Haupterfolg ist ein negativer: der Kreis der Verdächtigen verengert sich. Schwerlich wird man das Directorium, Debry, die englische Regierung, die Königin von Neapel ferner beschuldigen wollen. Von allem Verdachte ist auch Lehrbach befreit, und Thugut könnte höchstens durch eine zufällige, nicht einmal wahrscheinliche Aeußerung, nicht etwa mit dem Mord, sondern mit der Wegnahme von Gesandtschaftspapieren in Verbindung gebracht werden. Das Ereigniß erscheint durchaus als militärische Angelegenheit, hervorgerufen durch die Erbitterung gegen französische Diplomaten, die als Kundschafter die Vorrechte ihrer Stellung mißbrauchten. Für wahrscheinlich muß es gelten, daß vom Armee-Commando, auch

mit Wissen und Willen des Erzherzogs, ein Befehl zur Hinderung und Wegnahme der französischen Couriere und Correspondenzen erlassen wurde. Zum Ueberfall der Gesandten und zur Wegnahme des Gesandtschafts-Archivs hat der Erzherzog sehr wahrscheinlich keinen Befehl ertheilt. Immerhin könnte aber während seines Unwohlseins ein fremder böser oder übereifriger Wille entweder im Hauptquartier, oder in Kospoth's Nähe sich eingemischt und Anordnungen getroffen haben, die dann in der übereilten, ungeschickten Ausführung den Tod der Gesandten zur Folge hatten. Einen Mordbefehl darf man weder von Seiten des Hauptquartiers, noch von Seiten der Generale bis zu Barbaczy hinab voraussetzen; nicht einmal Burkhard läßt sich mit Sicherheit beschuldigen. Schon durch die Leidenschaft der Soldaten und unteren Officiere kann der Mord sich mit dem Ueberfall verbunden haben, freilich ebensowohl durch fremde Einmischung, die jedoch selbst in Bezug auf die Emigranten durch kein irgend entscheidendes Zeugniß sich erweisen läßt.

Wird das Dunkel sich lichten, wenn Alles, was noch in österreichischen Archiven ruht, wenn etwa die Acten der Untersuchungs-Commissionen einmal an den Tag kommen? Nach der Aeußerung Cobenzl's stände es zu erwarten; dagegen schreibt der Erzherzog Karl 1819 in der Geschichte des Krieges von 1799: „Die Veranlassung dieser Katastrophe ist bis jetzt nicht bekannt, und die Aufklärung bleibt der Nachwelt überlassen.“ Nach solchen Worten aus solchem Munde könnte man glauben, selbst die Untersuchungs-Behörde sei nicht zu vollständiger Kenntniß gelangt. Und in diesem Falle hätte eine eiserne Maske das Staats-Geheimniß Ludwig's XIV. vielleicht nicht undurchdringlicher verborgen, als ein Gewebe eigenthümlicher, kaum erklärlicher Umstände das Geheimniß des rastatter Gesandten-Mordes.

Universitäts-Buchdruckerei von Carl Georgi in Bonn.



